REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 317 · 2.4.1990

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 51 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. DDR-Volkskammerwahl: Per Stimmzettel zu Freizeit und Wohlstand - (DDR wählt den Anschluß)
2. Kraftprobe zwischen Litauen und Moskau
3. Intifada in Kurdistan?
4. Einwanderer fordern gleiches Recht - Widerstand formiert sich
5. Der Sieger und sein Juniorpartner
6. Von der Wahlniederlage zur Großen Koalition
7. Artikel 23 und der Untergang der DDR
8. Aus meinem gesamtdeutschen Tagebuch oder "Ein Schelm, wer Böses dabei denkt" von Werner Schlegel
9. DDR-Linke im Übergang Versuch einer Situationsbeschreibung
10. Die Währungsunion und ihre katastrophalen Folgen
11. Schutz, Befreiung und Hilfe? Was macht der DGB in der DDR?
12. "Geheimdienste lassen sich nicht auflösen!" Eine Darstellung von Strukturen und Arbeitsweise des Stasi
13. Gysi in Westberlin Die letzten Stunden der Revolution
14. Bulgarien: Pulverfaß am Balkan, von Hannes Hofbauer
15. Der Transformationsprozeß in Bulgarien
16. Wahlen in Ungarn: Sieg der Konservativen
17. Gorbatschow als Präsident: Rettungsanker für die UdSSR?
18. US-Rückzug aus Korea? - Anmerkungen zu einem Aufsatz in der "Foreign Policy" (Washington), von Rainer Werning
19. Nebelvorhang Drogenkrieg Die Anbauländer und der "neue Hauptfeind"
20. Guatemala: "Für einen Dialog ohne Vorbedingungen" Interview mit Rolando Morán (URNG)
21. Irrtümer - Erfolge - Krisen: Die Kommunistische Partei Philippinen (CPP) zur internationalen Entwicklung
22. Gefangene aus GRAPO und PCE(r) im Hungerstreik für Gefangenenkollektive
23. Christian Geißler: dissonanzen der klärung von Sabine Peters
24. Zur Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen
25. Kronzeugen-Deal perfekt: 5 Jahre statt lebenslang
26. Die Sympathie der Bourgeoisie - Die "Atomwaffenverzichts"-Initiative geht ihren parlamentarischen Gang
27. VVN-BdA in der Entscheidung: Hochzeitsmarsch oder Todesmelodie?
28. 10. Parteitag der DKP: Sozialdemokratisierung oder revolutionäre marxistische Rekonstruktion?
29. Westberlin: ErzieherInnen und rot-grüne Arbeitgeber
30. Rein in die Krise - Raus aus der Krise? Hardcor-Realos gründen Gegenverband zur GAL
31. Offener Brief der Vereinigten Linken (VL,DDR) an alle Mitglieder der Partei DIE GRÜNEN (BRD)
32. Welche Zukunft hat der KB? - zur KB-MV am 17./18.3.90
33. Thesen zur Lage und unseren Aufgaben
34. Der Streit geht um die Zukunft kommunistischer Politik
35. Kein Volk, Kein Reich, Kein Führer Thesen gegen deutschen Nationalismus
36. Bundesweite Demo gegen Wiedervereinigung Nie wieder Deutschland!
37. Was will die Minderheit?
38. "La cosa" - die historische Wende der KPI
39. Immer wieder, immer weiter
40. Historikerstreit und die "nationale Frage"
41. Was fehlt? Der aufrechte Gang gegen Wiedervereinigung!
42. Ein schwarz-rot-goldener Schatten am Rande des Grünen-Parteitages, von Yaron Matras
43. Autonomer Palästina-Kongreß mit neuen Akzenten für die Solidaritätsarbeit

44. Neue Bücher zur Intifada
45. Buchbesprechung: Neuauflage der "Transformation der Demokratie" von Johannes Agnoli: Erfrischend Subversives in "dürftigen Zeiten"
46. betr: Y. Matras,Pausenfüller, ak 316, S.40
47. Erwiderung auf Kt.s Leitartikel (AK 316) "Stolpert Kohl über Polens Westgrenze?"
48. Filmbesprechung: Fragt uns!
49. VEREINIGTE LINKE
50. Per Stimmzettel zu Freizeit und Wohlstand
51. KALENDER

1. DDR-Volkskammerwahl: Per Stimmzettel zu Freizeit und Wohlstand - (DDR wählt den Anschluß)

Rubrik: Wahlen; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/ddr.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:ddr

"Allianz für Deutschland" heißt die GewinnerIn der Volkskammerwahl in der DDR vom 18. März 1990. Dieses Bündnis aus der CDU, dem "Demokratischen Aufbruch" und dem Zusammenschluß "Deutsche Soziale Union" erhielt rund 48 Prozent der Stimmen, davon entfielen 40,91 Prozent auf die CDU. Die vor der Wahl als vermeintlich sichere Siegerin gehandelte SPD/DDR erlangte lediglich 21,84, die PDS demgegenüber 16,33 Prozent. Die Gruppen und Organisationen, die maßgeblich an den Entwicklungen seit dem letzten Spätsommer in der DDR beteiligt waren, gingen weitgehend leer aus. Neben diesen Zahlen ist daran bemerkenswert, daß die DDR von Nord nach Süd ihre Farben von Rot nach Schwarz wechselt.

Die thüringischen und sächsischen Wahlkreise entschieden mit ihrem Votum für die "Allianz" die Wahl für eine Politik des schnellen Anschlusses an die BRD. In der Hoffnung auf baldigen Wohlstand und bessere Lebensbedingungen wurde den Versprechungen von Helmut Kohl Glauben geschenkt. Dafür, daß diese auch beim Wahlvolk ankamen, sorgte seit Beginn dieses Jahres die Bonner CDU-Zentrale. So wurde die CDU der DDR als ehemalige Blockpartei vehement unter Druck gesetzt, sich von dieser Vergangenheit zu lösen. Im Klartext hieß es, allen Vorstellungen von einem Sozialismus in der DDR als eigenständigem Staat eine Absage zu erteilen. Mit der Drohung, sonst eine andere konservative Gruppe im Wahlkampf zu unterstützen, wurde dieses Ziel auch erreicht.

Die SPD der DDR war von vorneherein eine Partei, deren Wurzeln deutlich sichtbar im Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn liegen. Sie war als Alternative zur PDS und der vermeintlich als Steigbügelhalterin diskreditierten CDU ins Ren- nen geschickt worden. Doch gegen die CDU/DDR hatte sie keine Chance, da das bundesdeutsche Pendant in der Regierung ist und das glaubhaftere Anschlußkonzept zu haben scheint.

Auch nach diesem Votum für die Einheit werden kaum bessere Zeiten auf die DDR-BürgerInnen zukommen. Währungsunion, Betriebsübernahmen, steigende Mieten und Preise - Probleme, deren Lösung soziale Umbrüche mit sich bringen und die DDR zum mezzogiorno der BRD machen wird. Von den Schwierigkeiten, einen Geheimdienst aufzulösen, ganz zu schweigen. Auch die Linke in der DDR wird sich nach diesen Wahlen verändern, die PDS wird stärker ins Blickfeld ihrer Politik kommen, ohne daß die Linke gleich in ihr aufgehen muß. Zu diesen Fragen Artikel auf den

Seiten 4-13

2. Kraftprobe zwischen Litauen und Moskau

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:51

Nicht überraschend, wenn auch unerwartet schnell, erklärte am 11. März die Sowjetrepublik Litauen ihre volle staatliche Unabhängigkeit von der UdSSR. Bereits am 7. Februar hatte der Oberste Sowjet Litauens die Deklaration vom 21. Juli 1940, mit der sich Litauen unter militärischem Druck der UdSSR angeschlossen hatte, für null und nichtig erklärt, da sie nicht dem Volkswillen entsprochen habe. Am 19. Februar veröffentlichte das ZK der KP Litauens, die sich im Dezember organisatorisch von der KPdSU getrennt hat, eine Resolution, in der es hieß: "Die KP Litauens betrachtet die Wiederherstellung eines unabhängigen Staates und die Sicherung von dessen internationaler Anerkennung als ihr wichtigstes Ziel." Im gleichen Sinn hatte sich vorher schon die nationalistische Partei Sajudis festgelegt. Nach dem Sieg der Sajudis bei der Wahl des Obersten Sowjets Litauens Ende Februar/Anfang März kündigte ihr Vorsitzender Landsbergis sofort die Ausrufung der Unabhängigkeit "in diesem Frühjahr" an.

Litauen gehört zu einer Reihe von Sowjetrepubliken, die schon vor etlichen Monaten Erklärungen über ihre "Souveränität" abgegeben haben. Die anderen sind die baltischen Republiken Lettland und Estland, die transkaukasischen Republiken Armenien und Aserbeidschan sowie Moldavien, dessen Übergabe die UdSSR 1940 von Rumänien erpreßte. Bis jetzt waren diese "Unabhängigkeitserklärungen" aber nur symbolische Statements, deren praktische Wirkung sich auf einzelne Extratouren gegenüber der Moskauer Zentralregierung beschränkte.

Daß von den bekannten Ausstiegskandidaten gerade Litauen als erste Sowjetrepublik das Band zerschnitten hat, läßt sich begründen aus seinen relativ günstigen Voraussetzungen für einen solchen Schritt. Mit einer "Stammbevölkerung" von rund 80% und nur 9% Russen gehört Litauen zu den ethnisch homogensten Republiken der UdSSR. Die Moldavier bzw. Rumänen bilden in ihrer Republik nur knapp zwei Drittel der Bevölkerung, ebenso die Esten. In Lettland sind nur etwa die Hälfte der Bevölkerung Letten. Das bedeutet in der Praxis auch, daß dort wichtige Teile des Staats- und Parteiapparats überproportional stark von Russen dominiert werden. So stellten sie beispielsweise bis vor kurzem über 80% der Angehörigen der Miliz (Polizei) in der estnischen Hauptstadt Tallinn; hier ist angeblich durch Entlassungen eine Umschichtung eingeleitet worden. ("Neue Zeit", 19.3.)

Armenien und Aserbeidschan sind mit 88 bzw. 78% "Stammbevölkerung" zwar ethnisch auch sehr homogen, aber hier gibt es andere Probleme, die eine Trennung von der UdSSR problematisch machen. Armenien, das außer an sowjetisches Gebiet nur an die Türkei und den Iran grenzt, kann angesichts seines Konflikts mit Aserbeidschan einen Bruch mit der UdSSR zur Zeit schwerlich riskieren. Ähnlich gilt dies wohl umgekehrt auch für Aserbeidschan, das außerdem mit seiner schwachen Ökonomie besonders große Schwierigkeiten hätte, als unabhängiger Staat zu überleben.

Litauen ist mit 65.000 qkm und 3,7 Mio. Einwohnern die größte der drei baltischen Republiken. Eine Konföderation der drei baltischen Staaten, wie sie schon in den 20er und 30er Jahren diskutiert wurde und aktuell wieder im Gespräch ist, hätte annähernd acht Millionen Einwohner und rund 75% der Fläche der BRD.

In Estland hat sich Ende März, ebenso wie zuvor in Litauen, die KP gespalten in eine Mehrheit, die sich als von der KPdSU unabhängig betrachtet, und eine Minderheit (etwa 20%), die weiter zur KPdSU gehören will und nun eigene Strukturen bildet. Die Mehrheit beschloß ein neues Parteiprogramm, das als Ziel die vollständige politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Estlands nennt. Estland stellt sich, ebenso wie Litauen, auf den Standpunkt, daß der Anschluß an die UdSSR 1940 "null und nichtig" gewesen sei. Folglich habe der russisch-estnische Friedensvertrag von 1920, in dem Estlands Souveränität anerkannt wurde, niemals seine Gültigkeit verloren, sondern müsse lediglich explizit bestätigt werden. Das soll, so heißt es jedenfalls bisher, durch Verhandlungen mit Moskau erreicht werden. Der Oberste Sowjet Estlands hat am 29. März eine Erklärung zum Status der Republik verabschiedet, in der Estland als besetztes Land bezeichnet und eine "Übergangsperiode" zur Erreichung der Unabhängigkeit proklamiert wird.

Ähnlich scheint man in Lettland vorgehen zu wollen, wo die "Volksfront" und andere für volle Souveränität eintretende Kräfte bei den Wahlen im März eine große parlamentarische Mehrheit gewonnen haben. Der litauische Weg der einseitigen und sofortigen Trennung von der UdSSR scheint vorerst keine Nachahmer zu

finden. Das mindert aber nicht die Entschlossenheit der herrschenden politischen Kräfte Lettlands und Estlands, die staatliche Unabhängigkeit möglichst schnell zu erreichen.

Die Wahlergebnisse in Estland und Lettland lassen darauf schließen, daß die staatliche Unabhängigkeit nicht nur ein Anliegen der jeweiligen "Stammbevölkerung" ist, sondern auch unter den russischen, weißrussischen u.a. Minderheiten viel Unterstützung findet. Ohne Kooperation mit diesen Volksgruppen, die in einigen Städten und Bezirken der beiden Republiken die Mehrheit bilden und die insgesamt weit überproportional den Kern der Industriearbeiterschaft stellen, wäre die praktische Gestaltung der staatlichen Unabhängigkeit schwer vorstellbar.

Die russisch dominierte "Interfront" (die Namen sind von Republik zu Republik unterschiedlich), die als Gegengewicht gegen die separatistischen Tendenzen ins Leben gerufen wurde, scheint, soweit die Wahlergebnisse aussagekräftig sind, an Anhängerschaft verloren zu haben. Das hat vielleicht damit zu tun, daß diese Bewegung eine konservative (reformfeindliche) und chauvinistische (großrussische) Färbung angenommen hat, teilweise geradezu ins Fahrwasser der faschistischen "Pamjat" geraten ist.

Historische Voraussetzungen

Die drei baltischen Republiken, die durch den erzwungenen Anschluß an die UdSSR 1940 und durch die Nationalbewegungen der letzten Jahre geradezu wie eine "Schicksalsgemeinschaft" erscheinen, haben eigentlich historisch sehr unterschiedliche Voraussetzungen. Während Estland und Lettland im 13. und 14. Jahrhundert unter die Herrschaft des Deutschen Ordens und später Schwedens kamen, konnte Litauen seine Unabhängigkeit als Fürstentum behaupten, das auch über große Teile Weißrußlands und der Ukraine herrschte. Es wuchs immer enger mit dem Königreich Polen zusammen, bis es durch die Personalunion von 1569 faktisch ein Teil Polens wurde. So bekamen Lettland und Estland eine prozentual kleine, aber dominierende deutsche Oberschicht, während Litauens Adel "polonisiert" wurde und sogar die Staatssprache dort polnisch war.

Die Gewinnung eines Zugangs zur Ostsee, und dies setzte die Unterwerfung der baltischen Region voraus, war seit Iwan "dem Schrecklichen" ein zentrales strategisches Ziel russischer Politik. Zwischen 1558 und der Regierungszeit Pjotr "des Großen" (ab 1682) wechselten Lettland und Estland wiederholt die Herrschaft, ohne daß sich die Russen irgendwo festsetzen konnten. Erst unter Pjotr gelang dies in den Kriegen von 1700 bis 1720. Litauen jedoch kam erst durch die erste (1772) und zweite Teilung Polens (1793) vollständig unter die Herrschaft des Zarenreichs.

Rußland ließ, in Estland und Lettland noch mehr als in Litauen, die inneren Klassen-und Herrschaftsverhältnisse weitgehend bestehen, weshalb der Nationalismus, der sich hier wie fast überall in Mittel-und Osteuropa im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts zu entwickeln begann, weit mehr "antideutsch" bzw. "antipolnisch" als "antirussisch" geprägt war. Die Lösung von Rußland war daher dort zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in der ersten russischen Revolution von 1905-06 und dann ab Februar 1917, kein Ziel, für das sich Massen mobilisieren ließen. Alle drei Nationen, vor allem aber die Letten, hatten starke sozialistische Arbeiterbewegungen, die sich als Teil des revolutionären Gesamtprozesses in Rußland (im weiten Sinn des Begriffs) verstanden. Zu erinnern ist besonders an die legendäre Avantgarderolle der "Lettischen Schützen" in der Oktoberrevolution.

Als die deutsche Armee, die zu dieser Zeit die gesamte baltische Region besetzt hielt, im November 1918 kapitulierte, wurde sie von den westlichen Siegermächten darauf verpflichtet, zunächst dort zu bleiben und sich nicht ohne deren Einverständnis zurückzuziehen. Der deutschen Armee und später deutschen "Freikorps" wurde 1918/19 weitgehend freie Hand gegeben, gegen die dort gebildeten Sowjets und die sie unterstützende Rote Armee vorzugehen. Zusammen mit Interventionstruppen anderer imperialistischer Mächte hatten die Deutschen einen nicht unerheblichen Anteil an der Niederschlagung der revolutionären Bewegungen und an der Bildung formal unabhängiger baltischer Staaten, die mit der Proklamation Lettlands (Januar 1920) abgeschlossen war.

Litauen erweiterte sein Territorium später durch die Besetzung der Stadt Memel (heute Klaipeda) und ihres Umlands (Januar 1923) sowie des Gebiets von Wilna (heute Vilnius) als Folge des "Hitler-Stalin-Pakts" (September 1939). Die deutsche Stadt Memel war durch den Versailler Vertrag 1919 vom Reich abgetrennt und alliierter Verwaltung unterstellt worden. Die Besetzung durch litauische Freikorps 1923 erfolgte

eigenmächtig, aber mit offensichtlicher Duldung des Völkerbunds. - Litauens heutige Hauptstadt Vilnius war bis 1939 eine Stadt mit polnischer Bevölkerungsmehrheit; ähnlich gilt dies für die 1939 mitbesetzte Region um die Stadt. Litauen hat noch heute eine vor allem regional konzentrierte starke polnische Minderheit (offiziell 7%), um die sich zeitweise die "Interfront" anscheinend nicht ganz ohne Erfolg bemühte.

Auswirkungen der Unabhängkeit Litauens

Die Trennung Litauens von der UdSSR wirft für die sowjetische Regierung eine Vielzahl von Fragen auf. Da sind erstens die mittelbaren Auswirkungen zu bedenken, d.h. der "Domino-Effekt", den dieser einseitige Schritt, wenn er nicht gekontert wird, auf andere austrittswillige Republiken und insgesamt auf die zentrifugalen Kräfte im Vielvölkerstaat haben könnte. Hierzu gehört auch, daß eine Regierung, die sich angesichts von schweren außenpolitischen Rückschlägen, Zusammenbruch von RgW und Warschauer Pakt, sowie gegenüber den Sonderwegen ihrer Republiken und Nationen immer schwächer und hilfloser darstellt, mit dem Wachsen einer konservativen und chauvinistischen Stimmung im russischen Gebiet und in Teilen des zentralen Apparats rechnen muß. Insbesondere der drohende Verlust der baltischen Ostseeküste könnte angesichts des Platzes dieser Region in der russischen Geschichte eine ideologische Dimension gewinnen, die über die ohnehin nicht geringe reale ökonomische und strategische Bedeutung des Gebiets noch hinausgeht.

Zweitens sind auch die unmittelbaren Auswirkungen schwerwiegend. Mit Litauen bzw. vielleicht bald allen drei baltischen Republiken würde eine ökonomisch relativ hochentwickelte Region verlorengehen. Wären diese Republiken wirklich quasi von der UdSSR über niedrige Rohstoffpreise etc. subventionierte, wirtschaftlich gar nicht lebensfähige Gebilde, wie die großrussische Propaganda behauptet, wäre ein Austritt für die UdSSR wirtschaftlich überhaupt nicht problematisch, sondern sogar vorteilhaft: Mit ihren auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähigen Produkten blieben die baltischen Republiken auf enge Beziehungen zur UdSSR angewiesen, müßten aber für deren Öl, Gas etc. endlich einen "richtigen", d.h. sehr viel höheren Preis zahlen. Die Litauer, Letten und Esten sagen aber wohl nicht zu Unrecht, daß diese Art Rechnungsführung der Zentrale auf Fiktionen beruht.

Eine äußerst schwerwiegende Auswirkung der staatlichen Unabhängigkeit Litauens für die UdSSR wäre, daß sie den direkten Zugang zur Rußland angegliederten Region von Kaliningrad (Nordteil des ehem. Ostpreußen) verlieren würde, das dann nämlich nur noch an Litauen und Polen grenzen würde. Damit würden beispielsweise die Projekte, diese Region zu einer für die sowjetische Gesamtwirtschaft vorteilhaften "Sonderzone" bzw. "Freihandelszone" nach chinesischem Vorbild zu entwickeln, in Frage gestellt. Auch in ihrer Bedeutung als militärstrategischer Raum wäre die Region gefährdet. Die UdSSR müßte natürlich darauf dringen, von einem unabhängigen Litauen freie Transitwege garantiert zu bekommen, und würde das vermutlich auch erreichen, aber diese wären im Vergleich mit dem heutigen Zustand problematisch und unsicher.

In Äußerungen Gorbatschows gegenüber litauischen Politikern soll er auch die Zugehörigkeit von Klaipeda zu Litauen in Frage gestellt haben. Das ist weder historisch noch ethnisch zu rechtfertigen - 60% der Einwohner Klaipedas sind litauisch -, könnte sich aber mit der Bedeutung der Stadt als Hafen und Industriestandort (sowie wohl auch Militärstützpunkt) erklären. Einiges deutet darauf hin, daß die Moskauer Zentrale bei künftigen Verhandlungen mit der litauischen Regierung, falls es denn zu solchen kommt, auch den Status des 1939 annektierten Gebiets von Vilnius problematisieren würde. Indessen würde der UdSSR ein Versuch, sich als Interessenvertretung der polnischen Minderheit aufzuspielen, dadurch erschwert, daß die Solidarnosc-Fraktion bereits eine eindeutige Anerkennung der bestehenden litauischen Grenzen ausgesprochen hat. Solidarnosc erwartet allerdings ihrerseits Berücksichtigung und Garantierung der Rechte und Interessen der Polen in Litauen, womit es bisher nicht zum besten steht. Überhaupt muß festgestellt werden, daß viele Nationen der UdSSR, die das Selbstbestimmungsrecht für sich selbst geltend machen wollen, zur Intoleranz und zur Diskriminierung gegenüber Minderheiten auf ihrem Gebiet neigen, ihnen beispielsweise Autonomierechte vorenthalten wollen.

Gortbatschows Hürden zum Austritt

Die Rechtslage in der UdSSR ist, was die Unabhängigkeitserklärung Litauens angeht, absolut eindeutig: Die sowjetische Verfassung garantiert seit jeher jeder Republik das Recht des Austritts, und zwar ohne "Wenn und

Aber". Ausführungsbestimmungen zu diesem Recht existieren bisher nicht. Man könnte das zynisch so interpretieren, daß keine praktischen Bestimmungen gebraucht wurden, weil das Austrittsrecht ohnehin nie ernstgemeint war. Das wird aber zumindest den Intentionen Lenins, der die nationale Frage als Erbschaft des Zarismus sehr ernst nahm, nicht gerecht. Vielmehr verhält es sich so, daß Ausführungsbestimmungen zum Austrittsrecht (als Bestandteil der UdSSR-Verfassung oder der UdSSR-Gesetze) im Sinne Lenins widersinnig gewesen wären. Solche Details festzulegen, hätte allenfalls Sache der einzelnen Republiken sein können, wie eben auch die Umstände ihres Ersuchens um Aufnahme in die UdSSR - ob also durch die Regierung, das Parlament, durch Volksentscheid etc. - ihre eigene Sache gewesen waren. Im Sinne Lenins und des Wortlauts der sowjetischen Verfassung reicht jedenfalls die einseitige Willenserklärung eines Republikparlaments (mit einfacher Mehrheit) oder einer Republikregierung, die UdSSR wieder verlassen zu wollen, völlig aus.

Gorbatschow will nun durch nachträgliche Ausführungsbestimmungen das Austrittsrecht einschränken oder im Endeffekt sogar praktisch außer Kraft setzen. So soll nach einem Gesetz, das derzeit beraten wird, dem Austritt eine Volksabstimmung vorausgehen müssen, bei der eine Zweidrittelmehrheit erforderlich wäre. Falls diese Hürde überstanden wird, soll eine Wartefrist von fünf Jahren folgen. Unklar ist, ob, wie es zunächst hieß, sämtlichen Unionsrepubliken ein Vetorecht gegen den Austritt einer Republik eingeräumt werden soll.

Eine weitere, so gut wie unüberwindliche Hürde wird von der sowjetischen Regierung durch das Begehren aufgebaut, eine austrittswillige Republik müsse an die UdSSR "Entschädigungen" für die auf ihrem Gebiet befindliche Industrie, für Investitionen usw. zahlen. Im Falle Litauens hat GOSPLAN-Chef Masljukow schon die Zahl 8,8 Milliarden Dollar ins Spiel gebracht. Selbstverständlich ist keine Sowjetrepublik wirtschaftlich so gut gestellt, daß sie derart horrende Finanzforderungen erfüllen könnte. Dafür werden aber Nationen wie die baltischen, die von der UdSSR nicht eben freiwillig eingemeindet wurden und die für ihren relativen Wohlstand mit ökologischen Verwüstungen bezahlen müssen, für die die Industrialisierungspolitik der Zentrale verantwortlich ist, der UdSSR ihre Gegenrechnung über eigene Schäden und Ansprüche präsentieren.

Kettenrasseln Moskaus

Gorbatschow hat in der Vergangenheit speziell gegenüber den baltischen Nationen eine verheerende Politik des beleidigenden großrussischen Kommandotons betrieben, andererseits in der Praxis die baltischen Sonderwege völlig toleriert. Er hat sich damit weder als ein Politiker dargestellt, mit dem sich vernünftige Verhandlungen auf Basis gegenseitigen Respekts führen lassen, noch aber auch als einer, mit dessen Drohungen man ernsthaft rechnen muß. Diese fatale Zweideutigkeit mag die litauische Regierung zu der Überlegung gebracht haben, daß ein Dialog mit Moskau über die Unabhängigkeit zwecklos, ein einseitiger Austritt andererseits aber auch risikolos sein würde.

Gorbatschow hat darauf in der für ihn typischen zweideutigen Art reagiert. Einerseits öffentliche und internationale Erklärungen durch ihn selbst und andere sowjetische Politiker (sogar den konservativen Exponenten Ligatschow!), den Konflikt nicht mit Waffengewalt lösen zu wollen, da Panzer in diesem Fall kontraproduktiv wären. Andererseits das demonstrative Kettenrasseln eben solcher Panzer durch die litauische Hauptstadt, militärisches Schauturnen rund ums Parlament. Die militärische Besetzung von Gebäuden der litauischen KP, unter dem traurig bekannten Vorwand, litauische Kommunisten (die Minderheit, die sich weiter der KPdSU zurechnet) hätten um diese "brüderliche Hilfe" ersucht. Besetzung von Verwaltungsgebäuden. Übernahme der direkten Kontrolle über Litauens Großbetriebe.

Man könnte gutwillig argumentieren, daß Gorbatschow die litauische Regierung durch alle diese Schachzüge nur dazu bewegen will, sich an gewisse von Moskau geforderte Regeln und Verbindlichkeiten zu halten. Mit anderen Worten: Moskau nicht mit einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung zu brüskieren und zu blamieren, sondern sich auf den Verhandlungsweg zu begeben und dabei auch Gorbatschows legitimes Interesse zu respektieren, als Staatsoberhaupt der UdSSR sein Gesicht zu wahren.

Selbst bei einer solchen Interpretation muß aber festgestellt werden, daß Gorbatschows militärischer Aufmarsch ein enormes Risiko unkontrollierbarer Eskalation enthält. Man könnte, nun nicht mehr so gutwillig, auch interpretieren, daß Gorbatschow es auf eine Eskalation geradezu angelegt hat, um dann mit stillschweigender Zustimmung der westlichen Regierungen in Litauen so "Ordnung schaffen" zu können wie vor einigen Wochen in Aserbeidschan. Denn so schlecht sich propagandistisch die Liquidierung eines Staates machen würde, so gut ließe sich andererseits die Notwendigkeit "verkaufen", Bürgerkrieg und Blutvergießen zu

beenden. Daß eine Zentralregierung, die anderswo ihre Bürger nicht mehr vor Pogromen schützen kann, ausgerechnet die Bürger Litauens, wo noch kein einziger Schuß fiel, ultimativ auffordert, ihre Jagdwaffen abzuliefern, konnte jedenfalls nur als gewollte Provokation verstanden werden.

Unbeantwortete Apelle "an die Welt"

Die internationalen Reaktionen auf Litauens Unabhängigkeitserklärung und den sich daraus entwickelnden Konflikt sind auffallend zurückhaltend. Das Interesse der imperialistischen Regierungen, Gorbatschow als Liquidator des realsozialistischen Systems und der sowjetischen Weltmacht nicht zu gefährden, wiegt sehr viel schwerer als die litauischen Sonderinteressen und die sich daraus theoretisch ergebenden imperialistischen Einmischungsmöglichkeiten. Litauens wiederholte Appelle "an die Welt" blieben unbeantwortet. Nicht festzustellen ist, wieviele und welche Regierungen den neuen Staat inzwischen diplomatisch anerkannt haben. Angeblich soll Australien dies getan haben; weitere Regierungen wurden nicht genannt.

Aus dem Rahmen fällt die sehr ausdrückliche und freundliche Begrüßung des neuen Staates durch seinen Nachbarn Polen, mit dem Litauen nicht nur einige schwere Konflikte in diesem Jahrhundert gehabt hat, sondern eben auch eine lange gemeinsame, von Großmachtchauvinismus nicht ganz freie Geschichte. (Polen-Litauen reichte in seiner "besten" Zeit fast bis ans Schwarze Meer, herrschte über russische Städte wie Minsk und Kiew.)

Nicht eben enthusiatisch reagierten andere austrittswillige Sowjetrepubliken auf den litauischen Alleingang. Man scheint Litauens unabgesprochenes Vorgehen zumindest für nicht sehr klug zu halten, sieht wohl auch das Risiko, daß eine Eskalation in Litauen die Unabhängigkeitsbewegungen in der UdSSR insgesamt zurückwerfen und mit schlechteren Kampfbedingungen konfrontieren könnte. Auch die demokratischen Kräfte in der UdSSR, insbesondere die entsprechenden Fraktionen in der KPdSU und in den Parlamenten der UdSSR, halten sich bisher zurück, vermutlich aus dem gleichen Grund.

Kt.

3. Intifada in Kurdistan?

Rubrik: PKK; Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:49

"Generalprobe der kurdischen Intifada" - "Situation wie in Beirut" - "Es gibt hier keine Staatsmacht mehr" ... so die Schlagzeilen der türkischen Presse während der letzten beiden Wochen. Nachdem türkische Spezialtruppen am 15. März in der kurdischen Kreisstadt Nusaybin einen Trauerzug zusammengeschossen hatten, um dann für mehrere Tage die ganze Stadt zu besetzen, lief das Faß über. Zu zehntausenden demonstrierte die kurdische Bevölkerung zunächst in Cizre, dann in den umliegenden Städten ihre Wut und ihren Protest gegen den Terror der türkischen Besatzungsmacht. "Wir haben nichts mehr zu verlieren" - mit Steinen, Stöcken und bloßen Fäusten schlägt der nach Jahren brutalster Erniedrigung aufgestaute Haß gegen Panzer und bis an die Zähne bewaffnete Soldaten gegen seine Urheber zurück.

Innerhalb weniger Tage dehnte sich die Aufstandsbewegung auf immer weitere Städte in Kurdistan aus und ergriff schließlich auch die kurdischen Studenten in den Großstädten im Westen der Türkei, wo es zu Demonstrationen und Universitätsbesetzungen kam. Am 20. und 21. März wurde erstmals in der Geschichte in ganz Kurdistan (sowie einigen Städten in der West-Türkei) das kurdische Newrozfest begangen.

Was den Herrschenden besondere Angst macht, ist die hervorragende Beteiligung von Frauen (und Kindern) in dieser Bewegung, die in fast jedem Zeitungsbericht hervorgehoben wird. Im Unterschied zu den großen Kurdenaufständen der 20er und 30er Jahre, die in der Aufstellung bewaffneter Formationen bestanden und deren (regional begrenzte) militärische Aktivitäten jedesmal von türkischer Seite im Blut erstickt wurden, handelt es sich heute um die sowohl regional als auch sozial breiteste Bewegung des kurdischen Volkes. Die gesamte Bevölkerung ist am Aufstand beteiligt.

Am 15. März fand in der an der Grenze zu Syrien gelegenen kurdischen Stadt Nusaybin die Beerdigung von Kamran Dündar statt. Einer der 13 PKK-Guerillas, die wenige Tage zuvor in der Nähe von Savur, einer Stadt in der Umgebung, von türkischen Militärs erschossen worden waren. Die Erschossenen stammten zum Großteil aus Nusaybin und den umliegenden Dörfern, waren dort bekannt und beliebt; Kamran Dündar zudem Sohn eines Magistratsmitglieds. Dies dürfte der Grund dafür gewesen sein, daß die Leiche überhaupt an die Familie übergeben wurde. Die Leichname der übrigen Gefallenen wurden den Familien nicht übergeben sondern von Militärs im Morgengrauen irgendwo verscharrt, nachdem zuvor die Bilder der blutüberströmten, durchlöcherten Kämpfer als Jagdtrophäen auf den Titelseiten der türkischen Presse präsentiert worden waren.

Am Morgen des 15. fanden sich weit über 5.000 Menschen (von etwa 40.000 Einwohnern) auf dem Friedhof von Nusaybin ein. Als sich der Trauerzug nach der Beerdigungszeremonie in die Stadt zurückbewegte, versperrte das Militär den Weg. Über Lautsprecher ertönte die Aufforderung, sich zu zerstreuen und in die Häuser zu gehen, was jedoch nicht möglich war, da das Militär selbst die Eingänge zu den Seitenstraßen besetzt hielt und die Menge praktisch in der Hauptstraße eingekesselt war. Die Soldaten begannen auf die Menschen einzuprügeln und kurze Zeit später auch in die Menge zu schießen. Im Verlaufe des ungleichen Gefechts, in dem sich die Teilnehmer des Trauerzuges mit Steinen und Stöcken gegen Gewehre und später auch Panzer und Hubschrauber wehrten, wurde der 20jährige Abiturient Semsettin Ciftci getötet. Mehrere Augenzeugen berichteten, daß Ciftci erst zu Boden geprügelt und dann gezielt, aus nächster Nähe erschossen wurde.

Bei den über 5 Stunden andauernden Auseinandersetzungen wurden zahlreiche Personen verletzt, davon viele schwer. Ein weitere Mann namens Hasan Oruc erlag seinen Verletzungen. Viele der Schwerverletzten konnten nicht behandelt werden, da nach den Auseinandersetzungen für mehrere Tage ein faktisches Ausgangsverbot bestand. Fast 500 Personen ,darunter mehr als 20 Kinder zwischen sieben und zwölf Jahren wurden festgenommen, zum Teil erst nach einigen Tagen wieder frei gelassen, 78 Menschen inhaftiert.

Besetzte Stadt

Nach den Ereignissen wurde über die Kreisstadt eine faktische Ausgangssperre verhängt, alle Zufahrtsstraßen sowie die wichtigen Straßenkreuzungen von Panzern und schwerbewaffneten Soldaten der Sondereinsatzkommandos besetzt. Im Abstand von zehn Minuten ertönte über Lautsprecher die Aufforderung, sich in die Häuser zu begeben. Außer Panzern, Militärfahrzeugen und "Sicherheitskräften" war niemand auf der Straße zu sehen. Den ganzen Tag kreisten Hubschrauber über der Stadt.

Menschen, die sich dennoch auf die Straße trauten, wurden bedroht und mit Gewehrkolben traktiert. Selbst vier Abgeordnete des türkischen Parlaments, die am folgenden Tag nach Nusaybin kamen, wurden von den Sondereinheiten behindert und bedroht. Zudem wurde ihnen verboten, die Familien der Getöteten aufzusuchen.

Insbesondere Journalisten wurden von den Rambos bedroht, behindert, zum Teil tätlich angegriffen und ihnen ihr Filmmaterial abgenommen. Sämtliche Telefonleitungen von und nach Nusaybin wurden blockiert. Als die Journalisten daraufhin vom Telefon des Rathauses ihre Meldungen durchgaben, erhielt der Bürgermeister einen Anruf, daß sein Telefon abgehört und gegebenenfalls gekappt würde.

Vor der elterlichen Wohnung des erschossenen Semsettin Ciftci wurde eine Videokamera installiert, um Beileidsbesuche durch diese Androhung der Beobachtung und Registrierung zu verhindern. Auch sein Leichnam war der Familie, die vom Krankenhaus in Diyarbakir zurückkam, an der Stadteinfahrt nach Nusaybin abgenommen worden; der Familie wurde nicht einmal gestattet, ihr getötetes Kind zu beerdigen.

Erst nach drei Tagen zogen die Sondertruppen aus der Stadt ab. Während dieser Zeit befand sich die Grenzstadt völlig in der Hand der berüchtigten Sonderkommandos (s. Kasten), die nach Gutdünken die Stadt terrorisierten.

Für das Eintreffen der Panzer und der Sonderkommandos, für die Festnahmen und den Ausnahmezustand war kein einziger Verantwortlicher aufzufinden; vom Landrat über den Notstandsgouverneur, der die kurdischen Provinzen mittels Sondervollmachten verwaltet, bis hin zum Innenminister waren die entsprechenden Autoritäten entweder auf Dienstreise oder nicht anzutreffen.

Nusaybin, Cizre, Silopi

Die Bewohner von Nusaybin antworteten auf die Provokation der SEKs und die Besetzung ihrer Stadt mit einer Art Generalstreik: Tage lang blieben alle Läden, Büros und Werkstätten geschlossen, an sämtlichen Schulen der Stadt fiel der Unterricht aus. Trotz Belagerungszustand und massiven Drohungen, keinerlei Kontakt mit den angereisten Journalisten einzugehen, bahnten sich die Menschen immer wieder den Weg zu Journalisten und Abgeordneten, um diese über die Vorfälle aufzuklären. Trotzig wiesen sie daraufhin, daß die Geschäfte keinesfalls auf Anordnung der Militärs geschlossen seien, sondern daß dies "unsere Art des Generalstreiks" sei. Gruppen von Menschen versuchten auch in den folgenden Tagen kleinere Spontandemonstrationen durchzuführen, wobei es erneut zu Festnahmen kam.

Im jenseits der syrischen Grenze gelegenen Kamisli (welches eigentlich mit Nusaybin eine gemeinsame - kurdische - Stadt bildet, aber durch die türkisch-syrische Grenze geteilt ist) fanden bereits am selben Tag Protestaktionen statt. Tausende von Menschen demonstrierten an der Grenze zum Stadtteil Nusaybin und riefen kurdische Parolen.

Auch in den benachbarten Städten Silopi und Cizre blieben die Geschäfte aus Solidarität geschlossen, alle Werkstätten und Läden hatten die Rolläden heruntergelassen.

Nach zwei Tagen gespannten Abwartens, während derer bereits etliche Personen festgenommen werden, kommt es am Morgen des 20.3. in Cizre zu einer spontanen Demonstration, an der Anfangs nur einige hundert Personen beteiligt sind. Bereits nach wenigen Minuten werden sie von Soldaten gestoppt, die gleich nach der ersten Aufforderung beginnen zu schießen. Sofort sind Panzer und Spezialeinheiten zur Stelle. Sie setzen Reizgas ein und schießen dann auf Leute, die kaum mehr sehen konnten.

Nachdem die Demonstranten in die Nebenstraßen gedrängt wurden, dehnten sich die Auseinandersetzungen immer mehr aus und griffen auch auf andere Stadtviertel über. Schließlich waren Tausende an den Kämpfen beteiligt, die über fünf Stunden andauerten. Autoreifen und Fässer wurden auf die Straße gerollt und angezündet, überall Barrikaden errichtet, mehrere staatliche und Regierungsgebäude sowie Polizeifahrzeuge in Brand gesteckt.

In der ganzen Stadt ertönen kurdische Parolen "Es lebe Kurdistan" "Militär raus aus Cizre", Frauen, Kinder und Jugendliche werfen mit Steinen auf die Soldaten.

Bilanz der Militärübergriffe: 4 Tote, darunter der 55jährige Salih Elcioglu, Vater von 6 Kindern, und Emin Gün, ein 15-jähriger Bäckerlehrling. Eine weitere Person wurde von einem Panzer überrollt. Mindestens 9 Personen

wurden schwer verletzt, zwei Tage später verstarb noch ein 10jähriges Mädchen aufgrund seiner Verletzungen.

Nach Nusaybin war Cizre nun ebenfalls besetzte Stadt, und für Tage quasi von der Umwelt abgeschnitten. Zufahrtstraßen waren mit Militärposten, z.T. Panzern besetzt; Überlandbusse fuhren nicht, Telefon- und Telexleitungen wurden gekappt, die Journalisten z.T. im Hotel eingeschlossen, zeitweilig machten die Rambos regelrecht Jagd auf einzelne Journalisten. Tag und Nacht wurden Razzien in den Häusern durchgeführt bzw. Leute von der Straße weg verhaftet. Die Zahl der Festgenommen geht in die Hunderte. Wieder wurde den Angehörigen die Herausgabe der Leichen ihrer Kinder verweigert, eine Beerdigung verboten und die Getöteten irgendwo verscharrt.

Doch wie zuvor in Nusaybin wurde nun auch in Cizre der Generalstreik nur verstärkt weitergeführt. Über acht Tage lang stand in Cizre das gesamte Leben still, alle Schulen waren geschlossen bzw. wurden boykottiert und sämtliche Läden und Werkstätten hatten die Rollos verschlossen. Obwohl den Händlern ihr einziges Kapital, das bißchen Ware, in den Läden verfaulte, wurde der Streik in der gesamten Stadt geschlossen durchgeführt. "Wir machen weiter bis die Rambos abziehen und unsere Gefangenen frei sind." Gleichzeitig dehnte sich diese Aktion auf immer weitere Städte der Provinz Mardin und schließlich auch andere kurdische Provinzen aus. Silopi, Idil, Midiyat, Gercus, Kiziltepe, Derik, überall blieben die Läden geschlossen und dies, obwohl alle Kreisstädte im Grenzgebiet von den SEKs umzingelt wurden und diese mit dem Finger am Abzug auf den Straßen patrouillierten.

- Die Schüler der Grundschule in Idil (1.2.3. Klasse) verweigerten das Absingen der Nationalhymne, die Schüler der Mittelstufe stimmten stattdessen ein Pfeifkonzert an.

- in Diyarbakir führten 1.500 Studenten am 21.3. eine Newrozveranstaltung durch, aus Solidarität mit der Bevölkerung von Cizre und Nusaybin boykottierten sie für drei Tage den Unterricht

- in der Stadt Coizre laufen etliche Esel herum, denen mit Ölfarbe "Özel tim" (SEK) aufs Fell geschrieben wurde.

Drei Tage nach den ersten Auseinandersetzungen kommt es in Cizre zu einer noch größeren, massenhaften Demonstration: "Heute um 12 Uhr nach dem Freitagsgebet sollte eine Demonstration stattfinden, das war schon seit gestern geplant und verbreitet worden. Ca. 1.000 Menschen gingen von der Moschee gemeinsam zum Friedhof. An den frischen Gräbern vom Montag gab es erst ein Totengebet und dann erhobene Fäuste und V-Zeichen. Die Leute verließen den Friedhof und auf den Straßen von Cizre wuchs der Demonstrationszug auf ca. 10.000 Menschen an. Alle Straßenecken waren von Soldaten mit MGs besetzt, in den größeren Straßen begleiteten Panzer die Demonstration. Auf der Hauptstraße kamen die Leute, vor allem Frauen und Kinder aus den Seitenstraßen gerannt, um an der Demonstration teilzunehmen. Zuletzt dürften etwa 15.000 Menschen auf der Straße gewesen sein."

Die Demonstration verlief außerordentlich diszipliniert. Sie war vorbereitet, nach Stadtvierteln geordnet und eine ganze Reihe Männer hinderten einzelne Kinder und Jugendliche daran, mit Steinen auf die Panzer zu werfen. Es kam zu keinem Zwischenfall und die Leute aus Cizre sagten, daß sie bewiesen haben, daß nicht sie die Provokateure vom Montag waren. Alte Frauen und Kinder rannten und hüpften auf der Straße herum und riefen auf kurdisch: "Es lebe Kurdistan", "Nieder mit der türkischen Regierung", manche Gruppen auch "Es lebe die PKK". Eine wirkliche Volksdemonstration, an der 15.000 der 30.000 Einwohner teilgenommen haben.

Newrozfeuer überall

Eine verstärkende Rolle bei der Verbreiterung der Widerstandsaktionen mag die Tatsache gespielt haben, daß die Ereignisse von Nusaybin und Cizre zeitlich zusammenfielen mit dem 16.3. - dem Jahrestag des Genozids in Halebje - und dem 21.3. - dem Newrozfest. Dieses wird überall im persischen Kulturbereich als Neujahrsfest gefeiert.

Wie die kurdische Sprache und Kultur ist auch das Newrozfest in der Türkei verboten. Nachdem in den vergangenen beiden Jahren bereits an verschiedenen Orten Newrozfeiern durchgeführt worden waren, war es in diesem Jahr die (chauvinistische) türkische Presse selbst, die über NEWROZ berichtete; keine Zeitung, in der nicht am 21.3. in großen Lettern das verbotenen Wort NEWROZ zu lesen war. In diesem Jahr fanden überall, in fast allen kurdischen Städten sowie an den Universitäten im Westen der Türkei Newrozfeiern statt,

wurden Feuer entzündet und demonstriert oder Widerstandslieder gesungen. An der Universität von Istanbul wurden große Feuer entzündet, es kam zu stundenlangen militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei. Bei all diesen Aktionen stand die Solidarität mit der Bevölkerung von Cizre und Nusaybin mit im Mittelpunkt.

Bereits am 16.3. war an vielen Orten der Gedenktag für Halebje begangen worden. In Diyarbakir fand eine spontane Demonstration mit 500 Personen statt, in Izmir wurden 100, in Konya 50 Personen festgenommen; auch in Ankara, Adana und Istanbul wurden Aktionen zum Halebjetag durchgeführt. Faktisch verging in diesen 14 Tagen kein Tag, an dem nicht in einer oder meist mehreren Städten der Türkei kurdische Demonstrationen und Widerstandsaktionen größeren Ausmaßes stattfanden. Obwohl selbstverständlich all diese Aktionen illegal sind, hält auch die massive Gewalt der Sicherheitskräfte die Menschen nicht von ihrem Protest ab.

Die Mütter der Steine?

"Die Situation ist außergewöhnlich zugespitzt. Was ist außergewöhnlich? Aktionen der Terroristen, Gewalt ... all dies ist in den letzten Jahren gewöhnlich. - Das außergewöhnliche ist die Beteiligung der Frauen", so ein Kommentar des Boulevardblatts Hürriyet.

Tatsächlich versäumt fast kein Pressebericht, die aktive und zahlenmäßig hohe Beteiligung von Frauen an den Auseinandersetzungen besonders hervorzuheben. "Die Demonstranten haben die Panzer und Soldaten mit Steinen beworfen. Die Frauen und Kinder trugen für die Jugendlichen die Steine heran", beschreibt die "Günaydin" die Geschehnisse, und die Hürriyet weiß zu berichten: "Den Befehl `Feuer' gab eine weibliche Militante per Funksprechgerät."

Der Supergouverneur Kozakcioglu stellt fest "das waren Frauen, die gerade erst aus den Dörfern in die Städte umgesiedelt wurden, ... die können nicht einmal türkisch. Bei vielen von ihnen handelt es sich um Angehörige von Festgenommenen. Sie haben die Illusion, wenn sie demonstrieren, würden die freigelassen."

Auch unter den Verletzten und Verhafteten befinden sich zahlreiche Frauen, darunter Reyhan S., die von Presse und Polizei als Militante präsentiert wird, die den ganzen Aufstand in Cizre angezettelt habe. Nach Auskunft ihres Mannes ist Reyhan Hausfrau, kann weder schreiben noch lesen und hat sich nie weit von ihrer Wohnung entfernt.

Die aktive Rolle der Frauen ist eigentlich gar nicht neu. Bei den ersten öffentlichen Massenaktionen nach 1980 zur Unterstützung der politischen Gefangenen waren die Frauen, vornehmlich Mütter, die treibende Kraft.

Was die Herrschenden in der Türkei jetzt aufschrecken läßt, ist die Tatsache, daß die Aktionen in Nusaybin und Cizre Massenaktionen sind, getragen und organisiert von der gesamten Bevölkerung. Deutlich wird dies an der Antwort des Polizeichefs von Cizre auf die Frage von Journalisten, was denn den 200 Festgenommenen, vor allem der Hausfrau und Mutter von vier Kindern R.E. vorläge. "In Cizre gibt es Tausende von Leuten, die potentielle Straftäter sind - die sich positiv über die PKK äußern, da müssen wir ja irgendwann mal mit den Festnahmen anfangen, sonst wächst uns das nachher über den Kopf."

"Wir haben keine Möglichkeit als zu kämpfen"

"Wir haben keine Möglichkeit, als zu kämpfen. Sie haben uns keine Wahl gelassen. Jetzt kämpfen wir und wenn ich all meine Söhne dabei verliere", drückt ein Mann aus Cizre die Stimmung aus.

Die Provokationen der SEKs, der Überfall auf die Beerdigung haben ein Faß zur Explosion gebracht, das durch jahrelangen Terror der türkischen Besatzungstruppen zum Bersten angefüllt war. Cizre, Silopi, Nusaybin, jeder dieser Namen ist mit Greueltaten der Militärs verbunden.

Im September letzten Jahres wurden in Silopi neun Bauern auf dem Weg zum Markt von Militärs mit Kugeln förmlich durchsiebt und dann auf den Titelseiten der Presse als "erlegte PKKler" präsentiert. Als Reaktion darauf kommt es in Silopi erstmals zu einem Massenaufstand mit stundenlangen Auseinandersetzungen.

Wenige Wochen später wurden in Nusaybin fünf Personen von den SEKs ermordet, die Herausgabe der Leichname an die Familien verweigert. Wie sich herausstellt sind die Toten bestialisch verstümmelt, ihre Ohren abgeschnitten und die Augen ausgestochen. Die Reihe soll hier nicht fortgeführt werden.

Ein weiterer Grund für den jetzigen Ausbruch der Massenproteste liegt in den Deportationsmaßnahmen, die während der Wintermonate weitergeführt wurden. Bekanntlich verfolgt der türkische Staat eine

Umsiedlungspolitik analog zu der des Irak, wo entlang der Grenze ein 30 km breites Gebiet vollständig entvölkert wurde. Entlang der syrischen und irakischen Grenze wurden während der letzten Monate 10.000 kurdischer Familien aus ihren Dörfern vertrieben und ihrer Existenz beraubt. Nusaybin mit mehr als 40.000 Einwohner liegt als einzige größere Stadt noch innerhalb des Sicherheitsgürtels an der syrischen Grenze, der im Laufe der letzten Monate fast völlig evakuiert wurde. Es gibt nun Befürchtungen, daß die "Vertreibung-durch-Terror-Politik", die gegen die Dörfer der Region praktiziert wurde, möglicherweise auch auf diese Stadt angewendet wird.

Es wäre jedoch verkürzt, die Aufstandsbewegung nur als Reaktion auf den Terror zu begreifen, sie ist gleichzeitig Ausdruck eines gewachsenen kurdischen Kampf- und Unabhängigkeitsbewußtseins sowie der Verankerung kurdischer Organisationen, vor allem der PKK. "Wir haben etwas angefangen, das geht jetzt weiter und wenn sie mit Raketen kommen." Die organisierte Durchführung der zweiten Demonstration in Cizre beweist zudem, daß es auch in den Städten Organisationsstrukturen gibt und sich die Stärke der PKK nicht mehr nur auf militärische Guerillaaktionen beschränkt.

Ein weiterer Fakt, der der türkischen Bourgeoisie Angst einjagen dürfte, ist die Mobilisierung von Kurden in den Großstädten im Westen der Türkei. Auch wenn diese bislang vorwiegend an den Universitäten zum Ausdruck kommt, wurden auch auf einer Demonstration der unabhängigen Gewerkschaft Otomobil-Is kurdische Parolen gerufen und Transparente auf kurdisch mitgeführt. Verhaftungsaktionen in mehreren türkischen Städten gegen kurdische Organisationen sind ein Indiz, daß hier bereits Organisationsstrukturen existieren. Immerhin beträgt der Anteil der Kurden an der Bevölkerung dieser Metropolen etwas über 30 Prozent. Ganze Industriezweige rekrutieren die Arbeiterschaft mehrheitlich aus der kurdischen Bevölkerung; auch ein Grund für die türkische Bourgeoisie aufzuschrecken.

Türkische Politiker in Panik - "alles ist aus"

Die Ratlosigkeit der türkischen Regierung kam am deutlichsten dadurch zum Ausdruck, daß es über acht Tage lang überhaupt keine Stellungnahme gab. Lediglich Innenminister Aksu erklärte, nachdem er in die Region geflogen war, "Provokateure sind für die Ereignisse verantwortlich". Auch seine spätere Erklärung, die Bevölkerung von Cizre habe nicht an den Ereignissen teilgenommen, sondern es seien "Provokateure von außen gekommen", sind angesichts der in der Presse dokumentierten Teilnahme von 10 - 15.000 Menschen mehr als lächerlich.

Doch die Presse nennt die Dinge z.T. beim Namen: "Gestern haben in Cizre tausende Menschen ‚Es lebe Kurdistan` gerufen und gleichzeitig ‚Nieder mit der Türkei`. Es gibt also einen Begriff Kurdistan. Das ist nicht mehr zu übersehen", stellt Cengiz Candar fest. Und der SHP- Abgeordnete von Mugla, der als Mitglied der überparteilichen Parlamentarierkommission in das kurdische Gebiet gefahren war, fasste seine Eindrücke vor dem türkischen Parlament wie folgt zusammen: "80% der Bevölkerung (der Region Anm. ak) ist für einen unabhängigen Staat Kurdistan. Kaum jemand denkt an Einheit. Die Bevölkerung unterstützt die PKK. ... Alles ist aus."

Drohungen gegen die Nachbarstaaten

Nachdem die Leitartikler und Kommentatoren sich nach den Ereignissen zwei Tage lang ausgeschwiegen hatten, präsentierten sie am dritten Tag nicht etwa den Innenminister oder den Generalstab, sondern Syrien als verantwortlich für die Ereignisse.

Bereits Tage zuvor war über die anhaltenden Spannungen mit Syrien berichtet worden. "Beziehungen zu Syrien in der Sackgasse", heißt es in der Miliyet vom 15.3. Es hätte sich (wiedereinmal) herausgestellt, daß die Terroristen in Syrien ausgebildet würden, Syrien hingegen habe den klugen und wohlmeinenden Vorschlag der Türkei zur Verteilung des Wassers wiederum abgelehnt. (siehe dazu: ak 316, Wasser als Waffe)

Um den kurdischen Organisationen die Unterstützung abzuschneiden, kündigt die Hürriyet vom 28.3. eine "diplomatische Offensive" an und nennt jeweils Termine, zu denen Anfang April türkische Minister die genannten Staaten (Iran, Irak Syrien) besuchen werden. Zwei Tage später diskutiert die türkische Presse bereits in aller Öffentlichkeit die Vor- und Nachteile eines militärischen Schlages, konkret einer Bombardierung der Bekaa- Ebene. Am günstigsten sei eine "Aktion israelischen Typs" resümiert die rechtsliberale Milliyet; die internationale Konjunktur sei günstig für die Türkei. 1. sei es allgemein ungeklärt, wem die Bekaa- Ebene

eigentlich gehört, 2. würde Moskau die Terroraktivitäten nicht mehr unterstützten, die Beziehungen seien abgekühlt, 3. würde die USA der Türkei im Kampf gegen Terrorismus sicher beistehen.

Türkei: Putschgerüchte

Auffällig ist, daß die - zu einem gewissen Teil durch eine Provokation der SEKs ausgelösten - Auseinandersetzungen zu einem Zeitpunkt ausbrechen, zu dem in der Türkei Spekulationen über einen neuen bevorstehenden Putsch die politische Diskussion beherrschen. Hintergrund ist die andauernde Regierungskrise in der Türkei. Die regierende ANAP, deren ehemaliger Parteivorsitzender und frühere Ministerpräsident Turgut Özal, im November letzten Jahres mittels einen "zivilen Putsches" in das Amt des Staatspräsidenten gelangt war, verfügt nach neuesten Umfragen noch gerade über 12,2 % Anhängerschaft in der Bevölkerung. Die internen Auseinandersetzungen zwischen den Parteiflügeln (fundamentalistisch-islamisch, faschistisch und neoliberal) haben an Schärfe zugenommen, während die Unzufriedenheit - und Unruhe - in verschiedenen Teile der Bevölkerung, insbesondere unter der Arbeiterschaft und den Studenten wächst. Genau in diesem Zeitraum - also während der letzten Wochen und Monate - fand in der Türkei eine ganze Serie von spektakulären Mordanschlägen statt, der vornehmlich liberale Journalisten, aber auch der bekannte Rechtsanwalt Muamer Aksoy zum Opfer fielen. Keiner dieser Morde wurde bisher aufgeklärt.

Während Regierungskreise angeblich vom Ausland (Iran und Syrien) unterstützte islamische Terrororganisationen als Drahtzieher nennen und angeblich eingegangene "Bekennerschreiben" präsentieren, wobei die Polizei täglich neue "islamische Terrorgruppen" "aushebt" , vermutet man in fortschrittlichen Kreisen hinter diesen Morden eine planmäßige Provokation z.B. des Geheimdienstes MIT, der ja auch bei den Vorbereitungen der Militärputsche 1971 und 1980 mit ähnlichen Methoden massiv beteiligt war.

Die Schlagzeilen einer einzigen Zeitungsseite der liberalen "Milliyet" vom 15.3. mögen das entstandene Klima verdeutlichen: "3 Spezialeinheiten für den Mörder von Emec" (ermordeter Journalist), "Die Terroristen sind in Nicaragua ausgebildete Spezialisten", "Die ANAP wird den Terror nicht lösen - nach einer Meinungsumfrage hält die Bevölkerung einen Putsch für peinlich", "Islamisten gegen die Demokratie - der Iran möchte die kurdische Frage ausnutzen" und: "Putschdiskussion im Parlament". Tatsächlich: am 14.3. wurde im türkischen Parlament über die Möglichkeit eines neuen Putsches diskutiert. Der unabhängige (ehemals SHP) kurdische Abgeordnete aus Kars, Mahmut Alinak hatte seine Befürchtungen geäußert: "Welche Statisten auch immer den Abzugshahn betätigen, hinter diesen politischen Morden stecken geheime Kräfte, die einen Putsch machen wollen. Diese geheimen Kräfte sitzen mitten im Staatsapparat."

Dieser Hinweis auf die innenpolitische Situation in der Türkei will nicht den Schluß nahelegen, daß die Ereignisse in Kurdistan provoziert seien, um eine zusätzliche "Rechtfertigung" für einen Putsch zu haben. Es sollte nur auf die Tatsache hingewiesen werden, daß derzeit eine nicht unbedeutende Fraktion in Staat und Militär existiert, die einen neuen Putsch anpeilt. Das Angebot der SHP, eine türkisch-nationalistische (antikurdische) Allparteienkoalition zu bilden, ist somit in ihrer Logik auch als Abwehrmaßnahme (!) gegen einen neuen Putsch zu verstehen.

Internationales Schweigen

Auffällig und erschreckend ist, daß die europäische, insbesondere die bundesdeutsche Presse bisher nur äußerst spärlich über die Ereignisse berichtet und auch die fortschrittliche Öffentlichkeit die aktuelle Entwicklung in Kurdistan kaum verfolgt.

Neben dem Abfeiern der wiedergewonnenen deutschnationalen Größe sind ganze Schwärme von Journalisten anscheinend ausschließlich damit beschäftigt, überall im "befreiten" Osteuropa auch die letzten Machenschaften des Sozialismus aufzudecken.

In die Planspiele des türkischen Generalstabes für mögliche "Vergeltungsschläge" gegen Kurden (oder Syrien) wird dieses Desinteresse Westeuropas sehr wohl als "günstiger Faktor" einbezogen!

Demgegenüber hofft die kurdische Bevölkerung auf Unterstützung durch die europäische Öffentlichkeit. Milena Ergin berichtet: "Überall, wo ich als einzige Ausländerin auftauche, stecken mir die Leute Zettel oder sogar besprochene Kassetten zu. Der Inhalt ist immer der gleiche: ‚Von der Türkei erwarten wir nichts mehr. Die einzigen Vertreter des türkischen Staates sind die Panzer auf der Straße und die Todesschwadrone. Die

Türkei hat uns den SEK ausgeliefert. Aber wir erwarten von Europa, daß es uns unterstützt. Sagen Sie es allen in Europa, daß es die Kurden gibt und daß sie ihre Rechte wollen. Wir werden kämpfen, aber wir brauchen Unterstützung.`"

nm

(nach Berichten von Milena Ergin, Medico international)

4. Einwanderer fordern gleiches Recht - Widerstand formiert sich

30.000 demonstrierten gegen die Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kirche und Religionen; Aktionen / Veranstaltungen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:46

Im Eilverfahren wird gegenwärtig der Entwurf eines neuen Ausländergesetzes durch die Instanzen gejagt. Nachdem der Vorgänger des gegenwärtigen Innenministers Schäuble, "Old Schwurhand" Zimmermann, in diversen Anläufen, zuletzt im Herbst 1988 gescheitert war, scheint Schäuble mit seinem Ansinnen erfolgreicher zu sein. Aber auch auf der anderen Seite tut sich etwas. Spät zwar und zaghaft, aber in teilweise beachtlichen bündnispolitischen Konstellationen demonstrierten Tausende am 31.3. gegen den Entwurf zum neuen Ausländergesetz. Ob es allerdings noch gelingen kann, den Entwurf zu kippen, erscheint fraglich. Neben der Bereitschaft, gegen dieses Gesetz auf die Straße zu gehen, fehlt es leider noch an Konzepten, wie dem Gesetzentwurf wirkungsvoll begegnet werden kann. Ein erster Ansatz ist eine Hamburger Verweigerungskampagne gegen die in dem Gesetzentwurf allen "Öffentlichen Stellen" verordnete Bespitzelung nichtdeutscher Menschen. Neben sämtlichen Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst sind davon auch alle Beratungsstellen, Ärzte, Apotheker, kurz alle, die öffentliche Arbeiten verrichten, betroffen. Sie werden künftig verpflichtet sein, ungefragt sämtliche ihnen zur Kenntnis gelangenden Verstöße gegen das Ausländergesetz an die Ausländerbehörden oder, wie zweckmäßig, an die nächste Polizeidienststelle zu melden. Da sage noch einer, wir haben den Faschismus nicht verarbeitet.

Rund 30.000 Menschen beteiligten sich am 31.3. an Demonstrationen gegen den neuen Ausländergesetzentwurf der Bundesregierung. In Hamburg kamen knapp 10.000 Menschen, in Westberlin demonstrierten ca. 15.000, in München ca. 5.000 und in Stuttgart eine uns unbekannte Zahl von Menschen. In Westberlin riefen über 90 Organisationen, darunter Untergliederungen der SPD und des DGB sowie zahlreiche ImmigrantInnen- und Flüchtlingsorganisationen zur Demonstration auf.

In Hamburg war die Demonstration bestimmt durch zahlreich erschienene Gruppen von Einwanderern und Flüchtlingen. Sogar ein Block mehrerer hundert polnischer Aussiedler, die allesamt von der Abschiebung bedroht sind, beteiligte sich an dieser Veranstaltung. Der Hamburger DGB-Vorsitzende Pumm wies in seiner Rede auf den menschenverachtenden Charakter des neuen Gesetzentwurfes hin. Der Entwurf sei weder christlich noch sozial, noch human, deswegen lehne seine Organisation ihn ab. Für die sozialdemokratisch orientierten Kreise in der Ablehnungsfront sprach auf der Hamburger Kundgebung Hakki Keskin. In seiner Rede hob er vor allem die im Gesetzentwurf enthaltenen Verschlechterungen für die vor langer Zeit in die BRD eingewanderten Menschen hervor. Erschwerung des Familiennachzugs, unsicherer Aufenthalt für arbeitslose Einwanderer, kaum Aussichten auf langfristig gesicherten und eigenständigen, ehegattenunabhängigen Aufenthalt.

Der Stein des Anstoßes - ein rassistischer Gesetzentwurf

Im September 1989 legte das Innenministerium einen ersten Referentenentwurf vor, der nach einigem Hin und Her durch einen leicht modifizierten Entwurf im Dezember '89 abgelöst wurde. Bereits im Januar passierte dieser den Bundestag in erster und zweiter Lesung. Gegenwärtig beschäftigt er die Bundestagsausschüsse und den Bundesrat. Bis zum 11.5. soll diese "Hürde" genommen sein, sodaß Anfang Juni in der dritten Lesung der Bundestag über das neue Gesetz entscheiden kann. Dieses Eilverfahren wurde gewählt, um noch in dieser Legislaturperiode Nägel mit Köpfen zu machen. Es ist mittlerweile seit 1984 der dritte Versuch, das alte Ausländergesetz von 1965 durch ein neues zu ersetzen.

Unmittelbar nach Verkündung werden dann die im neuen Gesetz enthaltenen Aufenthaltstitel, hierbei hervorzuheben die Visum- und Aufenthaltsgenehmigungspflicht für Minderjährige, sowie einige Bestimmungen, die den Datenschutz für Nichtdeutsche tendenziell aufheben, in Kraft treten. Der Rest des Gesetzes tritt dann vier Monate später, also ca. Mitte Oktober 90 in Kraft. Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahlen wird sich dann die neue Bundesregierung ab Dezember 90 mit einem ausgefeilten Instrumentarium zur Drangsalierung der hier lebenden Nichtdeutschen und derer, die noch die Absicht haben hierherzukommen, betätigen können.

Das neue Gesetz bedeutet in vielen Punkten eine massive Verschlechterung der rechtlichen Stellung der nichtdeutschen Bevölkerung. Unmittelbare Auswirkungen wird das neue Gesetz vor allem für Flüchtlinge haben. Ein differenziertes Instrumentarium der Rückschiebung, Rückweisung und Ausweisung, verkoppelt mit Paß- und Visumspflicht, auch für Minderjährige, wird in der Konsequenz dazu führen, daß Flüchtlinge keine Möglichkeit einer legalen Einreise in die BRD haben. Selbst der Verdacht der Grenzbeamten, beim angegebenen Einreisezweck (z.B. Besuch von Verwandten) handele es sich um einen vorgeschobenen, reicht schon aus, um die Einreise zu verwehren. Fluggesellschaften werden zukünftig eine Vorprüfung aller Reisedokumente vornehmen (müssen), weil sie für die Dauer von drei Jahren für die Rückschiebung illegal Eingereister haften. Nebenbei drohen ihnen Strafen bis zu DM 5.000, wenn sie ihren "Pflichten" nicht nachkommen.

Die Aufenthaltsgenehmigungspflicht für Minderährige wird sich zunächst und vor allem auf die in letzter Zeit zunehmend einreisenden sogenannten "minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge", die insbesondere vor dem Krieg der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk flüchten, als unüberwindbares Einreisehindernis auswirken.

Zukünftig werden alle Flüchtlinge ins Asylverfahren gezwungen, auch dann, wenn sie gar keinen entsprechenden Antrag gestellt haben. Eine entsprechende Änderung des Asylverfahrensgesetzes sieht einen Asylantrag schon dann als gestellt an, wenn nur ein Antrag auf Schutz gegen Abschiebung nach der Genfer Konvention gestellt wurde ("Kleines Asyl"). Die groß angekündigte Sicherung des Aufenthaltsstatus der sogenannten "de-facto-Flüchtlinge" (gegenwärtig ca. 300.000 Menschen) findet nicht statt. Die zwar formulierte Möglichkeit der Aufenthaltsverfestigung dieser Menschen wird wohl an den zu erfüllenden Bedingungen wie ausreichender Wohnraum, besondere Arbeitserlaubnis, finanziell gesicherter Aufenthalt etc. scheitern.

Dieser Gesetzentwurf ist erneut ein "Dokument des Rassismus" (AK 298) wie die vorigen Entwürfe auch. Er ist von Anlage und Diktion her ein perfides Instrument zur Abwehr von Flüchtlingen und zur Diskriminierung hier lebender Nichtdeutscher. Er schreibt den "deutschen" Charakter des Volkes der BRD fest, indem er die BRD zum "Nicht-Einwanderungsland" erklärt und erneut zum Ausdruck bringt, daß die Menschenrechte in diesem Land für Menschen aus anderen Kulturen tendenziell keine Gültigkeit haben. Er dokumentiert erneut die rassistische Grundlage der deutschen Staatsangehörigkeit, die wie in keinem anderen Land der Welt in der Regel nur durch die vererbbare Zugehörigkeit zur "deutschen Rasse" zu erlangen ist. Polnische Aussiedler werden im Hamburger Ausgleichsamt, zuständig für die Anerkennung ihres "Deutschtums", neben Sprachtests mittlerweile auch gezwungen, ihr Deutschtum z.B. durch das Absingen "deutschen Liedguts" oder durch das Erzählen "deutscher Märchen" unter Beweis zu stellen. Je nach den Erfordernissen des deutschen Kapitals, im Gesetzentwurf "Belange der Bundesrepublik Deutschland" genannt, steht dem Innenministerium die Möglichkeit offen, per Rechtsverordnung nach dem Rotationsprinzip Arbeitskräfte zu mobilisieren und - wieder zu demobilisieren.

Kirchen ziehen sich aus Abwehrfront zurück

Kritik an dem Entwurf kommt von vielen Seiten. Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, SPD und Grüne, der Flüchtlingskommissar der UNO, die Lufthansa, viele RechtsanwältInnen und Initiativen nahmen gegen den Entwurf Stellung. Eine erste Schwächung erfuhr die Ablehnung gegen das Gesetz mit dem Rückzug der Kirchen aus einem mit dem DGB gemeinsam getragenen Kritikpapier. Begründung: der gemeinsame Text verurteilte den Gesetzentwurf als rassistisch, dieser Passus war den Kirchenfürsten im Nachhinein wohl zu starker Tobak. Die Bundesregierung dürfte ihren Einfluß auf die Kirchen geltend gemacht haben, um diesen Rückzug zu erzwingen. Ein weiterer Schwachpunkt in der Front der Kritiker dürfte die klammheimliche Zustimmung der SPD zum Entwurf sein. Ihr und den von ihr regierten Bundesländern wird vor allem die im Entwurf betriebene bundesweite Vereinheitlichung aller zum gegenwärtigen Ausländergesetz bestehenden Durchführungs-, Verwaltungs-und sonstiger Verordnungen durchaus recht sein. Diese Vereinheitlichung sorgt künftig dafür, daß Alleingänge einzelner Bundesländer, wie z.B. die Altfallregelung für Libanon-Flüchtlinge in Westberlin, die Regelungen für Roma in Hamburg und NRW - so geringfügig die damit erreichten Verbesserungen auch sein mögen - nicht mehr möglich sein werden. Was also bisher in einzelnen Bundesländern zumeist unter massivem Druck der Straße möglich war, wird zukünftig von den Landesregierungen mit dem lapidar nach Bonn weisenden Zeigefinger und einem Achselzucken abgetan werden. Es dürfte schwer werden, sie öffentlichkeitswirksam für die menschenverachtende Ausländerpolitik in diesem Land (mit)verantwortlich zu machen.

Unerwartete Schützenhilfe bekamen die GegnerInnen des neuen Gesetzes von Heiner Geißler, geschaßter CDU-Generalsekretär und in Sachen Ausländerpolitik Verfechter der Fraktion in der CDU, die die "Deutschtümelei" ablehnt - zumindest verbal. Er vertritt dabei im wesentlichen eine Position, die vor einiger Zeit auch in der "Wirtschaftswoche" mit der Titelseite "Ausländer rein!" für einiges Aufsehen sorgte. Geißlers Begründung für diese in seinen Kreisen nicht sehr populäre Position: "Die Bundesrepublik Deutschland kann es sich jedoch ökonomisch und sozialpolitisch nicht leisten, von Jahr zu Jahr und Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer mehr ältere Menschen zu bekommen, die zudem auch noch wesentlich länger leben, während gleichzeitig immer weniger junge Menschen als Arbeitskräfte und Beitragszahler zur Verfügung stehen." Sein im Spiegel 13/90 erschienenes "Plädoyer für eine ‚multikulturelle Gesellschaft`", ein Vorabdruck in Auszügen aus seinem demnächst erscheinenden Buch, ist insofern bemerkenswert, als er entgegen der derzeitigen CDU-Mehrheitsposition von der BRD als einem Einwanderungsland spricht. Er entwirft in seinem Plädoyer die Vision einer "amerikanischen Einwanderungspolitik" für die BRD. Demnach müsse nach Abschaffung des Rechtsanspruches auf Asyl, d.h. nach einer Grundgesetzänderung, eine feste Quotierung für Einwanderer festgelegt werden. Diese Einwanderer müßten dann unter Anerkennung ihrer kulturellen Eigenständigkeit mit umfangreichen Bürgerrechten ausgestattet werden. Der Assimilierungsdruck und die Rechtsunsicherheit, die das Leben dieser Menschen prägen, sei durch die Anerkennung ihrer Kultur und Ausstattung mit umfangreichen Rechten zu ersetzen. Dennoch spricht aus diesen Visionen keine reine Menschlichkeit, sind doch die Menschen in vorderster Linie "rentenstabilisierende Faktoren". Im Grunde handelt es sich also nur um einen anderen Ansatz als in Schäubles Entwurf, der zur Stabilisierung der "Belange der Bundesrepublik Deutschland" eine Rotationsmasse von Arbeitskräften in Aussicht nimmt. Ob sich Heiner Geißler als Bündnispartner für die Gegner des neuen Gesetzes anbietet, bleibt trotz seiner erklärten Gegnerschaft dennoch fraglich. Nach dem neuen Gesetzentwurf hat seine Fraktion jedenfalls zunächst den Kürzeren gezogen - aus Geißlers rentenstabilisierender, multikultureller Gesellschaft wird vorerst nichts. Dennoch muß von den Gegnern des Gesetzentwurfes erkannt und anerkannt werden, daß Heiner Geißler nicht nur aus taktischen Erwägungen solche Positionen verficht, sondern daß er damit eine durchaus relevante Strömung seiner Partei, möglicherweise auch darüber hinaus, vertritt, die nach dem Motto "leben und leben lassen" überzeugt für eine Liberalisierung des Ausländerrechts in der BRD eintritt - solange die Geschäfte nicht beeinträchtigt werden bzw. zum Nutzen der eigenen Geschäfte. Die Bewegung täte gut daran, sich mit diesen Fraktionierungen des Bürgertums zu beschäftigen und mögliche Bruchlinien auch daraufhin abzuklopfen, ob diese nicht für die eigenen Ziele nutzbar zu machen sind.

Bündnispolitik ist schwer

Die Hamburger Aktion am 31.3. fand weitgehend ohne Beteiligung des autonomen sowie des linken türkischen und kurdischen Spektrums statt. Im Vorfeld der Demonstration hatte die Beteiligung mehrerer Moscheen, darunter auch solcher, die vom türkischen Staat offiziell anerkannt und gefördert werden, zu Auseinandersetzungen geführt. Letztlich verließen die linken türkischen und mit Ausnahme von KOMKAR auch die kurdischen Gruppierungen den gemeinsamen Vorbereitungskreis und organisierten am 24.3. eine eigene Demonstration, an der sich ca. 2.000 Menschen beteiligten. An die im Bündnis verbliebenen linken Organisationen ergeht in einem von "Devrimci Isci", "ATIF", "Demokratik Tartisma Platformu" und dem "Fan-Club Dr. Schäuble" verfaßten Flugblatt der folgende Vorwurf: "Es ist eine merkwürdige ‚Bündnispolitik`, die sich bewußt faschistische und reaktionär-islamistische (incl. türkisches Konsulat) Kreise als ‚Bündnispartner` aussucht, in dessen Gesellschaft sie sich anscheinend wohler fühlt. Offensichtlich ist es in Vergessenheit geraten, daß auf der Ramazan-Avci-Demo vor 3 Jahren türkische Faschisten und islamistische Reaktionäre faschistische und rassistische Parolen gerufen haben (z.B. ‚wie glücklich der, der sich Türke nennt` u.ä.). Wir wollen nicht mit Anhängern von Alpaslan Türkes, dem Führer der ‚Grauen Wölfe` und Freund von F.J. Strauß, gemeinsam gegen die neuen Ausländergesetze demonstrieren.

Die Verantwortlichen für die Demos am 31. März haben sich trotz unserer Einwände für das ‚breite` Bündnis mit diesen faschistisch-reaktionären Kräften entschieden, die dank der deutschen ‚Linken` unter türkischen und islamischen Fahnen ihren Aufmarsch durchführen können."

In der Tat hat es bei der Ramazan-Avci-Demonstration vor drei Jahren Versuche gegeben, die türkische Fahne zu entrollen. Zum Teil wurde dies damals während der Demonstration verhindert. Diesmal konnte ein solches Ansinnen durch die provokative Ankündigung: "Dann demonstrieren wir in Schwarz-Rot-Gold" im Keim erstickt werden; auf der Demonstration gab es keine türkischen Fahnen.

Bündnispolitisch war unseres Erachtens sowohl die Demonstration anläßlich der Ermordung von Ramazan Avci durch faschistische Skins vor drei Jahren als auch die jetzige Demonstration gegen das neue Ausländergesetz gerade wegen der breiten Beteiligung verschiedenster Kreise ein voller Erfolg. Es beteiligten sich neben den bereits erwähnten Moscheen alle relevanten ImmigrantInnen-Organisationen aus allen Nationalitäten, Untergliederungen der Hamburger SPD, der DGB sowie die verschiedensten zur einschlägigen "Szene" gehörigen Initiativen. Die Abspaltung der linken türkischen und kurdischen Gruppen sowie des mit ihnen verbundenen autonomen Spektrums hat zur Schwächung des Protests beigetragen, die mit 10.000 Menschen eher am unteren Rand der Erwartungen liegende Teilnehmerzahl drückt dies aus.

Eine "merkwürdige Bündnispolitik" erkennen wir in der willkürlichen Spaltung des gemeinsamen Auftretens gegen diesen Gesetzentwurf. Der Schritt, die gemeinsame Plattform zu verlassen, wurde dem Bündnis lediglich lapidar mitgeteilt, der eigentliche Streit wurde an anderen Orten ausgetragen. Der Aufruferkreis zur Demonstration am 24.3. war eine geschlossene Gesellschaft, eine eigenständige Bündnispolitik fand überhaupt nicht statt. Außerdem scheint uns das in diesen Kreisen vorhandene Verständnis von Bündnissen extrem sektiererisch.

Gerade weil es 1987 anläßlich der Ermordung von Ramazan Avci unabhängig von den Differenzen der verschiedenen Teile zu einem derart breiten Bündnis gekommen ist, konnte damals eine Demonstration mit 15.000 Menschen organisiert werden. Anders als bei ähnlichen Übergriffen vorher wie hinterher konnte über mindestens ein halbes Jahr hinweg die Hamburger Öffentlichkeit massiv mit der Problematik rassistischer Übergriffe konfrontiert werden. Es waren die antirassistischen und antifaschistischen Kräfte, denen es damals gelang, die öffentliche Diskussion zu bestimmen. Eine ähnliche Chance liegt heute in der breit erkennbaren Bereitschaft, sich ungeachtet der sonstigen politischen und ideologischen Differenzen gegen dieses rassistische Gesetzesvorhaben zusammenzuschließen. Wer diese Chance nicht ergreifen will, der muß sich den Vorwurf des Sektierertums gefallen lassen. Zum Vorwurf, daß es sich bei den Moscheen um "Faschisten" und "Reaktionär-islamische Kreise" handelt, bleibt heute wie damals zu sagen, daß ein derart leichtfertiger Umgang mit diesen Begriffen der Sache, um die es geht, nicht dienlich ist. Und die heißt: Größtmögliche Mobilisierung gegen dieses Gesetzesvorhaben!

AG Rassismus/KB Gruppe Hamburg

5. Der Sieger und sein Juniorpartner

Rubrik: Wahlen; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:37

Die Prognosen hatten sie Mitte Februar bei etwa 20% vermutet, Anfang März immerhin schon bei 30% - nur noch knapp hinter den 34% der SPD -, und wenige Tage vor der Wahl sah sie eine Untersuchung des Instituts MORI mit 36% erstmals ganz vorn. Daß sie am 18. März mit gut 48% nur knapp unter der absoluten Mehrheit blieben, übertraf schließlich die allerschlimmsten Erwartungen noch bei weitem. Die Rede ist von den drei Parteien der "Allianz für Deutschland", der hastig zusammengeschobenen Koproduktion von BRD-CDU und CSU.

Eindeutiger Wahlsieger in diesem Bündnis ist die DDR-CDU, die sich vom Odium der alten Blockpartei befreien konnte und nun als stärkste Partei mit fast 41% weit vor der zweitplazierten SPD (knapp 22 %) rangiert. Die primitive Wahlkampf-Strategie der SPD, sich von der CDU inhaltlich nur verschwommen abzugrenzen und sie stattdessen in erster Linie wegen ihrer früheren Zusammenarbeit mit der SED anzugreifen, schlug total fehl, zumal sie ganz leicht ebenso primitiv gekontert werden konnte.

Die von der CSU gesponserte DSU erreichte mit republikweiten 6,3% ein vergleichsweise bescheidenes Ergebnis, kann aber mit Spitzen zwischen 10 und 15% in Sachsen die Rolle eines regional stark verankerten Juniorpartners beanspruchen. Das erfüllt im Wesentlichen die Zielsetzung ihrer BRD-Sponsoren, einen Einstieg zur Ausdehnung der CSU zu schaffen. Allerdings hatten sich die DSU-Gründer selbst eigentlich eine weitaus größere Rolle gewünscht.

Der Demokratische Aufbruch als dritter Partner der Allianz ist mit 0,9% aus dem Rennen und teilt so das Schicksal anderer Gruppierungen, die im Herbst letzten Jahres Protagonisten der "Wende" waren, aber sich danach von den Filialen der etablierten BRD-Parteien an die Wand spielen ließen. Eine eigenständige Zukunft dürfte diesem Drittem im Bunde wohl nicht beschieden sein.

Die CDU der DDR: nach Gehirnwäsche auf Platz 1

"Wenn Sie glauben, daß die Forderung nach Demokratie zugleich die Forderung nach Abschaffung des Sozialismus beinhaltet, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, daß wir unterschiedlicher Auffassung sind (...) Es gibt nach wie vor eine Gemeinsamkeit der die Regierung bildenden Parteien. Die lautet: Die DDR ist ein souveräner und sozialistischer Staat. Dabei ist zwischen allen Parteien klar, daß das Wort Sozialismus neu buchstabiert werden muß. Wir müssen überlegen, wie ein zukunftsträchtiger Sozialismus aussieht (...)".

So sprach der damalige und heutige Vorsitzende der DDR-CDU, Lothar de Maiziere, Mitte November zur "Bild am Sonntag". (19.11.89) Zur Frage, was er zu einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten meine, sagte er damals: das halte er "nicht für das Thema der Stunde". Das seien "Überlegungen, die vielleicht unsere Kinder oder unsere Enkel anstellen können".

Als jahrzehntelange Blockpartei, und das heißt: als weitgehend konformer Bündnispartner der SED, war die DDR- CDU vom Bekenntnis zum Staatssozialismus (Marke DDR) und Antifaschismus wohl mehr als nur verbal geprägt gewesen. Noch im Entwurf der programmatischen Positionsbestimmung, die dem Sonderparteitag der DDR-CDU Mitte Dezember vorlag, war in der Präambel ein Bekenntnis zum Sozialismus zu finden, wenn auch schon in sehr schwacher Form: Die CDU "tritt ein für eine humane und demokratische Gesellschaft, wie sie nach christlichem Verständnis einem Sozialismus entspricht." - Von Vertretern der West-CDU kam daraufhin die barsch vorgetragene Aufforderung, die DDR-CDU müsse, um sich "Glaubwürdigkeit" zu erwerben, das "mißverständliche" Wort aus der Präambel streichen. Und der Parteitag gehorchte!

Eine kleine Episode aus dem fliegenden Identitätswechsel einer Partei, die aber selbst heute noch programmatisch mehr Ähnlichkeit mit der historischen CDU des Ahlener Programms hat als mit der aktuellen Politik der BRD-CDU. So heißt es beispielsweise in der Präambel des Positionspapiers der DDR-CDU auch: die Partei "steht zur Schuld der deutschen Geschichte, besonders gegenüber ihren europäischen Nachbarn und gegenüber dem jüdischen Volk, und wendet sich konsequent gegen Faschismus und Antisemitismus."

Die DDR-CDU gab ihre Mitgliederzahl zur Zeit ihres Parteitags im letzten Dezember mit 140.000 an; im Februar wurde die Zahl 135.000 genannt. Die CDU hat eine Tageszeitung "Neue Zeit" mit einer Auflage von 130.000.

Die DSU: Juniorpartner wider Willen

Die DSU (Deutsche Soziale Union) wurde am 20. Januar in Leipzig als Zusammenschluß von zwölf teilweise sehr kleinen Gruppen und Parteien aus dem konservativen und deutschnationalen Spektrum gegründet. Aus jeder dieser Gründergruppen wurden zwei Personen in den DSU-Vorstand aufgenommen. Im Wesentlichen ist die DSU aber ein Zusammenschluß der dominierenden CSPD (Christlich-Soziale Partei Deutschlands) mit der CSU/FDU (Freie Deutsche Union). Die beiden ersten Männer der DSU, Ebeling und Diestel, kommen aus der CSPD.

Die CSPD wurde am 25. November in Leipzig gegründet und von der bayerischen CSU sogleich aufmerksam in Augenschein genommen. Mit 8-12.000 Mitgliedern (angeblicher Stand Anfang Januar) ragte die CSPD aus der Schar ihrer Konkurrentinnen weit heraus.

Mitte Dezember kam es zu einem ersten Treffen zwischen Ebeling/Diestel und der CSU-Spitze. Gegen eine Anerkennung der CSPD als CSU-"Schwesterpartei" bereits zu diesem Zeitpunkt sprachen aus Sicht der CSU insbesondere folgende Gesichtspunkte: 1. Die CSU wollte sich ihre Kontakte zum breiten Spektrum rechtskonservativer Kleinparteien noch offenhalten und strebte eine möglichst vollständige Sammlung unter ihrer Kontrolle an. 2. Der Name CSPD wurde, vielleicht wegen des Anklangs an die SPD, als unglücklich kritisiert. Die CSU favorisierte zu diesem Zeitpunkt einen Namen mit dem Begriff "Volkspartei". 3. Neben weitgehender programmatischer Übereinstimmung wurde die "deutschlandpolitische Position" der CSPD als unklar kritisiert: die Partei grenzte sich nach Ansicht der CSU noch nicht klar genug von Konföderations-Konzepten ab.

Die CSU/FDU wurde am 6. Januar in Leipzig gegründet. Es handelte sich dabei, wie der Name schon andeutet, um eine Fusion der Anfang Dezember gegründeten Parteien CSU und FDU. Die FDU hatte nur im Norden der DDR (plus Berlin), die CSU nur in Sachsen und Thüringen bestanden.

Sofort nach Bildung der DSU erklärte die bayerische CSU, sie werde im DDR-Wahlkampf ausschließlich die DSU unterstützen. Das kam der DSU-Führung zunächst nur bedingt gelegen: die Unterstützung nahm man natürlich gern an, wollte sich aber nicht so exklusiv von der CSU vereinnahmen lassen.

Der DSU-Vorsitzende Ebeling begründete diesen Vorbehalt: "Wir stehen zwischen der CDU-West und der CSU, sind also eine Schwesterpartei der CDU/CSU- Bundestagsfraktion. Das wird leicht mißverstanden vom Namen her, als wäre die DSU eindeutig Partner nur der CSU. Wir sind Partner beider Parteien. Eine Ausrichtung nur auf die CSU wäre für uns auch nicht gut, weil es hier eine Menge Leute gibt, die nur CDU-West wählen würden, aber nicht CSU. Wir wollen ja in der ganzen DDR antreten." ("Spiegel"-Interview, 29.1.) - Dahinter stand zu dieser Zeit noch die Hoffnung der DSU, die DDR-CDU als "unglaubwürdige alte Blockpartei" ganz ausbooten zu können und selbst die Nr. 1 in der DDR-Rechten werden zu können.

Inzwischen ist, vermittelt vor allem über die massive Wahlkampf-Hilfe der CSU, die Bindung der DSU an diese Partei sehr viel einseitiger und deutlicher geworden. Die DSU scheint, vor allem in Sachsen, zum Sammelpunkt extrem chauvinistischer und reaktionärer Kräfte geworden zu sein, was wiederum den Charakter und die weitere Entwicklung dieser Partei beeinflussen dürfte.

Die Mitgliederzahl der DSU wurde Mitte Februar mit 35.000 angegeben, Ende Februar dann plötzlich schon mit über 50.000.

Der Demokratische Aufbruch: das war's wohl schon?

Der DA entstand im September 1989 als eine der lockeren Organisationen der Oppositionsbewegung. Zu dieser Zeit bekannte sich der DA noch zu dem Ziel, "den Begriff Sozialismus neu und positiv zu füllen", wie es Vorstandsmitglied Erhard Neubert formulierte. Noch Ende November sprach sogar der damalige DA-Vorsitzende Wolfgang Schnur von der Hoffnung, "daß die sozialistische Gesellschaft eine gerechte Gesellschaftsordnung" schaffen könne. Für nötig hielt er damals eine "große Koalition der innenpolitischen Vernunft", zu der ganz selbstverständlich auch die SED gehören sollte. Zur gleichen Zeit turnte der agile Schnur allerdings schon zu Kontaktgesprächen mit FDP, CDU und SPD durch die BRD - nach allen Seiten offen und immer auf der Suche nach dem günstigsten Angebot.

Mitte Dezember gründete sich der DA offiziell als Partei. Dieser Parteitag stand im Zeichen heftiger Kämpfe um Führung und Orientierung des DA, dessen Mitgliederzahl damals mit 10.000 angegeben wurde. Die auf ökologische und soziale Ziele orientierten Teile des DA wurden ausmanövriert. "Deutsche Einheit" und "Marktwirtschaft" wurden als strategische Schwerpunkte durchgesetzt, wenn auch durch Formelkompromisse die Einheit der Organisation gerade eben noch bewahrt werden konnte.

Nur kurze Zeit allerdings. Im Januar begann eine erste Austrittsbewegung aus dem DA, angeführt von der stellvertretenden Vorsitzenden Sonja Schröter und dem Pfarrer Schorlemmer. Ein Anfang Januar verkündetes "Wahlbündnis 90", dem u.a. DA, SPD, Neues Forum und Vereinigte Linke angehören sollten, zerbrach innerhalb weniger Tage. Es folgten Ende Januar die Austritte von zwei weiteren Vorstandsmitgliedern sowie von Leuten aus acht Ortsverbänden. Begründet wurde das mit der einseitigen Orientierung des DA auf die CDU/CSU der BRD. Viele der Ausgetretenen schlossen sich der DDR-SPD an.

Anfang Februar sprach sich Schnur erstmals eindeutig und ausschließlich für den Anschluß des DA an die von der CDU/CSU gesponserte Rechtsallianz aus. Ihm widersprach damals noch DA-Sprecher Pfarrer Eppelmann: Die DSU lehnte er ab wegen ihres "unverantwortlichen" Drängens auf ganz schnelle "Wiedervereinigung", und der DDR- CDU warf er die "Mitverantwortung" für die Politik der letzten 45 Jahre vor.

Jedoch: während sich der DA-Vorstand noch am 1. Februar gegen Beteiligung an dem Rechtsbündnis aussprach, stimmte der DA-Hauptausschuß zwei Tage später mit großer Mehrheit für Eintritt in die "Allianz". Schnur präsentierte sich daraufhin auf einer Wahlkundgebung in Halle mit dem extravaganten Ausruf: "Hier steht der künftige Ministerpräsident!" (FAZ, 5.2.)

Alle Prognosen sahen aber den DA schon lange vor dem Platzen der Schnur-Affäre (Arbeit für den Stasi) nur zwischen 1 und 2%. Republikweit blieb er am 18. März knapp unter einem Prozent. Deutlich über dem Durchschnitt lagen lediglich die Ergebnisse in den thüringischen Kreisen Erfurt (1,9%) und Gera (1,7%).

Die Mitgliederzahl des DA wurde zuletzt mit 15.000 angegeben; die von einem DA-Vertreter im März plötzlich genannte Zahl 50.000 kann getrost als größenwahnsinnig abgelegt werden. Angesichts des völligen Fehlens eines eigenen politischen Profils ist die Auflösung des DA vorhersehbar, wobei indessen viele Mitglieder vielleicht eher den Liberalen und einige sogar eher der SPD als der CDU zuneigen könnten.

Eine Partei wird dressiert

Die CDU/CSU hatte es im Herbst 1989 zunächst kategorisch abgelehnt, offizielle Kontakte zur DDR-CDU zu unterhalten. Das änderte sich etwas nach dem Rücktritt ihres langjährigen Parteichefs Gerald Götting Ende Oktober. CDU-Generalsekretär Rühe lockte: je mehr sich die DDR- CDU von der SED unabhängig mache, umso mehr würden sich die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit verbessern. In diesem Stadium übernahmen einzelne Landesverbände der West-CDU Patenschaften für Gespräche und Kooperationen mit regionalen Teilen der DDR- CDU, wobei die hessische CDU ganz besonders aktiv war. Außerdem nahm die CDU/CSU Kontakt zu Kreisen sogenannter Reformer in der DDR-CDU auf. Umgekehrt traten Vertreter der DDR-CDU bei Landesparteitagen der West-CDU auf. Vermieden wurde jedoch zunächst jedes offizielle Gespräch auf Spitzenebene.

Kurz vor dem Parteitag der DDR- CDU, der Mitte Dezember stattfand, wurde der Umgangston plötzlich sehr scharf. Rühe ließ sich darüber aus, daß die Glaubwürdigkeit der DDR-CDU immer noch "offen" sei; es gebe dort noch viel zu viele "belastete Leute"; die CDU habe sich "noch nicht entschieden", wer ihr Partner in der DDR sein solle. Aber gleich wieder die Lockung: eine wunschgemäß "erneuerte" DDR-CDU könnte auf politische, moralische und technische Hilfe rechnen.

Der Parteitag verlief tatsächlich wunschgemäß. Die DDR-CDU "erneuerte" sich nicht nur programmatisch, sondern auch personell. Politiker der BRD- CDU äußerten sich "befriedigt" über die Ergebnisse. Nun werde es aber darauf ankommen, die neue programmatische Linie auch wirklich "in alle Untergliederungen der Partei hineinzutragen".

Bald wurden praktische Konsequenzen eingeklagt: Rühe verlangte am 11. Januar von der DDR-CDU, sie müsse sofort die Regierung Modrow verlassen, um die SED endgültig von der Macht zu entfernen.

Wenige Tage später die Vollzugsmeldung durch den Generalsekretär der DDR- CDU, Kirchner: seine Partei werde die Regierung noch vor dem 6. Mai - dem damaligen Wahltermin - verlassen. Rühe daraufhin: "in letzter Minute" gehe die DDR-CDU endlich den entscheidenden Schritt. Doch müsse jetzt die DDR- CDU auch total "mit ihrer Vergangenheit brechen und sich ganz an die Seite der Opposition stellen". Eine "Allianz gegen den Sozialismus" müsse bis spätestens Ende Februar gebildet werden; das sei die Voraussetzung für Wahlkampfhilfe und Auftritte Kohls in der DDR.

Das Dementi durch de Maiziere folgte auf dem Fuße: Kirchner habe sich eigenmächtig geäußert; es gebe zum Regierungsaustritt noch keine Beschlüsse. Rühes Reaktion: die DDR-CDU habe "einen Schritt ins politische Abseits getan"; dadurch würden die Kontaktmöglichkeiten "aufs schwerste" beeinträchtigt. Und CSU-Chef Waigel: das Unvermögen der DDR-CDU, sich aus der Umklammerung der SED zu lösen, sei schlimm. Umso enger werde die CSU mit der DSU zusammenarbeiten, deren offizielle Gründung unmittelbar bevorstand. - Auf der anderen Seite Geissler und Diepgen: an der Zusammenarbeit mit der DDR-CDU führe kein Weg vorbei. Man solle der Partei keine öffentlichen Zensuren erteilen. Das letzte Wort zu ihrer Regierungsbeteiligung sei noch nicht gesprochen. - Dann aber wieder der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Hornhues: es sei nicht ausgeschlossen, daß die CDU schließlich mehrere Parteien zur Wahl empfehlen würde. Falls die DDR-CDU weiter in der Modrow-Regierung bleiben würde, wäre sogar möglich, daß diese Partei nicht von der CDU zur Wahl empfohlen wird.

Am 22. Januar schaltete sich Kohl offiziell ein: die CDU werde sich in allernächster Zeit auf einen politischen Partner in der DDR festlegen. "Wir haben nicht mehr viel Zeit". Zwar verdiene die DSU "viel Sympathie", aber die CDU brauche in der DDR auch einen "Partner mit Gewicht".

Am 24. Januar tagte der CDU-Bundesvorstand. Angeblich war die Mehrheit der Meinung, man könne die DDR-CDU bei einem Bündnis nicht ausklammern. Einige sollen für eine Spaltung der Partei durch den Generalsekretär Kirchner plädiert haben. Kohl soll schließlich "entschieden" haben, daß noch alles offen sei und er sich nicht festlegen lasse. (FAZ, 25.1.)

Zwei Tage später war der Rückzug der DDR-CDU aus der Regierung perfekt. Die DSU begriff sofort den Ernst der Stunde und forderte die BRD-CDU "dringend" auf, "ein klares Wort" zu sprechen, welche DDR-Partei sie künftig unterstützen wolle. Die Beteiligung der durch ihre Vergangenheit als SED-Partner kompromittierten DDR-CDU an einem Rechtsbündnis wäre "sehr problematisch". (SZ, 27.1.)

Daß Ende Januar der Wahltermin auf den 18. März vorgezogen wurde, setzte einen verschärften Einigungszwang. Nun erklärte Kohl, weder die bisherige Beteiligung der DDR-CDU an der Regierung Modrow noch ihre Vergangenheit als Blockpartei seien als Hindernis für eine Zusammenarbeit anzusehen. Programmatisch entscheidend sei lediglich, daß alle potentiellen Partner der CDU in drei Punkten übereinstimmen: "deutsche Einheit", "freiheitlicher Rechtsstaat", "soziale Marktwirtschaft". (FAZ, 30.1.)

Am 1. Februar trafen sich die Vorsitzenden von DDR-CDU, DSU, DA sowie der vom Neuen Forum abgespaltenen Deutschen Forumspartei (DFP) zu Bündnisgesprächen bei Kohl. Neben der DFP, die sich am Ende lieber dem liberalen Wahlbündnis anschloß, sperrten sich die DA-Vertreter gegen eine schnelle Einigung. Dann am 3. Februar das Votum des DA-Hauptausschusses für das Bündnis und am 5. Februar, wieder bei Kohl, die formale Besiegelung der "Allianz".

CSU-Generalsekretär Huber schoß trotzdem weiter quer: die CSU werde nur die DSU im Wahlkampf unterstützen, aber nicht die anderen Parteien der "Allianz". Die DSU habe kein Interesse, mit der DDR-CDU in einen Topf geworfen zu werden. Die "Allianz" sei nur zu dem Zweck geschlossen worden, Wahlkampf-Auftritte Kohls in der DDR möglich zu machen. (SZ, 10.2.) DSU-Generalsekretär Diestel schloß sich beim Politischen Aschermittwoch der CSU dieser Argumentation an: man müsse in der DDR auf Distanz zur DDR-CDU gehen, "wenn man überleben will". Die DSU dürfe sich nicht "die schmutzige Jacke der CDU" anziehen. Die "Allianz" sei nur eine Reverenz an Bundeskanzler Kohl.

Erster Probelauf der CSU außerhalb Bayerns

Für die CSU ist es zum einen eine schlichte Frage der Besitzstandwahrung, sich einen zuverlässigen und nach ihrem Bilde geformten Partner in der DDR zu suchen. Denn bei Festhalten an der Beschränkung auf Bayern würde das prozentuale Gewicht der CSU in einem künftigen "gesamtdeutschen" Parlament erheblich sinken.

Dann kämen nämlich über 11 Millionen Wähler hinzu, aber keine Stimme zusätzlich für die CSU. Um bei "gesamtdeutschen" Wahlen ihren derzeitigen Anteil im Bundestag zu halten, braucht die CSU in der DDR einen Partner, der dort ca. 10% der Stimmen holt, d.h. etwa 1,1 Millionen. Bekommen hat die DSU 725.000.

Zweitens werden mit der Partnerschaft CSU-DSU alte Projekte einer bundesweiten Ausdehnung der CSU reaktiviert, mit denen F.J. Strauß 1976 scheiterte. Schon ist davon die Rede, bei künftigen "gesamtdeutschen" Wahlen die DSU nicht nur in der DDR, sondern auch in den BRD-Bundesländern (natürlich mit Ausnahme Bayerns) kandidieren zu lassen. Die DSU könnte dann, so wird der Faden von CSU-Politikern weitergesponnen, als dritte Partei in die Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU aufgenommen werden. Oder es könnte bei Widerstand der CDU gegen diese Option eine neue Fraktionsgemeinschaft CSU/DSU gebildet werden.

Ist aber der erste Schritt der CSU zur Ausdehnung über Bayern hinaus wirklich so gut gelungen, wie es angesichts der sächsischen Spitzenergebnisse scheinen könnte? Hier ist zu beachten, daß die DSU in zehn der 15 DDR-Bezirke unter 5% geblieben ist, in acht Bezirken sogar unter 3%. Keine andere Partei der DDR weist ein so starkes Nord-Süd-Gefälle auf wie die DSU. Läßt man den Sonderfall Berlin einmal beiseite, so verhalten sich bei der DDR-CDU ihre regionalen Spitzenergebnisse zu ihren Schwachpunkten ungefähr wie 1,7:1. Bei der DSU hingegen 7:1. - Zwei Drittel ihrer Stimmen hat die DSU allein in den drei sächsischen Bezirken Leipzig, Dresden und Karl-Marx- Stadt bekommen, wo sie zwischen 10 und 15% liegt. Überdurchschnittlich stark ist die DSU außerdem noch in den zwei südthüringischen Bezirken Suhl und Gera (8 bis 9 %), aber schwach bereits im dritten thüringischen Bezirk, Erfurt (2,44%).

Die DSU ist also, soweit das Wahlergebnis Rückschlüsse zuläßt, eine Partei mit nur regionaler Bedeutung, jedoch noch keine Option für die Mitte und den Norden der DDR. (Ähnliches würde sich wahrscheinlich in der BRD zeigen.) Es bleibt abzuwarten, ob sich nicht bereits bei den anstehenden Kommunalwahlen und Landtagswahlen in der DDR regionale Sonderwege und Brüche innerhalb des von der DSU in größter Eile eingesammelten Spektrums bemerkbar machen werden.

Kt.

6. Von der Wahlniederlage zur Großen Koalition

Rubrik: Wahlen; SPD; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:42

Wer hätte das gedacht: Die Schätzungen zur PDS oder den Novemberrevolutionären trafen ja ziemlich genau zu. Daß die CDU/DDR die SPD so haushoch schlagen würde, das hatte wirklich keine einzige Prognose angezeigt. Auch wenn die SPD der rasanten Stimmung in der DDR-Bevölkerung zu einem beschleunigten Einheitsprozeß immer weitgehender entgegenzukommen versuchte, war das Ergebnis wohl davon geprägt, daß nun mal die Entscheidungsgewalt über die schnelle DM der CDU/CSU/FDP- Koalition der BRD obliegt. Das hindert die SPD freilich nicht daran, nun die Frage einer großen Koalition immer entschiedener anzupacken. Die DSU, deren politische Vorstellungen vormals von der SPD/DDR für unvereinbar mit der eigenen Programmatik erklärt wurden, scheint inzwischen nur noch bedingt ein Problem zu sein. Nicht die DSU, sondern die "Sachfragen" sind nunmehr die Meßlatte für eine große Koalition. In Anbetracht dessen gewinnen die Wahlaussagen der SPD trotz der Wahlniederlage wieder an Bedeutung; die Menschen in der DDR werden die SPD hieran messen müssen, wenn es um die Umsetzung der zu erwartenden unpopulären Maßnahmen geht.

Wenn in einer Umfrage in der "Süddeutschen Zeitung" vom 8.2.90 veröffentlicht wurde, daß einerseits 54% die SPD wählen würden, andererseits drei Viertel für die Einheit stimmten, dann sagt das eben noch nichts darüber aus, in welcher Geschwindigkeit und Form die EinheitsbefürworterInnen den Prozeß in Gang zu setzen wünschten. Dies wurde in fast allen Prognosen sträflich vernachlässigt: Nach einer Umfrage des Münchner Instituts für Sozialforschung "Infratest" bei 1031 repräsentativ ausgewählten DDR-Bürgern wußte kurz vor der Wahl etwa die Hälfte der Befragten noch nicht, "ob sie der von ihnen bevorzugten Partei beim bevorstehenden Urnengang auch tatsächlich die Stimme geben werde. Die Unsicherheit und Unentschlossenheit ist bei den potentiellen SPD-Wählern mit 56% am größten und bei den möglichen PDS-Wählern mit 42% am geringsten", so die "Neue Zürcher Zeitung" am 14.3.90.

Auf dem Leipziger Parteitag der SPD der DDR - übrigens unter dem von Klaus Staeck stammenden Motto "Die Zukunft hat wieder einen Namen - SPD" - Ende Februar wurde der sozialdemokratische "Fahrplan zur Einheit" vorgestellt: eine Verknüpfung mehrerer nationaler und internationaler Prozesse. In zehn Schritten solle ein "föderativer deutscher Staat entstehen, der demokratisch verfaßt und den europäischen antifaschistischen Traditionen verpflichtet ist."

Nach diesem Plan sollten nach der Volkskammerwahl beide deutschen Parlamente eine Erklärung zur Anerkennung der polnischen Westgrenze abgeben. Im April sollte dann ein "Rat zur deutschen Einheit" berufen werden, der vor allem zu Beratungen über eine gemeinsame Verfassung auf der Grundlage des Grundgesetzes zusammentreten sollte. Neben Vertragsverhandlungen zwischen beiden deutschen Regierungen sollte nach Vorstellung der SPD noch im April die sog. Zwei-plus-Vier Konferenz "unter Beteiligung unserer Nachbarn" beginnen. Im Herbst habe dann die KSZE-Konferenz über eine europäische Sicherheitsordnung zu beraten, die langfristig NATO und Warschauer Pakt ablösen solle.

Über die gemeinsame Verfassung sollte endgültig in einer Volksabstimmung entschieden werden. Im Anschluß hieran werde dann das gesamtdeutsche Parlament gewählt, die fünf Länder der DDR würden wiederhergestellt, parallel zu den Parlamentswahlen fänden in der DDR Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen statt. Soweit der Fahrplan.

Verfassungsstreit

Die SPD vor allem in der BRD präferierte zunächst einen verfassungsrechtlichen Weg, der sich von einem Beitritt/Anschluß der DDR über Art. 23 GG unterscheidet. So führt die SPD nun Art. 146 GG ins Feld, der besagt, daß das Grundgesetz seine Gültigkeit verliert, wenn eine Verfassung in Kraft tritt, "die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist". Im Gegensatz zum Beitritt nach Art. 23 GG und damit verbundenen unveränderten Übernahme der BRD-Verfassung und -Rechtsordnung soll beim Weg über Art. 146 GG eine neue Verfassung für ein vereinigtes Deutschland geschrieben werden. Dies ermögliche, Veränderungen gegenüber dem Grundgesetz und damit das Einbringen DDR-eigener Werte. Als demokratischere Variante zeichne sich laut Vogel der Weg über Art. 146 GG aus, da hier die Entscheidung

über die Verfassung über eine Volksabstimmung getroffen werde, während über einen Beitritt nach Art. 23 GG nur die neu gewählte DDR-Volkskammer entscheiden könne.

Daß dies allerdings eher eine Scheinalternative ist, wird an dem Gespräch zwischen Markus Meckel und Innenminister Schäuble im "Spiegel" vom 19.3.90 deutlich. Dort plädiert auch Markus Meckel für den Weg über Art. 146 GG, bei dem allerdings eine verfassungsgebende Versammlung - "Nationalversammlung" - die Entscheidung über die neue Verfassung mit einfacher Mehrheit treffen soll. Meckel versucht die Bedenken Schäubles, das Grundgesetz als beste deutsche Verfassung aller Zeiten werde dann nicht entsprechende Grundlage für die neue gesamtdeutsche Verfassung sein, zu zerstreuen: "Jetzt bauen Sie aber einen Buhmann auf. Wir haben mit aller Klarheit gesagt, wir wollen vom Grundgesetz ausgehen, nur ein paar Bestimmungen sollen thematisiert werden." Hiermit gehen auch die Vorstellungen der SPD/BRD konform. "Da das Grundgesetz der Bundesrepublik sich bewährt habe, solle die neue Verfassung davon ausgehen, es aber ‚in den Punkten ändern und ergänzen, in denen die Errichtung des Bundesstaates das erforderlich macht oder die besonderen Erfahrungen der DDR das wünschenswert erscheinen lassen.`" (SZ, 7.3.90)

Die Punkte, die zur Verhandlungsmasse gehören sollen, benennt Markus Meckel im Gespräch mit Schäuble (Spiegel, 19.3.90): Umweltschutz, ein Grundrecht des persönlichen Datenschutzes, Tarifautonomie, ein Recht auf Arbeit, paritätische Mitbestimmung, Verbot der Aussperrung, Verstärkung der Sozialbindung und ökologischen Verantwortung in Bezug auf das Eigentum, Gleichstellung von Mann und Frau in der Wirtschaft, Verstärkung des föderativen Aufbaus und plebiszitäre Elemente wie ein Volksbegehren gegen Parlamentsbeschlüsse.

Konkurrenz zwischen 23 und 146

Allerdings hat sich noch vor der Wahl in der DDR zumindest in der SPD/BRD eine Wandlung in Richtung Art. 23 GG vollzogen. Für den SPD-Vorstand war zwar "in einer Beschlußvorlage des Partei- und Fraktionsvorsitzenden Vogel (...) eine deutliche Priorität zugunsten einer vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossenen neuen Verfassung erkennbar". Die Vorlage wurde "offenbar aus Rücksicht auf Vogel" angenommen. Gleichwohl brachten die zuständigen Arbeitskreise bereits Änderungsvorschläge ein, die sowohl Art.23 GG als auch Art. 146 GG nebeneinander als Weg aufzeigten, aber darauf hinausliefen, Art. 23 GG hervorzuheben. In einem Antrag des Abgeordneten Hans de With hieß es, "der Weg nach Artikel 23 erscheine ‚einfacher`". (FR, 7.3.90)

Einen Begründungszusammenhang gegen Art. 23 GG lieferte Egon Bahr. Er wies vor der Presse in Moskau darauf hin, "die deutsche Einheit dürfe nicht mit dem Makel des Vertragsbruchs belastet werden. Vertragsbruch aber wäre es, wenn der Artikel 23 des BRD-Grundgesetzes angewandt werden sollte, denn die DDR habe als Staat Verpflichtungen, die keines der im übrigen noch nicht einmal gebildeten Länder übernehmen könnte." (ND, 1.3.90) Als Beispiel nannte er die Stationierung sowjetischer Truppen, die nicht auf Grundlage eines Vertrags zwischen UdSSR und Thüringen, sondern der DDR erfolgt sei.

Zehn Tage vor dem Leipziger Parteitag wurden im Rahmen von gemeinsamen Beratungen zwischen West- und Ost-SPD Widersprüche innerhalb beider Parteien deutlich. Vor allem die SPD in den nördlichen Bezirken der DDR hatte sich auf einen baldigen Beitritt nach Art. 23 GG kapriziert. Dies solle über eine möglichst schnelle Konstituierung der Landtage geschehen. Im Gegensatz hierzu verfocht der Gründungsvorstand der SPD der DDR die Position einer "stufenweisen Einigung über eine Föderation" (FAZ, 14.2.90) unter Verweis auf die notwendige Rücksicht gegenüber den Alliierten und den Nachbarstaaten Deutschlands.

Noch kurz vor der Wahl warnte der Vorsitzende der SPD/DDR, Ibrahim Böhme, vor einem Anschluß der DDR über den Weg des Art. 23 GG. "Es werde (jedoch) schwer werden, nach der Wahl vom 18. März eine breite Koalition von politischen Kräften zu finden, die nicht für ein derartiges Anschlußverfahren eintreten werde". (NZZ, 14.3.90) In der "FAZ" vom 13.3.90 wird dann allerdings vom Einschwenken Böhmes auf die von der West- SPD vorgegebene Linie berichtet, die beide Artikel des Grundgesetzes als möglichen Weg benennt, Art. 23 GG den Vorrang gibt. Im Gegensatz zum von der SPD gestellten Übergangsministers Romberg, der sich klar für eine neue Verfassung nach Art. 146 GG aussprach und hierfür die sozialen Errungenschaften der DDR ins Feld führte, "nannte Böhme das Grundgesetz ‚die beste Verfassung`, die sich die Deutschen bisher gegeben hätten."

Kontroversen auch bei der SPD/DDR

Die rege Unterstützung durch Bundes-SPDlerInnen im DDR-Wahlkampf ließ durchaus unterschiedliche nationale Töne erklingen. Oskar Lafontaine beispielsweise, neugekürter Kanzlerkandidat, hat auf dem Leipziger Parteitag bekannt: "Ich werde hier in der DDR um keinen Deut anders reden als in der Bundesrepublik!" (Hamburger Abendblatt, 24./25.2.90) Lafontaine, der mit seinen Auftritten in der DDR den Bundestagswahlkampf einläutete, versuchte vor allem in Angriffen gegen Kohl als einen bei falschen Versprechungen "ertappten Lügner" die SPD der DDR gegen die Illusion einer raschen Verwirklichung der Einheit zu gewinnen. Die soziale Gerechtigkeit sei die "ureigenste Domäne der SPD". Pure Schaumschlägerei ließ Lafontaine vorschlagen, "den Nationalstaatsgedanken in Deutschland fallen zu lassen" (HAB, 24./25.3.90), wofür er weniger Applaus erhalten haben soll. Seine Orientierung konzentriert sich auf Europa: "Da Deutschland ein Teil Europas ist, ist derjenige, der für die europäische Einigung eintritt, automatisch auch für die deutsche Einheit." (ebd.)

"Lafontaine warnt vor ‚bruchartigen Lösungen`, auch vor einer raschen Währungsunion, obwohl seine Partei dafür plädiert - und Ibrahim Böhme natürlich auch. Er vermeidet jeden nationalen Zungenschlag, nennt die existentiellen Probleme von heute ‚grenzenlos` und verlangt, daß auch Polen an den Entscheidungen über Deutschlands Zukunft mitwirken könne." (Zeit, 2.3.90)

In demselben Artikel ist von angeblich veränderten Zungenschlägen Willy Brandts die Rede: "Der Leipziger Brandt verzichtet jetzt auf allzu nationale Zungenschläge. (...) Ein geeintes Deutschland lasse sich nicht sozialverträglich gestalten, formuliert er, ‚wenn man nach der DDR-Gaststättenordnung verfährt: "Sie werden plaziert!" (...) Die SPD müsse das ‚soziale Gewissen der nationalen Einheit` werden und das Zusammenwachsen ‚vernünftig` gestalten." (Zeit, 2.3.90)

Bisher nicht dementiert wurden die in der "FAZ" vom 9.2.90 unter der Überschrift "Lehnt Momper die Wiedervereinigung ab?" zugegeben überraschenden Mitteilungen an den französischen Landwirtschaftsminister, der ihm für die interessanten Ausführungen dankte. Er, Momper, "erteile allen Plänen für eine Wiedervereinigung Deutschlands eine Absage. (...) Die richtige Lösung liege in einer Demokratisierung der DDR unter Beibehaltung ihrer Eigenstaatlichkeit. Allein dies sollten seiner Ansicht nach die Alliierten unterstützen." Fälschlicherweise bezieht er sich auf "seinen Freund Lafontaine", der ja allenfalls vor einer überstürzten Vereinigung warnt. Momper begründete nach der "FAZ" seine Position damit, daß "die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in West- und Ostdeutschland zu verschieden" seien, als daß die Vereinigung wünschenswert sei und verweist gleichzeitig auf die geopolitische Lage, die gegen die Vereinigung spreche. Diese Äußerungen, so sie denn tatsächlich gefallen sind, widersprechen offenkundig der politischen Praxis Mompers. Während des Kongresses der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft betonte Momper denn auch in einem weiteren Artikel der "FAZ" von demselben Tag, "das Recht auf Selbstbestimmung könne keinem Volk auf Dauer verwehrt werden, ‚auch nicht aus Gründen einer übergeordneten Machtbalance`. Andere Völker könnten nicht über dieses Recht bestimmen." Dieser Kongreß, bei dem der SPD der DDR einen Sonderstatus als "Beobachter" eingeräumt wurde, erteilte der deutschen Vereinigung ein eindeutiges Votum: "Einmütig bekannte sich der Kongreß in einer ostpolitischen Resolution zum ‚Recht auf Selbstbestimmung`, das auch das ‚Recht auf Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands` einschließe, sowie zum ‚Recht der Deutschen, ihre staatliche Einheit anzustreben`. Das müsse eingebettet werden in die Perspektive der europäischen Integration." (FAZ, 9.2.90). Bekräftigt wurde zugleich die Unantastbarkeit der Grenzen in Europa, insbesondere der polnischen Westgrenze.

Hauptsache Marktwirtschaft

Die ursprünglichen Vorstellungen der DDR-Sozialdemokraten zur wirtschaftlichen Reform der DDR haben sich in den wenigen Wochen vor der Wahl dem schnellen Zeitgeist untergeordnet. Da kommentiert die "FAZ" süffisant: "Das mag manchen erstaunen: die SPD der DDR gibt sich marktwirtschaftlicher als die SPD in der Bundesrepublik. (...) Die verbale Strammheit des Bekenntnisses zur Marktwirtschaft mag auch als eine Art von ideologischem ‚Überschießen` gedeutet werden, als - wenn man so will - unbefohlene Übererfüllung des Solls an marktwirtschaftlichen Bekenntnis." (27.2.90).

Nach ihrem wirtschaftspolitischen Programm, das Mitte Februar bekannt wurde, strebt die SPD eine Marktwirtschaft an, "die Initiative und Leistungsbereitschaft der Bürger fördert und zur Entfaltung bringt, in der

wirtschaftlicher Leistungswettbewerb zu rationellem Wirtschaften zwingt und in der die Bürger als Verbraucher und nicht ein anonymer Plan darüber entscheidet, was produziert wird."

Um sich diesem Ziel anzunähern, soll in der ersten Phase das Eigentumsrecht reformiert und das dann erforderliche Unternehmens-, Wettbewerbs- und Konkursrecht geschaffen, Notenbank und Steuersystem angepaßt und sozusagen als sozialer Ausgleich ein Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetz neben Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfesystem eingeführt werden.

Ein interessanter Unterschied zu den vorangegangenen Wirtschaftsvorstellungen (s. AK 315) ist die Haltung der SPD in der Eigentumsfrage. Wenige Wochen vor dem Leipziger Parteitag schrieb die SPD/DDR das staatliche Eigentum an Grund und Boden als unveräußerlich fest. Nun soll auch der private Erwerb von Grund und Boden ermöglicht werden. Um Spekulationsgeschäfte zu vermeiden, sei den Gemeinden ein Vorkaufrecht einzuräumen - ein wohl eher hilfloser Versuch, der Kapitalflut entgegenzutreten. Schließlich seien Gebietsfremde für die Errichtung von Betrieben, Geschäften und Wohnungen auf ein langfristiges Pachtrecht zu verweisen. An der Bodenreform von 1946 will die SPD (noch) festhalten. Die Bauern könnten über die Form der Bewirtschaftung - ob individuell oder kollektiv - selbst entscheiden.

Auch hinsichtlich der Privatisierung von Betrieben hat sich die SPD-Programmatik geändert. War auch schon vor dem SPD-Parteitag vorgesehen, volkseigene Betriebe und Kombinate in Landes- und Kommunaleigentum umzuwandeln, so war aber zumindest von Privatisierung noch nicht die Rede. Inzwischen betont die SPD ausdrücklich, daß nach und nach alle volkseigenen Betriebe und Kombinate privatisiert werden sollten. Nur Post, Bahn und Versorgungsbetriebe sollten in öffentlichem Eigentum verbleiben. Der Weg zur Privatisierung soll nach Vorstellung der SPD/DDR folgendermaßen verlaufen: "Allen Bürgern sei der Erwerb von Produktivvermögen zu ermöglichen. Volkseigene Betriebe und Kombinate sollten in Aktiengesellschaften umgewandelt und deren Vermögen von einer Bank in einem Fonds treuhänderisch verwaltet werden. Anteile davon sollten in der Form von Wertpapieren an die Bürger übertragen werden. Auch Gebietsfremde könnten Anteile übernehmen." (FAZ, 16.2.90)

Die vormals fest versprochene Beschränkung ausländischen Kapitals an DDR-Unternehmen auf maximal 49% wurde aufgegeben, die Gründung von Tochtergesellschaften "gebietsfremder" Unternehmen sei zuzulassen.

Die ökologische Orientierung wird inzwischen wesentlich zurückhaltender formuliert. "Einen umfassenden ökologischen Umbau werde sich die DDR in absehbarer Zeit nicht leisten können, weil sie sonst ihre Wirtschaft überfordern würde." (SZ, 14.2.90) Infolgedessen sei man in diesem Bereich im wesentlichen auf die Hilfe aus der BRD angewiesen. Energiepolitisch wird eine Halbierung der Braunkohleförderung und -verstromung innerhalb der nächsten zehn Jahre angestrebt; dies flankiert von der Modernisierung der Kraftwerke und einem Energiesparprogramm. Den Ausstieg aus der Atomkraft strebt die SPD nur "langfristig" an.

Zu diesen Wandlungen erklärte ein Mitglied des Wirtschaftsausschusses der SPD/DDR: "Wir gingen damals noch davon aus, daß uns noch eine längere Wegstrecke der Zweistaatlichkeit bleibt, und deshalb glaubten wir, Vorhandenes sichern und den Übergang in die Marktwirtschaft stufenweise vollziehen zu müssen." (FAZ, 27.2.90)

Auflösung von NATO und Warschauer Pakt

Der ursprüngliche Vorschlag aus der SU, die Wiedervereinigung an die Neutralität des dann vereinigten Deutschlands zu knüpfen, ist mittlerweile kaum noch Thema bzw. stößt auf strikte Ablehnung. Auch militärpolitisch wird am europäischen Haus gebastelt. Neutralität wäre nach den Worten des SPD-Vorsitzenden Vogel ein deutscher "Sonderweg" und deshalb abzulehnen. Egon Bahr, Sicherheitsexperte der SPD/BRD, erklärt den Gedanken der Neutralität für überholt: "Deutschland ist zu groß, um neutral zu sein. Außerdem ist Neutralität altes Denken. Gegenüber wem neutral? Gegenüber den beiden Blöcken? Die wird es auch nicht mehr lange geben. Mit der Einheit Deutschlands ist die europäische Spaltung im Kern überwunden." (Basler Zeitung, 10.3.90).

Die "Ausdehnung der NATO auf Kosten des Warschauer Paktes" komme nicht in Betracht. Angesagt sei vielmehr "die ‚Einbettung` Deutschlands in eine gesamteuropäische Friedensordnung, wel che an die Stelle der gegeneinander gerichteten Allianzen trete". (FAZ, 7.2.90)

Die NATO gar für überholt zu erklären, erlaubten sich drei SPD-PolitikerInnen: "Der Warschauer Pakt zerfällt. Damit entfällt auch die historische Begründung für die NATO." (FR, 22.3.90)

In einem Papier mit dem Titel "Preußen oder Europa?" plädierten Heidi Wieczorek-Zeul, Uli Maurer (SPD Baden-Württemberg) und Gerd Walter (Schleswig-Holstein und MdE) für eine "Emanzipation Europas von der Vorherrschaft der Supermächte". Sie lehnen in Anbetracht der sowjetischen und atlantischen Hegemonialsysteme eine "Verweigerung oder gar Ausdehnung der NATO" ab, wenden sich gleichzeitig gegen einen "starken deutschen Nationalstaat", wie er mit dem Begriff des Neutralismus verbunden sei. Deshalb sei eine möglichst schnelle Verwirklichung der "Vereinigten Staaten von Europa" vonnöten. Mit einer Grundsatzentscheidung über den Ausbau der EG stehe diese auch offen für Staaten Osteuropas und Mitglieder der EFTA.

Mit etwas anderen Tönen argumentierte der stellvertretende Vorsitzende der SPD/DDR Markus Meckel vor US-Parlamentariern. Er stimme zwar mit seinen Gesprächspartnern darin überein, daß "die militärische Struktur der NATO nach einer Wiedervereinigung nicht auf das gegenwärtige Territorium der DDR ausgedehnt werden solle." Der politische Rahmen der NATO könne jedoch auch osteuropäische Länder einschließen. (FR, 10.3.90)

Das sicherheitspolitische Konzept der SPD/DDR strebe "eine Art neutralen Deutschlands durch gemeinsame gegenseitige Kontrolle aller Streitkräfte auf dem deutschen Territorium" an, so Böhme in Moskau. Danach sollen die Truppen der Alliierten auf "symbolische Streitkräfte" von jeweils 30.000 Mann reduziert werden. Auf bundesdeutschem Territorium sollen 100.000 Soldaten, auf DDR-Territorium 30.000 stationiert sein. (NZZ, 2.3.90)

Das Regierungsprogramm der SPD/BRD sieht eine Halbierung der Bundeswehr vor. Nach vollzogener Vereinigung der beiden Staaten können sich die Sozialdemokraten auch eine Armee von "nur" 100.000 Soldaten vorstellen. Abgesehen von einer Begrenzung der Wehrpflicht und des Zivildienstes auf zwölf Monate müßten vorrangig Truppen in Ballungsgebieten ausgedünnt werden. Der Verteidigungshaushalt von offiziell ca. 50 Milliarden sei "um mindestens 5 Milliarden DM zu reduzieren." (FR, 22.3.90)

Nach der Wahl: Koalitionstango

Die Überraschung war perfekt, als entgegen aller Vorhersagen die SPD nicht die große Siegerin war. Noch in der gleichen Nacht stand die Frage möglicher Koalitionen auf der Tagesordnung. Die "taz" titelte in einem Artikel zur PDS-Wahlfete "Liebeswerben um die SPD" und berichtete von Hoffnungen auf ein Zusammenrücken der Parteien. "Wir werden da zusammengehen, wo es erforderlich ist, um rechte Träume nicht wahr werden zu lassen", so Gysi laut "taz" vom 19.3.90. Es gelte, die Zweidrittelmehrheit und damit Verfassungsänderungen zum "Nachteil der DDR" zu verhindern.

Daß diese Annäherungsversuche auf keinen fruchtbaren Boden fielen, wurde ebenso bald deutlich. Die SPD schloß nicht nur schon lange vor der Wahl kategorisch aus, mit der PDS ins Geschäft zu kommen, die Unterstützung für "notwendige" Verfassungsänderungen sagte sie laut "FAZ" vom 20.3.90 sogleich der "Allianz für Deutschland" zu.

Noch vor der Wahl und bis ca. zwei Tage nach der Wahl schloß die SPD-Führung eine Koalition mit der Allianz vor allem unter Verweis auf die dort assoziierte DSU aus. Die Politik der DSU vertrage sich "am wenigsten mit den europa- und deutschlandpolitischen Vorschlägen der SPD". (FAZ, 15.3.90) Diese Auffassung wurde auch noch nach der Wahl vom Parteivorstand vertreten. "Der Vorstand empfiehlt deshalb dem Parteirat und der Fraktion einstimmig, eine Beteiligung an einer von der Allianz geführten Regierung abzulehnen." (FAZ, 20.3.90)

Zwei Tage später wurden hinsichtlich dieser eindeutigen Absage allerdings Widersprüche innerhalb der SPD/DDR- Fraktion laut, so daß die Fraktion möglicherweise nicht der Empfehlung des Parteivorstandes zu folgen gedenke. Die Aufnahme von Gesprächen mit der CDU/DDR wurde am gleichen Tag angekündigt. Am 27.3.90, also genau neun Tage nach der Wahl, war die Unvereinbarkeitserklärung gegenüber der DSU vom Tisch, Böhme erklärte in der Tagesschau, eine Koalition unter Einbeziehung der DSU sei nicht mehr ausgeschlossen. Am 29.3.90 trafen sich SPD und CDU zu offiziellen Koalitionsgesprächen. Das Problem DSU

relativierte sich flugs. Diese Frage sei nicht das "Wichtigste", so der amtierende Fraktionsvorsitzende Schröder. Sachfragen seien jetzt die Meßlatte für die Große Koalition.

Der Erfolg der Gespräche blieb nicht aus. Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen attestierten sich gegenseitig Lothar de Maiziere (CDU) und Markus Meckel (SPD). Der Rest sei verhandlungsfähig. Lediglich die Teilnahme der DSU an einer Regierungskoalition sei strittig. Meckel behauptete noch einmal, die SPD habe sich darauf festgelegt, keine Koalition mit der DSU einzugehen. Er habe auch kein Mandat, mit der Leipziger CSU-Filiale zu verhandeln. De Maiziere verwies auf das Wort, in dem die Allianz durch die vor der Wahl vereinbarte Zusammenarbeit gegenüber der DSU stehe. Aber Meckel ist auch in diesem Punkt optimistisch, durch weitere Gespräche mit der CDU den Streitpunkt einvernehmlich zu lösen.

Auch die DSU geht von einer Lösung des Problems aus. Gegenüber der "Bild"-Zeitung äußerte der DSU-Generalsekretär Peter-Michael Diestel: "Ich garantiere Ihnen, daß sowohl die DSU als auch die SPD in der nächsten Regierung sein werden. Wir haben wilde Zeiten und die Regierung hat nur Übergangscharakter. Die Last muß daher auf breite Schultern verteilt werden." (zitiert nach HAB, 30.3.90) Die Parteigremien haben jetzt zu entscheiden, inwieweit dieses "Informationstreffen" in konkrete Koalitionsgespräche münden soll. De Maiziere wünscht sich eine Regierungsbildung innerhalb von zwei Wochen.

Lafontaine trat laut "SZ" vom 26.3.90 Spekulationen entgegen, nach denen er gegen eine große Koalition sei, um seine Wahlkampfstrategie in der BRD nicht zu gefährden. Er riet seinen Parteifreunden lediglich, bei der Aussage, nicht mit der DSU zu koalieren, zu bleiben. Herta Däubler-Gmelin riet der SPD/DDR sogar zu einer großen Koalition, "wenn sie damit die Möglichkeit habe, bei den Vereinigungsverhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland ihre Interessen im Sinne der Menschen in der DDR einbringen zu können." (SZ, 26.3.90) Inzwischen hat ein Teil des linken Flügels der SPD/BRD an die GenossInnen in der DDR appelliert, keine Koalition mit den konservativen Parteien einzugehen. Sie erinnern in einem Telegramm Markus Meckel daran, "daß der Druck auf Euch von den gleichen westlichen Massenmedien und Parteien organisiert worden ist, die Euch im Wahlkampf auf eine widerliche Weise fertigmachen wollten." (FAZ, 30.3.90) Und sie warnten vor dem Versuch der Konservativen, "Euch die Last der nicht einhaltbaren Versprechungen der Regierung Kohl mittragen zu lassen und Euch dafür in die Verantwortung zu nehmen." (FR, 31.3.90) In der Öffentlichkeit sei "der falsche Eindruck erweckt worden, als befürworte eine Mehrheit der Bundes-SPD eine Regierungsbeteiligung der DDR- SPD. (...) Wir melden uns zu Wort, weil wir nicht wollen, daß Ihr ein einseitiges Bild von Eurer Schwesterpartei im Westen bekommt." Dieses Telegramm stieß als Versuch, auf Entscheidungen der SPD/DDR Druck auszuüben, auf Kritik bei der Bonner Parteizentrale.

A., Hamburg

7. Artikel 23 und der Untergang der DDR

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:34

Nachdem sich irgendwann zwischen Mitte Dezember und Mitte März das "Ob" der Wiedervereinigung entschieden hat - die BRD ist dafür, die Regierung der DDR ist dafür, die Alliierten sind dafür, nur wir und ein paar andere sind dagegen - geht es gegenwärtig nur noch um das "Wie" des Anschlusses der DDR an die BRD. Einführung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, soziale Marktwirtschaft und die Durchsetzung des Leistungsprinzips sind die Stichworte für die ökonomische Durchdringung, Artikel 23 und 146 des Grundgesetzes die Zauberformeln für die formale Unterwerfung der DDR.

Doch während mit den propagandistischen Aussagen von CDU- und SPD-West zu den sozialen und ökonomischen Folgen einer Restauration der kapitalistischen Produktion im ehemaligen Musterland des realen Sozialismus Wahlen in der DDR von der CDU- und SPD-Ost gewonnen bzw. verloren werden, bleibt es auffällig still, wenn es um die staatsrechtlichen Folgen eines Anschlusses der DDR nach Artikel 23 geht.

Mit Artikel 23 würde sie schneller kommen, die Wiedervereinigung, heißt es schlicht bei der CDU und neuerdings auch bei der FDP in Ost und West. Mit Artikel 146 müßte noch eine neue Verfassung ausgearbeitet werden, bei der dann jede/r mitreden könnte, sagt die SPD in Ost und West, und jede/r weiß warum. Wären die Wahlen in der DDR anders ausgegangen und hätte die hiesige SPD eine Chance, die nächsten Bundestagswahlen zu gewinnen, wären die Positionen der Parteien zu dieser Frage innenpolitisch genau umgekehrt.

Denn nur Artikel 23 garantiert das avisierte Ziel: Den völligen Anschluß und gleichzeitigen Untergang der DDR als Staat zu Bedingungen, die einzig und allein von der Bonner Regierungszentrale diktiert werden. Nichts und niemand könnte formal diesen Akt aufheben, nicht die Alliierten einschließlich der Sowjetunion, nicht die europäischen Nachbarländer, kein NATO-Rat oder EG-Gremium. Lediglich Gysi, die Linke und die Bürgerbewegungen haben öffentlich vernehmbar auf diese Folgen der Anwendung von Artikel 23 hingewiesen. Es sieht nicht danach aus, als ob die PDS und sonstige Linke allein auf absehbare Zeit in der Lage wären, diese Entwicklung, die auch das Verbot kommunistischer Parteien mit sich bringen könnte, aufzuhalten.

Verfassungsgericht zu Artikel 23

Das Bundesverfassungsgericht hat im Urteil zum Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR vom 31.7.1973 zu Artikel 23 bestimmt: "Daß diese Bestimmung in einem inneren Zusammenhang mit dem Wiedervereinigungsgebot steht, liegt auf der Hand. (...) Die Bestimmung hat ihre eigene Bedeutung und gehört nach ihrem Inhalt zu den zentralen Vorschriften, die dem Grundgesetz ihr besonderes Gepräge geben. Sie besagt, daß sich diese Bundesrepublik Deutschland als gebietlich unvollständig versteht, daß sie, sobald es möglich ist und die Bereitschaft anderer Teile Deutschlands zum Beitritt vorliegt, von sich aus kraft dieser Verfassungsbestimmung das dazu Nötige zu tun verpflichtet ist und daß sie erst "vollständig" das ist, was sie sein will, wenn die anderen Teile Deutschlands ihr angehören. (...) Artikel 23 ist weder durch die politische Entwicklung überholt noch sonst aus irgendeinem Grund rechtlich obsolet geworden. Er gilt unverändert fort."

Nach § 31 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht hat diese Entscheidung zur Fortgeltung des Artikels 23 des Grundgesetzes Gesetzeskraft.

An der "Bereitschaft anderer Teile Deutschlands zum Beitritt" mangelt es nicht. Die domestizierte Ost-CDU im Verband mit der DSU machen es jeden Tag aufs neue deutlich. Sie könnten sofort nach der Regierungsbildung in der DDR einen Antrag auf Beitritt stellen. Der führende Kommentar zum Grundgesetz (Maunz-Dührig) schreibt dazu, "daß das beitretende Gebiet mit dem Wirksamwerden des Beitritts Glied der Bundesrepublik ist. (...) Das Grundgesetz muß in dem beitretenden Landesteil noch in Kraft gesetzt werden. (...) Eine Verfassungsänderung ist nicht notwendig."

SED zu Artikel 23 und Grundgesetz

Die SED hat den Artikel 23 in Verbindung mit dem Wiedervereinigungsgebot in der Präambel des Grundgesetzes schon immer sehr scharf und zurecht kritisiert. Es handele sich um Bestimmungen, die die restaurativen imperialistischen Verhältnisse sanktioniere, also die Verhältnisse, die auf ständige Ausdehnung des politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht- und Einflußbereiches gerichtet sind. Das

Grundgesetz sei ein Dokument des Imperialismus, der nach dem Zweiten Weltkrieg seine Diktatur in dem ihm verbliebenen Teil Deutschlands nicht mehr offen errichten konnte, aber nicht auf seinen Machtanspruch auf verloren gegangene Gebiete verzichtet habe. Das Grundgesetz sei politisch bewußt so angelegt worden, daß es der angestrebten Erweiterung des imperialistischen Machtbereichs als juristische Grundlage dienen konnte. Schon mit der Formulierung der Präambel habe der deutsche Imperialismus seine Bereitschaft zur Teilnahme an der von den Vereinigten Staaten beeinflußten Blockbildung Westeuropas als Bollwerk gegen die sozialistischen Staaten erklärt. Artikel 23 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 116 (regelt die deutsche Staatsangehörigkeit) wurde als Anknüpfung an aggressive Absichten verstanden, weil damit der Anspruch erhoben wird, das Grundgesetz auch in anderen Teilen Deutschlands in Kraft zu setzen und Artikel 116 alle Deutschen im "Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937" als Bürger der BRD betrachtet. Außerdem seien mit dem Grundgesetz durch ein unantastbares Eigentumsrecht und einer daraus abgeleiteten freien Eigentumsbefugnis sowie der formalen Gleichheit die Bedingungen des kapitalistischen Eigentumsprozesses gesichert. Ein Recht auf Mitwirkung, Mitbestimmung und Mitgestaltung in der Wirtschaft sei ausgeschlossen worden. Dem entspreche auch das Fehlen eines grundgesetzlich verankerten Rechts auf Arbeit. Die kapitalistische Ausbeuterordnung mache es unmöglich, ein Recht auf Arbeit zu garantieren. Daneben wurde von der SED kritisiert, daß das Grundgesetz zwar die Unverletzlichkeit der Wohnung, aber keinen Anspruch auf Wohnung garantiert habe. Im Katalog der Grundrechte sei zwar von der Aufsicht des Staates über das Schulwesen die Rede, nicht jedoch vom Recht auf Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Schließlich bestimme das Grundgesetz, daß die Abgeordneten parlamentarischer Gremien nicht dem Wählerwillen, sondern nur ihrem Gewissen unterworfen seien.

Nun hat die gesellschaftliche Realität in der DDR gezeigt, daß die SED ihre dargestellten kritischen Gegenvorstellungen zum Grundgesetz im eigenen Land zwar auch nur im Ansatz realisiert hat, aber es ist festzuhalten, daß diese Kritik immerhin noch als Anspruch der eigenen Praxis formuliert wurde und heute im Bewußtsein vieler Menschen in der DDR als erhaltenswerter Bestandteil einer eigenen DDR-Identität gilt, deren Existenz vor dem Zugriff der BRD in Verhandlungen gesichert werden soll. Auch dafür wurde die PDS mit 16% der Stimmen am 18. März gewählt.

Auswirkungen von Artikel 23

Die Anwendung von Artikel 23, d.h. eine Beitrittserklärung der Ost-CDU nach westdeutscher Aufforderung, würde dazu führen, daß alle (!) Gesetze der BRD in der DDR sofort und ohne weiteres gelten würden. Mit einem Schlag wären beispielsweise das Recht auf Arbeit, Bildung und Wohnung, die Rechtsform des gesellschaftlichen Eigentums, die Visafreiheit bei der Einreise für Menschen aus vielen Ländern der "3. Welt" und die Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch in der DDR dahin. An ihre Stelle würden unmittelbar sämtliche Bestimmungen treten, die wir hier kennen, fürchten und bekämpfen. Der Bundestag könnte mit der bestehenden Mehrheit beschließen, was er wollte.

Dies wäre der einfachste Weg, die DDR zu dem zu machen, was sie werden soll: ein Abziehbild der BRD. Der Bundestag hätte dann, bei einer noch deutlicheren CDU-Mehrheit, hoch gerechnet, insgesamt 646 Abgeordnete, von denen 509 aus der BRD und 137 aus der dann ehemaligen DDR kämen, wobei über deren Abordnung aus der gerade gewählten Volkskammer schon diskutiert wird.

Leider hat, aus Sicht der Bundesregierung, Artikel 23 einen Nachteil, an dessen Bewältigung die Planungsstäbe im Bonner Innenministerium arbeiten und mit dem Oskar Lafontaine für die SPD am rechten Rand auf Stimmenfang geht. Die FAZ vom 9.3.90 beschreibt das Problem so: "Eine andere, theoretisch immer schon denkbare, aber nie ernsthaft bedachte, geschweige denn ausgesprochene Variante zeigt Artikel 23 als die Bresche, durch welche die Bürger der DDR nun überfallartig in das soziale System der Bundesrepublik einbrechen und ihre Teilhabe an unserem Wohlstand erzwingen könnten - ganz einfach auf dem durch und durch verfassungsmäßigen Weg des einseitig erklärten Beitritts nach Schaffung eines demokratisch legitimierten Parlaments und einer demokratisch legitimierten Regierung. Nichts und niemand könnte sie daran hindern."

Vor diesem Hintergrund müssen alle Pläne der CDU/CSU gesehen werden, die Wiedervereinigung für die Menschen in Deutschland "sozialverträglich" zu gestalten, um damit die Variante des Artikel 23 ausspielen zu können. Denn mit Artikel 23, kann nichts und niemand' mehr die Bundesregierung behindern in der Definition dessen, was künftig als noch "sozialverträglich" zu gelten hat ... Insbesondere die Alliierten wären Zuschauer

im Prozeß der Entstehung eines neuen Großdeutschlands und sie hätten bei einem Anschluß nach Art. 23 formal überhaupt keine Einspruchsrechte mehr. Eine Situation, wie sie für das strategische Kalkül der westdeutschen Bourgeoisie seit über 40 Jahren nicht mehr bestand.

Der Untergang der DDR und was daraus folgt

Das folgende Szenario ist zugegebenermaßen auf die formal-rechtliche Seite der Folgen eines Anschlusses nach Artikel 23 beschränkt und läßt die realpolitischen Kräfteverhältnisse für die Zukunft außer Betracht. Aber Helmut Kohl wäre der letzte, der die "Vorzüge" eines solchen formalen Anschlusses nicht gegen die Alliierten ausspielen könnte, wie sein taktisch letztlich erfolgreiches Verhalten zur polnischen Westgrenze zeigt. Die rechtliche Lage stellt sich mit der Anwendung von Artikel 23 folgendermaßen dar:

Tritt die DDR der BRD nach Artikel 23 bei, so entsteht kein neues Völkerrechtssubjekt. Die Grenzen der Bundesrepublik werden dann um das Gebiet der heutigen DDR erweitert. Das rechtliche Schicksal wäre im Falle eines Beitritts schlicht der Untergang des Staates DDR, bei Fortexistenz der BRD.

Die DDR hat eine Vielzahl von völkerrechtlichen Verträgen mit anderen Staaten abgeschlossen. Diese Verträge erlöschen sofort, wenn einer der Vertragspartner, die noch bestehende DDR also, seine Rechtspersönlichkeit verliert. Völkerrechtlich geht ein Staat unter, wenn er aufhört als Staat mit eigenem Territorium, eigener Bevölkerung und eigener Verwaltung zu existieren. Dies wäre bei der DDR nach einem Anschluß der Fall.

Der Grundsatz der automatischen Beendigung der Verträge findet seine Rechtfertigung aus juristischer Sicht darin, daß der Fortbestand der Vertragspartner die Rechtsgrundlage für den Fortbestand eines Vertrages darstellt. Die erloschenen Verträge der DDR würden auch nicht für das frühere Gebiet der DDR gelten. Ob die BRD dann im Einzelfall auf der Grundlage besonderer künftiger vertraglicher Vereinbarungen an der Fortgeltung in der einen oder anderen Form festhalten will, steht im politischen Ermessen der zuständigen Organe der BRD. Z.B. hängt die Aufrechterhaltung der Stationierung sowjetischer Truppen auf dem Boden der heutigen DDR dann von einer Entscheidung aus Bonn ab. Gleichzeitig kommt die BRD natürlich in die gegenüber anderen imperialistischen Ländern unschätzbare Lage, bestehende wirtschaftliche Kontakte und Verbindungen der DDR in sämtliche osteuropäischen Länder, vor allem aber in die SU, zu nutzen.

Ob diese allgemeinen Bestimmungen des Völkerrechts in der BRD dann überlagert werden könnten durch die Rechte der alliierten Siegermächte, ist äußerst fraglich. Zwar beziehen sich diese Rechte auf "Deutschland als Ganzes" und die Vereinigung stellt einen Vorgang dar, der "Deutschland als Ganzes" betrifft, doch läßt sich daraus nicht der Schluß ziehen, daß die Alliierten hieraus ein Recht ableiten könnten, über den Fortbestand aller Verträge der DDR nach einer Wiedervereinigung zu bestimmen oder mitzuentscheiden. Die bestehenden Rechte der Alliierten ergaben sich daraus, daß sie nach dem Zweiten Weltkrieg Besatzungsmächte waren; und d.h., diese Rechte sind nur begrenzt auf den Zeitraum einer Abwicklung der Kriegsfolgen. Diese Kriegsfolgen liegen jedenfalls in Bezug auf die Souveränität der BRD und der DDR, je nach Sichtweise, zwischen 30 bis 35 Jahre zurück, wenn mensch die jeweiligen Souveränitätsübertragungen der Schutzmächte für ihre Gebiete zum Maßstab nimmt. Die Westalliierten bestimmten dies für die BRD durch den sog. Deutschlandvertrag und die Aufnahme in die NATO. Die Sowjetunion schloß mit der DDR Freundschafts- und Beistandsverträge. Diese Akte der Normalisierung der Beziehungen erfolgten also ganz wesentlich über die Integration/Einbindung der deutschen Staaten in das jeweilige Bündnis- oder Paktsystem. Die gewährte Souveränität um den Preis der Einbindung in das jeweilige Blocklager nutzten die BRD und die DDR zwar in unterschiedlich starkem Maße, doch rechtlich wurden sie in den letzten 35 Jahren zunehmend unabhängiger von den sog. Schutzmächten. Als Hinweis hierauf mag genügen, daß BRD und DDR eigenständig ihre Außenbeziehungen organisierten, natürlich meist nicht in Abgrenzung zu den Verbündeten, aber doch als juristisch eigenständige Staaten. Wenn jetzt territoriale und sicherheitspolitische Fragen als Folgen des Zweiten Weltkrieges von den beiden deutschen Staaten über Artikel 23 in der Weise gelöst und entschieden werden, daß der Anschluß der DDR mit ihrem gleichzeitigen Untergang organisiert und vollzogen wird, vermindert dies den Status und den Einfluß aller Alliierten ungemein. Ausdruck dafür ist schon jetzt, daß die Konferenz "Vier plus Zwei" stark an den originären Zielvorgaben der Bonner Regierung orientiert ist und mit ihr darüber verhandelt werden muß, ob und in welcher Form z.B. Polen an der Konferenz beratend teilnehmen darf oder nicht, obwohl erst vor wenigen Wochen zumindest England und Frankreich ihre Garantieerklärungen für Polen erneuert hatten.

Wie weitreichend der Untergang der DDR bei gleichzeitig fortwährender Identität des Völkerrechtssubjekts BRD wäre, zeigt auch die Rechtsfolge, daß mit dem vollzogenen Anschluß der DDR durch Beitritt nach Art. 23 die dann ehemalige DDR im Völkerrechtssubjekt BRD "aufgegangen" wäre und damit Teil der Bündnisse wird, denen die BRD aufgrund von bestehenden und weiter bestehenbleibenden Verträgen angehört.

Einfacher ausgedrückt: Das Gebiet der heutigen DDR wäre mit Artikel 23 ohne weiteres und unmittelbar - rechtlich automatisch - Teil der NATO und der EG. Alle gegenwärtigen diesbezüglichen Verhandlungen zwischen den betroffenen Staaten wären mit einem Schlag hinfällig. Sperren oder Einschränkungen dieser Rechtsfolge sind nicht ersichtlich, wären allenfalls politischen Opportunitätsüberlegungen anheim gegeben.

Der EWG-Vertrag ebenso wie Montan-und Euratomvertrag gilt für die BRD und die anderen Mitgliedsstaaten. Diese Verträge erfassen jeweils das Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten. Wenn ein Mitgliedstaat sein Hoheitsgebiet erweitert, gelten deshalb die Gemeinschaftsverträge und das auf ihnen beruhende Gemeinschaftsrecht ohne weiteres auch in dem zusätzlichen Gebiet. Das ist übrigens auch in den NATO-Verträgen so vorgesehen. Die Auffassung über solcherart bewegliche Vertragsgrenzen war bislang unter den Mitgliedsstaaten unbestritten, wenn dies in der Vergangenheit auch meist nur für die Erweiterung der Gebiete von NATO und EG im Hinblick auf die Ausweitung von Hoheitsgewässern praktisch relevant wurde. Bei der Eingliederung eines Staates dürfte nichts anderes gelten, insbesondere kommt es nicht auf die Größe an.

Sonderregelungen könnten zwar getroffen werden, müßten aber im Konkreten der BRD-Regierung sicherlich im Ausgleich mit anderweitigen Zugeständnissen abgehandelt werden. Die Bundeswehr auf dem heutigen Gebiet der DDR zu stationieren, braucht die Bundesregierung nicht zu fordern, sondern sie kann sich den Verzicht auf eine solche Stationierung abhandeln lassen. Mehr Souveränität und Machtfülle kann sich die Bundesregierung nicht organisieren, als mit der Anwendung von Artikel 23 zu erreichen ist. Die Konferenz "Vier plus Zwei" wird demnach die ehemaligen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges rechtlich in die Position von Antragstellern bringen, die ihr Begehren vorlegen. Eine geradezu atemberaubende Vision für jeden Inhaber der Bonner Regierungsmacht.

Als ein Beispiel für die heute noch gar nicht ganz abzusehenden Möglichkeiten der BRD-Regierung könnte das vereinigte Deutschland wegen der größeren Bevölkerung eine Erhöhung des bestehenden Stimmengewichts im Rat und der Zahl der Abgeordneten im Europaparlament fordern. Dies zu verhindern, müßten und würden sich die anderen Mitgliedsstaaten gegenüber der BRD in Verhandlungen einiges kosten lassen.

Das Deutsche Reich wird größer

Schließlich hätte der Anschluß nach Artikel 23 auch noch die Folge, daß das (alte) Deutsche Reich sich wieder seinen alten Grenzen annähern würde. Denn die BRD ist nicht Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches, sondern als identisches Rechtssubjekt mit verringertem Territorium zu verstehen. Das Bundesverfassungsgericht urteilt dazu: "Das Deutsche Reich, welches nach dem Zusammenbruch nicht zu existieren aufgehört hatte, bestand auch nach 1945 weiter; wenn auch die durch das Grundgesetz geschaffene Organisation vorläufig in ihrer Geltung auf einen Teil des Reichsgebiets beschränkt ist, so ist doch die Bundesrepublik Deutschland identisch mit dem Deutschen Reich." Das Deutsche Reich würde rechtlich mit Artikel 23 also in den neu zu vereinbarenden endgültigen Grenzen, wenn das überhaupt der "Preis der Einheit" werden sollte, fortbestehen. Eine Namensänderung hätte keinen Einfluß auf diese Situation.

Daß das Deutsche Reich bekanntlich nicht an der Oder-Neiße-Grenze endete, sondern erst einige Kilometer hinter Kaliningrad, daran erinnern sich augenblicklich nicht nur viele polnische und sowjetische Bürger mit Schrecken und Entsetzen, sondern daran erinnert auch die Präambel des Grundgesetzes mit dem Auftrag, der auch nach der Vereinigung gilt: "Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

Da nach dem Verfassungsgebot die "Einheit Deutschlands" auch nach Anschluß der DDR noch unvollständig bliebe, würde eine gemeinsame Garantieerklärung zur polnischen Westgrenze, die von den Parlamenten bzw. Regierungen der BRD und der DDR bzw. von der Regierung eines vereinigten Deutschlands abgegeben wird, ebenso wirkungslos bleiben, wie alle bisher abgegebenen Regierungserklärungen und geschlossenen Verträge der BRD mit Polen und anderen Staaten. Denn das Deutsche Reich existiert, vergrößert zwar, aber

immer noch unvollständig, fort. In diesem Sinne hält die Anwendung des Artikels 23 den Weg nach Schlesien und Ostpreußen weiterhin offen.

Es wird die Völker und Regierungen Europas und auch uns noch einiges kosten, die weitreichenden Folgen des angestrebten Anschlusses nach Artikel 23 klein zu halten.

mar., Hamburg

8. Aus meinem gesamtdeutschen Tagebuch oder "Ein Schelm, wer Böses dabei denkt" von Werner Schlegel

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:13

Darauf haben wir doch seit Jahrzehnten gewartet. Nein, nicht auf den Fall der Berliner Mauer (sie steht ja noch!), sondern darauf, daß uns endlich einmal jemand erklärt, worin der Unterschied zwischen Schnüffeln und Schnüffeln besteht. Also das ist so: Das aufgelöste DDR-Philisterium für Staatssicherheit hat jeden Brief, der die Deutsche Demontierte Republik verließ oder erreichte aufgemacht und gelesen. Und das schon seit Anno Tobak. Ein typisch undemokratisches, menschenverachtendes, kommunistisches Verhalten. Und jetzt kommt's: Der in Pullach bei München ansässige Bundesnachsichtendienst wiederum, hat sich von der Post säckeweise die in die DDR gehenden oder von dort kommenden Briefe aushändigen lassen, sie aufgemacht und gelesen. Auch schon seit ungefähr Anno Zusammenbruch. Eine typisch undemokratische, menschenverachtende - halt nein, also, äh, das ist eben der Unterschied, erklärte Anfang Februar ein Bonner Regierungssprecher der staunenden Öffentlichkeit: Der BND hat das "auf gesetzlicher Grundlage gemacht". Mal abgesehen davon, daß das "Machen" auf einer gesetzlichen Grundlage genauso stinkt, wie auf einer ungesetzlichen und das auch den MfS-Ärschen eine solche untergelegt war, wenn sie machten, bedeutet dies, daß die Geschichte neu geschrieben werden muß. Weil Adolf doch auch nur ... Er hat sich sogar extra eine dafür machen lassen. Ein Er-mächt-igungsgesetz sozusagen ...

***

Dank Rudolfs Bild am Montag wissen wir jetzt endlich auch in einer anderen Sache Bescheid. Willy Brandt, diese unnachahmliche Kreuzung aus Woodstock-Modrow und Eiserner (SPD)Jungfrau, der 1972 "mehr Demokratie wagen" wollte, hat wenig später völlig zu Recht allen staatlichen Behörden und Institutionen die Radikalen erlassen, denn, hält uns Rudi den Spiegel vor: Die DeKaPe habe einige ihrer Mitglieder, auf Befehl der SED, versteht sich, in der DDR zu Saboteuren ausbilden lassen. Im Falle einer Machtergreifung von Rechts, in diesem unserem Lande, hätten selbige dann stammheimlich aus dem biedermännischen Gesamtschullehrer den brandstifterischen Widerständler herauslassen sollen. Eine grauslig schöne Geschichte, nur - irgend etwas stimmt daran nicht. Entweder haben die in Insiderkreisen 3-R-Schreiber (Rudis Rabulistik-Reporter) genannten Edelfedern mal wieder "rinks und lechts verwechsert" (Jandl), und deshalb den DKP-Leichnam untergrundlos in die Pfanne gehauen oder das am rostdeutschen Tropf dahinsiechende Parteichen hatte nicht so recht mitbekommen, wer aus den letzten beiden Bundestagswahlen als Sieger hervorgegangen war.

***

Mit dem Wach(sam)sein ist das ohnehin so eine Sache. Die NATO, behaupten neuerdings ihre paar bundesdeutschen Kritiker, sei überflüssig, da in den Glasnostblockländern kaum mehr jemand bereit wäre, auf Befehl gen Westen zu marschieren. Stimmt, die kommen inzwischen freiwillig zu Hunderttausenden. Und genau deshalb brauchen wir weiterhin die NATO. Oder glaubt etwa jemand, die Bundeswehr sei allein in der Lage, die alle wieder zurückzubringen?

***

Apropos zurück - das war doch noch was? Ach ja, "zurücklassen"! Seit Wochen vergießt die täglich auf die bundesdeutschen Gehirne niederfahrende Pestroika aus Wild, CDU-Beute-journal und Deutscher Fresse Agentur deshalb Krokodilstränen. Genauer: Wegen der rabenmutterseelenalleingelassenen Kinder in den DDR-Waisenhäusern. Rübergemacht hamm se, die sogenannten Mütter, gräbt sich Wild die Grube, von der nur niemand merkt, daß sie auch dauernd da reinfällt, rübergemacht, nur aus Gier nach Marlboro VW-Golf und 'n "Viddeoreggorder". Die Frage nach den Vätern unterbleibt allerdings, denn die paßt nicht ins Welt-Bild. Wie gut, daß wir auch noch den bisher eher von staatstragendem Sendungs-Bewußtsein getriebenen Deutschlandfunk haben. Der weist im Jahre Eins vor der Niedervereinigung der DDR darauf hin, daß dort genau 162 Kinder bekannt sind, die von ihren Müttern im Stich gelassen wurden. "Nicht mehr", wird eine Westberliner Sozialarbeiterin zitiert, "als in der Bundesrepublik auch Jahr für Jahr". Und das - hüben wie drüben - von Frauen aus der extrem sozial schwachen Randgruppe. An dieser Stelle setzt der biedere DLF, dessen Kürzel bisher eher mit Deutscher Langweiler Funk zu übersetzen war, noch eine Schelmin auf eine

halbe. Die demonstriert am praktischen Beispiel wie sowas ins rechte Berlin-Bild gesetzt werden muß. Die sogenannte Zeitung berichtete nämlich über einen Fall - Berlin-Ost, Prenzlauer Berg - von drei zurückgelassenen Kindern, wobei sie die berühmt-berüchtigte, ungenannte "gute Nachbarin" mit der Aussage zitiert, "daß diese Frau immer soviel Besuch von Türken bekam!" Merke: Wer mit Türken verkehrt, ist keine anständige Ostwestdeutsche, sondern? Richtig! Erstens Hure und eine solche ist zweitens nur im Rabenstatus als Mutter denkbar. Umkehrschluß: Kontakt mit Türken macht aus guten teutschen Frauen - hast du nicht gesehen! - Rabenmütter und aus diesen Huren oder umgekehrt, nach dem Motto: Irgendwas bleibt schon hängen und der Türke muß brennen. An dieser Stelle fällt dem Klagebuchschreiber ein, daß eine gewisse "Zeitung" das tümelnde Volk gerne über im freien Westen stattgefunden habende Demonstrationen desinformiert. Dabei fehlt nie der Hinweis, hier hätte zweifellos ein Mißbrauch des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung vorgelegen. In diesem Sinne sei konstatiert: Bei obiger Hinberichterstattung liegt zweifellos ein Mißbrauch des Grunzrechts auf Fressefreiheit vor. Allein schon deshalb, weil das Deutsche Rote Kreuz von einem ganz anderen ostdeutschen Freisiedelungsdrang zu berichten weiß. Der überfällt Männer, die darob Ehefrau, Verlobte oder Freundin samt Kind(ern) oder Fötus und dazugehörender Unterhaltspflicht weit hinter sich lassen. Und das sind laut DRK-Angaben bisher mindestens zenmal soviel Fälle, wie die der sogenannten Rabenmütter.

***

Weil wir gerade beim Mistbrauch von Freiheitsrechten sind - der Bunte Tisch in Ostberlin hatte am 5. Februar gerade mit satter Mehrheit beschlossen, daß unser Spitzenpolitdicker Helmut - samt Kumpels - keine Wahlkrampfauftritte in der DDR zelebrieren dürfte, da ging hüben das Gekreische schon los. "Man werde das Recht auf freie Meinungsäußerung", blubberte ein SPWeh-Vorstandsversprecher, "weder in der Bundesrepublik, noch in der DDR einschränken". Leider konnten in diesem Moment die Herren Intendanten der Bedürfnisanstalten des öffentlich-Rechtslichen nicht zuhören. Die diskutierten nämlich grade, wie man Mathias Richlings Mittwochs-Satirehappen unauffällig wieder ausspucken könnte, bevor man von der CDU daran erstickt würde. Aber vielleicht hat es ja Dieter Hildebrand gehört. Er kann es ihnen dann erzählen, wenn die Herrschaften vor der nächsten Bundestagswahl wieder ihre Dreimonatsregel kriegen und die Mattscheiben entsprechend lange ungewischt bleiben sollen. Aber was ist denn nun mit dem DDR-Beschluß? So etwas müsse man ganz einfach ignorieren, trompetete FDP-Sprecher Goebel und Generalsekretärin Schmalz-Jacobsen freute sich, daß die DDR doch "sowieso keine Mittel habe", so einen Beschluß durchzusetzen. Natürlich erwartete auch die Bundesregierung von dieser "Sache keine nennenswerte und beeindruckende Wirkung" auf die westlichen Parteien. Das macht: Demokratie ist, wenn ihr (das Volk) beschließt, was wir (Parteien und Politiker) für richtig halten. Das Verfahren ließe sich aber noch ein wenig rationeller gestalten. Die Politiker und Parteien könnten doch direkt beschließen, was ihnen grade so paßt. Wie, genau das hätte die SED vierzig Jahre lang ...? Da bleibt einem nur noch eines zu sagen: "Honni soit qui mal y pense!", was "oni swa ki mal y pas" gesprochen wird und nicht etwa heißt: "Honni, warum gingst du in Pension?" sondern: "Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!"

9. DDR-Linke im Übergang Versuch einer Situationsbeschreibung

Rubrik: PDS; DDR-Linke; Vereinigte Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:31

Die Linke in der DDR hat eine katastrophale Niederlage erlitten, das läßt sich auch nicht mit den angeblich überraschend guten PDS- Ergebnis wegdiskutieren. Noch vor wenigen Monaten stand scheinbar unumstößlich der Artikel 1: "Die DDR ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern ... unter Führung der Arbeiterklasse und ...". Nun hat nicht zuletzt diese Klasse ihren Staat der BRD zugeführt, durch freie DM-Wahl. Die Linken sind vorwiegend Intellektuelle. Sie werden sich damit auseinandersetzen müssen, warum sich gerade in der Arbeiterschaft ein erhebliches rechtes Potential ausgebreitet hat.

Die Chance für einen besseren Sozialismus ist hier auf lange Sicht vergeben. Die Konsequenzen der neuen Situation werden natürlich völlig unterschiedlich eingeschätzt, vieles muß umgedacht, neu konzipiert werden und Einigkeit besteht bisher nur in dem Wunsch nach einem starken linken Bündnis.

Der Schock der Wahlnacht sitzt noch in den Knochen, fassungslos sieht man auf CDU-Regierung, Artikel 23 und befürchtet das Schlimmste. Geht es doch nicht nur um die Abwahl der DDR mit allen sozialen Folgekosten, sondern auch um denkbare Folgen der Wiedererrichtung der Deutschen Nation. Denn wer weiß, was die so leicht gefangenen Wähler noch alles machen oder zulassen werden. Die Geschichte hat gezeigt, daß sich die Massen in Krisenzeiten noch viel irrationalere Weltbilder zu eigen machen.

Die Stimmung ist bedrückend. Häufig kommt zum gesellschaftlichen Umbruch, zum Scheitern der großen Hoffnungen noch die plötzliche Aussichtslosigkeit in der beruflichen Perspektive, der Zusammenbruch privater Lebenskonzepte hinzu. Das ist nicht einfach das Problem Arbeitslosigkeit, der neue Staat wird sich z.B. kaum linke Künstler und Wissenschaftler leisten wollen. Wo bisher mehr oder weniger das Ringen um eine bessere Gesellschaft möglich war, muß plötzlich Selbstverteidigung gelernt werden. Niemand kann sich so richtig vorstellen, was es bedeutet, im Kapitalismus zu leben und Widerstand zu leisten. Das Umdenken vom verantwortlichen Mitgestalten - was trotz Honecker und Mielke DDR-Grundhaltung ist - hin zur radikalen Opposition braucht viel Zeit, und die fehlt gerade am meisten.

Das Tempo, in dem die DDR abgeschafft wird, läßt keine Atempause. Linke beider Staaten müssen sich verständigen, sie müssen lernen, zusammenzuarbeiten. Daß dies nichts mit "natürlichem deutsch-deutschen Zusammenwachsen" oder "Wiedervereinigung von unten" zu tun hat, sollte jedem klar sein, der weiß, daß hier Welten aufeinanderprallen. Jede Menge Mißverständnisse und nutzlos kräftevergeudende Konflikte sind abzusehen. Noch sinnloser wäre es allerdings, wenn wir alle einzeln gegen den imperialistischen deutschen Staat kämpften.

Das größere Problem liegt m.E. bei den Wessis, denen meistens die DDR-Kenntnisse fehlen, was sie jedoch nicht davon abhält, alles besser zu wissen. Die eigene Perspektivlosigkeit hat eine Art Polit-Tourismus hervorgebracht, der von ideologischer Entwicklungshilfe jeder Schattierung bis zur Suche nach der Massenbasis im deutschen Ausland geht. Oder sie stellen abkanzelnde Ferndiagnosen: mangelnde Radikalität, bzw. noch ignoranter: die DDR habe nichts Fortschrittliches hervorgebracht, sei endlich gescheitert und sowieso keine Träne wert. Es wäre durchaus notwendig, daß BRD- und DDR-Linke ihre Erfahrungen austauschten und nutzbar machten, aber es ist zu befürchten, daß gründlich aneinander vorbeigeredet wird.

Die DDR-Linke steht am Anfang ihrer Erfahrungen mit der neuen alten Gesellschaft und kommt größtenteils von einem praxisbezogenen Politikansatz her. Noch hat sie, vor allem in Berlin und anderen Städten und im Vergleich zur BRD, eine halbwegs solide Basis und daher auch konkrete Handlungsspielräume, z.B. wenn es um den Abbau sozialer Rechte gehen wird. Nicht nur die PDS, sondern auch kleinere Gruppierungen setzen deshalb berechtigterweise ausdrücklich auf mehr oder weniger tagespolitische Aktionen und regionale Auseinandersetzungen. Der Kampf geht um Kinderkrippen, Mieten, Schutz gegen "West-Eigentümer", Erhalt von Jugendclubs, Aufbau von Frauenhäusern, Kommunikationszentren und vieles mehr. Da alles in Bewegung ist, darf sich die Linke nicht raushalten oder an den Schreibtisch zurückziehen. Für die kleinen Gruppierungen ist es allerdings von existentieller Bedeutung, nun wieder verstärkt inhaltlich zu arbeiten und politische Prozesse langfristig zu denken. Im Wahlkampfwahnsinn ist da zu viel den Bach runtergegangen.

Bei der Einschätzung der DDR-Linken sollte bedacht werden, daß sie über ihre Papiere und programmatischen Aussagen nicht ausreichend definiert ist. Sie muß auch nach ihrer Praxis beurteilt werden, erstens weil sie eine hat und zweitens weil die frischen Schriften oft den unausgegorenen Überlegungen der Übergangszeit entspringen und nicht unumstößlich gedacht sind. Im Übrigen bedarf das DDR- Deutsch gelegentlich einer Übersetzung, um im Westen nicht völlig verdreht interpretiert zu werden.

Sollte es den GenossInnen in der DDR gelingen, sich halbwegs zusammenzuraufen, und zwar in und mit der PDS, sowie in inner- und außerparlamentarischer Opposition, sollte es ihnen außerdem noch gelingen, einen angemessenen Umgang und Formen der Zusammenarbeit mit nichtsozialistischen Bürgerbewegungen zu finden, könnte die Hoffnung der westlichen Gysi-Fans auf neue Impulse aus der DDR sogar aufgehen. Was allerdings jetzt schon Impulse geben könnte, liegt zum einen im atmosphärischen Bereich, z.B. in der großen Dialogbereitschaft und geringen Berührungsängsten mit Andersdenkenden, zum anderen im weitaus unkomplizierteren Umgang mit politischer Aktion. Im folgenden will ich, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, auf einzelne Organisationen eingehen.

Die PDS

Die PDS als stärkste linke Kraft hat mit fast 17 Prozent zwar ein relativ gutes Ergebnis erzielt, ist damit jedoch weit davon entfernt, die verfassungsrelevante Zweidrittel-Mehrheit der bürgerlichen Parteien irgendwie zu verhindern. Die Anzahl der Wähler entspricht etwa der Einwohnerzahl Hamburgs, nur handelt es sich sicher nicht um lauter Sozialisten, da der Wahlkampf vor allem auf soziale Sicherheit ausgerichtet war und der Marxismus als Zeichen der Erneuerung lieber nicht mehr zu deutlich erwähnt wurde. Die Partei hat in ihrer Zusammensetzung immer noch die Spannbreite von Sozialdemokraten bis zu Kommunisten. Der Erneuerungsprozeß ist in Berlin am weitesten fortgeschritten. Hier haben sich in der Aktionsgemeinschaft Junger GenossInnen um Gysi massenweise aktive Leute gesammelt, von denen viele ganz neu sind. Man hört allerdings immer wieder Berichte aus der Provinz, wonach sich eigentlich kaum etwas verändert habe und immer noch dieselben sturen Leute in ihren Sesseln säßen. Nicht zuletzt deshalb gibt es noch erhebliche Vorbehalte gegenüber der Partei. Da bei dem festgeschriebenen Größenverhältnis keine linke Organisation mehr um die PDS herumkommt, ist ihre weitere Entwicklung von fundamentaler Bedeutung für die DDR-Linke.

Bisher zeigt die PDS sich ausgesprochen offen gegenüber anderen Gruppen und Projekten und bietet ihre Kooperation an. Da die namentliche Unterstützung zur Zeit so manche Initiative zum Scheitern bringen würde, läuft die Zusammenarbeit oft noch inoffiziell. Die PDS muß zwar erst ihre Geschichte gründlich aufarbeiten, allerdings hat sie keinen Grund, vor lauter Selbstkritik die positiven Seiten der SED-regierten DDR zu vergessen.

Die Behauptung der Westmedien, die PDS sei gemeinsam mit der CDU gegen die Überprüfung der Volkskammerabgeordneten auf mögliche Stasi-Vergangenheit, ist übrigens eine Unterstellung. Sie fordert lediglich Rechtsstaatlichkeit und Persönlichkeitsschutz, denn schließlich hat sich der Stasi ja auch für Bettgeschichten interessiert.

Ohne Regierungsverantwortung hat die PDS jetzt die Chance, sich konsequent links zu positionieren. Die unaufhaltsame Übergabe der DDR, zu der sie sich gezwungen sah, wird von Bonns Statthaltern fortgesetzt. Somit ist die PDS für den geordneten Ablauf nicht mehr verantwortlich, muß nicht mehr tun, was sie eigentlich nicht will, sondern kann endlich laut und scharf Kritik üben. Das wird Gysi zwar viel mehr liegen, aber die Masse der Parteimitglieder wird sich mit der neuen Rolle schwer tun. Man hat ja immer für etwas gekämpft: für den Sozialismus, für einen besseren, versteht sich, für die DDR, für die Bevölkerung ...? Gegen die Ausbeutung? Das gehörte doch in die Geschichte; der Kampf "gegen etwas" ist in der DDR-Mentalität nicht vorgesehen, man muß sich erst daran gewöhnen.

Und wenn man nicht bei ein paar Korrekturen stehen bleiben will, muß man auch noch lernen, Gesetze und Ordnung zu hinterfragen. Jeder weiß, daß die Wahlen nicht frei waren, und doch erlaubt die Linke es sich nicht, die Legitimität der Volkskammer anzuzweifeln. Das ist umso absurder, als ja mit der Bonner Marionettenregierung die Legitimitätsfrage für das DDR-eigene Parlament - wenn auch in umgedrehter Weise - bald neu gestellt wird. Auch eine Formulierung wie die Forderung nach Souveränität beider deutscher Staaten, ist genau genommen verkehrt, da hiermit auch die Souveränität der imperialistischen BRD gefordert wird, obwohl diese dabei ist, die DDR zu verschlucken.

Grüne Sauereien

In den letzten Wochen haben West- und Ost-Grüne gleichermaßen gezeigt, daß sie das Instrumentarium bürgerlicher Machtpolitik durchaus beherrschen. Wenn Rote rausgeschmissen und Frauen über den Tisch gezogen sind, darf die Parteibasis nachträglich meckern, damit keine Konsequenzen gezogen werden müssen, aber das radikal-ökologische, frauenfeindliche Image bewahrt wird. Das Wahlbündnis der Grünen Partei und des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) hat acht Volkskammersitze erlangt, aber nicht ein einziger wird von den Frauen besetzt. Der formale Grund liegt im Wahlsystem, das die Mandate nach Bezirkslisten vergibt. Da in jedem Bezirk der UFV nur den zweiten Listenplatz besetzte, hat er sich durch politische Unerfahrenheit austricksen lassen. Es ist schon fraglich, ob das vereinbarte Drittel der Plätze dem Einfluß der Frauen, die ja u.a. am Runden Tisch eine wichtige Rolle spielten, überhaupt entspricht. Die grünen Abgeordneten (sechs Männer, zwei Frauen) benehmen sich nun ganz im Stil einer bornierten Altpartei, berufen sich auf das Wahlgesetz und fühlen sich als einzige zukunftsweisende Vertreter der Opposition.

Wie die Einmischung von Bundes-Grünen zum Kippen der links-alternativen Bündnisverhandlungen (Grüne Partei, UFV, VL) beigetragen hat, kann jeder anhand der folgenden Auszüge aus einem internen Papier selbst ausmachen:

"Andererseits würde ein schlechtes Abschneiden der ökologisch-demokratischen Kräfte in der DDR unsere eigene Existenz unmittelbar bedrohen. (...) Unter diesen Bedingungen sollte uns kein Aufwand zu hoch sein, zum Erfolg der ökologisch-demokratischen Kräfte in der DDR beizutragen. Es geht um unsere eigene Existenz und um eine lebenswerte Perspektive in dem künftigen Deutschland. Wie im ersten Abschnitt deutlich wurde, besteht die Gefahr, daß sich neben dem "Bündnis 90" ein zweites, linkssozialistisches Bündnis herausbildet, das bei dem teilweise marxistischen Profil seiner Mitgliedsorganisationen in der DDR mit Schimpf und Schande scheitern würde. Das wäre vielleicht nicht weiter schlimm, wenn es nicht stark danach aussähe, daß sich die Grüne Partei daran beteiligte. Das würde uns in eine tiefe Zerreißprobe führen, denn es ließe sich kaum rechtfertigen, wenn die GRÜNEN in der SED-verwüsteten DDR ein marxistisch-sozialistisches Wahlbündnis unterstützten. Den daraus folgenden politischen Ruin der Grünen Partei der DDR könnten wir nur dadurch einigermaßen überstehen, indem wir uns ostentativ von diesem Wahlbündnis und damit auch von der Grünen Partei distanzierten und ausschließlich das ‚Bündnis 90` unterstützen.

Das existentielle Problem unserer Partei verschärft sich nun aber noch dadurch, daß wir unzweideutige Hinweise haben, daß die GAL, die AL und bestimmte Leute im Bundesvorstand an der Herstellung dieses ruinösen Wahlbündnisses in der DDR mit beteiligt sind. (...)

Die Unterstützung sich selbst qua Ideologie marginalisierender Randgruppen in der DDR würde uns in der Folge ihres katastrophalen Wahlergebnisses und ihres in Verruf geratenen Politikverständnisses selbst marginalisieren. Darüberhinaus würde der schlechte Ruf dieses Wahlbündnisses auch auf das ‚Bündnis 90` negativ abfärben, weil alle Organisationen als Oppositionsgruppen der ersten Stunde identifiziert werden, und weil eine Unterstützung durch uns, die wir dann auch das links-sozialistische Wahlbündnis unterstützten, wie ein Bazillus wirkte: wenn die GRÜNEN links-sozialistische Ideologen unterstützen, dann wird es mit allem, was sie unterstützen, nicht weit her sein.

Angesichts einer solchen, möglicherweise dramatischen Zuspitzung in der Frage unserer Wahlunterstützung, deren Antwort unsere eigene Perspektive nicht unwesentlich präjudizieren wird, ist nur zu hoffen, daß sich die Grüne Partei der DDR gegen das zweite Wahlbündnis ausgesprochen hat." (Dietrich Wetzel, Jürgen Schnappertz: Bericht an die Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN, Anforderungen an das in West-Berlin neu eingerichtete Unterstützungsbüro für DDR-Gruppen; Bonn, den 12.2.1990) Fairerweise muß hier aber auch erwähnt werden, daß die Minderheit der Grünen (und vor allem der AL) sich kooperativ verhält und auch die VL finanziell unterstützt hat.

Die grüne Antwort zur deutschen Frage ist bekanntlich umstritten. In der grün- lila Wahlzeitung wird u.a. von der "Widernatürlichkeit der deutschen Teilung" gesprochen. Das Bündnis stehe "für einen gleichberechtigten Prozeß des Wachsens und Werdens einer deutschen Einheit im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses".

Trotz der benannten grünen Sauereien sei aber nochmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es regional und in Sachfragen Zusammenarbeit von Grünen, Frauen und diversen Linken gibt, die unbedingt

wünschenswert ist, da ja Organisationstrukturen und personelle Zugehörigkeit in einer so chaotischen Zeit nicht festbetoniert sind.

Die Vereinigte Linke

0,18%, ein Mandat: Da werden im Ausland viele sagen, sie sei bedeutungslos und eindeutig gescheitert. Sicher ist Thomas Klein als einziger Abgeordneter nicht gerade zu beneiden, aber das Aktionsbündnis Vereinigte Linke hat weit mehr zu bieten als einen scheinbar einsamen Parlamentarierer. Die Existenzfrage wird nach dem frustrierenden Wahlergebnis zwar auch behandelt, ist aber eigentlich unsinnig, da von den 20.000 Wählern etwa 4000 aktive VLer sind. Das ist ein reichlich buntes Gemisch von Autonomen bis zu linken Christen, von Marxisten bis zu realo-grünen oder tendenziell sozialdemokratischen Ökonomen. Es gibt einige kuriose Blüten, auch Profilierungssucht, aber eine Menge vernünftige Leute, die weder ihre radikalen linken Utopien noch die DDR aufgeben wollen. Die politische Handlungsfähigkeit der VL ist personell gebunden und punktuell sehr hoch. Daß sie nicht mehr Mandate bekommen hat, liegt vermutlich im Wesentlichen daran, daß ein erheblicher Teil ihrer Sympathisanten nach der Stabilisierung der PDS doch lieber für die starke linke Partei stimmen wollte. Auch ohne eine Prozenthürde meinten viele Leute, es sei besser, große Parteien zu wählen.

BRDler, die kein DDR-Fernsehen empfangen können, seien darauf hingewiesen, daß die VL am Runden Tisch vertreten war und bis jetzt eine relativ gute Öffentlichkeit hatte. Da sie für bürgerliche Medien nicht interessant ist, wird die Bedeutung der VL in der BRD vermutlich unterschätzt. Andersherum heißt das aber für die VL, daß sie in einem bürgerlichen Staat viel weniger Öffentlichkeit haben wird und ihr Aktionsspielraum nicht nur durch zu erwartende Repressionen eingeschränkt wird. Für kleine linke Organisationen kommen harte Zeiten. Verbote sind nicht auszuschließen, zumal die VL gelegentlich als "linksradikal" diffamiert wird und der Haß auf alles Linke und Sozialistische sicher nicht geringer wird, wenn die CDU-Wähler merken, daß ihre Hoffnungen nicht aufgehen.

Die VL wird mit der PDS zusammenarbeiten, bzw. sie hat sogar einige PDS-Mitglieder, aber sie kann und will sich nicht einfach der PDS anschließen. Zum einen, weil z.B. Linke, die sehr bittere Erinnerungen an die SED knüpfen, mit der PDS Probleme haben, solange noch etwas SED zu sehen ist, zum anderen, weil es gute Gründe gibt, diese PDS von links zu kritisieren.

Die VL versteht sich weiterhin als Initiative, die linke Kräfte bündeln will. Sie erhebt dafür keinen Alleinvertretungsanspruch, das wäre bei ihrer Größe auch lächerlich, sie bemüht sich um Bündnisse. Da ihr Handlungsperspektiven vor "Vereinserhaltung" gehen, wird sie auf längere Sicht vielleicht in einem anderen Bündnis aufgehen. Sie ist offen für Veränderungen, allerdings nicht um die Preisgabe des konsequent linken Standpunktes. Aber zunächst wird dies ihre eigene Organisation ausbauen.

Nach der "Notstandssituation" des Wahlkampfes stehen zwei Aufgabenfelder an. Sie muß erstens sich dringend strukturell reorganisieren, da sich im Chaos der letzten Wochen informelle Strukturen herausgebildet haben, die auf längere Sicht nicht tragbar sind. Ich schreibe das nicht, um Internas auszuplaudern, sondern weil dieses Phänomen exemplarisch ist und damit die gesamte Linke betrifft. Zweitens muß in der VL die inhaltliche Arbeit verstärkt werden. Das "vorläufige Wahlprogramm" ist keine ausreichende Basis für die anstehenden Aktionen.

In Dresden ist das erste "linke Info- Büro" im Entstehen. Diese Initiative ist nicht parteigebunden, sie soll ein linkes Kommunikationsnetz bilden. Überall, wo es genügend Linke gibt, sollen solche Büros eingerichtet werden, und es sieht zur Zeit danach aus, als würde das von diversen Linken unterstützt. Geplant ist auch eine Zeitung. Was daraus wird, ist noch nicht abzusehen. Es gibt in der DDR einige Bestrebungen, die Zusammenarbeit der Linken zu sichern, um sich besser wehren zu können. Denn das wird bitter notwendig.

Von außen ist die Tragik des Zusammenbruchs der DDR-Gesellschaft wohl kaum zu ermessen. Das kleine graue Land entsprach zwar überhaupt nicht der schöngefärbten SED-Propaganda, aber die Zukunft ist schwarz. Die Springerpresse hat reißenden Absatz, Kinderkrippenplätze gibt es demnächst nur noch mit Arbeitsplatznachweis ... Die DDR-Fahne ist zum Symbol des Widerstands geworden, und der 41. Geburtstag der DDR wird wohl eher in manch verstecktem Kneipenhinterzimmer begossen werden.

ma., Berlin (Hauptstadt der DDR)

10. Die Währungsunion und ihre katastrophalen Folgen

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:20

Nun kann, nun soll es also kommen, das eilig Vaterland. Wenn die frisch gewählte DDR-Übergangsregierung von des Kanzlers Gnaden bis zum 28. April die rechtlichen Voraussetzungen in Form eines Leitsätzegesetzes, der faktischen Übernahme des westdeutschen Rechtssystems, geschaffen hat, soll der wirtschaftliche Anschluß in Form einer Währungs-und Wirtschaftsunion erfolgen. Noch vor dem 1. Juli verschwände dann die Währung der DDR. Die D-Mark enteignet und entwertet nicht nur alle Vermögen, Einkommen und Werte in der DDR, sondern hebt deren Souveränität auf.

Das pausenlose Trommelfeuer von Kohl und den hiesigen Medien, die DDR liege bereits im Koma und nur der rasche Anschluß biete einen Ausweg aus einer schier aussichtslosen Lage, hat bei der Mehrheit der DDR-Bevölkerung gewirkt. Ebenso die Verheißungen über ein "Wirtschaftswunder" und schnellen Wohlstand. Wer es dennoch wagt, nach den politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen oder gar nach den gewaltigen Kosten dieses Anschlußunternehmens zu fragen, wird abgebürstet. Die deutsche Einheit sei "nicht zum Nulltarif" zu haben, wiegelt Minister Waigel ab. Wo es also ums Nationale geht, wirkt das Gezänk über Milliarden und Billionen geradezu kleinkrämerisch. Daß der rasche Anschluß der DDR an die BRD mit katastrophalen Verwerfungen verbunden ist und die anzuschließende DDR der "mezzogiorno" des eilig zusammengezimmerten Vaterlandes sein wird, gibt die Bundesregierung nur indirekt zu, indem sie bereits vorsorglich die Notaufnahmelager und alle Eingliederungsvergünstigungen für Übersiedler ersatzlos streicht.

Wer nur eins und eins zusammenzählen kann, weiß, daß rascher Anschluß und rascher Wohlstand nicht zu haben sind. Warum die Bundesregierung dennoch den Sauseschritt-Anschluß bevorzugt, hat vornehmlich politische Gründe.

Die Wende vom 7. Februar

Das Gerede über eine Währungsunion setze "völlig falsche Signale" und wäre "sehr gefährlich" (Theo Waigel) oder eine "phantastische Idee" (Bundesbankchef Pöhl). Die Einführung der begehrten DM könne nicht am Anfang, sondern am Ende der marktwirtschaftlichen Transformation der DDR stehen, so lauteten unisono die Verlautbarungen aus dem Kohl-Kabinett, dem Sachverständigenrat und den Forschungsinstituten.

Am 7. Februar war Schluß damit. Die Bundesregierung vollzog an jenem Tage eine völlige Kehrtwendung und propagierte die rasche Einführung der Währungsunion. Und im DDR-Wahlkampf sicherte der Kanzler dem Volk einen Umtauschsatz von 1:1 zu. Was war in die Bundesregierung gefahren, daß sie alle Gegenargumente der Bundesbank, der Privatbanken, der Industrie und ihrer Sachverständigen über den Haufen warf? Dies hatte sowohl innen- wie außenpolitische Gründe. Mit Versprechungen und Verheißungen eines nicht nur einigen, sondern eiligen Vaterland stellte Kohl die politischen Voraussetzungen in der DDR sicher, die einen raschen Anschluß ermöglichen: den Wahlsieg seiner ebenfalls eilig zusammengezimmerten "Allianz". Von dieser sind kaum irgendwelche Widerstände und Barrieren gegen den Anschlußkurs zu erwarten - im Gegenteil.

Mit dem Vorziehen der Währungsunion soll gleichzeitig verhindert werden, daß der Prozeß der deutschen Einheit in internationale Verträge und Absprachen eingeschnürt wird. Es kommt nicht von ungefähr, daß die Losung der Währungsunion nur eine Woche vor der Tagung von Nato und Warschauer Pakt in Ottawa, wo die "2 plus 4"-Vereinbarung zustande kam, ausgegeben wurde. Wenn Kanzleramtsberater Teltschik den sowjetischen Außenminister verhöhnte, dieser werde sich noch wundern, wie schnell die deutsche Einheit komme, so machte er damit nur deutlich, daß die deutsche Einheit nur und ausschließlich eine "deutsche" Angelegenheit ist, in die niemand auf der Welt hineinzureden habe. Mit "niemand" ist auch die EG gemeint, die über die EG-Kommission vergeblich versuchte, den deutschen Einigungsprozeß in den EG-Integrationsprozeß einzubinden. Damit ist auch der Delors-Plan obsolet geworden, die DDR als eigenständigen Staat in die EG aufzunehmen.

Auch wenn außenpolitische und völkerrechtliche Fragen die deutsche Einheit verzögern sollten, so schafft die rasche Herstellung einer Währungs- und Wirtschaftsunion ein Fait accompli, denn mit der Einführung der

Westmark verliert die DDR ihre geld-, währungs- und fiskalpolitische Souveränität an die BRD und untergräbt so ganz nebenbei auch das einst so hoch gepriesene Selbstbestimmungsrecht. Die de-facto-Einheit wäre vollzogen, noch ehe die politischen Rahmenbedingungen eines Großdeutschland in Europa ausgehandelt wären. Das ist der ganze Sinn des Unternehmens Währungsunion, so schnell wie irgend möglich die Grundlagen einer halbwegs eigenständigen DDR zu beseitigen.

Im Sauseschritt zur Einheit

Unmittelbar nach den DDR-Wahlen beschloß die Bundesregierung einen Plan zur deutschen Einheit. Er sieht vor, daß die DDR-Regierung bis spätestens zum 28.4.90 die rechtlichen Voraussetzungen schafft. Dazu gehört, daß das von der Volkskammer verabschiedete und am runden Tisch erarbeitete Gewerkschaftsgesetz wieder beseitigt und eine Neuregelung des Niederlassungs-, Steuer-, Handels- und Investitionsrechts beschlossen wird. Zentraler Bestandteil des Kohl- Plans ist die Verabschiedung eines Leitsätze-Gesetzes. Hierbei handelt es sich um eine Art Blanko-Vollmacht der BRD, Zug um Zug das gesamte westdeutsche Rechtssystem auf die DDR, verbunden mit Ausnahme- und Übergangsregelungen, zu übertragen. Das BRD-kompatible Rechtssystem erfordert auch einen völlig umgemodelten Staatsapparat und eine neue Verwaltung. Allein 100 Finanzrichter werden in die DDR abkommandiert, um das Steuerrecht auf BRD-Verhältnisse umzustellen (1).

Vor dem "Tag X" sollen die 1972 enteigneten DDR-Betriebe an ihre ehemaligen Besitzer zurückgegeben werden, ehe noch vor dem 1. Juli die DM eingeführt wird. Dieses Datum ist jedoch an die Erfüllung der genannten Voraussetzungen gebunden. Die DDR-Bevölkerung soll dann eine Art Mindestausstattung zu einem bestimmten Kurs erhalten, über deren Verhältnis noch gestritten wird. Kohl versprach einen Umtausch der Löhne und übrigen Einkommen (Renten) im Verhältnis 1:1, während ein großer Teil der Sparguthaben (rund 160 Mrd. DDR-Mark) nur partiell getauscht werden darf,um eine inflationäre Entwicklung zu vermeiden oder zumindest einzudämmen, da ansonsten ein unerwünschter Kaufkraftüberhang entsteht, dem kein adäquates Warenangebot gegenübersteht. Die DDR-CDU hat in diesem Zusammenhang für 1990/91 Hilfeleistungen in Höhe von 50 Mrd. DM und eine Erhöhung der ERP-Kredite von derzeit 6 auf weitere 12 Mrd. DM verlangt. Derzeit stellt die FDP diese Zusage Kohls offen in Frage und begründet dies mit der noch schlechteren Lage der DDR-Wirtschaft, die einen Produktivitätsrückstand gegenüber der BRD von weit mehr als die bisher zugrundegelegten 50% aufweise. Die FDP will die Arbeiter auf ein tatsächliches Niedriglohnniveau trimmen, denn bereits ein Umtausch von DM zu Mark von 1:2 würde die Löhne auf durchschnittlich 500 bis 650 DM drücken.

Der Hintergrund, von den Versprechungen wieder abrücken zu wollen, ist klar. Die Lohnkosten für die in der DDR neu gegründeten oder von westdeutschem Kapital übernommenen Firmen sollen noch weiter gedrückt werden, um die dort produzierten Waren kostengünstig auch absetzen zu können. Außerdem wird kalkuliert, daß die DDR-Arbeiter einen Ausgleich für die um ca. 25% steigenden Preise infolge des Subventionsabbaus und deren Freigabe erhalten sollen, für den Bonn ebenso aufkommen müßte wie für die zu entrichtenden Sozialabgaben.

Die mit der Einführung der DM verbundene Wirtschaftsunion erfolgt im wesentlichen über die Herstellung des privatkapitalistischen Rechts, das die Rahmenbedingungen sicherstellen soll. Nur unter diesen Rahmenbedingungen wird das westdeutsche Kapital investieren, Betriebe aufkaufen, Gemeinschaftsunternehmen bilden und eigene Produktions- oder Handelsfilialen errichten. Knapp 400 Verträge oder Absichtserklärungen sind bereits getätigt worden. Angefangen von den Automobilkonzernen VW, Opel und Daimler-Benz, über die Allianz-Versicherung, Siemens, SEL-Elektronik bis hin zu Maschinenbaubetrieben und Warenhauskonzernen.

Damit verbunden ist ein drastischer Abbau der Subventionen und damit die Zerstörung der "sozialen Errungenschaften" in der DDR in der bisherigen Form ebenso wie eine grundlegende Preisreform, die sich nach Angebot und Nachfrage "marktgerecht" herstellen soll.

Eingestanden wird von der Bundesregierung, daß es zu vorübergehenden Friktionen (Reibungen) kommt. Daher wird eine soziale Flankierung und die Übernahme des westdeutschen Sozialsystems notwendig. Über die Kosten und das Aufbringen der Kosten dieser Sozialtransfers werden widersprüchliche Angaben gemacht. Klar ist bisher nur, daß das soziale Netz weitaus tiefer hängen soll als das der BRD.

Diese Maßnahmen im Rahmen einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sollen der DDR den raschen Anschluß und ebenso raschen Wohlstand bescheren, so die Verheißungen aus Bonn.

Die Folgen der Währungsunion:

1. Die DDR wird Bundesland

"Mit der Einführung der D-Mark wird die DDR-Wirtschaft ... unter einen Anpassungsdruck gestellt, der ungleich höher ist, als es sonst der Fall wäre. Die Chance liegt darin, daß dadurch der Zwang zur Neuordnung erhöht wird und noch vorhandener Widerstand gegen eine grundlegende Wirtschaftsreform in der DDR unterminiert wird", so Prof. Rüdiger Pohl, der "gewerkschaftsnahe" Weise im fünfköpfigen Sachverständigenrat in einer Studie. Mit "Anpassungsdruck" ist noch sehr milde angedeutet, was einerseits der DDR bevorsteht, andererseits die Kosten der Einheit betrifft. Für Arbeitsbeschaffungsprogramme oder ökologische Investitionen, die nur einen winzigen Bruchteil des Anschlusses kosten würden, fehle angeblich das Geld. Wer die gewaltigen öffentlichen Investitionen für den Anschluß aufzubringen hat, darüber wird geschwiegen. Schließlich geht es ja auch um die Einheit. Für jene scheint Geld und Kapital in Hülle und Fülle vorhanden zu sein, wird jedenfalls der Eindruck erweckt.

Die technische Seite der Währungsunion liegt in den Grundzügen fest. Eines schönen Freitagabend, wenn alle Läden und Banken geschlossen haben, wird an jenem "Tag X" bekannt gegeben, daß ab Montag die DDR-Mark in bestimmter Höhe in D-Mark getauscht wird. Es darf wieder Schlange gestanden werden, und die westdeutschen Kameras fangen glückselige DDR-Bürger mit umherwedelnden DM-Scheinen ein. Mit Einführung der DM ist gleichzeitig die Übernahme des gesamten Handels-, Kapital-und Geldverkehrs in der DDR verbunden. Die 200 Kombinate, 3.000 VEB`s und rund 80.000 Handwerks- und Kleinbetriebe sind schlag-und schockartig dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt, weil alle sie schützenden alten Rahmenbedingungen entfallen. Unklar ist bis heute, in welchem Umfang die DM in der DDR als Zahlungs- und Umlaufmittel eingeführt wird. Daß die Ausstattung nicht großzügig ausfällt, ist jedoch bekannt.

Mehr noch: mit Einführung der DM verliert die DDR ihre geld-, fiskal- und währungspolitische Autonomie. Instrumentarien wie die Zinspolitik, die Regulierung der Leistungsbilanz mit den Mitteln der Auf- und Abwertung, das Bedienen der Notenpresse, die Festlegung des Haushaltsetats, die Betätigung von Devisengeschäften - all das wird dann in Bonn und in Frankfurt/Main (Sitz der Deutschen Bundesbank) entschieden. Die DDR-Notenbank wird Landeszentralbank mit Sitz und Stimme im Zentralbankrat wie Hessen, Hamburg oder Bayern. Faktisch wäre die DDR damit bereits ein Bundesland.

Damit übernimmt die BRD auch das Staatsbudget in der DDR und alle damit verbundenen Schulden. Unter der Maßgabe einer restriktiven Haushaltspolitik heißt das für die DDR, daß die Subventionen zusammengestrichen werden. Die BRD müßte angesichts der Haushaltsschulden zusätzliche DM in Form von Krediten transferieren und kann die Vergabe dieser Kredite von einem entsprechenden Sparhaushalt abhängig machen.

Klar ist auch, daß die BRD die Außenschulden der DDR in Höhe von 34 Mrd. DM übernimmt und für deren Tilgung und Zinszahlungen aufkommen muß. Das ist im Verhältnis der internen Verschuldung der DDR geradezu ein Klacks.

2. Massenarbeitslosigkeit

Die Währungsunion hätte automatisch zur Folge, daß alle bisherigen staatlichen Schutzmechanismen wegfallen. Für die DDR-Betriebe heißt das, daß sie dem Konkurrenzdruck, speziell der BRD, im allgemeinen dem Weltmarkt ausgeliefert sind. Was das heißt, ließe sich am Beispiel der BRD illustrieren. Würden hierzulande auf einen Schlag die Subventionen für die Kohle, Stahl oder die Landwirtschaft gestrichen und der Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt, würden sofort Millionen Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren.

Verschiedene BRD-Untersuchungen sprechen davon, daß zwei Drittel der DDR-Betriebe nicht konkurrenzfähig sind und eigentlich schließen müßten. Mit der DM als Schocktherapie wird es in der DDR Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe geben. Da es in der DDR keine Arbeitslosen und damit auch keine entsprechende Versicherung gibt, müßte Bonn im Falle von 1 Million entlassener Arbeiter rund 8 Mrd. DM transferieren - einschließlich Umschulungs-und Weiterbildungsmaßnahmen.

Über die Höhe der Arbeitslosigkeit gibt es unterschiedliche und kaum verläßliche Schätzungen. Absehbar ist jedoch, daß die westdeutschen Konzerne die Kombinate zerteilen, VEBs selektieren und die Rosinen herauspicken werden. Damit werden die wirtschaftlichen Disproportionen in Form weniger einzelner "reichen" Industrien und maroder bis bankrotter Betrieben zunehmen. Eine gewisse wirtschaftliche Blüte kann allenfalls der gezielt geförderte Mittelstand erwarten. Dienstleistungen von Hotels und Gaststätten bis Kfz-Werkstätten für die westdeutschen Gebrauchtwagen sind die nächsten Renner.

3. Die internen Schulden der DDR

Weitere Probleme kommen hinzu. So sind die DDR-Betriebe nicht liquide. Die staatlichen Abgaben beliefen sich zwischen 92 und 98%, so daß keine Eigenkapitaldecke vorhanden ist. Obendrein wurde der Kreditbedarf für Investitionen über die Staatsbank und im Zweifelsfall über die Notenpresse gedeckt. Die DDR-Betriebe sind gegenüber der DDR-Staatsbank mit 260 Mrd. DDR- Mark verschuldet. Hinzu kommen weitere 108 Mrd. an Wohnungsbaukrediten, 47 Mrd. an den Staatshaushalt und 3 Mrd. an Privatpersonen.

Westdeutsche Betriebe müßten also im Falle der Übernahmen auch die Verbindlichkeiten (Schulden) der Betriebe schlukken. Den weit über 400 Mrd. DDR-Mark Forderungen, die die DDR-Staatsbank erhebt, stehen die Spareinlagen in Höhe von rund 160 Mrd. DDR-Mark gegenüber. Würden diese immensen Summen im Kurs von 1:1 in DM umgewandelt, bliebe ein kräftiges Minus; die Investitionen blieben aus, die DDR-Wirtschaft würde zusammenbrechen. Daher ist in diesem Bereich ein Kurs von mindestens 1:2 im Gespräch, um die nominelle Schuldenlast um die Hälfte zu entwerten. Wenn es dabei bleibt, daß die 160 Mrd. Sparguthaben in mehreren Phasen und in der Höhe begrenzt im Verhältnis 1:1 in DM getauscht werden, dann entstünde dennoch eine riesige Lücke des dann in der DDR privatisierten Banken-und Kreditsystems. Die Banken ihrerseits werden, wie in der Währungsreform von 1948, an die Bundesregierung mit Ausgleichsforderungen herantreten. Bonn muß zunächst mindestens runde 50 Mrd. DM überweisen, die "Zeit" spricht sogar von dreistelligen Milliardenbeträgen ("Die Zeit" 13-1990). Klar ist jedoch, daß es bei der Währungsunion um die Einführung der DM in gespaltenen Kursen mit Übergangsfristen gehen wird.

4. Außenhandelsprobleme

Speziell auf den Außenhandel kommen weitere Probleme hinzu. Zwei Drittel der DDR-Warenexporte gehen in die Länder des RgW. Nach Einführung der DM müßten diese Exporte in DM abgewickelt werden, was so ohne weiteres nicht geht, da die RgW-Staaten über keine konvertiblen Währungen verfügen und zur Bedienung der DDR-Importe westliche Devisen in Anspruch nehmen müßten. Das werden sie nur schwerlich tun. Hier müßte wiederum die BRD die zahlreichen und sehr langfristig gebundenen Lieferverpflichtungen der DDR-Betriebe übernehmen, denn ansonsten droht den Exportbetrieben in der DDR die Pleite. Während nämlich letztere auf Basis der DM produzieren, erhalten sie aus dem Osten keine entsprechenden Devisen, die von der BRD aufgebracht werden müßten.

Mit Einführung der DM und der Zulassung der Gewerbefreiheit ist eine schrittweise Rekonstruktion der DDR-Ökonomie auf Weltmarktniveau nicht mehr möglich. Dies ginge nur, wenn die DDR ihre eigene Währung und ihre Autonomie behielte, um etwa über das Mittel der Abwertung die Exporte und Deviseneinnahmen zu sichern. Stattdessen wird es in der DDR einige marktwirtschaftliche Vorzeigeinseln wie die im Mezzogiorno geben, während im großen und ganzen Produktion, Beschäftigung und Einkommen sinken. Dieser brutal aufgezwungene Strukturwandel führt zu einem Rückfall der DDR, die ja bisher alles andere als eine Kolonie, sondern ein Industrieland weit vor Portugal oder Irland war.

5. Löhne, Preise und Steuern

Die Besteuerung von Löhnen ist in der DDR vergleichsweise bescheiden. Indirekte Steuern (Verbrauchsteuern) werden auf nur wenige Warenerzeugnisse erhoben. Die Bundesregierung peilt die Übernahme des westdeutschen Steuersystems an. Das hat zur Folge, daß die immens hohen Abgabenverpflichtungen für die DDR-Betriebe drastisch sinken und die Arbeiter die Steuerlast zu tragen hätten (2).

Auch hier gibt es Rechnungen mit mehreren Unbekannten. Auf der einen Seite sollen die Löhne nicht höher steigen als die durchschnittliche Arbeitsproduktivität, die in etwa um die Hälfte niedriger liegt als in der BRD. Das Durchschnittseinkommen der DDR-Arbeiter würde also bei etwa 1.000 DM liegen, wenn 1:1 getauscht

würde. Bleiben die Löhne auf diesem Niveau, auch wenn sie in den kommenden Jahren etwas stärker als die westdeutschen Löhne steigen dürften, dann kann kaum von dem erhofften Wohlstand gesprochen werden. Nach BRD-Verhältnissen müßten die DDR-Arbeiter bei diesem Lohn keine oder nur sehr geringe Steuern entrichten. Somit stellen sich Probleme für die Einnahmenseite des DDR- Haushalts ein, wenn weder die neuen Kapitalisten zur Kasse gebeten werden sollen und die Arbeiter nur bedingt zur Kasse gebeten werden können, sollten sie nicht unter das westdeutsche Sozialhilfeniveau gedrückt werden.

Wiederum müßte die BRD zahlen: entweder sie kreditiert den Haushalt, oder aber sie subventioniert die Löhne. Wahrscheinlich macht sie beides. Obendrein verlangt der Sachverständigenrat gerade von den DDR-Arbeitern äußerste Lohndisziplin und verweist auf die vergleichsweise geringe Produktivität und Konkurrenzfähigkeit, die nicht noch durch "überhöhte" Lohnforderungen und Erwartungen lädiert werden dürfe. Die mögliche Unzufriedenheit und erste Enttäuschungen über die Folgen der raschen Anschlußpolitik lassen sich seitens der Bundesregierung nur durch zwei politische Netze auffangen: durch den Nationalismus und durch das Anlasten der Krise auf die "alte" DDR, die dafür nun wirklich nichts mehr kann.

Die Freigabe der Preise wird noch zu zusätzlichen Erschütterungen führen. Der Widerspruch zwischen dem DM-Besitz und dem kläglichen Warenangebot in der DDR wird zu Preiserhöhungen und inflationären Tendenzen führen. Die in der DDR nicht konkurrenzfähigen Waren wie etwa der Trabi, der in DM dann teurer sein wird als ein VW-Polo, werden vom Markt verschwinden - und damit auch die Produzenten.

Preissteigerungen durch die Freigabe der marktwirtschaftlichen Konkurrenz und den Abbau der Subventionen werden die Lohntüten noch weiter schmälern. Von raschem Wohlstand also keine Spur.

Per Saldo werden die meisten D-Mark- Scheine sogar wieder in die BRD zurückkehren, weil viele DDR-Konsumenten ihre Einkäufe in der BRD tätigen. Real findet also ein Kaufkraftabfluß statt, der negativ auf die Entwicklung eines DDR-Binnenmarktes zu Buche schlägt. D-Mark- Abfluß findet im übrigen auch dadurch statt, daß DDR-Bürger ihre Ersparnisse in lukrativere Anlagemöglichkeiten in der BRD anlegen, solange das Banken- und Kreditsystem in der DDR noch nicht übernommen worden ist.

Die Befriedigung des Konsumrauschs im Westen, der allerdings durch die Lohnhöhe begrenzt ist, schmälert logischerweise die Ab- und Umsätze der DDR-Betriebe, die für den Konsum produzieren. Auch hier sind also Pleiten vorprogrammiert.

Vom Regen in die Traufe

Man stelle sich vor, die EG wäre bei ihrem Integrationsprozeß nach dem westdeutschen Anschlußmodell verfahren. Diese EG würde es nicht mehr geben, sie wäre längst zerfallen. Denn die Angleichung von Produktivität und Wohlstandsniveau im Rahmen der EG erfolgt über langjährige Planungsvorgaben und nationale Schutzbarrieren gefährdeter Industrien und Branchen. Die westeuropäische Automobilindustrie würde es in dieser Größenordnung gar nicht mehr geben, wenn etwa Japan so viel exportieren könnte, wie es wollte und könnte. Für den Trabi und den Wartburg gibt es keine Schonfristen - sie werden vom Markt verschwinden. Ebenso etwa 100.000 Arbeitsplätze.

Die Währungsunion ist die totalitärste und brutalste Form des Anschlusses. Der Produktivitätsrückstand der DDR kann unter diesen Bedingungen nicht wettgemacht werden, sondern die westdeutsche Industrie hat es spekulativ auf die wenigen produktiven und halbwegs konkurrenzfähigen Filetstücke in der DDR abgesehen. Die DDR-Arbeiter werden zu einem großen Teil in die Arbeitslosigkeit entlassen oder mit Billiglöhnen abgefunden. Der groß angekündigte Investitionsboom ist bislang nur eine leere Versprechung, denn investiert wird nur, wenn die DDR-Ökonomie halbwegs intakt bleibt. Genau das verhindert die Währungsunion. Sie setzt auf die fast vollständige Zerstörung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems nicht mit ungewissem, sondern im Gegenteil sehr gewissem Ausgang. Die DDR-Ökonomie wird systematisch und sehr rasch in den Bankrott getrieben und muß auf längere Zeit von der BRD subventioniert werden. Damit wären wir bei den Kosten, die der BRD entstehen.

Die Kosten der Einheit

Auch von der Bundesregierung wird gar nicht bestritten, daß sehr umfangreiche öffentliche und private Geld- und Kapitaltransfers in die DDR erfolgen müssen, die um so höher ausfallen, je weniger Zeit der DDR für die

marktwirtschaftliche Transformation bleibt. Und die Bundesregierung gibt ihr keine Minute Zeit. Nicht einmal, um zur Besinnung zu kommen.

Darüber - über diese Kosten - spricht man jedoch nicht, sondern setzt allerhand wilde und verwirrende Spekulationen in Umlauf, um letztlich zu betonen, man wisse ja gar nicht, wie teuer das Anschlußunternehmen wird. Eine Untersuchung der "Wirtschaftswoche" etwa schätzt die Kosten der deutschen Einheit auf 1,2 Billionen DM. Die Deutsche Bank rechnet mit 500 bis 600 Mrd. DM, wenn das Wohlstands- und Produktivitätsniveau an die BRD angeglichen werden soll.

Wer bringt diese Mittel auf? Die Bundesregierung verweist darauf, daß die Privatbanken und die Industrie den Löwenanteil der Kosten im Form von Investitionen übernehmen. Von den 108 Mrd. DM exportierten westdeutschen Kapitals (Zahl für 1989) müßten also Mittel in die DDR umgeleitet und anderweitige Standorte aufgegeben werden. Ob überhaupt ein Investitionsboom in Richtung DDR ausbricht, ist ungewiß.

Klar ist nur, daß die westdeutsche Außenhandelsbilanz mit ihren exorbitanten Überschüssen leicht sinken wird. Ebenso, daß die Zinsen anziehen, wenn die Nachfrage nach Kapital für die DDR steigt. Hohe Zinsen wiederum wirken bremsend für Investitionen und die Konjunktur. In Kauf zu nehmen hat das westdeutsche Kapital eine Schwächung der D- Mark weltweit und im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS), auch wenn dies zumeist spekulativ begründet ist.

Neben den privatkapitalistischen Investitionen wird auch die öffentliche Hand kräftig zur Kasse gebeten. Da wären beispielsweise allerlei Sozialtransfers zu tätigen. Für die Umstellung der Renten auf die D-Mark werden runde 20 Mrd. DM veranschlagt, für die Installierung eines BRD-kompatiblen Gesundheitssystems noch einmal runde 11 Mrd. DM, und für 2,5 Millionen Arbeitslose 15 Mrd. DM. Die Ausgleichszahlungen an die verschuldeten DDR-Betriebe und Kreditinstitute liegen bei mindestens 50 Mrd. DM, nach Angaben der "Zeit" sogar in dreistelliger Milliardenhöhe ("Die Zeit" 13-1990).

Nicht eingerechnet sind die von der Bundesregierung zu übernehmenden Ausfallbürgschaften für private Investitionen und die umfangreichen Infrastrukturkosten für ein modernes Telekommunikationsnetz (ca. 12 Mrd. DM), ein Verkehrsnetz, den Umweltschutz usw., sowie die Kosten für die Übernahme der Lieferverpflichtungen der DDR in den RgW.

Wenn die immensen Kosten für den Anschluß die Stellung der DM und die führende Rolle der BRD im Rahmen der EG vorübergehend schwächen sollte, so ist das durchaus positiv.

Aber mit Sicherheit - und dafür hat der SPD-Kanzlerkandidat der BRD einen sicheren Riecher - werden angesichts der einigen 100 Milliarden DM, die in den nächsten Jahren aufgebracht werden müssen, auch die Arbeiter und Angestellten der BRD zur Kasse gebeten werden. Durch Verzicht auf die 35-Stunden-Woche, durch Verzicht auf Lohnzuwächse und durch höhere Abgaben. Daß die Karten dafür nicht auf den Tisch gelegt werden, ist allein dem Bundestagswahltermin am 2. Dezember geschuldet.

Dabei ist natürlich zu unterstreichen, daß die DDR den Löwenanteil der Kosten getragen hat und tragen wird. Das fängt bei den Reparationszahlungen an und setzt sich über den Aderlaß der in die BRD abgewanderten Arbeitskräfte fort. Mit Ausnahme einer kleinen Bevölkerungsminderheit, die vom Anschluß profitieren wird, zahlt die Mehrheit der DDR-Bevölkerung den hohen Preis des Anschlusses in Form von sozialen Verwerfungen, Niedriglöhnen, Arbeitslosigkeit und einem sehr löchrigen und dünnen sozialen Netz.

Die Subventionen an die DDR, die die BRD tätigen wird, kompensieren nur zu einem geringen Teil das regionale Wohlstandsgefälle. Der "Mezzogiorno" wie andere unterentwickelte Regionen innerhalb der EG-Staaten sind seit Jahren in die nationale und EG-weite Regionalförderung einbezogen, ohne daß sich an ihrem Status irgend etwas nennenswert geändert hätte. Das regionale Wohlstandsgefälle zwischen der BRD und der DDR, das zwischen beiden Ländern sehr groß ist, wird weder kurz-, noch mittelfristig abgebaut werden können. Es wird, ja es soll sich verfestigen.

Der westdeutsche Imperialismus will "sein" mezzogiorno aus überwiegend politischen Gründen. Der rasche Anschluß soll her, um die übrigen Länder und die Alliierten vor vollendete Tatsachen zu stellen. Er muß her, um auch noch die letzten Reste von DDR-Identität und DDR-Erfahrung, ihrer Kultur usw. vollständig aus dem Bewußtsein zu tilgen und den Widerstand in der DDR zu brechen.

Die Grenzen werden dicht gemacht

Daß in einem Atemzuge die Notaufnahmelager für DDR-Übersiedler geschlossen und die bisherigen Sonderzahlungen (Eingliederungsbeihilfen, günstige Darlehen usw.) an die Zuwanderer aufgehoben werden, hängt nicht nur zeitlich mit der geplanten Währungsunion zusammen.

Im letzten Jahr wanderten 377.000 DDR-Bürger in die BRD ab, allein bis März dieses Jahres folgten weitere 150.000. Wenn auch derzeit, noch unter dem Eindruck der Wahlen und den damit verbundenen Hoffnungen an raschen Anschluß und Wohlstand, die Übersiedlerzahlen stark gesunken sind, ist eine weitere Abwanderungswelle dann zu erwarten, wenn sich die negativen Folgen des wirtschaftlichen Anschlusses einstellen. Schon vorab macht die Bundesregierung deshalb die westdeutschen Grenzen dicht, um den DDR-Bürgern die Alternative des goldenen Westen zu versperren. Ein weiterer Grund ist, daß mit einer einsetzenden Abwanderungswelle die Lage in der DDR noch prekärer wird, wenn weitere Arbeitskräfte das Weite suchen.

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) Die Überführung der DDR in das westdeutsche Rechtssystem könnte an vielen Punkten zu Konflikten in der EG führen. Die BRD ist als EG-Mitglied ebenso wie das "heimliche" EG-Mitglied DDR aufgrund bindender Verträge angehalten, eine Rechtsangleichung gegenüber dem Gemeinschaftsrecht der EG vorzunehmen. Das heißt: für die DDR müssen Sonder- und Übergangsregelungen ausgehandelt werden.

2) Derzeit stellt die DDR die ideale Fluchtburg für Steuerhinterziehungen aller Art dar. So könnten derzeit westdeutsche Betriebe ihre Käufe und Verkäufe formal über die DDR abwickeln, um der Besteuerung wie etwa der Mehrwertsteuer zu entgehen. Auch Importe aus Drittländern könnten über die DDR steuersparend erfolgen.

11. Schutz, Befreiung und Hilfe? Was macht der DGB in der DDR?

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:08

Die Wahlen in der DDR haben die Voraussetzungen, das Kürzel DDR endgültig aus der Welt zu schaffen und den "Anschluß" an die BRD vorzubereiten, leider entscheidend verbessert. Während die vielen westdeutschen Politiker lauthals und chauvinistisch darüber räsonieren, verlaufen die Diskussionen und Vorbereitungen im DGB und in den Einzelgewerkschaften stiller, vielfach unbeachtet, aber nicht minder schamlos.

Es ist nicht mehr der Zug der Millionen, der aus Nächtigem quillt, sondern es ist der angeblich abgefahrene Zug der deutschen Einheit, auf den die westdeutschen Gewerkschaftsführer aufgesprungen sind. Unter dem Vorwand, den werktätigen "Brüdern und Schwestern" beim Aufbau unabhängiger Gewerkschaften zu helfen, läuft hinter den Kulissen die hektische Planung zur schlichten Übernahme der BRD-Strukturen.

Anstatt die angebrachte, selbstkritische Zurückhaltung zu wahren - ohne auf Gespräche, Ratschläge und tatsächliche Hilfe zu verzichten - wird von führenden Köpfen aus den DGB-Gewerkschaften so getan, als ob gerade die westdeutschen Gewerkschaften das Ei des Kolumbus für die DDR-KollegInnen seien. Dabei wird die eigene, skandalträchtige Vergangenheit kurzerhand ausgeblendet.

Für das Ziel von parteiunabhängigen, demokratischen und selbstkritischen Gewerkschaften in der DDR ist das Beispiel West gänzlich ungeeignet. Die satzungsgemäße Parteiunabhängigkeit entpuppt sich in der seit Jahrzehnten geübten Praxis als ziemlicher Etikettenschwindel. Wenn die 40-jährige SED-Herrschaft in der DDR und der damit verbundene FDGB zu Recht von uns scharf kritisiert werden, dann dürfte das Urteil über die Abhängigkeit, Verflechtung und Verfilzung vieler, vieler DGB-Spitzenfunktionäre in und mit der SPD-West und entsprechender kommunaler, sowie landespolitischer Organe, bei gleicher Elle auch nicht besonders gut ausfallen.

Erinnert sei an das jahrelange Stillhalten während der sozial-liberalen Koalition in Bonn, erinnert sei an den Frieden, den die Gewerkschaftsführungen mit dem durch die federführende SPD verabschiedeten Betriebsverfassungsgesetz geschlossen hat, erinnert sei an die Massenausschlüsse linker, führungskritischer Vertrauensleute und Betriebsräte und andere undemokratische Machenschaften einer Führungsriege, die sich über Jahrzehnte durch das Wirtschaften in die eigenen Taschen bereichert hat und dabei Milliarden aus Beitragsgeldern der Mitglieder verschleuderte und veruntreute. Diese Kumpanei zur gegenseitigen Bereicherung ist bis heute nicht schonungslos aufgedeckt.

Gerade weil es das westdeutsche Kapital ist, das sich um die Filetstücke in der DDR reißt, ist den Beschäftigten dort wirklich etwas Besseres zu wünschen, als die Übernahme der Kopie West.

Dabei wurde vor Verabschiedung des Gewerkschaftsgesetzes vor der Wahl die Diskussion um das neue Gesetz wissentlich ignoriert, allenfalls wurde es diskreditiert und nach dem Inkrafttreten als mit der parlamentarischen Demokratie nicht vereinbar bezeichnet.

Dabei sind Rechte wie die Mitbestimmung in allen sozialen Fragen im Betrieb, auf eigene Gesetzesinitiativen und vor allem das Aussperrungsverbot Rechte, die auch dringend im Westen zur Verbesserung der Lage der Werktätigen gebraucht würden.

Es ist zu befürchten, daß die Einflußnahme des DGB in der DDR u.a. der Abschaffung dieses Gesetzes dient, damit nicht etwa Unruhe nach Westen schwappt, sondern das niedrigere Niveau der BRD gilt. Rudolf Dressler, immerhin Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), fordert unverhohlen: "Gute Modelle soll man auch exportieren dürfen, vor allem wenn der Wunsch danach besteht. Und der Aufbau unserer (West)-Gewerkschaften ist durchaus zu empfehlen." (Frankfurter Rundschau v. 16.2.90)

Einige Tage später äußert sich Dieter Wunder, Vorsitzender der "linken" Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im Stile von "his masters voice". Im Funktionärsbrief Nr. 41 vom 21. Februar 1990 kommt Wunder zur Beurteilung, "daß sie (die FDGB-Gewerkschaften) den ‚runden Tisch' und die Regierung Modrow zu einem Gewerkschaftsgesetz bewogen haben, das eventuell von der Volkskammer verabschiedet wird, das den Gewerkschaften eine allmächtige Position im Staat verschaffen würde. Es erscheint kaum vorstellbar, daß

eine demokratisch gewählte Regierung dieses Gewerkschaftsgesetz nicht in entscheidenden Punkten abändern muß."

In das gleiche Horn stößt Ernst Breit, DGB-Vorsitzender, wenn er das "Vetorecht" als undemokratisch charakterisiert, während er zu Recht die mangelhaften politischen Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften im Westen bedauert. Ein mieses Doppelspiel. Hintergrund ist auch, daß sich diese "Vorkämpfer" der Arbeiterklasse zum damaligen Zeitpunkt einen Sieg der SPD-Ost ausrechneten und dieser Regierung dann keinerlei Schwierigkeiten durch die mit vielen Rechten ausgestatteten Werktätigen ins Haus hätten stehen sollen.

Dabei waren die ersten Reaktionen auf den "9. November" durchaus passabel. In der "Metall" vom 17. November 1989 äußerte Franz Steinkühler, Vorsitzender der IG-Metall, der größten Einzelgewerkschaft im DGB unter dem Motto "Was jetzt zu tun ist": "Unangebracht sind nationalistische Töne und Debatten um die Wiedervereinigung." Nachdem er die berechtigten Sorgen der Nachbarländer gegenüber einer "Großmacht Deutschland" hervorhebt, kommt er zu der Feststellung: "Allerdings wäre es für unsere Nachbarn beruhigender, wenn die Deutschen zwei separate Wohnungen in diesem europäischen Haus mieten würden." Nachdem es von Seiten der westdeutschen Gewerkschaftsführungen keinerlei erkennbare Bemühungen gegeben hat, sich für die Beibehaltung der Zweistaatlichkeit einzusetzen, und nachdem vor allem die SPD in West (und Ost) voll auf Vereinigung abgefahren sind, kommt Franz Steinkühler in bewährter politischer Abhängigkeit in der "Metall" vom 9. Februar 1990 (Nr. 3) nunmehr zu einem gänzlich anderen Ergebnis. Schon die Kopfzeile des Artikels gibt die Richtung an: "Wir mischen uns jetzt ein", und folgerichtig kündigt Steinkühler staatsmännisch an: "Wir müssen als Gewerkschaften das Ziel der deutschen Einheit in unsere Politik und in unser Handeln aufnehmen. Es ist unsere Aufgabe, die Interessen der Arbeitnehmer einzubringen, die der DDR und die der Bundesrepublik." An anderer Stelle empfiehlt er den Werktätigen "starke Gewerkschaften als Gegenmacht" und kündigt zum Ende des Leitartikels an: "Wir werden uns verstärkt in den politischen Gestaltungsprozeß einmischen (müssen)."

Ein erstes Ergebnis dieser Einmischung liegt jetzt vor. Nach Absprache mit dem Vorsitzenden der IG-Metall der DDR, Hartwig Bugiel, verkündete Franz Steinkühler die Eröffnung von acht Kontaktbüros der IG-Metall-West in der DDR. Während sich diese "Einmischung" noch relativ öffentlich vollzieht, wird im stillen vielfach schon die Aufteilung und organisatorische Einverleibung der DDR-Gewerkschaftsmitglieder betrieben. Wie der Generalstab hocken dort Landesvorsitzende und Hauptvorstandsmitglieder über Karten und Mitgliederzahlen aus der DDR, werden Einflußgebiete abgesteckt und Interessen verschachert. (Wer dies nicht glauben kann, der oder die frage einmal nach den Praktiken in der GEW zwischen den Landesvorsitzenden und dem Hauptvorstand anläßlich einer Tagung in Frankfurt/M. am 20.2.90.) Daß dieses Beispiel keinen Einzelfall darstellt, dafür bürgt die sonstige Unverfrorenheit und Eigenmächtigkeit der Führungsgremien in den Gewerkschaften. Aus dem Motto: Rat und Hilfe gewähren, ist im Zuge der deutsch-deutschen Besoffenheit ein geplantes Überrennen geworden, in den meisten Fällen völlig ohne Wissen und Legitimation durch die Mitglieder.

Demgegenüber wäre es Aufgabe der Gewerkschaften und natürlich erst recht deren Führungen, auf die katastrophalen Folgen einer Anschlußpolitik hinzuweisen, die dadurch eintreten, daß ganze Branchen dicht gemacht würden, in denen heute - wie im Raum Cottbus - die Braunkohle und - um Bitterfeld herum - die Chemie, den Menschen Arbeit und Auskommen ermöglicht. Dabei geht es überhaupt nicht darum, Arbeits- und Lebensbedingungen dort (und anderswo) "schönzureden", sicherlich muß einiges passieren, aber wenn dies unter den Vorzeichen der westlich-kopierten sog. Marktwirtschaft stattfindet, dann sind Hunderttausende arbeitslos, ohne daß ökologisch und ökonomisch sinnvolle andere Arbeitsplätze geschaffen sind.

Als Beispiel mag eine Schätzung von VW gelten, demnach werden ca. 50.000 der z.Zt. ca. 150.000 Beschäftigten im Fahrzeugbau in der DDR kurzfristig nicht mehr gebraucht.

Die Konsequenz wäre klar: viel mehr Menschen als heute würden ihre Sachen packen und sich nach Westen aufmachen. Das würde erst recht zur weiteren Konkurrenz unter den Werktätigen beitragen und damit ganz eindeutig dem Kapital und seinen Interessen nützen. Wer das nicht will, muß für einen Fortbestand der Zweistaatlichkeit eintreten und zwar zum Nutzen der Werktätigen in Ost und West. Darüber findet sich in den einschlägigen Organen der West-Gewerkschaften aber nichts. Stattdessen haben sich die Führungen den

diffusen und unterschiedlich interpretierbaren Floskeln von Vereinigung, deutscher Einheit und dem "Zusammenwachsen" angeschlossen und (ver-)sprechen irgendwie von sozialer Sicherheit.

Sicher gibt es eine "Volksseele", die von der Medienmeinung stark beeinflußt, nach Einheit ruft und von Politikern reichlich strapaziert wird. Die Chancen für eine Kampagne gegen Wiedervereinigung, für Zweistaatlichkeit stehen schlecht, aber sehenden Auges nichts dafür zu tun, sondern die Übernahmepolitik der BRD zu fördern, ist in dieser bedeutsamen Situation eine wahrhaft historische Sauerei.

j.w.

12. "Geheimdienste lassen sich nicht auflösen!" Eine Darstellung von Strukturen und Arbeitsweise des Stasi

Eine Darstellung von Strukturen und Arbeitsweise der Stasi

Rubrik: Geheimdienste; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:29

Wir hatten die Gelegenheit, mit einem Mitglied jenes Bürgerkomitees zu sprechen, das im Januar an der Erstürmung der Berliner Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) beteiligt war. Unser Gesprächspartner, der sich seit Jahren mit der Geschichte von Geheimdiensten beschäftigt und auch an der Sicherung des gestürmten MfS-Gebäudes beteiligt war, berichtet uns im Verlauf des Gesprächs über das, was bei der Erstürmung zutage getreten ist. Die Erkenntnisse unseres Gesprächspartners stehen im Widerspruch zu den Aussagen des früheren SED-Vorsitzenden Egon Krenz, die dieser vor der Unabhängigen Untersuchungskommission des "Runden Tisches" der DDR gemacht hat. Demnach hätte das MfS 85.000 Mitarbeiter gehabt und 109.000 Menschen seien inoffizielle Mitarbeiter, Spitzel, gewesen. Diese Aussagen zum Anlaß nehmend, zeichnet unser Gesprächspartner die Konturen des "Stasi" und kommt zu der Schlußfolgerung, daß es eine Illusion sei zu glauben, ein Geheimdienst lasse sich einfach auflösen.

Der Trick mit den Zahlen

Man unterscheidet bei Geheimdiensten drei Kategorien der Arbeit. A) Die wirklich hauptberuflich tätigen Geheimdienstler, die Führungsoffiziere. B) Die Einflußagenten: Leute, die an bestimmten gesellschaftlichen Schaltstellen sitzen und für sicherheitsempfindliche Bereiche Entscheidungen mitverantworten. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Funktion ist es klar, daß sie in der Regel mit dem Geheimdienst zusammenarbeiten. C) Die "inoffiziellen Mitarbeiter", eben die Spitzel. Die zweite Gruppe, die sogenannten "Einflußagenten" sind bei uns in der DDR Leute gewesen wie Kaderleiter, Sicherheitsbeauftragte, Sicherheitsinspektoren, Betriebsleiter in Rüstungsbetrieben - also staatliche Leiter von sicherheitsempfindlichen Bereichen. Darunter befindet sich auch eine nicht ganz kleine Gruppe von Parteifunktionären, wie z.B. die Mitarbeiter der Abteilung "Sicherheit", die kein offizielles Dienstverhältnis im MfS hatten, aber ein halboffizielles. All diese zusammen ergeben diese von Krenz und Herger genannten 109.000 Mitarbeiter des MfS. Nach den letzten offiziellen Angaben sind sechs Millionen Personenakten im MfS gespeichert. Man kann davon ausgehen, daß der Aktenberg noch größer ist, da ja seit Oktober im MfS schon mit der Aktenvernichtung begonnen wurde. Um sechs Millionen Personenakten anzufertigen, braucht so ein Amt ein flächendeckendes Netz von Spitzeln. Dafür sind 109.000 Mitarbeiter zu wenig. In internen Diskussionen wird davon ausgegangen, daß das Spitzelnetz zwei bis drei Millionen Menschen umfassen muß. Dabei müssen aber starke Unterschiede in der Art der Tätigkeit dieser Leute gemacht werden. Da sind Leute für das ganze Leben angeheuert worden, die ständig für die verschiedensten Tätigkeiten einsetzbar waren. Dann gab es Leute, die nichts weiter gemacht haben, als ihrer "Parteipflicht zu gehorchen" und ihre Wohnungen für konspirative Treffs zur Verfügung zu stellen, ohne weitere Kenntnis über das, was dort gemacht worden ist. Dann gab es Leute, die zu speziellen Aufgaben herangezogen worden sind. Es ist bekannt, daß in jeder Kompanie der Nationalen Volksarmee (NVA) mindestens ein inoffizieller Informant unter den Soldaten war. Bei den Grenztruppen war auf zehn Mann ein Spitzel zu erwarten. Man kann also leicht ausrechnen, daß 109.000 Spitzel viel zu niedrig angesetzt ist. Es gab riesige Bereiche der Gesellschaft, die als "sicherheitsrelevant" eingestuft wurden, darunter der Bereich Hoch- und Fachschulwesen, weil dort u.a. eben die Kader für die Zukunft ausgebildet wurden. Der ganze Bereich der Volksbildung - also auch die Lehrer - war entsprechend durchsetzt. In jedem Lehrerkollektiv saßen ein bis zwei Spitzel, sowohl zur Observierung der Lehrer als auch der Schüler. Ganz zu schweigen eben von den bewaffneten Organen. Ich gehe davon aus, daß die Zahl derjenigen, die zeitweilig oder ständig gespitzelt haben, bei drei Millionen liegt. Es wird sehr schwer sein, das im Detail nachzuweisen.

Ich halte es für gefährlich, wenn heute gefordert wird, daß alle Namen der Spitzel veröffentlicht werden sollen, weil das bürgerkriegsähnliche Zustände zur Folge haben könnte. Es wird auch sehr schwer sein nachzuweisen, wer im einzelnen diese Tätigkeit ausgeführt hat. International als auch hier ist es üblich, daß diese Leute zuerst einen Decknamen bekommen. Es gibt eine einzige Quellakte, der die Identität der Personen zu entnehmen ist.

Man kann davon ausgehen, daß die Zeit vom 7. Oktober 89 bis zur Auflösung des MfS nach dem Sturm auf die Zentrale im Januar 90 gezielt genutzt worden ist, vor allen Dingen diese Unterlagen verschwinden zu lassen. Dabei gibt es sicher auch die Option, daß die restaurativen Kräfte innerhalb des MfS und der Partei, die bis heute darauf hoffen, daß eine Wende zurück möglich ist, sich dieses Sicherheitsnetzes bedienen wollen. Ich weiß von Bürgern in Dresden, die bei der Auflösung des MfS dort mitgearbeitet haben, daß ein Teil der Akten über die Informanten gefunden wurde. Die Bürger haben aber darauf geachtet, daß der Personenschutz gewahrt blieb, was für die Integrität der Bürgerbewegung spricht.

Die schnelle Vernichtung eines Teils der Akten hat auch vernünftige Aspekte. Zum einen, wie ich schon sagte, um die Gefahr einer bürgerkriegsähnlichen Eskalation zu vermeiden und zum zweiten Zugriffe von dritter Seite nicht mehr zu ermöglichen.

Dazu muß ich aber darauf hinweisen, daß bei der Auflösung des MfS und der diesbezüglichen Veröffentlichungspraxis getrickst wurde. Der Trick besteht darin, daß man zwei Kategorien von MfS-Mitarbeitern - also einerseits Leute, die mehr oder weniger nur informelle Beziehungen zum Sicherheitssystem haben, und andererseits richtig getarnte Spitzel, nämlich "Führungsoffiziere" - mit Hilfe des Kunstbegriffs der "inoffiziellen Mitarbeiter" miteinander vermengte und nicht differenzierte. Damit ist das Volk über die tatsächlichen Zusammenhänge im MfS belogen worden. Ich will nicht ausschließen, daß sogar die Regierung über diese Zusammenhänge bewußt im Unklaren gelassen worden ist.

Sind die Strukturen des Stasi wirklich zerschlagen?

Da sind mehrere Aspekte zu berücksichtigen. Erstens: Nach meiner festen Überzeugung kann man einen Geheimdienst nicht auflösen. Das hat es noch nie in der Geschichte gegeben. Es gibt eine anhaltende Kontinuität der Geheimdienste, die sich gegenseitig immer ihrer Netze bedient haben. Selbst die faschistischen Geheimdienste haben noch bis Mitte der siebziger Jahre funktioniert. Es ist nahezu unmöglich, einen Geheimdienst, der ausreichend Zeit hatte, sich abzutarnen, völlig zu zerschlagen. Das einzige, was einen Geheimdienst wirklich auflösen würde, wäre seine Nicht-Benutzung über einen Zeitraum von 10-15 Jahren. Gibt es keinen Adressaten mehr für die Informationen, fällt ein Geheimdienst in sich selbst zusammen. Kontakte gehen in solchen Zeiträumen kaputt, und die Motivation läßt nach. Dieser Zustand ist in der DDR aber in keiner Weise erreicht. Die Kontinuität ist sichtbar. So erhalten wir bereits jetzt die ersten Nachrichten darüber, daß ehemalige MfS-Mitarbeiter jetzt beim BND aufgetaucht sind. Das wurde vom Runden Tisch in Potsdam veröffentlicht. Dabei ist klar, daß der einzelne uninteressant ist, wenn er nicht ein funktionsfähiges Netz mitbringen kann. Nach den Informationen, die ich habe, handelt es sich hier vor allem um die Netze, die in der DDR im Bereich des Schutzes vor Wirtschaftsspionage und -sabotage tätig waren. Für den BND und die Konzerne sind das hochinteressante Netze.

Zweitens: Das MfS war einer der erfolgreichsten und effizientesten Geheimdienste der Welt mit einem hohen intellektuellen Potential. Schon seit einem Jahr war durchgesickert, daß auch im MfS zunehmend die Genossen mit der Lage unzufrieden sind. Sie waren unzufrieden damit, daß ihre Berichte und Informationen über die reale Verschlechterung der politischen Situation in der DDR nicht zur Kenntnis genommen und ihre Hinweise nicht in politische Aktion umgesetzt wurden. Markus Wolf ist nur das öffentliche Beispiel dafür. Daraus kann man aber die umgekehrte Schlußfolgerung ziehen, daß diese Leute auch gewußt haben, daß ein politischer Umbruch bevorsteht, der erhebliche Risiken in sich birgt. Spätestens nach der Wahlfälschung im Mai, als öffentlich eine Destruktion der Macht begann und öffentliche Debatten darum in der Öffentlichkeit nicht mehr verhindert werden konnten, werden die klugen Leute im MfS erkannt haben, daß eine Situation entstehen kann, die die Lage schwer beherrschbar machen und umkippen kann. Ich gehe mit Sicherheit davon aus, daß sie schon von diesem Zeitpunkt an begonnen haben, gezielt Netze in den Untergrund auszuwerfen; daß sie gezielt Leute aus dem Ministerium herausgezogen haben und mit neuen Identitäten versorgt haben, um Not- und Reservestrukturen zu schaffen. Dies sicher auch mit dem Hintergedanken, diese Netze für den KGB zu erhalten. Das wird jetzt umso aktueller, je massiver - seit Oktober - die Auflösung des MfS gefordert und betrieben wird. Diesem Auflösungsdruck begegnet man mit dem gezielten Absenken personeller, waffen- und sicherheitstechnischer Teile in den Untergrund. Ich gehe auch davon aus, daß beide Blöcke (NATO und Warschauer Pakt) versuchen werden, diese Netze zu funktionalisieren.

Drittens: Am Abend der Erstürmung des Stasi-Gebäudes, deren Augenzeuge ich war, konnten wir feststellen, daß alle Strukturen innerhalb des Ministeriums vollständig arbeitsfähig waren; daß selbst nach Aussage der

Regierung der gesamte Auslandsspionagedienst vollständig funktionierte. Ich kann das bestätigen. (Mal nebenbei: Das halte ich auch für richtig!) Das Bürgerkomitee hat in dieser ersten Nacht festgestellt, daß die Hauptdatenspeicher des MfS versiegelt waren. Die Versiegelung ist an diesem Abend überprüft worden. Aber die Computer in der Zentrale des MfS sind nach Aussage von Mitarbeitern, die wir dort antrafen, noch am Tage vorher eingesetzt worden, angeblich nur zu Wartungszwecken. Es befanden sich mehrere Stahlschränke in dem Raum mit Magnetbändern, deren Inhalt zu diesem Zeitpunkt nicht überprüft werden konnte. Es gibt Hinweise darauf, daß besonders linke Gruppen vom neuen Verfassungsschutz (Amt für Nationale Sicherheit) im Dezember und Januar observiert worden sind. Dies wurde z.B. deutlich sichtbar bei der Demonstration der Vereinigten Linken zu Ehren von Karl Liebknecht.

Es gibt aus Gera dieses furchtbare Telegramm der dortigen Sicherheitsdienststelle mit der massiven Drohung, den "patriotischen Kampf" aufzunehmen. Das ist sicher keine Einzelerscheinung. 85.000 Staatssicherheitskräfte, von denen ungefähr 30.000 nach bisherigen Angaben Spitzel sind, bilden das Gros der im Augenblick 50.000 Arbeitslosen in der DDR, und zwar der Arbeitslosen, die nicht in ihrer Qualifikation einzusetzen sind. Hier entsteht eine große soziale Frustration. Es gibt in Thüringen einen sogenannten "Kommunistischen Kampfverband", der mit illegalen Flugblättern für einen Partisanenkrieg wirbt. Es ist stark zu vermuten, daß dahinter - zumindest teilweise - MfS-Strukturen stecken. Es gibt starke restaurative Kräfte überall in der Gesellschaft, und es besteht immer noch die Gefahr, daß sich diese Kräfte mit dem MfS-Potential verbünden und putschähnliche Dinge zumindest denken.

Ich halte den MfS für nicht aufgelöst, obwohl der Kopf zerschlagen ist. Ich halte ihn für weiter funktionierend. Wenn man die nötigen Anschlußstellen kennt, kann man in ihn hineinkommen. Man darf auch nicht vergessen, daß die Staatsanwälte, Polizei und andere, die heute die Auflösung betreiben sollen, vor der "Wende" wie auch die SED Hand in Hand mit dem MfS gearbeitet haben, ohne formaljuristisches Beschäftigungsverhältnis und Strukturen, sondern de facto. Man war Mitglied der gleichen Partei und hatte die gleiche Sicherheitsideologie. Man hatte gemeinsam den Kampf gegen den gemeinsamen Feind geführt. Die Leute, die - außer den Bürgerkomitees - die Auflösung des Amtes zu überwachen haben, waren in diesen Strukturmechanismen drin. Unabhängig davon, wie die einzelnen zu demokratischen Positionen gekommen sind und die Auflösung auch für richtig halten, wird es doch nicht ganz einfach sein, die vielen Verknüpfungsverhältnisse einfach abzuschalten.

Ermittlungsverfahren kaum möglich

Das zeigt sich auch an der strafrechtlichen Verfolgung. Es läßt sich kaum vorstellen, daß eine strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen wirklich organisiert werden kann. Man kann Köpfe symbolisch rollen lassen. Es gäbe die Möglichkeit, den gesamten Dienst zur verfassungsfeindlichen Vereinigung zu erklären, so ähnlich wie die SS zur völkerrechtswidrigen Vereinigung, und dann ein Pauschalverfahren durchzuführen. Das würde aber die angespannte innenpolitische Situation nur weiter anheizen. Das wird also im Augenblick niemand machen. Ich hielte das auch nicht für richtig, weil viele Leute aus ehrlicher Überzeugung dem Land dienen wollten und dann funktional mißbraucht worden sind. Man kann zwar nicht von "Befehlsnotstand" reden, wie damals bei den Faschisten, hiervon unterscheidet sich die Situation zu sehr, aber es gibt solche ähnlichen Elemente der Funktionalisierung, wo manche Leute gar nicht überschaut haben, was sie da eigentlich machen. Und es gibt viele Bereiche, wo einfach wichtige Arbeit geleistet worden ist, die man nicht kriminalisieren darf. Es war ja so, daß ab einer bestimmten Kriminalitätsschwelle die Aufgaben prinzipiell vom MfS übernommen wurden, so alle Formen von Wirtschaftssabotage und Katastrophenuntersuchungen und ähnlichen Dingen, die üblicherweise kriminalpolizeiliche Tätigkeiten sind. Es wird sehr schwierig mit der strafrechtlichen Verantwortlichkeit werden. Man wird Jahre brauchen, diese Millionen von Akten durchzuarbeiten, um dort die wirklichen strafrechtlichen Belange herauszufinden, die dann im Einzelfall strafrechtlich verhandelt werden müssen. Wie die Unabhängige Untersuchungskommission berichtet, haben viele Bürger noch Angst, gegen sie begangene Straftaten anzuzeigen. Die Ermittlungslage ist so kompliziert, daß es in der Regel kaum möglich ist, Verfahren einzuleiten.

Es sind bei der Auflösung ein paar ganz geschickte "Fehler" gemacht worden. Der erste Trick bestand darin, daß man unmittelbar nach der Wende das MfS umbenannte in "Amt für Nationale Sicherheit". Damit war formaljuristisch die Möglichkeit gegeben, sofort mit der Vernichtung bestimmter Akten zu beginnen. Wenn sich eine Struktur auflöst, hat sie das Recht, Akten der alten Struktur zu vernichten. Das hat wohl auch in bestimmten Größenordnungen geklappt.

Dann hat man sich sehr viel Zeit gelassen, um die Auflösung voranzutreiben. Bis zu dem Zeitpunkt, in dem überall spontan durch Besetzungsaktionen der Bürgerkomitees das Volk die Auflösung selbst betrieben hat, war im Prinzip der Apparat beauftragt, den Apparat aufzulösen bzw. nur umzuwandeln. Bis heute gibt es keinen Beschluß des Ministerrates, die Dienstgrade und vor allen Dingen die Unterstellungsverhältnisse im MfS für null und nichtig zu erklären und den Eid aufzuheben, mit dem die Mitarbeiter an das Ministerium gebunden sind. Solange in einer militärischen Struktur noch Dienstgrade bestehen, solange es noch Dienstvorschriften und ein Befehlssystem gibt, solange ist solch ein Apparat nicht aufgelöst und nach wie vor funktionstüchtig. Heute noch könnte jeder Stasi-Offizier einem anderen Stasi-Untergebenen Befehle erteilen. Bis heute habe ich in keiner Publikation die Forderung nach Aufhebung dieser Strukturen und des Eides gelesen. Letzte Woche ist wenigstens die Schweigepflicht aufgehoben worden, wobei man dazu wissen muß, daß zur Berufsideologie dieser Leute immer gehört hat: "Wer einmal dabei war, ist sein ganzes Leben dabei". Verrat verzeiht man in diesem Geschäft nicht. Die Aufhebung der Schweigepflicht bleibt ein formaler Akt, und selbst als solcher kam er zu spät. Man hätte wesentlich früher die Auflösung betreiben müssen. Zum Beispiel hätte beschlossen werden müssen, daß ab sofort niemand mehr die Gebäude des Ministeriums betreten darf, bis auf die Kräfte, die zur technischen Wartung gebraucht werden. Die Regierungskommission hätte entscheiden müssen, wie viele Leute in welchem Umfang nötig sind, um die Auflösung zu betreiben. Tatsächlich sind ja höchsten 50-60 Leute eingesetzt worden. Bis zur Erstürmung der Zentrale sind jeden Tag mehrere tausend Leute in die Gebäude reingelatscht.

Die Regierung hat die Auflösung nur betrieben, um überflüssige Strukturen der flächendeckenden Observierung und Bespitzelung der Bevölkerung zu beseitigen und zugleich andere Strukturen wie Auslandsspionage, Spionageabwehr, Abwehr von Wirtschaftssabotage und ähnlichem in einen neuen Geheimdienst/Verfassungsschutz planmäßig zu überführen. Die Verknüpfung dieser beiden Ziele hat dazu geführt, daß sich der Volkszorn entladen hat. Die Bevölkerung hatte Angst davor, daß die zeitliche Verschleppung auch dazu führt, die alte Macht zu restaurieren. Erst im Januar ist z.B. die Abschaffung der Telefonbespitzelung beschlossen worden.

An dem Abend, an dem das Ministerium gestürmt worden ist, hieß es vorher in der Zeitung, daß das Ministerium entwaffnet sei. Das stimmt insofern, als die Leute ihre persönlichen Waffen abgeben mußten. Aber von den 40 Waffenkammern im Gebäude der Zentralstelle waren an dem Abend der Erstürmung erst drei geleert. Die anderen waren noch voll. Die ganze Halbherzigkeit zeigt, daß niemand von Seiten der Regierung ernsthaft daran interessiert war, eine wirkliche Entmachtung durchzuführen. Man wollte sich diesen Apparat erhalten.

Die Verfilzung von Partei und MfS

Die beiden Kronzeugen Herger und Krenz haben vor dem Runden Tisch behauptet, daß es keinerlei organisierte Verbindung zwischen dem MfS und den Strukturen der Partei gegeben habe, außer der unmittelbaren Kontaktebene Honecker-Mielke. Ansonsten seien die Strukturebenen völlig getrennt gewesen. Damit haben sie vollständig recht, und zugleich lügen sie.

Sie haben vollständig recht, weil es formaljuristisch so war. Formaljuristisch gab es als Schaltstellen nur die Bezirkseinsatzleitungen und Kreiseinsatzleitun- gen der Partei, wo Vertreter vom Parteirat des Bezirkes oder des Kreises, Polizei, Kampfgruppen und MfS gemeinsam die Sicherheitslage in ihrem Territorium bearbeitet haben. Dort gab es aber keine Unterstellungsverhältnisse. Es ist sicher richtig, daß die Abteilung "Sicherheit" des ZK keine Befehlsbefugnis über die Strukturen des MfS hatte. Aber die Realität war eine andere. Das Selbstverständnis bestand darin, daß das MfS "Schild und Schwert der Partei" ist. Ich kenne ein Parteiverfahren, mit dem ein Genosse an einer Universität dafür bestraft worden ist, daß er in einer theoretischen Diskussion die Legitimität bezweifelte, mit der sich dieses Ministerium als Organ der Partei versteht. Er forderte, daß dieses ein Organ des Staates sein müsse. Dies sei auch eine Position von Lenin gewesen. Diese Auffassungen wurden als gravierender Einbruch in die Sicherheitskonzeption der Partei und als völliges Fehlverständnis von Klassenkampf bezeichnet. Das MfS als besondere Form von Staats- und Parteimacht war Ideologie. Wir sind alle innerhalb der Partei in diesem Geist erzogen worden, auch an den staatlichen Ausbildungszentren. Dem entsprach auch das innere Betriebsklima.

Hinsichtlich der Befehlsstrukturen war zwar de jure der Chef der Bezirksleitung der Partei oder der Kreisleitung der Partei nicht der Vorgesetzte der MfS-Struktur. Aber de facto war er es als höchster Repräsentant der Partei

im Kreis oder im Bezirk. Und daher entstand das Bewußtsein "Wir arbeiten für die Partei", was in dem damaligen Denk- und Sprachgebrauch hieß: Wir arbeiten für die Parteiführung, für den Parteiapparat, für die hierarchische Struktur. Dadurch liefen in der Praxis direkte Befehlslinien von der Parteiführung in das MfS. Das weiß eigentlich auch jeder in der Gesellschaft. Es ist auch in den einschlägigen Vorschriften der Nationalen Volksarmee nachzulesen, daß der jeweilige Kommandeur das Recht auf "Auskunftsberichte" hatte. Der zuständige Mann des MfS war verpflichtet, Auskunft zu geben. Diese "Auskunftspflicht" gab es gegenüber allen Führungsstrukturen der Partei. Dabei ging es natürlich immer um politische Lageeinschätzungen, um politische "Feindvorgaben". Die Parteiorgane der höheren Ebenen haben eingeschätzt, wer als "Feind" zu verstehen ist und wer deshalb mit geheimdienstlichen Mitteln zu observieren ist. Das war keinesfalls eine Eigendynamik des MfS, auch wenn Krenz das anders behauptet. Es war so, daß die lokalen und zentralen politischen Parteiführungsebenen sehr wohl das MfS geführt haben. Nicht in der Frage der Technik und Methodik, aber in der politischen Aufgabenbestimmung. Und wenn man als Bezirks-oder Kreissekretär der Partei noch Mitglied des Politbüros oder sogar des ZK war, also Mitglied des höchsten Führungsgremiums, dann ist doch völlig klar, daß ein kleiner Bezirkschef des MfS dem gegenüber untergeordnet und Befehlsempfänger war.

Auch die Rolle der Abteilung "Sicherheit" des ZK ist anders zu betrachten, als Krenz sie dargestellt hat. Formal war diese Abteilung verantwortlich für die Parteiarbeit in den Einrichtungen des MfS und den anderen bewaffneten Organen. Aber auch da ist diese enge Verknüpfung zu sehen. Diese Parteiarbeit bestand in der ideologischen Stählung der Mitarbeiter. Dort wurden die konkreten Feindbilder erarbeitet. Dort wurde eben jenes Weltbild konstruiert, in dem diese Mitarbeiter gelebt und gehandelt haben. Dort wurde der Kult um die Führung zum Kern der Parteiarbeit, der ja wesentlicher Bestandteil der Sicherheitskonzeption war. Angriffe auf die Führung waren gleichzusetzen mit Angriffen auf das System. Das ist ideologisch von der Abteilung "Sicherheit" gemacht worden. Insofern sind die Auslassungen von Herger, daß man damit nichts zu tun habe, einfach skurril. Es gibt genügend Fakten darüber, daß im ZK Abteilungsleiter aller möglichen Bereiche (Wirtschaft, Außenpolitik etc.) direkte Zugriffsmöglichkeiten auf die entsprechenden MfS-Strukturen hatten. Nicht bis ins Detail, aber natürlich haben diese Strukturen für diese Leute gearbeitet. Wenn Axen über jemanden im Ausland eine Sicherheitsinformation haben wollte, ist das natürlich vom MfS für ihn erledigt worden. Die Behauptung von Krenz, es sei im Politbüro über solche Dinge nicht geredet worden, sondern allein der Zweisamkeit von Honecker und Mielke vorbehalten gewesen, ist zumindest lächerlich, wenn nicht gar eine Verhöhnung des Volkes. Natürlich sind im Politbüro alle Grundsatzfragen beschlossen worden, und das immer auf der Grundlage von geheimdienstlichen Informationen. Dienstag war Politbürositzung. Mittwoch war Sitzung des Sekretariats, in der im Beisein der Abteilungsleiter sowohl die politischen Grundsatzentscheidungen als auch die eigentlichen Entscheidungen über die technische Durchführbarkeit gefallen sind. Am Donnerstag war dann Ministerratssitzung, auf der dann die entsprechenden staatlichen Organe mit der praktischen Durchführung beauftragt worden sind. Aus dieser Arbeitsteilung ergibt sich, daß Leute wie Herger und Krenz sicherlich nicht mit den Details der Durchführung vertraut waren, aber im Politbüro sind die Implikationen beraten worden, unter denen bestimmte Fragen dann in den nächsten drei Tagen, in den nächsten beiden Gremien praktisch entschieden worden sind. Und das ging ja nur auf der Grundlage von Sicherheitsinformationen. Krenz und Herger haben versucht, die SED reinzuwaschen.

Der Hauptvorwurf liegt nicht darin, daß alle Mitglieder des MfS Mitglieder der SED waren; der Vorwurf besteht darin, daß die Ideologie, unter der das Ministerium gearbeitet hat, von der SED bestimmt worden ist.

Kann eine Reaktivierung des Stasi verhindert werden?

Die einfachste Variante ist die, daß man niemanden mehr hat, der Adressat ist. Solange es aber Leute und Institutionen gibt, die Informationen haben wollen, wird das Netz weiterhin funktionieren. Man muß die Schaltstellen zwischen einer politischen Machtebene, die sich dieses Netzes bedienen will, und dem Netz selbst zerstören. Da eine Staatsmacht aber ohne eine Geheimdienststruktur gar nicht vorstellbar ist, wird sich jede neue Staatsmacht der alten (Struktur, Anm. ak) bedienen müssen, denn andere Spezialisten hat sie nicht.

Ich glaube, daß bei allen Parteien, die sich jetzt - außer den Bürgerbewegungen - als Regierungsparteien verstehen, Augenwischerei betrieben wird. Sie wissen nämlich sehr gut, daß sie, sowie sie an der Macht sind, dieses Instrument gegen ihre politischen Feinde benutzen werden. Sie werden sich dann auch dieser Leute bedienen. Insofern ist diese Augenwischerei auch ein Versuch, den Volkszorn abzukochen, in dem man Gruppen schafft, auf die sich der Volkszorn konzentrieren kann. Die SED im ganzen ist dafür zu diffus. Man

wird aber die ganzen parlamentarischen Kontrollschnickschnäckchen einführen, wie in Westeuropa mit Kontrollkommission und ähnlichem. Wobei jeder weiß, daß der Geheimdienst "Geheimdienst" heißt, weil er eben geheim ist. Wenn man also die Kontinuität der Existenz von Geheimdiensten unterbrechen will, müßte eine Politik her, in der niemand sich mehr eines Geheimdienstes bedienen will. Solange es aber einen gesellschaftlichen Bedarf dafür gibt, wird der Dienst existieren. Solange hat er auch immer wieder die Tendenz, sich zu verselbständigen.

Der Sturm auf die MfS-Zentrale

Es gibt Gerüchte darüber, daß sowohl das Beschmieren des Ehrenmals in Treptow als auch die Erstürmung des Stasi-Gebäudes Provokationen des Stasi selbst waren. Man kann das nicht beweisen. Aber es gibt in beiden Fällen eine Reihe von Dingen, die dafür sprechen.

Hinsichtlich Treptow spricht für eine Stasi-Provokation die Tatsache, daß der Vorfall in einem ganz bestimmten politischen Klima geschah, in der die Legitimität von Sicherheitsdiensten überhaupt bezweifelt worden ist. Es war sehr auffällig, daß an diesem Abend, als die Demonstration in Treptow war, große Blöcke von jungen kurzfrisierten Männern immer wieder mit dem Sprechchor "Verfassungsschutz, Verfassungsschutz!" auftraten. Das war sehr auffällig und wurde auch von allen bemerkt. Vorübergehend wurde diese Losung auch von großen Menschenmassen übernommen. Man kann vermuten, daß hier versucht worden ist, die Notwendigkeit von Sicherheits- und Schutzorganen in dieser Art öffentlich zur Schau zu stellen. Es spricht weiter für die These einer Stasi-Provokation, daß es weder vorher noch nachher weitere Anschläge gegeben hat. Es hat zwar kleinere Übergriffe randalierender Jugendlicher gegeben, aber keine Beschmierungen dieses Ausmaßes. Kurios ist, daß es sich bei den Losungen, die bei den Beschmierungen in Treptow verwendet worden sind, in keinem einzigen Fall wirklich um faschistische Losungen handelte, sondern eigentlich um nationalistische.

Eindeutig ist es bei der Erstürmung der Stasi-Zentrale. Der Sturm geht auf das Neue Forum zurück, das zu einer Demon- stration aufrief, verbunden mit der Aufforderung, Steine und Mörtel mitzubringen, um die Eingänge zu vermauern. Für eine Stasi-Provokation spricht die Lage des Gebäudes. Von den vielen Eingängen ist nicht etwa der Haupteingang gestürmt worden, sondern ein Nebeneingang, in dessen unmittelbarer Nähe - rechts daneben - sich der Versorgungstrakt befand. Dieser Versorgungstrakt ist von einer Horde randalierender Jugendlicher barbarisch verwüstet worden. Es ist bis heute auch in den Berichten der offiziellen Untersuchungskommission ungeklärt, wer das Tor geöffnet hat. Es wird behauptet, Jugendliche hätten die Mauer überstiegen und das Tor von innen geöffnet. Es gibt mehrfache Zeugenaussagen gegenüber dem Bürgerkomitee, daß die Polizei selbst das Tor geöffnet hat, um dem Druck der Menschen nachzugeben. Und es gibt die Gerüchte, daß es Stasi- Leute waren. Aber es gibt einige eigentümliche Fakten.

Erstens: Alle Gebäude waren gut verschlossen mit sehr massiven Türen. In allen Gebäuden befanden sich Sicherungsgruppen. Dem Bürgerkomitee gegenüber ist immer gesagt worden, es handele sich um Schutzgruppen, für den Fall, daß etwas passiert. Diese Gruppen waren aber so groß, daß sie ein Aufbrechen der Türen und ein Hereinfluten der Menschen hätten verhindern können. Ob sie bewaffnet waren, ist vom Bürgerkomitee teilweise überprüft worden. Nach meinem Wissensstand haben wir an dem Abend keine Waffen bei den Leuten gefunden. Die einzige Ausnahme bildete das Versorgungszentrum, das weder durch verrammelte Türen noch durch Sicherungsgruppen gesichert war. Dort sind keine sicherheitsrelevanten Akten. Gestürmt worden ist auch das Hauptgebäude, in dem sich der Sitz des Ministers befand. Dort hat es aber weder Verwüstungen noch Aktendiebstahl gegeben. Die behaupteten Aktendiebstähle sind bis heute nicht nachzuweisen. Ich habe selbst zwei verwüstete Räume in der Spionageabwehr gesehen, wo aber nach Augenschein nichts geklaut worden ist, weil dort nichts zu klauen war. Vandalisch gehaust worden ist im Versorgungstrakt. Im Buchladen des Trakts wurden die Bücher aus den Regalen gerissen und im ganzen Gebäude zerstreut. Richtig zerstört worden ist eigentlich nur der Friseurladen. Dort konnten über 40 Leute gleichzeitig bedient werden. Dort ist der Lagerraum vollständig verwüstet worden, weil er vollgepfropft war mit westlichen Kosmetika-Artikeln. Da hat sich der Haß der DDR-Bürger gegen die Privilegien entladen. Komischerweise ist in diesem Friseurladen nicht ein einziger Spiegel zerstört worden. Die Lebensmittellager sind geplündert worden. Da standen eben die Waren, wie Tomatenketchup, Obstkonserven u.ä. herum, die es in der täglichen Versorgung bei uns kaum gibt. Ansonsten sind keine Dinge wirklich zerstört worden, weder Nachrichtennetze noch Elektroanlagen. Die Arbeitsfähigkeit ist also kaum beeinträchtigt worden. Es hat den Anschein, daß die Randale bewußt auf das Versorgungszentrum gezogen worden ist, um ein Klima zu erzeugen, in dem man die Bürgerbewegung kriminalisieren kann.

13. Gysi in Westberlin Die letzten Stunden der Revolution

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:43

Am Abend vor der DDR-Wahl fand in Westberlin eine Veranstaltung statt, um die es zuvor ein ziemliches Tauziehen gegeben hatte. Ursprünglich war sie schon für den 9. März geplant gewesen, aber dann hatten einige Gruppen Bedenken bekommen. Auch derjenige, der als Hauptdarsteller vorgesehen war, Gregor Gysi, zögerte, sich im laufenden Wahlkampf zur Volkskammer auf ein linkes Forum im Westen zu begeben. Die Westberliner Planer dagegen wollten einen Termin vor der Wahl; danach sei die Spannung aus der Sache raus. Man einigte sich auf den Vorabend; da wäre die Kampagne im Osten gelaufen und die Aufmerksamkeit im Westen maximal. Zwar mußten die Leute vom linken Flügel der Alternativen Liste, Dirk Schneider, Harald Wolf, Klaus Croissant und andere, die die Idee lanciert hatten, hinnehmen, daß ihre Partei aus dem Projekt ausscherte, aber das war zweitrangig. Wichtig war: Gysi kommt. Der AStA der Technischen Universität übernahm die Veranstaltung, auf der der PDS-Vorsitzende von zwei Journalistinnen ("taz" und "Zitty") und von mir befragt werden sollte, der ich nun mein Gedächtnis strapazieren muß, da es keine Aufzeichnung des Abends gibt. Das bedeutet, daß dieser Bericht notwendig subjektiv ausfällt, aber besser ein lückenhafter und vielleicht einseitiger Bericht als gar keiner.

Gysi kam, sprach und siegte. Er nahm ein Bad in der Menge und wurde als neuer Star der Linken gefeiert. Soweit hat die Presse das Resultat des Abends zutreffend beschrieben. Schwierig wird es, wenn es neben der Person, die sich vorstellte, um die Inhalte geht, die erörtert wurden, um Antworten des PDS-Vorsitzenden, Reaktionen des Publikums, Zwischenrufe, Eindrücke. Ich hatte eine Liste höchst gewitzter Fragen zusammengestellt, zum Beispiel, was eine Revolution ist. Ob im Oktober/November in der DDR eine stattgefunden hat. Dann: Was ist eine Konterrevolution? Hat in der DDR im Januar/Februar eine Konterrevolution stattgefunden? Wenn ja, wie kam es von einer zur anderen? Aber mit der Diskussion ist es ähnlich wie mit der Revolution, es kommt immer anders, als man sich vorbereitet hat. Im Flugzeug blätterte ich das "Konkret"-Gespräch mit Gysi durch. Viel war nicht zu entdecken, um sich daran festzubeißen. Dann las ich noch einmal den aus der "New York Times" übersetzten Text von A.M. Rosenthal vorne im Blatt, wo sonst Gremlizas Kommentar steht: "Ich suche in den endlosen Zeitungskommentaren über die deutsche Welle, die in Richtung Vereinigung rollt, aber ich kann keines der Wörter finden, die ich suche... Dies sind einige der Wörter: Jude, Auschwitz, Rotterdam, polnische 'Untermenschen', Leningrad, Sklavenarbeit, Krematorium, Holocaust, Nazi." Für mich würde die Veranstaltung einfach werden. Ich müßte nur diese Wörter aussprechen und hätte meinen Part erfüllt. Derweil demonstrierten in Westberlin 8.000 Menschen gegen Wiedervereinigung und für eine eigenständige DDR, mobilisiert von dem gleichen Spektrum, das auch zu der Veranstaltung eingeladen hatte: ein Erfolg, der sich sehen lassen kann.

17.3., 17.30 Uhr. Die noch existierende, aber nicht mehr so reale Fahne der DDR hat einen Nachteil: das sind ihre Farben. Hängt das Banner beispielsweise von einer Empore herunter und betritt man den Saal durch einen Eingang, der darunter hindurchführt, so daß man zunächst nur den unteren Rand des Tuchs bemerkt, wie das im Audimax der TU der Fall war, so möchte man glatt meinen, man habe es mit dem eigenen Lappen zu tun. Auch wenn sich der Irrtum aufklärt und man das Emblem des Arbeiter- und Bauernstaats registriert, bleibt Verstimmung. Drei gewaltige DDR-Fahnen schmückten den Hörsaal, obendrein wurden Papierfähnchen verteilt; einige PDS-Jugendliche machten Stimmung für ihr Land, mehr so stadionmäßig. Die Proportionen stimmten nicht. Wären da drei rote und eine Staatsfahne gewesen - o.k. Aber so? Da zieht man sich doch lieber ins Foyer zurück, ein besinnlicher Ort, der es an Gemütlichkeit mit jedem Knast aufnehmen kann. Dort gibt es die häßlichste Cafeteria, die man sich vorstellen kann, mit einer durch rein gar nichts aufgelockerten Betonbunker-Atmosphäre, ungefähr fünfmal so düster und fünfmal so stabil wie die Mauer. Von niemandem beachtet sitzt eine Handvoll Ausländer auf den massiven Holzblöcken ohne Lehne.

18.30 Uhr. Zurück im Saal ist alles voll; "wie früher", findet Dirk Schneider. Unruhe am Eingang, wo eine Fünfzigjährige jeden Eintretenden mit immergleichen Sätzen zur Sexualität zu provozieren sucht, "Gysi, Gysi"-Rufe, Beifall. Eine dichte Menschentraube wälzt sich den Mittelgang hinunter und die Bühne hinauf. Der kleine PDS-Vorsitzende im dunkelblauen Anzug nimmt hinter dem Tisch Platz und steht jedesmal wieder auf, wenn er jemanden begrüßt. Sogleich wird er von Fotografen und Autogrammjägern in Beschlag genommen.

Gysi wirkt höflich, etwas distanziert, konzentriert und völlig anders als alle DDR-Leute, die man bisher kennengelernt hat, sei es persönlich oder in den Medien. Er hat zwei PräsidiumskollegInnen von der PDS mitgebracht, Helga Adler und Rainer Börner, und betont bei der Vorstellung der beiden, sie machten schon äußerlich einen anderen Eindruck, als man es von führenden SED-Leuten gewohnt gewesen sei. Ute Frings von "Zitty" fängt mit der Befragung an und will prompt wissen, wie er sich vor DDR-Fahnen im Westen fühle, die ja im Osten kaum mehr gezeigt würden. Gysi fühlt sich gut. Früher seien diese Fahnen von den Feigen getragen worden, heute von den Mutigen.

Etwas dünn, oder? Als ich einwerfe, für mich sei es nicht die richtige Fahne, sondern das zweitschlechteste schwarz- rot-gold, nimmt Gysi gedankenverloren ein Papierfähnchen mit Hammer und Zirkel zur Hand, um es die nächsten zwanzig Minuten zwischen Daumen und Zeigefinger zu drehen. Gerade er, sagt er, der für Symbole sonst nichts übrig habe, stelle heute fest, daß er eben doch an der DDR hänge. Wahnsinnig tiefschürfend ist das nicht, aber es weckt Sympathien, wenn einer zu jenem Staat steht, während seine Mitbürger schuldbewußt zusammenzucken, wenn die drei Buchstaben DDR fallen. Zumal hierzulande selten ein Bekenntnis zu einem Staat so unpathetisch abgelegt wird. Gysi entwickelt einen Stil der politischen Rede, wie er bei uns völlig unbekannt ist. Er agitiert nicht, emotionalisiert nicht, hebt nicht die Stimme, um Applaus zu erzielen. Eher scheint er sich, auch wenn er sich gern und lange mitteilt, mit den Zuhörern zu unterhalten. Und das ist unterhaltsam. Frage: Wieviel Prozent erwarten Sie? Antwort: Ein einstelliges Ergebnis wäre enttäuschend, ein zweistelliges gut, bei einem dreistelligen werde er mißtrauisch. - Würde er, wenn es das Ergebnis zuläßt, eine Koalition bilden wollen, zum Beispiel mit den Sozialdemokraten? Aus Rücksicht auf die Kollegen mag er dazu lieber nichts sagen; die wären ja tagelang damit beschäftigt, das zurückzuweisen.

Was es mit der Wandlung der SED zur PDS wirklich auf sich habe? Gysi erzählt von seinem ersten Tag als Parteivorsitzender. Wie er morgens zum Sitz des Zentralkomitees gekommen ist, wie ihn der Pförtner nicht kannte und nicht einlassen wollte. Die Geschichte ist schon anderweitig zu vernehmen gewesen, er scheint sie gern vorzutragen. Sie kann kaum die ganze Wahrheit sein; irgendwo hat es auch eine KPdSU-Führung gegeben, die sich seit längerem Gedanken um Wachablösungen in ihren Bruderparteien gemacht hat, es gab beispielsweise einen Markus Wolf, gar nicht mal so sehr im Hintergrund. Andererseits ist der Bruch, den die Szene mit dem Pförtner veranschaulichen soll, real. Es war ja tatsächlich kein Übergang wie von Honecker zu Krenz, die alte SED-Hierarchie trat ab, und eine neue, die ihr hätte folgen können, war nicht vorhanden. Es klingt platt, wenn nach "Bild" und "Spiegel", nach CDU und SPD nun auch die Grünen mit Formeln operieren, wonach die PDS "die Fortsetzung der SED mit deren Vermögen und Mitgliedschaft" und "zutiefst mit den Ideen und der Schuld des Stalinismus infiziert" sei (Fischer). So wird man dem Problem nicht gerecht, daß mit dem Abtritt einer Hierarchie noch nicht die hierarchische Struktur und mit der hierarchischen Struktur noch nicht das hierarchische Denken überwunden ist. Gysi sagt, er wolle sich nicht aus der Geschichte davonstehlen, und was seine Glaubwürdigkeit angeht, kann er es mit Fischer jederzeit aufnehmen. Womit wir beim nächsten Fragekomplex sind:

Will die PDS nach Westen expandieren? Sie will - aber sie will es auch umsichtig angehen. Die Rechten schlössen sich über die Grenze hinweg zusammen, nun müssten die Linken kooperieren, sagt Gysi unter großem Beifall. Eine ostwestdeutsche Linke könne bald ein Faktor sein, über den man sich noch wundern werde. Das ist Balsam auf die Seelenwunden enttäuschter Sozialistinnen und Sozialisten. Ein konkretes Projekt, eine Perspektive, die Mut macht - Gysi, der Hoffnungsträger. Also sei die Veranstaltung in der TU als Auftakt zum Bundestagswahlkampf zu verstehen, wird nachgefragt. Gysi dementiert, ohne einen Rückzieher zu machen. Wenn sich jetzt schon in westdeutschen Städten Gruppen unter ihrem Namen bildeten, habe die PDS nichts damit zu tun. Eine eigene Kandidatur im Dezember zum Bundestag würde die Grünen unter 5% drücken, aber für die PDS reiche es auch nicht. So gibt er sich besonnen und selbstbewußt zugleich. Das linke Stimmenpotential in der BRD soll nicht gespalten werden, aber die PDS behauptet so viel davon zu repräsentieren, daß man bei Parlamentskandidaturen auf sie angewiesen sein werde. Für Georgia Tornow ("taz") ist erstmal entscheidend, daß die PDS vor der Bundestagswahl im Westen nichts unternimmt.

Als ich drankomme, muß ich leider dauernd die gleiche Frage wiederholen, wenn auch modifiziert: Warum die PDS inzwischen ebenfalls die deutsche Einheit befürworte; wie er dazu gekommen sei, nach einer Moskau-Reise über "Bild" bekanntzumachen, die Wiedervereinigung sei nun unvermeidlich und es könne nur noch darum gehen, sie positiv zu beeinflussen; mit welchen Vorstellungen die Sowjetunion die deutsche Karte spiele und schließlich: Gorbatschow sei nicht Stalin und Kohl nicht Hitler - aber vielleicht könne die heutige

sowjetische Deutschlandpolitik bis zu einem gewissen Grad mit jener Motivation verglichen werden, mit der die SU den Hitler-Stalin-Pakt einging? Gysi gibt im Kern immer die gleiche Antwort: Bei der Wiedervereinigung handele es sich um einen historischen Prozeß. Einen historischen Prozeß könne man sich nicht aussuchen. Man könne ihn nur erkennen, ihn zu leugnen sei verständlich, mache aber politisch keinen Sinn. Den historischen Prozeß könne man nicht verhindern, man könne und müsse ihn aber beeinflussen. Eine Verweigerungspose nütze nichts; stattdessen solle sich die Linke endlich zusammenraufen und Einfluß nehmen. Wie er das so sagt, überzeugt es den Kritiker zwar nicht, aber alles klingt ganz vernünftig, kompetent, durchdacht, und verständlicherweise spenden ihm die Leute Beifall. Einem derart unter Beschuß stehenden Politiker den Rücken zu stärken, ist ein Anliegen, das man teilt, auch wenn man anderer Meinung ist. Trotzdem baut sich über den demonstrativen Applaus eine Art Zustimmungsdruck auf, eine Stimmung von Wir-wollen-jetzt-feiern und Keine-Kritik-mehr.

Die Details nutzt Gysi zu Richtigstellungen. Es sei nicht so gewesen, daß Gorbatschow ihm gesagt habe, jetzt Wiedervereinigung, und er hätte pariert. Sondern Modrow sei vor ihm in Moskau gewesen (soll man hier ein Ausrufungszeichen in Klammern setzen?). Die Sowjetunion übe keinen Druck auf sie aus. Gorbatschow habe vielmehr großes Verständnis für ihre Situation. Folglich sei es ungerecht, die SU zu beschuldigen, sie würde eine deutsche Karte spielen. Die Daschitschew-Studie, ein Entwurf zur heutigen sowjetischen Deutschlandpolitik vom April 1989 (abgedruckt in "Spiegel" 6/90), kannte Gysi nicht. Auf einer solchen Veranstaltung scheint das nebensächlich, genau besehen ist es jedoch ein ziemliches Ding: die Studie führt aus, die Bundesrepublik sei für die Sowjetunion der interessanterer Partner als die DDR; sie sei nicht nur ökonomisch effizienter, sondern auch demokratischer und habe aus den Fehlern der Vergangenheit aufrichtig gelernt. Zusammengefaßt: die BRD sei ein sozialdemokratisches Musterland, und unter solchen beruhigenden Umständen könne und müsse die Sowjetunion ihr Einverständnis zur Wiedervereinigung geben. Auf die Frage nach dem Hitler-Stalin-Pakt geht Gysi nicht ein, und sie wird auch sonst nicht verstanden. Obwohl es nicht so schwierig ist: An der sowjetischen Deutschlandpolitik von 1939, 1952 (Stalin-Note zur deutschen Einheit) und 1990 ist konstant, daß sie den deutschen Imperialismus erstens unterschätzt, daß sie das geschönte Bild, welches sie von ihm zeichnet, zweitens benutzt, um mit ihm ins Geschäft zu kommen und daß ihr dieser Versuch drittens zum eigenen Nachteil gerät. Viertens aber, und das ist entscheidend, interpretieren deutsche Kommunisten ihre Freundschaft zur Sowjetunion jedesmal so, daß sie die sowjetischen Fehleinschätzungen unterstützen, verteidigen, rechtfertigen, anstatt ihnen zu widersprechen.

Gysis Positionswechsel zur deutschen Einheit bleibt das beherrschende Thema, auch wenn es zwischendurch von blumigen Ausführungen zur Marktwirtschaft unterbrochen wird. Aller bisheriger Sozialismus, referieren die PDS-VertreterInnen, sei ein feudalistischer Sozialismus gewesen. Nun sei ein marktwirtschaftlicher Sozialismus vonnöten, um in der Zukunft einen kommunistischen Sozialismus erreichen zu können. Zwischenrufe, die auf die Realität der Marktwirtschaft verweisen, kontert Gysi mit dem Argument, Marktwirtschaft sei nicht mit Kapitalismus gleichzusetzen; Markt gebe es ja seit 2000 Jahren, und es sei Sache sozialistischer Visionen, ihn human zu gestalten. Und listig: Könne eine Marktwirtschaft etwa nicht auf den Jäger '90 verzichten? Könne sie etwa nicht abrüsten, ökologische Maßnahmen ergreifen, wirksame Entwicklungshilfe leisten? Also... Auf den Einwand, die Vermehrung der Marktwirtschaft durch eine deutsche Vereinigung werde die Rüstung, den Hunger in der dritten Welt und die Umweltzerstörung entsprechend vermehren, reagiert ein Teil des Publikums pikiert. In dieser Hinsicht werden realpolitische Argumente, Hinweise auf historische Prozesse etc. als störend empfunden.

Als Helga Adler in irgendeinem Kontext noch einmal besonders drastisch das andere, bessere, schöne Deutschland beschwört, das mit der Wiedervereinigung entstehen könne, wenn nur die Linke daran teilnimmt, wird die Veranstaltung unschön, wenn nicht die Wörter ausgesprochen werden, die Mr. Rosenthal vermißt. Ich bitte darum, für einen Moment von der praktischen Politik, ihren sogenannten Notwendigkeiten und Möglichkeiten abzusehen und einfach zu erklären, wie man dieses gute Deutschland denkt vor dem Hintergrund von Auschwitz und der Zustimmung der Volkesmehrheit zum Nationalsozialismus. Im Publikum hundertfaches Aufstöhnen, nicht gerade Buhrufe oder Pfiffe, aber doch eine geballte, überraschend starke Unmutsäußerung. Mitten im Saal sitzt ein breiter Gürtel von Leuten, die das nicht hören wollen. Gysi antwortet wieder mit seinem historischen Prozeß. Er sagt auch, wenn man so denke wie ich, müsse man emigrieren, aber er wisse nicht, wohin. Die Publikumsreaktion hat einige Linke provoziert. Detlev Schulz vom AStA der FU interveniert am Saalmikro, Dirk Schneider ruft dazwischen, man nenne ihm bitte ein einziges positives Argument, das für Wiedervereinigung spricht. Einen Moment scheint Gysi etwas zermürbt und ermüdet. Was

seine persönliche Meinung dazu ist, habe er ja noch gar nicht gesagt, aber... Das war der Punkt, wo man hätte nachsetzen müssen. Aber die nächste Frage geht leider nicht auf seine 'persönliche Meinung', sondern wieder auf seine 'Einschätzung', und die Gelegenheit ist verpaßt.

21 Uhr. Gysi verläßt die Versammlung, die anderen machen noch eine Dreiviertelstunde weiter. Sein Abgang wird von stehenden Ovationen begleitet. Was war nun so toll? Natürlich seine Augen, sagen die Genossinnen. Von diesem Aspekt abgesehen scheint er die Lösung eines DDR-Problems zu verkörpern, nämlich des Problems der Anerkennung. Die meisten DDR-Politiker - Modrow genauso wie Krenz oder Honecker und erst recht die Garde de Maiziere, Ebeling, Eppelmann, Meckel, Böhme - haben eine spezifische Sehnsucht nach westlicher Anerkennung: Bitte erkennt mich an, bitte respektiert meine Leistungen, meine Ordentlichkeit, meinen Fleiß, scheint ihr Gesichtsausdruck, ihre Körperhaltung zu sagen. Gysi kennt dieses Problem nicht. Er ist nicht darauf angewiesen, daß ihm hier irgendjemand auf die Schulter klopft. Das ist wohltuend, auch wenn es vielleicht zu spät kommt. Daß ausgerechnet dieser Typ einer neuen Generation von DDR-Bürgern, auf die man lange gewartet hat, aus realpolitischen Gründen den Vereinigungstrip mitmachen zu müssen glaubt, anstatt endlich das zu praktizieren, was der DDR fehlt - nämlich Opposition -, kann man als Ironie der Geschichte betrachten, aber auch als Groteske des Sozialismus.

22 Uhr, Savignyplatz. Auf dem Weg zur Kneipe erzählt Rainer Börner von Problemen mit der SED in der PDS. Sie, die Neuen, würden herumgestoßen und als Hampelmänner behandelt, die man für alles verantwortlich macht. Die Leute, die heute die PDS-Politik machen sollen, sind ungefähr so alt wie der im Westen verbliebene Rest von APO-Linken und besitzen eher weniger politische Erfahrung. In der Kneipe ist die Stimmung ganz gut. Das ändert sich am

18.3., 18 Uhr. Im Intercity Sachsenroß von Hamburg nach Frankfurt hören viele Fahrgäste über Kopfhörer die Nachrichten. Es ist ein anregendes Spiel, an ihren Mienen auf die Hochrechnungen zu schliessen. Sie schauen immer finsterer drein. Die PDS muß also mehr bekommen haben als erwartet, die SPD umgekehrt weniger. Vielleicht 15% PDS, 35% SPD, 30% Allianz? Ich erfrage das Ergebnis und... naja. Weiterhin viel Freude bei der fortschrittlichen Beeinflussung des historischen Prozesses und nur ja keine Verweigerungspose einnehmen.

19.3., "Frankfurter Rundschau", Seite 3: Bericht über das klägliche Abschneiden des "Bündnis '90" bei der Wahl. Nach den Hunderten von Artikeln und Dutzenden von Kommentaren über die Bürgerbewegung der DDR, über dieses sympathische, gewaltfreie, basisdemokratische, siegreiche neue Phänomen in der deutschen Geschichte setzt die alte Tante Rundschau das Wort "friedliche Revolution" einfach in Anführungszeichen. Cool, selbstverständlich, ohne die mindeste Erklärung für die neue Diktion. Auch das ist marktwirtschaftliches Denken.

Detlef zum Winkel

14. Bulgarien: Pulverfaß am Balkan, von Hannes Hofbauer

Rubrik: Bulgarien · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:11

Die 1989er-Herbstrevolution hat auch vor Bulgarien nicht halt gemacht. Der jahrzehntelang engste Partner des großen sowjetischen Bruders brennt an drei Lunten: Der drohenden sozialen Verelendung, dem ökologischen Desaster und dem antitürkischen Nationalismus.

"BKP ... Mafia! BKP ... Mafia!" Jedesmal, wenn aus 200.000 Kehlen das Kürzel für die Bulgarische Kommunistische Partei erschallt, streckt der ganz in patriarchal-orthodoxes Schwarz gekleidete Priester die geballte Faust mit cäsarisch nach unten zeigendem Daumen der demonstrierenden Menge entgegen. "Nieder, nieder, nieder mit der BKP!" Als Bühne dient dem bärtigen Gottesdiener die Treppe der Nationalbank, vor der sich am 25. Februar die bislang größte regierungsfeindliche Menschenmenge Sofias versammelt hat. Emotionsgeladen auch die parallel dazu stattfindende Kundgebung direkt vor der Alexander-Newskij-Kathedrale, dem Wahrzeichen der bulgarischen Hauptstadt. Dort predigt ein orthodoxer Priester einer mickrigen 300köpfigen Demonstrantenschar über eine überdimensionale Lautsprecheranlage. "Wo sind die wahren Rechten in diesem Land", fragt er über den gespenstisch leeren Platz, und ein knappes Dutzend Jugendlicher hebt die Hand zum Hitlergruß. Die kirchlichen Autoritäten sind allgegenwärtig, in der Opposition wie in der regierenden KP, bei den streng anti-türkischen und antiislamischen Nationalisten sowieso. Und seit KP-Chef Petar Lladenov Mitte Februar an einer Totenmesse in der Sofioter Kathedrale teilnahm, um damit öffentlich die Versöhnung von Teufel und Weihwasser zu demonstrieren, gilt die bulgarisch-orthodoxe Kirchen-Nomenklatura als die unumstrittenste gesellschaftliche Kraft im Lande.

Zu Unrecht, denn wenn überhaupt irgendjemand nichts mit Glasnost zu tun haben wollte, dann waren es neben der alten Schivkov-KP die Mannen um den Sofioter Patriarchen. Nach dem Sturz Schivkovs und dem gesellschaftlichen Autoritätsverlust der Kommunistischen Partei bleiben die Kirchenväter dennoch in Amt und Würde. Die politische Opposition indes organisiert fast täglich Massenkundgebungen mit antikommunistischen Losungen, wie eben jene bisher größte am letzten Sonntag im Februar.

Der Haß gegen die ehemalige Parteiführung ist tief verwurzelt. Die Gesichter vieler Demonstranten tragen gnadenlose Züge. "Wenn jetzt wer nach gewaltsamer Rache riefe, dann ziehen sie los", meint meine bulgarische Begleiterin. Und eine junge Demonstrantin am Rande der Kundgebung: "Mir ist etwas mulmig. Ich sehe hier viele meiner Arbeitskollegen in den ersten Reihen gegen die KP schreien. Noch vor einem halben Jahr waren dieselben die fleißigsten Denunzianten im Dienste der Partei. Je mehr Opportunisten hier sind, desto schwärzer sehe ich für die Zukunft Bulgariens."

Um 18 Uhr besteigen ein paar hundert Demonstranten auf eine indirekte Aufforderung des Oppositionsführers Schelju Scheljew - "seht das Mausoleum, dieses Symbol orientalischen Totalitarismus" - das nahe Dimitrov-Mausoleum und fordern die Herausgabe der Mumie des sozialistischen Staatsgründers. Nur die schweren Eisentore verhindern, daß die Menge Zeuge einer Leichenschändung wird. "Das Mausoleum muß weg!" - so am Tag darauf auch der Sprecher der Radikalen Partei, die als kleine Gruppe im oppositionellen Dachverband SDS (Union demokratischer Kräfte) Mitorganisation der Massenkundgebung war. Die versuchte Leichenschändung bezeichnet Michael Nedelschew als "Geste der Freude und Freiheit. Es war Karneval. Das Dimitrov-Mausoleum ist für uns eine Barbarei, weil es nicht in der christlichen, sondern in der totalitären Tradition steht." Die ganze erste Märzwoche hindurch stehen zehntausende Menschen drohend vor dem Mausoleum. Abend für Abend zünden sie ihre Kerzen an und singen das "Vater unser". Die Wachen am Tor zur Grabstätte Dimitrovs werden nicht verstärkt. Sechs Soldaten in der Phantasieuniform einer studentischen, anti-osmanischen Revolutionsbewegung der 1860er Jahre patrouillieren um das schwach umzäunte marmorne Gebäude.

Bulgarische Wiedergeburt

Das königlich-zaristische Bulgarien stand bis 1944 an der Seite Hitlers, ohne daß es sich de facto im Kampf gegen die Alliierten befand. Der 2. Weltkrieg ging in dieser Ecke Europas an Menschen und Gebäuden relativ spurlos vorüber. Nicht jedoch die innerstaatliche politische Auseinandersetzung. Nach einem prozaristischen Militärputsch im Jahre 1935 ging aus den Wahlen 1940 eine quasi-faschistische Einheitspartei als Siegerin

hervor. Die über 30 oppositionellen linken Abgeordneten wurden ein Jahr später aus dem Parlament verjagt. Im Untergrund bildeten daraufhin demokratische Offiziere zusammen mit der später KP genannten Arbeiterpartei, den Radikalen, Sozialdemokraten und dem Bauernbund die "Vaterländische Front", die am 9. September 1944 - nachdem die Sowjetunion Bulgarien den Krieg erklärt hatte - das sozialistische Bulgarien ausrief. Die Abgeordneten des faschistischen Parlaments wurden - nach Schauprozessen - hingerichtet, die Bauernpartei - nach der Liquidierung ihres Führers Nikola Petkov - in eine Liaison mit den Kommunisten gezwungen, die bis in diese Tage die politische Landschaft Bulgariens bestimmte.

Der 9. September galt seither als Nationalfeiertag - bis am 26. Februar dieses Jahres die Regierung Mladenov die Ausrufung des sozialistischen Bulgariens im Jahre 1944 als Grund für einen nationalen Gedenktag offiziell verwarf. Seither - die Änderung von politischen Symbolen im Osten kommt der Wirklichkeit kaum nach - gilt der 3. März, der Tag der Befreiung Bulgariens vom osmanischen Reich im Jahre 1876, als konstitutiv für das Ex-Ostblockland auf seinem Weg Richtung Europa. Statt des pervertierten sozialistischen Experiments gedenkt man nun eben der nationalen bulgarischen Wiedergeburt in Abgrenzung von der 500 Jahre dauernden türkisch-osmanischen Herrschaft. Folgerichtig wird auch die bisher größte bulgarische Zeitung, das KP-Organ "Arbeitersache", in "Wiedergeburt" umgetauft.

Der 10. November 1989

Als "bulgarische Wiedergeburt" wird ab sofort auch der 10. November 1989, der Tag der Vertreibung Todor Schivkovs von der politischen Macht gefeiert.

Die entscheidende ZK-Sitzung zum Sturz des 70jährigen Diktators, der sein Land jahrzehntelang im Stile eines nach außen hin gnädig wirkenden Patriarchen führte, im Inneren jedoch erst Ende der 70er Jahre gnadenlos jede politisch-oppositionelle Regung erstickte, fand am 9. November vorigen Jahres statt. Was für die Menschen vor den Fernsehschirmen als befreiender Akt empfunden wurde, ist für politische Insider ein interner Parteiputsch. "Das ganze war eine Palastrevolution. Die Signale dafür kamen aus Moskau", meint etwa Koprinka Tscherwenkowa, Chefredakteurin der Sofioter Zeitschrift "Volkskultur" und Initiatorin einer KP-internen Oppositionsgruppe. "Wahrscheinlich war es ein Putsch", meint auch Vesselin Antov, Konsulent der bulgarischen Nachrichtenagentur Sofiapress.

48 Stunden lang wurden alle strategisch wichtigen Plätze der Hauptstadt und insbesondere alle möglichen Aufenthaltsorte und Kontaktstellen Todor Schivkovs von Militärs bewacht. "Es war eine perfekte Inszenierung", führt Koprinka Tscherwenkowa ihre Innenansicht der Ereignisse aus. "Schon einige Tage zuvor waren im Park hinter dem Dimitrov-Mausoleum demonstrierende Ökoglasnost- Leute von der Polizei geschlagen worden. Es gab keine Verletzten. Trotzdem entwickelte sich daraus ein riesiger internationaler Skandal und Radio Free Europe hat die ganze Aktion immer wieder als Topmeldung gebracht. Und doch bin ich mir nicht sicher, ob dieser Machtwechsel nicht eigentlich von Moskau initiiert wurde."

Ein mögliches gemeinsames sowjetisch-amerikanisches Interesse ortet Tscherwenkowa in der Angst der beiden Supermächte vor einer vereinigten EG-Festung in Westeuropa: "Westeuropa soll über die Revolutionen in Osteuropa destabilisiert werden. Durch die Umwälzungen im Osten kann die EG nicht wie geplant 1992 ihren Binnenmarkt konstruieren, sondern ist gezwungen, anders zu handeln." Und daß dabei den Sowjets nicht ganz Osteuropa aus den Händen gleitet, dafür toleriert man in Washington die politische Kosmetik, wie sie in Sofia und Bukarest versucht wird. Am Balkan, so scheint es, könnte sich die runderneuerte Nomenklatura durchaus an der Macht halten. Vor allem auch deshalb, weil die Opposition außer ihrer Gegnerschaft zur KP kein programmatisches Profil besitzt.

Ökoglasnost

Durch eine ganz andere Brille betrachten die außerhalb der KP agierenden Oppositionsgruppen den Lauf der revolutionären Ereignisse. Sie selbst waren es, so der allgemeine Tenor, die ihre eigene Revolution gemacht haben. Demnach hat alles in Ruse begonnen, einer Hafenstadt an der Donau, die die Grenze zwischen Bulgarien und Rumänien markiert. "Hier in Ruse", so die Vorsitzende der örtlichen Grünen Partei Swoboda Stefanowa, "haben wir schon im Jahre 1987 die ersten spontanen Demonstrationen gegen das jenseits der Donau gelegene Chemiewerk in Giurgiu gehabt." 250 TeilnehmerInnen, großteils Hausfrauen, sind damals mit Einkaufstaschen und Kinderwagen zum Parteihaus marschiert. "An manchen Tagen", erzählt eine andere grüne Aktivistin, "war soviel Chlor in der Luft, daß sich unsere Nylonstrümpfe einfach zersetzt haben. Alle

unsere diesbezüglichen Petitionen und Eingaben hat die Parteiführung einfach ignoriert." Stattdessen wurden die DemonstrantInnen von der Stadtverwaltung als GegnerInnen der bulgarisch-rumänischen Freundschaft denunziert und politisch verfolgt. Doch die BewohnerInnen von Ruse gaben ihren Widerstand nicht auf. Und aus dem "Komitee zur Rettung von Ruse" wurde schließlich das erste Bulgarien-weit agierende oppositionelle Forum "Ökoglasnost".

Der Umstand, daß Glasnost von Anfang an mit ökologischem Denken in Verbindung stand, ist auf die - auch im internationalen Vergleich - drastische Umweltsituation des Landes zurückzuführen. Diese ist mehr als trist. Das stalinistische Industrialisierungsideal hat binnen einer Generation aus einem armen Agrarland eine Industriemetropole schaffen wollen. Entstanden sind jedoch völlig unstrukturiert wirtschaftende ökologische Zeitbomben - Chemiekombinate, Stahlwerke, Uranabbaufelder -, die großteils für den Export in die Sowjetunion die heimische Umwelt ruinieren. In Rakowski bei Plovdiv z.B. wird Uran für sowjetische AKW im Tagbau abgebaut. Auf einer Fläche von 2000 Hektar strahlt der ganze Boden. "Dort beträgt die Kindersterblichkeit 39 auf 1.000 Geburten im ersten Lebensjahr", berichtet Ökoglasnost-Aktivistin Borjana Semerdschiewa. "Das schlimmste, was dieses Regime gemacht hat", meint Akademiemitglied Prof. Dimiter Angelov, "war, daß das bulgarische Dorf zerstört wurde. Das Industrialisierungsmodell war völlig realitätsfremd, uns fehlen ja sogar die Rohstoffe dafür".

Die Hoffnung, daß sich das alles jetzt ändert, bleibt indes äußerst vage. Schon die Geschichte des Ingenieurs, der während meines Interviews mit Ökoglasnost-AktivistInnen ganz aufgeregt ins Büro kommt, gibt zu denken. Er berichtet vom Dewnjaér Zementwerk, einem riesigen Erbstück stalinistischen Industrialisierungswahns, das nunmehr als japanisch-bulgarisches Joint-venture noch weiter ausgebaut werden soll, um über japanische Vertriebsfirmen für den Export zu produzieren. Ob man dagegen etwas unternehmen könne, fragt der Mann. Hilflos nimmt die Ökoglasnost-Sekretärin die Bürgerbeschwerde entgegen. "Solche Beispiele mehren sich", meint meine Gesprächspartnerin. Und die wirkliche Gefahr besteht darin, daß Bulgarien mit der Formel kaputte Umwelt plus Perestroika plus korrupter machthungriger Apparat zum Mistkübel Europas wird.

Südkorea oder Zambia?

"Niemand weiß, welches Wirtschaftsmodell Bulgarien übernehmen soll, das der USA, Südkoreas, Zambias, Japans ...?" Latschesar Iwanow, Chefredakteur des größten bulgarischen Wirtschaftsblattes "Ikonomika", gibt sich sehr pessimistisch. "Ich habe hier acht Ordner mit acht angesehenen Wirtschaftsfachleuten", deutet er auf einen halben Meter hohen Papierstapel. Zwar wollen alle, von der Reform-KP (eine andere gibt es de facto nicht mehr) bis zur oppositionellen "Union demokratischer Kräfte" (SDS) die freie, soziale Marktwirtschaft. Nur wie das gelingen soll, dafür gibt es kein Rezept. 10 Mrd. US-Dollar Netto-Auslandsverschuldung, 50% der Hartwährungseinnahmen für die Zinsrückzahlung, einen Außenhandelsanteil mit dem RGW von über 80% ... die Strukturdaten der bulgarischen Wirtschaft sprechen eine klare Sprache.

Und die sozialen Konflikte nehmen zu. Die unabhängige, der polnischen Solidarnosc vergleichbare Gewerkschaft "Podkrepa" (Unterstützung) hat allein im Januar 1990 300 Streiks registriert. Die ArbeiterInnen fürchten zurecht ihren sozialen Exodus. "Ich bin für die Einstellung sämtlicher Subventionen", meint Wirtschaftsjournalist und KP-Mitglied Iwanow. Die bulgarischen ArbeiterInnen jedoch überleben nur mittels gerade dieser Subventionen. 12 Groschen (= 2 Pfennige) kostest das Tramticket in Sofia, wenn man die Lewa am Schwarzmarkt tauscht. Brot, Milch, Mehl ... alles für Groschenbeträge zu haben. Die Freigabe der Preise würde bei einem Durchschnittsverdienst von 300-400 Lewa (= 90 DM) Millionen von Menschen ins Elend stürzen.

"Das zukünftige Bulgarien wird auf der marktwirtschaftlichen Stufe eines Frühkapitalismus stehen, völlig freie Preisgestaltung, Arbeitskräfte ohne sozialen Schutz." Iwanow sieht schwere Zeiten auf sein Land zukommen. Er sagt eine Inflation von 2.000% noch in diesem Jahr voraus und fürchtet Brot- und Hungerunruhen wie in Nordafrika und Lateinamerika.

Der Feind ist türkisch

Das soziale Desaster, in das Bulgarien zu schlittern droht, könnte nationalistische Kräfte stärken, die das Bulgarentum auf ihr Banner geschrieben haben. Ihr Feind ist alles Türkische.

Am besten bedient sich die alte KP-Garde dieser chauvinistischen Urtöne. Unter Schivkov wurde Ende 1984 ein Gesetz erlassen, das den ca. 750.000 im Land lebenden Türken, offiziell als bulgarische Muslime bezeichnet, das Tragen ihrer islamischen Namen verbot. Die neue Regierung Mladenov hat zwar dieses Verbot rückgängig gemacht, die anti-türkische Grundstimmung damit freilich nicht beseitigt. Und diese Stimmung reicht bis weit ins oppositionelle Lager hinein. Auf dem Weg nach Europa, eine der meistgehörten Floskeln in Intellektuellenkreisen, ist das islamische, türkische Element hinderlich. "Meine Hoffnung ist", meint etwa die kritische KP-Dissidentin Koprinka Tscherwenkowa, "daß die islamische Gefahr uns als Europäer konsolidiert. Die Grenze zum Islam muß südlich von uns bleiben."

Noch schärfere Worte findet der Sprecher des "Komitees zur Verteidigung nationaler Interessen", Mintscho Mintschev, der sein Hauptquartier in einem Hotel der Sofioter Innenstadt aufgeschlagen hat. "Viele Mohammedaner begreifen sich selbst als ethnische Türken. Das ist allerdings eine Verdrehung der Geschichte, die wir als Bulgaren nicht hinnehmen können." Das "Komitee zur Verteidigung nationaler Interessen" ist eine im ganzen Land organisierte Organisation. Ihre anti-türkische Deklaration wurde bislang von 800.000 Menschen unterschrieben.

"Wir waren 500 Jahre lang unter türkisch-osmanischer Herrschaft", erklärt Akademiemitglied Angelov die anti-türkischen Ressentiments seiner Landsleute, die 1876 als das Jahr ihrer bulgarischen Wiedergeburt feiern. Geschürt wird dieser nationalistische Konflikt freilich auch von staatlich-türkischer Seite, wo mit pan-türkistischen Versprechungen erst 1989 350.000 Mohammedaner aus Bulgarien zur Völkerwanderung in Richtung Türkei animiert wurden. Über 100.000 von ihnen sind bereits wieder zurückgekehrt, ihre Wohnungen und Häuser allerdings wurden zwischenzeitlich an Bulgaren weitergegeben. Für nationalistischen Sprengstoff ist schon aus diesem Grund gesorgt.

Die Opposition

Mein Gesprächspartner ist etwa 30 Jahre alt. Männlich, rot eingesprenkelte Krawatte, modern geschnittener Anzug, tritt er mir als Sprecher von "Ökoglasnost" entgegen. Eine Woche lang habe er schon nicht mehr geschlafen, meint Christo Smolenov und fährt sich nervös über den Scheitel. Der Soziologe begreift sich als typischen bulgarischen Oppositionellen. Gründungsmitglied von "Ökoglasnost" sowie der KP-internen Fraktion "Alternative-sozialistische Organisation" (ASO), wo er mittlerweile - zusammen mit anderen ehemaligen Parteifreunden - den Schwenk zur eigenständigen sozialdemokratischen Partei ASP mitvollzogen hat. Als Ökoglasnostsprecher fühlt er sich der oppositionellen Bewegung verpflichtet, aus seiner Rolle als KP-Dissident schöpft er die politische Kraft, die er seiner Partei ASP (Alternativ-sozialistische Partei) zur Verfügung stellt. "Demokratie ist anstrengend", lacht er und beendet nach 20 Minuten unser Gespräch. "Heute tagt der Runde Tisch, Sie müssen mich jetzt leider entschuldigen."

Das politische Erscheinungsbild der bulgarischen Opposition ändert sich wöchentlich. Die mittelfristig mobilisierungsfähigste Kraft scheint die "Union demokratischer Kräfte" (SDS) zu sein, eine Plattform von mittlerweile 19 Bewegungen und Parteien, die sich fest vorgenommen hat, bei den wahrscheinlich im Juni stattfindenden Wahlen als gemeinsame Liste zu kandidieren. Der "Union demokratischer Kräfte" gehören als Bewegungen "Ökoglasnost", der "Club für Glasnost und Demokratie", das "Komitee für Menschenrechte" und die Gewerkschaft "Podkrepa" an. Weiter sind in der SDS die bulgarische sozialdemokratische Partei, die Radikale Partei, die Grünen und die im Jahre 1944 eliminierte Fraktion des Bauernbundes organisiert. Letztere, die sich nach ihrem historischen Führer Nikola Petkov nennt, planen doch die oppositionellen Bauernvertreter eine Wiedervereinigung mit dem offiziellen Bauernbund, der 45 Jahre lang an der Seite der KP Mit-Regierungsverantwortung getragen hat.

Ob die "Union demokratischer Kräfte" - mit oder ohne Bauernbund - eine handlungsfähige politische Aktionseinheit bleiben kann, muß bezweifelt werden. Zu unterschiedlich sind die Zielsetzungen der einzelnen Fraktionen, zu verschieden die Ansprüche von Bewegungen wie Ökoglasnost ("Wir werden immer in Opposition bleiben"), der Gewerkschaft Podkrepa und den diversen Parteien. Derweil eint einzig und allein der Anti-Kommunismus. "Der größte Halt der SDS ist der Widerspruch zur KP", ist sich Ökoglasnost-Aktivistin Semerdschiewa sicher. Auch die Journalistin Koprinka Tscherwenkowa sieht keine positive Identität der demokratischen Union. "Die SDS existiert nur durch ihren pathologischen Haß gegen die Kommunisten. Möglich, daß das Bündnis bis zu den Wahlen hält, aber spätestens am Tag nach der parlamentarischen Vereidigung wird sich das ganze in mehrere kleine Gruppen auflösen."

Tatsächlich scheint die Haupttriebfeder der demokratischen Union ihre Abgrenzung zur BKP zu sein. Inhaltliche Gemeinsamkeiten gibt es so gut wie keine. "Die haben ja noch nicht einmal eine politische Plattform, geschweige denn wirtschaftspolitische Vorstellungen zur Eindämmung der Krise", meint "Ikonomika"-Chefredakteur Iwanow. Auch der alte Partisan, der die SDS-Kundgebung der 200.000 mißtrauisch beäugt, kritisiert die inhaltliche Leere der Opposition: "Bisher gibt es von ihnen keinen einzigen Vorschlag zur politischen Konsolidierung. KP wählen kommt für mich nicht mehr in Frage, aber die SDS? Wen wähle ich da überhaupt, wer sind die?"

Ähnliche Unsicherheit dürfte sich auch beim oppositionellen Teil des Bauernbundes breit gemacht haben, als er dem offiziellen Bauernbund, der 45 Jahre lang zusammen mit der BKP die "unerschütterliche kommunistisch-agrarische Brüderlichkeit" propagiert hat, ein Zusammengehen vorgeschlagen hat. Am 28. Februar 1990 war es dann soweit. In der großen Sofioter Kongreßhalle stimmte eine überwiegende Mehrheit der über 3.000 Delegierten des offiziellen Bauernbundes (BZNS) einer Wiedervereinigung zu. Der tumultartig verlaufende Kongreß ließ allerdings die organisatorischen Frage dieses Prozesses noch offen. Sollte es zu einer gemeinsamen Kandidatur eines einigen Bauernbundes kommen, so könnte mit einem Wahlsieg dieser in den 30er Jahren stärksten politischen Kraft gerechnet werden. Verlierer eines gemeinsamen Auftretens der Bauern wäre die "Union demokratischer Kräfte", die ohne ihren stärksten Bündnispartner - den oppositionellen BZNS/Nikola Petkov - ins Rennen gehen müßte.

Die Kommunistische Reichshälfte

Anders als z.B. in der CSSR hat in Bulgarien die KP noch mehr Verankerung in der Bevölkerung. Nicht zuletzt deshalb, weil sich die Partei selbst nie besonders linientreu war, traten die 1 Mio. Mitglieder - bei 9 Mio. Einwohnern - aus den verschiedensten Gründen bei, manche ideologisch motiviert, andere wegen eines besseren Arbeitsplatzes oder einer Wohnung. Der abrupte Schwenk im Herbst weg von Schivkov hin zu Mladenov macht es für viele der 1 Mio. Mitglieder leicht, weiterhin ihren minimalen monatlichen Mitgliedsbeitrag zu entrichten. "Schivkov ist die Seife, mit der sich alle - auch in der KP - die Hände waschen." Was ein inzwischen aus der Partei ausgetretener ehemaliger Funktionär als Anklage gegen Opportunismus und "Sonnenblumensyndrom" - die bulgarische Bezeichnung für Wendehals - versteht, ist für viele fester Bestandteil ihrer politischen Wendigkeit.

100.000 KP-Mitglieder versammelten sich am 1. März 1990 im Stadion von Sofia zu einer Sympathiekundgebung für die Regierung Mldenov, der sie - vielleicht nicht zu Unrecht - als einzige die Umgestaltung der bulgarischen Gesellschaft zutrauen. "Die BKP ist nicht so schwach, wie vielfach vermutet wird", gibt auch Ökoglast-Sprecher Smolenov zu bedenken. Und noch einen Bonus hat die BKP. Unter ihren Fittichen arbeiten die begabtesten WissenschaftlerInnen - wenn auch längst nicht mehr für die Idee des Kommunismus, sondern für eine zügige wirtschaftliche Liberalisierung. Aber die Leute spüren, daß die klügsten Änderungsvorschläge aus der Fabrik der KP kommen. "An der Spitze der Kommunisten sitzen Profis, in der Opposition Laien. Die Diskussionskultur ist balkanisch. Unschwer auszumachen, daß ohne BKP nicht viel läuft", sagt Koprinka Tscherwenkowa, die selbst führend an den ersten innerparteilichen Reformkreisen beteiligt war.

Der wichtigste davon ist die sogenannte ASO (Alternativ-sozialistische Organisation), die sich Anfang Dezember 1989 konstituiert hat und mit ihrem Fragebogen an alle KP-Mitglieder einigen Wind in die Partei gebracht hat. Ob sich die ASO als selbständige Partei gründen oder innerhalb der Strukturen die KP unterwandern solle, wurde da beispielsweise gefragt. Die Antwort konnten ca. die Hälfte der 3.000 ASO-Mitglieder nicht mehr abwarten und gründete flugs die ASP (Alternativ-sozialistische Partei) als bulgarische Sozialdemokratie.

Weil es aber zwischenzeitlich schon eine bulgarische Sozialdemokratie gab, die außerhalb der KP entstanden war und mittlerweile die ganze Mladenov-KP in Richtung Sozialdemokratie unterwegs ist, ist das Land zur Zeit mit drei Versionen ein und derselben Weltanschauung gesegnet. "Wie ich dieses Chaos bemerkt habe, das sich hauptsächlich aus napoleonischen Ambitionen verschiedener Möchtegern-Parteiführer speist, habe ich mich von der ASO zurückgezogen", kommentiert Tscherwenkowa ihren politischen Reservistenstatus.

Bei den Jugendlichen sieht es nicht viel rosiger aus. In der Nacht vom 24. auf den 25. Februar 1990 hat sich der Dimitrovsche Kommunistische Jugendverband de facto gespalten. Angetreten unter der Losung "Neue

Generation, neue Demokratie" - das Pepsi-Cola-Emblem am Rednerpult - kam es unter den 2.600 Delegierten des Komsomolzenverbandes zu Handgreiflichkeiten, die nur durch den demonstrativen Auszug etwa der Hälfte der Kongreßteilnehmer nicht zu einer richtigen Saalschlacht ausarteten. Vor der Kongreßhalle im Zentrum der Hauptstadt wurde dann von jenen, die das Komsomolzenleben satt hatten, ein meterhohes hölzernes Chamäleon errichtet. Hunderte Ex-Delegierte zerrissen ihre kleinen Parteibücher, in dem sie sich Monat für Monat die Entrichtung ihres Obolus bestätigen ließen und warfen sie vor das Chamäleon. Am nächsten Tag nannte sich der "Dimitrovsche Kommunistische Jugendverband" in "Bund demokratischer Jugend" um.

15. Der Transformationsprozeß in Bulgarien

Rubrik: Bulgarien · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:23

Der Übergang zu bürgerlicher Demokratie und Marktwirtschaft steht einerseits im Kontext zu den Prozessen in den anderen osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion, andererseits wurde er durch den Massenexodus von 300.000 Türken im Sommer letzten Jahres enorm forciert.

Im Ergebnis des Zerfalls des Osmanischen Reiches leben in dem 9-Millionen-Staat Bulgarien ca. 800.000 Türken und etwa 200.000 Pomaken (eine bulgarische Minderheit, die sich zum Islam bekennt). Bereits frühzeitig wurden die Pomaken zwangsassimiliert und mußten ihre Namen "bulgarisieren". Jahre später erweiterte das Schiwkoff-Regime diese Maßnahme auf die türkische Minderheit.

Im Mai letzten Jahres demonstrierten die Türken gegen ihre sprachliche und religiöse Diskriminierung, weil das bulgarische Regime die Existenz einer türkischen Minderheit nach wie vor leugnete. Das bulgarische Militär ging brutal und rücksichtslos gegen die türkischen Demonstrationen vor. Die Repression und die damit verbundene Einführung der Zwangsarbeit lösten dann die Fluchtwelle in die Türkei aus. Der Massenexodus vertiefte die ökonomische und politische Krise des Landes und beschleunigte den Sturz des seit 1954 amtierenden Schiwkoff-Clans, der im übrigen ganz ähnliche Züge wie das Ceausescu-Regime aufwies.

Das entscheidende Datum der bulgarischen Transformation war der 10. November 1989. Eine Gruppe im ZK der KP Bulgariens um den Außenminister Mladenoff zwang Schiwkoff zum Rücktritt. Nach und nach wurden die Schiwkoff-Anhänger in ZK und Politbüro aus ihren Ämtern entfernt.

Am 19.11.89 fand die erste Massendemonstration gegen das realsozialistische Regime statt. Gefordert wurde pluralistische Demokratie und ein Mehrparteiensystem. Die Oppositionsredner, die sich gegen die Diskriminierung der türkischen Minderheit wandten, wurden ausgepfiffen. Im Dezember kam es zu einer weiteren Großdemonstration in Sofia, auf der rasche Reformen eingeklagt wurden. Aufgerufen dazu hatte die UDK (Union Demokratischer Kräfte), ein Bündnis verschiedener Oppositions- und Bürgerrechtsgruppen.

Nach mehreren ZK-Plena fand Ende Januar der 14. Parteikongreß der bulgarischen KP statt. Der Parteitag verabschiedete ein "Manifest für einen demokratischen Sozialismus", in dem sich zu Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie bekannt wurde. Der Übergang zur "reinen" Marktwirtschaft stieß auf Ablehnung bei der Parteitags-Mehrheit, da diese "soziale Beben" auslösen würde. Auf dem Kongreß spaltete sich eine eher sozialdemokratische Fraktion ab, die sich ihrerseits in zwei sozialdemokratische und eine sozialistische Partei aufgespalten hat. Die Fraktion stellte auf dem Parteitag etwa 10% der Delegierten.

Die "Wendehälse" um Mladenoff, dem KP-Chef Liloff und dem Ideologen Lukanoff in der KP befürworten die Streichung der führenden Rolle der Partei aus der Verfassung und sind bemüht, einen friedlichen Übergang bis zu den ersten freien Wahlen im Mai dieses Jahres zu gewährleisten. Sie boten der sehr breit gefächerten Opposition die Teilnahme an einer Übergangsregierung an, was diese jedoch ablehnte. Ebenfalls geplatzt sind die Versuche der Installierung eines runden Tisches.

Die KP und die Regierung hoben alle Diskriminierungen gegenüber der türkischen Minderheit auf und bezeichneten sie als "schweren politischen Fehler", was wiederum zu Gegendemonstrationen bulgarischer Nationalisten und Parteien führte.

Ähnlich wie Rumänien war Bulgarien vor dem zweiten Weltkrieg ein halbfeudales, agrarisch geprägtes Land mit einer reaktionären Monarchie. Diese nationalistischen Kräfte und Parteien haben sich inzwischen neu formiert und knüpfen an diese alten Traditionen an. Wie weit ihr Einfluß bereits heute wieder reicht, werden die baldigen Wahlen zeigen.

D./Westberlin

16. Wahlen in Ungarn: Sieg der Konservativen

Rubrik: Ungarn · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:22

Am 25. März fanden in Ungarn die ersten Parlamentswahlen statt, zu denen rund zwei Dutzend Parteien kandidierten. Nur sechs von ihnen übersprangen die 4%-Hürde und schafften den Einzug ins Parlament. Ein endgültiges Ergebnis liegt wegen des komplizierten Wahlsystems - eine Mixtur aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht - noch nicht vor, zumal es am 8. April zu Stichwahlen der Direktkandidaten kommt.

Die bürgerlich-konservativen Parteien stehen jedoch als klare Wahlsieger fest. Stärkste Partei wurde mit knapp 25% der Stimmen das Ungarische Demokratische Forum (UDF), das vom damaligen KP-Mitglied Imre Pozsgay mit aus der Taufe gehoben wurde und viele oppositionelle Dissidenten umfaßte. Die vor 3 Jahren gegründete UDF war einst eher sozialdemokratisch orientiert, bis die Delegierten Jozsef Antall zu ihrem Vorsitzenden kürten. Die UDF machte seit ihrer Gründung eine stetige Rechtsentwicklung durch und ist stramm marktwirtschaftlich-konservativ orientiert. Antisemitismus und ungarisch-nationalistische Töne sind ebenso Bestandteile des Selbstverständnisses der UDF. Sie verdankt ihren Wahlerfolg nicht zuletzt den Pogromen gegen die ungarische Minderheit in Rumänien, die für einen zusätzlichen Auftrieb des Nationalismus in Ungarn sorgten.

Die zweitstärkste politische Kraft, der Bund Freier Demokraten (BFD), errang rund ein Fünftel der abgegebenen Stimmen. Ihm gehören zahlreiche Intellektuelle, Schriftsteller und ehemalige Dissidenten an. Der BFD ist stramm marktwirtschaftlich orientiert und vertritt die neoliberalen Modelle der Reagonomics und des Thatcherism. Im Unterschied zum UDF grenzt sich der BFD jedoch deutlich vom ungarischen Nationalismus ab und fühlt sich den bürgerlich-demokratischen Grundrechten und den Menschenrechten verpflichtet. Im Unterschied zur DDR, wo die einstigen Oppositionellen der Bürgerbewegungen bei den Wahlen sehr schlecht abschnitten, weil die DDR-Bevölkerung überwiegend die westdeutschen Parteifilialen wählte, konnte der BFD und viele der in ihnen wirkenden Dissidenten ein achtbares Wahlergebnis erzielen, wobei der BFD dabei deutlich rechts etwa vom DDR-"Bündnis `90" steht.

Auf Platz 3 mit rund 13% der Stimmen landete die Partei der Kleinen Landwirte, die bei den Wahlen von 1945 mit 57% noch die absolute Mehrheit errang, bis sie hernach im Rahmen der Errichtung der "Volksdemokratien" beseitigt wurde. Diese kleinbäuerlich-reaktionäre Partei fordert die vollständige Rücknahme der Bodenreform von 1947 und die Übergabe des Bodens an die ehemaligen Besitzer.

Als viertstärkste Kraft ging die Ungarische Sozialistische Partei (USP) mit rund 10% aus den Wahlen hervor. Die 50.000 Mitglieder starke USP spaltete sich im Oktober letzten Jahres von der einst herrschenden Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) ab und folgt weitgehend sozialdemokratischen Vorstellungen. Die USP stellt die derzeitige Regierung! Ihr gehören die Reformer an, die die Transformation in Ungarn wesentlich einleiteten: Imre Pozsgay, Außenminister Gyula Horn und Ministerpräsident Miklos Nemeth. Letzterer erzielte mit knapp 60% ein Direktmandat in seinem Wahlkreis, nachdem er zuvor noch eilig aus der USP austrat.

Die fünfte Partei, die im neuen ungarischen Parlament vertreten sein wird, ist der Bund Junger Demokraten (FIDESZ) mit rund 8% der Stimmen. Diese in der Tat aus eher jungen und jugendlichen Mitgliedern zusammengesetzte Partei bestritt ihren Wahlkampf damit, daß alle über 35-jährigen Politiker lieber abdanken sollten. Darüber hinaus vertritt der FIDESZ, ähnlich wie der BFD, ein neoliberales Wirtschaftsprogramm, verbunden mit einer sehr scharfen Abgrenzung gegen die ungarischen Restaurationstendenzen, auf die sich die Bauernparteien und der UDF zumindest partiell beziehen.

Mit 6,6% schaffte schließlich auch die klerikal-konservative Christlich-Demokratische Volkspartei (CDVP) den Sprung über die 4%-Hürde. Sie ist erst im März dieses Jahres gegründet worden und schaffte auf Anhieb den Sprung ins Parlament.

Auf der Strecke blieben, jedenfalls nach dem vorläufigen Ergebnis, die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP), die einstige Herrschaftspartei unter den Bedingungen des real existierenden Sozialismus. Sie ist mit rund 82000 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste Partei und erhielt nun die Quittung für das jetzt nicht mehr existierende System.

Gleichfalls vollends unter die Räder geriet die Sozialdemokratische Partei Ungarns (SDP), die sich in die Tradition der alten Sozialdemokratie vor deren gewaltsamer Verschmelzung mit der USAP nach dem Kriege stellt. Die SDP blieb weit unter 4% und verdankt ihr schlechtes Abschneiden in erster Linie der Tatsache, daß die sozialdemokratischen Wähler die USP des Imre Poszgay bevorzugten.

Die Vergangenheit holt die Gegenwart ein

Mit Ausnahme der USP, die ein Zehntel der Stimmen für sich verbuchen konnte, wählte die überwältigende Mehrheit der ungarischen Bevölkerung die konservativen Parteien, eine relative Mehrheit obendrein noch Parteien, die an die ungarischen Vorkriegstraditionen anknüpfen. Das gilt für den Antisemitismus des UDF wie auch für die Partei der Kleinen Landwirte. Was hat eigentlich ein über 40 Jahre real nun nicht mehr existierender Sozialismus im Bewußtsein der Menschen bewirkt, wenn diese sich mehrheitlich nach Vorkriegszuständen eines Ungarn zurücksehnen, das bürgerlich-demokratische Verhältnisse nie kannte, sondern klerikal-reaktionäre bis faschistoide Regimes?

Der ungarische Wahlausgang läßt noch weitaus schlimmere Befürchtungen zu, wenn in Polen, Rumänien und Bulgarien gewählt werden wird.

Die eigentlichen Sieger dieser Wahlen sind die imperialistischen Länder, allen voran die BRD. Denn die reaktionären und konservativen Regimes werden den marktwirtschaftlichen Austerity-Programmen keine nennenswerten Widerstände entgegensetzen. Und der Sieg der Konservativen in Ungarn, dem weitere in den anderen osteuropäischen Ländern folgen werden, ist auch ein Zeichen dafür, daß die Nationalitätenkonflikte bis zum offenen Ausbruch von Pogromen noch zunehmen, wenn die konservativen Parteien mit diesem Feuer spielen.

D./Westberlin

17. Gorbatschow als Präsident: Rettungsanker für die UdSSR?

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:39

Die baltischen Republiken rebellieren gegen die Moskauer Zentrale und wollen aus der Union austreten. Die kaukasischen und transkaukasischen Republiken sind nahezu unregierbar, Nationalismus, Chauvinismus und Pogrome scheinen auf der Tagesordnung und die ruhmreiche Sowjetarmee avanciert zum innenpolitischen Feuerwehrmann. Die Lebensbedingungen der Bevölkerung verschlechtern sich beinahe von Tag zu Tag und eine Besserung dieser Verhältnisse ist nicht in Sicht. Eher das Gegenteil. Denn die Spannungen zwischen Vilnius und Moskau verschärfen sich täglich, die Einheiten des KGB und der Armee in Litauen wurden verstärkt, Eliteeinheiten besetzen das ZK-Gebäude der litauischen KP. Außenpolitisch wird Gorbatschow gefeiert, von den Medien zum Mann des Jahres oder sogar des Jahrzehnts erkoren. Aber dieser Bonus scheint ihm bei der Lösung seiner innenpolitischen Probleme immer weniger zu nutzen. Die Menschen werden zunehmend ungeduldiger und intoleranter. Faschistische Zusammenhänge wie etwa die Pamjat-Bewegung erhalten verstärkt Zulauf aus allen gesellschaftlichen Bereichen; viele Leute fangen an, sich nach besseren Zeiten zu sehnen: In den siebziger Jahren durften wir zwar nicht kritisieren, aber wir hatten volle Regale und was zu essen. Sogar die dreißiger Jahre unter Stalin werden aus diesem Blickwinkel zur guten alten Zeit verklärt.

Als Gorbatschow 1985 das Amt des Generalsekretärs erklomm, horchte die Welt auf. Demokratisierung, Abbau der zentralistischen Strukturen, Einführung marktwirtschaftlicher Elemente und das Ende der Stagnation in Partei, Staat und Gesellschaft waren die Stichworte, unter denen Gorbatschow die Sowjetunion in eine neue Phase der Entwicklung des Sozialismus führen wollte.

Die Ausgangslage für dieses Unterfangen war recht schwierig. In den siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre war das langsame Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung nicht nur zum Stehen gekommen, sondern in eine krisenhafte Zuspitzung umgeschlagen. Die von Andropov angedeuteten Reformen waren unter Tschernyenko wieder revidiert worden, und Gorbatschow mußte Anstrengungen unternehmen, diese zu reaktivieren. Aber der neue Generalsekretär wollte und will noch mehr: Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, Effektivierung der wirtschaftlichen Aktivitäten und die reale Wahrnehmung der Avantgarderolle durch die Partei - dies waren und sind die Schlagworte, mit denen Gorbatschow seine Politik umreißt und durchsetzen will. Doch wie dies gelingen soll, wird angesichts der Verhältnisse in der UdSSR immer unklarer.

Effektivierung der Wirtschaft

Mit dem Antritt Gorbatschows wurde in der UdSSR offiziell bestätigt, was im Westen schon lange gehandelt wurde: die Ökonomie des Landes sei ineffektiv, zu schwerfällig und nicht in der Lage, die elementaren Bedürfnisse des Volkes auf Dauer zu sichern. Insbesondere die zentrale Planbürokratie mit ihrer undurchsichtigen und schwerfälligen Art der Wirtschaftslenkung steht im Mittelpunkt der Kritik. Die Gängelung der Betriebe und Kolchosen durch die Moskauer Zentralinstanzen sollte aufgehoben und dadurch ein Impuls zur Ankurbelung der Ökonomie freigesetzt werden. "Eine prinzipiell wichtige Forderung ist die Umgestaltung der Betriebe und Vereinigungen auf Eigenerwirtschaftung und Eigenfinanzierung. Das bedeutet, daß mit denen von ihnen erwirtschafteten Mitteln alle laufenden Aufwendungen, einschließlich der Lohnkosten, und Investitionen zur Erweiterung und Rekonstruktion der Produktion sowie für die soziale Entwicklung der Arbeitskollektive gedeckt werden müssen. Die Finanzierung aus dem Haushalt bleibt der Lösung besonders großer und wichtiger staatlicher Aufgaben vorbehalten. Zugleich werden den Betrieben umfassende Möglichkeiten für die verantwortungsbewußte Inanspruchnahme eines Bankkredites eingeräumt. Somit muß das Arbeitskollektiv die volle ökonomische Verantwortung für die Ergebnisse seiner Tätigkeit übernehmen." (aus: Über die Aufgaben der Partei zur grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftsleitung, Referat Gorbatschows auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 25. Juni 1987) Derartig arbeitende Betriebe sollten gleichsam eine neue Form der sozialistischen Konkurrenz aufbauen. Mit Hilfe dieser begrenzten betrieblichen Autonomie hofften Gorbatschow und seine Reformer, die schlummernden Potenzen der sowjetischen Ökonomie wachzurütteln. Gleichzeitig sollten durch das Gesetz über die volle wirtschaftliche Rechnungsführung die Kompetenzen der obersten Planungsbehörden beschnitten bzw. eingeschränkt werden. So sollte nach diesem Gesetz GOSPLAN nicht mehr den Betrieben zu 100% vorschreiben, was sie zu

produzieren hätten, sondern die staatlichen Aufträge sollten sich an Mindestmargen orientieren, die zur Bedarfsdeckung der Bevölkerung unbedingt erforderlich sind.

Rechtlich gesehen sind mittlerweile die meisten Betriebe der Sowjetunion eigenständig, aber der Alltag wird nach wie vor von GOSPLAN und den Ministerien bestimmt. So dürfen die Kollektive zwar bestimmen, was etwa von den betrieblichen Gewinnen in den Sozialfond einfließt und wofür dieses Geld ausgegeben werden soll, aber die Aufträge der oberen Instanzen sind so bemessen, daß den Betrieben kaum Spielraum für eigene Produktionsentscheidungen und somit Gewinnmöglichkeiten bleibt. Diese den gesetzlichen und politischen Initiativen zuwiderlaufende staatliche Auftragsvergabe konterkariert jedes Reformbemühen. Zudem wird durch ein derartiges Verhalten der Bürokratie die derzeitige miserable Versorgungslage weiter verschlechtert und eine Lösung oder Besserung nicht nur immer weiter hinausgezögert, sondern auf lange Sicht unmöglich gemacht.

Demokratisierung von Staat und Gesellschaft

Unter dieser Losung sollte der Versuch der ökonomischen Effektivierung politisch abgesichert und untermauert werden. In der Öffentlichkeit wird sowohl über die bestehenden Mängel der Gesellschaft und des Alltags gesprochen, als auch zur Politik des Generalsekretärs Stellung genommen. Und diese Stimmen werden seit einiger Zeit immer kritischer. So ist es mittlerweile weit verbreitet, sich zwar über diese neuen Möglichkeiten der Meinungsartikulation zu freuen, aber gleichzeitig auch eine wachsende Ungeduld mit der momentanen Politik zu äußern. So sieht sich das Volk auf den Hund gekommen. Denn in einem Spruch, der derzeit umläuft, heißt es, daß die Kette zwar jetzt einen Meter länger geworden der Freßnapf aber zwei Meter weiter weg sei. Nur bellen darf man, soviel man will. So werden auf der einen Seite die Wahlen zur Besetzung von Betriebsleiterposten ebenso positiv bewertet wie die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten. Es wird auf der anderen Seite aber auch erwartet, daß sich durch und nach solchen Wahlen etwas an den Verhältnissen im Land konkret ändert. Dies ist aber genausowenig der Fall, wie die verbreitete Annahme, daß Gorbatschow Fleisch in die Läden zaubern könne, realistisch ist.

Gleichzeitig ergibt sich für Gorbatschow noch ein weiteres Problem: die Partei. So kritisierte er auf dem Januar-Plenum des ZK 1987 die mangelnde Geschwindigkeit der Demokratisierung und Öffnung der KPdSU. Es könne nicht angehen, daß die Partei der Gesellschaft eine radikale Reform verordne, sich selbst aber davon ausnehme. Wenn die Partei ihre Avantgarderolle nicht nur pro forma wahrnehmen, sondern real erfüllen wolle, müsse auch sie sich dem laufenden Prozeß unterziehen. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt nicht daran gedacht, die in der Verfassung festgeschriebene Rolle der Partei anzutasten.

Jahrzehntelang mehr ein Verwaltungsapparat denn eine agierende politische Einheit, ist sie derzeit weit davon entfernt, die politischen Vorgaben ihres Generalsekretärs mit Leben zu erfüllen. Analog zur Gesellschaft ist auch die KPdSU gespalten. Zunächst wird die Partei durch nationale Konflikte entzweit: die KP Litauens hat sich an dieser Frage gespalten, in Lettland und Estland laufen ähnliche Entwicklung ab; in den mittelasiatischen Republiken ist die KPdSU nicht dazu fähig, den auseinanderstrebenden Nationalitäten ein einigendes Band zu geben. Im Gegenteil: der Streit geht quer durch die regionalen und örtlichen Parteiorganisationen. Desweiteren fehlt die Partei als ideologisches Bindeglied. So ist es für viele Parteimitglieder erstaunlich, daß ihr ZK nicht mit einer Stimme spricht, sondern daß dort kontroverse Positionen vertreten werden. Diese an sich positive Entwicklung wirkt auf viele lähmend. Sie sind unfähig, sich ihre eigene Meinung zu bilden, und verharren aus Gewohnheit und zur Verteidigung der eigenen Privilegien auf altbewährten Positionen. Dieses Verhalten trifft besonders auf Leute zu, die in den siebziger Jahren in die Partei eingetreten sind, vielfach wegen der günstigeren Karrierebedingungen und weniger aus Überzeugung. In diesem Verhalten besteht zur Zeit ein wesentliches Hindernis bei der Realisierung der Reformen. Die KPdSU ist nicht darauf vorbereitet, ihren Mitgliedern den Weg in eine pluralistische Debatte zu weisen. So könnte der XXVIII. Parteitag im Sommer dieses Jahres zum Entscheidungsplenum der Perestroika werden.

Nach der Abschaffung des Artikel 6 der Verfassung der UdSSR, der die Führungsrolle der Partei festschrieb, wird sich auf dem Parteitag zeigen, ob es den Reformern in der Partei gelingt, die erstarrten Strukturen der Partei aufzubrechen. Das heißt durchzusetzen, daß die Delegierten aus direkten und geheimen Wahlen hervorgehen und daß der Parteitag verschiedene Plattformen in der Partei legal nebeneinander existieren läßt. An dieser Frage stehen sich die Plattform des Zentralkomitees und eine demokratische gegenüber. Diese hat sich um den Rektor der Moskauer Parteihochschule, Wiatscheslaw Schostakowski, gebildet und fordert das

Recht auf Fraktionsbildung, wie es vor dem X. Parteitag der KPdSU (damals KPR/B) bestanden hat, sowie gleiche und geheime Wahlen der Parteitagsdelegierten. Dies habe allerdings aus ihrer Sicht nur dann einen Sinn, wenn innerhalb der Partei unterschiedliche Plattformen mit ihren Programmen nebeneinander und somit zur Wahl stünden. Für die Unterstützer dieser Plattform ist diese Wahlfrage ein wichtiges Kriterium, denn sollten die Delegierten des XXVIII. Parteitag nicht aus solchen Wahlen hervorgehen, so beabsichtigen sie eine neue Partei sozialdemokratischen Typus zu gründen.

"Für einen demokratischen und menschlichen Sozialismus" - lautet der Titel der Plattform des ZK. Sie favorisiert nach wie vor das Prinzip des demokratischen Zentralismus. Wenn sich die Partei mehrheitlich für diesen Weg entscheiden sollte, wären zwar Gorbatschow und seine gemäßigten Reformer gestärkt, aber ob sich damit vermeiden ließe, daß viele Regionaleinheiten die Partei verlassen, ist fraglich.

Obendrein stellt sich für viele Mitglieder der KPdSU die Frage, ob die Schaffung des Amtes eines Präsidenten mit Sondervollmachten der richtige Weg ist, die UdSSR aus der Krise zu führen. So gelang es zwar Gorbatschow, den Obersten Sowjet von der Notwendigkeit eines solchen Amtes zu überzeugen, aber er wurde nur von 71 Prozent der Delegierten gewählt. Viele nutzten die Gelegenheit der geheimen Abstimmung, um ihr Mißfallen an der Politik Gorbatschows zu äußern. Aber dennoch ist er jetzt mit einer Macht ausgerüstet, die es gestattet, Gesetze und Verordnungen per Präsidialerlaß zu verkünden. Dies wäre im Moment auch die einzige Möglichkeit, den Widerstand der Moskauer Zentralbürokratie zu überwinden. Das Amt gibt ihm theoretisch die Chance, neue Rahmenbedingungen für radikalere Reformschritte herzustellen. Per "ukas" zu einer moderneren Sowjetunion? Beantworten läßt sich dies, wenn überhaupt, nur für den Einzugsbereich der Zentralbürokratie, denn das traditionelle Hineinregieren in die Republiken wird immer schwieriger. Nicht nur die Ostseerepubliken sagen sich von der Union los, auch die übrigen nicht zur RSFSR gehörigen Gebiete der UdSSR fordern eine größere politische Unabhängigkeit von Moskau. Sie erwarten von der Zentrale einen neuen Unionsvertrag, der die Interessen der unabhängigen Republiken besser berücksichtigt und die Kompetenzen Moskaus auf ein Minimum reduziert; die bisher praktizierte Umgangsweise mit diesen Problemen würde hingegen die existierenden Spannungen noch vergrößern. Zudem benötigt Gorbatschow auch Unterstützung aus diesen Republiken für seine Politik, will er sie gegen den konservativen Widerstand in der Partei durchsetzen.

Perestroika - Ursache der Krise?

In der offiziellen Presse wird die Stagnationsperiode unter Breschnew für die desolate Versorgungslage verantwortlich gemacht. Es gibt aber auch Stimmen, die die derzeitige Situation der Reformpolitik anlasten. Dies hat durchaus seine Berechtigung. Denn die 1987 beschlossenen Maßnahmen zur Effektivierung der Wirtschaft verbergen eine Vielzahl sich widersprechender Einzelmaßnahmen. So geht etwa die Regierung davon aus, durch eine Erhöhung der Löhne die Arbeitsmotivation der Beschäftigten zu steigern. Gleichzeitig soll aber verhindert werden, daß der schon vorhandene Kaufkraftüberhang weiter anwächst. So schwankt die Praxis zeitlich und örtlich zwischen den beiden Teilzielen, und der beabsichtigte soziale und ökonomische Effekt verpufft. Auch die neuen Genossenschaften sehen sich einer bürokratischen Wand gegenüber, an der viele Initiativen scheitern. Sie scheitern, weil die Genossenschaften fast 70% ihrer Einnahmen als Steuern abführen müssen, weil sie vielfach ihre Arbeitsmittel, Rohstoffe und Vorprodukte außerhalb der Legalität zu überhöhten Schwarzmarktpreisen besorgen müssen und somit aufgrund ihrer hohen Preise bei den Bürgern alles andere als beliebt sind. Zudem tragen sie wegen dieser Produktionsbedingungen nicht gerade zur Verbesserung des Warenangebots bei. Obendrein wurden die Absichten des Genossenschaftsgesetzes durch eine Regierungsinitiative zur Propagierung eines Pachtsystems unterlaufen. Statt eigene Genossenschaften zu gründen, sollten die Leute Betriebe bzw. Betriebsteile vom Staat pachten, um dann in den Konkurrenzkampf mit staatlichen Unternehmen zu treten.

Die Beseitigung der wirtschaftlichen Krisensituation mittels Reformpolitik scheint immer problematischer. So hat zwar Gorbatschow immer wieder daran erinnert, daß Glasnost und Perestroika keine kurzfristigen Erfolge zeitigen werden; im Bereich der Ökonomie ist er aber an solchen nicht nur interessiert, sondern darauf angewiesen. Aber zur Lösung dieser Aufgabe stehen den Verantwortlichen nur noch Monate zur Verfügung. Monate, in denen sich voraussichtlich die wirtschaftliche Misere weiter verschärfen wird. So wird es zunehmend schwieriger, die Lücke zwischen dem Warenangebot und der vorhandenen Kaufkraft zu schließen. Wie dies aber angesichts einer schwerindustriell dominierten Wirtschaftsstruktur kurzfristig zu bewerkstelligen sei, ist unklar. Denn die Umstrukturierung der Wirtschaft in Richtung stärkerer Konsumgüterproduktion ist eine

langfristige Aufgabe, die zudem von sozialen Härten und hohen gesamtgesellschaftlichen Kosten begleitet sein wird. Ein Teil dieser notwendigen Staatsausgaben wurde bisher auf dem Weltmarkt realisiert, auf dem sich aber die sowjetische Konkurrenzposition verschlechtert hat und somit die Preise für Waren aus der UdSSR gefallen sind. Die Außenverschuldung der UdSSR beträgt zur Zeit 32 Mrd. Rubel in konvertierbarer Währung. Dies scheint zwar nicht besonders hoch, zu bemerken ist aber, daß bereits ein Drittel der Deviseneinahmen für den laufenden Schuldendienst aufgewendet werden, so daß sie für einen Importschub von Gebrauchsgütern zur Entlastung des Binnenmarktes nicht zur Verfügung stehen.

Ein weiteres Problem, das sich auch auf die wirtschaftliche Lage des Landes auswirkt, sind die nationalen Konflikte. So wirkt sich die Blockade Armeniens durch Aserbaidschan auch auf die Versorgung der übrigen Republiken aus. Die Leitungen der Republiken neigen immer mehr dazu, ihre wirtschaftlichen Ressourcen planwidrig der Union vorzuenthalten. Dies führt zwar zu einer tendenziellen Verbesserung der Versorgung mit bestimmten Gütern in den jeweiligen Republiken, die übrigen Staaten der UdSSR gehen aber leer aus.

Die Rezepte und Überlegungen der Reformer tendieren auf eine schrittweise Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen und Mechanismen. Dies erfordert allerdings Zeit und Geduld. Beides aber steht Gorbatschow und seinen Leuten immer weniger zur Verfügung. Die Menschen erwarten von ihm, besonders nach seiner Wahl zum Präsidenten, daß er das Land aus der Misere führt und schnell für volle Regale in den Geschäften sorgt. Das ist die Meßlatte des Erfolgs für seine Politik. Und diese rückt angesichts der schwierigen Verhältnisse in der UdSSR in immer größere Höhen.

Innerhalb der KPdSU wird der Widerstand gegen diese Politik stärker. Auf der einen Seite stehen die sogenannten radikalen Reformer um Boris Jelzin, die jede Gelegenheit nutzen, die desolate Verfaßtheit der Gesellschaft dem zu langsamen Tempo der Perestroika anzulasten. Sie fordern ein Ende des Zentralismus; es müßten endlich gleichberechtigte förderative Strukturen in der UdSSR aufgebaut werden. Auch die wirtschaftlichen Vorhaben der Regierung Gorbatschow werden als zu halbherzig kritisiert und eine offensivere Gangart bei der Einführung markwirtschaftlicher Mechanismen gefordert.

Auf der andere Seite formieren sich die konservativen Kritiker. Neben Jegor Ligatschow, dem schon bekannten Gegenspieler Gorbatschows, äußern sich zunehmend auch andere. So etwa der Botschafter der UdSSR in Warschau, Valentin Browikow: "Es ist in Mode gekommen, für alle unsere Mißstände die Vergangenheit verantwortlich zu machen. Womit wir aber jetzt konfrontiert sind, ist nicht das Resultat der Stagnation von gestern, sondern der Perestroika. Es ist ein Jammer, daß wir uns nicht von der Macht eines einzelnen Mannes in Partei und Staat lösen können. In weniger als fünf Jahren hat Staats- und Parteichef Gorbatschow das Land in den Vorhof der Krise befördert und es an jene Grenzen geführt, an der wir uns Angesicht zu Angesicht gegenüber einer Orgie der Anarchie sehen." (taz, 8.2.90)

Trotz derartiger Kritiken an seiner Person wurde Gorbatschow zum Präsidenten mit Sondervollmachten gewählt. Entweder weil die Konservativen keine Alternative zu ihm haben oder weil sie gerade das Präsidialamt für ihre Vorstellungen geeignet halten. Auch der Generalstabchef der Sowjetarmee, General Michail Moissejew, stimmt in die Kritik Browikows ein. Er prangert besonders den Verzicht auf den Artikel 6 der Verfassung der UdSSR an, der das Machtmonopol der KPdSU festschreibt, und macht die aktuelle Parteiführung sowohl für die materielle Lage als auch für den wachsenden Unmut in der Bevölkerung verantwortlich. Obendrein habe die Parteiführung keine konzeptionelle Antwort auf die Veränderungen in Osteuropa, im Warschauer Vertrag und in der UdSSR selber. Zudem müsse sich die Führung dem Vorwurf aussetzen, daß sie durch den Beschluß der Abschaffung des Artikels 6 die Armee aus dem politischen Leben ausgrenzen wolle, da durch den veränderten gesellschaftlichen Status der Partei, die Funktion der politischen Organe in den Streitkräften in Frage gestellt sei, was zu einer weiteren Verschlechterung der Stimmung in der Armee beitragen werden. Wie dies aus seiner Sicht verhindert werden könnte, gab der General allerdings noch nicht zum Besten.

Noch ein weiterer Bruchpunkt zeichnet sich ab. So verlief die Tagung des ZK-Plenums, das vor und nach dem 3. Kongreß der Volksdeputierten stattfand, alles andere als harmonisch. Gestritten wurde u.a. um das Problem der Gründung einer KP des russischen Kernlandes. Nach Angaben des Direktors der Moskauer Parteihochschule würde diese neue Partei rund 85 Prozent aller Mitglieder und Kandidaten der gesamten KPdSU umfassen. Diese KP der RSFSR würde aufgrund des konservativen Potentials der KPdSU zu eine Art Betonsaurier werden und die Bewegungsfreiheit Gorbatschows erheblich eingrenzen. Insbesondere der

Leningrader Parteichef Boris Gidaspow forciert die Gründung einer solchen KP. Die Leningrader national-patriotische Bewegung ist gleichsam der Versuch, ein populäres konservatives Bündnis gegen den als fortschrittlich geltenden Populisten Jelzin zu installieren.

Dieser unterstützt mit der "überregionalen Delegiertengruppe", zu der auch Sacharow gehörte, die demokratische Plattform. Da Jelzin ZK-Mitglied ist, sah sich Jegor Ligatschow auf der besagten ZK-Sitzung gezwungen, einen scharfen Angriff gegen die aufkommende Sozialdemokratie in der UdSSR zu führen: "In unserer Gesellschaft haben sich Kräfte und Menschen artikuliert, die unter dem Deckmantel der von ihnen manipulierten Losungen die Gesellschaft und die Partei ruinieren und die leninschen Prinzipien ihres Aufbaus und ihrer Tätigkeit annullieren wollen. Einfacher gesagt: sie in eine Sozialdemokratie umzuwandeln, das Privateigentum im Lande einzuführen und die kapitalistische Produktion zu restaurieren versuchen. Dabei weisen sie auf das Beispiel Osteuropa hin (...) Ganz offensichtlich vollzieht sich dort die groß angelegte Abkehr vom Sozialismus (...) Der NATO-Block festigt sich, die sozialistische Gemeinschaft zerfällt (...) Ich bin davon überzeugt, daß vor allem die Schwächung der Partei selbst - organisatorisch und ideologisch - unser Land in den Krisenzustand geführt hat (...) Sehen Sie nur, wieviel Beunruhigung und scharfe Kritik in diesem Zusammenhang bei der Wahl des Präsidenten auf dem Deputiertenkongreß ausgesprochen worden ist. Deshalb möchte ich die Frage stellen: Kann die herrschende Partei das alles ruhig mit ansehen?" (Die Zeit, 30.3.90)

Angesichts solch scharfer Kritiken am Kurs des Generalsekretärs wird ein Grund sichtbar, warum Gorbatschow sich zum Präsidenten wählen ließ: eine größere Unabhängigkeit von den konservativen Bremsern, die Hoffnung, mit Notverordnungen bzw. Sondervollmachten an der Partei vorbei zu regieren. Bevor dieses aber funktionieren kann, wird er auf dem kommenden Parteitag eine harte Auseinandersetzung gerade gegen die konservativen Kräfte in der Partei führen müssen. Um aus dieser erfolgreich hervorzugehen, muß er Bündnisse eingehen. In der jetzigen Situation kommen dafür nur die Radikalreformer in Frage. Sollte dies zustande kommen, wird es in absehbarer Zeit ein Mehrparteiensystem in der UdSSR geben. Ob damit die schwierige Gesamtsituation der sowjetischen Gesellschaft schneller einer Lösung zugeführt werden kann, wird sich noch herausstellen müssen.

Vor diesem Hintergrund bleibt es abzuwarten, ob der bevorstehende XXVIII. Parteitag einen notwendigen Impuls für eine neue, radikalere Etappe der Perestroika geben kann. Ebenso offen ist dabei allerdings, ob in diesem Prozeß die UdSSR in ihrer heutigen Form und Stärke erhalten werden kann.

as

18. US-Rückzug aus Korea? - Anmerkungen zu einem Aufsatz in der "Foreign Policy" (Washington), von Rainer Werning

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Korea (Süd) · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:16

" (...) Es gibt keine Anklage", schrieb Günther Anders 1968 in seinem ABC der Aggressionen heute - Visit beautiful Vietnam, "die furchtbarer wäre, als jener amtliche amerikanische Bericht über die 77.000 Tonnen von Bomben, mit denen die Armee Johnsons (des damaligen US-Präsidenten; R.W.) im Monat März 1967 Vietnam auszurotten, bzw. die Freiheit der freien Welt zu retten, versucht hat. Es gibt keine Bezichtigung, die unwiderlegbarer wäre, als die Selbstbezichtigung der Amerikaner. 77.000 Tonnen. Was bedeutet diese Ziffer? Daß Korea, das monatlich nur den Abwurf von 17.000 Tonnen zu erdulden gehabt hat, in seinen schlimmsten Tagen ein glückliches Land gewesen sein muß."

Elf Jahre später - 1979 - bilanzierte der ebenso scharfsichtige wie scharfzüngige Anders in einem Gespräch mit Mathias Greffrath den als Zerstörung der Zukunft ausgelegten Schrecken der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. "Man sagt: Wer hat, der kriegt", so Anders in diesem Interview, "das gilt aber auch negativ: Wer leidet, wird dafür bestraft".

Führwahr. Furchtbar gestraft wurden die Völker Vietnams, Laos' und Kambodschas durch eine Kriegsführung, die in dem "Krieg vor Vietnam", in Korea nämlich, ihre "Generalprobe" erlebte. Auf der in der Schlacht-, schließlich in ein Trümmerfeld verwandelten koreanischen Halbinsel wurde von 1950 bis 1953 die Modernisierung des Völkermordes ins Werk gesetzt, - von der chemischen bis zur biologischen bzw. bakteriologischen (z.B. Milzbrand erzeugenden) Kriegführung. Hätte man ihm freie Hand gelassen, wäre der Oberkommandierende der US-Streitkräfte im Fernen Osten, General Douglas MacArthur, mit der Atombombe über den Yalu-Fluß gezogen, um die Großstädte im chinesisch-sowjetischen Grenzgebiet zu "pulverisieren". Während der Reagan-Ära, da in der Region vorrangig die Sowjetunion und die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) als Inkarnation des Satanischen galten, mußte man zeitweilig befürchten, diese Länder würden von Onkel Sam zur Dankesschuld genötigt, da dieser in jenen heißen Kriegsjahren auf eben solches "Pulverisieren" verzichtete.

37 Jahre nach Ende des Korea-Krieges scheinen sich Modifizierungen im amerikanisch-(süd)koreanischen Verhältnis abzuzeichnen. Zumindest vier zentrale Punkte könnten für diesen Prozeß den Ausschlag geben:

(1) Die traditionelle Herr-Knecht-Beziehung, da die südkoreanischen Regimes Vasallen ihres transpazifischen "Big Brother" waren, läßt sich angesichts des über die markanten Wirtschaftserfolge Seouls vermittelten gesteigerten Selbstbewußtseins mit seinem virulenten Antiamerikanismus als eine Facette mittlerweile nicht mehr in gewohnter Weise aufrechterhalten.

(2) Die notorisch der DVRK unterschobene Aggressionsabsicht wird, wenngleich noch nicht durchgängig, so doch in wachsendem Maße in amerikanischen Planungsstäben (namentlich des State Departments und Pentagons) einer kritischen Überprüfung unterzogen.

(3) Die unter Michail Gorbatschow eingeleitete Politik der "Perestrojka" hat in Ostasien das starre Bündnisgeflecht beider Koreas aufgelockert. Mit der Konsequenz, daß Seoul der Einbruch in die Phalanx "der Freunde seines Erzfeindes" Pjöngjang gelang, was sich bislang in der politisch-diplomatischen Aufwertung Seouls in nahezu sämtlichen Ländern Osteuropas sowie im drastisch gestiegenen Handel mit der Sowjetunion und VR China niederschlug.

(4) Ein ökonomisch wie militärisch dem Norden weit überlegenes Südkorea gilt als ausreichend konsolidiert, um seine "nationalen" Belange eigenständig wahrzunehmen bzw. notfalls auf einen militärisch stärkeres Profil zeigenden Bundesgenossen (Japan) zurückgreifen zu können.

All diese Punkte sind in einem bemerkenswerten, zur Jahreswende in der Washingtoner Quartalszeitschrift Foreign Policy (Nr. 77, S. 77-93) veröffentlichten Beitrag explizit unter dem kategorisch anmutenden Titel "Leaving Korea" angesprochen. Der Autor dieses Aufsatzes, Doug Bandow, diente Präsident Reagan von

1981 bis 1982 als Sonderbeauftragter für politische Planung und arbeitet momentan an einer demnächst publizierten Studie "Defending America in a Changing World: The Case of Korea."

In zweierlei Hinsicht verdient Bandows Aufsatz Aufmerksamkeit; beredt plädiert er für ein geringeres US-amerikanisches Profil in Südkorea und läßt dabei Argumente aufscheinen, die vor nicht allzu langer Zeit als Destabiliserungsmanöver der Führungsmacht des "freien Westens" denunziert worden wären. Im Andersschen Sinne also betreibt Bandow eine (beabsichtigte/ungewollte!?) Selbstbezichtigung, die zur eingehenden Diskussion der genannten vier Punkte herausfordert.

Vom Big Brother zum Partner

Ausgangsposition Bandows ist das, was er die Zerrüttung (deterioration) des bilateralen Verhältnisses nennt. Diese sei wesentlich im vergangenen Jahrzehnt, vor allem während des Kwangju-Massakers im Mai 1980 (das etwa 2.000 Menschen das Leben kostete) und auf dem Höhepunkt der Massenproteste im Sommer 1987, offenkundig geworden. Für die Südkoreaner sei der 1978 geschaffene Combined Forces Command (CFC), der - weltweit einzigartig - dem Oberkommandierenden der auf der Halbinsel stationierten US-Streitkräfte gleichzeitig die Befehlshoheit über das südkoreanische Militär zuweist, zunehmend zum Stein des Anstoßes geworden. Mittlerweile zeichne selbst Teile des südkoreanischen Establishments ein (latenter) Antiamerikanismus aus, der Seouls international wie regional gewachsene Reputation flankiere. Die von Bandow konstatierte "verlustig gegangene raison d'^etre der südkoreanisch-amerikanischen Allianz" habe sich jüngst u.a. darin gezeigt, daß ein von der Regierung Roh Tae Woo eingesetzter Untersuchungsausschuß den zur Zeit des Massakers von Kwangju im Lande akkreditierten US-Botschafter William Gleysteen und den amerikanischen Oberbefehlshaber General John Wickham zwecks Zeugenaussagen nach Seoul einlud. Die Zeugen erschienen nicht; stattdessen antwortete das State Department lapidar, es sei abwegig, von einer amerikanischen Verstrickung in das Kwangju-Massaker auszugehen.

So plausibel der Antiamerikanismus durch Bandows Hinweise erscheint, so wenig erschließen sich daraus dessen Ursachen. Dazu bedarf es einer umfassenderen, historischen Aufarbeitung der Voraussetzungen/Basis des (süd)koreanisch-amerikanischen Verhältnisses. Mögen die Ursprünge des Korea-Krieges in der Forschung umstritten bleiben, so ist zumindest die - wenngleich unterschiedlich gewichtete - Rolle der beiden Großmächte USA und UdSSR als Befriedungsfaktor nach dem Zusammenbruch der japanischen Gewaltherrschaft (1945) unstrittig. Unverhüllter als die Sowjetunion, welche die um Kim Il Sung gruppierte Widerstandsfraktion im Norden stützte, intervenierten die USA im Süden und installierten dort gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit den eigens aus den Vereinigten Staaten eingeflogenen Dr. Syngman Rhee als Präsidenten. Die Hoffnungen der Koreaner, die Nachkriegsära als langjährige Opfer von Fremdbestimmung zum Neubeginn ihrer Eigenständigkeit zu gestalten, zerschlugen sich nicht nur. Überlagert wurden sie von eskalierten Feindseligkeiten, die über die Teilung des Landes (1948) in einen von außen mitgesteuerten, mörderischen Bruderkrieg mündeten, der lediglich durch einen am 27. Juli 1953 zwischen der VR China, den USA und Nordkorea geschlossenen Waffenstillstandsabkommen (dessen Unterzeichnung Südkorea verweigerte!), nicht aber qua Friedensvertrag beendet wurde.

Mittels umfangreicher Wirtschafts-und Finanzhilfe aus den Vereinigten Staaten und (seit 1965 verstärkt aus) Japan gelang der aus Militärs und Staatsbürokratie gebildeten südkoreanischen Elite ein beispielloser ökonomischer Höhenflug, der sich gerade entgegen dem als Allheilmittel gepriesenen freien Spiel der Marktkräfte durch Rigidität, Zentralismus und Kommandotum auszeichnete. Seit Mitte der 80er Jahre, als sich diese von den USA geschätzten, gar teils "anerzogenen" Tugenden gegen sie selbst zu kehren begannen - sichtbarster Ausdruck sind die vis-à-vis Seoul immens gewachsenen amerikanischen Handels- und Zahlungsbilanzdefizite -, schürten die dem Land oktroyierten Liberalisierungsbestimmungen allgemein die Skepsis gegenüber der Politik Washingtons. Eine solche Entwicklung könnte sich paradoxerweise als "national" konsensstiftend erweisen - dergestalt, daß zwischen Regierung, parlamentarischer Opposition und außerparlamentarischem Widerstand der Antiamerikanismus zu einer Klammer wird, die den Dialog mit dem politisch isolierten, militärisch und ökonomisch rückständigen und waffentechnologisch unterlegenen Nordkorea Kim Il Sungs erleichterte.

Pjöngjang - Feindbild passé?

Bei aller gegenseitigen propagandistischen Verteufelung sind dennoch qualitative Unterschiede auszumachen: Prangerte Seoul die Nordkoreaner als Ausgeburt des Diabolischen an, so geißelte Pjöngjang die südkoreanischen (Militär)Regimes im Gegenzug als "Lakaien des US-Imperialismus". Staatlicher Antikommunismus drüben und staatlich verordneter Antiimperialismus hüben zementierten nicht nur langjährig die Fronten im Bruderzwist. Für die USA, so Bandow, ergebe sich bei der Wahrung ihres Einflusses auf der Halbinsel nunmehr die Möglichkeit, den mit Südkorea geschlosse nen gemeinsamen Verteidigungsvertrag (1954) als obsolet zu betrachten, ihre ca. 150 taktischen Atomsprengköpfe (Nordkorea besitzt keine) sowie ihre GI's abzuziehen, die CFC-Spitze mit einem südkoreanischen General zu besetzen und last but not least die direkten Kontakte mit Pjöngjang zu knüpfen bzw. zu intensivieren. Über den Entspannungseffekt hinaus erwiesen sich derartige Avancen von finanziellem Vorteil; die auf jährlich ca. 20 Mrd. Dollar geschätzen "Sicherheitsverpflichtungen" gegenüber Seoul könnten drastisch reduziert bzw. für die fortgesetzte Modernisierung seiner Militärtechnologie verwandt werden. Das alles klingt umso erstaunlicher, als noch bis vor wenigen Monaten Nordkorea auf einer Stufe mit dem Libyen unter Oberst Muammar al-Gaddafi aufgrund seines vermeintlichen "terroristischen Netzwerkes" als ächtungs- und bestrafungswürdig galt. Wieso dieser plötzliche Gesinnungswandel?

Bandow führt dafür Vergleichszahlen an, die vor kurzem gleichsam als propagandistisch gefärbt unter den Tisch gekehrt worden wären. Hat das durchschnittliche Jahresprokopfeinkommen in Südkorea bereits die 4.000$-Marke überschritten, beträgt es im Norden lediglich ein Viertel dieser Summe. Bereits 1985 ging die einflußreiche amerikanische Rand Corporation davon aus, daß Nordkorea um nur mit den jährlich um 6 bis 7% steigenden Verteidigungsausgaben Seouls gleichzuziehen, im kommenden Jahrzehnt pro Jahr bis zu 42 Prozent seines BSP für dieselben Zwecke aufzuwenden habe. Etwas verhaltener, in der Substanz freilich diese Einschätzung bestätigend, drückten sich der vormalige und gegenwärtige US-Kommandeur in Korea, die Generäle William Livsey und Louis Menetrey, aus. Ohne die Vereinigten Staaten als Element einer Gleichung ins Kalkül zu ziehen, so die beiden Militärs, sollte Südkorea aufgrund seines militärischen Gleichgewichts mit dem Norden Mitte der 90er Jahre eigenständig die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel zu garantieren imstande sein. Da Militärs erfahrungsgemäß dazu neigen, mit Gleichgewicht/Stabilität ein eigenes Übergewicht euphemistisch zu umschreiben, dürfte ersichtlich sein, daß das noch zu Beginn der Reagan-Ära maßlos dem Norden unterschobene militärische Übergewicht einer durchsichtigen Zwecklüge entsprach.

Südkorea im Aufwind

Wieder einmal entspricht es der List der Geschichte, daß der eigentliche Gewinner der gesellschaftspolitischen Umwälzungen im "Roten Osten" das langjährig mit Abstand verbissenste antikommunistische Südkorea wurde. Dies geschah weniger aufgrund einschneidender Entwicklungen im eigenen Lande, als vielmehr durch die im Zuge der "östlichen Wenden" bedingten Auflösungsprozesse traditioneller Bündnissysteme. Seouls unmittelbarer Nutzen ist nicht nur an seinem beachtlichen politisch-diplomatischen Terraingewinn in den Ländern Osteuropas meßbar. Es hat zudem im Handel mit der VR China (gegenwärtig reichlich drei Milliarden Dollar) Pjöngjang längst abgehängt und richtet sich nach der Intensivierung bilateraler Wirtschaftsbeziehungen und der Durchführung von joint ventures (Gemeinschaftsunternehmen) auf die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion ein. Das scheint allenfalls eine Frage der Zeit zu sein, berücksichtigt man nur solche Überlegungen, wie sie jüngst in der offiziösen Moskauer Wochenzeitschrift Neue Zeit (Nr. 10/1990) geäußert wurden.

"Journalisten, die heute in die KDVR (Nordkorea; R.W.) reisen", schrieb darin der sowjetische Korrespondent Leonid Mletschin, "haben eine Ausweichmöglichkeit gefunden: Sie reproduzieren wortwörtlich entweder die Huldigungen an den großen Führer Kim Il Sung und an den geliebten Leiter Kim Jong Il, oder das, was diese selbst gesagt haben. Der Effekt ist stark genug, aber nur für solche, die es über sich bringen, das alles zu lesen. Unser Land braucht Verbündete. Nicht aber, um Kampfhandlungen zu bestehen, bei denen man sich über jedes Bajonett freuen muß. (...) Wir brauchen Verbündete und Partner für eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung und für die Lösung von weltweiten Problemen. In diesem Sinne könnte die Republik Korea Verbündeter und Partner werden, denn sie ist ein dynamisch sich entwickelnder Staat, der sich von einem autoritären Regime auf die Demokratie zubewegt. Schon längst sagen sowjetische Wissenschaftler, daß es erforderlich ist, diplomatische Beziehungen zu Seoul aufzunehmen". (S. 21)

Demgegenüber zieht Pjöngjang offensichtlich (noch) puristische Bekenntnisse zum "Marxismus-Leninismus und den Juche-Ideen" einer unter Wahrung seiner Handlungsspielräume innen- wie außenpolitisch flexiblen

Haltung vor. Wie anders ist das kürzliche Zusammentreffen von Chinas KP-Chef Jiang Zemin und Kim Il Sung in Pjöngjang zu werten, bei dem beide Politiker ihr Festhalten am und unerschütterliches Vertrauen in den Sozialismus (etatistischer Prägung; R.W.) bekräftigten?

Regionale Friedensinitiativen?

All das spricht dafür, daß Seoul zumindest auf absehbare Dauer diplomatisch in der Offensive bleibt und seine (wirtschafts)politische Stellung in der Region in einem Maße stärkt, daß Optimisten unter den Experten es schon bald in der Position eines Gläubigers wähnen, der seinerseits vis-á-vis den südostasiatischen Anrainern Stabilisierungsfunktionen ausüben könnte. Wie wirkte sich in einem solchen Szenario Seouls militär(technolog)ische Überlegenheit gegenüber Pjöngjang aus?

Indizien sprechen dafür, daß dadurch zumindest eine (potentiell drastische) Reduzierung der US-Truppenpräsenz eingeleitet werden könnte und Washington im Kontext des faktisch existenten Dreierallianzsystems (USA-Südkorea-Japan) letzteres gern militärpolitisch aufgewertet sähe. Bekanntlich besitzt Japan ein (auch militär)technologisches Know-how, das es ihm ermöglichte, sozusagen aus dem Stehgreif eine seinem Gewicht angemessene military posture zu zeigen. Seit Mitte der 80er Jahre hat Tokio die sich eins selbst auferlegte Bescheidung, gemäß seinem Verfassungsartikel Nr. 9 (Verbot der Wiederbewaffnung) nurmehr ein Prozent seines Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke aufzuwenden, unterlaufen. Überdies mehren sich in Japan die Stimmen, die in einer unmittelbar nach 1945 verständlichen Selbstbeschneidung heute eine unzulässige, anachronistische Selbstbescheidung sehen.

In diesem Zusammenhang zitiert Bandow den mittlerweile vom State Department zum Pentagon übergewechselten und dort als Under Secretary tätigen Paul Wolfowitz, der im Juni 1989 den US-amerikanischen Rückzug aus Korea öffentlich andeutete, was freilich verdeckte US-Interventionen nicht ausschlösse und unzweifelhaft den Vorteil genösse, Onkel Sam als friedliebende Kraft zu präsentieren, der seinen big stick endgültig beiseite gelegt habe. Schließlich bewegte sich dies innerhalb eines Konzeptes, das, heute zunehmend in Kreisen amerikanischer Militärstrategen und Außenpolitiker diskutiert, die "USA-dominierte kollektive Verteidigung" in ein Netz "regionaler Sicherheitsvereinbarungen" einwebte.

Fazit: All jenen, denen an einer ernsthaften Entspannung auf der koreanischen Halbinsel sowie am "Bröckeln des koreanischen Mauerwerks" gelegen ist, können wesentliche Ausführungen Bandows als argumentative Erweiterung ihrer eigenen politischen Eingriffsmöglichkeiten dienen. Dabei gilt es u.a., sich mit organisatorischen Ansätzen wie dem International Committee for Peace & Reunification of Korea, regionalen Friedensgruppen, nichtstaatlichen Organisationen in Korea und Initiativen in Richtung diplomatischer Anerkennung Nordkoreas zu solidarisieren. Deren gemeinsamer Nenner ist klar formuliert:

- Förderung sämtlicher mit friedlichen Mitteln durchgeführter Annäherungsprozesse zwischen den beiden Korea;

- Abzug aller ausländischen Truppen und Atomwaffen von der koreanischen Halbinsel;

- Umwandlung des seit 1953 bestehenden Waffenstillstandsabkommens in einen Friedensvertrag und schließlich

- die beiderseitige Ausdünnung der Streitkräfte in Nord wie Süd.

Wieso eigentlich sollte nicht dem "koreanischen Ochsen" (dazu als Opfer von Aggression und Spaltung) gestattet sein, was sich der "deutsche Jupiter" im Hinblick auf seinen nationalen Einigungsprozeß als selbstverständlich herausnimmt?

19. Nebelvorhang Drogenkrieg Die Anbauländer und der "neue Hauptfeind"

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:15

Unter dem Vorwand, einen "Krieg gegen Drogen" zu führen, werden in Lateinamerika Landreformen verhindert und die Bewohner vertrieben. Der Drogenhandel ist ein zu großes Geschäft, als daß sich die Profiteure dieses Business von moralischen oder humanistischen Bedenken zu einem tatsächlichen Feldzug gegen Drogen bewegen ließen.

Mitte des vergangenen Jahrhunderts wurde die Cocapflanze von über 10 Mio Menschen auf der ganzen Welt konsumiert. Heute noch dient 10% der Ernte in Bolivien und Peru den gleichen Zwecken wie damals: gekaut vertreibt das Cocablatt Hunger und Müdigkeit; als Grundstoff für einheimische Medikamente und Bestandteil ritueller Handlungen ist es aus dem lokalen Kulturkreis nicht wegzudenken.

Aufstieg einer Kolonialpflanze

Die Entwicklung der Droge Kokain 1860 in einem deutschen Labor eröffnete einen Wirtschaftszweig, der, als er illegalisiert wurde, nahezu unbegrenzte Gewinnchancen bot. Zuerst förderten US-Amerikaner und Europäer den weiteren Anbau der Cocapflanze in Kalifornien, Florida, den Bergen nahe New York, Mexiko und auf den Antillen. Briten verbreiteten den Anbau in Queensland, Australien; französische und deutsche Missionare brachten die Pflanze 1885 nach Afrika.

Um Handel und Konsum einer anderen Droge, nämlich Opium, durchzusetzen, führten Frankreich und England im 19. Jahrhundert die historisch ersten Drogenkriege, die beiden sogenannten Opiumkriege gegen China (1839 und 1856). Ergebnis: der Opiumkonsum steigert sich in China von 6.000 Kisten (1820) auf 100.000 Kisten (1880). Hongkong wird Umschlagplatz Seiner Majestät von England. Um die Jahrhundertwende war Coca Anbauprodukt in beinahe allen europäischen Kolonien, Kokainhandel und -konsum waren so gut wie nicht illegalisiert. Deutsche und französische Jagdflieger verwendeten Kokain noch im Ersten Weltkrieg zur Sinnesschärfung. Erst in den 30er Jahren wurde der Cocaanbau in Südasien bekämpft. Seit den 40er Jahren ist er lateinamerikanisches Monopol.

Wie eh und je sind heute noch der herrschenden weltweiten Arbeitsteilung entsprechend fast ausschließlich Länder der "Dritten Welt" Rohstofflieferanten für die z.Zt. noch primär in den Industrieländern konsumierten Naturdrogen. Opiummohn kommt aus dem "Goldenen Halbmond" (Mittlerer Orient) sowie aus dem "Goldenen Dreieck" (Süd-Ost-Asien) und in begrenztem Umfang aus Mexico; Marihuana aus Nah- und Mittelost, Marokko, Mittelamerika und den USA; Coca stammt zu 55% aus Peru, gut 30% aus Bolivien, der Rest aus Kolumbien, Ecuador und Brasilien. Die kolumbianische Mafia, die sich in den sogenannten "Kartellen" der Städte Medellin und Cali organisiert hat, kontrolliert den gesamten Schmuggel von Lateinamerika aus in andere Kontinente.

Die Anbaufläche der heute im Mittelpunkt des Drogenkrieges stehenden Cocapflanze vergrößert sich rasant. Allein in Peru stieg sie in den letzten zehn Jahren auf das sechsfache. Fallende Weltmarktpreise für herkömmliche Agrarprodukte beschleunigen die Umstrukturierung bestehender Landwirtschaft auf Coca sowie die ökologisch gravierende Ausweitung von Cocafeldern. Auch wenn der Preis der Cocablätter in den letzten fünf Jahren auf ein Zehntel gefallen ist, verdienen CocaproduzentInnen bei drei bis fünf Ernten im Jahr immer noch das Vielfache von Kakao- oder KaffeepflanzerInnen. Seitdem die Länder Lateinamerikas, wie der "Dritten Welt" generell, aufgrund der Verschärfung der Verschuldungskrise ab 1982 zu Nettokapitalexporteuren mit extremem Devisenbedarf geworden sind (Schuldendienst übersteigt ausländische Neukredite und Investitionen), avancierte der Coca- Kokainhandel dort zum Wirtschaftsfaktor Nr. 1. Bolivien, das nach dem Niedergang der Zinnpreise den Schritt von der Metall- zur Cocawirtschaft vollzogen hat, bringt der Drogenhandel rund 700 Mio. US-Dollar, damit 60% der jährlichen Exporteinnahmen, ein. 1,2 Mrd. US-Dollar fließen nach Peru; 5 Mrd. US-Dollar nach Kolumbien, das nur so nach der von den USA heraufbeschworenen Nichtverlängerung des Internationalen Kaffeeabkommens im Juli/September 89 die Kaffeedevisenausfälle von allein 187 Mio. US-Dollar in sieben Monaten auffangen kann. Insgesamt teilen die Erzeugerländer, die der übrigen Drogen eingeschlossen, nicht mehr als 10% des Gesamtgewinns untereinander auf.

Wie bei allen Agroindustrien wird der Löwenanteil am Geschäft anderswo verdient. Auch die kolumbianischen Kartelle legen mindestens drei Viertel ihrer Einnahmen im Ausland an. Ein bolivianischer Bauer im Chapare erhält für die zur Herstellung eines Kilos Kokain notwendigen 500 Kilo trockener Cocablätter rund 150 US-Dollar. In Bogota kostet ein Kilo fertiges Kokain 2.000 US-Dollar, im US- Großhandel 12.000-20.000 US-Dollar, Straßenkokain kostet noch einmal mindestens das Zehnfache. Mit andern Worten: ein Tausendstel oder weniger verbleibt bei den Cocabauern.

Die Angaben über den weltweiten Jahresumsatz im Drogenhandel schwanken zwischen 150 und 500 Mrd. US-Dollar, mehr als das Erdölgeschäft einbringt. Nur der Waffenhandel ist noch lukrativer. Die Gelder werden im internationalen Finanzsystem gewaschen. In den USA z.B., wo man am liebsten den gesamten Drogenhandel national im Griff haben möchte, tragen diese Gelder nicht unerheblich dazu bei, das Außenhandelsdefizit des hochverschuldeten Landes zu verringern; anderswo ermöglichen sie die bewaffnete Austragung lokaler Konflikte. Zwischen Drogengeldern, die der Finanzierung von Kriegen dienen, und solchen, die als Vorwand dienen, Kriege zu führen, ist der Übergang fließend.

In Afghanistan stieg die Opiumproduktion nahe der pakistanischen Grenze in vier Jahren auf das Vierfache - um den Waffennachschub des US-gestützten Widerstandes zu gewährleisten. In der Bekaa-Ebene (Libanon) wurde unter der syrischen Armee der Marihuanaanbau durch das profitablere Opium ersetzt - um die kriegerischen Clan-Konflikte durch Drogenhandel über israelische und sizilianische Mittelsmänner zu bezahlen. Entsprechendes gilt für die Länder des "Goldenen Dreiecks". Iran-Contra-Gate brachte Oliver Norths jahrelangen Waffen-Drogen-Schmuggel im Dienst des Bush-geleiteten CIA ans Tageslicht, um die Contras in Nicaragua zu finanzieren. Die Drogengeschäfte seines Partners und CIA-Angestellten, des vormaligen Machthabers Panamas, Noriega, boten im Dezember 89 den Vorwand, eine blutige Invasion in das zentralamerikanische Land zu rechtfertigen.

Kolumbien

Mitte August 89 brach in Kolumbien ein Drogenkrieg aus, Bush erklärte im selben Jahr die Drogen zum Nationalen Problem Nr. 1, Bundeskanzler Kohl machte das Drogenproblem zur Chefsache - aber beiden geht es zu allerletzt um den Schutz der KleinproduzentInnen und KleinkonsumentInnen.

In Kolumbien lebt heute 8-10% der Bevölkerung direkt vom Drogenhandel, 70% hängen indirekt vom Drogengeschäft ab, weil sie ihr Gehalt oder ihren Lohn aus legalen Geschäften beziehen, in die Drogengewinne geflossen und teils mit diesen überhaupt aufgebaut sind (Geldwäsche). Das Cali-Kartell aus Mitgliedern der alteingesessenen Oberschicht sanierte ganze Wirtschaftszweige wie die darniederliegende Textilindustrie. Die Aufsteiger der konkurrierenden Medellin-Kartelle erwarben inzwischen mehr als eine Mio. Hektar Land und setzten dort gemeinsam mit rechten Großgrundbesitzern und ihrer Partei MORENA ein faschistoides Gesellschaftsmodell mit antikommunistischen und rassistischen "Säuberungen" durch. Seit 1981 entstanden hier mit gesetzlicher Billigung ("Selbstverteidigung gegen die Subversion") mehr als 140 Todesschwadrone, besser ausgerüstet als die Pistoleros in Brasilien, weil mehr Geld zur Verfügung steht. Der "schmutzige Krieg" tobt tatsächlich seit Jahren, während im "Drogenkrieg" zwischen verschiedenen Fraktionen der Oberschicht erstmals auch Angehörige dieser Schicht selbst massakriert werden. Der eigentliche Krieg, in dem Drogengeld steckt, ist jedoch kein Drogenkrieg. Er meint Verhinderung von Landreform, Vertreibung von Bauern, Verfolgung von Gewerkschaftern. Gerade im Norden, in den "befriedeten Gebieten", investieren die Multis hauptsächlich, allem voran in der Erdölbranche.

Erst der Mord an einem Präsidentschaftskandidaten, eine Übertretung der herrschenden Spielregeln, führte zum "Drogenkrieg", in den die USA gern und unverzüglich eingriffen. Der Feldzug gegen den Drogenkonsum, der daheim aufgrund der gesellschaftlichen Situation nicht gewonnen werden kann, wurde auf ein neues Schlachtfeld im Süden verlegt. Während die kolumbianische Regierung die internationale moralische Entrüstung nutzte, um Notstandsgesetze (Isolationshaft bis zu vier Wochen, Demonstrationsverbot etc.) zu erlassen, die statt auf die Drogenmafia auf Oppositionelle, GewerkschafterInnen und Guerilla zielte, und die Todesschwadrone allein der Mafia anlastete, schichte Bush in aller Eile für 65 Mio US-Dollar Ausrüstung für Präsident Barcos' Initiative: unbestellte Flugzeuge und Waffen für einen konventionellen Krieg, für Anti-Drogen-Einsätze ungeeignet, wie der Chef der kolumbianischen Polizei der New York Times gegenüber angab.

Drogenkrieg als Vorwand

Seit Jahren wehrt sich Bolivien mit nur kurzfristigen Erfolgen gegen US-amerikanische Truppenpräsenz. In Peru wurde im Alto Huallaga, einem zentralen Anbaugebiet, gerade ein großer US-amerikanischer Militärstützpunkt eingeweiht. "Green Berets", eine US-amerikanische Elitetruppe, sind entgegen Bushs Versprechungen inzwischen an verschiedenen Stellen der Region in Kampfhandlungen gegen Guerilla verwickelt. Anfang Februar meldeten peruanische Zeitungen, die USA wollten vom derzeitigen peruanischen Präsidenten Alan Garca abgelehnte Truppenverbände entsenden, sobald Vargas Llosa die Wahlen vom April 90 gewonnen habe.

Als Drogenbekämpfung getarnte Aufstandsbekämpfung, die durchaus momentane Interessenidentitäten zwischen lateinamerikanischen und nordamerikanischen Regierungen zeitigen kann, ist nach dem Überzeugungsverlust des Schreckgespenstes "Internationale Kommunismus" ein wesentlicher Eckpfeiler der neuen US-Strategie zur Unterjochung der "Dritten Welt". Im Herbst 89 fühlte sich das US-Außenministerium sogar moralisch so unangreifbar, daß ein Sprecher zugab, die Zerschlagung von Widerstands- und Befreiungsbewegungen sei der zweite Teil der US-Anti-Drogenhilfe. Entsprechend gering sind die Chancen Lateinamerikas, Wirtschafts- und Strukturhilfen zu erhalten. Die militärische Hilfe der USA an Peru stieg von 1989 bis 1990 von 2,9 auf 35 Mio. US-Dollar, "narcotics and law enforcement" im selben Zeitraum von 10,5 auf 26 Mio. US-Dollar. Die wirtschaftliche Hilfe dagegen erreicht 1990 bis September gerade einmal 3,1 Mio. US-Dollar.

In der BRD ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bei der Planung der Nationalen Drogenkonferenz im Juni 90 kaum beteiligt. Das Warnke-Ministerium macht sich zwar verbal für "sanfte Hilfe" in Form von Drogenanbausubstitution stark, beteiligte sich aber von 1986 bis 1990 mit nur 8,1 Mio. US-Dollar an Programmen für Kolumbien, bei denen die Substitution überdies "uneinsichtigen" Bauern mit drohendem Polizeieinsatz nahegebracht werden soll. Bundesinnenminister Schäuble hingegen setzt sich offen für Repression ein: vor der UN in New York forderte er im Februar 90 eine internationale Polizeitruppe zum Einsatz vor Ort.

Die USA beabsichtigen neben dem Einsatz konventioneller Rüstung noch eine weitaus gefährlichere Waffe als Variante einer Kriegführung niederer Intensität: die bio-chemische Vernichtung. Nachdem im Februar 88 US-amerikanische Ausreißprogramme auf Cocafeldern wegen mangelnder Effektivität gestoppt wurden - im Alto Huallaga wurden auf diese Weise 680 Hektar Anbauflächen vernichtet, gleichzeitig aber 5.000 Hektar neu angepflanzt - wird jetzt zunehmend zur Giftsprühung übergegangen. 1988 schon betrugen die Herbizid-Programme des US-Bureau for Narcotic Matters für Bolivien 15, für Kolumbien 11 und für Peru 5,5 Mio. US-Dollar. In Peru wurde Spike versprüht, obwohl die nordamerikanische Herstellerfirma Ely Lilly schwere ökologische Bedenken wegen mangelnder Vortestung äußerte. Im Februar 90, als ein geheimes Forschungsprogramm des US-Landwirtschaftsministeriums für die Entwicklung von Bio-Waffen gegen Coca-Pflanzen in Höhe von 6,5 Mio. US-Dollar bekannt wurde, zeigte sich der Krieg als Vater der Wissenschaft - und das Testfeld ist wieder einmal die "Dritte Welt".

Die Stimme der Anbauländer

Seit Jahren kämpfen Cocabauern in Bolivien, Kolumbien und Peru gegen den Entzug ihrer Lebensgrundlagen. Die bolivianische Regierung legte einen Wirtschaftsplan in Höhe von 600 Mio. US-Dollar für 1990 vor, um den Drogenanbau wirksam zu substituieren. 1989 hatten die USA lediglich ein Zehntel dessen gewährt. Der peruanische Präsident Alan Garca veranschlagte auf dem sechsstündigen Drogengipfel (soviel Zeit war ihm das Thema wert) im kolumbianischen Cartagena am 15.2.1990 die jährlich notwendige Hilfe für die Andenstaaten auf 2,1 Mrd. US- Dollar. Das ist nicht mehr als auch Ägypten jährlich an Wirtschaftshilfe erhält. Der peruanische Botschafter in Washington machte wenige Tage später bei einer Drogenanhörung im US-Kongreß noch einen konkreteren Vorschlag: Die USA sollten während einer Übergangszeit, in der der Drogenanbau substituiert und die Infrastruktur des Landes verbessert werde, die jährliche Gesamternte in Höhe von rund 234 Mrd. US-Dollar aufkaufen. Denn wovon sollten sonst die DrogenanbauerInnen, die ihre Produktion umstellen, in der Zwischenzeit leben? Der Aufkauf wäre übrigens immer noch 20 Mrd. US-Dollar billiger als das, was derzeit für Drogenbekämpfungsprogramme ausgegeben wird.

Doch international besteht wegen der finanziellen Bedeutung des Drogenhandels kaum mehr als ein scheinheiliges Interesse daran, auf ihn ganz zu verzichten. Dies gilt für in kriegerische Verwicklungen involvierte Parteien, und dies gilt ebenso auch für internationale Banken und die chemische Industrie. 1988 exportierten US-Firmen für 40 Mio. US-Dollar Lösungsmittel und Äther (Grundsubstanzen für die Herstellung von Kokain) in lateinamerikanische Länder, wohl wissend, daß dort 70% der Chemikalien zur Drogenherstellung benutzt werden. Seitdem in den USA stärkere Kontrollen eingeleitet wurden, ist mit einem verstärkten Einstieg europäischer Firmen zu rechnen. Die Bundesregierung verläßt sich wider besseres Wissen zur Zeit auf die moralische Integrität von Chemiefirmen, die sich wiederum hinter die Entschuldigung zurückziehen, legale von illegalen Verwendungszwecken nicht unterscheiden zu können.

Summa summarum: selbstverständlich will niemand aus dem Geschäft ernsthaft eine Legalisierung. Zwar macht selbst der neoliberale Ökonomie-Papst Milton Friedman die logische Kosten-Nutzen- Rechnung auf und plädiert angesichts der Drogenkonsum-Folgekosten für den Staat in VerbraucherInnenländern für Legalisierung der Droge (vielleicht nicht mehr, wenn der US-Fiskus es schaffen würde, mehr als momentan ganze ein Prozent des Drogengewinns einzukassieren). Doch die moral majority spielt heute den Geschäftemachern in die Hand, indem sie sich jedwedem - preisstürzenden - Legalisierungsversuch widersetzt. (Die Kennedys z.B. wurden seinerzeit durch Schmuggel während der Alkoholprohibition reich.) Die Stimmen der Anbauländer, so sieht es aus, verhallen ungehört.

Gaby Küppers

20. Guatemala: "Für einen Dialog ohne Vorbedingungen" Interview mit Rolando Morán (URNG)

Interview mit dem guatemaltekischen Guerillaführer Rolando Morán (URNG)

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:02

Rolando Morán, Mitglied der Generalkommandantur der guatemaltekischen Befreiungsbewegung URNG, sprach mit dem ak über die Politik der "Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas" (URNG) nach der US-Intervention in Panamá und den Wahlen in Nicaragua.

Rolando Morán, 1932 geboren, ist gegenwärtig Oberster Kommandierender des Guerillaheeres der Armen (EGP) und Mitglied in der vierköpfigen Generalkommandantur der Befreiungsfront URNG. Sein Leben ist mit der revolutionären Bewegung Guatemalas aufs engste verbunden. Als Studentenführer mußte er 1954 nach dem Sturz der demokratischen Regierung Arbenz (Söldnereinmarsch mit Hilfe des CIA & Somozas) ins Exil gehen. 1959 kehrte er ins Land zurück. Er gehörte in den sechziger Jahren zur Führung der ersten Guerilla Guatemalas, der FAR. Nach der Zerschlagung der FAR kehrte Rolando Morán als einer der wenigen Überlebenden wieder ins Land zurück und war 1972 bei den Mitbegründern des Guerillaheeres der Armen (EGP), das in den Bergen im Nord-Osten des Landes operiert. Am 7. Februar 1982 schlossen sich die politisch-militärischen Organisationen EGP, ORPA, FAR und PGT zur URNG (Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca) zusammen.

Rolando Morán besuchte die BRD im Rahmen einer politisch-diplomatischen Mission. Im Gespräch mit dem ak standen die gegenwärtige Entwicklung in Mittelamerika, die Wahlniederlage der Sandinisten, die Politik der USA, die Widerspruchsentwicklung in Guatemala und die politische Perspektive der URNG im Mittelpunkt. Wir kamen dem Wunsch des Interviewpartners nach, auf die Debatte der Vorgänge in Osteuropa zu verzichten.

Die guatemaltekische Guerilla hat eine 27-jährige Geschichte. Sie ist eine der ältesten Guerillabewegungen Lateinamerikas. Ähnlich wie die FMLN El Salvadors hatte sie 1979/80 dem Militärregime herbe militärische Schläge beigebracht. Der Sieg schien in greifbarer Nähe. Den Militärs gelang es jedoch die Revolutionäre zurückzuschlagen, indem sie in den Jahren 1981-1984 weite Landesteile, vor allem das mehrheitlich von Indianern bewohnte Hochland, mit beispiellosem Terror überzogen. 440 Dörfer wurden völlig dem Erdboden gleichgemacht, 15.000 Menschen ermordet und etwa eine Million in die Flucht getrieben. 40.000 Menschen gelten als "verschwunden". Amnesty International sprach von "Mord als Regierungsprogramm". (1) Im Januar 1986 übergaben die Militärs die Regierungsgeschäfte an die christdemokratische Regierung Cerezo.

Heute ist diese Regierung in einer tiefen Krise. Menschenrechtsverletzungen sind auf der Tagesordnung. 1989 wurden 896 Personen ermordet, 253 "verschwanden" und 276 wurden bei Attentaten verletzt. (2) Die legale Opposition hat sich dennoch reorganisiert und die Befreiungsbewegung kann auf zunehmende politische und militärische Erfolge verweisen.

ak: Die Sandinisten haben die Wahlen in Nicaragua verloren. Die UNO, die politische Contra, bekam zu aller Überraschung die Mehrheit. Wie erklären Sie sich dieses Wahlergebnis?

Rolando Morán: Wir glauben, daß dies Ergebnis des zehnjährigen Zermürbungskrieges ist, mit dem die USA Nicaragua überzogen. Mit Hilfe einer Söldnertruppe, der Contra, bluteten sie das Land aus. Es ist auch das Resultat der Wirtschaftsblockade, die fast unvorstellbare Ausmaße erreicht hatte. In wenigen Fällen hat eine so große Macht wie die USA derartige Anstrengungen unternommen, um zu versuchen, die Revolution in einem so kleinen und armen Land wie Nicaragua zu zerstören.

Aber das ist nicht nur das Problem Nicaraguas. Angola, Mozambique und viele andere Befreiungsbewegungen an der Macht haben im Grunde dasselbe Problem. Sie konnten zwar auf dem Wege des bewaffneten Kampfes die Macht erringen, aber das Volk konnte die Folgen der wirtschaftlichen Abschnürung und des konterrevolutionären Terrors nicht länger aushalten, wenigstens nicht in seiner Mehrheit. Im Falle Nicaraguas sieht es doch so aus, daß die Mehrheit dachte, daß es für sie besser wäre, einen Weg mit den USA zu suchen und nicht dagegen.

Da bin ich anderer Meinung. Die Blockade und die ganzen Einschränkungen hatten Auswirkungen bei den politisch rückständigsten Teilen in der Bevölkerung. Sie ließen sich dadurch verwirren. Aber diese Teile erwarten die Hilfe der USA nicht, weil dies Ergebnis einer bewußten Überlegung wäre. Die Mehrheit, welche die UNO erreichen konnte, halten wir für eine vorübergehende Mehrheit, die in 14 verschiedenen Parteien organisiert ist, die wiederum sehr wenig politisches Bewußtsein haben. Die Kandidatin der UNO, Violetta Chamorro, hat kein Programm. Im Gegensatz dazu haben die 41%, die für die Sandinisten gestimmt haben, dies mit einem klaren Bewußtsein getan. Die FSLN hat ein klares, ausgearbeitetes Programm und ist gut organisiert. Die sandinistische Revolution ist nicht besiegt und auch nicht zerstört. Es handelt sich um eine neue Etappe in dieser Revolution. Sie verfügt über eine sehr starke Basis und hat wichtige Erfolge erreicht. Diese werden nicht zurückgedreht werden können, weil die kommende Regierung kein kohärentes Regierungsprogramm zustandebringen wird. Die Krise wird in Nicaragua weitergehen. Angesichts der unnachgiebigen Haltung sowohl der Contra als auch der Vereinigten Staaten, kann es auch zu weiteren gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen. Es ist sogar eine Unterbrechung des demokratischen Prozesses denkbar.

Sie glauben also, daß die bewußte und organisierte Minderheit wieder die Mehrheit gewinnen kann?

Wir sind uns dessen sicher.

Die USA besetzten im Dezember Panamá. Sowohl im Land selbst als auch international gab es wenig Proteste gegen diesen Einmarsch. Dies muß auch als Machtdemonstration gegenüber den revolutionären Bewegungen Mittelamerikas gewertet werden.

Das ist zweifellos richtig. Der Intervention in Panamá wurde sehr wenig oder fast gar kein Widerstand entgegengesetzt, obwohl sie internationale Rechtsgrundsätze und Normen grob verletzte und deshalb verurteilt werden muß. Dies hat die US-Regierung in ihrer Haltung bestärkt, gegen die Länder Mittel- und Lateinamerikas vorzugehen, was sich künftig auch in aggressiven Aktionen manifestieren könnte.

Die Gefahr einer direkten Militärintervention ist also größer als vorher?

Ja. Die Gefahr ist auf den verschiedensten Ebenen größer geworden. Denn nach dem Einmarsch in Panamá drang der US-Flugzeugträger Kennedy, unter dem Vorwand gegen den Drogenhandel vorzugehen, in kolumbianische Gewässer ein. Eine andere Form: der oberste Gerichtshof der USA stimmte einem Gesetz zu, wonach es den US-Sicherheitskräften im Ausland erlaubt wird, auch Personen zu durchsuchen oder festzunehmen, die keine US-Staatsbürger sind. Dies zeigt, daß die USA zunehmend bereit sind, mit Gewalt vorzugehen. Die Vorwände werden sich vielleicht verändern, beispielsweise heute der angebliche Kampf gegen den Drogenhandel.

Die Vereinigten Staaten versuchen offenbar erneut, sich zum Polizisten in Lateinamerika aufzuschwingen. Das in einer Situation, in der Gorbatschow von internationaler Verständigung und Zusammenarbeit redet. Führen die Umbrüche in Osteuropa dazu, daß die USA nun in Mittelamerika wieder tun und lassen können, was sie wollen?

Wir haben die Gefahr einer militärischen Intervention durch US-Streitkräfte in Mittelamerika nie ausgeschlossen. Im Falle Guatemalas findet diese bereits statt und nimmt zu. Sie haben die Anzahl ihrer Militärberater erhöht und verlegen militärische Ausrüstungsgegenstände von Panamá nach Guatemala, um die Armee zu stärken. Die Militärhilfe wird nicht offiziell verabschiedet, das heißt, sie geht nicht durch den Kongreß, aber es gibt andere Möglichkeiten, wie die Sonderfonds des Pentagon, um einzugreifen.

In diesem Zusammenhang spielen die Friedensverhandlungen, bekannt unter den Stichworten Contadora und Esquipulas II eine große Rolle. Die Contadora-Akte versuchte die Kriegsgefahr zu reduzieren, indem sie das Eingreifen extraregionaler Kräfte, also v.a. der USA, beschränken wollte, bei gleichzeitiger Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Region. Dies scheiterte am Widerstand der USA und ihrer Verbündeten. Esquipulas II zog daraus die Konsequenz, die US-Präsenz in Mittelamerika gar nicht mehr zum Gegenstand der Verträge zu machen und stattdessen zu versuchen, die Befriedung durch die Entwicklung bürgerlich-demokratischer Systeme in der Region zu erreichen. Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten war also die Hauptachse von Esquipulas II, wobei auch die sandinistische Regierung

legitimiert und die US-Einmischung via Contra verurteilt wurde. Aber dies bedeutete doch auch, daß den Aufständischen in Guatemala und El Salvador ihre Legitimität bestritten wurde.

Wenngleich wir einige Vorbehalte gegen diesen Prozeß hatten, so ordnen wir doch unsere Suche nach Dialog und einer politischen Lösung des bewaffneten internen Konflikts in den Rahmen von Esquipulas II ein. Es gibt einige Aspekte, die eine Symmetrie, also eine Gleichsetzung von Contra und den revolutionären Befreiungsbewegungen nahelegen könnten. Dennoch schuf Esquipulas II eine neue Lage, eine neue Etappe mit Verhandlungen. Heute, nach der Wahl in Nicaragua und nach den Verhandlungen der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN mit der Regierung Cristiani, beginnt wieder ein neuer Abschnitt. Contadora ist abgeschlossen, die Verträge von Esquipulas II bilden einen Bezugsrahmen, werden aber auch zurückgelassen, und es beginnt eine Phase mit anderen Perspektiven. Wir ordnen unsere eigene Entwicklung und Zukunft in die gerade stattfindenden Veränderungen ein. Diese Verträge, die in einem bestimmten historischen Abschnitt eine Rolle als Bezugsrahmen spielten, können diese in der Zukunft nicht mehr weiter spielen.

Auch als die Sandinisten Nicaragua noch regierten, war es doch schon so, daß die FSLN außerordentlich große Zugeständnisse machen mußte, beispielsweise beim Abkommen von San Isidro de Coronado/Costa Rica im Dezember 1989, als Daniel Ortega unterschreiben mußte, daß die ultrarechte Regierung El Salvadors eine demokratisch legitimierte Regierung sei. Die Sandinisten mußten einen zunehmend höheren Preis zahlen, um immer weniger zu bekommen.

Die URNG betonte, daß sie mit einigen Aspekten der Verträge von San Isidro de Coronado nicht einverstanden war. Sie stimmte aber anderen zu, wie der Demobilisierung der Contra und den geforderten Verhandlungen zwischen der Cristiani-Regierung und der FMLN. Was den politischen Preis für die revolutionären Kräfte angeht, werden wir sehen müssen, wie sich das weiterentwickelt. Was uns angeht, so haben wir Vertrauen, daß unser Dialogvorschlag, der von einer breiten Allianz demokratischer Kräfte unterstützt wird, zu institutionellen Veränderungen führen kann. So würden die Voraussetzungen geschaffen, um einen politischen Ausweg aus dem Konflikt zu finden und einen Weg hin zur Demokratie in unserem Land einzuschlagen.

Heißt das, der Bezugspunkt ist für Sie weniger Esquipulas II, als vielmehr die Situation in Guatemala?

Die Präsidententreffen, die vielleicht weiter stattfinden, waren noch nie das Wichtigste für die URNG. Der Hauptbezugspunkt sind die Bedingungen in unserem Land.

Kommen wir zur Lage in Guatemala. Guatemala ist ja eines der ärmsten Länder Lateinamerikas, dessen Wirtschaft auf den Export von traditionellen Agrargütern basiert. Die Einkommens- und Landverteilung ist extrem ungleich. Warum hat sich die Lage für die Bevölkerungsmehrheiten seit dem Antritt der christdemokratischen Regierung Cerezo sogar noch verschlechtert?

Cerezo selbst sagte bei seinem Regierungsantritt 1986, daß das Land wirtschaftlich ruiniert sei. Die christdemokratische Regierung hatte aber kein Programm für eine wirkliche Entwicklung des Landes. Sie bot lediglich Scheinlösungen an. Eins muß klar sein: die URNG hat schon vor der Übergabe der Regierung von den Militärs an die Christdemokratie festgestellt, daß es sich dabei nicht um eine wirkliche Demokratisierung des Landes handelte. Es war nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver innerhalb der Strategie der Aufstandsbekämpfung. Die wirkliche Macht in unserem Land ist die Armee, die als eine Art Überpartei fungiert. Die Armee wollte sich der Verantwortung für die Repression, den internationalen Ansehensverlust und die Wirtschaftskrise entziehen. Cerezos Regierungsübernahme bewirkte keinerlei wirtschaftliche Änderungen, wenngleich es diesbezüglich Hoffnungen gab, sowohl im Land selbst und vor allem auch international. Cerezo versuchte die höchstmögliche Summe von Schenkungen und Krediten zu bekommen, um seiner Regierung eine scheinbare Stabilität zu verleihen. Er hatte weder ein Programm hinsichtlich staatlicher Investitionen noch von Veränderungen der Wirtschaftsstruktur. Nimmt man noch die Korruption, Fehlausgaben und die Verschuldung hinzu, so war es unvermeidlich, daß die Wirtschaft noch weiter niedergeht. Außerdem sind etwa 45% des Haushalts für Sicherheit und den Kampf gegen die Guerilla bestimmt.

Sind die Abwertung des Queztal, die Preiserhöhungen für Grundbedarfsgüter nicht eher Ergebnis der ungerechten Weltwirtschaftsordnung, für die Cerezo nicht verantwortlich ist?

Nein. Sie sind Ergebnis des kompletten Versagens dieser Regierung in der Wirtschaftspolitik. Natürlich spielen auch weltwirtschaftliche Faktoren eine Rolle. Aber diese sind durch eine falsche Politik vervielfacht worden.

Das Haupthindernis für die ökonomische Entwicklung Guatemalas liegt in der höchst ungerechten Landverteilung. Warum ist für die Christdemokratie die Landreform das Tabu-Thema Nr.1 ?

Die Christdemokratie verleugnete ihre eigenen Wurzeln, die katholische Soziallehre, als sie keinerlei Wirtschaftsprogramm vorlegte. Aber auch die Verfassung, die unter der Militärdiktatur verabschiedet wurde, fällt noch hinter die vier vorher gültigen zurück und schiebt der Agrarreform einen Riegel vor. Die Christdemokratie wagte es nicht, die entscheidende wirtschaftliche Macht, die Oligarchie, herauszufordern. Sie war auch Gefangene der Übereinkünfte, die sie mit den Militärs einging.

Heißt das, daß die Christdemokratie keine andere Möglichkeit hatte, oder daß sie Möglichkeiten verstreichen ließ?

Wenn Cerezo wirklich ein Demokrat wäre und sich auf die demokratischen und revolutionären Kräfte gestützt hätte, wären Wirtschaftsreformen und Übergangsschritte hin zur Demokratie möglich gewesen.

Cerezo ist also nicht nur Geisel der Oligarchie und der Armee, sondern auch aktiver Teil des Programms zur Aufstandsbekämpfung?

Cerezo war sich von Anfang an bewußt, unter welchen Umständen er die Regierung übernahm. Er wußte auch, was die Oligarchie und die Armee von ihm erwarteten. Er hat deshalb eine große Verantwortung und die URNG hat auch darauf hingewiesen.

Können Sie die die soziale Situation der Bevölkerungsmehrheiten Guatemalas kurz charakterisieren?

Nach Statistiken von internationalen Organisationen ist Guatemala auf ein Niveau zurückgeworfen, das dem vor zwanzig Jahren entspricht. Obwohl Cerezo Währungsstabilität versprach, ist der Quetzal von 2,78Q für einen US-Dollar auf 4:1 abgewertet worden. Obwohl Cerezo aufgrund der Kredite und Schenkungen Preisstabilität versprach, ist die Inflation auf 65% gestiegen. Dasselbe gilt für die Güter des täglichen Bedarfs. Die offene Arbeitslosigkeit liegt bei etwa 50%, dazu kommt noch die Unterbeschäftigung. Die Produktivität ist erheblich gesunken und viele guatemaltekische Arbeitskräfte müssen emigrieren. Aus diesem Grund ist Cerezo heute wahrscheinlich die unpopulärste Person in Guatemala. Er hat die Unterstützung derjenigen verloren, die in ihn einst gewisse Hoffungen gesetzt hatten. Vor allem im vergangenen und in diesem Jahr kam es zu Streiks, die in der Geschichte des Landes ohne Beispiel sind. Im letzten Jahr streikten alle Lehrer des Landes drei Monate lang, 60.000 Personen. Ende Januar 1990 streikten 60.000 Landarbeiter für höhere Löhne.

Ist diese bedrückende soziale Lage der Motor für die Reorganisierung der legalen Massenbewegung, nachdem diese Anfang der achtziger Jahre mit Hilfe von Terror und Massakern zerstört worden war?

Der Impuls geht zweifellos von der verzweifelten Lage aus. Aber auch das Bewußtsein spielt im Kampf für die Forderungen, die sie als soziale Klassen aufstellen, eine große Rolle. Auch die demokratischen Ziele sind sehr wichtig. Die Verteidigung der Menschenrechte ist ebenfalls ein wichtiger Impuls für die rasche Reorganisation der Massenbewegung.

Fast alle gesellschaftlichen Sektoren haben sich mittlerweile Selbstorganisationen geschaffen, die in der "Einheit für Gewerkschafts- und Massenbewegungen" (UASP) zusammengeschlossen sind. Wo liegen die größten Hindernisse für die Organisierung?

In erster Linie sind die Repression, das Fehlen institutioneller Garantien, der Terror zu nennen. Es handelt sich hierbei um eine wohlüberlegte Politik von Seiten der Armee und der Regierung, die alle Personen oder Organisationen selektiv unterdrücken, sofern sie mit ihren Forderungen einen bestimmten Rahmen überschreiten. Dieser Terror und das Blutvergießen verhindern, daß sich die Volksbewegung frei entfalten kann.

Diese Repression kommt also nicht von Apparaten, die außerhalb der Regierungskontrolle stehen, wie es hier häufig heißt?

Nein. Diese Repression hat in unserem Land eine lange und düstere Geschichte. Sie begann 1954 mit dem Sturz der demokratischen Regierung Arbenz durch eine Söldnerintervention unter Beteiligung der USA. Heute wird hinter der Fassade der christdemokratischen Regierung damit weitergemacht.

Den legalen Volksorganisationen wie den Menschenrechtsgruppen GAM und CERJ wird von Regierung und Armee vorgeworfen, sie seien Tarnorganisationen der Guerilla.

Damit wollen sie die Repression legitimieren. Aber obwohl sie beispielsweise die Vorsitzende der GAM, Nineth de Garcia, seit geraumer Zeit beschuldigen, der Guerilla anzugehören, gelingt es ihnen dadurch nicht, die Arbeit aufzuhalten. Dasselbe gilt für den Gewerkschaftsdachverband UNSITRAGUA, die Bauernorganisation CUC und andere. Diese Beschuldigungen sind falsch. Die Volksbewegung hat ein Eigenleben, ihre eigene Identität, eigene Forderungen, eigene Strukturen und erarbeitet eigenständig ihre Politik. Die Organisationen repräsentieren ihren Bereich und ihre Klasse, ihre Bedürfnisse und Hoffnungen. Unter den Organisationen, die von der Regierung den Dialog mit der URNG fordern ist beispielsweise auch die CGTG, eine Gewerkschaftszentrale, die von den Christdemokraten selbst gegründet wurde.

Das ist die eine Seite. Aber andererseits sind EGP, ORPA, FAR und PGT, welche die URNG bilden, politisch-militärische Organisationen. Daraus kann man folgern, daß diese Organisationen nicht nur militärisch agieren, sondern auch politisch arbeiten.

Die URNG arbeitet politisch, indem sie Vorschläge macht und Forderungen an die Regierung stellt, indem sie Rechte für das Volk einfordert. Dies stößt auf große Anerkennung von Seiten der Volksbewegungen.

Aber die Frage ist doch auch, ob die URNG politische Kader hat, die in der legalen Volksbewegung arbeiten.

Die URNG hat als politisch-militärische Organisation auch ihre politischen Aspekte, die alle Ebenen des demokratischen Kampfes einschließen. Ebenso, wie wir auf der diplomatischen Ebene aktiv sind. Dieser politisch-militärische Charakter entstand in Guatemala als Notwendigkeit im Kampf gegen die Militärdiktaturen und gegen Maßnahmen, die absolut alle demokratischen Spielräume versperrten.

Die URNG hat die Regierung Cerezo vielfach zum Dialog aufgefordert. Was ist damit gemeint?

Unsere gegenwärtige Europareise dient dem Ziel, auf breite Teile der Öffentlichkeit und der Politik einzuwirken, damit sie ihren Einfluß geltend machen, so daß der Dialog zwischen der Regierung Cerezo und der URNG zustandekommt. Dasselbe machen wir auch mit dem breitest möglichen Spektrum in Guatemala, also mit Kirchen, der Volksbewegung, Unternehmern und den verschiedenen demokratischen Parteien. Unser Ziel besteht darin, über politische Kontakte eine breite Allianz zu schaffen. Die URNG nennt sie die breiteste Allianz seit Gründung des Landes. Gemeinsam mit dieser Allianz wollen wir einen programmatischen Vorschlag erarbeiten, welcher die Bedingungen schafft, damit es zu gewissen institutionellen Veränderungen kommt, um so in Guatemala den demokratischen Übergang zu eröffnen. So kann die politische Lösung des bewaffneten internen Konfliktes gefunden werden.

Welches Resultat hatten die Bemühungen der URNG?

Wir insistieren bereits seit Jahren bei Regierung und Armee, bisher ohne Erfolge. Im Februar haben wir die Regierung erneut zum Dialog aufgefordert und dafür Fristen genannt. Jüngst erhielten wir die Nachricht, daß Cerezo zunächst einem informellen Gespräch mit einer Delegation der URNG zugestimmt hat. Der Prestigeverlust seiner Regierung, die Aufforderungen von vielen Seiten, und, nicht zu vergessen, die für sie ungünstige militärische Situation, all das zusammen, hat dazu geführt. Es handelt sich um ein Vorbereitungstreffen für einen Prozeß, von dem wir hoffen, daß er in einem Dialog mündet, sofern wir die dafür notwendige internationale Unterstützung erhalten.

Nach den Wahlen in Nicaragua scheint es so, daß sich die Mächtigen Guatemalas in ihrer Unnachgiebigkeit bestärkt sehen. Es gab verschiedene Äußerungen in diese Richtung. Sie wollen vielleicht ein Gespräch, aber wie es aussieht, letztlich nur um die Modalitäten zu diskutieren, wie die Guerilla die Waffen niederlegt. Ich nehme an, daß dies nicht das Ziel der URNG ist.

Auf keinen Fall. Dieses Vorbereitungsgespräch hat eine besondere Charakteristik. Zum ersten Mal stellen Regierung und Armee keinerlei Vorbedingungen für das Zustandekommen desselben.

Und die URNG stellt genauso wenig Bedingungen?

Nein, Vorbedingungen nicht. Wir sind der Meinung, daß im Verlauf des Dialogs die Bedingungen diskutiert werden sollten, die notwendig sind, um ein Klima zu schaffen, damit wir unsere hochgesteckten Ziele erreichen können.

Demokratische Forderungen, Respektierung der Menschenrechte etc. sind also Gegenstand des Dialogs?

Etc., ja. Ebenso die Schaffung von Bedingungen, die verhindern, daß die Sicherheitsapparate ohne Kontrolle sind.

Wäre die URNG unter diesen Bedingungen bereit, sich in das politische Leben des Landes zu reintegrieren, ähnlich wie es der Kommandant Joaquin Villalobos für die Guerilla El Salvadors vorgeschlagen hat?

Zwischen den Prozessen in Guatemala und El Salvador gibt es einen großen Unterschied, wenngleich sie auch Gemeinsamkeiten haben. Die Erklärungen von Kommandant Villalobos wurden gemacht, nachdem es in El Salvador bereits verschiedene Verhandlungsrunden gab. In Guatemala fangen wir damit erst an.

Vielen Dank für das Gespräch.

Al., KB-Nürnberg.

Anmerkungen:

1) Amnesty International, Guatemala - Politischer Mord als Regierungsprogramm, Bonn Februar 1981, 48 S.

2) CERIGUA Nr. 122, Bonn 9. Januar 1990, S. 1. Aus der Übersicht geht auch hervor, daß die Menschenrechte seit Amtsübernahme der christdemokratischen Regierung im Jahr 1986 ständig, und in den letzten zwei Jahren zunehmend mit Füßen getreten wurden. So wurden 1986 mindestens 485 Menschen ermordet, 475 (1987), 782 (1988) und bereits 896 (1989).

21. Irrtümer - Erfolge - Krisen: Die Kommunistische Partei Philippinen (CPP) zur internationalen Entwicklung

Die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) zur internationalen Entwicklung

Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:03

"Korrekturen anbringen, die Partei stärken und den revolutionären Kampf des Volkes intensivieren", lautet der Titel eines Papiers, das - mit Datum vom 26.12.89, dem 21. Geburtstag der Partei - als Vorlage für das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) erstellt wurde. Der/ die VerfasserIn bleibt anonym. Das Papier wurde der "Manila Times" zugespielt und dort in einer dreiteiligen Titelstory Anfang Januar groß aufgemacht. Die CPP nimmt in diesem Papier erstmals seit längerer Zeit detailliert Stellung zu ihrer eigenen sowie der nationalen und internationalen Entwicklung.

Selbstkritik

Zum einen leistet die CPP mit diesem Papier die zweite große Selbstkritik ihrer eigenen Politik seit dem Machtantritt Aquinos. Als erstes hatte die Partei im Mai 1986 ihre Boykottposition und die damit verbundene Einschätzung des politischen Kräfteverhältnisses während der letzten Wahlen unter Marcos als "einen entscheidenden politischen Fehler" qualifiziert. (vgl. SOAI 3/86, S. 51f)

Seitdem sind bald vier Jahre vergangen. Die CPP verbucht zunächst als Erfolg, daß die Partei gegen die Herausforderungen des US-Aquino-Regimes ihre Stärke habe bewahren können. Die Propaganda der philippinischen Regierung, die revolutionäre Bewegung bis 1992 zu zerstören, sei bloß ein "frommer Wunsch". Doch habe es die Partei nicht vermocht, ihre Mitgliedschaft in beachtenswertem Maße zu steigern. Die CPP geht nach wie vor davon aus, daß sie mit ihren 60 Guerillafronten etwa 20% des Territoriums und der Bevölkerung der Philippinen kontrolliert. Neben den Attacken des Gegners seien für die Stagnation interne Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen die Ursachen. "Einige Regionen haben Zuwächse zu verzeichnen, andere aber Verluste", heißt es in dem Papier. "Wenn es keinen Zuwachs an Parteikadern und -mitgliedern gibt, fehlt der revolutionären Massenbewegung die proletarische Kerntruppe. ... Unter den Irrtümern, die den Zuwachs der Parteimitgliedschaft beschränkt haben, war der schnelle Abfluß von Kadern und Ressourcen in die militärischen Anstrengungen, der Mangel an theoretischer und politischer Ausbildung, der Bürokratismus und Kommandostil ("commandism"), der die Initiative und die Entwicklung der fortgeschrittenen Massen und der Parteimitglieder hemmt, das Sektierertum im Verhalten gegenüber tatsächlichen und möglichen Verbündeten und - das Gravierendste von allem - die wiederholte Hysterie im Zuge der Anti-Infiltrations-Kampagnen."

Das ist eine außerordentlich weitgehende Kritik und zeigt einmal mehr, daß die CPP selbst unter den äußerst schwierigen Bedingungen des Guerillakrieges Zeit und Stärke zu einer solch geradezu existentiellen Nabelschau findet. Insbesondere die Punkte des Übergewichts des militärischen Kampfes gegenüber der politischen Massenarbeit - hier habe man zu stark bzw. zu früh auf die Bildung großer Formationen gesetzt - sowie der überzogenen Umgang mit vermeintlichen und tatsächlichen Spitzeln wird in dem Papier ausführlich behandelt.

Der Verlust durch vom Militär eingeschleuste Spitzel, die DPAs (Deep Penetration Agents), auch "Zombies" genannt, bis in Führungsgremien des Untergrundes waren enorm. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen sowie einer massiven internen "Säuberungs"-Welle. Der ehemalige Vorsitzende des ZK der CPP, Rodolfo Salas, erklärte nach seiner Inhaftierung im August 1987, daß allein in Davao im Zuge der Zombie-Hysterie "an die 300 der eigenen Leute gefoltert und umgebracht" wurden (Schwarzacher/Vinke, Philippinen. Die unvollendete Revolution, Bornheim-Merten 1987, S. 263). Für Gesamt-Mindanao gibt es Schätzungen von bis zu 800 Opfern. Die "Säuberungen" kosteten so viele Menschenleben, da teilweise auf den bloßen Verdacht hin Mitglieder der Untergrundbewegung eliminiert wurden. Das war insbesondere auch in der Quezon-Provinz auf Luzon der Fall, wo seit Ende 1987 schätzungsweise 40-60 UntergrundkämpferInnen ermordet, viele anderweitig bestraft worden sind. Man geht davon aus, daß es Politbüro-Mitglied Satur Ocampo war, der

entscheidend in Quezon eingreifen mußte, um den Bestand der Organisation vor den "Säuberungsaktionen" zu schützen. (FEER vom 3.8.89, S. 16f)

Aus dem, was nach dem CPP-Papier inzwischen an Richtlinien und Vorgehensweisen im Falle von Spitzeleinbrüchen oder dem entsprechenden Verdacht innerhalb des kommunistischen Untergrundes erarbeitet wurde, ergibt sich, was zuvor gefehlt und zu den überzogenen "Säuberungen" mit beigetragen hat: "Es gibt nun klare Richtlinien, um zwischen Widersprüchen innerhalb des Volkes und zwischen dem Volk und dem Feind zu unterscheiden, um tödliche Panik zu vermeiden, die sich aus bloßem Verdacht oder Spekulation ergibt. (...) Es existiert eine Arbeitsteilung zwischen dem Personal im Rechts- und Justizapparat, um Verletzungen des rechtmäßigen Prozeßablaufs und andere Rechte des Verdächtigen oder Angeklagten zu vermeiden." Weiterhin wird ein exakter Rechtsweg vorgeschrieben, das revolutionäre Rechtssystem weiter entwickelt und eine verstärkte Rechtsausbildung, auch für den juristischen Laien, durchgeführt.

Das CPP-Papier stellt fest, der Einbruch der Zombies sei durch eine gewisse "Lässigkeit" unter den Parteimitgliedern ab 1984 mit einem Höhepunkt 1986/87 während des Waffenstillstandes ermöglicht worden, insbesondere im städtischen Raum, wo die Regierung in jüngster Zeit ja zahlreiche führende Kader der NDF hat festnehmen können. Um dieses sowie das Eindringen von Spitzeln zu verhindern, sollen "strikte, aber nicht exzessive Sicherheitsmaßnahmen" eingehalten, Treffen mit Vertretern der legalen Bewegungen möglichst nicht in der Stadt, sondern in von der NPA beherrschten ländlichen Regionen abgehalten werden. Und "Parteikader, die auf der Fahndungsliste des Feindes stehen, sollten sich nicht in der physischen Nähe von denjenigen aufhalten, die im legalen demokratischen Kampf engagiert sind. Erstere sollten zur rechten Zeit Richtlinien und Weisungen vorgeben, aber sie sollten letztere auch ermutigen, ihre eigene Initiative, Kreativität und Findigkeit voll zum Zuge kommen zu lassen, in Übereinstimmung mit den grundlegenden Prinzipien und bestehenden Einrichtungen."

Die Krise des herrschenden Systems

Im zweiten Abschnitt des Papiers beschreibt die CPP "die Krise des herrschenden Systems". "Der Klassencharakter des US-Aquino-Regimes ist grundsätzlich der gleiche wie der des Marcos-Regimes. ... Das Aquino-Regime ist beständig unterwürfiger gegenüber dem US-Imperialismus gewesen als das Marcos-Regime, insbesondere auf dem Feld der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. ... Das Aquino-Regime befindet sich in einer schlechteren wirtschaftlichen und finanziellen Situation als das Marcos-Regime und sieht sich einem sehr viel verbisseneren internen Streit gegenüber." Daraus folgt: "Die objektiven Bedingungen für das Wachstum der Stärke und des Voranschreitens der revolutionären Bewegung sind außerordentlich vorteilhaft." Das Papier verdeutlicht diese Behauptung an den desolaten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, unter denen das Aquino-Regime um sein politisches Überleben kämpft, was sich mit dem jüngsten Putschversuch und der voranschreitenden "Disintegration des herrschenden Systems" noch verschärft hat. Zu fragen wäre hier allerdings, inwieweit die CPP die subjektiven Bedingungen für das "Voranschreiten der revolutionären Bewegung", d.h. die Entwicklung der legalen und Untergrund-Kräfte, nicht etwas zu positiv darstellt.

In jedem Fall sieht die CPP, daß "innerhalb der kommenden zwei Jahre eine Möglichkeit einer Volkserhebung besteht, wie sie 1986 eintrat. Sie kann sich an den schwerwiegenden Verletzungen der nationalen und demokratischen Rechte des Volkes, an der Verlängerung der US-Militärbasen, an einem scheinbaren oder tatsächlichen Putschversuch oder irgendeinem anderen der vielen möglichen Themen und Anlässe entzünden. Das Volk kann von dieser Erhebung nur Gewinn erzielen in Übereinstimmung mit der Stärke der revolutionären Kräfte und deren Fähigkeit, sich mit anderen fortschrittlichen Kräften zusammenzuschließen und sogar mit einigen konservativen oder reaktionären Kräften, die sich einigen der zentralen Forderungen des Volkes anschließen." Doch mahnt die CPP bei allen positiven Perspektiven zu einer realistischen Erwartungshaltung. "Auch wenn die Aussichten für eine Volkserhebung sich abzeichnen, sollten die Partei und die revolutionären Kräfte erkennen, daß in Anbetracht ihrer gegenwärtigen Stärke das meiste, was die fortschrittlichen Kräfte erzielen könnten, eine Beteiligung an einer Regierung wäre, die sich noch unter der Kontrolle der Nicht-Fortschrittlichen befände. Die Forderungen des Volkes nach nationaler Befreiung und Demokratie wären also noch nicht vollständig erfüllt. Deshalb wäre es für die revolutionären Kräfte notwendig, die Breite und Tiefe ihrer Untergrundstätigkeit beizubehalten und den verlängerten Volkskrieg fortzusetzen." Offenbar eine Warnung, den Sturz Aquinos nicht mit einer grundlegenden Revolutionierung der philippinischen Gesellschaft

gleichzusetzen, wie weite Kreise der nationaldemokratischen Linken es vom Sturz Marcos' fälschlicherweise erwartet hatten.

Krisen nicht nur im Sozialismus

Im letzten und umfangreichsten Teil des CPP-Papiers werden die "Krisen in der gesamten Welt" thematisiert. Die CPP betont, daß "mit der Häme über die Krise in den sozialistischen Ländern die kapitalistischen Länder versuchen, ihre eigene Krise und ihre Verantwortung für die Krisen in den Ländern der Dritten Welt und sogar in einigen sozialistischen Ländern zu verdecken." So hebt die CPP in diesem Diskussionszusammenhang hervor, daß "die politische Unabhängigkeit, die von den Völkern in den Ländern der Dritten Welt gewonnen wurde, unterminiert worden ist durch neokoloniale Methoden der Ausbeutung, insbesondere durch die schlimmste Form des Finanzkapitalismus, die die Geschichte des modernen Imperialismus je hervorgebracht hat," sprich: die Schuldenfalle.

Als zentralen Ausgangspunkt der Krisen in den sozialistischen Ländern sieht die CPP deren Versuch, sich in die kapitalistische Weltwirtschaft zu integrieren, womit sich deren Übel dann im eigenen - sozialistischen - Land reproduzieren. Ein Beispiel sei die Volksrepublik China nach "Mao Zedongs großer proletarischer Kulturrevolution", als die Deng'sche Führung sich nach außen wie innen geöffnet habe. "Die wirtschaftliche Liberalisierung Chinas wurde begleitet von politischer Liberalisierung. Es wurde selbst in führenden Kreisen modern, Marx, Engels, Lenin und Mao Zedong als veraltet zu bezeichnen. Die Linie ‚werde schneller reich als die anderen' wurde propagiert. Der bourgeois-liberale Trend marschierte voran, bis er die Form des konterrevolutionären Versuchs, die Chinesische Kommunistische Partei und den chinesischen volksdemokratischen Staat umzustürzen, einnahm." Gemeint ist damit die Demokratiebewegung vom Frühjahr 1989, die mit dem Tiananmen-Massaker ihr blutiges Ende fand. Das Papier rechtfertigt dieses Massaker nicht explizit, drückt aber Befriedigung aus, daß die Führung der VR China nun wieder auf dem korrekten sozialistischen Weg sei.

Die Einschätzung der Entwicklung der sozialistischen Länder von Seiten der CPP orientiert sich an einem auf völlige Verstaatlichung basierenden Wirtschaftsmodell des Sozialismus und dem Konzept der Unanfechtbarkeit der führenden Rolle der kommunistischen Partei. Jede Abweichung davon wird als konterrevolutionär bzw. bourgeois-liberalistisch abgetan. Und bürgerlich-liberale Haltungen nehmen natürlich in erster Linie die Mittelschichten ein, die die sozialistischen Staaten selbst hervorgebracht haben, die in deren Führungsspitzen aufsteigen und die Partei vom rechten Kurs abbringen. "Insofern kann die Aufgabe der CPP nur darin bestehen, die Geschichte und Situation zu studieren und Lehren daraus zu ziehen, in der eine proletarische Partei oder ihre Führer verbürokratisiert, verbürgerlicht und vom Volk entfremdet wird und damit das Recht verliert, für die historische Mission der Arbeiterklasse zu stehen."

Wie aber gerade diese Bürokratisierungstendenzen entstanden sind - die stalinistischen Deformationen und die demokratische Fragwürdigkeit mancher sozialistischer Machtübernahme wird mit keiner Zeile thematisiert -, analysiert die CPP in diesem Papier nicht. Die Defizite an innerparteilicher und gesellschaftlicher Demokratie waren aber ein ganz zentrales Thema für sämtliche Oppositionsströmungen in den sozialistischen Ländern. Wie die CPP dies bewertet und natürlich auch welche Lehren sie daraus für ihre aktuelle Politik wie ihre Zukunftsvision zieht, bleibt leider unbeantwortet.

Gorbatschow

Im zweiten Teil des letzten Abschnitts kommt das CPP-Papier dann darauf zu sprechen, worauf viele seit längerem gewartet haben: die Einschätzung von Gorbatschow und der von ihm initiierten neuen Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion. Gegenüber Gorbatschows Innenpolitik verbleibt die CPP äußerst skeptisch unter Betracht der oben beschriebenen Phänomene der Anpassung an den kapitalistischen Weltmarkt und entsprechender Liberalisierungstendenzen. Bezüglich der neuen sowjetischen Außenpolitik sieht die CPP negative wie positive Aspekte.

Entspannung sei eine grundsätzlich zu begrüßende Politik wie auch die Lösung einiger regionaler Konflikte, doch bleibe es ein Fakt, daß selbst unter Einbeziehung des INF-Vertrages den beiden Supermächten "ihre Kapazitäten ausreichen, die Menschheit mehrere Male zu töten und ihre existierenden Waffensysteme in einer subtileren Form des Wettrüstens zu verbessern." Und Gorbatschow ginge so weit "zu erklären, daß sich die Natur des Imperialismus verändert habe und daß die Welt integraler und von einander abhängig geworden

sei." Gleichzeitig wolle die UdSSR aber auch ihre eigenen nationalen Interessen verfolgen und Beziehungen zu anderen Staaten harmonisieren. "Zum Beispiel können die Superrivalen zu Superpartnern werden." Bereits "im Moment stellen die Selbstbeschäftigung der meisten sozialistischen Länder, das derzeitige Ansteigen antisozialistischer und antikommunistischer Kräfte innerhalb dieser Länder und die verstärkte antikommunistische und antisozialistische Propaganda der Großbourgeoisie sowie auch die kapitulierenden und selbstquälerischen Erklärungen und Schmeicheleien gegenüber multinationalen Unternehmen und Banken von Seiten der Führer in den meisten sozialistischen Ländern keine Hilfe für die antiimperialistischen und revolutionären Kräfte in der Dritten Welt, einschließlich der in den Philippinen, dar." Stattdessen "werden die USA und ihre Verbündeten ermutigt, sich in die Angelegenheit der sozialistischen und Länder der Dritten Welt einzumischen", wie die militärischen Interventionen der USA im vergangenen Dezember in Panama und den Philippinen zeigen würden.

Das Mißbehagen und die Sorgen, die die CPP hegt, die Entspannung zwischen den beiden Großmächten könne die Bedingungen für die Befreiungskämpfe in der Dritten Welt erschweren, ist verständlich und wird von mehreren kommunistischen Parteien (Cuba, Indien, Chile) ähnlich gesehen. Allerdings sind gerade diese Passagen außerordentlich phrasenhaft und es fehlt an konkreter, notwendiger Kritik der neuen sowjetischen Dritte-Welt-Politik. So liegt bis heute keinerlei Konzept Gorbatschows für die Lösung der Schuldenfrage, was ja die Philippinen sehr stark betrifft, vor. Andererseits bietet die sowjetische Entspannungspolitik für die fortschrittlichen Kräfte auf den Philippinen eine starke Waffe im Kampf gegen die US-Militärstützpunkte, den die CPP als höchste Priorität ansieht. Im Papier bleibt dies unbeachtet.

Nun ist dieses Papier noch kein endgültiges. Es ist nur ein Entwurf für eine ZK-Sitzung, einzelne Paragraphen sollen noch ausgebaut werden. Vermutlich unterliegt das Papier noch der Bearbeitung, berichtet doch die "Manila Times" von 19 Seiten, während das uns vorliegende Exemplar 21 Seiten umfaßt. Ein abschließendes Urteil über die Positionen der CPP zu den oben angesprochenen Aspekten wird also erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein. Jetzt schon festzuhalten bleibt, daß die CPP ihre Fähigkeit zu realistischer Selbsteinschätzung und Selbstkritik, aber auch ihr äußerst striktes Sozialismus-Bild im internationalen Vergleich erneut bewiesen hat.

Frank Braßel

22. Gefangene aus GRAPO und PCE(r) im Hungerstreik für Gefangenenkollektive

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:05

42 Gefangene aus GRAPO (1) und PCE(r) (2) sowie ein libertärer Gefangener befinden sich seit über 120 Tagen im Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung. Laut Telefonaten mit den Angehörigen der spanischen Gefangenen (zuletzt am 23.3.90) geht es allen Hungerstreikenden sehr schlecht. Ihre körperlichen Reserven sind aufgebraucht, mehrere Gefangene sind an Nieren, Augen und Magen erkrankt; sie werden bleibende gesundheitliche Schäden davontragen. Die spanische Regierung beharrt jedoch weiter auf ihrer harten Haltung.

Um die Wahl dieses extremen Kampfmittels der Gefangenen und die Schärfe, mit der der Kampf geführt wird, zu verstehen, ist es notwendig, sich mit der Geschichte der Kämpfe der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) auseinanderzusetzen.

Zwischen 1977 und 1981 mußten die Gefangenen mehrere Hungerstreiks durchführen, die 1981 ihren Höhepunkt erreichten. In diesem Streik wurde der Gefangene Juan José Crespo Galende am 16.6.81 durch die damalige UCD-Regierung ermordet. (Juan Galende, der den gestaffelten Hungerstreik begonnen hatte, starb an der in lebensbedrohlichem Zustand zwangsweise durchgeführten Injektion von Serum.) Als die Gefangenen den Streik dennoch nicht aufgaben, die Solidaritätsbewegung weiter anwuchs, und um die sich verschärfenden Widersprüche zu ihrer Politik zu befrieden, sah sich die Regierung gezwungen, die Hauptforderung nach Beendigung der Isolation und die Zusammenlegung zu akzeptieren. Hierüber wurde unter Zeugen mit den Gefangenen eine Vereinbarung getroffen, in der die Regierung die Erfüllung dieser Forderungen garantierte. Einige Wochen später wurden von den ca. 70 Gefangenen die Männer im Hochsicherheitsgefängnis von Soria und die Frauen im Hochsicherheitsgefängnis von Carabanchel zusammengelegt. Ähnliche Bedingungen sind in den Jahren danach auch von einem großen Teil der ca. 500 ETA-Gefangenen erkämpft worden.

1987 arbeitete das Justizministerium einen Plan gegen die Gefangenenkollektive der ETA, GRAPO und PCE(r) aus. Dieser Plan besteht darin, die Gefangenen wieder auseinander zu reißen, sie einzeln auf verschiedene Knäste im ganzen Landf zu verteilen und dort zu isolieren. Gleichzeitig soll auch nach außen dichtgemacht werden, indem die Kommunikation begrenzt, der Briefverkehr zensiert und die Besuche reduziert werden. Seit nunmehr knapp drei Jahren werden die Gefangenen immer mehr auseinandergerissen und die GRAPO- und PCE(r)-Gefangenen auf über 20 und die ETA-Gefangenen auf knapp 90 Knäste verteilt.

Um diese Zerstreuungspolitik zu stoppen und die Zusammenlegung wieder durchzusetzen, haben sich die Gefangenen mit Hungerstreiks und anderen Aktionen gewehrt. Der letzte Streik endete im Oktober 89, kurz vor den spanischen Parlamentswahlen, mit der Zusage der Regierung, die acht hungerstreikenden Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) im Knast von Almeria zusammenzulegen. Diese Zusage wurde nicht eingehalten, stattdessen wurden die Gefangenen kurz nach den Wahlen auf verschiedene Knäste verstreut.

In ihrer Hungerstreikerklärung vom 30.11.89 sagen die Gefangenen: "Nach drei Jahren des Kampfes, Widerstands und der Denunzierung der nicht erfüllten Vereinbarung und angesichts der neuen Maßnahmen zu unserer Vernichtung sehen wir: es gibt keine Zwischenlösung, und es ist die Stunde gekommen, den Kampf für die Wiederzusammenlegung aufzunehmen. Gegenüber der Politik der Liquidierung und Vernichtung der politischen Gefangenen, basierend auf der Folter und der Zerstreuung, lassen sie uns nur einen Ausweg: den unbefristeten Hungerstreik für die Wiederzusammenlegung aller unter würdevollen und menschlichen Lebensbedingungen."

Zwangsernährung und "Komalösung"

Von den ursprünglich 69 hungerstreikenden Gefangenen befinden sich z.Zt. noch 40-42 im Hungerstreik. Die acht Genossen, die bereits im vergangenen Herbst einen Hungerstreik geführt hatten, haben den Streik unterbrochen, ebenso mehrere Gefangene aufgrund bestehender Erkrankungen. Zwei Gefangene sind nach Ende ihrer Haftzeit rausgekommen.

Die Gefangenen, die weiter im Hungerstreik sind, befinden sich zum Teil in Krankenhäusern, zum Teil im Knast. Die Praxis des Terrors durch die Zwangsernährung, der seit Ende Februar alle Gefangenen ausgesetzt sind, sieht z.Zt. so aus, daß die Gefangenen 8-10 Tage lang brutal zwangsernährt werden; d.h. sie werden, wenn sie sich wehren, zusammengeschlagen, mit Handschellen und Heftpflaster gefesselt oder auch mit Drogen ruhiggestellt, um die (intravenöse) Verabreichung einer Kohlehydrat-Nährlösung durchzusetzen. Sobald sich ihr Zustand stabilisiert hat, wird die Zwangsernährung abgebrochen und sie werden in den Knast zurückgebracht. Dann wird so lange abgewartet, bis sich ihr Zustand soweit verschlechtert, daß sie ins Koma fallen (oder kurz davor sind), um erneut mit der Zwangsernährung zu beginnen.

Diese als "Komalösung" bekannte Methode kommt aus der BRD; sie wurde hier zynischerweise von offizieller Seite als "Ping-Pong-Spiel" bezeichnet. Der/die Gefangene schwebt dabei über einen längeren oder kürzeren Zeitraum zwischen Leben und Tod. Anstatt auf die Forderung der Gefangenen einzugehen, was die einzige Möglichkeit ist, ihr Leben zu retten, wird mit der "Komalösung" versucht, eine Zuspitzung der Situation hinauszuschieben. Gleichzeitig zielt diese brutale Methode darauf ab, die Gefangenen von der Fortführung ihres Hungerstreiks abzubringen, und zwar mit Gewalt.

Der spanische Ministerrat und die Strafvollzugsbehörden haben von Anfang an die Zwangsernährung gegen die Gefangenen eingesetzt. Bereits Ende Dezember wurden die ersten acht Gefangenen in Krankenhäuser verlegt und zwangsernährt. Anfang Januar erfolgten dann weitere Verlegungen in zivile und Knastkrankenhäuser zur Zwangsernährung. Die Gefangenen wehrten sich teilweise aufs heftigste und wurden brutal mißhandelt: geschlagen, gefesselt usw. Zum Teil gelang es den Gefangenen aber auch durch das Herausreißen der Schläuche und Infusionsnadeln, ihre Rückverlegung in den Knast zu erzwingen.

Die Reaktionen des Knast- und Justizapparates bestanden u.a. in Auseinanderverlegungen, wie z.B. von den sechs Gefangenen in Soria, die in Knäste nach Madrid und Toledo verlegt wurden. Hinzu kamen Repressionen gegen alle Gefangenen: Anfang Januar beantragten die Strafvollzugsbehörden, daß bei Besuchen von Angehörigen, Freunden und Anwälten zusätzliche Überwachungs- und Interventionsmöglichkeiten zugelassen werden (Tonbandmitschnitte usw., Nacktausziehen der Gefangenen vor und nach den Besuchen). Ende Januar/Anfang Februar, also in der bereits sehr zugespitzten Situation der Gefangenen, denen es zum Teil auch besonders schlecht ging, erhielten zwei Anwälte Besuchsverbote bzw. Quasi-Besuchsverbote. Der Anwalt von zwei gefangenen Frauen in Bilbo durfte sie nicht in ihren Zellen besuchen, obwohl sie physisch gar nicht mehr in der Lage waren, in den Besucherraum zu gelangen. Seit Mitte Januar befinden sich alle Gefangenen in einem kritischen Zustand. Einige Gefangene fielen sogar ins Koma.

Bis zu diesem Zeitpunkt gab es eine heftige öffentliche Diskussion in Spanien um die Anwendung der Zwangsernährung. Berufsverbände und Teilgewerkschaften wie die "Richter für die Demokratie", eine Gruppe junger Anwälte in Madrid, Ärzte im Gesundheitswesen, die Beamtengewerkschaft in der UGT (sozialistische Gewerkschaft), Commisiones Obreras (Arbeiterkommissionen) gaben Erklärungen gegen die Anwendung der Zwangsernährung ab und kritisierten die "unnötige Härte", mit der die Regierung gegen die Gefangenen vorgeht. Ergebnisse waren u.a. Verbotsverfügungen der Zwangsernährung der zuständigen Überwachungsrichter in vier Knästen (Madrid, Zaragoza, Valldolid, Bilbo) sowie Protestaktionen von Ärzten und Krankenhauspersonal bis hin zur Weigerung, die Zwangsernährung durchzuführen. Erklärungen gegen die Zwangsernährung und Aufforderungen an die Regierung, den Dialog mit den Gefangenen aufzunehmen kamen u.a. auch von den Bischöfen in Madrid und Donosti.

Verschiedene Organisationen wie die APHDE (Vereinigung für die Menschenrechte in Spanien) haben sich wiederholt als Vermittler für Gespräche zwischen Regierung und Gefangenen angeboten. Ohne Erfolg. Die Vereinigung gegen die Folter in Spanien hat gegen den Generalsekretär der Strafvollzugsbehörden Strafanzeige wegen der Zwangsernährung gestellt.

Die PSOE-Regierung blieb jedoch bei ihrer Ablehnung jeglicher Verhandlungen mit den Gefangenen über ihre Forderungen und setzte die Zwangsernährung durch. Auf Proteste wurde mit Kriminalisierung reagiert. Den Richtern, Mitgliedern der eher fortschrittlichen Vereinigung "Richter für die Demokratie", wurden strafrechtliche Konsequenzen angedroht, wenn sie weiterhin - als "Mitwirkung am Selbstmord" - Verbote der Zwangsernährung verfügen.

Gegen die Angehörigen und Anwälte reagiert der spanische Staat ebenfalls mit Kriminalisierung. So läuft ein Ermittlungsverfahren gegen die Anwältin mehrerer Gefangener, Francisca Villalba, mit dem Vorwurf, Koordinationsaufgaben unter den Gefangenen übernommen zu haben.

Im Verlauf der Zuspitzung des Hungerstreiks, als Mitte/Ende Februar die ersten Gefangenen ins Koma fielen, konnte die Regierung ihre Position auch durchsetzen, da mittlerweile die Zwangsernährung bzw. "Komalösung" bei allen Gefangenen angewandt wird und die Diskussion in den bürgerlichen Medien verstummt ist.

Ziel der staatlichen Strategie (Zwangsernährung bzw. "Komalösung") ist, den Gefangenen das äußerste Kampfmittel Hungerstreik aus den Händen zu schlagen, indem die Zuspitzung der Situation so lange wie möglich hinausgezögert wird. Im Fall der spanischen Gefangenen geschieht dies nunmehr seit über einem Monat! Dabei bedeutet diese Methode keineswegs, daß das Sterben verhindert werden kann - der Sterbeprozeß wird lediglich hinausgeschoben. Der Tod einer/s Gefangenen wird dabei bewußt in Kauf genommen. Mit der Verzögerungstaktik soll vorrangig der Widerstandswille der Gefangenen gebrochen, sie sollen zum Aufgeben gezwungen werden; zugleich soll die Solidarität draußen zermürbt werden. Ganz konkret handelt es sich bei der brutalen Anwendung der Zwangsernährung um einen Teil des Vernichtungsprogramms gegen die Gefangenen, wie es bereits mit der Politik der Zerstreuung und Isolation in Gang gesetzt wurde.

Solidaritätsbewegung in Spanien ...

Außer dem bereits beschriebenen Engagement gegen die Anwendung der Zwangsernährung und "Komalösung" wird die Mobilisierung zur Unterstützung des Hungerstreiks in erster Linie von den Angehörigengruppen organisiert. So wurden von ihnen Büros des Roten Kreuzes in verschiedenen Städten besetzt sowie Kundgebungen vor für die Haftbedingungen verantwortlichen Institutionen, Knästen und Krankenhäusern durchgeführt. Zu mehreren kleineren Demonstrationen u.a. in Madrid riefen auch andere spanische Organisationen auf. Deutlich stärker als im restlichen Spanien ist die Solidarität mit den Hungerstreikenden in Euskadi. Trotz ideologischer Widersprüche haben sich dort fast alle linken Organisationen mit dem Hungerstreik solidarisiert, täglich gibt es kleinere Aktionen. Z.B. fand am 4. Februar in Bilbao eine Demonstration für die Menschenrechte statt, zu der die Gestoras pro Amnestia (baskische Organisation zur Unterstützung der Gefangenen und Flüchtlinge) aufgerufen hatten und an der sich 10.000 Menschen beteiligten. Ein Redner war ein Ex-Gefangener der GRAPO.

Im Dezember 89 hat die GRAPO vier bewaffnete Aktionen zur Unterstützung der Forderungen durchgeführt. Die Angriffe richteten sich gegen Beamte der verhaßten Guardia Civil und gegen zwei Offiziere der spanischen Armee, die in ihrem Kern seit dem Franco-Faschismus unverändert geblieben ist.

Trotz anhaltender Mobilisierung ist es bisher der Solidaritätsbewegung mit den Gefangenen nicht gelungen, die harte Haltung der PSOE-Regierung zu durchbrechen und der staatlichen Strategie der "Komalösung" etwas Adäquates entgegenzusetzen.

... und in der BRD

Während des letzten großen Hungerstreiks 1989 der Gefangenen aus RAF, Widerstand und anderen kämpfenden Gefangenen gab es die bisher stärkste Mobilisierung und breite Öffentlichkeit in der BRD. Trotzdem reichte dies nicht aus, die harte Linie des Staatsapparates zu durchbrechen.

In dem staatlichen Vorgehen gegen die politischen Gefangenen offenbart sich eine vereinheitlichte Politik der westeuropäischen Regierungen. Überall, ob in Frankreich, Belgien, BRD, Italien oder Spanien, wird die Zusammenlegung blokkiert oder zerstört, werden die kämpfenden Gefangenen isoliert und "verstreut", wird versucht, sie mit einer "Politik des Dialogs und der Reue" zu erpressen. Das "Europa der Bullen, Bonzen und Militärs" ist längst Wirklichkeit. Jeder unserer Kämpfe, alle unsere Niederlagen und Siege haben Auswirkungen auf andere Kämpfe. Es ist so: die baskischen und spanischen Gefangenenkollektive sind in Westeuropa ohne Beispiel und das macht es den Herrschenden leichter, sie zu zerschlagen.

Für die Gefangenen hier ist es aus ihrer Situation heraus sofort klar gewesen, daß die Zerschlagung der Kollektive in Spanien für ihren Kampf um Zusammenlegung und verbesserte Haftbedingungen die harte Linie hier noch weiter verfestigen würde. Aus diesen Gründen stellten sie sich mit ihren Solidaritäts-Hungerstreiks, die z.Zt. fortgeführt werden, in den gemeinsamen Kampf um die Wiederzusammenlegung.

Der Streik der spanischen Genossen ist auch unser Kampf; gegen Isofolter in den Knästen dort wie hier, gegen Vereinzelung und Entfremdung, für ein menschenwürdiges Leben, für eine Gesellschaft ohne Kapital und Knäste. Wir wollen verhindern, daß die Gefangenen sterben, d.h. durch die harte Haltung der spanischen Regierung (in Absprache mit den EG-Staaten) quasi ermordet werden. Wir wollen, daß die Gefangenen leben, und Leben heißt für politische Menschen, daß sie Kontakt zu ihren Genossinnen und Genossen brauchen.

Was die Angleichung der westeuropäischen Staaten für die politischen Gefangenen und alle Revolutionäre bedeutet, zeigen uns die Angriffe auf die baskischen und spanischen Gefangenen, die harte Haltung gegen die Zusammenlegung in der BRD, ebenso wie Räumungen und Bedrohungen von besetzten Häusern und Zentren in Amsterdam, in Oslo, Mailand, Österreich, Kopenhagen, Berlin und Hamburg als ein Beispiel. Da existiert längst der "europäische Rechtsraum", da funktioniert der vereinigte europäische Bullenapparat längst gegen jede fundamentale Opposition und Kämpfe um selbstbestimmtes Leben.

Aus diesen Verhältnis heraus hat sich auch hier in der BRD eine Solidarität mit dem Hungerstreik der spanischen Gefangenen entwickelt. So gab es u.a. in Frankfurt/M. und Bonn Kundgebungen vor den spanischen Konsulaten, in Hamburg einen Besetzungsversuch. Militante - u.a. gegen VW in Münster, RWE in Essen, Deutsche Bank in Hamburg - erklärten sich mit dem Hungerstreik solidarisch. Weitere Initiativen richteten sich gegen SPD- und EG-Einrichtungen, und in einigen Städten wurden kleinere Demonstrationen organisiert. U.a. wurde am 21.3.90 in Konstanz ein Treffen von Kohl und Gonzales gestört.

Diese Initiativen sollen Druck auf die spanische Regierung ausüben. Solange diese nicht in Verhandlungen mit den Gefangenen tritt, soll sie immer wieder in ihrer Ruhe gestört werden. Uns ist es wichtig, daß die Kollektive der spanischen Gefangenen ihnen als konkrete Kampfbedingungen und uns als Beispiele erhalten bleiben. Außerdem finden wir es unerträglich, daß den Gefangenen ihr schärfstes Kampfmittel Hungerstreik durch die "Komalösung" als endlos verlängertes Sterben aus den Händen geschlagen wird.

Angesichts der beschriebenen zugespitzten Lage denken wir, daß jede Initiative, die die Situation der spanischen Gefangenen verurteilt und sich auf ihre Seite stellt, wichtig ist, damit sich die Gefangenen doch noch durchsetzen.

Für die sofortige Erfüllung der Forderungen:

- Schluß mit der Isolation und Vernichtung der politischen Gefangenen!

- Wiederzusammenlegung der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r)!

- Solidarität mit allen revolutionären Gefangenen in Westeuropa!

Spanien-Soli-Gruppe aus Hamburg

Anmerkungen:

1) GRAPO = Grupos de Resistencia Antifascista Primero de Octobre (Antifaschistische Widerstandsgruppen Erster Oktober)

2) PCE(r) = Partido Communista de Espana reconstituido (Wiederhergestellte Kommunistische Partei Spanien)

23. Christian Geißler: dissonanzen der klärung von Sabine Peters

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Autonome; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:01

Am 30.11. ist A. Herrhausen, Chef der Deutschen Bank, von der raf getötet worden. Kurz darauf erschien eine Erklärung: sie beschrieb, wofür die Deutsche Bank international steht. Das wird kaum einem Leser/einer Leserin neu gewesen sein. Neu war, daß von der raf der Wunsch nach Diskussion geäußert wurde, "mit allen, die für eine am menschen orientierte gesellschaftliche realität kämpfen und diese auseinandersetzung wollen." Es war von "produktiven wechselbeziehungen", von "offenem prozeß (...) zusammen", und von "vielfältiger praxis in einer orientierung" die Rede.

Diese Form von Einladung hat viele überrascht. Mir war bisher keine öffentliche Arbeit bekannt; das wirft einige Fragen auf. Ist das Schweigen auf den raf-Brief Ausdruck des Desinteresses "der" Linken an der Politik der raf in der aktuellen Situation, die von international schwerwiegenden Entwicklungen/Rückentwicklungen gekennzeichnet ist? Ist es die Gleichgültigkeit gegenüber einer politischen Gruppe, von deren Strategie viele sich schon vor Jahren verabschiedet haben? Ist es die Angst davor, im eigenen Namen verantwortlich öffentlich eine Beziehung oder auch nur den Ansatz dazu zu kennzeichnen, was ja im Sinne des 129a durchaus strafwürdig ist? Ist es die Angst vor dem Rausschmiß aus allen Zusammenhängen für den Fall, daß die eigene Antwort kritisch ausfiele? Oder ist das Schweigen die einfache Zustimmung zu dem Angriff?

Es gibt jetzt eine öffentliche Antwort.

"ich bin / seit ich kommunist bin / dafür daß gelernt wird / das lernen gegen den klassenfeind / ein lernen geht von unten nach oben / (...) / das andere geht von gleich zu gleich / in gegenseitigkeit / offen / das ist ein zutrauen / das weiß / daß für unseren kampf / jeder jeden / jede jeder / was mitzubringen / was zu zeigen hat / (...) / was einer falsch macht / das machen wir falsch / was eine lernt / lernen wir alle / und hat einer / hat eine / von uns / noch fragen / dann sind das unsre fragen" Christian Geißler hat in den dissonanzen der klärung einen Arbeitsschritt in Richtung auf die "produktiven wechselbeziehungen" hin getan. Jetzt liegt es an der raf, ihre eigene Aufforderung einzulösen.

Der Umfang der dissonanzen ist so groß, daß ich nur einige Punkte ansprechen will. Abgesehen davon wäre es Unsinn, diesen Arbeitsschritt auf eine vermutete "Botschaft" hin abzuklopfen. Denn dort gibt es keine leicht konsumierbare, griffige Phrase als Antwort, kein "werft die waffen weg" und kein "weiter so".

Christian Geißler schreibt aus seiner Geschichte der Auseinandersetzung mit der raf, mit dem bewaffneten Kampf. Diese Beziehung hat in der Freundschaft mit Ulrike Meinhof angefangen, wurde in zehn Hungerstreiks deutlich, äußerte sich in Briefwechseln und ist u.a. in kamalatta literarisch bearbeitet worden. In den dissonanzen wird also die eigene Geschichte, aber auch die eines großen Teils der radikalen Linken durchdacht. Und damit wird öffentlich eine schwierige inhaltliche Diskussion aufgenommen, die entweder nie offen geführt worden ist; oder die ergebnislos blieb, wenn darunter das einen "klaren-Trennungsstrich-ziehen" innerhalb der radikalen Linken verstanden wird. Nach dem Hungerstreik 89 wurde von allen Seiten betont, mensch wolle endlich lernen, endlich offen diskutieren. Das waren zum größten Teil folgenlose Absichtserklärungen. Dagegen sind die dissonanzen selbst ein hochkomplexer Lern- und Diskussionsvorgang, der seinerseits aufgenommen, befragt und diskutiert werden muß.

Ausgehend von der nationalen und internationalen politischen, ökonomischen und sozialen Wirklichkeit 1990 fragt Geißler, die gemeinsamen Ausgangspunkte aufnehmend: "wie werden wir / wie wird unser kampf / allgemein? / das ist die frage durch alle klassengeschichte". Aus der Tatsache, daß es die raf und ihren bewaffneten Kampf seit 20 Jahren in der BRD gibt, wird gern oberflächlich gefolgert: der bewaffnete Angriff auf die Verantwortlichen hier "geht", "jetzt heut noch". An dieser Aussage gab und gibt es Kritik. Ich spreche von solidarischer Kritik, also von einer, die im Interesse der gleichen Einsicht und Hoffnung kämpft. "daß wir in klassenkriege gestellt sind / von anfang an / das ist kein gefasel / heute erst recht nicht / das braucht unsre antwort praktisch / wie wenden wir unsre niederhaltung doch noch / in ihre niederlage / ihren tod in unser leben". Was ist aus der Erfahrung 20 Jahre raf zu lernen? Die Einladung der raf war erfreulich offen. Sie wird offen und verantwortungsvoll aufgenommen. Daß das nicht schnell und einfach geht, liegt auf der Hand. Ein

Kritikpunkt ist demnach das Vorgreifen der raf, daß abschließt: "dort / wo ihr / selbstbestimmt / den banker totschmeißt / ist nichts mehr offen / ist etwas nicht mehr diskutabel / schließt ihr den beziehungsprozeß / als den / diskussionsprozeß des lernenden streitens / des gegenseitigen lernens / ab." Genau darum geht es aber doch jetzt. Und doch auch der raf, die die Wechselbeziehung sucht.

Das ist eine spannungsreiche Wechselbeziehung. Christian Geißler geht ihr Schritt für Schritt nach, bringt sie auf den Tisch, in aller - verletzbaren - Offenheit. Verletzbar sage ich zum einen, weil ich schon die Einwände höre, die von vielen Plätzen her gegen die dissonanzen kommen werden: warum schreibt er denn immer so schwierig, was will er denn eigentlich sagen. Die dissonanzen muten Arbeit zu, und Konzentration. Und sie sind nicht mit dem Ausdruck "schwierig" abzutun, sondern sie spiegeln den Prozeß einer notwendigen Auseinandersetzung, indem sie politische Kategorien aufnehmen, in einem eigenen Sprachgestus analysieren und vorwärtstreiben. Dieser Prozeß ist, und das ist das andere, verletzbar. Die dissonanzen bringen den Konflikt zwischen zwei Haltungen gegenüber den internationalen Klassenkriegen zur Sprache, die jede und jeder radikale Linke von sich selbt kennen wird: den zwischen dem "Nahen" und dem "Ganzen". Das Ganze: in einer Totalität, in der jede Beziehung, jeder einzelne Mensch gekennzeichnet ist durch Verdinglichung und Entfremdung, bleibt nichts anderes übrig, als "ganz" die existentielle Entscheidung für den bewaffneten Kampf zu treffen. Das Nahe: der Gedanke, auch durch den illegalen bewaffneten Kampf gibt es kein "ganzes" Entkommen aus der Totalität. Und: in der Totalität gibt es Risse, d.h. Eigenständigkeiten, Freuden, Richtigkeiten. "wir sägen uns warm im frost eines leuchtenden tages / wir können uns aufeinander verlassen / wäre alles so brauchbar wie säge und holz / dann wären wir alle schon weiter / (...) / als wir anfangen / das gesägte holz zu hacken / kommt der zweite nachbar / der schreiber / er hackt nicht mit / er schichtet die scheite / im wetterschatten des stalles / zu einem runden turm / und teilt mir unruhig / und der nachbar vom bau hört ihm zu / über axt und ast / seinen gedankengang mit / (...) / warum entstehen nicht / jetzt / sofort / (...) / klug ausgestattete / informationstrupps / die rübergehen mit unserm wissen / und die / in kontinuierlicher planungsdiskussion / mit drüben den kämpfenden menschen / (...) / losgehen / für den kampf der ddr-kommunisten / gegen das lügen der kralle / (...) / das geht mich was an / dich auch / warum gehen wir nicht los? / es klatscht die axt / es fliegt das holz / hin und her wort / (...) / und quer dazu hatte ich aber im ohr / die kritik von genossinnen und genossen / :was ändert dein tag?: / und / das frage ich jetzt / frage ich stur das an euch zurück / was verändert das verbrennen des bankiers?"

Das Nahe: das Wühlen mit Nachbarn, am Schreibtisch, in Arbeitsgruppen und Plena. Die Kompromisse und die Zähigkeit der Prozesse.

Die soziale Wirklichkeit, in der hier die meisten kämpfen, steht im Kontrast zum Lichtschrankenblitz, zum Angriff auf den Banker. Was ist damit ausgelöst worden? Hier und da ein paar knallende Sektkorken, und die Menschenhatz des BKA wie bekannt. Aber im allgemeinen deutschdeutschen Siegestaumel verhallte der Angriff wie eine Nebensächlichkeit; vergleichbar übrigens auch mit den Solidaritätshungerstreiks mit den spanischen Gefangenen.

Also was ändert ihr Tag und sein Tag und dein Tag und mein Tag? Und welche Praxis in einer Orientierung wird wirksam gegen den Klassenfeind? Eine Analyse ist umso notwendiger, als in den letzten zehn Jahren wenig neue politische Orientierungen aus den Reihen der raf gekommen sind. (Und wo ist z.B. die Prozeßerklärung aus Stammheim 1976, an der entlang und unter Einbeziehung der aktuellen Situation Perspektiven entwickelt werden müßten?) Angesichts der veränderten Situation, von nationaler Vereinigung über Europa 92 bis hin zum vorläufigen Sieg von USA und Contras in Nicaragua sind neue politische Analysen und Orientierungen unerläßlich. Es geht nicht ums Aufgeben. Es geht um das aus dem magischen Kreislauf ausbrechende Neue.

Christian Geißler läßt keine Frage aus, und damit rüttelt er an den Wurzeln der Selbstgewißheit. Also z.B. an der Selbstgewißheit, der bewaffnete Kampf habe jetzt hier die Vorreiterrolle, stehe oben in der Hierarchie von Kämpfen. Der Gegenvorwurf ist bekannt: als wäre er beliebig, ob bewaffnet gekämpft wird oder ob eine oder einer - z.B. - öffentliche Schwarzfahraktionen mit Jobbern und Arbeitslosen macht. Aus den je eigenen Zusammenhängen heraus reproduzieren sich die Vorwürfe "was ändert dein tag" an andere Gruppen und Zusammenhänge. In dem Brief an die raf sind zwei Haltungen vertreten: die Kritik an der raf und die Selbstkritik eines schreibend kämpfenden Menschen. Darüber hinaus sind die dissonanzen ein produktiver Ansatz hin zum sich-miteinander-verbünden.

Und die raf lädt ein zur offenen Diskussion.

Also gibt es eine Übereinstimmung, daß wirklich endlich gründlich ernsthaft offen angefangen wird mit der Auseinandersetzung zwischen kämpfenden Menschen? Oder wird von irgendeiner Seite festgelegt, wer mitreden darf als kämpfender Mensch und wer nicht; was geredet werden darf und was nicht? Die dissonanzen der klärung öffnen einen Raum, in dem alles geredet werden kann. Sie sind in aller Genauigkeit geschrieben, und das heißt auch, in aller Schärfe. Das geht los mit der Kritik an dem Ausdruck "hinrichtung", und fährt fort mit der Kritik an der "unumkehrbarkeit": bruch und / sprung und / trennungsstrich / (...) / und diese große loslösung / immer auch / lebt er als die erlösung / die ihn weghebt vom blöden getümmel gewimmel / von verschwitzter alltäglichkeit / von all unsrer dummheit / frei weg / aus rechenbarer vernünftiger materialistischer / kommunistenarbeit / zum beispiel / die immer offen ist / (...) / für den umweg / und rückweg / nach vorn". Keine Rede davon, den kollektiven Kampf in Menscheninteresse aufzugeben. Aber die Einladung aufgenommen, befragt und erwidert: wir mögen uns endlich aufeinander beziehen. "denn das lernen der kommunisten / geht nur aus der wirklichkeit / die wir nicht bange verfälschen / (...) / in der sind / aus kämpfen / unsere klarheit des wissens und / das elend unserer verletzungen / und sind unsre gräber / ich gehe aus meiner geschichte an zwanzig gräber / (...) / welches grab ist von mir schon vergessen worden? / die liebe schweigt nicht. / sondern wird klug. / oder lügt."

Die dissonanzen schweigen nicht. Sie lieben den revolutionären Klassenkampf in Menscheninteresse.

Es fragt sich, ob das aufgenommen wird. Also gelesen, durchgearbeitet, kritisiert und beantwortet, und zwar von der raf, die diese Auseinandersetzung will.

Aber nicht nur von ihr.

Es geht ja hier um Klärung innerhalb der ganzen radikalen Linken. Also auch um die genuschelten Positionen von: "gut, daß es die raf gibt, nur ich selbt habe mich bewußt anders entschieden" über: "1985, der Angriff auf den gi wegen seines Perso, das war für mich die Grenze" über: "die Politik der raf jetzt stört unsre eigenen Ansätze" bis zu: "vor 20 Jahren sah es noch anderes aus, aber jetzt ist das nur noch Selbstüberschätzung". All diese und andere Positionen gibt es ja. Und sie reproduzieren sich in den jeweiligen Umfeldern, ohne wirksam zu werden in dem Sinn, daß sie zusammenkommen auf dem Weg in eine neue Praxis. Die dissonanzen sind ein Ansatz für eine neue kämpferische Praxis zusammen. Ein unbequemer Text, der eigene Arbeit und Auseinandersetzung fordert. Diese Art von "Aufklärung", also von Entschleiern, Demystifizieren, Einschätzung statt Überschätzung, ist nämlich gerade jetzt dringend angesagt.

"ein gespenst geht um in europa? / ja. / kopflos die linke. / wie kriegen wir den unterm huschhemd wieder nach oben? wie werden wir fleisch? / denn es helfen gegens konkrete pack / nicht glühende bekenntnistaten / aus gutem geist / es hilft uns / zur sättigung / das ist zur änderung / die uns schmeckt / nur massenhaft festes fleisch / für schwere arbeit proportioniert / haltbar organisiert / im stoffwechsel flink und schlau / im farbton schlicht rot / (...) / all unsre wirkung / auch unsre liebste wirkung / hat materiellen grund / aus dem geschick / erhebt uns kein beten / entläßt uns kein bomben / besser / wir rechnen nach".

Und: "in der genannten prozeßerklärung / der ersten genossinnen und genossen / heißt das so / : die diskussion jeder bestimmten proletarischen politik / ist heute zuerst selbstkritik / die ununterbrochene kritische Überprüfung / unsrer eigenen ergebnisse:"

Christian Geißlers Arbeit ist eine Fülle von öffnenden, anregenden, kritischen Überlegungen. Sie könnte, wenn sie kritisch-solidarisch aufgenommen würde, bewirken, daß raf und radikale Linke mit der immer wieder geforderten und beabsichtigten Diskussion endlich ernst machen; also das, was in den dissonanzen begonnen wurde, fortsetzen.

Sabine Peters

Christian Geißler, dissonanzen der klärung; 96 Seiten, 10.-; Kamalatta-Flugschrift 2; zu beziehen über den linken Buchhandel oder über Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27, 23 Kiel, Tel. 0431/93639

24. Zur Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:12

Ich möchte für den Kommunistischen Bund in Köln Grüße an die politischen Gefangenen richten. Vor allem an Günter, an Claudia, an Bernd und an Ali, für deren Freilassung wir heute wieder hier sind. An alle, für deren Forderungen aus dem letzten Hungerstreik, für deren Zusammenlegung wir weiter eintreten, und die wir lieber heute als morgen wieder in Freiheit sehen wollen.

Grüße an die Gefangenen aus der PCE(R) und den GRAPO, die heute seit 100 Tagen unter Einsatz ihres Lebens ihr Recht auf Wiederzusammenlegung gegen die sozialdemokratische Regierung des spanischen Staates verteidigen.

Und Grüße auch an die Angehörigen, die die Initiative zu dieser kontinuierlich stattfindenden Kundgebung ergriffen, und damit etwas von dem langen Atem aufgegriffen und praktisch gemacht haben, der in Helmut Pohls Erklärung vom 1. Februar 89 schließlich auch steckte: nicht mehr loszulassen.

Wir wünschen uns, daß von diesem langen Atem wieder mehr sichtbar wird. Konsequenter, vielfältiger, dauerhafter, als das in den zehn Monaten seit Ende des letzten Hungerstreiks in der Linken außerhalb der Knäste oft der Fall war.

Wir wollen eine Diskussion darüber in der gesamten Linken, wohl wissend, daß wir nicht insgesamt, geschweige denn ein Teil von uns, in der Offensive sind. Aber auch sehend, daß sich aus dem Zusammenbruch alter Gewißheiten, scheinbarer Sicherheiten, neue, gemeinsame Überlegungen, Formen der Arbeit ergeben können, ergeben müssen. Wie Christian Geissler im letzten AK schreibt: "wir sind doch nicht beim letzten dämon-austreiben, sondern allesamt, grad wieder mal eben, in schwierigen kommunistenkämpfen gegen das weltweite feixen aus fett. da sollten wir nicht, schon längst doch nicht, auf bündnisfäuste verzichten."

Wir hoffen in diesem Sinne auf die Beteiligung der Gefangenen an den unter anderem im AK laufenden Diskussionen, wir hoffen auf vielfältige Beteiligung der gesamten Linken daran, sind uns sicher, daß wir, wenn wir auch wieder über Ziele reden, gemeinsam eher Wege dahin finden werden.

Stuttgart, 9.3.90

25. Kronzeugen-Deal perfekt: 5 Jahre statt lebenslang

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:36

Die Rote Hilfe e.V. Westberlin hat den ersten Prozeß, der zur Anwendung der neuen Kronzeugenregelung zum §129a führte, beobachtet und festgehalten. Der folgende Bericht beschreibt vor allem die Funktion, die dieser Prozeß für das Strafverfahren gegen 17 KurdInnen in Düsseldorf hat und haben wird. Der vor dem Landgericht in Westberlin wegen eines Mordes aus dem Jahre 84 angeklagte Cetiner ist inzwischen zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Den Tatvorwurf Mord, für den das Strafgesetzbuch eine lebenslängliche Freiheitsstrafe bestimmt, sah das Gericht als erwiesen an. Wegen der umfassenden Aussagen Cetiners sprach ihm das Gericht den Strafrabatt nach der Kronzeugenregelung zu. Nach Rechtskraft des Urteils wird Cetiner als zentraler Belastungszeuge im Düsseldorfer Verfahren der Bundesanwaltschaft zur Seite stehen. (siehe auch AK 316).

Die Kriminalisierung der PKK hat wie kaum eine andere Repressionsmaßnahme der letzten Jahre in der Antirepressionsarbeit zu einer Polarisierung innerhalb der bundesdeutschen Linken geführt. Für die einen scheint klar zu sein, wo immer in Europa ein Türke oder Kurde unter ungeklärten Umständen zu Tode kommt, die PKK war es. Für die anderen reduziert sich alles auf die Isolierungskampagne einer "Staatsschutzlinken", die sich zum Handlanger des Imperialismus macht. Angesichts der verhärteten Fronten war uns das Mißtrauen von allen Seiten sicher, als wir den Versuch starteten, eine Antirepressionsarbeit zum ersten §129a-Kronzeugenprozeß in der BRD zu organisieren.

Ali Cetiner ist Kurde, nach eigenen Angaben ehemaliges Mitglied des ZK der PKK. Außerdem besitzt er die bemerkenswerte Eigenschaft, "ungewöhnlich schnell auswendig zu lernen". Der, der dies sagt, muß es wissen: Dr. med. Celler ist Sachverständiger zur Beurteilung der Persönlichkeit des Angeklagten. Angeklagt ist Cetiner vor dem Landgericht Berlin wegen der brutalen Ermordung von Murat Bayrakli. Allerdings gerät der Anklagevorwurf nach seinem sogenannten Geständnis am 2. Verhandlungstag immer mehr in den Hintergrund. In den Vordergrund tritt hingegen seine Fähigkeit, über Dinge zu berichten, die der Bundesanwaltschaft im Düsseldorfer KurdInnenprozeß aus ihren Beweisnöten helfen sollen. Obwohl er nirgends dabeigewesen sein will, weiß Cetiner alles. Beispielsweise will er die Wohnung, in der Bayrakli festgehalten wurde, abends verlassen haben. Bis zu diesem Zeitpunkt soll über die konkrete Ausführung der Tat noch nicht gesprochen worden sein. Trotzdem beschuldigt er namentlich eine Person, die Leiche mit dem PKW weggebracht zu haben, obwohl er weder dabeigewesen, noch dies am nächsten Tag in einem Gespräch berichtet bekommen haben will. Der Wert seiner Aussagen liegt denn auch weniger in solchen Details als in einem ganz anderen Zweck. Bundesanwalt Senge, oberster Ankläger in Düsseldorf, berichtet während seiner Zeugenaussage im Kronzeugenprozeß, "daß wir in einigen Anklagepunkten sehr hypothetische Indizienketten aufgestellt hatten. Cetiner hat uns dann durch seine Aussagen die Dinge beweismäßig rund gemacht". Damit erfährt die Öffentlichkeit aus berufenem Mund eine Menge zur Funktion des Kronzeugen. Zur Person Ali Cetiner sollten wir allerdings im Verlauf des Prozesses nichts weiter erfahren. Der vermeintliche Hauptdarsteller ist tatsächlich nur Statist. Noch dazu muß er sich seine Rolle teilen mit einem Dolmetscher, der ein erstaunliches Eigenleben entwickelt. So konnten selbst Laien bei dem Zeugen Arslan, der in Düsseldorf ebenfalls als Kronzeuge der Anklage auftreten wird, feststellen, daß der Dolmetscher nur Teile der Aussage übersetzte. Die Aussagen Cetiners klingen in der Übersetzung des Dolmetschers eher wie die monotone Verlesung eines Polizeiberichts, denn wie die Antworten des Beschuldigten, der bei bestimmten Fragen sehr schnell in die Enge getrieben schien und öfters Beratungspausen mit seinen Anwälten verlangte und bekam.

Wesentlich engagierter als der Kronzeuge ist der vorsitzende Richter Prüfer in seiner Rolle. Prüfer gilt in Justizkreisen als "Liberaler". Grandios wirkt Prüfers Auftritt als "Sachverständiger". Der Dolmetscher liest türkische Schriftstücke vor. Dann trägt Prüfer eine von wem auch immer angefertigte deutsche Übersetzung vor und läßt sich danach, trotz einiger Korrekturen, durch den Dolmetscher bestätigen: "Sinngemäß richtig übersetzt". Auf diese Weise entstehen "Beweismittel", von denen noch nie zuvor jemand gehört hat; z.B. ein Brief des Düsseldorfer Angeklagten Ali Aktas, in dem dieser aus dem Gefängnis heraus (!) detailliert über verschiedene Morde und daran Beteiligte geschrieben haben soll. Nur kurzfristig sorgte für Verwirrung, daß die beiden BKA-Zeugen sich zunächst nicht einigen konnten, wo dieser Brief gefunden wurde. Die Gefahren solch fortgeschrittener Ermittlungsmethoden für die Angeklagten in Düsseldorf liegen auf der Hand.

Richtig zu Hochform läuft Prüfer auf, als es darum geht, die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen. Freiwillig kündigt er sein Programm für die nächsten Verhandlungstage an, um dann statt der angekündigten Verlesung von Akten Bundesanwalt Senge als Zeuge zu hören. Während das Kalkül, ohne Presse oder Öffentlichkeit eine zentrale Zeugenvernehmung durchzuführen, durchkreuzt werden kann und dadurch Senges Aussage der Nachwelt erhalten bleibt, bleiben andere Ungereimtheiten im Dunkeln. Einer Zeugin, die berichten will, wie die Polizei sie mit falschen Anschuldigungen zu bestimmten Aussagen bewegen wollte, fällt Prüfer ins Wort und beschließt: "Das lassen wir jetzt mal weg."

Über den Staatsanwalt Rolfsmeyer, der aus der umstrukturierten "Politischen Abteilung" kommende Kandidat für den Posten des Oberstaatsanwaltes, gibt es wenig zu berichten. Seinen einzigen wichtigen Auftritt hat er am Ende des 3. Verhandlungstages. Als der Vorsitzende Cetiner fragt, ob ihm finanzielle Zusagen für seine Aussagen gemacht wurden, greift Rolfsmeyer ein. Er beschwert sich unaufgefordert darüber, daß das Gericht eine solche Frage in öffentlicher Verhandlung stelle, "wo (doch - Anm. d. Autors) im Zuschauerraum unentwegt mitgeschrieben werde".

Ansonsten verfolgt die Staatsanwaltschaft schweigend die Verhandlung, weil ihre Rolle weitgehend von der Verteidigung übernommen wird. Den Rollentausch im Kronzeugenprozeß hat der RA Weider 1987 auf dem 11. Strafverteidigertag vorausgesagt. Im Beitrag "Die Integration der Verteidigung in den Verfolgungsapparat" schreibt er: "Je mehr erfolgreiche Kooperation honoriert wird, desto mehr werden Verteidiger selbst Teil des Verfolgungsapparates. ‚Erfolgreiche` Verteidigung ist dann nur noch möglich um den Preis der Beteiligung an der Überführung Dritter. Der Verteidiger wird zum Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft."

Die Verteidigerin Cetiners hat diese Warnung offenbar als Aufforderung mißverstanden. Bei der Befragung von ZeugInnen aus dem Bekanntenkreis des Opfers entwickelt sie kriminalistischen Jagdeifer. Sie versucht, die Personen herauszufiltern, die erstens Bekannte des Opfers, zweitens SympathisantInnen der PKK und drittens damit potentielle "Unterstützer einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK" sind. Auf die möglichen strafrechtlichen Folgen letzterer These werden die ZeugInnen nicht hingewiesen, da sie dann ein Aussageverweigerungsrecht nach §55 StPO hätten.

Der Gerichtssaal verwandelt sich in ein Vernehmungszimmer des BKA. Die Verwandlung ist real, wie die Anwesenheit von zwei extra angereisten BKA-Beamten (neben anderen Beamten) auf den Zuhörerbänken belegt, die eifrig mitschreiben. Wie aus den einschlägigen Lehrbüchern bekannt, werden die ZeugInnen klassisch in die Mangel genommen. Frage: "Sind Sie ein PKK-Sympathisant?" Antwort: "Nein." Frage: "Was haben Sie dann im PKK-Verein gemacht?" Antwort: "Folklore gespielt." - "Keine weiteren Fragen."

Bei einer anderen Zeugin verlangte sie als einzige (!) die Vereidigung, "weil ich den Eindruck habe, daß die Zeugin nicht die volle Wahrheit gesagt hat." Die Zeugin wehrt sich empört: "Was soll ich nicht gesagt haben?" Da springt Prüfer scheinbar väterlich ein: "Niemand sagt, daß Sie lügen. Aber es ging um Politik. Vielleicht fällt Ihnen da noch etwas ein ..."

Das Absurde dieser Situation läßt sich kaum beschreiben. Da sitzt ein Kronzeuge, dessen haarsträubende Geschichten nicht hinterfragt werden. Eine Zeugin hingegen, Bekannte des Opfers, wird quasi zur Täterin gemacht, nur weil sie nicht wie Cetiner die erwünschten Antworten geben kann.

So weit, so schlecht. Mensch könnte es beim Fazit belassen, daß der erste Prozeß, der zur Anwendung der neuen Kronzeugenregelung führt, als Theaterstück miserabel inszeniert war und als Strafprozeß völlig untauglich ist. Aber es gibt noch einen Aspekt, der viel stärker als bisher in die Öffentlichkeit getragen werden muß: die Dimension der geplanten KurdInnenverfolgung.

Der §129a-Prozeß gegen 17 Angeklagte in Düsseldorf ist erst der Anfang. In Düsseldorf sind fünf Morde und eine "ter- roristische Vereinigung" angeklagt. Der Chefermittler in Sachen PKK beim BKA, Hengst, weiß als Zeuge in Westberlin von zehn Morden zu berichten, über die der Kronzeuge Cetiner Aussagen macht. Bei Bundesanwalt Senge sind es zwei Wochen später schon 15 Taten. Senge weiter: "Ich betrachte die Vernehmung noch nicht als abgeschlossen." Die von ihm präsentierte Zwischenbilanz zählt 16 (!) Haftbefehle aufgrund der Kronzeugenaussagen Cetiners auf, von denen sieben vollstreckt oder in der Vollstreckung sind und über weitere neun noch verhandelt wird. Selbst wenn darunter einige Düsseldorfer Angeklagte mitgezählt sein sollten, bleiben genug Menschen für einen zweiten Massenprozeß à la Düsseldorf übrig. Wohlgemerkt betrifft dies nur angebliche "Mitglieder der terroristischen Vereinigung Nachrichtendienst/Kontrolle innerhalb

der PKK". Nimmt mensch die bisherige §129a-Rechtsprechung als Maßstab, dann kann die Zahl potentieller "UnterstützerInnen" ca. zehnmal so hoch angesetzt werden. Und "WerberInnen"? Die Größenordnung, um die es dabei gehen wird, vermittelt die Aussage des Berliner Staatsschützers Waschinski. Demnach wurden auf der Suche nach der Tatortwohnung, die auf Cetiners Beschreibung passen könnte, 77 Wohnungen von KurdInnen überprüft. In einer Lichtbildermappe des Berliner Staatsschutzes, die mit Fotos von der Ausländerbehörde angelegt wurde, befinden sich 200 Westberliner Kurdinnen und Kurden als PKK-Sympathisanten! Diese Zahlen sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß in der BRD nur ca. 400.000 KurdInnen leben.

Dazu paßt in erschreckender Weise der letzte Vorstoß Rebmanns, der die Möglichkeit fordert, terrorismusverdächtigte AusländerInnen vor Eröffnung der Hauptverhandlung in ihre Heimatländer abzuschieben. Massenprozesse vor Militärtribunalen sollen der Öffentlichkeit hierzulande nicht zugemutet werden. Eher schon wird die geräuschlose Auslieferungsmaschinerie auf Hochtouren gebracht. Die Rechnung der Staatsschützer ist simpel: tausend abgeschobene KurdInnen fallen viel weniger auf als 17 Angeklagte in Düsseldorf. Die Schmutzarbeit bei dieser imperialistischen Arbeitsteilung übernimmt dann das türkische Regime.

Noch können wir die Abschiebungen verhindern! Darum müssen alle, ungeachtet ihrer politischen Differenzen zur PKK, ihre Stimme erheben.

Keine Verwendung der Aussagen Ali Cetiners!

Freilassung der kurdischen politischen Gefangenen!

Einstellung aller §129a-Verfahren!

Ersatzlose Streichung der zeitlich befristeten Kronzeugenregelung des §129a StGB und der "kleinen Kronzeugenregelung" des §31 Betäubungsmittelgesetz!

Rote Hilfe e.V. (Ortsgruppe Westberlin)

Über die Kontaktadresse R. Stüker, Rathenower Str. 61, 1 Berlin 21 kann ein ca. 70- bis 100-seitiges Prozeßprotokoll bezogen werden (Preis z.Zt. noch unklar). Weiter wird bis Mai eine ca. 40-seitige Broschüre zum Thema "Kronzeugenprozeß Cetiner und Kronzeugenregelung allgemein" erstellt werden.

26. Die Sympathie der Bourgeoisie - Die "Atomwaffenverzichts"-Initiative geht ihren parlamentarischen Gang

Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer); Atomwaffenverzichtskampagne · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:27

Die Zwischenbilanz zur Initiative "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz (AViG)" vom 12.1.90 (vgl. ak 316) stellte einerseits das vorläufige Scheitern insbesondere des außerparlamentarischen Ansatzes der AViG-Kampagne fest, endete dann aber mit der Feststellung: "Die aktuelle Umbruchperiode könnte uns schneller, als mensch denkt, zu einer Wiederbelebung der Kampagne nötigen." Zwar ist eine Wiederbelebung der Kampagne nicht zu erkennen. Doch die Zeit ist auch für AViG nicht stehengeblieben: Im Bundestag gab es am 15. März 1990, also drei Tage vor der DDR- Wahl, die 1. Lesung des am 1. September 1989 über die Grünen eingebrachten Gesetzentwurfs, der deutlich auch im Zeichen der aktuellen deutschlandpolitischen Entwicklungen stand; und im niedersächsischen Landtag setzte sich das Verwirrspiel um zwei entsprechende Anträge von SPD und Grünen und eine mögliche Zustimmung der FDP zum SPD-Antrag fort.

Im Bundestag: Überraschungen und neue Unklarheiten bei der SPD und der FDP

Die SPD hatte am 4.10.89 den Grünen Antrag mit einem Gegenantrag zum "Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf Massenvernichtungswaffen" gekontert (1). Seine Besonderheiten: Zum einen enthält der Antrag die Wiederholung aller möglichen internationalen Abkommen zur Beschränkung von Massenvernichtungswaffen, denen die BRD beigetreten ist; er spart jedoch vollständig die von dem AViG-Antrag in der Begründung aufgeführten vielzähligen Unzulänglichkeiten dieser Abkommen, speziell des '54er Nuklearwaffenverzichts anläßlich des BRD-Beitritts zur WEU und des "Atomwaffensperrvertrages" (NPT) aus und geht auch mit keinem Wort auf die Bemühungen der CDU/CSU/SPD/FDP-Regierungen seit der BRD-Gründung ein, solche Abkommen zu verhindern oder zu verwässern. Zweitens will der SPD-Antrag nur eine allgemeine Willensbekundung des Bundestages (für die eine einfache Mehrheit reichte), also keine grundgesetzliche Verankerung (wofür eine Zweidrittelmehrheit nötig wäre).

Interessanterweise verabschiedete der Programmparteitag der SPD im Dezember '89 in Berlin unter der Überschrift "Frieden und Sicherheit" folgende Aussage: "Wir setzen uns für eine weltweite Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen ein. Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare, biologische und chemische Waffen nicht herstellen, besitzen oder verwenden. Sie muß von Massenvernichtungsmitteln frei werden und darf auch keine Mitverfügung anstreben. Der Verzicht auf ABC-Waffen soll verfassungsrechtlich abgesichert sein." Auf der überraschend angesetzten 1. Beratung des AViG-Antrages sowie des SPD-Antrages am 15. März im Bundestag wies der SPD-Abgeordnete Scheer gleich am Anfang seiner Rede darauf hin. Es blieb aber unklar, in welcher Form dieser SPD-Parteitagsbeschluß umgesetzt werden solle. Scheer selbst differenzierte zunächst noch: "Wir sind der Auffassung, daß ein Atomwaffenverzicht zur Staatsräson Deutschlands in der jetzigen Form wie auch in der zukünftigen Form gehören muß." Gleichzeitig relativierte er diese Aussage wieder, in dem er infrage stellte, "ob das in den originären Verfassungstext geschrieben werden muß" (2). Was er damit meinte, blieb sein Geheimnis. Im übrigen schien ihm gar nicht aufgefallen zu sein, daß der vorliegende SPD-Antrag der grundsatzprogrammatisch geforderten verfassungsrechtlichen Verankerung nicht angeglichen worden war, sondern sich nach wie vor nur für eine allgemeine Willensbekundung des Bundestages aussprach.

Die Hauptkritik Scheers wie auch aller anderer RednerInnen der übrigen Altparteien war einerseits das "kampagnenmäßige" Aufziehen des Anliegens ("Wenn man eine Verfassungsinitiative ergreift, dann muß sie erfolgsorientiert ergriffen werden. Dann ist es gerade bei diesem Punkt sehr, sehr wichtig, darüber eine gründliche Erörterung zwischen allen denjenigen im Parlament, die daran mitzuwirken bereit sein könnten, durchzuführen"); zum zweiten kritisierte er angebliche Polemiken in der Begründung von AViG, weil darin ein politischer Wille unterstellt werde, die BRD strebe die Mitverfügung über Atomwaffen an. Auch die "Lückentheorie", d.h. der Nachweis der Unzulänglichkeit der bestehenden Verträge durch den AViG-Antrag, mißfiel Scheer; an anderer Stelle forderte er dann allerdings "alle vorhandenen Löcher - wenn sie denn gegeben seien - zu stopfen." Er beklagte zudem, daß immer mehr Länder in die Lage kommen, Trägersysteme

und Atomsprengköpfe zu bauen, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, daß die BRD für diese Art Proliferation Handelspartner Nr. 1 ist.

Frau Hamm-Brücher, deren Sympathie für das AViG-Anliegen bekannt ist, durfte für die FDP in die Bütt und schimpfte als erstes auf die Begründung des AViG-Antrags, durch die "die Sympathien ... nicht gerade gestärkt" worden seien; denn "wenn man so etwas macht, kann man sich nicht durch Polemik ausgrenzen, sondern dann muß man versuchen, sich in einen gemeinsamen Weg einzufädeln." Sie formulierte, wie der Konsens aller DemokratInnen auszusehen habe, in den sich auch die Grünen "einzufädeln" hätten: "Insgesamt ist festzustellen, daß in dem gewollten, bewußten und umfassenden Verzicht auf die Entwicklung und Produktion von Massenvernichtungswaffen die Bundesrepublik Deutschland in den 40 Jahren ihrer Existenz eine Vorreiterrolle gespielt hat. Diese Vorreiterrolle könnte auch das Modell für eine künftig anzustrebende europäische Friedensordnung sein." Atomwaffenverzicht also als nachahmenswertes Vorbild für den Rest der Welt und nicht als vorbeugende Maßnahme gegen BRD-Ambitionen. Witzigerweise bestätigte Frau Hamm-Brücher zwar, daß der von SPD-Scheer gebrauchte Satz "Die Bundesrepublik Deutschland ist in technischer Hinsicht ein Atomwaffenstaat auf Abruf" stimmt; er solle aber nicht gesagt werden, denn er "hat so einen Unterton" und klinge "unterschwellig so, als ob das wirklich passierte, wenn wir nicht aufpassen."

Für die Bundesregierung ging der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Schäfer (FDP), neben einer endlosen Aufzählung aller möglichen internationalen Verträge, denen die BRD beigetreten ist, mit der Ansicht der SPD ins Gericht, aus dem NPT könne "ein Atomwaffenverbot als bestehende Rechtsüberzeugung der Staatengemeinschaft" hergeleitet werden: "Nichtverbreitung im Sinne des Nichtverbreitungsvertrages heißt nämlich Nichterhöhung der Zahl der Kernwaffenstaaten über die USA, die Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und China hinaus." Er bekräftigte damit noch einmal, daß der NPT in erster Linie nicht zur Schaffung einer atomwaffenfreien Welt, sondern zur Monopolisierung des Atomwaffenbesitzes auf die drei Erstunterzeichnerstaaten des NPT (USA, Sowjetunion, Großbritannien) gedacht war. (Der Vollständigkeit wegen sei festgehalten, daß Herr Lowack für die CDU beide Anträge für überflüssig erklärte).

Niedersachen: Droht die Allparteienkoalition?

Schon am 25. Mai 1989 brachten die Grünen im niedersächsischen Landtag mit dem Wortlaut des GG-Änderungsantrages und einer ähnlichen Begründung einen Antrag ein, der die Landesregierung aufforderte, das AViG-Anliegen im Bundesrat zu unterstützen. Leider blieb dies bis jetzt die einzig bekannte Grüne AViG-Initiative auf Landtagsebene. Auch hier reagierte die SPD mit einem Gegenantrag vom 23.6.89. Er unterschied sich damals noch wohltuend vom späteren Bundes-SPD-Antrag (s.o.) durch die Übernahme der Begründung des Grünen Antrages mit der Ausnahme, "daß der geforderte Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf Massenvernichtungswaffen nicht in das Grundgesetz aufgenommen werden soll, und daß der Verzicht nicht nur auf Atomwaffen, sondern auf alle Massenvernichtungswaffen erstreckt wird." Außerdem forderte die Niedersachsen-SPD noch in einem Punkt 2 die umgehende Ratifizierung der Zusatzprotokolle der Genfer Konvention von 1949 (3). Die vergleichsweise Konzilianz der SPD ist wahrscheinlich auf den Einsatz des Landtagsabgeordneten der SPD Dr. Holtfort zurückzuführen, der nämlich auch noch Aktivist des Republikanischen AnwältInnenvereins ist und in dieser Eigenschaft mindestens ebenso viel Sympathie für das AViG-Anliegen hegt wie Frau Hamm-Brücher.

Mit dem SPD Gegenantrag, der als Änderungsantrag des grünen präsentiert wurde, begann ein unerwartetes parlamentarisches Geeiere aller Altparteien. In der zweiten Debatte am 26. Oktober nämlich forderte der FDP-Redner Dr. Hruska die SPD direkt auf, statt eines Änderungs-zum Grünen Antrag einen eigenen SPD-Initiativ-Antrag einzubringen, "so daß wir ihn dann in den Ausschüssen beraten und hier abschließend dazu Stellung nehmen können. ... Wenn Sie meinem Vorschlag folgen sollten, würden wir an dieser Initiative mitarbeiten." Ein solches Angebot, die niedersächsische Regierungskoalition an der Atomwaffenfrage zu spalten (4), ließ sich die SPD nicht zweimal machen: Am 21.11.89 legte die SPD einen von Schröder höchstpersönlich gezeichneten Initiativantrag vor. Von dem ursprünglichen SPD-Änderungsantrag unterschied er sich dadurch, daß er nicht mehr die Begründung der Grünen übernahm, sondern allgemeine Ausführungen zu den Regeln des Kriegsvölkerrechts machte. Die dafür angesetzte Debatte am 9.3.90 wurde jedoch auf den 30.5.90, die letzte Plenarsitzung des niedersächsischen Landtages vor den Wahlen, verschoben. Wie aus gut informierten Kreisen verlautete, wolle die FDP versuchen, auch die CDU für eine Zustimmung zu gewinnen. Die Grünen im Landtag wollen sowohl den eigenen Antrag aufrechterhalten als auch dem SPD-Antrag

zustimmen, da er im 2. Punkt (Zusatzprotokolle) einem alten Antrag von ihnen entspricht, der seinerzeit mehrheitlich abgelehnt worden war.

Wie umgehen mit der geballten Sympathie der Bourgeoisie?

Außer den Grünen bezieht sich derzeit niemand konkret positiv auf den GG-Änderungsantrag incl. der in der Begründung formulierten Beweggründe für die AViG-Initiative. Der Antrag wird in dieser Form abgelehnt werden. Die SPD hat ihren parlamentarischen VertreterInnen über das Grundsatzprogramm einen Auftrag gegeben, den diese mit ihren bisherigen Anträgen nicht umsetzen. Um diesen Widerspruch muß ein Streit geführt werden. Einig sind sich die Altparteien, daß die genannten bösen "Polemiken" aus der Diskussion herausgenommen werden sollen. Das signalisierte scheinbare Zugehen auf das AViG-Anliegen (SPD-Grundsatzprogramm, liberale Sympathie) legt nahe, sich über den Verhandlungsweg in den von Hamm-Brücher formulierten Konsens der DemokratInnen einbinden zu lassen - Motto: Behauptet ihr nicht mehr so böse Dinge, dann lassen wir uns vielleicht darauf ein, über die Zustimmung zu irgendeinem Antrag zu Massenvernichtungswaffen zu reden. Solchen zarten Versuchungen hat die Grüne Fraktion selten widerstanden.

Dabei gibt es gute Gründe, gerade jetzt den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen (was zwar ein Eingehen auf die von der SPD geforderte Erweiterung von Atom- auf alle Massenvernichtungswaffen bedeuten kann, einen Verzicht auf verfassungsrechtliche Verankerung aber ebenso ausschließt wie das Akzeptieren eines Maulkorbes gegen das öffentliche Anprangern vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger BRD-Atomwaffenoptionen): In den anstehenden Verhandlungen um die Neuordnung in Europa (sog. 4 plus 2-Gespräche; KSZE-Konferenz im Herbst etc.) wird es auch um den atomaren Status der BRD bzw. ggf. eines Gesamtdeutschlands gehen. Die beteiligten Länder interessiert bestimmt, wie die BRD diese Frage im eigenen Land diskutiert bzw. sich um eindeutige Festlegungen herumdrückt. Denn nach wie vor hält die herrschende Sicherheitspolitik der BRD die atomare Abschreckung für einen Staat wie der BRD unabdingbar. Es gibt keine erkennbaren Gründe, warum dies für die herrschende Sicherheitspolitik in einem wiedervereinigten Deutschland anders sein sollte.

Allerdings wirft der bisherige Status für diese herrschende BRD-Sicherheitspolitik durch die aktuellen Veränderungen der politischen Landschaft große Probleme auf: Der ehemalige Feind Warschauer Pakt ist ökonomisch niedergerungen und löst sich auf; aus diesem Grunde, und auch weil die USA immer weniger einsehen werden, wieso sie einem rasch mächtiger werdenden Deutschland auch noch atomar im Rahmen der NATO Strategie den Rücken stärken sollen, wird sich die "atomare Absicherung" deutscher Weltmacht zukünftig immer weniger auf US-Atomwaffen stützen können, sondern muß eigenständige Wege finden.

Das darf aber - gerade solange die Kuh "Wiedervereinigung" noch nicht vom Eis ist - nirgends öffentlich gesagt werden. Schließlich ist auch die BRD-Diplomatie - bei aller in den letzten Monaten praktizierten Ellenbogenpolitik - noch auf ein gewisses Wohlwollen der internationalen Staatenwelt, speziell der NATO-Verbündeten, für diesen Prozeß angewiesen. Wenn Wiedervereinigung und EG-Integration Ende 1992 über die Bühne sind, sind Vorstöße an der Atomwaffenfront zu erwarten. Es wird den RegierungspolitikerInnen eine wichtige Erfahrung gewesen sein, wie einfach und ohne früher angenommene massive internationale Proteste die Wiedervereinigung zur Tagespolitik geworden ist. Diese Erfahrung im Hintergrund kann dazu verleiten, eine (Mit-)Verfügung über Atomwaffen weit weniger vorsichtig anzumahnen als bisher. Hier ergibt sich eine Aktualität und Brisanz, mit der wir nicht rechnen konnten, die es aber für AViG zu nutzen gilt.

hp

Anmerkungen:

1) vgl. "SPD taktiert beim Nuklearwaffen-Verzicht", TAZ 9.10.89.

Eine Materialmappe mit den bisherigen Vorgängen und Stellungnahmen im Bundestag und im niedersächsischen Landtag ist erhältlich über die Grünen im Bundestag, Büro Tay Eich, Bundeshaus, 5300 Bonn.

2) Alle Zitate dieser Debatte vgl. Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Stenographisches Protokoll der 202. Sitzung, Bonn, den 15. März 1990, S. 15721 ff.

3) Zu letztgenannte Problematik erscheint demnächst ein neues Info. Bestellungen an: DFSP, Postf. 2304, 4400 Münster.

4) Kleine Anmerkung: Wem "Scheibenwischer" oder die "Mitternachtsspitzen" noch nicht Kabarett genug ist, sollte mal die Stenographischen Protokolle des Niedersächsischen Landtages anfordern.

27. VVN-BdA in der Entscheidung: Hochzeitsmarsch oder Todesmelodie?

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:06

Seit dem Desaster beim Antifaschistischen Kongreß im Februar in Frankfurt hat sich die Situation in der VVN-BdA weiter zugespitzt. Der Abbruch dieses Kongresses, die Entwicklung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und die bisherigen spärlichen Ergebnisse der aus Ländervertretern gebildeten Kommission zur Vorbereitung des Bundeskongresses und zur Klärung der Finanzierungspraxis haben diese Entwicklung beschleunigt. Ehemalige führende Vertreter scheinen auf einen Bruch hinzuarbeiten, wenn es ihnen nicht gelingen sollte, den Einfluß von Mitgliedern der DKP nicht nur zurückzudrängen (was zu begrüßen wäre), sondern ihn völlig auszuschalten. Als Drohung steht die für den Frühsommer angekündigte Gründung einer SPD- eigenen Antifa-Organisation bzw. eine Anbindung relevanter Teile der VVN-BdA an das Projekt IDA des Bundesjugendringes im Hintergrund.

Der Verlauf und die Vorbereitung des Frankfurter Antifa-Kongresses haben verdeutlicht, daß die VVN-BdA immer mehr in drei unterschiedliche Fraktionen zerfällt. Auf der einen Seite stehen Funktionäre, die gleichzeitig der DKP angehören und immer noch nicht sehen, daß auch nur das Geringste an ihrem Verhalten in der Vergangenheit falsch gewesen sein könnte. Sie reagieren weitgehend hilflos und geraten immer mehr in die Isolation, da sie nach wie vor nicht bereit sind, die Finanzierungspraxis der Vergangenheit offenzulegen und die personelle und politische Abhängigkeit von der DKP abzubauen. Die letzte Sitzung der Kommission der VVN-BdA, die auch diese Zustände untersuchen sollte, bot für die- se Vorgehensweise der Blockade ein schmerzliches Beispiel. Zwar pfeifen inzwischen die Spatzen von den Dächern, wo viele der Spenden herkommen, doch die Gruppe um den ehemaligen Generalsekretär Kurt Erlebach glaubt weiterhin, durch Schweigen Vasallentreue beweisen zu können. Nur gibt es im Nachbarland niemanden mehr, dem dieses Schweigen nützen könnte. Gerade parteilose Mitglieder machen ihr weiteres Verbleiben in der VVN-BdA davon abhängig, daß dieser Punkt zufriedenstellend geklärt wird.

Büßer ...

Den Betonköpfen dieser Seite entsprechen die Köpfe aus angeblich erneuertem Beton. Ehemalige DKP-Mitglieder um den ehemaligen Sekretär der VVN-BdA für Öffentlichkeitsarbeit laufen jetzt vorzugsweise im Büßerhemd herum. Zum Beweis dafür, daß sie sich wirklich inhaltlich gewandelt haben, sind sie offenbar bereit, jede der Traditionen der Organisation und alle bisherigen inhaltlichen Prinzipien über Bord zu werfen. Ihre Intention ist es scheinbar, die VVN-BdA aus dem Sumpf der DKP in die sicheren Arme der SPD zu führen. Die VVN soll zum billigen Wahlkampfhelfer für das "Modell rot-grün" degradiert werden. Um von deren Repräsentanten akzeptiert zu werden, ist offenbar kein Anbiederungsversuch zu billig, kein Wendehalsmanöver undenkbar. Zwar gehörte es immer zu den Prinzipien der VVN-BdA eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der SPD und anderen sozialdemokratischen Strömungen zu suchen, doch soll jetzt offenbar versucht werden, aus der VVN eine sozialdemokratische Richtungsorganisation zu machen.

Um dies inhaltlich zu rechtfertigen, muß einerseits eine Generalabrechnung mit dem "Stalinismus" auch in der VVN vollzogen werden. Andererseits muß die Brauchbarkeit und Zukunftsorientiertheit des "demokratischen Sozialismus" herausgestellt werden. Ein wichtiger Anlauf zur Verwirklichung dieses Projektes wurde beim Frankfurter Antifa-Kongreß versucht. Jedoch auch die anwesenden Mitglieder der VVN-BdA waren dort nicht bereit, die Ausgrenzung von DKP und SDAJ mitzutragen. Dies galt unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit. Deshalb ist es für Kurt Faller und seine Gefolgschaft in der VVN, aber auch für den Kreis im ehemaligen Arbeitsausschuß mit Reinhard Hahn (IG Metall) und anderen, wichtig, die Geschichte des Frankfurter Kongresses neu zu schreiben und die Schuld am Scheitern des Kongresses an andere weiterzureichen.

... und Ankläger

Diese Absicht verfolgt offensichtlich nicht Martin Stadelmeier mit einem Brief an die Juso-Bezirke, in dem er dreist behauptet, auch Personen aus dem "RAF- Spektrum" seien an der Besetzung des Podiums in der Paulskirche beteiligt gewesen. Die Zwecklüge ist offensichtlich. Geschickter, wie nicht anders zu erwarten, gehen Reinhard Hahn und Kurt Faller in einer umfangreichen Darstellung vor. Zwar hatte Martin Stadelmeier

(Jusos) bereits am Samstagabend bei einer Besprechung definitiv erklärt, daß eine weitere Mitarbeit der Jusos nur dann denkbar sei, wenn erstens DKP und SDAJ zukünftig ausgeschlossen würden und zweitens vom "Dogma der Zweistaatlichkeit" Abschied genommen würde, doch behaupteten Hahn/Faller weiterhin, eine Ausgrenzung habe es nicht gegeben und sei auch nicht geplant gewesen. Mit dem Vorgehen hätten sich Vertreter "unterschiedlicher Spektren" einverstanden erklärt. Zwar verdeutlicht es das Demokratieverständnis des angeblich geläuterten Stalinisten Faller, wenn er glaubt, durch die Absprache mit einigen Funktionären den gesamten Kongreßverlauf in der Tasche zu haben, doch widerspricht auch diese Darstellung des Verlaufs nach Angaben von TeilnehmerInnen des Gesprächs den Tatsachen. Schuld sind immer die anderen, und Hahn/Faller bleiben ebenfalls die Schuldzuweisung nicht schuldig.

Schuld waren die Kritiker des Arbeitsausschusses. Durch ihre unsolidarische Diskussionsweise hätten sie zahlreiche TeilnehmerInnen zur vorzeitigen Abreise veranlaßt. So wurde angeblich die Mehrheit für das Abschlußplenum am Sonntag geschaffen. Die für die tatsächlich stattgefundene Massenabreise am Samstag ursächlichen Organisationspannen werden bei dieser Darstellung schlicht "vergessen". Nein, schuld sind immer die anderen. Schuld sind die "traditionellen, dogmatisch orientierten Gruppen wie DKP, Volksfront, MLPD u.a. Vor allem DKP und Volksfront wollten schon im Vorfeld eine Diskussion über Stalinismus verhindern." Erstaunlicherweise wird dies von den beiden Autoren als die wichtigste Konfliktlinie benannt. Ging es beim Frankfurter Kongreß tatsächlich in erster Linie um eine Abrechnung mit dem Stalinismus?

In der aus früheren Zeiten bekannten Verfahrensweise der DKP argumentiert das ehemalige DKP-Mitglied Faller gegen die "linken Sektierer". In der ebenfalls längst bekannten Weise wird dabei der Einfluß des KB weit überschätzt. Der KB hat nach Faller/Hahn massiv mobilisiert, "mit dem Ziel, die Konferenz zu sprengen". Die wenigen anwesenden Mitglieder des KB wird es erstaunen. Auch die Radikale Linke wird nach den beiden Autoren durch den KB dominiert. Er ist es, der angeblich für ein "Wiederaufleben der Sozialfaschismusthese" verantwortlich ist und angeblich behauptet, "die Vereinigung der beiden deutschen Staaten führe unweigerlich zu einem neuen Faschismus." Schlimm genug, daß beide lügen. Doch sie kennen offenbar nicht einmal genügend Fakten, um überzeugender zu lügen. Die (leider weitgehende niveaulose) Debatte im AK um den neuen/ alten Nationalismus scheint ihnen entgangen zu sein. Sei's drum, viel haben sie bisher nicht verpaßt.

Unabhängigkeit

Der Verlauf und das Ergebnis des Frankfurter Kongresses waren für diese Fraktion in der VVN ein noch härterer Rückschlag als für die gesamte Antifa-Bewegung. Sie haben wesentlich an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Auch der vorliegende, selektiv verschickte Brief wird daran kaum etwas ändern, da zu viele Mitglieder der VVN die wahren Geschehnisse aus eigener Anschauung kennen. Die gegenseitige Paralysierung der beiden Fraktionen der ehemaligen Führung bietet eine bisher einmalige Chance für die unabhängigen Kräfte in der VVN-BdA, die für eine parteiunabhängige linke Bündnisorganisation kämpfen, die den Schwur von Buchenwald ernst nimmt - und daß zu den dort angesprochenen Wurzeln des Faschismus auch der Kapitalismus gehört, das ist zumindest von Teilen der VVN-BdA noch nicht verdrängt worden. Zwar wird diese Einsicht von niemandem in der Organisation als Eintrittskarte verlangt, wie dies Faller/Hahn behaupten, aber eine Ausgrenzung dieser Position soll verhindert werden.

Doch die möglich erscheinende Unabhängigkeit ist schon in Gefahr, bevor sie überhaupt errungen ist. Nachdem die bisherige Zentrale Leitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR ausgewechselt worden ist und die Leitung dieses Bruderverbandes der VVN nun in den Händen des ehemaligen Partisanen und späteren stellvertretenden Außenministers der DDR, Peter Florin, liegt, hat auch dieser Verband plötzlich die Segnungen der Einheit entdeckt und versucht, die Westberliner VVN-VdA und die VVN der BRD für eine gemeinsame Antifa-Organisation mit einem zum Bund der Antifaschisten erweiterten Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer zu gewinnen. Die deutsche Einheit wird in einer bereits vorbereiteten Erklärung, die am 3. Mai verabschiedet werden soll, als Chance für den Antifaschismus und den Frieden ausgegeben. Die Realitätsblindheit in der DDR scheint wahrhaft parteiübergreifend zu sein.

Die VVN-BdA wird jedoch erst beim für den Juni in Düsseldorf geplanten Bundeskongreß über eine solche mögliche Vereinigung beraten und beschließen können. Eigentlich aber gibt es für diesen Bundeskongreß, der wegen der Finanzkrise und der politischen Auseinandersetzungen in der VVN vorgezogen worden ist, Wichtigeres zu tun. Neben Neuwahlen eines strukturell veränderten Bundesvorstandes mit ebenfalls veränderten Befugnissen und Aufgaben, der aller Voraussicht nach in einer wieder föderalistisch aufgebauten

VVN lediglich Koordinationsaufgaben wahrnehmen wird, soll eine neue Satzung verabschiedet, der Rechenschaftsbericht, der erstmals schriftlich vorgelegt wird, diskutiert und in fünf Foren zu verschiedenen Themenbereichen gearbeitet werden. Dabei soll es sowohl um Perspektiven antifaschistischer Arbeit, den weiteren Weg der VVN und ihre Zukunft, die Aufarbeitung der Organisationsgeschichte als auch um den Neofaschismus und seine Bekämpfung und den Bereich Nationalismus gehen. Für Zündstoff ist also in reichlichem Umfang gesorgt. Vom Verlauf dieses Bundeskongresses hat zudem die Landesvereinigung Rheinland-Pfalz ihren weiteren Verbleib in der Bundesorganisation abhängig gemacht.

Einiges spricht also dafür, daß sich im Juni die Frage entscheiden wird, ob für die VVN-BdA der Trauermarsch gespielt werden muß, da keine gemeinsame Zukunft gefunden werden konnte, ob es die Hochzeitsmelodie mit dem Komitee aus der DDR ist, die ertönen wird, ob beim Bundeskongreß schlicht und ergreifend der Punk abgeht oder ob gemeinsam die alten Erich-Weinert-Platten aus dem Schrank geholt und nach den bekannten antifaschistischen Melodien gesungen wird. Was alt ist, das muß ja nicht immer schlecht sein. Die Hymne der Sandinisten kann ja neben der des ANC und den unübertrefflichen Songs von Slime erklingen. Vielfalt statt Einfalt kann nur nützen, den Erlebachs und Fallers zum Trotz.

P.S.: Um Mißverständnissen vorzubeugen: Bei obigen Zeilen handelt es sich nicht um eine autorisierte Darstellung der laufenden Ereignisse. Es ist meine persönliche und private Meinung, von der ich hoffe, daß sie von relevanten Teilen der VVN ebenfalls getragen wird. Die Berechtigung dieser Hoffnung oder ihr Gegenteil wird sich spätestens im Juni erweisen.

Volkmar Wölk

28. 10. Parteitag der DKP: Sozialdemokratisierung oder revolutionäre marxistische Rekonstruktion?

Rubrik: DKP - SEW · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:33

Um die Situation der DKP ansatzweise zu kennzeichnen, kann man sich seit neuestem ihrer eigenen Dokumente bedienen: "Zu keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte befand sich die DKP in einer so tiefen Identitäts- und Existenzkrise wie gegenwärtig. Es handelt sich um eine politische, ideologisch-theoretische und organisatorische Krise, die zugleich Teil und Ausdruck tiefer Krisenprozesse in der internationalen kommunistischen Bewegung ist.

Große Mitgliederverluste, ein fast völliger Verlust der politischen Handlungsfähigkeit, Zerfall und Auflösung ganzer Parteiorganisationen und Vorstände, Rück- und Austritte von Vorstandsmitgliedern und Mandatsträgern, Verlust des Vertrauens vieler Mitglieder in die Fähigkeit und Glaubwürdigkeit von Vorständen, insbesondere des Parteivorstands, seines Präsidiums und Sekretariats sowie ein verbreitetes Gefühl der politischen und theoretischen Orientierungslosigkeit und starke Zweifel am Sinn des Kampfes kennzeichnen die innerparteiliche Lage.

Die Existenzkrise des Sozialismus, seine in Massenaktionen unzufriedener Menschen sichtbar gewordene politische Instabilität, die Deformation der sozialistischen Demokratie, sowie die im Zusammenhang damit aufgedeckten moralischen Verfallserscheinungen haben zu einer tiefen Erschütterung, Verunsicherung und Verbitterung vieler Parteimitglieder geführt. Gleichzeitig bekunden viele GenossInnen aber auch ihren Willen, an einem Neubeginn unserer Partei aktiv mitzuarbeiten, und erwarten vom 10. Parteitag dafür entsprechende Impulse. Es ist nicht möglich, die Zusammenhänge und Ursachen für diesen Tiefpunkt in der Entwicklung unserer Partei bereits heute (10.3.) in allen Aspekten endgültig aufzuarbeiten. Dieser Rechenschaftsbericht versteht sich als ein Ansatz für die Diskussion um die Zukunft der kommunistischen Bewegung und der kommunistischen Partei in unserem Land, die über den 10. Parteitag hinaus weitergeführt werden muß. (Aus dem Rechenschaftsbericht an den 10. Parteitag der DKP)

Unter diesen Voraussetzungen trafen sich am 24./25.3. die etwa 300 Delegierten in Dortmund. Als Gäste nahmen Vertreter der KPdSU, der FKP, der KP El Salvadors, der PDS, der SEW des KPD-Wiedergründungskomitees (DDR), der Nelken und der Vereinigten Linken teil. Die BRD-Linke war mit ihren Pressevertretern eingeladen und herzlich willkommen.

Was war neu?

Der Parteitag war nicht wie vergangene DKP-Parteitage geprägt von langen Referaten, vorbereiteten Beiträgen und eingefahrenen Riten, sondern er war ein echter Arbeitsparteitag, auf dem eine streitbare Auseinandersetzung stattfand um die nationale Frage/Deutschlandpolitik, um Neubeginn und Neuformierung der DKP und um organisationspolitische Konsequenzen (neues Statut).

Durch diese drei Schwerpunkte zog sich immer wieder die Diskussion um den Rechenschaftsbericht. Obwohl der Rechenschaftsbericht sich positiv von alten Praktiken abhob und Ansätze einer ernsthaften Aufarbeitung der DKP-Vergangenheit erkennen ließ, gab es von Seiten vieler Delegierter massive Kritik; der Rechenschaftsbericht gehe nicht tief genug, bleibe an der Oberfläche und sei immer noch zu verharmlosend. Die bisherige stellvertretende DKP-Vorsitzende Ellen Weber warf die Frage auf, wo denn nun der Bruch zwischen dem antifaschistisch-demokratischen Ansatz nach dem Krieg und der stalinistischen Entartung gelegen habe. Diese Frage sei nicht so rasch zu beantworten, an ihr müsse aber gearbeitet werden. Sie akzeptierte ausdrücklich die Kritik am Rechenschaftsbericht. Zu der Frage, was die Führung oder auch die Partei insgesamt falsch gemacht habe, sagte sie, daß es nicht gelungen sei, als Kollektiv den nötigen Diskussionsprozeß ideologisch-politisch zu bewältigen, daß es stattdessen vor allem zu Machtkämpfen gekommen sei.

In der deutschlandpolitischen Debatte wurden die Bruchlinien in der DKP besonders deutlich. Die Hauptauseinandersetzung läßt sich in zwei gegensätzlichen Ansätzen zusammenfassen: Aktiv in den Vereinigungsprozeß eingreifen oder ihn konsequent bekämpfen. Einige Rednerinnen und Redner warnten nachdrücklich davor, "durch die Ignorierung der Realitäten die Politikfähigkeit der DKP weiter in Frage zu

stellen." Dagegen charakterisierten andere GenossInnen diese Art von "Politikfähigkeit" als "Wunschkonzert" und "untauglichen Versuch, dem Zeitgeist hinterherzulaufen". Sie wandten sich vehement dagegen, den Vereinigungsprozeß zu unterstützen. Dies könne nicht Aufgabe aktueller kommunistischer Politik sein. Die Entwicklung in der DDR habe zu einer schweren Niederlage der Arbeiterbewegung geführt. Jetzt müsse es darum gehen, daß in Großdeutschland nicht nationale Besoffenheit die Oberhand gewinne und dafür müsse man auf die Straße gehen. In diesem Rahmen wurde die Unterstützung der bundesweiten Demonstration am 12.5. (Nie wieder Deutschland) beschlossen. Weiter heißt es in dem Beschluß: Die DKP ruft ihre Mitglieder und Parteigliederungen (...) auf, mit eigenen Positionen aktiv in die politischen Bewegungen der linken und demokratischen Kräfte einzugreifen. Dazu gehören örtlich, regional und national die Beteiligung an Vorbereitungen und Durchführungen von Demonstrationen gegen ein imperialistisches Deutschland, die Beteiligung an "Runden Tischen" oder anderen Diskussionszusammenhängen der Linken in der BRD und der DDR, die politische Zusammenarbeit mit linken und demokratischen Parteien, Organisationen und Einzelpersönlichkeiten, die Teilnahme an Kongressen und Debatten u.a.m., wie es viele Parteigliederungen heute bereits betreiben. (...) Der Parteivorstand soll im Frühjahr 1990 ein bundesweites deutschlandpolitisches Arbeitstreffen der DKP organisieren.

Neubeginn und Neuformierung

Die Diskussion um die dem Parteitag vorliegende Entschließung zu Neubeginn und Neuformierung zeigte am deutlichsten, wie tief das Scheitern des "real existiert habenden" Versuches, einen Sozialismus aufzubauen, die Identität eigentlich aller Richtungen in der DKP erschüttert hat. Während ein Teil der GenossInnen sich schon heute in einer sozialistischen Sammelpartei wähnten, und diese Vorstellung in der Diskussion immer wieder klug mit der berechtigten Kritik am bisherigen Umgang der DKP mit marxistischer Theorie und Organisation verband, plädierte die Mehrheit der DiskutantInnen für eine revolutionäre kommunistische Organisation, deren konkrete Erscheinungsform sich erst im Formierungsprozeß der Linken genauer bestimmen läßt. Beide Richtungen forderten die offene Auseinandersetzung über dieses unterschiedliche Herangehen und die ihm zugrunde liegenden ideologischen Meinungsverschiedenheiten. Daß in dem neugewählten Parteivorstand alle Richtungen vertreten sind, läßt darauf schließen, daß die DKP es ernst meint mit dem offenen Austragen dieser Fragen.

Mit der Annahme eines neuen, vorläufigen Statuts hat sich die Mehrheit der Delegierten für das Erproben neuer Strukturen in der DKP ausgesprochen. In der Diskussion wurde mehrfach die Vorläufigkeit des Statuts betont, da die organisationspolitische Klärung der inhaltlich-ideologischen Klärung nicht vorausgehen kann. Längere Diskussionen gab es zur Frage der Beschlußverbindlichkeiten und des erstmals genauer umrissenen Fraktionsverbots: (...) Fraktionen, d.h. Gruppen mit eigener Disziplin, eigenen Strukturen und politischen Plattformen (...)

Wahlen

Gewählt wurden statt des bisherigen Parteivorsitzenden vier gleichberechtigte SprecherInnen (Anne Frohnweiler, Helga Rosenberg, Heinz Stehr, Rolf Priemer) in einen auf 50 GenossInnen verkleinerten Parteivorstand, eine neue Revisions-und eine neue Schiedskommission. Alle Gremien haben eine 50%ige Quotierung.

Weiter wurde ein Antrag zur Unterstützung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche und eine Entschließung für einen Wahlkongreß zu den Bundestagswahlen angenommen. Eine große Anzahl weiterer Anträge sind an den neuen Parteivorstand als Arbeitsmaterial überwiesen worden.

A + G, Hamburg

29. Westberlin: ErzieherInnen und rot-grüne Arbeitgeber

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:21

Nach einem 10-wöchigen Streik der fast 6.000 Westberliner ErzieherInnen (90% sind Frauen) aus den 396 städtischen Kindertagesstätten (Kitas) setzte die aus der ÖTV und GEW zusammengesetzte Tarifkommission ihren Streik für einen Tarifvertrag aus und gestand mit knapper Mehrheit die Niederlage gegen einen Senat ein, der kompromißlos geblieben wäre. Worum ging es?

Am 24.10.89 ließ der rot-grüne Senat die Verhandlungen über einen Tarifvertrag mit den ErzieherInnen platzen. Sie forderten u.a. einen Tarifvertrag, in der die Personalbemessung und Gruppengröße, Vor- und Nachbereitungszeiten, berufliche Fort- und Weiterbildung und Umschulungen tarifvertraglich festgeschrieben werden sollten.

Angesichts der 40.000 zu betreuenden Kinder und einem Personalschlüssel von einer Erzieherin auf bis zu 30 Kinder, angesichts von 30.000 Kindern auf den langen Wartelisten und dem seit 1976 unveränderten Personalschlüssel sind das nur allzu berechtigte Forderungen.

Der Senat ließ sich in keiner Weise auf diese Forderungen ein. Springender Punkt war für ihn, daß die Personalbemessung und Gruppengröße festgeschrieben werden sollten. Dies greife, so der Senat, in das Parlaments- und Budgetrecht ein, da die Gewerkschaften mit einem verbindlichen Tarifvertrag die staatlichen Planstellen und somit die Höhe der Personalausgaben beeinflussen könnten. Außerdem mußte wieder einmal die Rechtseinheit mit dem Bund herhalten. Die "Tarifgemeinschaft der Länder" als Arbeitgeber mahnte diese Einheit erfolgreich beim rot-grünen Senat an. Das letzte Argument ist mehr ideologischer Natur und hat damit zu tun, daß die anderen Bundesländer ähnliche tarifvertragliche Regelungen befürchten müßten. Das erste Argument des "präjudiziellen Verhaltens" ist vorgeschoben. Der Senat wäre nämlich bereit gewesen, über Personalbemessung und Gruppengröße zu verhandeln und eine Vereinbarung mit den Gewerkschaften zu treffen - nur eben keine rechtsverbindliche tarifliche Vereinbarung. Ein unverbindliches Übereinkommen, so die richtigen Argumente der ErzieherInnen, könnte von diesem oder nachfolgenden Senaten ohne weiteres wieder zurückgenommen oder eingeschränkt werden.

Als der rot-grüne Senat auch Ende November nach wie vor stur blieb, kam es zu den ersten Warnstreiks. Bei einer Urabstimmung sprachen sich knapp 96% der Betroffenen für den Streik aus.

Ohne Zustimmung der AL schaltete der SPD-Senat eine Anzeigenkampagne unter dem zynischen Motto "Gespräche statt Streiks". Außerdem beschloß er, mit den Stimmen der AL, die Schaffung von 248 zusätzlichen ErzieherInnenstellen ab 1.1.1991, was die Empörung unter den ErzieherInnen nur noch steigerte. Denn die 248 neuen Stellen bedeuten eine Arbeitsentlastung von 6 Minuten pro Tag und pro Krippe - ein schlechter Witz. Die AL- Frauensenatorin Anne Klein erklärte dazu, nach diesem Stellenbeschluß sei ein Weiterstreiken überflüssig.

Seit dem 15.1.90 bis zur Streikaussetzung am 24.3.90 befanden sich die ErzieherInnen im Vollstreik; sämtliche Kitas hatten geschlossen. Anfangs solidarisierten sich die betroffenen Eltern mit dem Streik, je länger der Streik jedoch dauerte, desto ungehaltener wurden viele Eltern. Sie mußten ihre Kinder bei Omas oder Bekannten notdürftig unterbringen, ihren Urlaub opfern oder waren von Entlassungen bedroht, weil sie ihre Kids nicht unterbringen konnten. Besonders hart traf es alleinerziehende Mütter. Dabei war klar, daß nicht die ErzieherInnen, sondern der Senat die Verantwortung für diese Misere trug.

Am 5.3.90 fand eine Vollversammlung der AL statt, auf der die streikenden ErzieherInnen sehr zahlreich erschienen. Die AL-Basis forderte den Senat auf, binnen 14 Tagen Tarifverhandlungen aufzunehmen. Wie (fast) immer, scherte sich die AL-Fraktion einen Dreck um die Beschlüsse ihrer Basis (angefangen vom Grenzübergang Schichauweg bis zur Atomstromtrasse nach Westberlin bis zum Kita-Beschluß) und stimmte sich stattdessen mit der SPD-Fraktion über einen gemeinsamen Parlamentsantrag ab, in dem vage "Verhandlungen" gefordert wurden, ohne jedoch das entscheidende Wörtchen "Tarif-" in den Mund zu nehmen.

Die Tarifkommission machte indessen einige, unter den ErzieherInnen auch kritisierte, Zugeständnisse. Von einer tariflichen Festschreibung der Personalbemessung wollte man absehen und dies in einer "beidseitigen Erklärung" fixieren. ÖTV und GEW wollten aber dabei bleiben, Vor- und Nachbereitungszeiten, Umschulungen, Aus- und Weiterbildungen tariflich festzuschreiben. Der Senat lehnte auch dies kategorisch ab. Der Regierende Bürgermeister erklärte noch am 12.2.90, daß es keinen Tarifvertrag gebe und er des Genöhles der ErzieherInnen leid ist.

Den größten Hammer leistete sich diese "Jahrhundertgelegenheit" (Christian Ströbele bei Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung) jedoch als Streikbrecher. Der Senat bot den erbosten Eltern, die sich inzwischen gegen den Streik wendeten, 14 DM die Stunde an, wenn sie die Kitas in eigener Regie weiterführen. Tatsächlich wurde von diesem Streikbrecherangebot in einigen Fällen Gebrauch gemacht.

Schließlich beschloß die aus GEW und ÖTV zusammengesetzte Tarifkommission mit 12:9 Stimmen die "Aussetzung" des Streiks und das Eingeständnis der Niederlage. Dieses Ergebnis der Tarifkommission führte zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der GEW und der ÖTV. Mit der "Aussetzung" könnte der Streik theoretisch jederzeit wieder aufgenommen werden, aber dieser Beschluß bewirkt eher das Auseinanderbrechen der Streikfront. Die GEW kritisierte diesen Beschluß und plädierte für das demokratischere Verfahren: eine Urabstimmung. Entsprechend resigniert, verbittert und vielfach auch wütend reagierten die Streikenden über diesen knappen Beschluß.

Nicht nur zwischen ÖTV und GEW gab es Streit. Auf einer weiteren AL-Mitgliederversammlung zog die Fraktionsvorsitzende der AL, Heidi Bischoff-Pflanz, die Konsequenzen und legte ihr parlamentarisches Amt nieder. Das Verhalten der AL während des Kita-Streiks, so die ehemalige Fraktionsvorsitzende, sei nur die Spitze eines Eisbergs, nachdem bereits die Flüchtlingspolitik gescheitert sei. Die AL sei "profillos" und ein "Papiertiger".

Dann ging die AL wieder zur Tagesordnung über. Im kaum noch zu überbietenden Zynismus erklärte Renate Künast, daß es nach der Streikaussetzung "nun doch noch zu einer vernünftigen Lösung des Konflikts" kommen könne. Auch im sprachlichen Duktus bedienen sich diese Alternativen des herrschenden Umgangstones: öffentliche wie private "Arbeitgeber" sprechen immer von "Vernunft", wenn sie in Tarifauseinandersetzungen die Oberhand gewonnen haben.

Kita-Streik und deutsche Einheit

Der Kita-Streik währte inmitten des Anschlußprozesses der DDR an die BRD. Es ging dabei nicht um quantitative, sondern qualitative Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, darüberhinaus um überwiegend von Frauen dominierte Arbeitsplätze und um einen sozialstaatlichen Bereich. Daß der rot-grüne Senat gerade an diesem Streik knallhart blieb und an keinem Punkte nachgab, hängt mit der "deutschen Frage" zusammen. In eine Zeit, in der soziale Verbesserungen wg. deutscher Einheit eh nicht angesagt sind und die "sozialen Errungenschaften" in der DDR zerstört werden sollen, paßt dieser Streik einfach nicht hinein. Die ErzieherInnen haben nicht nur stellvertretend für viele andere "frauentypischen" Arbeitsplätze und deren Bedingungen gestreikt; mensch denke nur an die Pflegeberufe oder den Krankenhausbereich. Es handelte sich auch um das Kräftemessen in einer Zeit, in der angeblich nicht die soziale, sondern die nationale Frage die allein bestimmende ist.

Auch in dieser Hinsicht könnte die Niederlage der ErzieherInnen noch weiterreichende Folgen haben.

D./Westberlin

30. Rein in die Krise - Raus aus der Krise? Hardcor-Realos gründen Gegenverband zur GAL

Hardcore-Realos gründen Gegenverband zur GAL

Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:35

Die GAL Hamburg hat, allen Unkenrufen zum Trotz, vorerst eine schwere innerparteiliche Krise gemeistert. Zwar steht sie mittlerweile ohne parlamentarische Fraktion da, aber der Versuch des realpolitischen Flügels, die Organisation so zu spalten, daß eine erfolgreiche Gegenorganisation hätte aufgebaut werden können, wurde auf der Mitgliederversammlung vom 25.3.90 abgewendet. Die 300 Anwesenden bestätigten geschlossen die auf der MV vom 17.2.90 beschlossene "Deutschlandpolitische Erklärung", in der sich die GAL für das Prinzip der Zweistaatlichkeit ausgesprochen hatte und die vom realpolitischen Flügel zum Anlaß einer Spaltungsdiskussion genommen wurde (siehe AK 316). Und sie verurteilten den Austritt von vier GAL-Bürgerschaftsabgeordneten aus der GAL und der Fraktion unter Mitnahme ihrer Mandate, um diese einer gegen die GAL gerichteten Organisation zur Verfügung zu stellen. Sie fordern die Rückgabe der Mandate.

Nach der MV vom 17.2. traten zunächst vier Abgeordnete der GAL-Frauenfraktion aus der GAL aus und erklärten, sie wollten, "daß die grüne Politik, für die diese Fraktion gestanden hat und steht, zur Bürgerschaftswahl 1991 wieder wählbar wird. Dies geht nicht mehr mit, sondern nur noch gegen die GAL. Die Mitglieder der GAL und alle anderen Menschen in Hamburg, die unsere Politik richtig finden und einen neuen Anfang für ökologische, gewaltfreie und soziale Politik in Hamburg wollen, bitten wir um Unterstützung." Sie gaben ihre Mandate jedoch nicht zurück und traten auch nicht aus der GAL-Fraktion aus. Dies hatte seinen einfachen Grund darin, daß sie beabsichtigten, die Gesamtfraktion von der GAL zu lösen. Alleine konnten sie keine neue Fraktion bilden, denn dazu gehören in der Hamburger Bürgerschaft sechs Abgeordnete. Um den Fraktionsstatus aufrechtzuerhalten, konnten sie diese aber auch nicht verlassen, denn es wären nur vier Abgeordnete übriggeblieben. Diesem Austritt folgte wenige Tage später die Gründung eines "Grünen Forums" durch einen Teil des realpolitischen Flügels der GAL. Ca. 80 Gründungsmitglieder hoben diesen neuen Verein aus der Taufe, dem die vier Abgeordneten nur aus formalen Gründen nicht beitraten (mit dem Beitritt zu einer anderen Partei wäre die GAL-Fraktion sofort von der Bürgerschaftspräsidentin aufgelöst worden). Das "Grüne Forum" beabsichtigt nach eigenen Aussagen, zu den nächsten Bürgerschaftswahlen zu kandidieren, ist also eine erklärtermaßen gegen die GAL gerichtete Organisation. Gleichzeitig gibt es Bestrebungen, das "Grüne Forum" als Landesverband der GRÜNEN zu installieren. Formal, d.h. nach Lage der Satzung der Bundesgrünen, hat dies keine Chance, denn dann müßte zunächst die GAL als Landesverband der GRÜNEN ausgeschlossen werden, wofür aber jegliche Handhabe fehlt. Jedoch macht sich das "Grüne Forum" Hoffnung auf Unterstützung durch die Bundesrealos und den "Aufbruch". Es setzt dabei auf die Zersetzung der GAL von innen durch innerparteiliche Gegner und von außen durch den jetzt gegründeten Verband.

Die Hoffnungen für diese Variante dürften schon in den ersten Tagen und Wochen nach der Gründung stark getrübt worden sein:

- Der Bundesvorstand faßte umgehend einen Beschluß, daß eine Anerkennung des "Grünen Forums" nicht infrage kommt, selbst Ruth Hammerbacher, realpolitische Vertreterin im Sprecherrat, mußte einräumen, daß hierfür jegliche satzungsmäßige Grundlage fehlt.

- Die Bundesdelegiertenkonferenz ....

- Einen entscheidenden Schlag erhielt das Unternehmen "Grünes Forum" durch den spektakulären Übertritt von Thea Bock zur SPD und deren Nominierung als Kandidatin für den nächsten Bundestagswahlkampf. Die Macher des "Grünen Forums" hatten auf die Gewinnung von Thea Bock als Galionsfigur ihres Verbandes gehofft, hatten sich aber ganz offensichtlich mit dieser nicht abgesprochen. In einem Interview mit der "Morgenpost" bezeichnete sie das Vorgehen des "Grünen Forums" als putschistisch, um dann die demagogische Kritik des "Grünen Forums" gegen die GAL, diese wolle sich der PDS anschließen, aufzunehmen. Sie endete damit, daß verhindert werden müsse, daß die GAL im Bundestag überhaupt ein Mandat gewinnen dürfe. Wenige Tage später eröffnete sie, wie sie dies schaffen will: mit der SPD. Damit sind aber auch diejenigen, die sich innerhalb der GAL als ihre Fürsprecher aufgeführt haben, einigermaßen diskreditiert.

Eine "unabhängige" Frauenfraktion

Vom Plan, der GAL die parlamentarische Vertretung zu entreißen und sie gleichzeitig einem Gegenverband zuzuschanzen, ging nur der erste Teil auf. Die GAL-Fraktion ist inzwischen aufgelöst worden. Von den insgesamt acht Abgeordneten bekennt sich nur noch eine als Abgeordnete der GAL, eine hat wegen schwerer Krankheit bisher keine Entscheidung gefällt. Zwei Abgeordnete sind zwar noch Mitglied der GAL, verstehen sich aber nicht als Abgeordnete dieser Partei, sondern als Mitglieder der "Frauenfraktion". Neueste Variante, die Mandate zu behalten, ist die Gründung einer "Unabhängigen Frauenfraktion", der die vier Ausgetretenen und die zwei noch Verbliebenen angehören sollen. Dies geht auf einen Vorschlag von Adrienne Göhler zurück, die auf einer Veranstaltung während der Hamburger Frauenwoche vortrug, daß sie den Mandatenklau dann hätte rechtfertigen können, wenn er für ein feministisches Projekt geschehen wäre, nicht aber wie in diesem Fall für ein grünes Projekt. Aber weder stehen die ausgetretenen Abgeordneten für ein Frauenprojekt, bezeichnenderweise begründen sie ihren Austritt nur mit der innerparteilichen Situation, der Stellungnahme der GAL zur Deutschlandpolitik und dem mangelnden ökologischen Bewußtsein, noch steht das "Grüne Forum", in deren Gründungserklärung feministische Politik nicht einmal vorkommt, für eine solche Richtung. Dennoch wurde der Hinweis von der Ideengeberin für die Frauenfraktion dankbar aufgegriffen. Jetzt wird für die Weigerung, die Mandate an die GAL zurückzugeben, die Begründung herangezogen, bei der Frauenfraktion handele es sich nicht um ein Projekt der GAL, sondern um ein von der GAL unabhängiges Projekt.

Damit rächt sich heute, daß 1986 in der Diskussion um die Bildung der Frauenliste die Konzeptionen nicht ausdiskutiert wurden. Adrienne Göhler und die "Frechen Frauen" waren unter dem Motto "Frauen machen anders Politik" angetreten. Gegen ihren Ansatz war damals vorgebracht worden, daß die für die "Frechen Frauen" sprechenden Frauen nicht im Frauenbereich der GAL verankert seien, daß der Ansatz biologistisch sei und daß die sozialistische Strömung ausgegrenzt werden solle. Die prominenten Sprecherinnen der "Frechen Frauen" konnten allesamt dem realpolitischen Lager der GRÜNEN zugerechnet werden. Somit stand die GAL vor der Situation, daß mit der bestechenden Idee einer Frauenliste gleichzeitig das politische Meinungsspektrum der GAL nicht repräsentiert würde. Da aber niemand mehr das Projekt gefährden wollte, wurde auf der Kandidatinnenebene ein scheinbarer Kompromiß geschlossen, so daß in der ersten Fraktion von den acht Abgeordneten vier einem traditionell linken Lager zugerechnet werden konnten. Nach der Rotation ergab sich die jetzige Konstellation und seitdem herrscht ein ständiger Machtkampf zwischen Partei und Fraktion.

Dabei kann die Frauenfraktion nicht einmal für sich in Anspruch nehmen, Sprachrohr der Frauen innerhalb der Partei zu sein. Auf einer Frauen-MV am 21.3.90 wurde bei ca. 80 Anwesenden mit großer Mehrheit beschlossen: "Die GAL-Frauen-Vollversammlung fordert die vier Fraktionsfrauen Krista Sager, Angela Friedrich, Heide Neitsch und Eva Hubert auf, ihr Mandat zurückzugeben, da die GAL-Frauenfraktion kein Privatbesitz der Mandatsträgerinnen ist.

Sie weist Versuche seitens der Mandatsträgerinnen zurück, das Frauenthema für Flügelkämpfe zu instrumentalisieren.

Die GAL-Frauen-Vollversammlung hält den Vorwurf, in der GAL seien Frauenpolitik und feministische Politik nicht mehr möglich, für vorgeschoben und weist ihn zurück.

Die GAL-Frauen-Vollversammlung stellt fest: Wenn es den Fraktionsfrauen wirklich darum gegangen wäre, Politik mit und für Frauen zu machen und andere politische Umgangsformen zu pflegen, wäre es mehr als naheliegend gewesen, sich mit den Frauen in der GAL auszutauschen und auseinanderzusetzen.

Die GAL-Frauen-VV weist die von Teilen der verbleibenden GAL-Mandatsträgerinnen vertretene Option, eventuell die Gründung einer ‚unabhängigen Frauenfraktion`, bestehend aus sechs Frauen, zurück, da dies die Fortsetzung des Spaltungsprojektes und des Fraktionsklaus darstellt.

Die Frauen-VV bittet die Nachrückerinnen, ihren Anspruch auf Übernahme der Mandate der GAL-Frauenfraktion geltend zu machen."

Mit der GAL entscheidet sich das Schicksal der Linken in den Grünen

Der erste Versuch, neben der GAL einen anderen grünen Landesverband zu installieren, kann zunächst als gescheitert angesehen werden. Das ist zwar eine Niederlage der Realos, aber immerhin ist erreicht, daß die GAL in eine tiefe Krise hineingerissen worden ist. In der ersten Reaktion hat sich zwar gezeigt, daß die GAL nicht in einem Handstreich zu nehmen ist, aber ungewiß bleibt, ob sie einem Zermürbungskampf gewachsen sein wird. Die Linke innerhalb der GAL wird großenteils durch das "Linke Forum" repräsentiert, das in der Vergangenheit seine Bereitschaft zur Koalition mit "Aufbruch" und Realos zu erkennen gegeben hat. Die Ökosozialisten arbeiten seit dem Ausscheiden von Thomas Ebermann und Rainer Trampert nicht mehr organisiert in der GAL, ein Teil dieses Kreises diskutiert derzeit eine gemeinsame Austrittserklärung.

Die Hamburger Auseinandersetzung ist Vorbote einer Auseinandersetzung, die unmittelbar die gesamte grüne Partei ergreifen wird. Es geht darum das "Primat der Ökologie" verbindlich, festzulegen, um damit die Partei nach links hin abzuschotten. Hierein paßt auch der Beschluß der Bundesdelegiertenkonferenz, keine Bündnisse mit der PDS einzugehen. Dies wird nicht in der Sache, sondern ideologisch begründet. Und hierein paßt schließlich auch das Agieren des Frauenfraktionsmitglieds Heide Neitsch: Auf einer Landesvertreterversammlung der GEW opponierte sie gegen die Kandidatur eines ehemaligen DKP-Mitglieds und Berufsverboteopfers für den Landesvorsitz mit dem Hinweis auf dessen ehemalige Parteimitgliedschaft.

Die Stunden der Linken innerhalb der GRÜNEN sollen endgültig gezählt sein, aber das ist zunächst ein Wunsch, noch nicht Realität.

he.

31. Offener Brief der Vereinigten Linken (VL,DDR) an alle Mitglieder der Partei DIE GRÜNEN (BRD)

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Vereinigte Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:24

Dieser Brief ist nötig geworden aufgrund der jüngsten Entwicklungen bei uns im Land und nach Kenntnisnahme einiger Positionen innerhalb der Partei DIE GRÜNEN. Möglicherweise kommt dieser Brief zu spät, und es wird sich zeigen, daß diese Verspätung nicht zu unseren Lasten, sondern voll zu Lasten des Bundesvorstands bzw. der informierten Mitglieder der Bundestagsfraktion geht.

Im Vorfeld der Wahl hat die VEREINIGTE LINKE mit aller Konsequenz auf ein breites, demokratisches Wahlbündnis der Bürgerbewegungen orientiert. Dieses Bündnis sollte nach inhaltlicher Diskussion für eine gemeinsame Plattform zur Wahl geschlossen werden und es gab die besten Aussichten, einen solchen Konsensbildungsprozeß zu Resultaten zu führen. Woran dieses breite Bündnis scheiterte, ist bekannt: Noch bevor die inhaltliche Arbeit an einer gemeinsamen Wahlplattform richtig begann, wurden der Grünen Partei, dem Unabhängigen Frauenverband und der Vereinigten Linken von den anderen Bürgerbewegungen signalisiert, daß dieses Bündnis ohne die drei genannten Vereinigungen angestrebt werde. Hinsichtlich der VL gab es regelrechte Unvereinbarkeitsbeschlüsse der "Initiative für Frieden und Menschenrechte" und seitens des "Neuen Forums" sowie "Demokratie Jetzt". Insofern ist der auf Seite 3 (Pkt 1.1) des Berichts von Wetzel und Schnappertz an die Bundestagsfraktion der GRÜNEN behauptete Rückzug von UFV und VL vom großen Bündnis schlicht wahrheitswidrig. Der Unabhängige Frauenverband und die Grüne Partei kamen mit uns überein, die Verständigung über ein zweites Bündnis zu beginnen. Mit der Entscheidung der Grünen Partei auf ihrem Hallenser Parteitag, kein Wahlbündnis mit der VL einzugehen, entschied sich auch der UFW gegen die VL.

Wir haben diese Entwicklung schon mehrfach bedauert. Wir sind sicher, daß wir alle die Folgen der Zersplitterung der Bürgerbewegung rasch zu spüren bekommen werden: Mit dem Erstarken des Rechtsbündnisses der Allianz und dem Kapitulationskurs der SPD fährt ein Zug ab, der auch die überrollen wird, welche zugunsten von Stehplätzen im letzten Wagen des Zugs der deutschen "Einheit" und im Namen ihres Begriffs von Realpolitik freiwillig oder unfreiwillig unser aller Handlungsspielräume verengen halfen.

DIE GRÜNEN, die AL und die GAL Hamburg zählen zu unseren Partnern in allen Diskussionen um neue Wege zum Ausbau von direkter Demokratie, für eine ökologische Alternative zum System der organisierten Verantwortungslosigkeit in kapitalistischer "freier Marktwirtschaft" und stalinistischer Kommandowirtschaft, für radikale Abrüstung und politische Entspannung in Europa und in der ganzen Welt, für ein Ende der Ausbeutung der 2/3-Welt und nicht zuletzt in den Diskussionen um eine neue Deutschlandpolitik.

Wir haben deshalb vielfach und gern die uns von den GRÜNEN per Einladung gebotenen Gelegenheiten zur Diskussion ihrer und unserer Auffassungen genutzt. Die Atmosphäre war immer offen und produktiv und es gab einen hohen Grad an Übereinstimmung in wichtigen Fragen der oben aufgeführten Bereiche.

Aber jetzt müssen wir fragen: Mit wem haben wir eigentlich gesprochen? Sollen immer nur die innerhalb GRÜNEN mit uns diskutiert haben, die mit unseren Positionen weitgehend übereinstimmen? Haben nur diese Freunde die Gelegenheit genutzt, sich wirklich mit unseren Positionen auseinanderzusetzen?

Es gibt Anlaß für diese Frage. Im Bericht von Wetzel und Schnappertz an die Bundestagsfraktion der GRÜNEN vom 12. Februar 1990, der Fragen der Unterstützung für DDR-Gruppen durch die GRÜNEN aus dem Blickwinkel der Autoren erörtert, heißt es, daß die VL die Tatsache negiere, daß die DDR kurz vor dem Zusammenbruch stehe (S. 9). Eine Lüge. Unsererseits haben wir über die Feststellung der krisenhaften Entwicklung in der DDR hinaus vor allem Wert darauf gelegt, deren Ursachen und vor allem Verursacher zu benennen. Die Krise schon lange vor der "Wende" vor allem im Bereich der Wirtschaft signalisiert zu haben, ist übrigens gerade ein Verdienst der Linken. Wenn auch die DDR-Medien jetzt aus Opportunismus sehr zurückhaltend beim Veröffentlichen unserer Presseerklärungen sind, haben wir diese allemal den GRÜNEN immer bekannt gemacht und unsere Pressemitteilungen sind außerdem für sie stets über unserer Büro nachforderbar gewesen. Allerdings waren wir schon immer etwas verwundert, weshalb sich Grüne, die anders über unsere Positionen dachten, als jene Grüne, mit denen wir bisher immer persönlich im Gespräch waren und die überwiegend unsere Auffassungen teilten, nie mit unseren Auffassungen auseinandersetzten - weder

öffentlich, noch im Gespräch mit uns. Der Bericht beklagt die Unkenntnis der Verfasser über kurzfristige Konzepte der VL gegen den drohenden Zusammenbruch (S. 9). Diese Unkenntnis fällt voll auf die zurück, welche sich hier mit der Unterstellung beklagen, die VL hätte keine solchen Konzepte. Dies ist der billigste Weg, sich nicht mit ihnen auseinandersetzen zu müssen.

Dann finden wir hier den uns ansonsten nur von den Demagogen der CDU/DA/ DSU vertrauten Vorwurf wieder, die Politik der VL mache sich in traditionell-sozialistischer Weise an Strukturdogmen (?) fest, ohne nach den realen Bedingungen ihrer Verwirklichung zu fragen (S. 9). Daß auf der Konjunkturwoge des Antisozialismus reitende Wohlstandspropheten der kapitalistischen Marktwirtschaft oder rechter SPDler so argumentieren, nehmen wir in Kauf. Von den GRÜNEN aber nicht so ohne weiteres. Gerade weil wir nicht "wider die eigene Absicht die möglichen Folgen eines Zusammenbruchs, nämlich die bedingungslose Kolonialisierung der DDR durch die Bundesrepublik in Kauf" nehmen, wie uns auf S. 10 unterstellt wird, bedauern wir die Unkenntnis der Verfasser des Berichts über die von uns vertretenen Alternativen. Wir befürchten, hier Einschätzungen vorzufinden, die weniger Schlußfolgerungen aus der Auseinandersetzung mit unseren Positionen sind, sondern vielmehr Schlußfolgerungen aus eigenen Positionen, welche die politischen Unkosten einer solchen Auseinandersetzung mit uns als zu hoch ansetzen.

Wir bedauern dies um so mehr, als wir die Einschätzung der Verfasser des Berichts über die Politik von Kohl teilen, auch wenn wir die darin enthaltene Qualifizierung der DDR-Gesellschaft als eine "autoritäre Mitläufer- und Untertanenkultur" scharf mißbilligen. Jene, die zu Recht vor der aktuellen Gefahr einer gesamtdeutschen national-konservativen Mehrheit warnen, sollten verstehen lernen, daß in den illusionären Sofortanschlußrufen und in den Rufen nach DM- Verfügbarkeit sich ein soziales Problem der DDR-Bevölkerung artikuliert - wenn auch auf eine durch die jüngste Entwicklung bedingte hilflose und ratlose Weise: Noch im November 1989 wurde der stattfindende Umbruchprozeß von allen scheinbar einig auftretenden politischen Strömungen als "revolutionär" bezeichnet. Damals trat eine breite Bürgerbewegung unter Losung "Wir sind das Volk!" gegen die korrupte Politbürokratie an, deren Tage mit dem wachsenden Massendruck von unten endlich gezählt waren. Die überwältigende Mehrheit aller damals protestierenden Menschen engagierte sich, um in unserem Land für einen neuen, eigenständigen Weg im Interesse der so lange Zeit mißbrauchten, belogenen und zu Befehlsempfängern eines bürokratischen Regimes degradierten Bürger einzutreten. Der Erfolg vom Oktober/November 1989 gründete sich auf nichts anderes, als auf die Entschlossenheit, die eigenen Angelegenheiten endlich auch selbst in die Hand zu nehmen und auf die Gewißheit, sich dabei nur auf sich selbst und die Solidarität aller gegen den Stalinismus auftretenden Menschen verlassen zu können und zu wollen. Besonders deutlich drückte dies damals die auf Demonstrationen häufig verbreitete Losung "Wir bleiben hier!" aus: Der größte Teil der damaligen Protestbewegung war entschlossen, dem Weggang aus der DDR als individueller Lösung zugespitzter gesellschaftlicher Konflikte das kollektive Engagement für den erneuerten Sozialismus entgegenzusetzen. Dies war eindeutig nicht die Entscheidung für eine durch das Kapital fremdbestimmte Entwicklung in der DDR.

Und heute?

Die Menschen vom Oktober sind nicht mehr auf der Straße. Neue Demonstrationen mit ganz anderen Losungen beherrschen die Szene. Es heißt: "Deutschland einig Vaterland!" und "Wir sind ein Volk"! Warum sind die Stimmen derer, die in der DDR nach der Wiedervereinigung rufen, immer lauter geworden? Warum sind die im September und Oktober die Straßendemonstrationen dominierende Menschen den deutsche Fahnen schwingenden Wiedervereinigungsagitatoren gewichen? Weshalb beginnt bereits wieder Gewalt gegen Andersdenkende und namentlich gegen Linke? Was ist die Ursache des Aufschwungs ausländerfeindlicher, rechtsradikaler und sogar faschistischer Strömungen in der DDR? Was ist also zwischen November und Februar geschehen?

Nach dem Schulterschluß der konservativen und liberalen Parteien mit ihren bundesrepublikanischen Partnerparteien begann die Kapitulation der Regierung vor deren politischen Forderungen, hauptsächlich in der Frage der Wiedervereinigung. Seit Kohls Besuch in Dresden und seinem 10-Punkte-Plan zur Wiedervereinigung destabilisierte sich die Situation im Lande weiter, zumal die Politik der Regierung kaum noch auf wirkliche Reformen orientierte. Modrow konnte in der Deckung einer unter Druck zusammengezimmerten "Regierung der nationalen Verantwortung" aus Vertretern fast aller politischer Kräfte des Landes sein ultimatives Manöver des 3-Punkte-Plans zur deutschen Einheit verwirklichen. Dies geschah,

ohne daß der Plan auch nur innerhalb der Regierung konzeptionell ausformuliert, geschweige denn in der Bevölkerung diskutiert wurde.

Nunmehr war für weite Teile der Bevölkerung überhaupt nicht mehr sichtbar, daß in der DDR noch eine souveräne Alternative durchsetzbar ist. Während Anfang des Jahres die Bevölkerung angesichts der Passivität von Regierung und Parteien zu großen Teilen bereit war, einfache Antworten und schnelle Lösungen in Bezug auf die Deutschlandpolitik zu akzeptieren, sehen viele Menschen, vor allem natürlich die sozial schwachen, die Dinge inzwischen realistischer. Zur Zeit wachsen überall in der Bevölkerung die sozialen Ängste vor den Folgen einer "Wiedervereinigung" im Sinne der Politik des Sofortanschlusses an die BRD zu den Bedingungen der DM. Weder die Modrow-Regierung, noch die SPD und schon gar nicht das liberale oder konservative Bündnis zeigen sich sonderlich an der Ausarbeitung einer Alternative zum Kohl-Plan interessiert.

In der Bundesrepublik ist das Kapital tief gespalten über der Frage des Wegs einer Wiedervereinigung. Einerseits sind die sozialen und wirtschaftlichen Folgen einer unmittelbaren Wirtschafts- und Währungsunion vor allem von Vertretern des Großkapitals nüchtern benannt worden: Infolge des enormen Produktionsgefälles wird in der DDR mit struktureller Massenarbeitslosigkeit, reihenweisen Betriebsbankrotten und substantiellem Sozialabbau zu rechnen sein. Der Abfall des Reallohnniveaus wird dabei auch den Arbeitskräftemarkt in der BRD treffen und das niedrige Lohnniveau in der DDR wird nicht nur das der BRD unter Druck nehmen, sondern es werden überdies eine ganze Reihe gewerkschaftlicher Kampfziele kaum noch realisierbar sein. Das Kapital, auch das mittelständische, wird seine Anlagesektoren nach den besten Verwertungsbedingungen aussuchen, jedoch werden die unmittelbaren und mittelbaren ökonomischen Folgekosten einer Integration des Wirtschaftsgebiets der DDR in den bundesrepublikanischen und darüber hinaus europäischen Markt enorm sein und garantiert nicht vollständig auf die werktätige Bevölkerung abgewälzt werden können. Damit könnte das Großkapital über die Duldungsgrenze hinaus kurz- und mittelfristige Belastungen fürchten. Eine Zwischenlösung wäre die sofortige Währungsunion ohne Wirtschaftsunion, also die Verwandlung der DDR in eine Wirtschaftskolonie der BRD. Dies mag zwar die Geschäftsbedingungen des Kapitals im Billiglohnland DDR sehr attraktiv erscheinen lassen, läßt aber die Fragen der Perspektiven noch offen. Wenn andererseits der Einigungsprozeß langsam, nach dem Schrittmaß einer DDR-Wirtschaftsreform, unter Ausgleichung des Produktivitätsgefälles und über die Etappen des Währungsverbunds und der Wirtschaftskooperation erfolgen, also die genannten Kosten und Belastungen verringert werden, besteht für das Kapital einerseits die Gefahr, daß eine Diversifikation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der DDR mit dem westlichen Ausland gegen die BRD-Kapitalinteressen erfolgt und andererseits mit dem Einigungsprozeß eine konsolidierte DDR nicht "nur" soziale und wirtschaftliche Errungenschaften zu verteidigen gewillt, sondern auch politische Errungenschaften (womöglich sogar selbstverwaltete Wirtschaftseinheiten und direkte Demokratie!?) einzubringen entschlossen ist. Hier können zwar insbesondere auch mittelständische Unternehmen auf mittelfristige Sicht immer noch über joint-ventures ihren Schnitt machen, aber die DDR würde sich über das Stadium des Staatenbunds hinaus sicher nicht mehr den Bundesstaat mit Rechtsangleichung aufnötigen lassen. Hier beantwortet sich auch die Frage nach den Beweggründen für den Druck eines politischen Flügels der Kapitalfraktion in der Bundesrepublik auf den Sofortanschluß: Trotz hoher Kosten und unter Inkaufnahme schwerer wirtschaftlicher Turbulenzen bietet der Sofortanschluß kurzfristig die Gewähr des erfolgreichen Abwiegelns renitenter DDR-Forderungen und ermöglicht langfristig die garantierte wirtschaftliche Monopolstellung der BRD auf dem EG-Markt und eine ausgezeichnete Konkurrenzposition gegenüber den USA, Japan und dem pazifischen Raum.

Die Verfasser des erwähnten Berichts an die Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN hoffen auf eine "rot-grüne Regierung in der DDR", um mit dem "Hauch einer Chance das Ruder noch einmal herumzureißen" (S. 13). Von einer Koalition SPD/Grüne Partei in der DDR versprechen sich Wetzel/Schnappertz nach dem 18. März "stimmungsmäßig" einiges an Druck auf die SPD-West und an Glaubwürdigkeit für die eigene GRÜNE Partei, namentlich in den bevorstehenden Landtagswahlen in NRW und Niedersachsen, wie der Seite 13 zu entnehmen ist.

Was war man bereit, dieser Taktik zum Opfer zu bringen?

Man argwöhnt, ein schlechtes Abschneiden der Grünen Partei Ost würde auch die eigene Existenz bedrohen. Was war nun aus der Sicht der Verfasser des Berichts die Hauptgefahr für ein schlechtes Abschneiden der Grünen-Ost? Im Kontext der damals laufenden Bündnisverhandlungen zwischen der Grünen Partei, Unabhängigem Frauenverband und Vereinigten Linken war diese größte Gefahr gerade das Zustandekommen

dieses Bündnisses, insbesondere unter Einschluß der VL. Und unter diesem Gesichtspunkt wird auch die Frage der Unterstützung beantwortet: Im Originaltext heißt es, daß "es sich kaum rechtfertigen (ließe), wenn die GRÜNEN in der SED-verwüsteten DDR ein marxistisch-sozialistisches Wahlbündnis unterstützten. Den daraus folgenden Ruin der Grünen Partei der DDR könnten wir nur dadurch einigermaßen überstehen, indem wir uns ostentativ von diesem Wahlbündnis und damit auch von der Grünen Partei distanzieren und das ‚Bündnis 90' unterstützen."

Wie weit war man bereit zu gehen aus dieser Sicht?

Zunächst lesen wir mit Befremden eine Attacke auf den GA der AL und "bestimmte Leute im Bundesvorstand (der GRÜNEN)", die "an der Herstellung dieses ruinösen Wahlbündnisses in der DDR beteiligt" seien. Eine weitere Lüge. Es folgt ein Angriff auf AL und GRÜNE Leitungsmitglieder wegen ihrer Teilnahme an einer gemeinsamen Pressekonferenz vom 9.2. der VL, u.a. mit Linken im Neuen Forum, weil sie es wagten, in dieser Pressekonferenz ihren Standpunkt zu Sofortanschlußpolitik, Ausverkauf und Sozialabbau mit Gleichgesinnten öffentlich zu machen und damit die GRÜNEN zu nötigen, konzentriert "linkssozialisistische Organisationen und Grüne Partei in einem zweiten Wahlbündnis zu unterstützen." (!) Dies würde sogar nach Meinung der Verfasser des Berichts "auch auf das Bündnis 90 negativ abfärben, weil alle Organisationen als Oppositionsgruppen der ersten Stunde identifiziert werden und weil eine Unterstützung durch uns (die GRÜNEN), die wir ... auch das links-sozialistische Wahlbündnis unterstützten, wie ein Bazillus wirkte: Wenn die GRÜNEN linkssozialistische Ideologien unterstützten, dann wird es mit allem, was sie unterstützen, nicht weit her sein."

Im letzten Satz des Berichts heißt es, es sei "nur zu hoffen, daß sich die Grüne Partei der DDR gegen das zweite Wahlbündnis ausgesprochen hat."

Die Hoffnung war nicht vergebens. Dem ging nach unseren Informationen voraus, daß sich die Grüne Partei der DDR entschieden gegen Einmischungsversuche der GRÜNEN ausgesprochen hat. Dem ging voraus, daß solche Einmischungsversuche trotzdem stattgefunden haben und es Bestandteil dieser Versuche war, mit dem Entzug der materiellen Unterstützung zu drohen, wenn es zu einem Bündnis mit der VL käme. Wir wissen, daß diese Versuche nicht öffentlich stattfanden, wie auch der Bericht, aus dem wir zitierten, nicht öffentlich wurde, sonder daß in vertraulichen und "Einzelgesprächen" Linie gemacht werden sollte. Und wir wissen jetzt, daß diese Versuche ihren Zweck nicht verfehlten. Wir wissen nicht, woher die irrwitzigen Unterstellungen, die VL betreffend, auf dem Hallenser Parteitag kamen. Wir wissen nur, daß u.a. alle Grünen in Ost und West, die uns kennen, diese zu dementieren imstande waren und sind.

Unsere Enttäuschung über den Opportunismus, die geheimdiplomatischen Manöver und die machtpolitischen Allüren einer bestimmten Strömung innerhalb der GRÜNEN ist groß. Diesem Verständnis von Politik entspricht ihrerseits ebenso eine Haltung zu den Fragen unserer Zeit, von denen wir dachten, wir seien auch zusammen mit allen GRÜNEN angetreten, sie gemeinsam zu lösen. Unsere Enttäuschung ist nicht minder groß über einen Vertrauensbruch politischer Dimension uns gegenüber.

Wir lassen keinen Zweifel daran, daß wir uns weiterhin allen GRÜNEN verbunden fühlen, soweit sie sich nicht mit diesen Praktiken identifizieren und dem Anspruch treu bleiben, unter dem sie einst angetreten sind.

Wir wünschen vor allem unseren Freunden von der Grünen Partei der DDR ein gutes Wahlergebnis am 18. März. Wir hoffen auf ihren klaren Kopf in ihrem Verhältnis zu den Linken (ob nun in der VL oder in ihren eigenen Reihen). Und wir hoffen auf die Einheit der Bürgerbewegung, auf daß sie sich angesichts des drohenden Anschlusses zu den Bedingungen des Kapitals endlich herstellen möge.

Berlin, den 4.3.1990

Thomas Klein, Michael Mäde (Mitglieder des Sprecherrats der Vereinigten Linken Berlin)

Martin Schramm (Mitglieder des Politischen Beirats der VL Berlin)

32. Welche Zukunft hat der KB? - zur KB-MV am 17./18.3.90

Rubrik: KB und AK; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:45

Was ist los im KB? Wird es den nächsten AK noch geben? Solche Fragen werden uns in letzter Zeit häufiger gestellt.

Seit etwa einem Jahr laufen im KB organisations-interne Auseinandersetzungen um die zentralen Strukturen des KB (Angestellte des KB bzw. AK-Redaktion), denen eine Auseinandersetzung um die Bewertung des deutschen Nationalismus und des Kampfes gegen die Wiedervereinigungspolitik folgte (diese Debatte ist teilweise anhand der letzten AK-Nummern zu verfolgen). Am 17./18.3. fand nun in Hamburg mit 235 anwesenden KB-GenossInnen eine Mitgliederversammlung statt. Wir betrachten es als unsere Chronistenpflicht, darüber die AK-Leserschaft zu informieren, auch wenn es als ein fast hoffnungsloses Unterfangen erscheint, solch interne Krisen nachvollziehbar zu machen und darüber anders als parteiisch zu berichten.

Zur Vorgeschichte muß man wissen, daß nach dem letzten KB-Kongreß, im Januar 1989, das Leitende Gremium (LG) neu gewählt wurde und die bisherigen Freigestellten in ihrem Amt bestätigt wurden. Ein Angestellter des KB und Mitglied der AK-Redaktion sowie des LG kündigte mit einer Kritik am "Apparat" des KB seinen Posten. Es sei eine Blockade im zentralen Apparat des KB eingetreten, dieser sei unfähig, die Bedürfnisse der Organisation aufzunehmen; eine "Demokratisierung" sei überfällig; ein Drittel der alten Angestellten der Organisation (die bis auf die vom Kongreß beschlossene neue Genossinnen-Stelle alle zehn Jahre und länger im Amt sind) sollten durch neue Leute ersetzt werden.

Es folgte eine heftige Auseinandersetzung im KB; zahlreiche Vorwürfe und Gegenvorwürfe, Papiere zu Demokratie, Politikfähigkeit, Arbeit in der Radikalen Linken etc. machten die Runde.

Die Gegenposition besagte, daß bei der pauschalen Kritik am "Apparat" auch der Frust über die politischen Zustände abgeladen werde. Auch durch neue Personen ließen sich die bekannten Probleme des KB nicht einfach ändern. Das Anliegen des Auswechselns von Personen werde sich gegen einzelne Personen wenden; diese Art der Kritik drohe die Funktionsfähigkeit zentraler KB-Strukturen aufzuheben.

Im September legte der zurückgetretene Genosse auch seine LG- und Redaktionsmitgliedschaft nieder. Seine Kritik sei gescheitert und er wolle nicht mit dem Kopf durch die Wand. Man habe ihn "ausgegrenzt", war schließlich sein Vorwurf.

Anfang Dezember kündigte aus der AK-Redaktion ein zweiter Genosse sein Arbeitsverhältnis auf. Er schloß sich der Strukturkritik an: das "Demokratie-Defizit" und die Notwendigkeit von "Glasnost" im KB seien offenkundig, die übrigen hätten dagegen "Abwehrmechanismen" in Gang gesetzt. Außerdem könne er die seiner Ansicht nach verharmlosende Politik gegenüber Nationalismus und Rechtsentwicklung von namentlich zwei Genossen der Redaktion, die von einer Mehrheit dort gestützt oder mitgetragen würde, nicht mehr verantworten. Man brauche nicht "Durchhalteappelle, Loyalitätserklärungen und Selbstvergewisserung", sondern man müsse die Angst vor Erschütterungen überwinden, da diese längst eingetreten seien. Er wolle im KB um eine Mehrheit für seine Positionen streiten.

Üblicherweise hätte der nächste KB-Kongreß Anfang kommenden Jahres über die zukünftige Vertretung in den KB-Gremien zu entscheiden. In dieser Situation berief das Leitende Gremium des KB eine Mitgliederversammlung ein, auf der über die politische Entwicklung und die Weiterarbeit im KB gestritten und beschlossen werden sollte.

Auf der Mitgliederversammlung war an fast allen Streitfragen durchgängig eine weitgehend abgeschlossene Blockbildung innerhalb der Organisation zu erkennen. Fast alle Abstimmungen erbrachten bei allen Meinungsunterschieden innerhalb dieser Blöcke ein Abstimmungsverhältnis von 60% zu 40% (40% Zustimmung für die Richtung der beiden zurückgetretenen Genossen). Etwa 10% der Anwesenden haben sich jeweils enthalten, rund ein Drittel der Mitglieder war auf der MV nicht vertreten.

Am ersten Tag wurde über den Zusammenbruch der Nachkriegsordnung in Europa, über den deutschen Nationalismus und unsere Politik gegenüber der Wiedervereinigung gestritten. Es lagen zwei Papiere vor, die wir in diesem AK dokumentieren. ("Kein Volk, Kein Reich, Kein Führer" und "Vorschlag für einen Leitantrag"). Es ging bei der Debatte im wesentlichen um Streitfragen, Vorwürfe und Anwürfe, wie sie auch schon in den letzten AK-Ausgaben dargelegt worden sind und hier nicht wiederholt werden müssen.

Zum Schluß dieser Debatte wurde über die tendenzielle Zustimmung zu den beiden Papieren abgestimmt, was die erste 60 zu 40%-Abstimmung ergab.

Im zweiten Teil der Debatte wurde über die von der Radikalen Linken organisierte bundesweite Demonstration im Mai in Frankfurt ("Nie wieder Deutschland") diskutiert. Das Ergebnis war eine überwiegende Zustimmung für die Unterstützung für die Demonstration und den Aufruf. Für drei Monate wird sich eine Person mit einer vom KB finanzierten halben Stelle um die Organisierung kümmern.

In der Debatte um die Demonstration wurden zahlreiche Vorwürfe gegenüber dem "Minderheitenblock" geäußert: kritisiert wurde eine zu enge Bündnispolitik, die beschlossenen Grundlagen (eine Demonstration allein der BRD-Linken, bzw. allein der strikten Gegner einer Wiedervereinigung) und daß diese Konzeption ohne Diskussion oder Einigungsversuch im KB fraktionell betrieben worden sei.

Am zweiten Tag folgte die Diskussion und Abstimmung über die Strukturkritik im KB, die Weiterarbeit der KB-Politikangestellten. Es gab eine längere emotionsgeladene Auseinandersetzung über die seit einem Jahr geführte Strukturauseinandersetzung, über Demokratiedefizite, Feudalstrukturen, Vergleiche des KB mit den Zuständen im Realsozialismus, ob es Ausgrenzungen gebe etc.

Die Mitglieder des Freigestellten-Apparates (bis auf die zwei zurückgetretenen Personen) hatten gemeinsam mit einigen Mitgliedern des LG einen Antrag zur Abstimmung vorgelegt, in dem sie ein kollektives Vertrauensvotum für ihre Weiterarbeit bis zum Kongreß verlangten. Hiergegen war eine Einzelabstimmung und "Befragung der KandidatInnen" beantragt worden. Außerdem wurde die Bestätigung für die Neubesetzung von zwei Stellen durch die MVV zur Abstimmung gestellt und in einem weiteren Punkt eine Zurückweisung "der Personifizierung der Auseinandersetzung" und die konkrete Zurückweisung eines Abwahlantrages gegen ein Mitglied der Redaktion beantragt. Im Vorwege des Kongresses hatte sich ein LG-Mitglied für die Abwahl zweier Redaktionsmitglieder eingesetzt, dieses Anliegen dann aber wieder zurückgezogen. Für den Kongreß selbst lag ein Antrag auf Abwahl des Genossen Kai vor, weil seine im letzten AK publizierte Position als "sozialdemokratisch", bzw. "kautskyanisch" anzusehen sei. Man werde kollektiv zurücktreten, wenn einem Abwahlanliegen und einem Einzel(ab)wahlverfahren von der MVV, also vor dem nächsten Kongreß, stattgegeben werde, erklärten die verbliebenen Freigestellten. Der "Minderheitenblock" hingegen erklärte eine Einzelabstimmung in der Vertrauensfrage zu einer selbstverständlichen demokratischen Regel, die eingehalten werden müsse. Die Mehrheit stimmte für eine Blockbestätigung. Man verzichtete auf ein Vertrauensvotum und beließ es bei der "Bitte", die Freigestellten mögen ihre Arbeit bis zum Kongreß erst einmal fortsetzen.

Die Mehrheit der MVV folgte dem Antrag des "Minderheitenblocks", der nach den Rücktritten nicht mehr im Apparat vertreten ist und keine Personen dafür vorgeschlagen hat, und befristete die Jobs der Neueingestellten zum kommenden Kongreß, wohingegen die Mehrheit des Leitenden Gremiums solche Kurzeinstellungen aus sozialen sowie arbeitsmäßigen Gründen für unsinnig gehalten hatte. Eine der beiden neu eingestellten Personen erklärte daraufhin, sie werde unter diesen Bedingungen den Posten nicht antreten.

Ganz dramatisch wurde es dann, als die Mehrheit der Versammlung folgenden Antrag annahm: "Die MVV weist die Personifizierung der Auseinandersetzung zurück. Es ist ein Novum in der Geschichte des KB, daß mit persönlichen Angriffen und konstruierten Anwürfen im AK oder Org-Bulli (Organisations-Bulletin) das Mißtrauen geschürt, das Gehen oder gar die Abwahl einzelner Freigestellter des KB (insbesondere gegen Knut und Kai) betrieben wird. Wir lehnen es ab, daß nach dem freiwilligen Weggang der Einen nun die Kündigung der Anderen erfolgen soll. Äußerst bedenklich an vielen der in den letzten Monaten vorgetragenen Kritiken ist auch das häufig eklatante Auseinanderklaffen von formaler Schärfe einerseits und kaum entsprechender Inhaltlichkeit andererseits. Dies schafft ein Klima der Zermürbung und Zersetzung, das die Grenzen der Erträglichkeit durchaus überschreiten kann."

Sprecher aus dem Minderheitenblock erklärten dies für eine pauschale Zurückweisung ihrer Kritiken und eine solche Abstimmung für einen völlig undemokratischen Vorgang, der faktisch auf ihre Ausgrenzung hinauslaufe. Nach einer Auszeit gab der Genosse de. nach seiner bereits erfolgten Kündigung nun auch seinen Rücktritt aus dem LG bekannt, ein weiteres LG-Mitglied wollte sich über einen Rücktritt mit Genossen am Ort noch einmal beraten. Eine Mehrheit der Versammlung beschloß daraufhin, die Abstimmung zurückzunehmen und den letzten Antragspunkt (Zurückweisung des Abwahlantrages gegen Kai) nicht mehr zu befassen. Der Abwahlantrag gegen ihn wurde dann auch zurückgezogen und die Versammlung an dieser Stelle abgebrochen. Der aus dem LG zurückgetretene Genosse erbat sich Bedenkzeit, nachdem er aufgefordert worden war, seinen Rücktritt rückgängig zu machen. Wenige Tage nach der MVV reichte dann auch der Genosse Kai seine Kündigung ein.

Wie und ob es nun weitergehen soll und kann, darüber reichen die Meinungen sehr weit auseinander. Wir verzichten hier darauf, eine optimistische oder pessimistische Prognose zu geben.

HH

(Dieser Text ist von VertreterInnen der beiden "Blöcke" zur Kenntnis genommen worden.)

33. Thesen zur Lage und unseren Aufgaben

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:10

1. Wir erleben derzeit den Zerfall der Sowjetunion als imperiale Macht. Das nach der siegreichen Beendigung des 2. Weltkriegs geschaffene Imperium ist heute, trotz formalen Fortbestehens des Warschauer Pakts und des RGW, weitgehend auf die UdSSR zurückgeworfen. Die einbezogenen Staaten Mittel- und Osteuropas haben sich aus den alten Machtverhältnissen herausgelöst und streben fast alle eine Einbeziehung in den Gegenblock, den kapitalistisch/imperialistischen an. Dies bezieht heute von der Tendenz her ebenfalls die Republiken der SU ein, die aufgrund des sog. Hitler-Stalin-Paktes direkt in die SU eingegliedert wurden. Bei dem gegenwärtigen Entwicklungstempo gibt es noch ganz verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten: den Zerfall der SU als Großmacht, die Konzentration der SU auf die russische Föderation, bei Beibehaltung einer Großmachtstellung, die Zuordnung dieser zu einer der bestehenden Machtblöcke (EG, USA oder Japan).

Die Ursachen für den Zusammenbruch des RGW liegen in erster Linie in der inneren Widersprüchlichkeit dieses Systems. Die realsozialistischen Staaten waren über die vergangenen 40 Jahre hinweg nicht in der Lage, ein Gesellschaftssystem aufzubauen, daß sich für die Mehrzahl der Menschen als ein dem kapitalistischen überlegenes oder zumindest gleichwertiges erwiesen hätte. Produktionsweise und Produktionsverhältnisse unterscheiden sich in den Augen der Menschen nur in Hinblick auf die Effizienz von der der kapitalistischen Staaten. Trotz hohen Standes der Industralisierung haben diese Staaten für die Menschen im wesentlichen eine Mangelwirtschaft hervorgebracht. Demokratie, demokratische Rechte für Gruppen und Individuen, freie Entfaltung des Individuums sind scheinbar innerhalb der kapitalistischen Struktur weiter entwickelt als in der realsozialistischen.

Gemessen am Vorkriegsniveau ist es den relativ fortgeschrittenen Industrieländern DDR und CSSR nicht gelungen, den Industrialisierungsgrad zu erhöhen, sondern sie haben in ihrer Entwicklung weitgehend stagniert. Die ehemals halbfeudal-agrarischen Staaten des RgW (Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien) sind mit ihren Industrialisierungsplänen, auch unter Inanspruchnahme westlicher Kredite, im wesentlichen gescheitert. Die sich verschärfenden ökonomischen Widersprüche und die nur marginale gesellschaftliche Basis des "real existierenden Sozialismus", wie die Wahlen in Polen gezeigt haben und die kommenden Wahlen in den anderen Ländern zeigen werden, markieren das Ende des "real existierenden Sozialismus". Wir weinen diesem real praktizierten Modell keine Träne nach, sondern konstatieren dessen Scheitern.

Verstärkt worden sind diese inneren Widersprüchlichkeiten durch äußeren Druck und Einmischung der imperialistischen Staaten. Die Einbeziehung Polens und Ungarns in den IWF und die damit verbundenen Restriktionen der Wirtschaftspolitik, die mit politischen Auflagen versehene Kreditvergabe und die über die Joint-Venture-Projekte langsam betriebene Aufweichung der Planwirtschaft sind die eine Seite, die andere Seite ist die direkte Unterstützung oppositioneller Gruppierungen mit Millionenbeträgen wie beispielsweise die Solidarnosc. Und während beispielsweise so die Solidarnosc im Kampf für die Erweiterung der Rechte der Arbeiter und einer Besserstellung in wirtschaftlicher Hinsicht eine Zusammenarbeit mit dem herrschenden System verweigerte, hat sie schnell eine weitreichende Bereitschaft zu erkennen gegeben, mit den kapitalistischen Mächten zu einer Übereinkunft zu kommen. Falsch wäre es, dies als reine Agententätigkeit für den Durchmarsch des Imperialismus zu interpretieren, vielmehr kommt darin ein tiefer historischer Pessimismus in dem Sinne zum Ausdruck, daß die Verhältnisse nicht revolutionierbar, sondern nur im Anschluß an den Westen veränderbar seien.

Noch sind die Verhältnisse im Kern der UdSSR anders. Es gibt bisher vergleichbar wenig Kräfte, die für einen direkten Anschluß an das kapitalistische System plädieren, ausgenommen heute schon die baltischen Staaten. Nicht zu beantworten ist bis jetzt die Frage, ob dies aufgrund eines höheren sozialistischen oder antikapitalistischen Bewußtseins der Fall ist, oder ob dies schlicht der Tatsache geschuldet ist, daß in der SU das Bewußtsein von der Großmacht so tragend ist, daß sich - jedenfalls kurz- oder mittelfristig - eine Unterordnung unter das kapitalistische System verbietet. Gleichzeitig müssen wir jedoch zur Kenntnis nehmen, daß die heute herrschende politische Führung um Gorbatschow den gleichen Weg propagiert - "gemeinsamen Haus Europa" -, wobei der Unterschied darin liegt, daß sie die SU als Großmacht erhalten wollen.

2. Der Zerfall des sowjetischen Imperiums bedingt gleichzeitig, daß die Nachkriegsordnung zu Ende geht. Die Ergebnisses des 2. Weltkriegs bestanden darin, daß der Versuch des deutschen Imperialismus auf

Weltherrschaft gescheitert war, die USA zur führenden imperialistischen Macht und die SU zur Weltmacht wurden. Durch die damit erreichten Machtmöglichkeiten, der Fähigkeit, in Mittel- und Osteuropa eine Zwangsherrschaft aufzubauen und diese auch militärisch abzusichern, sind dem imperialistischen System eine Reihe von Staaten unmittelbar als Einflußzonen und Märkte entzogen worden. Darüberhinaus hatte dies in der Folgezeit einen wichtigen Einfluß auf Auseinandersetzungen zwischen antiimperialistischen und antikolonialistischen Kräften einerseits und den imperialistischen Ländern andererseits, da erstere sich im bestimmten Umfang auf die Unterstützung durch die SU verlassen konnten. In einer geschichtlich bisher einzigartigen Weise vereinigten sich die verschiedenen imperialistischen Staaten zu einem imperialistischen System, das die Systemfrage zum Hauptwiderspruch machte und dem es gelang, innerimperialistische Widersprüche weitgehend in den Hintergrund zu stellen.

Mit dem Zerfall des sowjetischen Imperiums ändern sich sowohl Triebkräfte des Handelns des imperialistischen Lagers als auch die Konstellation untereinander. War mit dem Bestehen der Sowjetmacht und der damit verbundenen machtpolitischen Unmöglichkeit für den Imperialismus, in die dem sowjetischen Imperium angegliederten Staaten einzudringen, der gemeinsame Kampf gegen den bestehenden Realsozialismus und seine Ausdehnung auf andere Teile der Welt vorherrschend, geht dies heute über in die ökonomische Durchdringung und Beherrschung aller Länder, die von der SU freigegeben werden müssen. Schon zeichnet sich ab, daß sich hierdurch auch die Konstellation innerhalb des imperialistischen Lagers ändert, denn mit dem scheinbaren Zerfall des gemeinsamen Gegners treten die Eigeninteressen stärker in den Vordergrund, der Kampf um die sich auftuenden Märkte wird insofern auch ein Kampf um imperialistische Hegemonie sein.

Vorherrschende Tendenz des imperialistischen Lagers ist die Eroberung von Märkten, die Beherrschung von Rohstoffen und die Beherrschung der Arbeitskräfte in der bisherigen Welt des realen Sozialismus, nicht aber die nationalstaatliche Ausdehnung.

3. Eine besondere Stellung in dieser Neuaufteilung der Welt hat der deutsche Imperialismus. Anders als die übrigen imperialistischen Mächte hat er nicht nur ein Interesse an der ökonomischen und politischen Durchdringung und Beherrschung der Staaten Mittel- und Osteuropas, sondern er ist der einzige Imperialismus, der dies auch mit nationalstaatlichen Zielen und Grenzveränderungen verbindet, dies in erster Linie und als unmittelbar anstehendes Ziel durch die Einverleibung der DDR. Inwieweit weitere Grenzveränderungen angestrebt werden, ist noch eine offene Frage, allerdings warnen die Geschichte und die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die polnische Westgrenze, daß auch dieses als politisches Ziel wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden könnte.

Die BRD ist heute schon eine der wichtigsten imperialistischen Staaten, allerdings außerhalb der Ökonomie immer noch nicht weltbeherrschend wie die USA, in dieser Hinsicht muß sie selbst hinter Großbritannien und Frankreich zurücktreten. Sie ist allerdings für Europa schon jetzt eine Hegemonialmacht, und es liegt nahe, daß bei Auflösung der Nachkriegsordnung die beiden Mächte Frankreich und Großbritannien ihre traditionelle Rolle, die u.a. auch an den Fakt der Siegermächte gebunden ist, weiter verlieren werden, zugunsten einer Zunahme des politischen Einflusses der BRD. Die Einverleibung der DDR würde diesen letzteren Aspekt entscheidend verstärken. Die Kapitalisierung der DDR und die damit verbundene Entstehung einer neuen Wirtschaftskraft würde unmittelbar die Macht des deutschen Imperialismus stärken. Das Übergewicht der BRD, dann Deutschland, auf den europäischen Prozeß würde weiter zunehmen. Hinzu kommt, daß die politischen Rücksichten, die die BRD in der Vergangenheit immer noch auf die Interessen beispielsweise Frankreichs und Großbritanniens nehmen mußte, um diese in der "deutschen Frage" auf ihrer Seite zu behalten, abnehmen werden. Wir werden es also, nach der Vereinigung von BRD und DDR, mit einem deutschen Imperialismus zu tun haben, der frei von den Lasten der Vergangenheit operieren kann und dies allem Anschein nach auch tun will. Wir werden es allerdings auch mit einer Situation zu tun haben, in der wie vor dem 2. Weltkrieg Frankreich und Großbritannien, heute auch die USA, als Garantiemächte für die Unverletzlichkeit der Grenzen von Polen und der CSSR auftreten werden. Insofern wird es kurzfristig keine Möglichkeit geben, die Grenze Polens nicht anzuerkennen.

Unverkennbar hat die BRD ein Hegemonialinteresse in dem neuentstehenden Europa. Sie streitet sich mit den anderen imperialistischen Mächten um die Märkte Osteuropas, wobei die politische Beherrschung dieses Raumes ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles und zur Ausschaltung der Konkurrenten ist. In diesem Kampf hat die BRD einen unverkennbaren geostrategischen Vorteil. Wieder, und insofern wiederholt sich die

Geschichte, geht es um den "natürlichen" Ausdehnungsraum für den deutschen Imperialismus. Was dem US-Imperialismus der lateinamerikanische Kontinent ist, soll für Deutschland Mittel- und Osteuropa sein.

Ebenso wie den anderen imperialistischen Mächten geht es der BRD um den Ausbau ihrer ökonomischen und politischen Vorherrschaft über diesen Raum. Als die mit einigem Abstand führende Macht im Bereich des "Osthandels" (sowohl als wichtigster Gläubiger als auch als wichtigster Handelspartner) hat sie mit dem Zerfall des RgW qualitativ neue politische Zugriffsmöglichkeiten, die rückständigen osteuropäischen Staaten - mit Ausnahme der DDR - neokolonial zu beherrschen. Den Drang zur Vorherrschaft auf der Basis dieser ökonomischen Stärke unterscheidet die BRD von Frankreich und Großbritannien, aber nicht von den USA.

Oft wird dieser Drang der BRD mit der Parole vom Übergang vom III. zum IV. Reich beschrieben. Richtig hieran ist, daß es ähnlich wie am Anfang des III. Reiches auch heute wieder eine ausgesprochene Tendenz gibt, "alle Deutschen" in einem "machtvollen Deutschland" zusammenzufassen. Nicht erkennbar ist jedoch für die heutige Situation, daß dies mit der totalen Ausgrenzung Menschen anderer Herkunft und "Rasse", bis hin zum Programm der Vernichtung ganzer Völker, allen voran dem jüdischen, einhergehen soll. Nicht erkennbar ist bisher auch, ob politische Herrschaft über den osteuropäischen Raum eine nationalstaatliche Einbeziehung dieser Länder, Versklavung und Vernichtung eines Teils der dort lebenden Völker beinhalten soll, wie dies im Rahmen der nationalsozialistischen Außen- und Kriegspolitik entwickelt wurde. Dennoch ist unverkennbar, daß sich auch heute wieder ein gefährliches Gemisch aus Großmachtsträumen, Expansionsdrang und nationalistischer Beherrschung Europas entwickelt, deren Folgen wir noch nicht vorausbestimmen können, wo uns die Geschichte jedoch eine wichtige Warnung sein muß.

4. Die "deutsche Frage" ist eine besondere in dieser Situation der globalen Veränderung. Sie stellt sich heute in erster Linie praktisch-politisch und nicht mehr nur ideologisch wie in all den Jahren zuvor. Der Vereinigung muß deshalb auch praktisch-politisch und nicht ideologisch begegnet werden.

Von den herrschenden Kräften wird die Vereinigung als selbstverständlicher und "natürlicher" Prozeß der Vereinigung eines Volkes propagiert. Dies widerspricht unmittelbar dem seit Jahren propagierten Gedanken einer Zusammenfassung der europäischen Nationen zu einem Gesamteuropa, der Aufhebung der Grenzen usw. Selbstverständlich gäbe es die Möglichkeit, die DDR in den europäischen "Einigungsprozeß" als souveränen Staat einzubeziehen, ohne daß zuvor eine deutsche Einigung vollzogen wird. Die brutale Herbeiführung der Einverleibung der DDR unter alleiniges Diktat der BRD bedeutet zweifellos einen weiteren Machtzuwachs im innereuropäischen Kräfteverhältnis. Die EG-Integration gilt für den BRD-Imperialismus als unverzichtbarer Bestandteil und die Basis ihrer hegemonialen Rolle, die durch die Annexion der DDR noch zunehmen wird. Die übrigen EG-Länder nehmen diesen Annexionsprozeß - zähneknirschend - hin. Noch nicht absehbar ist, ob durch die "deutsche Einheit" das Tempo der EG-Integration ("Binnenmarkt 92") verlangsamt und sich neue Kräfte- und Bündniskonstellationen gegen die BRD-Vormachtstellung auftun werden.

In der BRD gibt es innerhalb der Mehrheit der Bevölkerung außerhalb der unmittelbaren Freude über die Öffnung der Grenzen keinen nationalistischen Taumel für die Wiedervereinigung. Die zunehmende Zustimmung ist noch kein Taumel. Anders in der DDR. Es deutet alles darauf hin, daß die Mehrheit der Bevölkerung der DDR auf einen Anschluß an die BRD setzt, wobei ein zunehmender Teil auch einen schnellen Anschluß befürwortet, jedoch auch immer noch nicht erkennbar aus einem nationalistischen Taumel heraus, sondern unter ganz praktischen Gesichtspunkten wie die erhoffte Verbesserung des Lebensstandards u.ä. Begünstigt wird dies dadurch, daß es innerhalb der DDR keine politische Kraft gibt, die ohne Eingliederung in den kapitalistischen Markt eine Chance für die Gesellschaft sieht. Was liegt da näher für den Menschen mit gesundem Menschenverstand als sich dem Staat anzuschließen, in dem die "Brüder und Schwestern" eben dieses vollbringen?

Es gibt viele gute Argumente gegen die Wiedervereinigung, die sich auf die Geschichte beziehen. Diese sollten wir immer wieder vorbringen, nicht deshalb, weil sich Geschichte zwangsläufig so wiederholen wird, sondern weil sie sich ganz oder in Teilen so wiederholen könnte. Hauptaspekt muß aber sein, welche Konsequenzen ersichtlich aus dem jetzigen Prozeß abzusehen sind. Der wichtigste Aspekt hierbei wäre die hegemoniale Rolle, die die BRD auf den zukünftigen Prozeß erlangen würde und hierbei wiederum die Auswirkungen auf die Menschen im heutigen Osteuropa. Dies allerdings ist eine schwierige Aufgabe. Die politische Agitation und Propaganda gegen den europäischen Einigungsprozeß als Europa des Kapitals hat bisher beispielsweise kaum gezogen, er ist weitgehend auf die Linke beschränkt geblieben. Selbst die

Agitation von einem Europa unter deutscher Hegemonie hat kaum Einfluß gewonnen. Im Gegenteil ist feststellbar, daß innerhalb der Linken plötzlich der deutschen Einheit der europäische Einigungsprozeß gegenübergestellt wird, als wäre dieser ein fortschrittlicher.

5. Als KommunistInnen propagieren wir keine Nationalstaatsbildung. Wenn wir vom Selbstbestimmungsrecht sprechen, so als ein Recht innerhalb der Welt der Nationalstaaten. Jede Gruppe von Menschen muß danach das Recht haben, sich zu einem eigenen Staatsgebilde zusammenzuschließen oder sich einem bestehenden anzuschließen. Dieses Recht kann nur dann eingeschränkt werden, wenn durch einen solchen Akt die Rechte und die staatliche Souveränität anderer Nationen in Mitleidenschaft gezogen werden. Sollten sich die Bevölkerungen der beiden deutschen Staaten in freier Entscheidung für eine Vereinigung aussprechen, wäre hiergegen vom Standpunkt des Rechts nichts einzuwenden, außer man würde argumentieren, die Deutschen hätten dies Recht aus moralischen Gründen verwirkt.

Vom Standpunkt des internationalen Rechts sind die beiden deutschen Staaten in ihren Handlungen souverän. Bei Aufhebung der Nachkriegsbeschränkungen und einer Friedensvertragsregelung könnten von diesem unter den Staaten in der UN-Charta festgelegten Rechten diese beiden deutschen Staaten nicht daran gehindert werden, sich zusammenzuschließen.

Als InternationalistInnen, AntiimperialistInnen und AntifaschistInnen wissen wir um die Gefahren, die von einer Großmacht Deutschland ausgehen. Wir wissen es aus der Geschichte und aus der Analyse der heutigen Politik des BRD-Kapitals und der bürgerlich-imperialistischen Parteien. Weil die Vereinigung ein Teil dieser Großmachtbestrebungen ist, lehnen wir sie kategorisch ab. Der sich jetzt vollziehende Einigungsprozeß hat keinerlei fortschrittliche Elemente, von der BRD aus nicht, aber auch nicht aus der Sicht der DDR. Die Menschen der DDR werden nicht mehr Freiheit erhalten, sondern sie werden umgekehrt der (geringen) Möglichkeit beraubt, einen eigenständigen Weg zu gehen, in Anknüpfung an die Geschichte einmal einen ganz anderen deutschen Staat aufzubauen, ohne Großmachtträume.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird unter dem Kampfbegriff der "Einheit der Deutschen" betrieben. Der von der herrschenden Ideologie und Politik benutzte Volksbegriff ist ein völkischer, rassistischer und transnationaler. Deutscher ist danach jede/r, die/der "deutsches Blut" oder "deutsche Gesinnung" nachweisen kann. Dieser Volksbegriff wird übertragen auf den Staatsbürgerbegriff. Danach hat jede/r mit den genannten Eigenschaften die Rechte eines deutschen Staatsbürgers. Daraus wird das Recht abgeleitet, in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu intervenieren, wenn dort "Deutsche" ausgemacht werden. Die von der BRD erzwungenen Vereinbarungen mit der polnischen Regierung über den sogenannten Schutz der deutschen Minderheiten stützt sich einzig und allein auf das völkisch-rassistisch hergeleitete Recht. Hierin liegt die Gefahr begründet, daß der BRD-Imperialismus nach der Einverleibung der DDR dann auch das "Selbstbestimmungsrecht der deutschen Minderheit in Polen" entdecken könnte.

Diesen Volksbegriff lehnen wir kategorisch ab. Wir treten dafür ein, daß alle auf dem Boden der BRD geborenen Menschen, unabhängig von der Herkunft, die Rechte eines Staatsbürgers der BRD erhalten, und wir treten dafür ein, daß alle hier lebenden Menschen diese Staatsbürgerrechte erhalten und ohne Bedingung die Staatsbürgerschaft erhalten können.

Die BRD ist ein Vielvölkerstaat und ein Einwanderungsland geworden. Millionen Menschen leben seit Jahren und Jahrzehnten in diesem Land, Millionen sind hier in zweiter Generation geboren worden. Die Rechte der Staatsbürgerschaft werden ihnen vorenthalten, weil diese an die völkisch-rassistische Bestimmung gebunden sind. Und während auf der einen Seite aggressiv dafür geworben wird, daß sich das "deutsche Blut" aus aller Herren Ländern wiedervereinigt (was bisher aber auch immer nur gemacht wurde, um es dann zu vergießen), sollen die Rechte der hier lebenden Menschen anderer Herkunft weiter eingeschränkt werden. Der Versuch, eine völkisch-nationale Stimmung zu erzeugen, korrespondiert somit gleichzeitig mit Schritten, die hier lebenden Menschen anderer Herkunft gesellschaftlich an die Wand zu drücken. Dabei stehen wir jedoch vor der Schwierigkeit, daß wir es nicht mit einer einheitlichen Gruppe von Einwanderern zu tun haben und auch nicht mit einer einheitlichen Politik der Herrschenden gegenüber diesen Menschen. Während die Gruppen der ersten Einwanderer (Italiener, Spanier, Griechen) weitgehend integriert sind und über die EG-Verträge mehr Rechte haben, als andere Nationalitäten (Türken) oder Flüchtlinge, die als Asylanten kommen (Afrikaner, Asiaten). Zudem ist es der BRD bisher gelungen, eine sozial völlig diskriminierende Stellung der großen

Einwanderungsgruppierungen zu vermeiden, anders als beispielsweise in England, wo die Coloured-People in großem Maße die Slumgebiete bevölkern.

Es ist den demokratischen und sozialistischen Kräften in diesem Land in der Vergangenheit nicht gelungen, die Masse dieser Menschen in ihren Sorgen und Ängsten in dieser Gesellschaft anzusprechen. Aber es wäre innergesellschaftlich eine der wichtigsten Angelegenheiten eines antinationalistischen Kampfes, das Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten konstruktiv anzugehen.

6. Der Zerfall des sowjetischen Imperiums und damit des bipolaren Weltsystems auf der einen Seite und der relative Hegemonieverlust des US-Imperialismus auf der anderen Seite markieren nicht nur den Abschluß der Nachkriegsordnung, sondern setzen den Kampf um die Neuaufteilung der Welt auf die Tagesordnung. Sowohl der japanische als auch der westdeutsche Imperialismus, letzterer im Rahmen der EG, drängen seit einiger Zeit, auf Basis ihrer ökonomischen Stärke, ganz nach vorn. Es wird, auch aufgrund des Auseinanderfallens von wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hegemonie, auf absehbare Zeit nicht die eine dominante imperialistische Weltmacht geben, sondern drei miteinander rivalisierende imperialistische Zentren: Japan, die USA und die BRD (im Rahmen der EG). In dieser Rivalität sind bereits Widersprüche angelegt, die neue Gefahren für die Welt heraufbeschwören werden. Über den Verlauf dieser innerimperialistischen Widerspruchsentwicklung und über die Gefahren, die sich aus dem Kampf gegen die verbleibende Großmacht Sowjetunion noch ergeben, können wir derzeit keine gesicherten Aussagen machen.

Die heute existierende Linke in der BRD steht erstmals einem Prozeß gegenüber, in dem es nicht mehr nur um innergesellschaftliche Entwicklungen geht, sondern in dem sie sich mit dem Sprung des eigenen Imperialismus über die eigenen nationalstaatlichen Grenzen auseinandersetzen muß. Die antiimperialistische Bewegung und die internationalistische Solidaritätsbewegung hat sich bis dato fast ausschließlich mit den Auswirkungen der Herrschaft des US-Imperialismus beschäftigt. Es ist absehbar, daß sich dies mit dem Zerfall des sowjetischen Imperiums ändern wird. Wir werden viel stärker mit den Taten des eigenen Imperialismus konfrontiert werden und dementsprechend auch eine Umorientierung in der internationalistischen Arbeit vornehmen müssen.

Die Linke hat sich in den vergangenen Jahren darauf beschränkt, den gesellschaftlichen Prozeß kritisch zu begleiten, sie war sozusagen das moralische Gewissen der Nation. Dies geht solange, wie keine innen- und außenpolitischen Katastrophen passieren, die eine solche Haltung als reine Randerscheinung verblassen lassen. Aus einer solchen Haltung heraus konnte man es sich auch leisten, "rein links" oder besser "rein" und "links" zu sein, nur den ideologischen Gegenpart zum herrschenden System zu spielen.

Wenn wir jedoch den erkennbaren Sprung des Imperialismus zur Weltherrschaft ernst nehmen, dann ist es Aufgabe revolutionärer Kräfte, alle in der Gesellschaft vorhandenen Kräfte, die sich in teilweisem Widerspruch zu dieser Entwicklung bewegen, anzusprechen und zu versuchen, die Widersprüche zu verschärfen. D.h.: In der Propaganda argumentieren wir prinzipiell gegen die Wiedervereinigung. In der praktischen Politik versuchen wir, alle Kräfte zu bündeln, die sich in bestimmten Aspekten gegen die Wiedervereinigung stellen.

7. Die sozialistische Linke und die GRÜNEN sind durch die gegenwärtigen Prozesse in tiefe Krisen gestürzt worden. Trennungslinien durchziehen die Organisationen, Spaltungen und Auflösungen sind Erscheinungsformen. Nur vordergründig hängt dies mit der "deutschen Frage" zusammen.

Der rasante Umbruch der internationalen Verhältnisse hat Probleme aufgeworfen, die wir sehenden Auges ignoriert haben, was heute dazu führt, daß wir mit der Diskussion gar nicht so schnell hinterherkommen wie die Ereignisse wechseln.

Die Linke reagiert hierauf entweder mit Anpassung und Mitmachen oder mit dem Beschwören einer ideologischen Einheit, um sich der Anpassung entgegenzustemmen. Beiden Reaktionen gemeinsam ist, daß sie davon ausgehen, daß die Dinge so sind wie sie sind und kein Einfluß darauf zu nehmen ist. Beide übersehen oder schätzen es gering, daß Umbrüche von solch gewaltigem Ausmaß auf Massenebene nicht nur Zustimmung, sondern auch Widerspruch hervorbringen.

Wenn große Teile der arbeitenden Bevölkerung in der DDR sich aus materiellen Gründen einen Vorteil aus der Vereinigung versprechen, wenn sich davon große Teile in eine nationalistische Anschlußbewegung organisieren lassen, so gibt es heute doch auch schon die Teile, bei denen die Angst, einem solchen Prozeß hoffnunsglos ausgeliefert zu sein, wächst. Und es gibt Organisationen, die für und mit diesen Teilen Politik für

eine eigenständige DDR machen wollen. Dies müßten unsere Ansprechpartner sein. Und es gibt hier Menschen, die nichts gegen eine Vereinigung mit den Menschen der DDR haben, die aber das Großmachtstreben der BRD bekämpfen wollen und die ihre Widersprüche gegen die Vereinigung nicht aus dem Antideutschem herleiten, sondern aus der Annexionspolitik.

Aufgabe des KB wäre es, vom Standpunkt eines prinzipiellen Antiimperialismus und damit Gegnerschaft jeglicher territorialen Ausdehnung eine politische Front aufzubauen, die alle Elemente, die sich gegen das Großmachtstreben wenden, anspricht. In diesem Sinne wäre es auch eine Aufgabe, die Widerspruchslinien innerhalb der Organisationen der Linken zu untersuchen. Und es wäre eine Aufgabe, unmittelbar und intensiv Kontakte mit Organisationen in der DDR zu knüpfen. Es wäre die Aufgabe, eine "radikale Linke" zu schaffen, die sich nicht entlang ideologischer Übereinstimmung in der antinationalen Auffassung findet, sondern in dem Bestreben, in praktisch politischer Hinsicht alle radikalen Gegner der Großmacht BRD zu vereinigen.

he., 15.3.90

34. Der Streit geht um die Zukunft kommunistischer Politik

Rubrik: Radikale Linke; KB und AK; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:52

Der jetzt ausgebrochene Streit innerhalb des KB hat viele Facetten, wobei von außen oft nur schwer zu erkennen ist, welches die Hauptstränge sind. Selbst von innen ist dies nicht immer ganz eindeutig zu bestimmen, bzw. es ändern sich oft auch im Verlauf einer Streitentwicklung der Gegenstand desselben wie auch die Koalitionen. Dies haben wir während der Spaltung des KB 1979/80 erfahren, als die "Gruppe Z" sich zunächst um einen Ansatz zur "Leninisierung des KB" gruppierte, aber kurz darauf geschlossen in die Grünen ging. Insofern ist noch nicht ausgemacht, ob die jetzt aufgetretenen Streitfragen schon die entscheidenden sind und ob es bei diesen bleiben wird. An einigen Beispielen der Kontroverse im KB läßt sich jedoch herausarbeiten, daß es sich fast immer um Differenzen um die zu entwickelnde Politik und die damit verbundenen Bündnisfragen geht.

Der folgende Beitrag versteht sich nicht als Kommentar zu sämtlichen, insbesondere auf der Mitgliederversammlung am 17./18. März diskutierten Streitpunkten. Ebensowenig beabsichtigt und vermag er die extreme Schärfe, mit der Streit der hier geführt wird, zu erklären; eine Schärfe, die an bestimmten Punkten sogar zu Brüchen zu führen droht.

Um die Orientierung der Demonstration gegen Wiedervereinigung am 12.5. in Frankfurt und eine damit einhergehende Bündnispolitik gibt es Meinungsunterschiede im KB, die im Moment unüberbrückbar erscheinen. Während die Minderheit, die über die Radikale Linke maßgeblich das Aktionsprojekt angeschoben hat, für die Teilnahme am Bündnis als Essential eine strikte und uneinschränkbare Aussage gegen Wiedervereinigung verlangt, geht die derzeitige Mehrheit davon aus, daß in Anbetracht der faktisch beschlossenen Wiedervereinigung ein politischer Kampf gegen den realen Vereinigungsprozeß und seine Folgen zu organisieren ist, und zwar innerhalb der BRD- und DDR-Bevölkerung. Diese Position geht davon aus, daß es ein fortschrittliches Potential gibt, das gegen die Großmachtpolitik ansprech- und mobilisierbar ist, auch wenn es sich teilweise zum "ob" der Wiedervereinigung widersprüchlich bzw. uneindeutig verhält. Die Mehrheit hätte es für richtig gehalten, eine Demonstration gegen den "Anschluß" der DDR, gegen die Ausdehnung des NATO-Gebietes, für die Entmilitarisierung beider deutscher Staaten und eine verbindliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu organisieren und diese Forderungen in den Mittelpunkt zu stellen. Im Rahmen dieser Stoßrichtung würde der KB selbstverständlich für die Zweistaatlichkeit und den Erhalt der DDR eintreten.

Die Mehrheit hält es für einen sektiererischen Fehler, diesen Kampf ausschließlich auf die radikale Linke zu orientieren, wozu das strikte Essential als Bündnisteilnahmebedingung zwangsläufig führt. Die Minderheit betrachtet diese Position wiederum als opportunistisches Eingehen auf die Wiedervereinigung, als ein Sich-Abfinden mit der Wiedervereinigung, was eine "Mitgestaltung" des neuen (alten) Deutschlands im Stil der grünen Realos zur Folge habe. VertreterInnen der Mehrheitsposition gingen den Weg der sanften Wiedervereinigung.

Die Krise der radikalen Linken hat in der Vergangenheit zu verschiedenen Überlegungen geführt, eine gemeinsame Debatte und hieran anknüpfende Interventionsfähigkeit zu organisieren. Ein solcher Versuch sollte auch das Projekt Radikale Linke sein.

Der Ansatz dieses Projektes hat jedoch von Anfang an unter einer Orientierung gelitten, die sich ausschließlich die Sammlung der restlichen radikalen Linken zum Ziel setzte:

- Die Erklärung zum Hungerstreik richtete sich inhaltlich eher an ein autonomes Meinungsspektrum, sie war nicht geeignet, das Bündnis zur Unterstützung der Gefangenen zu verbreitern. Entsprechende Bemühungen wurden auch nicht unternommen.

- Die Debatte um die sog. Plattform, den Grundlagentext von Trampert und Ebermann, in dessen Mittelpunkt die Kritik an "rosa-grüner Besoffenheit" und die Auseinandersetzung mit der prognostizierten rosa-grünen BRD-Entwicklung stand, war im wesentlichen bestimmt durch die Linksgrünen und ihren politischen

Werdegang. Thomas Ebermanns Aufforderung, keine Scheu vor Sektierertum zu haben, kennzeichnete schon damals - also noch vor der Entwicklung in der DDR - den Versuch, sich mit dem Projekt Radikale Linke auf die Bündelung eines (notwendig) kleinen radikalen Spektrums beschränken zu wollen.

- Als die Plattform mit ihrer Konzentration auf die Kritik an rosa-grünen Modernisierungskonzepten durch die aktuelle Entwicklung vom Tisch gefegt wurde, trat an deren Stelle das Bemühen, die Radikale Linke auf die "antinationalistische" bzw. "antideutsche" Linie einzuschwören, wie sie u.a. auch von der Minderheit im KB vertreten wird. Der Politikansatz, der im Rahmen der Demonstrationsvorbereitung zum Tragen kommt, wurde bereits beschrieben. Auch hier kommt das Postulat von der "Kraft der Negation" der pessimistischen Stimmung innerhalb der Linken entgegen.

Um beim Beispiel der Politik gegen den "Anschluß" der DDR zu bleiben: Der Ansatz, der von der Radikalen Linken wie auch der Minderheit im KB vertreten wird, geht am Anspruch und den Aufgaben einer revolutionären Organisation vorbei. Solche gesellschaftlichen Umbruchsituationen, wie sie in den letzten Monaten in der DDR vonstatten gehen, bieten Ansatzpunkte für linke Politik. Wenn das nicht zur Kenntnis genommen wird, dann fragt sich, auf welche Zeiten (abgesehen von revolutionären) gewartet werden soll.

Das Zusammentreffen der beiden deutschen Gesellschaften und der Versuch der BRD, ihr gesellschaftliches System der Bevölkerung der DDR "zugute" kommen zu lassen, wird zwangsläufig gesellschaftliche Widersprüche hervorrufen. Die Seite, die sich gegen die Annexionspolitik wendet, ist zwar nicht per se fortschrittlich, muß aber durch linke Politik beeinflußt und so weit wie möglich gewonnen werden. Den gesamten Kampf auf die Frage des deutschen Nationalismus zu reduzieren und alle Kräfte im Hinblick auf politische Zusammenarbeit nur danach zu beurteilen, ob sie prinzipielle Gegner der Wiedervereinigung sind, isoliert die Linke von jeder gesellschaftlichen Basis.

Dabei besteht die Differenz zwischen "Mehrheit" und "Minderheit" im KB nicht in der Frage, ob wir gegen Wiedervereinigung sind, sondern heute vor allem darin, ob die in der DDR-Gesellschaft angelegten Widersprüche für einen Kampf gegen die BRD-Vorherrschaft nutzbar gemacht werden sollen, inwiefern sie für linke Politik tauglich sind oder aber ob die DDR-Bevölkerung wegen ihrer Hinwendung zur BRD insgesamt als deutschnational abgetan wird.

Darüber hinaus wird mit dem Wiedervereinigungsprozeß die Organisationsfrage für die Linke neu aufgeworfen. Mit der PDS wird eine Organisation auftreten, die mindestens in der DDR über eine beachtliche gesellschaftliche Basis verfügt. Dies hat bereits und wird zunehmend eine Ausstrahlung auf die Linke in der BRD haben. Wie sich diese Organisation entwickeln wird, ob sie Teil eines gemeinsamen sozialistischen Projekts werden kann, ist noch nicht entschieden, hängt aber auch vom Eingehen der westdeutschen Sozialisten auf diese linken Umgruppierungen ab. Dies gilt ebenso für alle weiteren linken Ansätze in der DDR sowie für die innerhalb der PDS sich formierenden Strömungen und Plattformen. Eine Radikale Linke hätte genau diese Tatsachen mitzureflektieren, anstatt sich allein auf die Sammlung der westdeutschen radikalen Linken zu konzentrieren.

Und nicht zuletzt wird mit diesem Umgruppierungsprozeß auch die Frage der Orientierung eines Teils der Linken auf die ökologische Bewegung in Form der Grünen Partei neu in Frage gestellt. Wenn heute die Linke in den Grünen (demagogisch) angegriffen wird, weil sie das Bündnis mit der PDS suche, dann spiegelt dies durchaus die Befürchtung wider, es könnte eine Kraft entstehen, die das Primat der sozialen Frage statt des Primats der Ökologie neu und mit für die politische Entwicklung relevanten Kräften auf die Tagesordnung setzt.

Wenn auch noch nicht ausformuliert in den bisherigen Diskussionen, werden sich die Entscheidungen innerhalb des KB auf die oben skizzierten Probleme zuspitzen. Dabei ist nicht einmal sicher, ob und in welcher Zusammensetzung die derzeitigen Fraktionen bestehen bleiben. Die jetzt entstandene "antinationale Front", die (noch) die Probleme der DDR- Gesellschaft weitgehend ignoriert oder als der nationalen Frage untergeordnet abtut, die DDR-Bevölkerung als willfähriges Subjekt der Ausweitung des deutschen Nationalismus sieht, kann diese Position im voranschreitenden Wiedervereinigungsprozeß kaum halten - sofern sie nicht freiwillig die Isolation von jeder gesellschaftlichen Basis und die Aufgabe einer hierauf bezogenen kommunistischen Politik hinnehmen will.

he., A., as, kt.

35. Kein Volk, Kein Reich, Kein Führer Thesen gegen deutschen Nationalismus

Rubrik: Wiedervereinigung; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:09

Vorweg: Wir wollen mit den folgenden Thesen nicht eine für den Gesamt-KB verbindliche neue programmatische Plattform, sondern ein Diskussionspapier verabschiedet sehen, das unseren jetzigen, notwendigerweise vorläufigen Standpunkt zum deutschen Neo-Nationalismus umreißt - nicht mehr, und nicht weniger. Wir sind der Meinung, der KB sollte in dieser Frage gerade jetzt Flagge zeigen und politisch intervenieren. Unabhängig vom Leitantrag von he. wollen wir deshalb unseren Thesenentwurf zur Diskussion, dann aber auch zur Abstimmung stellen. Intervenieren und diskutieren begreifen wir als Einheit: Die heute fällige Positionsbestimmung ist neuer Anstoß zur Diskussion, die hoffentlich eine spätere, verbesserte Intervention vorzubereiten hilft.

Das Papier ist eine überarbeitete Version der im letzten Organisationsbulletin veröffentlichten Stellungnahme von cl; jw; (KB Westberlin): "Für eine antipatriotische Politik - Vorschlag für eine Plattform des KB". Die Grundlinien der Kontroverse sind AK-Lesern seit längerem bekannt. Daß wir die Überarbeitung erst heute vorlegen können, war dennoch keineswegs beabsichtigt und tut uns leid.

Mit der deutschen Wiedervereinigung verbinden die einen glänzende Geschäfte, die anderen den Ausweg aus einer Mangelwirtschaft; die einen sehen sich als Reichsgründer, die anderen als Vorkämpfer der Freiheit; die einen wollen kaufen und verkaufen, die anderen reisen und sich amüsieren; die einen fühlen sich als Herren Europas, die anderen beanspruchen den Egoismus, der heute als gesundes Leistungsdenken gilt.

Die Überlebenden der Konzentrationslager und die Nachkommen der Menschen, die in ihnen ermordet wurden, die Völker, die Deutschland im Zweiten Weltkrieg überfallen hat, denken an Hitler. Auch wenn sie nicht oder nur verhalten darüber sprechen. Ihren Standpunkt wollen wir unterstützen. Solange man die Hoffnung auf Fortschritt nicht aufgegeben hat, kann man keine andere Wahl treffen.

Die bundesdeutsche Politik, die die Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs beansprucht und mit Hilfe ihrer Partner in der DDR zur deutsch-deutschen Politik gerät, hat eine geschichtliche "Stunde Null" ausgerufen. Das ist nur logisch, denn sonst verbietet sich der Jubel um das einig Vaterland, es verbietet sich das Fahnenschwenken am Brandenburger Tor, es verbietet sich der Aufruf an Menschen in Polen, der Sowjetunion, der CSSR, Ungarn und Rumänien, ja auch Dänemark, sich als deutsche Minderheit zu formieren, es verbietet sich die herrische Geste, mit der hiesige Politiker, Unternehmen und ihre Multiplikatoren die Welt in Freunde und Feinde Deutschlands einteilen. Die Erben der Nazi-Täter haben nicht darüber zu bestimmen, wann die Welt Auschwitz zu vergessen hat. Indem sie es trotzdem versuchen, beweisen sie: Im Westen nichts Neues. Indem sie eine Stunde Null beschwören, geben sie zu, daß sie sich der Tradition ihres Handelns bewußt sind.

Dies zu erkennen heißt nicht, daß eine Wiedervereinigung Faschismus bedeutet. Es heißt aber, daß immer noch und jetzt erst recht keine politische Organisation oder Richtung an der Frage vorbeikommt, welche Konsequenzen sie aus dem Faschismus zieht.

Eine deutsche Wiedervereinigung würde Europa mit einem ökonomischen Koloß konfrontieren, der das internationa- le Kräfteverhältnis deutlich verändert. Trotz allen Versprechen, die polnische Westgrenze nicht verändern zu wollen, aus der Krise der Sowjetunion keine Vorteile ziehen zu wollen, Abrüstungsmaßnahmen zu unterstützen und die deutsche Einheit in den europäischen Prozeß einzubetten, wäre eine Destabilisierung Europas die Folge. Das betrifft die Beziehungen zwischen den Staaten und häufig auch ihre jeweilige innenpolitische Situation. Was das erstere angeht, so sollte die Leninsche Imperialismustheorie genügend Ansätze bieten, um die Entwicklung zu analysieren. Eine ihrer Grunderkenntnisse ist, daß die ökonomische Gesetzmäßigkeit des Imperialismus politische und militärische Aggressivität produziert.

Innenpolitisch sehen wir nahezu überall ein gefährliches Anwachsen nationalistischer Tendenzen. Es ist falsch, diese Aussage nur für die im Umbruch befindlichen Länder des RGW zu treffen. Sie gilt auch für Westeuropa, und - angesichts der realen Aussicht auf eine Wiedervereinigung - besonders für die beiden deutschen Staaten. Die Linke tut sich schwer mit diesem Phänomen, weil der Nationalismus in den Massen

Anklang findet. Besonders schwer ist es einzusehen, warum nach vierzig Jahren SED-Regierungen auf Straßen und Plätzen der DDR schwarz-rot-goldene Fahnen wehen. Vom aufklärerischen und humanistischen Standpunkt ist es am schwersten einzusehen, wie sich der Nationalismus trotz der Verheerungen des Nationalsozialismus wieder ausbreitet. Wenn es stimmt, daß die Geschichte nichts ändert, wenn es nicht von den Menschen verändert wird, dann ist eine worst case-Analyse des neu-alten Nationalismus notwendig.

Der besondere Charakter des deutschen Nationalismus

In den meisten bürgerlichen Staaten leitet sich der Nationalismus nicht so sehr von überheblichem Nationalstolz gegenüber den Nachbarländern her, sondern ganz vorwiegend aus dem Stolz über einen revolutionären Umsturz, der zwar nicht das Reich der Freiheit sondern das der bürgerlichen Konkurrenz eröffnet hat, aber zurecht als Befreiung von der totalen Unmündigkeit der feudalen Epoche verstanden wird. Der Nationalismus der bürgerlichen Revolutionen in England und Frankreich hatte den Kampf um die universellen Menschenrechte auf seine Fahnen geschrieben und war insofern eine Ideologie der Befreiung.

Anders der Verlauf in Deutschland. Erst mit der französischen Besatzungszeit unter Napoleon und dem Aufbruch der sogenannten Befreiungskriege fand der deutsche Nationalismus 1812/13 zu sich selbst. Hervorstechendes Merkmal war der Schulterschluß von Bürgertum und Feudalklasse um der nationalen Befreiung willen. Die Vorzüge der französischen Besatzung, die immerhin außer Soldaten auch die bürgerlichen Freiheiten ins Land brachte (Bauernbefreiung, bürgerliches Recht, juristische Gleichstellung der Juden), wurden fast vollständig geleugnet. Stattdessen wurde das gesamte aufklärerische, materialistische Denken als egoistischer Krämergeist diskreditiert, dem es an "Tiefe" und "Gemüt" mangele und der das "Wesentliche" nicht erfassen könne.

Nationale Befreiung hieß fortan: Wiederherstellung des einzigartigen deutschen Volkscharakters, den man von verderblichen Fremdeinflüssen, seien es nun fremde Truppen, fremdes Denken oder "Fremdstämmige" befreien, das heißt säubern müsse. Beim Schürfen nach dem "deutschen Wesen" wurde in begriffsloser Schwärmerei an den "blonden Recken" des Mittelalters angeknüpft, deren Schöpfertum, Genialität, unverbildete Natürlichkeit und übermenschliche Kraft man schließlich auch dem deutschen Volk als Natur- und Wesenseigenschaften andichtete. Mit dieser wabernden Irrationalität des Volksbegriff wurden Rassenideologie und Antisemitismus der Weg bereitet und die Frontstellung gegen oberflächlichen und zersetzenden Intellektualismus und demokratische Gleichmacherei eröffnet.

Mit der Machtergreifung Hitlers eskalierte der deutsch-völkische Nationalismus zur herrschenden Teutomanie. Ausgrenzen bedeutete bald nicht mehr verbalisierte, denunziatorische Hetze, eingeschränkte Rechtslage und Pogrom, sondern die endgültige Lösung des nicht zu vereinbarenden Verhältnisses zwischen Deutschen und den prädestinierten Feinden. Die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft umgehend, fixierte sich der Antisemitismus auf eine fiktive Herrschaft von Juden, die im Hintergrund an allen Fäden der Macht zögen: fremdes Kapital und Bolschewisten. Für anonyme, unpersönliche Mächte wurden Juden persönlich bestraft. Konnten die Nazis an der Arisierung und Vertreibung von Juden noch verdienen, so entzog sich die "Endlösung" der ökonomischen Zweckrationalität. Die Vernichtung sollte nicht wegen, sondern unabhängig von Profiten vollzogen werden. An Stelle des Selbsterhalts durch Arbeit wurde in den Konzentrationslagern der Tod durch Arbeit gesetzt. Der vorher unbekannte Vernichtungsantisemitismus entmenschlichte seine Opfer, bevor sie als unnütze Menschenmasse ausgelöscht wurden. Das "deutsche Wesen" konnte sich nur über diese gänzliche Negation jüdischen Lebens selbstverwirklichen. Das Deutsch-sein als Ausschlußbegriff bekam in Auschwitz seine vollendete Ausprägung: nicht-jüdisch, nicht-behindert, nicht-kommunistisch usw.

Die Massenverbrechen des deutschen Faschismus waren auch Verbrechen von Massen. In bestimmten historischen Situationen gelingt es den Herrschenden in Deutschland immer wieder eine Klassengesellschaft zum einig Volk zusammenzuschweißen. Die im Nationalsozialismus mit brutaler Konsequenz vollzogene sozialpolitische Eingemeindung der Arbeiterklasse in den Staat (via Deutsche Arbeitsfront, "Kraft durch Freude" etc.) spekulierte auf das unmittelbar Bedürfnis der Arbeiterschaft, sozial anerkannt, nicht mehr "ganz unten" zu sein, sondern Mitglied einer großen Gemeinschaft, eines auserwählten Herrenvolks und einer überlegenen Rasse. Weil es sich bei diesem Phänomen um ein Phänomen auch in der Arbeiterklasse handelte, fiel es Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Republik erkennbar schwer, dieses Denken als reaktionär zu identifizieren und entsprechend zu bekämpfen. In diesen Kontext gehört die verhängnisvolle Unterschätzung des Antisemitismus als irregeleiteter, aber korrigierbarer Antikapitalismus.

Auch nach 1945 hat die Linke wiederholt erfahren müssen, daß hierzulande ein überbordender Hang über die Klassengrenzen hinweg besteht, mitzumachen, dabeizusein, sich einzureihen, wenn es darum geht, den Volksfeind aufzuspüren, um die bedrohte Nation zu retten. Anders als zum Verkauf der Arbeitskraft und zur Einhaltung der Gesetze wird keiner dazu gezwungen, sich mit geschwellter Brust zum Deutsch-sein zu bekennen. Solange die hiesige Bevölkerung nicht praktisch unter Beweis stellt, daß sie sich menschlich und nicht deutsch verhält, ist es legitim, in polemischer Absicht von "den" Deutschen zu sprechen. Weil die Begeisterung für die Nation hierzulande besonders leicht auch die letzten Rudimente an Klassenbewußtsein zu erschlagen vermag, muß die BRD-Linke den Haß auf das eigene Vaterland schüren und es bekämpfen.

Das nationale Selbstbestimmungsrecht

Der deutsche Nationalismus ist durch die NS-Erfahrung hindurchgegangen, dessen Greueltaten haften ihm notwendig an. Fünfzig vergangene Jahre können nicht darüber hinwegtäuschen, in welcher Tradition das deutsche, nationale Selbstbestimmungsrecht steht. Es entbehrt jedes progressiven Ansatzes und ist folglich abzulehnen. Heute wird das Recht auf Selbstbestimmung mit dem Wiedervereinigungsgebot gleichgesetzt. Gemeint ist der Anspruch auf das Erbe des Deutschen Reiches, das nach offizieller Lehre nicht untergegangen ist. In der BRD und DDR hat sich inzwischen eine Mehrheit für die deutsche Einheit formiert. Dies produziert eine demokratische Legitimation für ein undemokratisches Programm.

Wenn wir den Charakter dieses Programms darin sehen, eine völkische Zusammengehörigkeit zu behaupten, die auf Blutsbanden beruht, können wir eine Legitimation durch Abstimmungsmehrheiten nicht hinnehmen. Die nationale Selbstbestimmung spiegelt nun keinesfalls eine individuelle Bestimmung der sich auflehnenden Unterjochten wieder, sondern die Bestimmung einer verblendeten Untertanengemeinschaft, die sich durch den Bezug zum Deutschtum, dem kleinen Aufstieg zur besseren Menschenelite erhofft. Solange dieser Schein wahrt ist der Unterschied zwischen Einzelinteressen nicht zu benennen, denn das Individuum ordnet sich der Gruppe gewillt unter. Die Gruppe wiederum grenzt sich nach außen hin ab und bestimmt, wer zu den völkischen Privilegierten gehören darf. Das In-eins-setzen von Oben und Unten ist damit ideologisch gelungen.

Die herrschende Begriffsverwirrung über Selbstbestimmungsrechte von Völkern ist kein Zufall, sondern Produkt der Ende der 70er Jahre eingeleiteten Abkehr von konsequent antiimperialistischen und internationalistischen Positionen. Ein "neues Denken" in Volksstämmen und bedrohten nationalen Identitäten, ein typisches Zerfallsprodukt der revolutionären Linken greift seither um sich. Das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes wurde früher ausschließlich im Falle anti-kolonialer Befreiungskämpfe oder bei klassenübergreifenden Bündnissen der überwiegenden Mehrheit eines Volkes gegen eine terroristisch regierende Minderheit für berechtigt und unterstützenswert befunden. Diese politische Auffassung von Selbstbestimmung wird zunehmend durch eine völkische abgelöst.

Der deutsche Imperialismus auf dem Weg zur völkischen Selbstbestimmung

Besonders im linksliberalen Spektrum wird der Eindruck erweckt, als beziehe sich das eingeforderte Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation ausschließlich auf den Anschluß der DDR an die BRD. Die Territorialansprüche der BRD, so wird gehofft, seien dann ein für allemal erfüllt und der Überdruck aus der nationalen Frage herausgelassen. Es steht aber zu befürchten, daß der Anschluß der DDR zu einer Forcierung von Gebietsansprüchen an osteuropäische Staaten führt. Denn die Vereinigung beider deutscher Staaten war bis jetzt nicht mehr als die vordringliche territoriale Aufgabe auf dem Weg zur Wiederherstellung der deutschen Nation. Allein das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, das keineswegs ernsthaft in Frage gestellt wird, formuliert mit seinem Anspruch auf die Wiederherstellung des deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 weitgehende Territorialforderungen an Polen und die Sowjetunion. Selbst dieser Anspruch ist noch nicht das Ende der Wünsche, denn die deutsche Nation wird von ihren Propagandisten nicht in erster Linie territorial gedacht, sondern völkisch. Seit der einschlägigen Gesetzgebung des deutschen Faschismus sind nicht mehr nur diejenigen Deutsche, die innerhalb der Staatsgrenzen leben, sondern jeder, der aufgrund seiner Rasse, Sprache und seines "aktiven Bekenntnisses zum Deutschtum" als Volksgenosse ausgemacht wird. Dieses im Faschismus rechtlich verankerte Konstrukt der Volkszugehörigkeit im Gegensatz zur Staatsangehörigkeit, das auch in der BRD geltendes Recht ist, war Voraussetzung für die Geltendmachung von Gebietsansprüchen gegenüber anderen Staaten, auf deren Territorium "Volksdeutsche" ausgemacht worden waren. Die kürzlich dem polnischen Staat seitens der BRD abgetrotzte vertragliche Anerkennung einer deutschen Minderheit, die die entsprechende Förderung des Deutschtums auf polnischem Gebiet nach sich zieht, mag auf diesem

Hintergrund erst ein Einstieg gewesen sein: Rumänien und der CSSR könnte bald ähnliches widerfahren (Banater Schwaben, Siebenbürgener Sachsen ...). Die Weigerung der BRD-Regierung, das Münchner Abkommen von 1938, das den Anschluß von Teilen der Tschechoslowakai an Deutschland beinhaltete, für null und nichtig zu erklären, gibt zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß. Allein vor diesem Hintergrund wird die lockere Akzeptanz eines Rechts der Deutschen auf Selbstbestimmung restlos unverständlich.

Durch die Teilung Deutschlands, die auch als Antwort auf den deutschen Faschismus zu verstehen ist, wurde der deutschen Nation dieses Recht auf Selbstbestimmung faktisch aberkannt. Diese Teilung, der ein grundsätzliches Mißtrauen der Allierten gegenüber dem deutschen Imperialismus zugrunde lag, wurde in der BRD auch stets als Strafe empfunden. Die Wiedervereinigung, wie immer sie sich vollzieht, ob rein auf Staatsebene oder per Volksabstimmung, würde demnach von der übergroßen Mehrheit im In- und Ausland als vollständige Rehabilitierung des deutschen Imperialismus verstanden werden. Damit wären auch alle Selbstbeschränkungen um das Offenhalten der deutschen Frage willen (etwa der Verzicht auf den nuklearen Status) für den deutschen Imperialismus in Zukunft überflüssig.

Über die Unberechenbarkeit des BRD-Imperialismus

Die Vereinfachung der nationalen Welle auf eine Medienkampagne entspricht der Verharmlosung des (west)deutschen Imperialismus als einem "normalen". Beides ist nur um den Preis der Ausblendung wichtiger Fakten zu haben: Dieser Staat ist nicht nur in seiner außenpolitischen Zielsetzung - offene Gebietsansprüche - einzigartig in der westlichen Welt, sondern auch in seiner inneren Verfaßtheit.

Die aggressive Rechte war immer Teil des politischen Establishments und versuchte über die Jahrzehnte, eine Verschärfung des innenpolitischen und außenpolitischen Kurses der BRD durchzusetzen. Hierfür stand exemplarisch die Person des Franz Josef Strauß.

Seit einigen Jahren häufen sich Vorstöße, das Meinungsklima in der BRD offen nationalistisch zu gestalten und so "aus dem Schatten Hitlers herauszutreten" (Dregger): die Ehrung der SS-Gräber in Bitburg, der Historikerstreit, die Vergleiche von Gorbatschow mit Goebbels (Kohl) und die Abrechnung von Auschwitz auf den Pazifismus (Geißler) markieren nur die spektakulären Höhepunkte dieser Offensive. Sie hat nicht nur dazu geführt, daß der Rechtsradikalismus in der Union gestärkt wurde und sich die "Republikaner" etablieren konnten. Viel dramatischer ist, daß die Stichworte aus diesem Lager heute die Diskussion im Gesamtbereich der bürgerlichen Politik dominieren. Der Verfall liberaler Gegenkräfte wird symbolisiert durch das antisemitische Coming out von Augstein, die Wiedervereinigungskampagne von Willy Brandt oder den Farbenwechsel der Grünen auf schwarz-rot-gold.

Mit der Wiedervereinigung und dem Hochschaukeln des Nationalismus geht es den Mächtigen in diesem Staat um eine generelle Neuordnung der innerimperialistischen Hierarchie, in der die BRD ganz nach oben will. Schon seit Jahrzehnten wächst der ökonomische Einfluß des BRD-Imperialismus, gemessen an den Kennziffern des Waren- und Kapitalexports. Nur entsprach dieser ökonomischen Rolle kein politisches oder politisch-militärisches Gewicht: "Ökonomisch ein Riese, politisch ein Zwerg", sagte Strauß Mitte der 60er Jahre, und auch heute noch konstatieren die Herrschenden ein solches Mißverhältnis.

Das entscheidende Hindernis, warum die BRD bislang ihre ökonomische Macht nicht voll in politische Macht übersetzen konnte, sind die Restriktionen für den BRD-Imperialismus infolge seiner faschistischen Herkunft. Daraus resultieren nicht nur seine Beschränkung im militärischen Bereich (A-Waffen-Verbot), sondern auch politisch-psychologische Vorbehalte in den Nachbarvölkern und auch im fortschrittlichen Teil der hiesigen Bevölkerung. Wenn die BRD in den letzten Jahrzehnten eine Interventionspolitik vergleichbar derjenigen der USA, Englands und Frankreichs gemacht hätte, wäre ein Aufschrei der Empörung um die Welt gegangen bis hin zur Erwägung von Gegenmaßnahmen.

Der Nationalismus ist jetzt das Zaubermittel, um diese Barrieren für den BRD-Imperialismus zum Einsturz zu bringen. "Der Fahrkartenschalter nach Canossa ist geschlossen", gibt Schönhuber vor, und Brandt zieht nach mit dem Satz, man könne ein Volk nicht auf Dauer für den Holocaust durch Teilung büßen lassen. Was die Historikerdebatte, Bitburg, Jenninger usw. eingeleitet haben, soll jetzt durch die Wiedervereinigung besiegelt werden: Der Schlußpunkt unter die Nachkriegsgeschichte, unter das Andenken an die deutsche Schuld und die deutschen Verbrechen und die daraus resultierenden Restriktionen gegenüber "Deutschland" im internationalen Recht und in der politischen Psychologie der Völker.

Wer A sagt, wird auch B sagen: Wenn die "deutsche Schuld" getilgt sein soll und man den Deutschen also die "Einheit der Nation" zugesteht, wer wollte ihnen dann noch die Atombombe, die Streichung des Asylrechts aus der Verfassung, die Beteiligung an Militärinterventionen untersagen? Wenn der deutsche Imperialismus sich endlich so "normal" benehmen darf wie alle anderen Imperialismen, wird all das fallen, was bisher seine besondere Aggressivität gefesselt hat - nach Innen und Außen!

Innerhalb weniger Wochen hat die BRD in einer Strategie des "Blitzkrieges" (Prawda) die DDR zur Kapitulation gezwungen: Durch Druck auf Ungarn, ökonomische Subversion und politische Infiltration wurde erreicht, daß der ökonomisch gesündeste Staat im RGW nicht einmal auf dem Niveau von Ungarn oder Polen souverän bleiben konnte. Die nächsten Monate sollen die Vergrößerung der NATO auf Kosten des Warschauer Paktes und eine drastische Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West, aber auch innerhalb des Westens selber bringen. Die Nationalismen, die im Gefolge der RGW-Krise überall aufflackern, werden vom deutschen Nationalismus beantwortet und weiter angeblasen. In den Krisen und Konflikten, die in diesem Prozeß zwangsläufig entstehen, liegt der Schlüssel zur Eskalation und Deeskalation bei der dann mit Abstand ökonomisch, politisch und militärisch stärksten Macht: dem neuen Deutschen Reich.

Fehlt ein Führer; er ließe sich finden, wenn er denn wirklich gebraucht würde. Auch ohne diese Konsequenz des faschistischen Staates, die heute nicht erkennbar ist, erfordert die Ablehnung eines vierten Reichs die Distanzierung vom Volksbegriff und jeder nationalen Politik in diesem Land, das nicht unseres ist. Aber auch in der DDR, die ebensowenig unsere DDR ist.

Unterzeichnet von 5 Frankfurter, 5 Westberlin, 3Stuttgarter, 2 Bremer GenossInnen und je einem Genossen aus Hamburg und Radolfzell

36. Bundesweite Demo gegen Wiedervereinigung Nie wieder Deutschland!

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:48

Nachdem sich die Linke lange Zeit schwergetan hat, gegen die Welle nationaler Wiedervereinigungseuphorie, die seit dem 9. November letzten Jahres das Land überrollt, Position zu beziehen, formiert sich langsam, aber verstärkt der Protest. Bereits um den 30. Januar hatte es, anläßlich des 57. Jahrestags der Machtübergabe an den Faschismus, in verschiedenen Städten Demonstrationen gegen Wiedervereinigung, Faschismus und ein Viertes Reich gegeben. Vor der DDR- Wahl am 18. März fanden Demonstrationen in Göttingen und in Westberlin statt. Für den 12. Mai mobilisiert jetzt ein breites Bündnis zur ersten bundesweiten Demonstration gegen die Wiedervereinigung nach Frankfurt/Main.

Auf einem Treffen am 16. März in Bonn wurde von verschiedenen linken, antifaschistischen, feministischen und linksgrünen Personen und Organisationen ein gemeinsamer Aufruf "Nie wieder Deutschland - Demonstration gegen deutschen Nationalismus, die Kolonisierung Osteuropas und die Annexion der DDR" verabschiedet.

Gegen den Trend zur Anpassung und entgegen den vermeintlichen Chancen gestalterischer Einflußnahme, die mit der Propagierung des Anschlusses nach Artikel 146 noch suggeriert werden, formuliert der Aufruf einen prinzipiellen Widerspruch: "Wir lehnen alle Wiedervereinigungspläne - in welcher Form auch immer - ab. Wir befürworten die Öffnung der Grenzen, aber nicht ihre Revision", heißt es dort. "Beschwichtigungen, ein Viertes Reich sei nicht geplant, sind wirklichkeitsfern, werden ‚Reiche` heute doch weniger durch Einsatz von Armeen als durch Kontrolle des Weltmarkts gebaut. Ein ökonomischer und politischer Koloß in der Mitte Europas, der sich auf seine Identität mit dem deutschen Nationalstaat zwischen 1871 und 1945 beruft, ist ein Viertes Reich." Die "Selbstbestimmung der Deutschen" müsse als Kampfparole zur Annexion der DDR zurückgewiesen werden: "Nationale Selbstbestimmung kann nur eine Waffe der kolonisierten und in Abhängigkeit gehaltenen Völker gegen ihre Unterdrücker sein. Weder die BRD noch die DDR sind kolonisierte Länder. Ein durch Selbstbestimmung der Deutschen zu realisierendes Recht auf Vorherrschaft, ein Recht auf Imperialismus, kann es nicht geben, selbst wenn sich Mehrheiten in Umfragen für eine deutsche Einheit aussprechen. (...) Ein vereinigtes Deutschland wird die ökonomische Hegemonie über West- und Osteuropa besitzen und die politische Führung behaupten. Imperialistischer Größen- und Eroberungswahn und eine auch militärische Dynamik könnten die Folge sein. Außen- und innenpolitisch will der Nationalismus aus dem Schatten Hitlers heraustreten und die ‚Gnade der späten Geburt` zur neuen Doktrin erheben. Bisher geriet es noch jedesmal zum Skandal, wenn die Rechten und Rechtsradikalen - in der Historikerdebatte 1986 oder bei der Ehrung von SS-Gräbern in Bitburg 1985 - versuchten, Auschwitz zu relativieren und vergessen zu machen. Heute droht die Schlußstrichmentalität zum neuen nationalen Konsens zu werden. (...) Der Blick auf die Vergangenheit verrät die Pläne für die Zukunft. Deshalb lehnen wir ein wiederentstehendes Deutschland ab. Wir werden uns weiterhin für die Zweistaatlichkeit von BRD und DDR einsetzen und für ein friedliches, emanzipatorisches und solidarisches Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen kämpfen."

Dieser Aufruf wird bisher unterstützt von verschiedenen örtlichen Antifa-Gruppen, der "atom" (Redaktion Lüneburg), dem Bund Westdeutscher KommunistInnen (BWK), den Jungdemokraten, dem Kommunistischen Bund (KB), der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP), der Volksfront, einer Reihe linker Buchläden und Einzelpersonen aus den Grünen, der Alternativen Liste (AL) und den Gewerkschaften. Die Frist für die Erstunterzeichnung läuft noch bis zum 5. April. Anlaufadressen für Unterschriften sind das Büro Siggi Friess (0228-163538) und das Büro Tay Eich (0228-169146) in Bonn.

Neben den AufruferInnen wird die Demo von einer ganzen Reihe weiterer Gruppen und Organisationen unterstützt, die zum Teil mit eigenen Aufrufen nach Frankfurt/Main mobilisieren. Bisher haben sich entsprechend erklärt: die DKP, DKP-Erneuerer (Sozialistisches Forum Hamburg), Friedenskoordination Hamburg, GAL Hamburg und verschiedene Bundesarbeitsgemeinschaften der Grünen. Mit einem eigenen Aufruf "Jugendlicher aus Ost und West" mobilisieren auch die SDAJ und die Jugend der PDS.

Eine Initiative Hamburger GewerkschafterInnen hat einen Aufruf "GewerkschafterInnen gegen Nationalismus und Annexion der DDR" herausgegeben, der ebenfalls zur Teilnahme an der Frankfurter Demonstration

auffordert. "Aufkommender Nationalismus hat für GewerkschafterInnen, Frauen, AusländerInnen und Minderheiten wie Schwule/Lesben, Behinderte oder Linke immer ein Einschränken ihrer Rechte, eine massive Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen sowie verschärfte Repression bedeutet", heißt es dort. "Beide Phasen des Anwachsens reaktionärer und nationalistischer Stimmungen und Strömungen in diesem Jahrhundert, die zwei verheerende Kriege zur Folge hatten, gingen einher mit ‚Sonderopfern für höhere Ziele`, Streichungen von Sozialleistungen, zunehmendem Zwang zur Arbeit, Aushöhlung des Tarif-, Koalitions- und Streikrechts, Unterdrückung von Gewerkschaften, neuer Mütterideologie, Fremdenhaß und zunehmender Repression. GewerkschafterInnen müssen jetzt ihre Stimme erheben gegen den sich ausbreitenden Nationalismus und die absehbaren Folgen aggressiver Großmachtpolitik." Auch für diesen Aufruf werden noch weitere UnterzeicherInnen gesucht. Die Anlaufadressen lauten hier: Andreas Bachmann (040-391578 oder 040-493431) und Peter Bremme, Detlev-Bremerstr. 52, 2 Hamburg 36.

Nach dem Vorbild der "clockwork 129a" (zum Strobl-Prozeß) ist eine Massenzeitung in Vorbereitung, die unter dem Titel "Nie wieder Deutschland" antinationalistische Positionen verbreiten will. In drei Ausgaben soll damit auch zur Demonstration am 12. Mai mobilisiert werden. Voraussichtliche Erscheinungsdaten sind der 8. April, der 25. April und 8. Mai. Die Herstellung soll in Hamburg laufen. Bestelladresse ist (bis auf weiteres): Oliver Tolmein c/o KONKRET, Osterstraße 124, 2 Hamburg 20. Jede Zeitung wird pro Exemplar 20 Pfennig kosten.

Am 11. April findet in Hamburg eine Veranstaltung christlicher Gruppen unter dem Titel "Deutschland - Nicht schon wieder! Christinnen und Christen widersprechen dem Nationalismus" statt (19.30 Uhr, Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9). VeranstalterInnen sind die Solidarische Kirche Nordelbien, Pax Christi Hamburg, Christinnen und Christen für den Sozialismus - Gruppe Hamburg und andere Christenmenschen aus Nordelbien. Im Veranstaltungsflugblatt heißt es: "Vor dem Hintergrund des deutschen Faschismus und aus der gegenwärtigen Situation heraus halten wir die Existenz zweier deutscher Staaten für sinnvoll und notwendig... Die Nachbarvölker in Ost- und Westeuropa, die abhängig gehaltenen Völker überall in der Welt, die ausländischen MitbürgerInnen, die Verfolgten des Nazi-Regimes und ihre Angehörigen und Nachfahren - sie haben allen Grund, sich vor einem neu-alten ‚Deutschland` zu fürchten und es zu bekämpfen. Auch wir lehnen das ‚Einig- Deutschland` und ‚Vaterland` ab ... Sonderzug nach Deutschland - wir steigen aus!"

Eine ganze Reihe weiterer Veranstaltungen gegen die Wiedervereinigung wird zum 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, stattfinden. Vorbereitungen sind bisher bekannt aus Köln, Bonn, Stuttgart, Mannheim und Hamburg.

Unter "P(d)s" wäre noch zu vermerken: Am 28. März 1990 druckte das "Neue Deutschland" unter der Rubrik "Zur Sache" einen Offenen Brief "An die eingeschüchterten Freunde deutscher Zwei-Staatlichkeit" von Dr. Dorothee Piermont, Prof. Dr. Georg Fülberth und Detlef zum Winkel ab.

Das nächste Bündnistreffen zur Demovorbereitung findet am Sonntag den 8. April in Frankfurt statt. Auf diesem Treffen stehen das Kundgebungskonzept und die praktisch-technische Vorbereitung der Demonstration an.

rh.

37. Was will die Minderheit?

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:50

Das wichtigste Ergebnis der MVV war die Herausbildung von zwei Strömungen in der Organisation, mit anderen Worten: Die inhaltliche und strukturelle Kritik ist keine Randerscheinung, kein Werk von Abtrünnigen oder Demoralisierten, sondern wird von einem Flügel des KB vorgebracht. Die Berechtigung dieser Kritik hat sich auf der MVV erneut drastisch gezeigt:

Inhaltlich hat die "Apparat-Fraktion" (die Hauptamtlichen und der andere, sie stützende KB-Flügel) einen "Leitantrag" vorgelegt (s. diese AK-Ausgabe), der ein Ausbalancieren der Widersprüche versucht und jedes Einerseits mit einem Andererseits verbindet. Der behutsame Umgang mit dem Nationalismus, sprich: seine Unterschätzung, hat sich noch am selben Wochenende angesichts der Ergebnisse der DDR-Wahl blamiert. Die Passagen zum "nationalen Selbstbestimmungsrecht" wurden schließlich vom Autor selbst als vage bezeichnet.

In den Strukturfragen bemühte sich die "Apparat-Fraktion" um einen Persilschein für ein "Weiter-wie-bisher" - und blitzte damit ab. Der Versuch einer pauschalen Vertrauenserklärung, verbunden mit der Zurückweisung der Kritik und der einseitigen Geißelung einer "Personifizierung" der Auseinandersetzung, als habe es so etwas im KB noch nie gegeben, stieß auch Nicht-Festgelegte vor den Kopf. Die beschlußmäßige Festschreibung dieser Sicht scheiterte, was blieb, war die Bestätigung der Angestellten bis zum nächsten Kongreß in 9 Monaten.

Damit ist im KB eine offene Situation eingetreten. Wir als "anti-deutscher" bzw. "internationalistischer" Flügel (oder wie immer er sich nennen wird) wollen in der Organisation und ihren Strukturen für unsere inhaltlichen und strukturellen Vorstellungen werben und sie auch im AK und in der praktischen Politik umzusetzen versuchen.

Über die Gründung einer Fraktion wird diskutiert. Dabei wollen wir eine Dynamik vermeiden, die die Probleme der radikalen Linken nur in der Logik innerorganisatorischer Auseinandersetzungen sieht. Wir werden uns nicht aus der Organisation herausdrängen lassen oder selbst gehen. Also: Was will die Minderheit? Mehrheit werden!

we. und jü.

38. "La cosa" - die historische Wende der KPI

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:04

Mit Zwei-Drittel-Mehrheit hat der 19. außerordentliche Kongreß der Kommunistischen Partei Italiens (KPI), der vom 7. bis zum 10. März in Bologna tagte, sich hinter den "neuen Kurs" von KPI-Sekretär Achille Occhetto gestellt. Occhettos "Antrag 1" will Kommunismus, Hammer, Sichel und rote Fahnen endgültig ausrangieren und die Partei in eine "neue politische Formation" der Linken überführen. Von dem einen Drittel der Delegierten, das sich gegen diesen Aufbruch ins Ungewisse aussprach, votierte die überwiegende Mehrheit (30%) für den "Mitte-Links"- Antrag 2 (Pietro Ingrao, Alessandro Natta u.a.). Antrag 3 des "konservativen Marxisten" Armando Cossuta erhielt 3% Zustimmung. Alle drei Strömungen sind entsprechend ihrer Stärke im neu gewählten Zentralkomitee vertreten.

Alfredo Chiappori, Karikaturist der Wochenzeitschrift "Panorama", hat nicht nur das Abstimmungsergebnis vorausgesehen. Sein Strichmännchen-Occhetto ist sich eine Woche vor dem Kongreß ganz sicher: "65 von 100 Genossen stehen hinter mir und folgen mir mit Enthusiasmus - Ich möchte wissen, wohin sie gehen ..."

Mit langanhaltendem Applaus und nicht wenigen Tränen der Rührung - nachdem die unterlegenen Pietro Ingrao und Alessandro Natta den Sieger Achille Occhetto demonstrativ umarmt hatten - ging der 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens zu Ende. Occhettos Abschlußrede war vor allem von dem Bemühen geprägt, die tiefen Gegensätze, die sich in der dreitägigen Debatte gezeigt hatten, mit einem Appell an den Willen zur Einheit zu verdecken.

Begonnen hatte dieser - in vielerlei Hinsicht - außerordentliche Kongreß mit der fast dreistündigen Vorstellung des Antrags 1 durch Occhetto selbst. Nicht wenige versprachen sich von dieser Rede eine Klärung der in den hitzigen Diskussionen der vergangenen Monate umstrittenen Frage nach einer konkreten Perspektive der "cosa - Sache" (so wird Occhettos "neue Formation" mittlerweile in der allgemeinen Verwirrung genannt). Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Auch eine tiefergehende Analyse sowohl der jüngsten Ereignisse in Osteuropa als auch der aktuellen inneritalienischen Probleme hatte der KPI-Sekretär nicht zu bieten. Occhetto, der die Entwicklung in Osteuropa uneingeschränkt begrüßt, sieht als wichtigste Punkte auf der internationalen Tagesordnung die Vereinigung Europas, Entmilitarisierung und die Reform der politischen und ökonomischen Systeme. Von einem vereinigten Europa ist für ihn der Weg zu einem "governo mondiale - Weltregierung" nicht mehr weit.

Aldo Tortorella, der den zweiten Antrag (Ingrao, Natta u.a.) vorstellte, warnte vor solchen Illusionen: "Eine Doktrin, die den Zusammenhang von Politik und Ökonomie, von Staat und Gesellschaft ignoriert, wird nichts lösen, sondern, so meine Befürchtung, die Krise der italienischen Linken noch verschärfen". Tatsächlich bleibt von den vielen schönen Projekten, angefangen bei der "Demokratisierung Europas" über die "Aufhebung der blockierten politischen Situation in Italien" bis zu einer "alternativen Regierung", nicht mehr viel übrig, wenn mensch sie mit den Kräfteverhältnissen im real existierenden kapitalistischen Europa konfrontiert. Aldo Tortorella äußerte denn auch sein Erstaunen über den naiven Glauben, "das politische System sei eine Sache für sich, in der total autonome Gesetze wirken." Nichts spreche dafür, daß "die Veränderung eines der in Frage kommenden Subjekte, in diesem Fall der KPI, die Veränderung des Ganzen bewirke". Noch deutlicher wurde Armando Cossuta: "Die schärfste Kritik, mit der ich mich an den Parteisekretär wenden will, ist die, mit vollen Händen im Parteikörper wie in der öffentlichen Meinung die Illusion verbreitet zu haben, daß mit diesem Vorschlag eine Aufhebung der politischen Situation möglich sei, die seit 40 Jahren von der Christdemokratie und ihren Verbündeten beherrscht wird; daß es möglich sei, einen Aufstieg der Linken als Ganzes zur Regierung des Landes einzuleiten ... Als wenn der Antikommunismus von unserem Namen und unserem Symbol abhängig wäre und nicht von dem Fakt, daß ein Block von sozialen, ökonomischen und politischen Kräften jede Perspektive der Veränderung, deren Träger wir waren und sind, von der Regierung fernhalten wollte und will".

Nur aus einer geschichtslosen Sicht der heutigen Verhältnisse ist es möglich, an eine Zusammenarbeit nicht nur mit Kräften der neuen sozialen Bewegungen, sondern mit den sogenannten "linken Katholiken", dem linken Flügel der DC, und - sicher nicht zuletzt - Craxis Sozialistischer Partei zu denken. Daß die SPI der eigentliche Adressat der wiederholten Angebote zur Zusammenarbeit ist, wurde spätestens auf diesem Kongreß klar. Zum erstenmal waren keine Pfiffe zu hören, als Craxis seine Grußworte an die Versammlung richtete. Mit Freude

wurden die - wenn auch sehr vagen - ersten Annäherungen aufgenommen. Craxi versicherte, "daß die SPI den Prozeß der Kritik und der Revision in der KPI aus der Nähe verfolgen wird, in der Hoffnung", daß man sich zu den "existenziellen Veränderungen" entschließen werde, "die wir von unserer Seite mehrere Male gefordert haben". Im Klartext: Die Bedingungen für eine mögliche Zusammenarbeit stellt die SPI.

Von Glühwürmchen und Laternen

Aller Aufbruchsrhetorik zum Trotz agiert die KPI-Mehrheitsfraktion aus der Defensive. Die Diskussion um die Namensänderung ist nicht erst im November 1989 entstanden, als Occhetto der Partei die Wahl überließ, entweder den Namen zu ändern oder auf ihn als Sekretär zu verzichten. Nicht die erdbebenähnlichen Ereignisse in Osteuropa waren Ausgangspunkt dieser Überlegungen. Vorangegangen waren massive Angriffe der Sozialisten auf die unbewältigte "stalinistische Vergangenheit" der KPI nach der Rehabilitierung Bucharins im Jahre 1988. Damals warf die SPI der KPI vor, sich nie vom "stalinistischen Erbe" ihres jahrzehntelangen Vorsitzenden Palmiro Togliatti losgesagt zu haben - eine widerliche und zugleich mit all ihren ideologischen Implikationen höchst absurde, aber wirkungsvolle Kampagne, der die KPI wenig bis gar nichts entgegensetzte. Diese Angriffe waren auch im Laufe des Jahres 1988 schon Anlaß für so mancheN in der Partei gewesen, die "Vergangenheit" und damit auch einen guten Teil der immer mehr in Vergessenheit geratenen radikalen Traditionen über Bord zu werfen.

Eine große Schwäche der KPI war und ist es, nicht mehr als Protagonist der eigenen Geschichte zu handeln. Wer definiert heute die politischen Begriffe? "Kommunismus" ist das, was in den Ländern Osteuropas das Volk auf die Straße und zum Sturz der eigenen Regierungen geführt hat. "Freiheit" und "Demokratie" ist das, was in Italien die KPI und in der BRD die SPD diesen Völkern anzubieten haben. "Das Fallen der alten Barrieren vereint die Welt und muß auch zu einer Überwindung des Gegensatzes zwischen Freiheit und Gleichheit führen", schwärmt Occhetto und entschwindet wenige Sätze weiter endgültig im Wolkenreich der Träume, wenn er von der "Konstruktion einer von jeglicher Form der Ausbeutung und Herrschaft befreiten Gesellschaft" spricht, "die sich auf die Parität zwischen Frauen und Männern gründet, einer mehrethnischen und vielrassischen Gesellschaft, die keine Diskriminierung und Einschränkung der universellen Rechte der Staatsangehörigkeit kennt".

Der Weg zu dieser imaginären Gesellschaft führt erstens über die "Reform der Institutionen" und zweitens - so die Occhetto-Fraktion - über eine Regierung der "vereinten Linken". Unter 1. fällt auch der Vorschlag einer Veränderung des Wahlrechts, der darauf hinausläuft, das Proportionalwahlsystem durch ein Mehrheitswahlsystem nach britischem Beispiel zu ersetzen. Selbst der von den Sozialisten ins Spiel gebrachte Vorschlag einer Präsidialrepublik wird nicht mehr kategorisch abgelehnt. Ob das Bejubeln regionaler und kommunaler Bündnisse mit den Sozialisten die Regierung der "vereinten Linken" wahrscheinlicher macht, muß wohl bezweifelt werden. Näher an der Realität ist Armando Cossuta, der die weitverbreitete Haltung, "teilweise Erfolge überzubewerten und schwere Mißerfolge unterzubewerten" kritisiert und dafür ein besonders passendes Bild verwendet: "Si rischia di prendere lucciole per lanterne - Man riskiert, Glühwürmchen für Laternen zu halten".

NATO muß bleiben

In der "deutschen Frage" befindet sich Occhetto ganz im Einklang mit Lafontaine und zitiert diesen auch gleich: "In Anbetracht dessen, daß Deutschland ein Teil Europas ist, ist der, der sich zum Befürworter der europäischen Einheit macht, automatisch für die deutsche Einheit ... Es ist also notwendig, die deutsche Einheit im Rahmen der Einheit Europas zu planen". Folglich, fährt Occhetto mit seinen eigenen Worten fort, "muß das Bemühen darin liegen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also auch des deutschen Volkes, mit dem Recht auf Sicherheit aller Länder - und dies impliziert eine unmittelbare und klare Anerkennung der polnischen Grenzen und der Unantastbarkeit der Grenzen - mit dem Prozeß einer Überwindung der Blöcke zu verbinden in Hinblick auf eine europäische Ordnung des Friedens und der Sicher- heit". Daß solche Formulierungen zu nichts verpflichten, war Gegenstand eines kritischen Beitrags von Luciana Castellina (Antrag 2): "Vor allem brauchen wir eine Konsequenz zwischen politischen Erklärungen und Handlungen, und diese gibt es nicht ... Man muß aus der Unbestimmtheit herauskommen und sagen - wenn man nicht will, daß die DDR in die NATO eintritt - daß die BRD aus ihr austreten muß. Oder wenigstens, wie ein Teil der SPD fordert, daß die Bundesrepublik aus dem militärischen Kommando des Atlantikpaktes austreten und entmilitarisiert werden muß".

Luciana Castellinas Antrag, den Rückzug Italiens aus dem strategischen Kommando der NATO zum Programm zu erheben, wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt (356 Ja, 606 Nein, 25 Enthaltungen). Ein weitergehender Antrag der Jugendorganisation FGCI, der den Austritt aus der NATO forderte, war schon vorher per Geschäftsordnung ("Nichtbefassung") abgelehnt worden. Der Delegierte Luporini spottete: "Ich habe unter dem Mehrheitsdokument zur NATO-Frage vergeblich Andreottis Unterschrift gesucht, sie hätte dort hingepaßt". Auch Pietro Ingrao begegnete der Mehrheitsfraktion, die in der NATO-Frage jegliche Opposition zur italienischen Regierungspolitik vermissen läßt, mit Sarkasmus: "Genosse Occhetto, Andreotti ist nach Washington gefahren, um von Bush die Garantie zu erflehen, das neue vereinigte Deutschland möge doch in der NATO bleiben: das steht in der ‚Unita'".

Die letzten Tage der KPI

Auf dem Kongreß von Bologna lag allen drei Fraktionen gleichermaßen die Einheit der Partei am Herzen. Alle bekennen sich zu "Konfliktualität" und vorurteilsfreier Auseinandersetzung. Daß beides Grenzen haben müsse, hat Occhetto schon klargestellt. "Einheitliche Leitung der Partei" könne nicht heißen "konfuses Nebeneinander", sondern "volle Akzeptanz des Mehrheitsprinzips", betont er und fügt zur Beruhigung der Minderheit hinzu, daß Mehrheiten ja wechseln können.

Einstweilen aber bestimmt die Mehrheit, die auf Occhettos Seite steht. Sie ist fest entschlossen, den beschrittenen Weg auch zu Ende zu gehen. Mit großer Mehrheit wurde der Antrag der beiden Gegenfraktionen, die Entscheidung über die Namensänderung durch ein Referendum zu fällen, abgelehnt. Stattdessen wird auf dem nächsten Parteitag in acht oder neun Monaten die einfache Mehrheit über den weiteren Weg bzw. die zukünftige Struktur der "cosa" entscheiden.

Mit Abschluß des Kongresses von Bologna ist der Weg freigegeben für die neue Phase der "Konstituierung". Jetzt muß eine Form gefunden werden, mit der der "neue Kurs" ins Konkrete umgesetzt werden kann. Giorgio Napolitano, Führer des rechten Parteiflügels, hat doch recht behalten. Als er nach dem Parteitag im letzten Jahr, der als Sieg des linken Flügels gefeiert wurde, nach seiner Bewertung des "neuen Kurses" gefragt wurde, antwortete er ebenso diplomatisch wie weitblickend: "Man muß abwarten, wie sich die Situation in Wirklichkeit entwickeln wird".

Da helfen auch die Tränen nicht, die der alte Arbeiter in den Augen hatte, als er, den Tagungsort verlassend, vom Fernsehen interviewt wurde und auf die Frage nach seiner Meinung antwortete: "Auch wenn man den Namen der Rose ändert, so wird sie dennoch ihren Duft behalten".

Brita Bock/Rom

39. Immer wieder, immer weiter

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:18

Noch 1985 entsprach die sowjetische Position zu einer deutschen Wiedervereinigung der Einschätzung, daß "die Einverleibung der DDR durch die kapitalistische BRD und eine etappenweise Liquidierung der sozialistischen Ordnung in anderen osteuropäischen Staaten (...) nur auf dem Wege eines Krieges zu erreichen sein kann." (Sowetskaja Rossija 17.7.85, in EA 4/90) Mittlerweile hat die Sowjetunion - infolge des faktischen Zusammenbruchs des Warschauer Vertrags und schwerer Erschütterungen auch innerhalb des Landes - dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, über ihre Einheit zu entscheiden, zugestimmt. Damit sind die entscheidenden Schranken gefallen, die der Expansion des deutschen Imperialismus bisher noch im Weg standen. BRD-Politiker behaupteten stets, "die wahren Ursachen der Spannungen in Europa sind (...) die widernatürliche Teilung Europas, die widernatürliche Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts aller Deutschen und der Osteuropäer sowie die Zementierung der Folgen des Zweiten Weltkriegs" (Manfred Wörner, Ex-Verteidigungsminister, Generalsekretär der NATO, 5.10.86). Tatsächlich ist die Wiedervereinigung das Programm zur Revision der Nachkriegsordnung - zugunsten deutscher Eroberungspläne.

Im Spiegel diskutierte Rudolf Augstein mit dem Gorbatschow-Berater Walentin Falin über den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland - Spiegel: " (...) Herr Falin, wenn sich ihre Vorstellung einer deutschen Neutralität weder gegenüber den Amerikanern noch im Deutschen Bundestag durchsetzen läßt - was haben Sie als Faustpfand, als Druckmittel noch in der Hand? (...) Fürchten Sie nicht, daß Böswillige sagen: Die Sowjetunion ist so mit sich selbst beschäftigt, sie kann kaum für Ruhe in Aserbaidschan und anderswo sorgen. Also ist die Zeit reif, daß wir uns in Deutschland nehmen, was sie uns so lange vorenthalten hat." - Falin: "Solche Überlegungen sind uns bekannt. Aber im Westen ist das Folgende weniger bekannt: Wenn Gorbatschow gewünscht hätte, in Aserbaidschan, Armenien und neuerdings auch in Tadschikistan die Ruhe mit den alten Methoden herzustellen, hätte er dazu nur eine Woche Zeit gebraucht. Und wenn er in Zentraleuropa seinen Willen auf die eiserne Art exekutieren wollte, brauchte er, beziehungsweise sein Nachfolger, dazu nur ein paar Stunden (...)" - Spiegel: " (...) Herr Falin, was passiert denn nun, wenn in wenigen Wochen eine neugewählte Volkskammer den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik beschließt und die NATO nicht daran denkt, diese Bundesrepublik aus dem westlichen Militärbündnis zu entlassen?" - Falin: "Ich bin kein Freund der Spekulation. Ich möchte Sie nur bitten, folgendes zu berücksichtigen: Es gibt kein Rechtsvakuum in Deutschland. Entweder erfüllt die DDR - egal, welche Regierung dort an der Macht sein wird - ihr Mandat und ihre Verträge, die Verpflichtungen, die diese Republik gegenüber dem Warschauer Vertrag und uns übernommen hat, oder die latenten Rechte der Sowjetunion werden akut." - Spiegel: "Sie glauben, daß sich mit Notstandsmaßnahmen, mit Gewaltaktionen gar, noch etwas aufhalten läßt?" (Spiegel, 19.2.90)

Militärische Szenarien wurden schon während der Auseinandersetzungen in Rumänien erdacht: "Der ungarische Außenminister Gyula Horn hatte bereits eine Sitzung der zuständigen Gremien des Warschauer Pakts angeregt. Westliche Mächte hatten die Tolerierung einer gemeinsamen Aktion des Warschauer Pakts gegen Ceaucescu in Aussicht gestellt, der französische Außenminister Roland Dumas hatte internationale Brigaden in Erwägung gezogen." (Peter Glotz in: EA 2/90) Glotz bringt dieses Beispiel, um zu illustrieren, warum in Zukunft auch hinsichtlich der "Aufgabe der militärischen Verteidigung (...) übernationale Allianzen" gebraucht werden, "die es Europa ermöglichen, im politischen und ökonomischen Kräftespiel der Weltpolitik weiterhin eine Rolle zu spielen."

In verschiedenen Regionen der Sowjetunion und Osteuropas eskalieren nationalistische Konflikte zu Pogromen und in die Nähe von Bürgerkriegen; sie werden mehr und mehr auch zu Aktionsfeldern rechtsextremer und faschistischer Organisationen. Der in Budapest lebende Philosoph Attila Ara Kovacs sieht "jetzt den Beginn einer faschistischen Entwicklung in Rumänien. In einer zweiten Phase, die den Konflikt auch nach Bessarabien trägt, wird sich eine Eskalation ergeben, die nicht nur für Ungarn gefährlich ist, sondern für ganz Europa." (Taz, 26.3.90)

Auf die Plätze ... Wettlauf der Supermächte

Es ist nur logisch, daß diese Entwicklung die aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangene weltpolitische Machtkonstellation auch innerhalb des imperialistischen Zusammenhalts durcheinanderwirbeln wird. Die Ära der Neuverteilung steht seit dem Jahreswechsel 89/90 auf der Tagesordnung. Ebenso wie die Tatsache, daß -

wie vor den ersten beiden Weltkriegen - das kontinentale Vormachtstreben des deutschen Imperialismus den entscheidenden destabilisierenden Faktor kennzeichnet. Wir leben in einer Zeit, in der die Karten auf internationaler Ebene neu gemischt werden. Das Spiel wird weniger Ähnlichkeit mit Mau-Mau als mit Poker haben.

Der seit Anfang der 80er Jahre auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet forcierte westeuropäische Einigungsprozeß, der insbesondere von Frankreich und der BRD mit dem Ziel der Herausbildung einer europäischen Supermacht mit mitteleuropäischem Kern betrieben wurde, erhält durch den Zusammenbruch des Warschauer Vertrags eine neue Dimension: nicht nur, daß sich das territoriale Streben dieser werdenden Supermacht nun nach Osten erweitert; während sich diese Entwicklung noch um die Mitte der 80er Jahre unter dem Propagandatitel einer "Selbstbehauptung Europas" (zwischen den beiden Supermächten USA und UDSSR) vollzog, eröffnet sich für den westeuropäischen Imperialismus plötzlich durch die faktische Zurückstufung der Sowjetunion zur Regionalmacht die Perspektive einer weltpolitischen Stellung auf Rang zwei. Das wird die Lust auf den ersten Rang energisch steigern.

Geostrategisch entwickelt sich ein internationales Machtgefüge, welches dem vor dem ersten und zweiten Weltkrieg ähnelt; mit einem wesentlichen Unterschied: für die einzelnen europäischen Imperialismen besteht keine reale Option auf eine weltweite Vormachtstellung ohne den Umweg eines europäischen Zusammenschlusses. Die Bedingungen für nationale Sonderwege sind z.Zt. nicht gegeben, weil die Kräfteverhältnisse auf wirtschaftlicher und politischer Ebene und insbesondere die militärische Macht der potentiellen Konkurrenten keinem Land einen Alleingang erlauben.

In diesem Rahmen ist nun jedoch dem deutschen Imperialismus die einmalige Chance in die Hände gefallen, sich in dem Kampf um die weltweite Vormachtstellung uneinholbare Startvorteile zu verschaffen, indem mit der Wiedervereinigung die bisherigen ökonomischen und politischen Machtstellungen der BRD in ein Großmachtformat ausgebaut werden.

Was dieses Vorgehen des deutschen Imperialismus in der Auseinandersetzung um die innerimperialistische Rangstellung sowohl aus der bisherigen Nachkriegsgeschichte als auch gegenüber dem Vorgehen anderer imperialistischer Staaten hervorhebt, ist, daß die BRD diesen Konkurrenzkampf ideologisch über die nationale Frage ausficht. Außenpolitisch erpreßt sie sich auf diesem Weg - basierend auf ihrer schon bestehenden ökonomischen Macht und mit Verweis auf den festen und entschlossenen nationalen Konsens (sowie die wirtschaftliche Anziehungskraft, die sie auf die Bevölkerungen v.a. ihrer östlichen Nachbarländer ausübt) - von ihren Bündnispartnern und der Sowjetunion das Recht, in Zukunft als "normale" imperialistische Großmacht agieren zu können, ohne weiterhin an ihre faschistische Herkunft erinnert zu werden.

Nachdem mit dem NATO-Beitritt und der Aufstellung einer eigenen Armee in den 50er Jahren, der Aufnahme in die Nukleare Planungsgruppe und die damit verbundene Mitsprache über NATO-Atomwaffen und dem Zugeständnis, via "europäischer Option" am Aufbau einer europäischen Atomstreitmacht teilzuhaben, in den 60er Jahren sowie der Annulierung von Restriktionen bei der Produktion strategischer Militärgüter durch die Westeuropäische Union Anfang der 80er Jahre den militärischen Ambitionen der BRD mehr und mehr Schranken genommen wurden, könnte die mit der Wiedervereinigung verbundene endgültige Rehabilitierung des deutschen Imperialismus auf diesem Gebiet insbesondere zwei direkte Folgen haben: Erstens, daß ein wiedervereinigtes Deutschland nun mit dem Aufbau eines eigenen Atomwaffenpotentials beginnen und sich so direkt an der z.Zt. laufenden Atomaufrüstung der NATO und Europas beteiligen könnte; zweitens, daß dieses Deutschland mit dem Aufbau eines militärischen Eingreifpotentials - im Rahmen der Neudefinition der NATO-Strategie - für eigene oder für die Beteiligung an Einsätzen in der "Dritten Welt" vorantriebe. Im ersten Fall könnte man sich auf hervorragende Kenntnisse stützen, die noch in der Nazizeit angelegt und während drei Jahrzehnten im Umgang mit der Atomtechnologie sowie der intensiven Zusammenarbeit auf militär-nuklearem und raketentechnischem Gebiet mit einem Dutzend anderer Staa- ten intensiv gesammelt wurden. Im zweiten Fall könnte auf einschlägige Erfahrungen aus der militärpolitischen Arbeitsteilung innerhalb der NATO aufgebaut werden, bei der die BRD etwa über das Wartime Host Nations Support Abkommen mit den USA seit Anfang der 80er Jahre ebenfalls eine Schlüsselstellung im Bündnis eingenommen hatte. Während die BRD schon jetzt als führende Exportmacht fungiert und mit der Einverleibung der zehntgrößten Industriemacht DDR zum ökonomischen Monstrum würde, wäre sie auch in militärischer Hinsicht erstklassig auf die Übernahme der Rolle eines Vierten Reiches vorbereitet. Sie hat damit auch die Ausdauer bewiesen, die man braucht, damit die Zeit für einen läuft.

"Wir sind der Mob"

Das gleiche kann für die innenpolitische Situation gesagt werden.

Die Übernahme von Nazis in die Führungsstellen des neuen Staates, der via Verfassung den Anspruch auf die Nachfolge des Dritten Reiches artikulierte, gehörte ebenso zum Fundament der BRD wie das durch das Kapital repräsentierte Bestreben, wieder reich und mächtig zu sein aber v.a.: reicher, am reichsten und mächtiger, am mächtigsten zu werden. Der als Geburtsfehler angelegte Revanchismus der BRD richtete sich nach innen gegen potentielle Widersacher von links (Verbot der KPD Mitte 1956, Verbotsverfahren gegen die VVN 1962 - bei dem ein ehemaliges SA- und NSDAP-Mitglied, der Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes Fritz Werner, dem erkennenden Senat vorsaß).

Die antiautoritären und antifaschistischen Impulse der linken Kampagnen in den 60er Jahren mündeten staatlicherseits in den "Reformen zur Inneren Sicherheit", d.h. Repression. Bis gegen Ende der 70er Jahre ist die revolutionäre Linke in der BRD bis auf einen gesellschaftlich marginalen Rest niedergemacht worden. (Stichwort: "Deutscher Herbst") Diese mehr und mehr isolierte Linke war seither nicht mehr in der Lage, den von den reformistischen Strömungen eingeschlagenen Weg der zunehmenden Anpassung aufzuhalten. Gleichzeitig wurde - verstärkt seit Mitte der 80er Jahre - von Rechts ein umfassender ideologischer Feldzug begonnen, dessen Kern die Rehabilitierung revanchistischer Positionen war. Die wichtigsten Akteure, die sogenannte Neue Rechte, die sich zum Teil um und in den von dem Altfaschisten Schönhuber angeführten REPs sammelt, die in der Bundesregierung repräsentierten rechten Parteien, Teile der etablierten Presse wie die "Frankfurter Allgemeine" und die "Bild" und ein Gewirr von Einzelpersonen und wissenschaftlich arbeitenden Instituten ergänzten sich zu der von Kohl dann propagierten "geistigen Wende".

Ihr Erfolg ist in dem umfassenden Einfluß abzulesen, die sie bis tief in die Linke ausgeübt hat: In der Ökologiebewegung konnten biologistische und rassistische Ansätze zunehmend Fuß fassen und faschistische Parteien konnten unter dem Banner der Ökologie WählerInnen sammeln; in der Friedensbewegung schwammen am rechten Rand nationalistische Strömungen mit, die sich z.T. aus dem vordergründigen Antiamerikanismus nährten und von Propagandisten der sogenannten Neuen Rechten geschürt werden konnten; unter dem Eindruck sogenannter globaler Probleme sind antifaschistische Positionen zunehmend als nebensächlich und gar störend oder sektiererisch angesehen und z. B. innerhalb der Grünen isoliert worden, weil sie angeblich einer gewünschten "Koalition der Vernunft" oder "Aussöhnung" im Wege gestanden hätten - bis zu der Irrationalität: "Die traditionelle antifaschistische Position ist 'Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit'. Das ist der Anfang des Endes der Freiheit." (Daniel Cohn-Bendit)

Insbesondere nach dem Zusammenbruch der DDR-Regierung zeigt sich, wie der Antifaschismus in der BRD zu einer gesellschaftlichen Randerscheinung gedrängt wurde. Die SPD ist ohne zu zögern in den nationalen Wettkampf eingetreten. Die Grünen suchen und sehen in einer alternativen Wiedervereinigung neue öko-revolutionäre Chancen. Viele SozialistInnen hoffen noch auf einen dritten Weg und sind deshalb um Entdramatisierung bemüht. Im Namen des Selbstbestimmungsrechts würde z.Zt. ein nicht unerheblicher Teil auch der Linken - bis auf einen Rest von als "ewiggestrige Traditionsantifaschisten" titulierter Gegner - die Wiedervereinigung akzeptieren.

Während sich in der DDR der - von westlichen Parolengebern angetriebene - Pöbel auf der Straße gegen den Rest der WiedervereinigungsgegnerInnen durchgesetzt hat, hatte es in der öffentlichen Meinung der BRD von vornherein keinen Widerspruch zu geben. Es wird wohl so sein, daß viele Bürger keinen rationalen Grund für ihre Befürwortung einer Wiedervereinigung vorzubringen haben und daß die Ängste vor Unwägbarkeiten sozialer Art kursieren und zunehmen werden. Man darf aber die aus einem begründeten Standpunkt hervorgehende Angst nicht mit der verwechseln, wie sie Spießer haben. Letztere aber geben zuweilen den Ton an. Obwohl der Verstand keinen anderen Schluß zuläßt, als daß die realen Gewinnler einer Wiedervereinigung mehr oder weniger identisch mit der bundesdeutschen Kapitalistenklasse sein werden, scheint ein "Argument" in der öffentlichen Meinung unüberbietbar: "Wir lassen uns von Nichtdeutschen nicht länger reinreden".

Der vorsichtige Hinweis von Juden, daß es Auschwitz gegeben hat, legte sofort antisemitische Ressentiments frei. Befürchtungen aus dem Ausland vor deutschen Alleingängen wurden empört und inklusive der Drohung mit eben solchen Alleingängen zurückgewiesen. Daß die Kampfparolen "Erst Deutschland, dann Europa" und

"Ich bin stolz, Deutscher zu sein" Allparteienprogramm diesseits und jenseits der Elbe geworden sind, hat die Grenzen zwischen faschistischen und etablierten Parteien in nicht geahntem Umfang verblassen lassen. Die mancherseits zu vernehmende Annahme, die REPs seien damit erledigt, wird sich aber als hilfloser Trugschluß erweisen. Der in der Bevölkerung latente und nicht zuletzt von der SPD geschürte Sozialneid gegenüber den Übersiedlern beispielsweise wird so wenig in eine antikapitalistische wie in eine antinationalistische Stimmung übergehen; im Gegenteil: sie wird einen weiteren ausländerfeindlichen Schub induzieren, solange im Vergleich zur geistigen Einöde in der BRD (und der DDR) die Mondlandschaft ein bunter Blumengarten ist. Solange wird sich jedes noch so verständliche Eigeninteresse - sei es die Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Wohnungsnot oder sonstwas - blitzschnell in die Suche nach Sündenböcken und vielleicht Schlimmeres auswachsen.

Der richtige Schluß, den man ziehen muß, lautet: Was normal scheint, ist gefährlich. Denn was gestern in rechtsextremistischen und faschistischen Zirkeln brodelte und sich heute an der Oberfläche der Normalität nur bemerkbar macht, kann morgen die herrschende Meinung und Realpolitik sein. Es kann verhängnisvoll sein, es auf eine Probe ankommen zu lassen. Das ist die Lehre des 9. November 1939 und 1989.

Die Niederlagen, die die Linke bis jetzt einzustecken hatte und radikale GegnerInnen des BRD-Imperialismus in eine hoffnungslos scheinende Minderheitenposition zwangen, haben einen eigentümlichen Mechanismus im linken Denken entstehen lassen. Bei der Einschätzung politischer Entwicklungen wird zuerst nach dem vorhandenen Kräfteverhältnis gefragt und daran abgeleitet werden Positionen bezogen bzw. verändert. Die zehnjährige Geschichte der Grünen Partei repräsentiert diesen Versuch, durch stetige Anpassung der politischen Standpunkte an die Mehrheitsmeinung gesellschaftsfähig zu bleiben. Wie bei einer Farbe, der man immer mehr Lösungsmittel beimischt, verblassen damit Standpunkte, die eine radikale Gegnerschaft zur herrschenden Entwicklung einnehmen.

Seit dem 9. November 1989 sind weitere Dämme gebrochen. Zum einen haben die bisherigen anpaßlerischen Strömungen - die aber noch für eine Eigenständigkeit der DDR eintraten - eine gesamtdeutsche Haltung eingenommen. Aber auch bis in linke, sozialistische und marxistische Gruppen und Organisationen greift mittlerweile der Einheitssog, indem der Opportunismus zunimmt. Ausgehend von den gegebenen politischen Kräfteverhältnissen wird der Schwenk zur "alternativen Wiedervereinigung" damit begründet, daß der Zug längst abgefahren sei. Jetzt kann man sich nur noch als Lokomotivführer oder - das wird realistischer sein - als Zugbegleiter bewerben. Das ist die berühmte Taktik der Lemminge (früher Mitläufer).

Es ist aber absurd - und nicht sonderlich glaubwürdig - die Folgen der Wiedervereinigung zu beklagen und zur Sache selbst einen zweideutigen Standpunkt einzunehmen. Man kann ohne Schwierigkeit prognostizieren, daß die Stärkung des BRD-Imperialismus zum Deutschen Imperialismus den Einfluß der Linken auf diese Machtanballung mindestens im gleichen Maße schwächen wird. In Kürze werden die "sanften Wiedervereiniger" auch ja zur Ausdehnung der NATO an die polnische Grenze sagen. Immer wieder, immer weiter ...

th

40. Historikerstreit und die "nationale Frage"

Rubrik: Wiedervereinigung; Geschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:30

Der Historikerstreit hat sich als der bisher massivste Vorstoß zu einer "Entschuldung der deutschen Vergangenheit" ins Bewußtsein eingegraben. Vor allem der Berliner Historiker Ernst Nolte hatte der Schlußstrich-Mentalität deutscher Stammtische einen "Kern des Richtigen" abzugewinnen versucht. Mit seiner These, daß Hitler gar keine deutsche, sondern eine "asiatische" Tat beging, hat er den dort gewonnenen Weisheiten, etwa daß Hitler gar kein Deutscher war, quasi die akademische Weihe verliehen. Diese Art Entschuldung des Faschismus ist aber nur die Spitze des Eisberges, die mit dem Historikerstreit berührt wurde.

Der Historikerstreit war kein akademischer Streit und es ging nicht in erster Linie um die Entschuldung des Faschismus, wenn auch genau das faktisch betrieben wurde. (1) Es ging um eine mit Hilfe reaktionärer Historiker geführte Offensive aus dem Bundeskanzleramt, mit klarer politischer Vorgabe: ein Exempel funktionalisierter Wissenschaft. Das politische Ziel hieß: Aufbau eines neuen deutschen Nationalbewußtseins. Der den Historikern zufallende Auftrag lautete: Zurückgewinnung der deutschen Geschichte als einer zustimmungsfähigen Nationalgeschichte - Renationalisierung des Geschichtsbildes der Deutschen.

Als Auslöserin der Kontroverse im Frühjahr 1986 wurde immer wieder die "Frankfurter Allgemeine" ausgemacht. Die Linke Liste Frankfurt etwa oder Georg Fülberth und mit ihm der Historiker Gossweiler erkannten in der "FAZ" und besonders im "FAZ"-Herausgeber und Hitler-Biographen Joachim Fest denjenigen, der "schon sehr früh in dieser Diskussion Regie geführt" habe. (2) Andere sahen in dem Streit nichts anderes als den Kampf der "beiden staatstragenden Feuilletons der Republik", "Zeit" und "FAZ",

"um den neuerdings wieder zitierfähigen geistigen Führungsanspruch". (3) In der "tageszeitung" wurde der Streit zum Vorwahlkampf erklärt. Regisseur laut taz sei die SPD gewesen - Habermas als Wahlkämpfer. (4)

Im Dienste des Nationalbewußtseins

Eine genauere Ausleuchtung des Hintergrunds trifft am Anfang auf Elisabeth Noelle-Neumann, Kanzlerberaterin in Fragen der Demoskopie aus Allensbach. (5) Die MeinungsforscherInnen ihres Instituts waren bei der Auswertung einer "internationalen Wertestudie" zum Thema "Nationalgefühl und Glück" zu dem Ergebnis gekommen, "daß die Deutschen im Weltmaßstab den geringsten Stolz auf ihre Nationalität äußerten". Ob zur Gesundheit, zur Arbeit, zur Familie, zur Psyche oder zum Glück befragt, liege "etwas Bedrückendes in vielen Antworten der Deutschen". Auf die Frage: "Was halten Sie für die besten Eigenschaften der Deutschen?" hätten 1973 ganze 22% der Befragten geantwortet: "Ich weiß keine guten Eigenschaften der Deutschen!" 1952 waren es gerade 4% gewesen, die so antworteten; die letzten Daten von 1983 wiesen immer noch 18% aus. Noelle-Neumann schlug Alarm: "Bei den vielen Versuchen zu erklären", komme "auch das Argument, die Deutschen trauten sich vielleicht nicht mehr zu sagen, daß sie auf ihre Nationalität sehr stolz seien. Schließlich sei ihnen oft genug gesagt worden, daß sie Trauerarbeit zu leisten hätten und daß für sie Nationalstolz fehl am Platze sei." Das könne nicht stimmen, da die meisten Deutschen Nationalstolz grundsätzlich als etwas Gutes ansähen. Die Ergebnisse ließen nach Noelle-Neumann nur den Schluß zu, die Deutschen seien eine "verletzte Nation". Die Bundesrepublik reihe sich ein unter "die in ihrem Selbstbehauptungswillen geschwächten Länder". Das seien "durchweg Länder, die aus dem Zweiten Weltkrieg als Verlierer hervorgingen oder während des Krieges jahrelang die Demütigung einer Besetzung dulden mußten."

In der Diagnose und der daraus abgeleiteten Aufgabenstellung hieß es: "Die Schwächung der nationalen Idee schwächt ein Land nach innen wie nach außen (...) Das Vertrauen in nahezu alle Institutionen des Staates ist beeinträchtigt, wenn Stolz auf die eigene Nationalität fehlt (...). Der enge Zusammenhang zwischen nationalem Stolz und Verteidigungsbereitschaft, Vertrauen in die Institutionen, der generellen Bereitschaft zur Einordnung in die Person übergreifende Zusammenhänge legt für einen Staat geradezu zwingend die Förderung der nationalen Idee nahe." Versäumnisse in dieser Hinsicht seien der Geschichtswissenschaft, Philosophie, Theologie und Sozialwissenschaft anzulasten. Sie hätten "uns wenig ausgerüstet, uns mit so etwas wie einem Nationalcharakter auseinanderzusetzen." Die Hauptverantwortung liege bei der Geschichtswissenschaft. Dort

war also anzusetzen: "Die Japaner kämpfen um die Darstellung ihrer Geschichte (...), in Deutschland wird einmal wieder ein Extrem, das Extrem der Selbst-Demütigung, gesucht. Es wird der Bevölkerung verwehrt, genau zu wissen, daß nie eine Mehrheit in einer freien Wahl für Hitler gestimmt hat (...) Im Übereifer wird das Bild noch verzeichnet (...) Wer hat die Darstellung erfunden, die Deutschen seien 1939 beim Kriegsausbruch begeistert gewesen?" (5)

Diese Studie gab das Stichwort für den Historikerstreit. Michael Stürmer, Kanzlerberater in historischen Fragen, griff den Kassandraruf aus Allensbach auf. Mit Hinweis auf die Meinungsforschung mahnte er die Historikerschaft am 25. April 1986 in der "FAZ": "In einem Land ohne Erinnerung ist alles möglich. Die Meinungsforschung warnt (...) Orientierungsverlust und Identitätssuche sind Geschwister." In einem "geschichtslosen Land" gelte, daß "die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet." (6) Gefordert wurde eine Geschichtswissenschaft, die sich in den Dienst der Zukunft stellt. Gemeint war die Zukunft "Deutschlands".

Der mehrfach wiederholte Appell zielte auf die Versammlung der bundesdeutschen Historikerschaft Anfang Juni auf dem Frankfurter Römerberg unter dem Thema "Vergangenheit, die nicht vergehen will". Nicht nur Stürmer, auch Nolte richtete seinen Vorstoß auf dieses Datum. Dessen Aufsatz in der "FAZ" platzte als Skandal mitten in die Versammlung. (7) Veröffentlicht unter dem gleichen Titel wie das Motto der Veranstaltung, geschrieben in Konkurrenz zum Hauptvortrag, sorgte er für einen Eklat. Stürmer trat sofort an die Seite Noltes. Es kam zu einer lebhaften bis leidenschaftlichen Diskussion. (8) Das Vorgehen schien abgestimmt und inhaltlich gründlich vorbereitet. Sowohl Stürmer wie auch Andreas Hillgruber (der dritte Hauptakteur im Streit) hatten im Frühjahr 1986 jeweils in neuen Sammelbändchen alte Aufsätze, die ihre Vorstellungen von einer zukünftigen nationalen Historik in kompakter Form zusammenfaßten, neu aufgelegt. (9)

In einem etwas weiteren Kontext zielte der Historikerstreit darauf, den Ansatz der Weizsäcker-Rede vom 8. Mai 1985 zu kippen. Dieser Bezug wurde als erstes von Heinz Galinski hervorgehoben, der jene Rede auf dem Hintergrund des Historikerstreits schließlich als "Pyrrhussieg" des liberalen Antifaschismus bezeichnete. (10)

Die politischen Vorgaben für den Historikerstreit waren aber schon länger formuliert. Sie gehen zurück auf eine Rede Alfred Dreggers zur Lage der Nation, in der die politischen Ziele der frisch angetretenen Bundesregierung der konservativen Wende skizziert wurden: "Die deutsche Nation ist zwischen Ost und West geteilt, aber sie besteht fort. Die Gefahr des Verlustes droht nicht dort, wo sie im Ost-West-Konflikt einem historischen Härtetest unterworfen wird, sie droht vielmehr bei uns hier. Zwischen 1965 und 1975 (...) hat ein Bruch mit der Mehrzahl der Traditionen stattgefunden, die zur Substanz unserer nationalen Identität gehört haben und gehören. Das berührt die Einheit der Nation ganz unmittelbar (...) Die deutsche Identität insgesamt wurde ins Zwielicht gerückt. Aber mehr noch: Auch die deutsche Geschichte wurde hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt gesehen, inwiefern sie zur nationalsozialistischen Herrschaft führen konnte. Das hatte zur Folge, daß die deutsche Geschichte insgesamt abgewertet wurde. Seitdem gibt es ein Trauma in unserer Selbsteinschätzung (...) Die Wende, die wir politisch erreicht haben und durchsetzen wollen, wird ihre Bewährungsprobe nicht zuletzt darin zu bestehen haben, unsere nationale Identität in der Identität unserer Werte wiederherzustellen (...) Ich lade ein, sich wieder mit dem Wurzelgrund unserer Kultur zu befassen." (11)

Der gesamte Vorstoß der reaktionären Historiker ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Der Aufbau eines neuen deutschen Nationalbewußtseins galt im konservativen Konzept als der Schlüssel zu einem "Gesamtdeutschland auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts".

Von der Geschichte zur Nationalgeschichte

Wie sich die reaktionären Historiker dieser Zielplanung in ihrer historischen Forschung stellten, formulierte klassisch Andreas Hillgruber. Im Zuge der Debatte erklärte er es nicht nur für sinnvoll, sondern für notwendig ein "Gegenbild" zur DDR-Geschichtsschreibung "zu entwerfen". Dabei gelte es, "die deutsche Geschichte (im Rahmen der europäischen Geschichte) als eine Entwicklung darzustellen, die auf die freiheitlich-demokratische Ordnung der Bundesrepublik hingelaufen ist, auf ein Gesamtdeutschland auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts, das es eines Tages zur Geltung zu bringen heißt. Das erscheint mir eine nicht nur historische, sondern auch politisch notwendige Perspektive." (12)

Die Darstellung der gesamten deutschen Geschichte als eine bürgerlich-demokratische, die auf die Bundesrepublik hingelaufen sei und für die Zukunft auf ein "Gesamtdeutschland auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts" hinauszulaufen hätte, das war nur über eine anti-aufklärerische Verklärung zu bekommen. Eine bürgerlich-demokratische deutsche Nationalgeschichte hat es so nie gegeben. Die wenigen Jahre von Weimar sind systematisch von deutschnationaler Seite im Bündnis mit dem Faschismus zerstört worden. Die deutsche Nationalgeschichte mündete in Auschwitz. Der durchgängige Zug dieser Geschichte ist der einer Unheilsgeschichte. Alles das muß in einer Renationalisierung des Geschichtsbilds der Deutschen umgeschrieben werden. (13) Alles das wissen natürlich auch Nolte, Hillgruber und Stürmer als Historiker. Wissenschaftlich war die Revision in jeder Hinsicht unhaltbar und letztlich skandalös. Sie basierte auf keiner einzigen neuen historischen Erkenntnis, fügte lediglich alte Ansätze neu nach politischen Zielvorgaben zusammen.

Die Entsorgung Noltes

Das "Gegenbild" einer bürgerlich-demokratischen deutschen Nationalgeschichte in bruchloser Kontinuität erforderte zuallererst eine "Entsorgung" des Faschismus aus der deutschen Geschichte. Das war die Aufgabe, der sich Ernst Nolte stellte. Als Zeitabschnitt, der keiner legitimierbaren Identifikation zugänglich sein würde, mußte der Faschismus aus dem Kontinuitätszusammenhang der deutschen Geschichte herausgelöst und ausgeschlossen werden. Darauf zielte Noltes vergleichende Relativierung, daß "all dasjenige, was die Nationalsozialisten später taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung" von anderen Völkern auch schon vorher getan worden sei. Die in Frageform vorgebrachten Überlegungen - "Vollbrachte Hitler eine ‚asiatische` Tat? War nicht der ‚Archipel Gulag` ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord` der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords` der Nationalsozialisten?" (14) - kennzeichneten den Versuch, den Faschismus als nationales Verbrechen zu leugnen und die deutsche Verantwortung auf einen Rest diffuser Selbstbeteiligung zu reduzieren. (15)

Die Entsorgung Hillgrubers

Zweitens mußten für ein solches "Gegenbild" alle vom Faschismus diskreditierten Kräfte, die in einem offensichtlichen Kontinuitätszusammenhang zur vorhergehenden und nachfolgenden deutschen Geschichte stehen - wie z.B. die deutsche Wehrmacht - eine Rehabilitierung erfahren. Dieser Aufgabe stellte sich Andreas Hillgruber. Was er in seinen zum Historikerstreit neu aufgelegten Aufsätzen forderte, war die bedingungslose Identifizierung mit dem "deutschen Ostheer", die alle bisherigen Versuche einer "Ehrenrettung" der deutschen Wehrmacht weit in den Schatten stellt. Der Standpunkt des "Ostheeres" wird zum einzig legitimen Standpunkt der "deutschen Nation als Ganzes" erklärt. Nach Hillgruber müsse sich der Historiker "mit dem konkreten Schicksal der deutschen Bevölkerung im Osten und mit den verzweifelten und opferreichen Anstrengungen des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine im Ostseebereich identifizieren, die die Bevölkerung des deutschen Ostens vor den Racheorgien der Roten Armee, den Massenvergewaltigungen, den willkürlichen Morden und den wahllosen Deportationen zu bewahren" und den Fluchtweg "nach Westen freizuhalten suchten." Ausgehend von der so gewonnenen Perspektive einer Geschichtsschreibung vom Standpunkt der "deutschen Nation als Ganzes" wird einem Revanchismus gehuldigt, der in den gewählten Formulierungen die direkte Rückholung der "verlorenen Ostgebiete" nahelegt. (16)

Die Entsorgung Stürmers

Drittens mußte für das "Gegenbild" aber auch die preußisch-deutsche Nationalgeschichte rehabilitiert werden. Schließlich war auch diese Geschichte diskreditiert - Nicht nur, weil hier die Wurzeln des Faschismus lagen, sondern auch, weil sie ein eigener nach innen autoritärer, nach außen aggressiv-imperialer Chauvinismus durchzieht. Für diesen Zweck bediente sich Michael Stürmer der Formel von der "geopolitischen Hypothese". Das Zauberwort lautet "deutsche Mittellage".

Von 1848 einsetzend, über das Bismarckreich 1871, das Kaiserreich, 1914 folgende, sollten so für die deutsche Unheilsgeschichte nicht mehr Obrigkeitsstaat, Militarismus, Imperialismus verantwortlich sein, sondern der "Fluch" der deutschen Geographie. (17) "Mitten in Europa", so Stürmer in seinem neuen Aufsatzband, "das war Conditio Borussiae, solange es Preußen gab, und das ist bis heute Conditio Germaniae geblieben. (...) Preußen lag, ohne umgebende See, ohne steile Gebirge, auf der Ebene zwischen Harz und Ural. Es war angewiesen auf das europäische Gleichgewicht, von dem es ein Teil war, und im Notfall auf

Bündnisse. Denn es stand unter dem Gesetz, das Bismarck 1857 aussprach: ‚Wir werden Amboß, wenn wir nichts tun, um Hammer zu werden.` (...) Tatsächlich zog sich durch die preußische Geschichte nichts stärker als der Versuch, nicht zwischen die Großmächte zu geraten; wenn aber doch, dann besser auf der Seite des Hammers als des Ambosses." (18) Deutscher Aufschwung, deutscher Niedergang, deutsche Kriege und deutsches Unheil bis hin zum Ruin 1945 haben für Stürmer "mehr mit der strategischen Lage Preußens und Deutschlands in Europa zu tun als mit anderen Kontinuitäten von Staat und Gesellschaft in Deutschland und Europa." (18)

Entsorgung für die Zukunft

Wie mit den Ergebnissen, die über die Zauberformel der "geopolitischen Hypothese" im "historischen Entwurf" gewonnen wurden, wieder politische Perspektiven für die Zukunft erschlossen werden, zeigte Andreas Hillgruber. Seine Darstellung, so Hillgruber, hätte gezeigt, daß die faschistische Barbarei mit ihren Ergebnissen nicht nur "eine jüdische und eine deutsche Katastrophe" gewesen sei, sondern "daß ganz Europa, vor allem (!) aber die im Kriege zerbrochene europäische Mitte, ihr Opfer wurde." Damit sei "ganz Europa der Verlierer der Katastrophe von 1945" geworden. Vierzig Jahre nach diesem "Zusammenbruch" müßten deshalb auch Fragen erlaubt sein, ob eine Rekonstruktion dieser Mitte und damit auch der "Vermittler-Rolle, die Preußen und das Deutsche Reich auch für das übrige Europa in dem Raum zwischen Baltischem und Schwarzem Meer gespielt hatten", möglich sei. (19)

Die politische Zielperspektive, die im historischen Rekurs auf die "Vermittler-Rolle" Preußens für die Zukunft gezeichnet wird, geht weit über das hinaus, was derzeit mit dem Anschluß der DDR verfolgt wird. Es geht um die deutsche Vorherrschaft vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer. Für Hillgruber liegt der Schlüssel für das Heil Europas - wenn nicht gleich der ganzen Welt - auch nach zwei Weltkriegen und nach Auschwitz immer noch in Deutschland, dank seiner "Mittellage".

Die Linie, die damit gezogen wird, hat Geschichte. Es ist die Frontlinie vom Frühjahr 1918 vor der deutschen Kapitulation. Es ist die Linie des "Cordon Sanitaire", die von 1920 bis 1934 als Staatenriegel eines von Frankreich bündnispolitisch dominierten Systems zur "Begrenzung der bolschewistischen Weltrevolution" gezogen wurde. Es ist die Linie, die mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 erobert und dann gleich bis ans Asowsche Meer überschritten wurde. Es ist die Linie, die noch nach Stalingrad bis Oktober/November 1943 "gehalten" wurde. Es ist auch die Linie, die 1984 in einem Schülerwettbewerb unter dem Thema "Was sind deutsche Staatsgebiete" in einer offiziellen Broschüre des baden-württembergischen Kultusministeriums auftauchte. (20) Es ist die Linie, an der sich noch jeder großdeutsche Imperialismus die Zähne ausgebissen hat, was nicht davon abzuhalten scheint, sie immer wieder von neuem aufzumachen. Sie zeigt den Appetit, dem die heutigen Einverleibung der DDR ein Vorgeschmack ist.

Einspruch der Patrioten

Gegen den Vorstoß der reaktionären Historiker erhob sich bis weit in bürgerliche Kreise hinein Widerspruch. Allen voran stieg Habermas in die Debatte ein. Ihm folgte eine ansehnliche Phalanx liberaler und sozialdemokratischer Historiker. (21) Die unverschämte Selbstverständlichkeit mit der Nolte die Verdrängung der Vergangenheit zur Entsorgung weitertrieb, die Skrupellosigkeit gegenüber wissenschaftlicher Rationalität, die zum Vorschein kam, wenn den plumpen Schlußstrich-Weisheiten deutscher Stammtische das Wort geredet wurde, und die brutale Unbekümmertheit der Vergleiche hatten auch einen Nerv in bürgerlichen Kreisen getroffen.

Gegen die "Wiederbelebung des Nationalbewußtseins" wurde "das Postulat des bundesrepublikanischen Verfassungspatriotismus" gesetzt. An die Adresse der Kontrahenten hieß es erinnernd, daß man sich doch "über dessen Vorrangigkeit (...) bisher weitgehend einig war." (22) Das Stichwort des Verfassungspatriotismus war von Habermas in die Debatte geworfen worden: "Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist ein Verfassungspatriotismus (...) Wer die Deutschen zu einer konventionellen Form ihrer nationalen Identität zurückrufen will, zerstört die einzig verläßliche Basis unserer Bindung an den Westen." (23)

Das war der Pfad, auf dem ihm die Mehrzahl der Kritiker nachfolgte, und ist gleichzeitig der Schwachpunkt linkssozialdemokratischer und liberaler Kritik. Sie suchten den Konsens, statt die Gegenwehr zu mobilisieren. Wolfgang Mommsen betonte, wer die Kritik an der jüngsten Vergangenheit zurückdränge, um die Identifikation

mit der nationalen Tradition zu ermöglichen, gefährde einen Stützpfeiler der Bundesrepublik. (24) Die Staatsräson führte auch Jürgen Kocka ins Feld, der jegliche Funktionalisierung der Geschichtswissenschaft für eine Stiftung von Identität - auch eine alternative - ablehnte. Die Protestbewegungen der späten 60er und frühen 70er Jahre in Erinnerung rufend, führte er gegen die reaktionäre Offensive an, daß es die Verdrängungsstrategen gewesen seien, die die BRD in ihre bisher größte Glaubwürdigkeitskrise gestürzt hätten. Sie hätten mit ihrer Verdrängung des Faschismus die Grundlagen für diese Bewegungen gelegt. Hingegen hätten die Aufklärer den Staat aus der Krise herausgeführt. Ihnen sei die erfolgreiche Integration des Protests zu verdanken. (25) Schon beinahe sympathisch argumentierte dagegen der Münchener Zeitgeschichtler Martin Broszat, der in satter Zufriedenheit gegen jedes noch so "großartige nationale Sonderbewußtsein" für ein "schlichtes zivilisatorisches Wohlgefühl" plädierte. (26)

Das Postulat des Verfassungspatriotismus ist keine erst von Habermas im Historikerstreit geprägte Formel. Der Begriff geht zurück auf die seit Ende der 70er Jahre geführten Debatten um "nationale Identität" - so der damals von neokonservativer Seite eingeführte, moderner klingende Begriff für Nationalbewußtsein. Verfassungspatriotismus war der Konsens, auf den sich von CDU/CSU bis SPD geeinigt werden konnte. So empfahl etwa der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bruno Heck, den Verfassungspatriotismus 1984 als "demokratische Vaterlandsliebe" und "ein treffliches Stichwort für politische Bildung". (27) Für Habermas bedeutete Verfassungspatriotismus Bindung an die universalen "Prinzipien des Rechtsstaats und der Demokratie", wobei der universale Gehalt "jeweils aus dem eigenen historischen Lebenszusammenhang angeeignet und in den eigenen kulturellen Lebensformen verankert" werden müsse. Verfassungspatriotismus bedeute, "stolz darauf" zu sein, daß es in der BRD gelungen sei "eine rechtsstaatliche Ordnung zu etablieren und diese in einer halbwegs liberalen politischen Kultur zu verankern." (28)

Wie brüchig diese Konstruktion war, zeigte sich von Anfang an. Hans Filbinger unterstrich auf einem Kongreß "Deutsche Identität" des Studienzentrums Weickersheim schon 1983, daß es nach seiner Auslegung keinen Verfassungspatriotismus geben dürfe, der sich auf die Bundesrepublik beschränke, da die Bundesrepublik Deutschland "nicht das Vaterland" sei. (29)

Der Verfassungspatriotismus bot nur scheinbar eine Alternative zu dem auf Nation und Nationalstaat gründenden originären Nationalismus. Der Glaube eine neue "postnationale Identität" gefunden zu haben, die sich allein aus den konkreten Lebenszusammenhang Bundesrepublik ableitete, war Selbstbetrug und Selbstberuhigung.

Der Verfassungspatriotismus verpflichtete nicht nur auf "Rechtstaat" und "Demokratie", sondern auch auf den revanchistischen Gehalt des Grundgesetzes mit Obhutspflicht und Einheit der Nation. Die offene Flanke zum Revanchismus und Nationalismus ist Verfassungsgrundsatz der BRD. Der Verfassungspatriotismus trug in seinem Kern schon in sich, worauf die Rechte in ihrer deutschnationalen Offensive zielte. Das machte die fundamentale Schwäche der Habermasschen Position aus.

Ein Pyrrhussieg

Die nach dem Abzug der ersten Nebelschwaden ausgerufene Siegerstimmung unter den Kritikern war mehr als voreilig. Den Ausgang des Historikerstreits als "Wiedergeburt der Linken" zu verkaufen, wie es im April 1989 in den sozialdemokratischen "Frankfurter Heften" der "Neuen Gesellschaft" geschah, war, wie spätestens heute zu sehen ist, absurd. (30) Auch, daß Hans-Ulrich Wehler in seiner "Zwischenbilanz" einen "Sieg der kritischen Vernunft" feierte und meinte, die Vertreter einer "aufgeklärten, selbstkritischen Position, einer ideologiekritischen Rationalität" hätten sich "gegenüber dem Verdrängungs- und Beschönigungskartell bisher argumentativ eindeutig durchgesetzt" (31), erklärt sich nur mit einem Bedürfnis nach Selbstberuhigung.

Im Historikerstreit ist der nationale Revisionismus hoffähig geworden. Er hat sich als eine erstzunehmende Strömung in der Geschichtswissenschaft etabliert, als eine Strömung, die obendrein ein "Projekt" anzubieten hat: die gezielte, planmäßige Umdeutung der Geschichte für eine Renationalisierung des Geschichtsbildes der Deutschen.

Die Bemühungen um eine "zustimmungsfähige" deutschen Nationalgeschichte sind mit dem Ausgang des Historikerstreits nicht abgerissen. Der offene Streit ist in den letzten Jahren nur in einen Grabenkrieg übergegangen. Die Auseinandersetzung hat sich von der öffentlichen Diskussion auf die wissenschaftspolitische Praxis verlagert und wird jetzt mit Mitteln der Personalpolitik und der Zensur geführt.

Ein Beispiel sind die Neubesetzungen der Direktorenstellen an den "Deutschen Historischen Institute" (DHI) in Paris, London und Washington DC. Sie gingen alle an konservative Protagonisten. (32)

Ein Lehrstück sind auch die Vorgänge am "Militärgeschichtlichen Forschungsamt" (MGFA) in Freiburg: Dort ist es zu einem erbitterten Streit um das institutseigene zehnbändige Großprojekt "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg" gekommen. In Band IV sollte die Präventivkriegsthese - Hitler sei nur knapp einem raffinierten Angriff Stalins zuvorgekommen - durchgesetzt werden. 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, nachdem diese Propaganda-Parole Goebbels zigmal als Legende widerlegt worden ist, erreichte die reaktionäre Seite mit einer gehörigen Portion Skrupellosigkeit nicht nur die ernsthafte Erörterung dieser Version, sondern auch deren parallelen Abdruck in Band IV der Weltkriegsreihe. (33) Dieser Parallel-Abdruck scheint ihnen noch nicht zu genügen. Schließlich wurde von der Bonner Hardthöhe ein Beirat in Freiburg eingesetzt, der seitdem die wissenschaftlichen Manuskripte des MGFA filtern soll. In dieser Zensurkommission sitzen unter dem Vorsitz eines scheintoten Generals drei Historiker: Stürmer, Nipperdey und Hildebrand; alle drei konservative Exponenten im Historikerstreit. Als erstes Manuskript lag ihnen eine Biographie Gustav Noskes zur Prüfung vor. Die Veröffentlichung wurde abgelehnt, da das MGFA "keine freischwebende Forschungseinrichtung ist, sondern im Dienst (!) der Bundeswehr steht." Die Arbeit käme zu einem Urteil über Noske, das "nicht wesentlich anders" sei, "als es damals bei der KPD lautete". Als "autoritative Publikation des MGFA" sei das Manuskript "in der vorliegenden Form ungeeignet, weil unfertig, unausgewogen und einseitig."

Neues Nationalgefühl - heute ein neuer Konsens?

Aktuell zeigt sich jetzt, daß nicht nur wissenschaftspolitisch, sondern auch gesellschaftlich und allgemein politisch ein Durchbruch erfolgt. Michael Stürmer sitzt als Direktor des "Forschungsinstituts für internationale Politik und Sicherheit", der bundesdeutschen "Rand-Corporation", wie er sich auszudrücken pflegt, an einer Schaltstelle der Exekutive. Hier wird die zentrale Politikberatung für Bonn betrieben, werden Konzepte und Analysen erarbeitet. Entscheidende Passagen des Zehn-Punkte-Plans der Bundesregierung zur deutschen Einheit vom 28. November letzten Jahres stammen aus der Feder Stürmers. Er war es, der den Plan am Tag seiner Verkündigung "live" vor den Kameras interpretieren durfte. Stürmer verteidigte dort das Vorpreschen der Bundesregierung ohne Absprache mit den Verbündeten und erklärte, alles andere wäre ein "Zeichen von Impotenz" gewesen.

Der Vorstoß, der im Historikerstreit noch als ideologische Offensive geführt wurde, steht seit 1989 vor seiner Umsetzung. Die Wiederherstellung Großdeutschlands und der Aufbau neuen nationalen Stolzes und neuen nationalen Bewußtseins sind Realpolitik geworden. "Die Repräsentanten dieses Staates, die den deutschen Faschismus nie als Schuld und deshalb die deutsche Teilung immer als Unrecht empfunden haben", hieß es in der LG-Erklärung des KB "sie marschieren aus dem Schatten Hitlers heraus und gleich weiter." (34) Die Äußerungen Hillgrubers zur künftigen deutschen Rolle in Osteuropa zeigen die Frontlinie, auf die zumarschiert wird.

Dagegen ist der 1986 mit dem Verfassungspatriotismus aufgebaute Damm heute auf breiter Front weggespült worden. Von dem argumentativen "Sieg der kritischen Vernunft" ist nichts übriggeblieben.

Zum Beispiel Hans-Ulrich Wehler: In seiner "Zwischenbilanz" zum Historikerstreit hatte er Michael Stürmers Propaganda für die "Einheit der Nation" noch in einer fulminaten Polemik mit Spott überzogen. "Warum" fragte er damals, sollen "die deutschen Staaten wieder zusammendriften"? Und was sollte da überhaupt entstehen: "Sollte es eine ‚Einheit` aus den Überresten der Kulturnation sein, die noch über die Staatsgrenzen hinwegreicht? Wieviel ‚Einheit` schafft denn die wechselseitige Lektüre von Christa Wolf und Heinrich Böll? Sollte es eine lockere staatenbündische ‚Einheit` sein? Das hieße vitale Interessen der Blocksysteme unterschätzen." Warum, fragte er, zöge nicht auch Stürmer "die nüchterne Konsequenz (...) die deutsche Frage von heute partout zu ‚entstaatlichen` (G. Gaus) (...) damit aber auch auf das politisch gefährliche Ritual einer inhaltslosen, verschwommenen Beschwörung künftiger ‚Einheit` wohlweislich zu verzichten?" Heute gibt es - bisher - kein Wort Wehlers gegen die Einheit.

Zum Beispiel Rudolf Augstein: Mit ihm ist einer der schärfsten Kritiker von damals - "die neue Auschwitz-Lüge" (35) - mit fliegenden Fahnen auf die Seite Noltes übergelaufen. Augstein 1990: "Ob die Deutschen die Vergangenheit vergessen dürfen oder sollen oder müssen, kann nicht verordnet werden. Der Ansatz Noltes, um den sich der sogenannte ‚Historikerstreit` rankt, war ja philosophisch richtig, so überflüssig man dies

Gerangel auch finden mag. Nur hat er ihn mit kaum glaublichen Beispielen und absurden Ergebnissen zerstört." (36)

Drittes Beispiel: 1988 hatte der eher auf Ausgleich bedachte liberale Zeitgeschichtler Immanuel Geiss den Deutschen noch das nationale Selbstbestimmungsrecht im Angesicht der von ihnen zu verantwortenden Geschichte abgesprochen: "Die politischen Konsequenzen für uns Deutsche heute, geteilt zwischen Ost und West als Ergebnis der gesamten deutschen Geschichte, sollten auf der Hand liegen", schrieb er damals, denn durch "ihre vollständige oder annähernde nationalstaatliche Einigung" würden die Deutschen "automatisch zur Hegemonialmacht mit explosiven Folgen für jedes europäische System katapultiert. Nachdem sie aber in unserem Jahrhundert gleich zweimal diesen Mechanismus durchexerziert haben, der die Welt jedesmal in einen Krieg stürzte, dürfen sie sich auf kein nationalstaatliches Abenteuer mehr einlassen. Sie müssen die Forderung akzeptieren und sich zu eigen machen: keine Wiedervereinigung Deutschlands als neuer Nationalstaat, der als Viertes Reich nur eine neue Runde im Karussell deutscher Machtpolitik eröffnen würde - automatische Konstituierung Deutschlands als neues Machtzentrum, Expansion (wie noch bisher jedes Machtzentrum expandierte). Krieg. (...) Die Betätigung des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Deutschen darf, bei realistischer Kenntnisnahme ihrer historischen Identität als Nation, nur noch im freiwilligen Verzicht auf den nationalen Zusammenschluß aller Deutschen in einem Nationalstaat bestehen." (37)

Auch daß Habermas heute schweigt, wenn Elie Wiesel im "Spiegel" verhöhnt wird - "Wiesel der Erinnerer wird zu Wiesel dem Verdränger" (38) -, ist ein Dokument der Niederlage. Im Historikerstreit hatte Habermas Ernst Nolte noch geantwortet, "daß wir in Deutschland - selbst wenn es niemand sonst mehr auf sich nähme - unverstellt, und nicht nur mit dem Kopf, die Erinnerung an die Leiden der von deutschen Händen Hingemordeten wachhalten müssen." Und als wäre es auf den heutigen Augstein gemünzt, hieß es damals von Habermas: "Nach wie vor gibt es die einfache Tatsache, daß auch die Nachgeborenen in einer Lebensform aufgewachsen sind, in der das möglich war. Mit jenem Lebenszusammenhang, in dem Auschwitz möglich war, ist unser eigenes Leben nicht etwa durch kontingente Umstände, sondern innerlich verknüpft." (39) Wann werden Habermas und die anderen Streiter gegen die Entsorgung der deutschen Geschichte wieder intervenieren?

De facto ist von dem vermeintlichen Sieg der kritischen Vernunft heute nichts geblieben. De facto haben sich die reaktionären Historiker über den Historikerstreit nicht nur als eine ernstzunehmende "wissenschaftliche" Position in der Geschichtsschreibung etabliert und damit eine deutliche Rechtsverschiebung des gesamten Spektrums der Fachwissenschaft bewirkt, de facto konnte heute auch das Grundanliegen für das von Stürmer und Co. im Historikerstreit in die Offensive gegangen wurde - die Stärkung deutschen Nationalgefühls und die Zurückgewinnung des deutschen Nationalstaates - weitgehend widerspruchslos durchgesetzt werden.

Die zum Teil deutlichen Worte der Kritiker von damals werden heute bitter vermißt. Bei aller Klarsicht über die historische Gefährlichkeit des deutschen Nationalismus haben sie die aktuelle materielle Gefahr dieses Nationalismus entscheidend unterschätzt. Eine Neuauflage des Großdeutschen Reiches schien ihnen damals nicht nur weit entfernt, sondern schlicht anachronistisch, wenn nicht absurd.

In dieser Sorglosigkeit hatten sie mit dem Verfassungspatriotismus einen Damm errichtet, der bereits die Schleusentore für die nationale Flut von heute enthielt. Neben der Ambivalenz dieser Formel war der zweite Fehler, den Konsens mit den Schleusenwärtern der Reaktion gesucht zu haben. Es steht heute zu befürchten, daß auch keine Sandsäcke gegen die Flut bereitgehalten wurden.

rh.

Anmerkungen:

1) Exponiert vertritt die Position, daß es sich nur um einen immanenten Gelehrtenstreit handelt, heute einzig noch Gordon Craig. Der Streit wird von ihm zur reinen Historikerangelegenheit erklärt, in der es um die noch ungelöste "Frage nach der Einpassung der nationalsozialistischen Epoche in den Gesamtablauf der deutschen Geschichte" gehe. Craig G., 1987: Der Krieg der deutschen Historiker, in: Hoffmann H. (Hg.) 1987: Gegen den Versuch Vergangenheit zu verbiegen, Frankfurt. Ansonsten hebt nur noch Klaus Naumann die fachwissenschaftliche Dimension des Streits in den Vordergrund. Für ihn handelt es sich um das "Rückspiel zur Fischer-Kontroverse der sechziger Jahre". Naumann K., 1987: Zwischen Normalität und Sonderweg, in: Deutsche Volkszeitung/die Tat vom 13.2.1987, S.20

2) Gossweiler K. 1987: Nur eine Historiker-Debatte?, in: Kühnl R. (Hg.): Vergangenheit die nicht vergeht. Die "Historikerdebatte". Darstellung, Dokumentation, Kritik, Köln 1987, S. 301; Fülberth G. 1987: Die plötzliche Karriere der Geschichte, in Forum Wissenschaft, H.1, 17-19. Linke Liste - Frankfurt, (Hg.) o.J.: Geschichte und Identität, Frankfurt, S.5

3) Hoffmann-Axthelm D. 1987: Was heißt heute Aufarbeitung der Geschichte?, in: Niemandsland 1, 91 -103

4) Hahn B./ Schöttler B. 1987: Jürgen Habermas und das "ungetrübte Bewußtsein des Bruchs", in: taz vom 18. Juli

5) Noelle-Neumann E. 1986: Die verletzte Nation, Allensbach, S. 17-47

6) Stürmer M. 1986: Geschichte in geschichtslosem Land, FAZ vom 25. April, abgedruckt in: "Historikerstreit", Piper-Verlag, München 1987. - Der Appell an die Historikerschaft wurde von Stürmer in den folgenden Wochen und Monaten mehrfach wiederholt. Im Mai 1986 benutzte er die gleiche Formulierungen in einem Aufsatz für die Zeitschrift "Das Parlament". Und noch einmal bekräftigte er den Appell auf den Römerberg-Gesprächen Anfang Juni vor der versammelten Historikerschaft, nachgedruckt in den "Schweizer Monatsheften".

Vgl. Stürmer M. 1986: Suche nach der verlorenen Erinnerung, in: Das Parlament 36. 1986, Nr. 20/21, S.1 und Stürmer M. 1986: Weder verdrängen noch bewältigen, in : Schweizer Monatshefte 66, Sept. 1986, S. 689-94

7) Nolte E., 1986: Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: FAZ v. 6. Juni, abgedruckt auch in: "Historikerstreit" ...

8) Vgl. hierzu: Wehler H.-U., 1988: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum "Historikerstreit", München, S. 37 f. u. 222

9) Hillgruber A., 1986: Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Siedler-Verlag, West-Berlin, und Stürmer M., 1986: Dissonanzen des Fortschritts Essays über Geschichte und Politik in Deutschland, München.

10) Galinski H., 1987: Beweiszwang für die Opfer, Freispruch für die Täter, in: Blätter für dt. u. Int. Politik 1, 20-24

11) siehe: Protokoll der Bundestagsdebatte zur "Lage der Nation" vom 23.6.1983

12) Hillgruber A., 1986: Für die Forschung gibt es kein Frageverbot, in: Rheinischer Merkur, 30. Oktober

13) Das Wort von der "Renationalisierung" wurde von Dan Diner geprägt, der es in Bezug auf den Historikerstreit in seinem Aufsatz "Der Kern der Wende" einführte. Vgl. Diner D. 1986: Der Kern der Wende, in: Links, Zeitung des Sozialistischen Büro, Nr. 11/86.

Dazu ist kritisch anzumerken: Diner definiert "Renationalisierung" als einen Prozeß, in dem seit einiger Zeit "der nichtnationale bis antinationale Grundkonsens" schleichend aufgelöst werde. Einen solchen "nichtnationalen bis antinationalen Grundkonsens" hat es m.M. nach nie gegeben. Einen solchen Konsens zu unterstellen, wäre eine Beschönigung der bundesrepublikanischen Wirklichkeit vor der konservativen Offensive. Der Grundkonsens, der auf politischer Ebene bestand hieß "Verfassungspatriotismus". Jenen als nichtnational zu bezeichnen, unterschätzt den Patriotismus und den nationalen Charakter der Verfassung der BRD. Unter "Renationalisierung" verstehe ich den Übergang von einer, über die Verfassung vermittelten und über die "Teilstaatsrealität BRD" gebundenen, nationalen Identität zu einer neuen gesamtdeutschen Identität am Leitbegriff Nation.

14) Nolte E. 1986: Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: FAZ v. 6. Juni; abgedruckt auch in: "Historikerstreit"

15) Die knappe Darstellung der Thesen Noltes soll keine Wertung sein; ausführlicher siehe ak 274 vom 26. Sept. 1986, S. 15: "Die FAZ enthüllt: Kommunisten waren schuld an Auschwitz" (Kt.) - Die Formulierung, Nolte reduziere die deutsche Verantwortung auf einen "Rest diffuser Selbstbeteiligung", stammt von Ralph Giordano. Dieser warf jenem nicht primär eine Verharmlosung des Faschismus vor, sondern den Versuch, "ein national-deutsches Verbrechen in die Verantwortung einer ebenfalls diktatorischen, aber fremden Macht zu delegieren." Das Ungeheuerliche liegt für Giordano darin, daß Nolte "Hitler zum Epigonen, zum Schüler von

Stalin und eine so genuine Kreatur der deutschen Reichsgeschichte wie den Nationalsozialismus zu einer Art Ableger des Bolschewismus" mache. Vgl. Giordano R., 1986: Ist Auschwitz vergleichbar? Gedanken zu einer aktuellen Diskussion, in: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, vom 7. November

16) In Hillgrubers Worten war die Fluchtbewegung nicht nur eine "Massenvertreibung der Deutschen aus einem Viertel des Reichsgebiets von 1937" sondern gleich eine "Auslöschung des Deutschtums". Hillgruber A., 1986: Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Siedler-Verlag, West-Berlin,

17) Die Interpretation der deutschen Geschichte unter der geopolitischen Hypothese ist der bisher profundeste, am weitesten ausgearbeitete und anscheinend auch relativ tragfähige Ansatz des Revisionismus. Stürmer ist Spezialist für die Geschichte von Bismarck- und Kaiserreich und hat die Interpretation dieser Zeit über Denkfiguren der Geopolitik ausführlich in seinem Grundsatzwerk entfaltet: Stürmer M., 1983: Das Ruhelose Reich 1866-1918, Berlin, 2. Aufl. 1984. Für die Weimarer Republik hat er dabei Unterstützung bekommen von Hagen Schulze: Schulze H. 1982: Weimar. Deutschland 1917-1933, Berlin.

18) Stürmer M., 1986: Dissonanzen ... S. 255 f.

19) vgl. Anmerkung 17; Unabhängig von der Zielperspektive, die hier aufgemacht wird, werden hier wieder einmal Täter und Opfer in einem Atemzug behandelt, als wäre etwas Drittes über sie hereingebrochen. Wieder einmal wird damit völlig verwischt, daß das Völkermordverbrechen an den Juden, aber auch das, was als "deutsche Katastrophe" beklagt wird, in deutscher Verantwortung liegt. Wieder einmal wird nach dem Motto - eure Katastrophe, unsere Katastrophe - aufgerechnet. Wieder einmal wird der deutsche Völkermord schließlich mit dem "vor allem aber" gleich noch einmal minimiert.

20) Vgl. ak Nr. 253, 17.12. 1984: 40 Jahre und kein bißchen weise. Großdeutsche Träume.

21) Hier ist nur von Historikern, nicht von Historikerinnen die Rede, da in der gesamten Debatte, soweit ich die Beiträge anhand der gängigen Literatur überblicke, keine einzige Historikerin zu Wort gekommen ist. Das spiegelt auch einen Ausschnitt Realität bundesdeutscher Geschichtswissenschaft. Die Abschottung der Wissenschaft als männliche Domäne funktioniert hier noch.

22) Broszat M., 1986: Wo sich die Geister scheiden. Die Beschwörung der Geschichte taugt nicht als nationaler Religionsersatz, in: ZEIT, 3. Oktober, abgedruckt auch in: "Historikerstreit" ...

23) Vgl. Habermas J., 1986: Eine Art Schadensabwicklung, in: ZEIT vom 11. Juli

24) Mommsen W.J., 1986: Weder Leugnen noch Vergessen befreit von der Vergangenheit, in: Frankfurter Rundschau vom 1. Dezember, abgedruckt auch in: "Historikerstreit" ...

25) Kocka J., 1986: Hitler sollte nicht durch Stalin oder Pol Pot verdrängt werden, in: Frankfurter Rundschau vom 23. September, abgedruckt auch in: "Historikerstreit" ...

26) Broszat M., 1986: Wo sich die Geister scheiden. Die Beschwörung der Geschichte taugt nicht als nationaler Religionsersatz, in: ZEIT vom 3. Oktober, abgedruckt auch in: "Historikerstreit" ...

27) Heck B., 1984: Vaterland Bundesrepublik? Texte und Thesen Bd. 174, Zürich

28) Ferry J.-M., 1989: Grenzen des Neohistorismus. Gespräch mit Jürgen Habermas, in: Frankfurter Hefte 4/89, 370-374

29) Studienzentrum Weikersheim (Hg.), 1983: Deutsche Identität heute, Dokumentation IX, Mainz

30) Ferry J. M., 1989: Grenzen des Neohistorismus. Gespräch mit Jürgen Habermas, in: Frankfurter Hefte/ Neue Gesellschaft 4/89, S. 370-374

31) Wehler H.-U., 1988: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum "Historikerstreit", München, S. 11 u. 198

32) Die "DHI" sind wichtige aus Mitteln des Bundesetats unterhaltene Forschungsinstitute.

In London wurde der Düsseldorfer Historiker Wolfgang Mommsen als bisheriger Direktor durch den linientreuen Nipperdey-Protege Adolf M. Birke ersetzt, der in Siedlers Reihe "Die Deutschen und ihre Nation"

den Band "Nation ohne Haus. Deutschland seit 1945" verfaßte. Nipperdey gilt als der "Großwesir des angeblich entpolitisierten Historismus". Im Historikerstreit trat er mit Vehemenz an die Seite Stürmers, Noltes und Hillgrubers. Vgl. Nipperdey T., 1986: "Unter der Herrschaft des Verdachts. Wissenschaftliche Aussagen dürfen nicht an ihrer politischen Funktion gemessen werden", in: ZEIT v. 17. Oktober, abgedruckt in: "Historikerstreit"

Die Nachfolge in Paris ging an den aus Erlangen kommenden Historiker Horst Möller. In Erlangen residiert Stürmer. Möller hat bei Nipperdey promoviert, habilitiert sich bei Nolte und hat in Siedlers Reihe "Die Deutschen und ihre Nation" den ersten Band "Fürstenstaat oder Bürgernation. Deutschland 1763-1815" geschrieben.

Für die Direktorenstelle in Washington DC mußte der sozialdemokratische Bielefelder Historiker Jürgen Kocka dem konservativen Kieler Frühneuzeithistoriker und Pietismusexperten Hartmut Lehmann weichen. Vgl. Wehler H.-U., 1988: Entsorgung der deutschen Vergangenheit, München, S. 189 ff.

33) Vgl. Hoffmann J., 1983: Die Sowjetunion bis zum Vorabend des deutschen Angriffs, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. IV, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart, S. 38-98

34) Erklärung des LG des KB: "Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht", in: ak Nr. 313, 11.12.1989. Der 2. Teil des Satzes ist in der veröffentlichten Fassung der Erklärung herausgefallen.

35) Augstein R., 1986: Die neue Auschwitz- Lüge, in: Spiegel Nr. 41, 62 f., abgedruckt auch in: "Historikerstreit" ...

36) Augstein R., 1990: Stunde Null, in: Spiegel Nr. 2, v. 8. Januar

37) Geiss I., 1988: Die Habermas-Kontroverse. Ein deutscher Streit, Berlin, S. 172 f.

38) Augstein R., 1990: Stunde Null, in: Spiegel Nr. 2, v. 8. Januar

39) Habermas J., 1986: vom öffentlichen Gebrauch der Historie. Das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik bricht auf, in: ZEIT v. 7. November, abgedruckt auch in "Historikerstreit" ...

41. Was fehlt? Der aufrechte Gang gegen Wiedervereinigung!

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:26

Die Anti-AKW-Zeitung "atom" veröffentlicht in ihrer neuen Ausgabe mehrere Debattenbeiträge zum Thema "Anti-AKW-Bewegung und Viertes Reich". Davon wurde einer dem ak zur Verfügung gestellt. Die "atom" ist erhältlich über Postfach 1109, 2120 Lüneburg.

Vorweg: Es gibt auch in der "atom"-Redaktion ganz erhebliche Differenzen, ob und wie wir uns zur Wiedervereinigung (WV) verhalten sollen - eine gemeinsame Diskussion hierüber hat bisher noch nicht stattfinden können. Der folgende Text ist ein individueller Diskussionsbeitrag, ausgehend von der Überzeugung, daß in jedem Land der Kampf um gesellschaftliche und individuelle Befreiung die nationalen Spezifika zu berücksichtigen hat. In den USA etwa wird eine allgemeine Emanzipation ohne die vollständige Beseitigung des dort in allen weißen Klassen vorhandenen "Nigger"-Rassismus ganz ausgeschlossen sein. Das spezifische Problem der Deutschen ist die Katastrophe des Holocaust und die Tatsache, daß unsere Gegenwart mit jener Vergangenheit durch 1000 Fäden verbunden ist. Das Agieren der westdeutschen Linken wird deshalb international und auch im historischen Rückblick ganz entscheidend daran gemessen werden, wie wir den Faschismus analysiert und aufgearbeitet und welche Schlußfolgerungen wir aus ihm gezogen haben. Alles, was heute zu "Deutschland" gesagt und getan wird, ist aber ganz zwangsläufig mit einer bestimmten Interpretation des NS-Imperialismus verknüpft. Gerade deshalb bedeutet die Neukonstituierung des Deutschen Reichs für uns Linke den politischen GAU, gerade deshalb halte ich den Widerstand hiergegen für momentan wichtiger als alles andere. Auf welche Art von Großdeutschland wir uns künftig einzustellen haben, ist schon jetzt an den Methoden abzulesen, mit denen die DDR-Annexion, die Polenfrage und das Reparationsproblem behandelt wird. Angst und Bange wird mir bei der Vorstellung, daß sich der grüne Trend des Mitmachens auch in den sozialen und linken Bewegung weiter so fortsetzen könnte, wie bisher.

Beispiel Friedensbewegung: Niemals zuvor hatte die BRD in den 40 Jahren ihrer Existenz auf eigene Faust mehr Destabilisierung provoziert, mehr alte und neue Ängste wachgerüttelt, als in den letzten Monaten. Doch die Friedensszene schweigt. Anfang März organisierte sie in Hannover eine Konferenz unter dem Motto "Aufgaben der Friedensbewegungen in beiden deutschen Staaten": Die BRD-Expansion in Richtung Osten war a priori selbst als Debattenpunkt auf dem Konferenzprogramm verbannt. Was haben wir geglotzt, als seinerzeit die Flotte der britischen Königin im nationalen Taumel die Falklands "befreite" und von der mächtigen britischen Anti-Atomwaffenbewegung nicht einmal Spurenelemente von Protest zu vernehmen waren. Heute haben wir dieselbe Katastrophe im eigenen Land, trotz 1914 und 1933ff.

Nicht Ja und nicht Nein sondern lieber gar nichts zu Großdeutschland sagen: diesem Motto folgt ebenfalls der "Eurotopia"-Aufruf der BI-Lüchow-Dannenberg zur Durchführung eines wendländischen Ost-West-Camps (siehe letzte atom, S.8). Anstatt die WV-Politik auch nur zu erwähnen, flüchtet man in die Utopie: "Gibt es ein Gegenmodell von dem sogenannten Europäischen Haus, in dem wir uns alle wiederfinden? Wir wollen mit vielen Menschen aus West- und Osteuropa unsere Gedanken austauschen, uns an der Vision eines Eurotopia versuchen. Die Geschichte zwingt uns zu neuen Ansätzen, zur Entdeckungsreise nach Gemeinsamkeiten und zur Überwindung der Grenzen in unseren Köpfen." (aus: BI-Aufruf) Daß das ganze "zwischen Himmelfahrt und Pfingsten" stattfinden soll, ist irgendwie passend.

Was ist der Grund für das beredte Schweigen zum Thema Wiedervereinigung? Sind wir alle plötzlich mit dem großdeutschen Virus geimpft? Träumt die alte und neue, die 68er Linke urplötzlich von einer Wiedergeburt der alten Reichshauptstadt an der Spree? Wohl kaum. Die oben genannten Beispiele sind wohl eher symptomatisch für die Schwierigkeiten der sozialen Bewegungen und der linken und linksradikalen BRD-Szene, auf den politischen Orkan, der über uns abgeht, einigermaßen adäquat zu reagieren, bzw. sich überhaupt erst einmal zu berappeln und einen von der imperialistischen Medienmaschinerie unabhängigen Standpunkt zu beziehen. Ich bin davon überzeugt, daß alleine in Hamburg mindestens 20.000 Menschen mit klammheimlich geballter Faust durch die Gegend düsen, weil sie Großdeutschland als Perspektive einfach zum Kotzen finden. Nicht unbedingt aus den eingangs von mir genannten Gründen. Sondern weil sie mit "Deutschland", zumal Großdeutschland schlichtweg nichts Positives verbinden. Oder weil sie Antiimperialisten sind, und deshalb eine Machtausweitung des BRD-Imperialismus schon aus Prinzip ablehnen. Nur: Warum

kommt die Faust nicht aus der Tasche? Offenkundig reicht derzeit das Bekenntnis, gegen Großdeutschland zu sein, nicht aus, um Mobilisierungen zu erreichen. Ich meine deshalb, daß wir uns die aktuelle Schwierigkeit eines aufrechten Gangs gegen die WV eingestehen und die Ursachen hierfür erfassen müssen.

1. "Der Zug ist doch längst abgefahren!"

Es ist momentan keine politische Kraft erkennbar, die die Wiedervereinigung noch aufhalten könnte. Viele, die ursprünglich überhaupt keine WV wollten, haben deshalb von heute auf morgen ihren Standpunkt über Bord geworfen, um sich für das kleinere Übel zu engagieren: Wenn schon Wiedervereinigung, dann eine, bei der wir mitbestimmen! Man votiert für Bonn statt Berlin und kämpft um einen Anschluß unter der Nr.146. Dieses Verhaltensmuster zeugt von der Dominanz des sozialdemokratischen Politikverständnisses. Wer progressive Veränderungen will, wird realpolitisch hiermit keinen Blumentopf gewinnen können. Denn:

- Diejenigen, die uns tagtäglich das Bild vom dahinrasenden Zug einhämmern, unterschlagen mit Bedacht, daß jeder Zug von menschlicher Hand gelenkt, beschleunigt oder gestoppt wird. Wer glaubt, nur noch auf fahrende Züge aufspringen zu können, anstatt an den Weichen zu fummeln oder Blockaden zu errichten, ist mitverantwortlich, wenn die Reise eines Tages im Abgrund endet.

- Immer deutlicher entlarvt sich das Gerede zu Großdeutschland per Sturzgeburt zu kommen, als eine von Größenwahn und politischem Kalkül gespeiste Fiktion. Der Zeitpunkt wird inzwischen selbst von Bonn immer mehr nach hinten geschoben, zahlreiche ungelöste Widersprüche, etwa in der NATO-Frage, sind inzwischen offenkundig. Um so unsinniger wäre es, auch weiterhin wie das Karnickel auf die Schlange starren, und, ohne es je versucht zu haben, so zu tun, als könnten wir auf die Entwicklung überhaupt keinen Einfluß mehr nehmen.

- Die einzig richtige und "realpolitisch" bewährte Antwort auf jene lähmende Logik des Sachzwangs liegt in der Losung: "Seid realistisch - fordert das Unmögliche". Wenn wir in der Vergangenheit den Herrschenden Zugeständnisse abgenötigt haben, dann nicht durch Anpassung, sondern durch Gegenpolarisierung. Sand ins Getriebe der herrschenden Politik streuen zu wollen, mag heute als antiquiert gelten. Sich lang zu machen, um die Gangschaltung zu berühren, gilt demgegenüber als zeitgemäß. Schlimm wird es jedoch, wenn die Aufgabe jeder eigenständigen Politik unter dem Etikettenschwindel "Realpolitik" firmiert. Das gilt für den Widerstand gegen Großdeutschland nicht minder wie für den Widerstand gegen AKWs. Und dennoch gibt's da noch einen Unterschied: Das eine will das Volk, das andere will es nicht.

2. "Die Menschen wollen das doch!"

Das für die Lähmung der BRD-Linken vielleicht wirkungsvollste, zugleich aber dümmste Sachzwang-Argument besteht in dem Verweis, daß die Mehrheit der DDR-Bevölkerung die Wiedervereinigung will.

Darf mensch sich als Linker gegen das "Volk", zumal gegen das der DDR stellen und den Deutschen ein Recht auf "nationale Selbstbestimmung" absprechen? Aber immer! Es ist doch grundsätzlich schon eine schlimme Zeitgeist-Marotte, wenn das "Volk" idealisiert und die Interessengegensätze innerhalb desselben ignoriert werden. (Zur Erinnerung: 1975 wurde der Bauplatz in Wyhl besetzt, nachdem sich per Bürgerentscheid die Mehrheit für das AKW ausgesprochen hatte.) Überhaupt kein Vertrauen verdient, speziell in "nationalen" Fragen freilich das Volk der Deutschen, das sich als Mitverursacher und Mittäter am Holocaust bis heute überwiegend weigert, hierüber auch nur zu trauern. Vermutlich ist die Realität der deutschen Verbrechen nirgendwo in Europa so gründlich verdrängt wie in der Bevölkerung beider deutscher Staaten. Angesichts jener Vergangenheit erscheint es geradezu absurd, sich mit dem Argument selbstberuhigen zu wollen, daß nicht nur der Imperialismus, sondern vielfach auch die "Massen" auf Großdeutschland abfahren. Dies macht die Sache nicht besser, sondern schlimmer und den Widerstand der Andersdenkenden nur noch notwendiger. Wie viel bzw. wie wenig darüberhinaus die Wiedervereinigung mit "Selbstbestimmung" zu tun hat, ist in den letzten Monaten mehr als deutlich geworden. Ein "nationales Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" anzuerkennen, hieße, eine zentrale Kampfparole des BRD-Imperialismus zu übernehmen und gegen seine früheren und künftigen Opfer in Anschlag zu bringen. In bestimmten Fragen: Großdeutschland, deutsche Atomwaffen etc.pp. muß uns die Meinung der ehemaligen NAZI-Gegner auch heute noch wichtiger sein, als die der Deutschen.

3. Der Imperialismus als Naturgesetz

Aus vollkommen durchsichtigen Gründen versuchte die Bundesregierung von Anfang an den Eindruck zu erwecken, eigentlich nur mehr oder weniger gezwungenermaßen auf Entwicklungen in der DDR zu reagieren. Es geht mir nicht darum, den Anteil der RgW- und DDR-Krise an der momentanen Entwicklung zu verleugnen. Darüber reden alle. Total unterbelichtet ist jedoch das reale Ausmaß des bundesdeutschen Anteils an der "Fluchtbewegung" von Ende 1989, an der allgemeinen DDR-Destabilisierung und an der Schürung von WV-Forderungen in der DDR. Der Widerspruch ist jedenfalls frappant: Auf der einen Seite tun die Machthaber so, als sei die Zweistaatlichkeit etwas Unnatürliches und die Wiedervereinigung das Natürlichste von der Welt. Nicht zufällig verwendet der unerhört erfolgreiche Brandt-Slogan, wonach zusammenwächst, was zusammengehört, eine Metapher aus der Natur. Von Anbeginn sollte der Widerstand dagegen als "unnatürliche" Verrücktheit abgestempelt und marginalisiert werden. Auf der anderen Seite ist überhaupt nicht zu übersehen, daß der BRD-Imperialismus absolut nichts "seinem natürlichen Verlauf" oder gar dem Zufall zu überlassen gedenkt, sondern die Annexion generalstabmäßig und mit geradezu brutaler Perfektion vollzieht. Dabei demonstriert schon die Machart der WV, was für eine Art Großmacht da aus dem Schatten Hitlers heraus und auf uns losmarschiert. Großdeutschland wird uns mit der Notwendigkeit konfrontieren, noch ganz anders als bisher gegen den eigenen Imperialismus Widerstand leisten zu müssen. Zumal sich jener Imperialismus "danach" als vollständig rehabilitiert und damit in neuem Stile interventionsbereit fühlen wird. Ich bin davon überzeugt, daß gegen diese Politik sich nicht wappnen kann, wer den heutigen WV-Prozeß als "Sachzwang" akzeptiert. Scheinbar ist es heute unrealistisch, gegen die WV noch kämpfen zu wollen. Tatsächlich unrealistisch ist es jedoch, zu glauben, wir könnten den besonderen Problemen Großdeutschlands jemals die Stirn bieten, wenn wir bereits in seiner Entstehungsphase die Sachen einpacken.

In Bonn jedenfalls sind Profis am Werk. Bisher hat ihr Kurs und haben ihre Metaphern vom Zug, von der Natur etc. entscheidend dazu beigetragen, daß im Widerstandspotential gegen Großdeutschland Lethargie und Fatalismus grassieren. Eine Agitation gegen WV, die auch die Schwankenden erreichen will, muß m.E. die Probleme der Anti-WV-Mobilisierung thematisieren und gezielt entmystifizieren. Andernfalls besteht die Gefahr, daß nur die Kombination von gutem Wetter und schlechtem Gewissen Menschen nach Frankfurt mobilisiert. Das Ziel der Demo und des sich anschließenden Kongresses der Radikalen Linken sollte demgegenüber darin bestehen, die Trendwende herbeizuführen und die Vereinzelung und Sprachlosigkeit in der Linken aufzubrechen.

Wo die real existierende Anti-AKW-Bewegung hierbei ihren Platz sehen wird, ist noch offen. Die eine Option wurde im jüngsten Reader der Braunschweiger Frühjahrskonferenz so auf den Punkt gebracht: "Egal, ob zwei deutsche Staaten, eine Konföderation oder eine Vereinigung: Radioaktivität bleibt Radioaktivität und Atommüll bleibt gefährlich." Egal, ob mit oder ohne Brett vor dem Kopf: Wir bleiben eine Ein-Punkte-Bewegung! Die andere Möglichkeit bestünde darin, nach Frankfurt nicht nur aus Gründen des Anti-AKW-Kampfes zu mobilisieren. Warum sollte es in Frankfurt unter diesem Vorzeichen nicht sogar einen Block der Anti-AKW-Bewegung geben können?

Matthias, 29.3.90

42. Ein schwarz-rot-goldener Schatten am Rande des Grünen-Parteitages, von Yaron Matras

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:32

Der rüstungspolitische Experte der Grünen verlas sein Referat geflissentlich weiter, während mehr als zweihundert Roma - junge Männer, einige Frauen und Kinder - den Tagungssaal des Grünen-Parteitages in Hagen betraten und die Bühne besetzten. Erst als mit den Rufen "Rudko, Rudko!" ein neuer Rhythmus in den Raum kam und die Verwirrung unter den Vorstandsmitgliedern am gedeckten Promi-Tisch nicht mehr zu übersehen war, unterbrach er seine monotone Rede. Rudko Kawczynski, Spitzenkandidat der Grünen für die letzte Europawahl und Sprecher der Roma-Verbände, war nicht nach Hagen gekommen, um allein für das Bleiberecht seiner Volksgruppe zu demonstrieren: Fünfzehn Minuten lang waren es diesmal die Grünen selbst, die auf ihrem eigenen Parteitag auf der Anklagebank saßen.

"Der Rom hat seine Schuldigkeit getan", so empfinden Kawczynski und seine Freunde, die sich seit einem Jahr für ein Bleiberecht der von der Abschiebung bedrohten, heimatlosen Roma einsetzen, den Umgang der Grünen mit der Kandidatur und mit ihrem Anliegen. Die Wahlversprechungen der Partei - bis zu den Europawahlen im Juni hieß es: "Mut zur multikulturellen Gesellschaft!" - halten sie im nachhinein für plakative Lippenbekenntnisse, ja sogar für einen Mißbrauch der Notlage der ethnischen Minderheiten für eigene politische Zwecke. Denn dem Aufruf folgten keine Taten.

Selbst dem Vertrag mit ihrem Spitzenkandidaten - einem Staatenlosen, der von vornherein nicht in das Parlament hineingewählt werden konnte - schenkten die Parteigremien nach den Wahlen nur minimale, bürokratische Aufmerksamkeit. Während die Partei-Beschlüsse vom letzten Jahr verkündeten: "(...) er ist kein symbolischer Kandidat, sondern stimmberechtigtes Fraktionsmitglied, den Abgeordneten politisch und materiell gleichgestellt", wurde später aus dem Konsens um die politische Mandatierung ein Streit um die finanzielle Verantwortung. Weder ein Büro, noch Mitarbeiterstellen, noch ein sonstiger Zugang zum Partei-Instrumentarium wurde dem Teil der Basis zugesichert, für den Kawczynski auftrat. Der Spitzenkandidatenvertrag wurde einseitig und ohne Begründung aufgekündigt, statt dessen wurde Kawczynski eine Mitarbeiterstelle bei der Europa-Gruppe in Brüssel angeboten, wo sich jedoch der Staatenlose ohne Visum nicht aufhalten darf. Nimmt er eine Arbeit im EG-Ausland an, verliert er wiederum seinen Aufenthaltsstatus in der BRD.

Aber über die praktischen Probleme, mit denen ethnische Minderheiten im vereinigten "Europa der Konzerne" konfrontiert werden, scheinen sich die Grünen ebensowenig Gedanken gemacht zu haben, wie über die Umsetzung ihrer Absichtserklärung, mit den Roma eine politische Partnerschaft einzugehen. Die Parole "offene Grenzen", mit der die deutsche Öko-Partei hausieren gegangen war, kann vielleicht jetzt im Sinne des neuen Nationaltages, des 9. November, deutsch- deutsch uminterpretiert werden. Doch zwischen Mehrheit und Minderheit, zwischen einheimischen "Helfern" und eingewanderten "

Patienten" machte sich in der Hagener Stadthalle eine ganz tiefe Kluft deutlich: Während zwei türkische Delegierte den Roma applaudierten, löste sich unter den Mehrheits-Alternativen allgemeine Empörung aus.

Die wenigen Zeichen von Sympathie wurden übertönt von Rufen wie "der Sippenchef hält eine Personality-Show" und "es sind nur die Männer da; ihre Frauen sperren sie zuhause ein". Und trotzdem war es der Parteitag der Grünen. Mit ihrem Plakat "grün-gestrichener Rassismus" hatten also die Roma nicht ganz daneben getroffen. Erst wenige Tage vor dem Spektakel in Hagen stimmten die Grünen-Abgeordneten in Bremerhaven - zusammen mit den anderen Fraktionen, allen voran die DVU - für die Abschiebung einer Roma-Familie.

"Ich war zum Spitzenidioten nominiert und allmählich in die Rolle des bettelnden Zigeuners eingewiesen worden; ich bin vielleicht blöd, aber ich lasse mich nicht kaufen", erklärte Rudko Kawczynski und verließ mit seinen Freunden wieder den Saal. Nach wenigen Minuten war grüne Ordnung wieder hergestellt. Während die schwarzköpfigen "Fremdlinge" abzogen, begrüßte der Vorstand - unter heftigem, begeistertem Beifall aller Delegierten - drei Gäste aus der DDR, und volksgrün wurde die Rüstungsdebatte planmäßig fortgesetzt. Keiner protestierte, keiner fragte nach einer Erklärung, keiner unternahm den Versuch, mit den Roma draußen

vor dem Sitzungssaal zu sprechen. Ein hundertprozentiger Stamm alternativer Mitläufer gerade auf dem vorgesehenen Spaltungskongreß: Nirgends scheint die Einigkeit der deutschen Gesellschaft so gewährt zu sein, wie bei der Herausforderung durch außenstehende Fremde.

Anmerkung der Redaktion:

Wir haben versucht von den GRÜNEN eine Stellungnahme einzuholen, die leider zu dem Vorgang bisher nicht vorliegt.

43. Autonomer Palästina-Kongreß mit neuen Akzenten für die Solidaritätsarbeit

Rubrik: Westdeutsche Linke, intern. Solidarität; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:38

Zu einem internationalen Palästina- Kongreß kamen vorwiegend autonome Gruppen und SympathisantInnen im März in Hamburg zu einem Kongreß zusammen.

Veranstalter des Kongresses waren der Arbeitskreis zur Unterstützung der Intifada (c/o FreundInnen des palästinensischen Volkes e.V., Hamburg), die Autonomen Nahostgruppen Bielefeld und Hamburg, die Palästinagruppen Bremen und Westberlin, das Palästinakomitee Wuppertal, die Palästina-Arbeitsgruppe im Juzi (Jugendzentrumsinitiative) Göttingen und die Gruppe Arbeiterpolitik (Hamburg).

Am Abend des 2.3. fand eine Auftaktveranstaltung mit 600-700 Leuten statt. Zu den Themen der für den folgenden Tag geplanten Arbeitsgruppen gaben die ReferentInnen aus Palästina und Israel kurze Einführungen. Auf dem Podium saßen VertreterInnen der Volkskomitees für Gesundheitsversorgung, der Union palästinensischer Frauenkomitees, der Organisation Abna al-Balad (1), des Komitees zur Verteidigung Arabischen Bodens,der RETURN-Initiative (2) aus London sowie ein ehemaliger palästinensischer Gefangener, ein Mitglied des Palästinensischen Nationalrats (PNC), eine israelische Mitarbeiterin des Alternativ Information Centre (AIC) (3) und ein palästinensischer Rechtsanwalt.

Am 3.3. wurden Arbeitsgruppen zu den Themen:

- Volkskomitees in der Intifada,

- Repression und politische Gefangene,

- Frauen in der Intifada,

- Situation der PalästinenserInnen in Israel,

- Auswirkungen der Intifada auf die palästinensische Gesellschaft

durchgeführt. Die Arbeitsgruppe zur Strategie der PLO und der Vereinigten Nationalen Führung mußte ausfallen, da der Referent erkrankt war. Die Fragestellung dieser AG wurde in den anderen Gruppen mitaufgenommen, litt aber deutlich unter dem Fehlen eines sachkundigen Referenten.

In der Abendveranstaltung, die zum Themenkomplex "Palästina-Solidarität in der BRD" durchgeführt werden sollte, wurde lediglich aus den Arbeitsgruppen berichtet. Zur Diskussion des eigentlichen Themas und der Differenzen in der Palästina-Solidaritätsszene kam es leider nicht.

Am Sonntagmorgen berichteten VertreterInnen von Solidaritätsgruppen aus der BRD über ihre praktische Arbeit und stellten ihre Vorhaben für die Zukunft vor. In diesem Zusammenhang berichteten AktivistInnen aus Hamburg und Göttingen über die Erfahrungen mit Boykottaktionen, bei denen sie teilweise mit verstecktem und offenem Antisemitismus konfrontiert wurden, diskutiert wurde jedoch nicht weiter darüber.

Abgeschlossen wurde der Kongreß mit einer Pressekonferenz, Statements der ReferentInnen und einem internen Treffen der anwesenden Palästina-Gruppen, die sich über die weitere Arbeit und die Koordination ihrer Aktionen verständigten.

Ungeachtet einiger Mängel (wie sie aber so oder ähnlich bei allen linken Veranstaltungen auftreten) ist festzustellen: Die VeranstalterInnen haben, bei denkbar kleinem "Budget", eine enorme organisatorische Leistung erbracht, die nicht nur darin besteht, daß es ihnen gelungen ist, aus allen wichtigen Bereichen der Intifada ReferentInnen zu gewinnen, sondern auch darin, daß sie nicht nur die relevanten Teile der bundesdeutschen autonomen Palästina-Solidaritätsszene, sondern auch entsprechende Gruppierungen aus einer Reihe anderer europäischer Länder an einen Tisch gebracht haben.

Selbstversicherung

Ein aus der autonomen Palästina-Solidaritätsszene heraus veranstalteter Kongreß dieser Art und mit diesen ReferentInnen wäre nach Beginn der Intifada und auch noch vor einem Jahr undenkbar gewesen.

In Flugblättern zur Information über die Intifada und Aufrufen zu Demonstrationen war der bewaffnete Kampf als die wichtigste Kampfform benannt worden, dem real existierenden Staat Israel wurde seine Nichtexistenz durch die Verwendung von Anführungszeichen bescheinigt, und der Aufruf zum Boykott israelischer Waren etc. stand bald im Mittelpunkt autonomer Agitation. Während die ersten beiden dieser Auffassungen stillschweigend aufgegeben wurden, organisierten u.a. autonome Palästina-Solidaritätsgruppen in Hamburg eine Diskussion um die Boykottparole und um die mögliche Provozierung antisemitischer Ressentiments durch diese Parole auf einer Veranstaltung im Herbst 1988. (Daß im Ergebnis dieser Veranstaltung, wie bei anderen ähnlichen Unternehmungen dieser Szene, eine Bestätigung für die Richtigkeit des Boykotts herauskam, ist eine zweite Frage.) Auch in der Berichterstattung im Palästina Info (hrg. von den FreundInnen des palästinensischen Volkes e.V., Hamburg) trat ein allmählicher Wandel zu einer umfassenderen Sicht auf die Wirklichkeit der Region, des besetzten Palästina wie Israels (mittlerweile ohne Anführungszeichen) zu Tage.

Insofern war es ein weiterer konsequenter Schritt, als die VeranstalterInnen im Aufruf zum Palästina-Kongreß feststellten: "Nur durch das Zusammenwirken von Gruppen und Personen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, aus der Arbeit im Stadtteil, den Gewerkschaften, den Schulen und Universitäten, den kirchlichen Gruppen und Organisationen, kann eine Kraft entstehen, die hier in der BRD eine stärkere Solidarität mit dem palästinensischen Volk entwickelt." Diese Absicht konnte jedoch schon deshalb nicht realisiert werden, weil die eingeladenen ReferentInnen einem sehr begrenzten und kleinen Spektrum entstammten: von palästinensischer Seite waren nur Vertreter einer (radikal linken) politischen Gruppierung der PLO geladen, aus Israel bzw. von jüdischer Seite nur dezidiert antizionistische Kräfte. Und das Bemühen, um einen politisch breiteren Trägerkreis des Kongresses mußte zwangsläufig daran scheitern, daß - wie im Falle des Palästina-Arbeitskreises des KB - ein Interesse an Zusammenarbeit erst mitgeteilt wurde, als das Kongreß-Konzept feststand und die ReferentInnen eingeladen waren.

Nicht kritisiert werden kann und soll, daß sich die Kongreß-VeranstalterInnen für die ausschließliche Einladung von Personen entschieden haben, die einen nur sehr kleinen Ausschnitt der politischen Kräfte der Intifada bzw. Israels repräsentieren. Zu kritisieren ist aber unserer Auffassung nach sehr wohl, daß weder in dem der Vorbereitung dienenden Reader noch auf dem Kongreß selbst gegenüber dem (nicht unbedingt umfassend informierten) Publikum klargestellt worden ist, welche (qualitative und quantitative) Bedeutung die von den palästinensischen und israelischen ReferentInnen vertretenen politischen Strömungen im besetzten Palästina bzw. in Israel haben. (Nur ausgestattet mit den auf dem Kongreß vermittelten Informationen dürfte in die Region reisenden AktivistInnen beim Zusammenprall mit der örtlichen Realität eine böse Überraschung bevorstehen.) Aber auch bei den Gästen, den ReferentInnen scheint, da die Diskussion von Differenzen der Solidaritäts-Szene auf dem Kongreß weitgehend ausgeblieben ist, ein falsches Bild von der Stärke und Einheitlichkeit der bundesdeutschen Palästina- Solidarität entstanden zu sein. Im Beitrag der Vertreterin der Palästinensischen Frauenkomitees auf der Abschlußveranstaltung heißt es: "(...) Die Beteiligung aus der gesamten BRD, der DDR und dem Ausland hat das große Interesse an unserer Sache zum Ausdruck gebracht. (...) Dieser Kongreß ist eine wichtige Demonstration für die Solidarität mit dem palästinensischen Volk, er ist ein wichtiger Schritt in der Weiterentwicklung dieser Solidarität und der erste dieser Art in der Bundesrepublik Deutschland."

Die Fundierung und Stärkung der Palästina-Solidarität in der BRD bedarf tatsächlich der im Kongreß-Aufruf angesprochenen Zusammenarbeit von Kräften aus verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen. Bei diesem Kongreß ist diese Einsicht jedoch (noch) in dem Bedürfnis nach Selbstversicherung untergegangen.

Palästina-Arbeitskreis im KB

Anmerkungen

1) Palästinensische marxistische Organisation in Israel, die sich als Teil der nationalen Bewegung des palästinensischen Volkes versteht und die Rechte und Interessen der PalästinenserInnen in Israel, ihre arabische Identität und die Unabhängigkeitsbestrebungen verficht. Abna al Balad (Söhne des Bodens) hat sich 1969 als lokales Komitee in Umm al Fahm gegründet. Seit Mitte der 70er Jahre hat die Organisation (ohne

zentrale Leitung) sich über das ganze Land ausgebreitet. 1982/83 bildet sich die Organisation um nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus und erhebt den Marxismus zum Bestandteil ihrer politischen Ideologie. Der Hauptunterschied zur Kommunistischen Partei Israels besteht in der Ablehnung des Staates Israel und der Leugnung eines Rechts auf nationale Selbstbestimmung für die Israelis.

2) Gruppe mit Initiativ- oder Bewegungscharakter vorwiegend britischer Juden und in Großbritannien lebender Israelis. Z.T. gehören ihr ehemalige Mitglieder der antizionistisch-sozialistischen Organisation Matzpen an. Die Mitglieder sind bei sozialistischen Projekten, Zeitungen und Organisationen aktiv. Ilan Halevi/Paris vertritt heute die PLO diplomatisch. Die Return- Gruppe gibt eine gleichnamige Zeitschrift in London heraus. Ihre Hauptpositionen sind: Der israelische Staat ist ein Apartheidsystem und mißachtet das nationale Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Daher treten sie gegen das israelische "Rückkehrergesetz" und für das palästinensische Recht auf Rückkehr in die Heimat ein.

3) Im nächsten ak 318 wird voraussichtlich ein Interview mit der Direktorin des Alternativen Informationszentrums in Jerusalem veröffentlicht werden. Über die Arbeit des Alternativen Informationszentrums in Jerusalem und den Prozeß gegen dessen ehemaligen Direktor siehe auch ak 313.

44. Neue Bücher zur Intifada

Rubrik: Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/intifada.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:intifada

Einen Boom auf dem Büchermarkt verursachte die Intifada gerade nicht. Das aktuell gestiegene Interesse an Israel/Palästina machte sich als erster Verlag Rowohlt im März 1988 mit der Veröffentlichung des schon 1986 im englischsprachigen Original erschienenen Buches von (den israelischen Autoren) Aharon und Amalia Barnea Freunde trotz Terror und Tod zunutze. Der auf dem Cover plazierte Obertitel "Der Israeli und der Palästinenser" sollte den Eindruck erwecken, es handele sich um eine aktuelle Schrift zur Intifada. Dies eher peinliche Buch - Quintessenz: auch unter Terroristen gibt es Menschen, und einer von ihnen ist sogar "großer Käsekuchen-Liebhaber" - hat zur Information über den israelisch-palästinensischen Konflikt kaum Sinnvolles beigetragen. David Grossmans lesenswerte Reportagen aus den besetzten Gebieten Der gelbe Wind waren schon vor dem Beginn der Intifada verfaßt worden und hätten - ohne die Intifada - wohl kaum eine Chance gehabt, alsbald in der BRD zu erscheinen, geschweige denn, wie es geschah, durch Vorabdrucke in der "Zeit" und zahlreiche Besprechungen gepusht zu werden. Das kurze Zeit später erschienene Buch Schmutzige Allianzen. Die geheimen Geschäfte Israels, verfaßt von dem israelischen Psychologie-Professor Benjamin Beit-Hallahmi, in dem eine durchaus mit der Intifada zusammenhängende Problematik behandelt wird, fand im Vergleich zum Gelben Wind weniger Interesse.

Die ersten zwei deutschsprachigen Bücher über die Intifada erschienen gegen Ende 1988. Zum einen in der Reihe rowohlt-aktuell von Ivesa Lübben und Käte Jansen Die Kinder der Steine. Vom Aufstand der Palästinenser, zum anderen Alexander Flores Intifada. Aufstand der Palästinenser. Auf dem denkbar knappen Raum von 120 Seiten analysiert Flores sowohl die Besatzung von 1967 und ihre Folgen wie auch die wesentlichen Elemente der Intifada. Diese im Rotbuch Verlag erschienene und mittlerweile in der zweiten Auflage vorliegende Arbeit ist, obwohl bereits im Herbst 1988 abgeschlossen, auch heute noch, nach dem Erscheinen von rund einem halben Dutzend weiterer Bücher zur Intifada, die bisher nützlichste Publikation zum Thema.

Verständnis

Die mit Abstand bemerkenswerteste Neuerscheinung zur Intifada ist Lutz van Dicks Aufstand im Gelobten Land. Erkundungen zur Intifada. Alexander Flores einerseits, Lutz van Dick andererseits kommen von sehr verschiedenen Ansätzen her. Während Flores' Arbeit sich durchaus nicht speziell an die radikale Linke richtet, aber vornehmlich wohl von dieser gelesen wird, dürfte der Ansatz von Lutz van Dick - wiewohl er mit zumindest sehr ähnlicher Eindeutigkeit zum Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes steht - in der radikalen Linken, und erst recht bei den (ganz überwiegend "autonomen") Nahost-Solidaritätskomitees auf Befremden, wo nicht glatte Ablehnung stoßen.

Lutz van Dick, der seit 1982 fünfmal in Israel war, u.a. im Archiv von Jad Waschem arbeitete, und sich Anfang 1989 drei Monate in Israel und den besetzten Gebieten aufhielt, geht es um Verständnis, das Verständnis beider Seiten - der palästinensischen wie der israelischen - füreinander und um ein differenzierteres Verständnis Außenstehender für den Konflikt. Es geht ihm darum, die "hoffnungsvollen Ansätze der gegenseitigen Akzeptanz auf beiden Seiten zu stärken", was zunächst heiße, "sie zu verstehen, sie einfühlsam auf verschiedenen Ebenen zu entziffern und sie weder zu idealisieren noch zu funktionalisieren." Nicht die "großen" Ereignisse der Politik, behandelt Van Dick, er schildert "eher Mikrokosmen, in denen sich unterschiedliche Strukturen des israelisch-palästinensischen Konflikts unter den Bedingungen der Intifada auf eine Weise identifizieren lassen, die herausfordern kann, beide Seiten differenzierter wahrzunehmen".

Diese "Mikrokosmen" entfaltet der Autor eingangs am Beispiel der Ereignisse in Beita, wo im April 1988 ein israelisches Mädchen aus der Westbank-Siedlung Elon Moreh im Verlauf einer Auseinandersetzung mit den Bewohnern von Beita durch einen Schuß aus der Waffe eines der Siedler getötet wurde. Im zweiten Teil - "Ein Haus in Ramle" - macht Van Dick mit den näheren Umständen und dem Hintergrund jenes Briefes von Dalia Landau bekannt, den sie an einen der ersten nach Beginn der Intifada ausgewiesenen Palästinenser, Bashir Khairy richtete. Dieser Brief war in zahlreichen, auch bundesdeutschen, Zeitungen veröffentlicht worden, die damit jedoch nur die "Hälfte der Wahrheit", eben die Sicht einer (durchaus friedenswilligen) Israelin präsentierten. (Im umgekehrten Falle - der Palästinenser Khayri schreibt der Israelin Landau - wäre der Brief in

den allermeisten Redaktionsstuben umstandslos im Papierkorb gelandet.) Im dritten und letzten Abschnitt schildert Van Dick eine Visite Schamirs bei einer israelischen Militäreinheit in Nablus (Westbank), bei der er sich unvermutet herber Kritik von "einfachen" SoldatInnen ausgesetzt sah. Wie auch in den beiden vorhergehenden Abschnitten stellt Van Dick das gesamte Umfeld des jeweiligen Konflikts dar, was für diesen Teil seines Buches heißt, daß er neben der Wiedergabe der Debatte zwischen den SoldatInnen und Schamir u.a. die Geschichte der Stadt Nablus anreißt, Gespräche mit Jugendlichen und mit einem Arzt aus dieser Stadt führt.

Eine "objektive Instanz" zu sein negiert Van Dick in seinem Vorwort explizit. Die nicht selten anzutreffende Mixtur von "Meldung und Meinung" vermeidet er bis zur Überschreitung der Schmerzschwelle (jedenfalls eines Linksradikalen), wenn er etwa unkommentiert Gespräche mit Siedlern wiedergibt.

Gleichzeitig mit dem Aufstand im Gelobten Land erschien vom gleichen Autor das Jugendbuch Feinde fürs Leben? Aufregende Ferien in Jerusalem, eine Erzählung über eine (bundes-)deutsche Jugendliche, die in Jerusalem einen jungen Palästinenser und dessen von der Intifada geprägtes Leben kennenlernt. Die (notwendigen) Hintergrundinformationen über Israel und Palästina sind gelegentlich zu "pädagogisch" präsentiert ("Was heißt eigentlich Zionismus, Papa?" "Das Wort stammt ursprünglich von ..." etc.pp.), aber auch der Rezensent stünde recht ratlos vor der Aufgabe, in einem Jugendbuch die komplexe und komplizierte Wirklichkeit in erhabener stilistischer Schönheit darzulegen. Van Dicks Jugendbuch über den israelisch-palästinensischen Konflikt hat das gleiche Leitmotiv wie seine Erkundungen zur Intifada: "Warum ist es so schwer auszuhalten", fragt sich die junge Reisende bei ihrem Rückflug, "daß es nicht einfach Gut und Böse gibt, sondern auf beiden Seiten glaubwürdige Menschen, die Anerkennung und Unterstützung verdienen?" - Zwar ist mit dieser Einsicht allein die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes nicht möglich, aber ohne diese Einsicht ist der Weg zur Lösung zweifelsohne noch schwerer und blutiger, als er es ohnehin schon ist.

Schnell- und andere Schreiber

Friedrich Schreiber, ARD-Korrespondent in Israel, legte Anfang dieses Jahres sein Buch Aufstand der Palästinenser. Die Intifada. Fakten und Hintergründe vor. Schreiber breitet in seiner im Herbst vergangenen Jahres abgeschlossenen Arbeit eine Fülle von Material aus über die verschiedenen Aspekte der Intifada, das israelische Vorgehen und die Entwicklung der "großen Politik".

Nichts gegen einen "flotten Stil" - Schreiber ist nun einmal Journalist und nicht (politischer) Wissenschaftler -, aber besagter flotter Stil wird in seiner Publikation doch häufig zu platter Demagogie. Zur Erläuterung des arabischen Wortes "Intifada" fällt ihm ein: "Es bedeutet ‚abschütteln` - so wie ein Hund, der naß wurde, sich reflexhaft schüttelt." Dem Abschnitt über die Volkskomitees, die wesentliche Basis der Intifada, gibt der Autor die Überschrift "Volkskomitees, Volksarmee und Volksjustiz" - und für den Leser, bei dem sich die angestrebte Assoziation noch nicht eingestellt hat, schiebt Schreiber den Begriff "Volksgerichtshof" im Text hinterher. Bedenkenlos wie mit diesen Begrifflichkeiten verfährt Schreiber auch mit seinem eignen Kenntnisstand. Im Vorwort teilt er dem Leser über das Verhältnis Großbritanniens zum Judentum mit: "Wichtigstes Ziel des britischen Mandats für Palästina war es, ‚die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte zu sichern`." Schon mal abgesehen davon, daß Schreiber seine Quelle, die Balfour-Deklaration, unkorrekt zitiert, hatte er noch vor drei Jahren in dem zusammen mit Michael Wolffsohn verfaßten Buch Nahost - Geschichte und Struktur des Konflikts genau das (richtige) Gegenteil geschrieben: "Für Großbritannien war der Nahe Osten, war also auch Palästina, ein Verbindungsstück zum riesigen Kolonialreich in Indien, und im Nahen Osten gab es den strategisch so wichtigen Sues-Kanal, und es gab Öl - allerdings auf der arabischen Seite. Deswegen wäre britische Hilfe bei der Errichtung einer nationalen Heimstätte für die Juden aus der Sicht Londons töricht gewesen."

Wenig Freude macht auch die von Yasmeen Hamdan und Hans Otto Wiebus herausgegebene Sammlung von Aufsätzen und Fotos, die unter dem Titel Palästina. Menschen Landschaften in der Reihe "LänderBilderLesebuch" bei Elefantenpress erschienen ist. Zwar enthält dieser Band einige informative Aufsätze kundiger Autoren, insgesamt aber wirkt der Band konzeptionslos zusammengeklatscht: Von allem etwas, aber nichts richtig - und das dann für dreißig Westmark.

Der Anspruch, den Lionel van der Meulen mit dem Titel seines Buches Fremde im eigenen Land. Die Geschichte der Palästinenser und der PLO erhebt, ist - höflich formuliert - eine Desinformation. Zwar konzediert er im ersten Satz seiner Vorbemerkung, es handele sich um "eine journalistische Darstellung der Geschichte der Palästinenser und ihrer Befreiungsbewegungen". Dies kann aber wohl keine Entschuldigung dafür sein, als "Geschichte der Palästinenser und der PLO" eine Darstellung zu verkaufen, die zu rund der Hälfte aus der Autobiografie eines palästinensischen Bankiers ("als Privatdruck bislang nur Freunden der Familie und ausgewählten Geschäftspartnern der Arab Bank zugänglich") und Ausführungen zu den "geheimnisumwitterten Finanzen der PLO" besteht. Solch "Journalismus" sollte sich auf Illustrierte wie den "stern", deren gelegentlicher Autor Van der Meulen ist, beschränken. Derlei Halbseidenes jedoch in Buchform vorzulegen, grenzt an Leserbeschiß.

Protestbewegung

In der Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten (DIAK) ist, herausgegeben von Hajo Funke und Christian Sterzing, der Band "Frieden Jetzt". Geschichte und Arbeit israelischer Friedensgruppen, erschienen. Es ist die bisher einzige umfassende und halbwegs aktuelle Darstellung der israelischen Protestbewegung. Neben Aufsätzen zur grundsätzlichen Problematik enthält der Band Übersichten über die Friedenskräfte in Israel von der Zeit der Staatsgründung bis etwa Mitte 1988, die teils mehr analytisch, teils eher nur quantitativ angelegt sind (die Überschneidungen und Wiederholungen in diesem Teil des Bandes verraten einen Mangel an entschiedenerer redaktioneller Bearbeitung). Eine ziemlich vollständige Liste israelischer Protestgruppen mit einer Kurzcharakteristik sowie der Angabe von Adressen und Kontaktpersonen ermöglicht es den Interessenten, selbständig Verbindungen aufzunehmen. Der Band wird beschlossen mit einer Übersicht der diversen Friedenspläne, einer (grafischen) Darstellung der den Friedenskräften nahestehenden Parteien und einer Zeittafel zur Entwicklung des israelisch-palästinensischen Konflikts seit 1967. Alles in allem: ein nützliches Handbuch.

Eine gewissermaßen Fortschreibung dieses Handbuches ist das Sonderheft 19 der DIAK-Zeitschrift israel & palästina. Es enthält Berichte und Analysen vom Frühjahr/Sommer 1989 zur Entwicklung der israelischen Protestbewegung, z.T. Nachdrucke aus FR und taz, aber auch eine Reihe von aus "New Outlook" übersetzten Beiträgen, die in deutscher Sprache anderweitig nicht greifbar sind.

John Bunzl (Autor zahlreicher lesenswerter Schriften zum Judentum wie zum Nahostkonflikt generell) und Nadia El-Masri haben gemeinsam die Sammlung von Reportagen und Analysen Der Aufstand. Palästinensische und israelische Stimmen zur Intifada herausgegeben. Gemeinsam ist allen AutorInnen der zwischen Anfang 1988 und Frühjahr 1989 verfaßten Texte, schreibt John Bunzl im Vorwort, "die Ablehnung der Okkupation und die Suche nach einem fairen israelisch-palästinensischen Frieden, in dem die kollektiven Rechte beider Völker und die individuellen Rechte aller Menschen verwirklicht werden können." Beigegeben ist dem Band ein Anhang mit Dokumenten von der Balfour-Deklaration über das Palästinensische Nationalabkommen (von 1964/68) und das Papier von Bassam Abu Sharif, das als theoretische Grundlage u.a. der in Tunis 1988 erfolgten de facto Anerkennung Israels gilt, bis hin zu Aufrufen von (radikalen) israelischen Protestgruppen.

Der zwar nicht ganz aktuellen aber kontinuierlichen Information über die Gesamtregion Naher Osten dienlich ist die Fortschreibung des von Udo Steinbach und Rüdiger Robert herausgegebenen Handbuchs Der Nahe und Mittlere Osten, das Jahrbuch Naher Osten 1988, herausgegeben von Thomas Koszinowski und Hans Peter Mattes (vom Hamburger Orient-Institut wie die Herausgeber des Handbuchs). Die Jahrbücher enthalten Berichte über Länder und relevante Organisationen im Nahen Osten sowie (kurze) Darstellungen bzw. Analysen wesentlicher Ereignisse im Berichtsjahr. Im Jahrbuch 1988 ist eine Darstellung des ersten Jahrs der Intifada enthalten.

K., Hamburg

David Grossman: Der Gelbe Wind. Die israelisch-palästinensische Tragödie. München: Kindler, 1988. 224 S., 29.80 DM

Benjamin Beit-Hallahmi: Schmutzige Allianzen. Die geheimen Geschäfte Israels. München: Kindler, 1988. 322 S., 29.80 DM. (Liegt auch als Taschenbuch vor.)

Alexander Flores: Intifada. Aufstand der Palästinenser. Westberlin: Rotbuch Verlag, 1989 (2. Aufl.). 144 S., 15 DM

Lutz van Dick: Aufstand im Gelobten Land. Erkundungen zur Intifada. Hamburg: Junius, 1989. 184 S., 19.80 DM

Lutz van Dick: Feinde fürs Leben? Aufregende Ferien in Jerusalem. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuchverlag (rororo-Rotfuchs Bd. 555). 158 S., 7.80 DM

Friedrich Schreiber: Aufstand der Palästinenser. Die Intifada. Opladen: Leske + Budrich, 1990. 187 S., 19.80 DM

Yasmeen Hamdan, Hans Otto Wiebus (Hg.): Palästina. Menschen Landschaften. Westberlin: Elefanten Press, 1989. 127 S. (Format A 4), 29.80 DM

Lionel van der Meulen: Fremde im eigenen Land. Die Geschichte der Palästinenser und der PLO. München: Knesebeck & Schuler, 1989. 268 S., 32 DM

Hajo Funke, Christian Sterzing: "Frieden Jetzt". Geschichte und Arbeit israelischer Friedensgruppen. Frankfurt: Haag + Herchen (= Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises, Bd. 16). 216 S., 28 DM

Frieden - aber wie? Zur aktuellen Diskussion innerhalb der israelischen Friedenskräfte. Sonderheft 19 der Zeitschrift "israel & palästina". Bezug über DIAK, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben. 3 DM zzgl. Versandkosten.

John Bunzl, Nadia El-Masri (Hg.): Der Aufstand. Palästinensische und israelische Stimmen zur Intifada. Wien: Passagen Verlag, 1989. 198 S., 29.80 DM

Thomas Koszinowski, Hans Peter Mattes (Hg.): Jahrbuch Naher Osten 1988. Opladen: Leske + Budrich, 1989. 222 S., 29.80 DM

45. Buchbesprechung: Neuauflage der "Transformation der Demokratie" von Johannes Agnoli: Erfrischend Subversives in "dürftigen Zeiten"

Zur Neuauflage der "Transformation der Demokratie" von Johannes Agnoli

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:14

Na endlich: nun braucht man auf der Suche nach der "Transformation der Demokratie" nicht mehr Antiquariate zu durchstöbern, um dann für viel Geld ein mehr oder minder zerfleddertes Exemplar zu erhalten. Zusammen mit vier weiteren "Schriften zur Kritik der Politik" ist jener 1967 zusammen mit Peter Brückners "Transformation des demokratischen Bewußtseins" erstmals erschienene Text von Johannes Agnoli vom Freiburger ca-ira-Verlag neu aufgelegt worden.

Bevor nun die Frage gestellt wird, was uns denn eine über 20 Jahre alte Schrift noch bedeuten könne, muß man, eine Formulierung Adornos variierend, zunächst umgekehrt fragen: was denn die Gegenwart vor Agnoli bedeutet.

Bekanntlich leben wir - wie Agnoli mehrfach Hölderlin zitiert - "in dürftiger Zeit": ermutigt vor allem durch das Ende des "realen Sozialismus", erklärt man von herrschender imperialistischer Seite (wieder einmal) das Posthistoire feierlich für angebrochen; der angeblich weltweite und endgültige Triumph von Demokratie und Kapitalismus als der besten aller Lebensformen wird lautstark verkündet. Dieses Triumphgeschrei erscheint umso beklemmender, als die Linke, sofern sie noch existiert, dem zum großen Teil nichts entgegenzusetzen weiß - aus dem einfachen Grund, weil sie selbst einem "kritischen" Demokratismus huldigt: allenthalben bemüht, die ach so schlechte "Verfassungswirklichkeit" anzuprangern, um die "eigentlich" guten und fortschrittlichen Verfassungsnormen über den grünen Klee zu loben. Angesichts dessen ist Agnolis "Transformation der Demokratie" zunächst ein unschätzbares Dokument, sind doch darin genau jene Einsichten festgehalten, die die Linken (nicht nur) hierzulande gründlich verdrängen mußten, um sich zu abgeklärten Verfassungspatrioten zu mausern. Daß die Linken aber auch und vor allem zu bewußtlosen Objekten dessen wurden, was der zentrale Gegenstand von Agnolis Schriften ist: das von ihm "institutionelle Strategie" genannte Bemühen des transformierten bürgerlichen Verfassungsstaates, gesellschaftliche Opposition so zu entschärfen, auf daß ein positiver Konflikt daraus werde, der dafür sorgt, daß das System mit vermindertem Reibungskoeffizienten weiterläuft - dies macht die unverminderte Aktualität seiner "Kritik der Politik" aus. Zur Lektüre empfohlen seien in diesem Zusammenhang vor allem zwei in dem vorliegenden Sammelband abgedruckte Aufsätze jüngeren Datums: "Auf dem Weg zur unmittelbaren Demokratie?" von 1984, eine Bilanz zum 35-jährigen Bestehen des Grundgesetzes, sowie "Zwanzig Jahre danach. Kommemorativabhandlung zur ‚Transformation der Demokratie`" von 1986, worin Agnoli sich mit Einwänden gegen seine Thesen sowie mit den "neuen sozialen Bewegungen" und den Grünen auseinandersetzt und dabei zu einem alles in allem vernichtenden Urteil gelangt.

Agnolis Alternative? "Die politischen Philosophen, die im Zug (...) des Aufstiegs der Bourgeoisie zur Macht die politischen Konsequenzen dieses Prozesses erläuterten (...) dachten gar nicht daran, Alternativmodelle zu bieten. Sie haben lediglich die Unzulässigkeit und Unerträglichkeit des Alten festgestellt und neue Ziele gesetzt."

Auch für Agnoli ist die "Kritik der Politik" "negative wissenschaftliche Aufgabe", mit der Anweisung, dieselbe praktisch werden zu lassen: "Die Abschaffung des objektiven, durchaus interessierten, also besonderen Interesses zweckdienlichen Zwangscharakters der Gesellschaft: zu diesem Ende soll Politische Wissenschaft betrieben werden."

cl./KB Westberlin

Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik (222 S.) kann zum Preis von DM 25,- bestellt werden beim: ca-ira-Verlag, Postfach 273, 78 Freiburg 1, bzw. ist im gut sortierten linken Buchhandel erhältlich.

46. betr: Y. Matras,Pausenfüller, ak 316, S.40

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:47

Betr.: ak 316: Vom "Verrat" der Roma an den Roma und der deutsch-deutschen Solidarität von Yaron Matras

Die Hamburger Initiative Bleiberecht für Roma und Cinti, die im November 1988 entstand, macht auch nach dem 9.11.89 weiter. Wir wollen die Ebene der Auseinandersetzung hier, mit Y. Matras' Artikel, trennen von unserem Verhältnis und unserer Solidarität mit dem Kampf der Roma und Cinti um Bleiberecht in Hamburg und anderswo. (...)

Aus welchem Grunde auch immer: Y.Matras scheint der Meinung zu sein, daß es über den Bleiberechtskampf der Roma und Cinti nur unter dem Motto "Bekämpft die Linke in Hamburg!" zu schreiben lohnt. (...)

Die "Medienhysterie" um den "deutsch-deutschen Bananentreck" also soll es gewesen sein, weshalb in Hamburg seit dem 9.11.1989, wie er schreibt, "die Roma eine Pause einlegten"? (...)

Ein erstaunliches Bild, das Y. Matras uns hier anbietet. Und wer das anders sieht, ist einfach gemein und bekommt böse auf den Mund. (...)

Y. Matras schreibt: "Viele von ihnen - schätzungsweise mehrere Hunderte - bekamen (...) eine Aufenthaltserlaubnis ..." Weiß er - als RCU-Sprecher und Mitsprechender - es genau oder denkt er sich nur irgendwas? Oder kümmert ihn das einfach nicht, was mit den "schätzungsweise mehrere Hunderte" los ist? Und wie kümmert es ihn, was mit den anderen los ist, die der Hamburger Senat als noch einmal viele mehr ausgezählt hat? "Nicht die eigenen Leute"? Pausenzeichen? Wir kennen jedenfalls einige, die sogenannt "freiwillig" ausgereist sind, andere, deren Anträge auf Aufenthaltserlaubnis oder Duldung abgelehnt wurden. (...)

Y. Matras schreibt: "Das Engagement der RCU bei der Frage des Bleiberechts für heimatlose Roma ist also ein direktes Produkt der Willenskraft der eigenen Leute, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen." Und? Nur für "heimatlose" Roma und Cinti? In Hamburg haben viele Roma mit ihrer "Willenskraft", ihrem Kampf im letzten Jahr, mit ihrer Forderung nach Bleiberecht, nach menschenwürdigen Lebensbedingungen und dem Recht, hier ohne staatliche Sonderbehandlung zu leben, viele und vieles in Bewegung gesetzt: Das "Produkt" war eine breite Solidarität gegen die Kontinuität einer Politik, die heute rechtsstaatlich "sauber", nicht völkermordend wie einst, aber dennoch effektiv, Roma jedes Recht abspricht, nach Hamburg zu kommen und hier zu leben. "Produkt" war u.a. eine Erklärung, in der sich die evangelische Kirche in Hamburg gegen die Abschiebung von Roma aussprach. Y. Matras: "Die Kirche zog ihr Modell zurück und erklärte, nicht länger ihre passive Zustimmung zu Massenabschiebungen geben zu wollen." Ein Lesefehler? Oder egal oder wie? Oder soll's jetzt da langgehen?

Y. Matras berichtet u.a. von einer Kontroverse zwischen der RCU und der Hamburger "Initiative Bleiberecht". Streitpunkt war, so Y. Matras, daß es Kritik gab an der Änderung der Bleiberechtsforderung durch die RCU in "Bleiberecht der in Hamburg lebenden Roma". Leider sagt Y. Matras nicht, warum dieser Zusatz durch die RCU im November 1989 gemacht wurde. Warum wurde die Forderung geändert? Y. Matras dazu: die Kritik habe sich darauf bezogen, daß in der neuen Forderung nur noch von Hamburg die Rede war, nicht mehr von einem bundesweiten Bleiberecht. So? Wenn überhaupt fällt auf, daß die Forderung, so geändert, von Hamburg eben nicht mehr einen Sonderstatus im Sinne eines allgemeinen Minderheitenschutzes für Roma und Cinti fordert, auch z.B. für diejenigen, die in Hamburg nur vorübergehend auf den Durchreiseplätzen leben wollen, sondern eine "Sonderregelung" für einige Roma, die wie auch immer - schon oder noch - in Hamburg leben. Also nicht für alle. Eine Stichtagsregelung. O.K., warum? (...)

Y.Matras schreibt, er/die RCU beziehe sich nicht allein auf das Bleiberecht für Roma in Hamburg, sondern auch auf die in NRW Lebenden. Warum spricht Y. Matras aber jetzt von "der Frage des Bleiberechts für heimatlose Roma"? Im letzten Jahr war die Forderung "Bleiberecht für alle Roma und Cinti", warum der Zusatz jetzt? Ohne jede Erklärung. Dazu hätten wir gern mehr gehört. Es versteht sich nämlich keineswegs von selbst. Vor allem nicht, wenn von NRW zu hören ist, daß nach diesem Kriterium zur Zeit jede/r Rom einen Antrag stellen kann und muß, der einzeln "geprüft" wird, und wonach entschieden werden soll, welche der in NRW lebenden Roma bleiben dürfen sollen und welche nicht, sprich abgeschoben werden. (...)

Und warum nun keine strahlenden Augen bei vielen UnterstützerInnen? Z.B. nicht bei C.Kukielka, mit der Y. Matras ja auch auf gemeinsame Zeiten in der GAL Fachgruppe Immigranten/Flüchtlinge zurückblickt. Y. Matras erklärt es uns so: typisch links und antisemitisch. Und zum Beweis: ein Satz, der ihm von dritter Seite zugetragen worden sei, wie er berichtet, über ihn selbst. So sei geredet worden. Oder so ähnlich. Sinngemäß. Nach Wochen des totalen Schweigens zum Bleiberechtskampf titelte die Hamburger Rundschau groß berichtete fast nichts, nichts darüber, wie es den Roma und Cinti in Hamburg seit dem 9.11.89 ergangen ist und geht, nichts darüber, wie es weitergehen soll. Antisemitismus so als publizistischer Aufmacher? In Hamburg hat es so manchem/r den Atem verschlagen.

Mal sagst Du, C.Kukielka sei "Integrationsfigur" (?) zwischen Deutschen/ImmigrantInnen/Flüchtlingen bundesweit. Was meinst Du damit, wenn Du das gleichzeitig pauschal als "links" - "anti- imperialistische Front" bekämpfst?

Wie weiter? Y.Matras schreibt: Die RCU "muß den Unterstützern einen Schritt voraus sein, um politisch autonom zu bleiben und sich nicht für die politischen Zwecke anderer instrumentalisieren zu lassen."

Mag sein. Der Hamburger Senat kann mit diesem Autonomiebegriff leben. In Hamburg formiert sich mit großem Erfolg die "Pause", ganz autonom, ansonsten bewegt sich alles ganz bürgerrechtlich, als wäre nichts gewesen: die einen können damit leben, die anderen nicht.

U.V./Mitglied der Initiative Bleiberecht

Einmischen statt kommentieren

betr.: AK 316, S. 38, SEW existiert noch immer

Werte Genossen und Genossinnen!

So "bemerkenswert" ihr das "Querstehen" der "formalen Organisationsfrage" zu "inhaltlichen Vorstellungen" auch finden möchtet: es geht nicht nur um den Erhalt oder die Auflösung dieser SEW oder einer anderen (KB, BWK, VSP etc.) Sekte, sondern um die gesamte Auseinandersetzung in "der Linken". Leider fehlte der Auseinandersetzung auf dem außerordentlichen Parteitag der SEW eben diese inhaltliche Komponente, an der klar geworden wäre, daß es nicht um die spektakuläre Überwindung sogenannter "stalinistischer Strukturen" geht, die wir viel schöner in der Hierarchie von SPD und DGB finden, sondern um die sich in der SEW widerspiegelnde gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung zwischen reformistischen Konzepten der Sozialdemokratie und der "Links-Alternativen" einerseits und der konsequent antikapitalistischen Konzeptionen andererseits. Diese Differenzen gilt es im Auge zu behalten - gerade in Bezug auf die Wünsche der PDS, eine starke "sozialistische Partei" in "Gesamtdeutschland" zu schaffen und der unkritischen Freude, mit der sich DKP- und SEW-Reste dieser Organisation anschließen wollen (um endlich wieder eine "Heimat" zu haben). Und der KB täte gut daran, nicht nur im "Arbeiterkampf" zu kommentieren und in Flugblättern an die "liebe(n) Genossinnen und Genossen" der SEW vor dem Parteitag Streicheleinheiten gegen Auflösung zu verteilen, sondern sich am Kern der Diskussion zu beteiligen. Jedenfalls fällt nicht der "Abschied" von der SEW "schwer", sondern selbiger von kommunistischer Politik. Die zaghafte Programmdiskussion, die in der Rest-SEW angezettelt wird, um eine Fortsetzung des Parteitages Ende April inhaltlicher zu gestalten, läßt noch nicht erkennen, ob dabei "klein aber fein" oder "Ende" herauskommt, aber ich "freue" mich schon auf die "Sektenverhandlungen", um die ihr euch nicht herumdrücken könnt (auch eure Geschichte bedarf einer Aufarbeitungskommission!).

In diesem Sinne mit kommunistischen Gruß

kp, Westberlin

47. Erwiderung auf Kt.s Leitartikel (AK 316) "Stolpert Kohl über Polens Westgrenze?"

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:17

Kt.s Leitartikel im letzten AK ("Stolpert Kohl über Polens Westgrenze?") scheint völlig unter der Prämisse geschrieben worden zu sein: Wie kann ich möglichst so tun, als ob nichts Schlimmes passieren würde? Ein wirklich blinder Super-Optimismus zieht sich wie ein grüner Faden quer durch den ganzen Artikel hindurch.

Kohl isoliert?

Kt.s Einschätzung (der Begriff "Analyse" wäre hier verschwendet und total fehl am Platze) der Position Kanzler Kohls ist geprägt durch die sozialdemokratische und liberale Rhetorik der letzten Wochen. Kohl ist ein Trampel, Kohl ist ungeschickt, ein "Elefant in allen Porzellanläden" (Kt.), Kohl hat "uns" international isoliert ... genauso schreibt Rudolf Augstein im "Spiegel" über Kohls Verhalten bezüglich der polnischen Westgrenze. Kt. beklagt auch noch: "... den Kohl braucht wirklich niemand in die Isolation zu treiben. Er kennt instinktiv jeden Weg dorthin ...". Die Sozialdemokraten und Liberalen verbinden mit solchen Vorwürfen eine Methodenkritik, die Kohls großdoitschen Ansprüche an Polen nicht inhaltlich entgegentritt, sondern nur moniert, ein bißchen geschickter könne man es doch anstellen als Kohl, um international und überhaupt besser dazustehen, schließlich will Deutschland ja etwas sein in der Welt und nicht blamiert dastehen. Unsereins müßte Kohl also beinahe "dankbar" sein für sein unverschämtes Auftreten, wenn es denn so wäre. Denn immerhin: Kohl hat es "sogar (...) geschafft", die "Bildung einer internationalen Abwehrfront" gegen Deutschland anzuregen (laut Kt.). Kt. allerdings scheint diese Situation insgesamt eher zu beklagen im Sinne einer sozialdemokratisch/liberalen Methodenkritik an Kohl und des Bejammerns der deutschen Isoliertheit. Dabei verzerrt Kt. die Sichtweise genauso wie die sozialliberale Kritik des Kohlschen Auftretens - gerade so, als ob die individuelle Ungeschicktheit einer Einzelperson (nämlich der des Kanzlers) das politische Geschehen dominieren würde, wie wenn Kohl nicht Ausführungshelfer einer hinter ihm stehenden herrschenden Klasse wäre und Geschichte durch Einzelfiguren bestimmt würde. Kohls empörende, offene großdoitsche Ansprüche sind nämlich keineswegs Ausgeburten seiner individuellen Launen, sondern Produkt und Gradmesser der gestiegenen Bedeutung des BRD-Imperialismus, der es sich inzwischen leisten kann, so offen Territorialforderungen aufzuwerfen und der diese Ansprüche nie aufgegeben hat.

Sozialliberale für Anerkennung der polnischen Westgrenze?

Entsprechend seiner Verharmlosung der deutschen Gebietsansprüche gegenüber Polen als Ausdruck individueller Marotten des Helmut K. verzerrt Kt. die Rolle der sozialliberalen Vertreter des BRD-Imperialismus. So schreibt Kt. über die polnische Westgrenze: "Anfang der 70er Jahre (...) von der sozialliberalen Bundesregierung anerkannt. (...) Und heute ungeklärt wie eh und je." So was aber auch! Teufel, wie ging das her? Hat die konservativ-liberale Koalition oder der Bundeskanzler (individuell, versteht sich) klammheimlich die Verträge, die die polnische Westgrenze doch anerkennen, zerrissen? So ganz ernst scheint die Anerkennung der polnischen Grenze durch die sozialliberale Koalition denn doch nicht gewesen zu sein. In der Tat sind die durch die sozialliberale Bundesregierung im Rahmen ihrer "Neuen Ostpolitik" geschlossenen Ostverträge unter dem Gesichtspunkt der Anerkennung bestehender Grenzen das Papier nicht wert, auf dem sie unterzeichnet wurden. Der entscheidende Passus beispielsweise im Warschauer Vertrag stellt nämlich nur fest, die Bundesrepublik stelle künftig keine Gebietsansprüche an die VR Polen. Nicht die Rede ist dort von einem späteren angestrebten einheitlichen Deutschland. Gemäß der juristischen Interpretation bisher sämtlicher (auch der sozialliberalen) Bundesregierungen wäre ein einheitliches Deutschland somit an keinerlei Anspruchs-"Verzichte" beispielsweise gegenüber Polen gebunden. So urteilte das Bundesverfassungsgericht in der sozialliberalen Ära am 7.7.1975: "Den Verträgen (die Ostverträge, d. Verf.) kann nicht die Wirkung beigemessen werden, daß die Gebiete östlich von Oder und Neiße mit dem Inkrafttreten der Ostverträge aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland zu entlassen und der Souveränität (...) der Sowjetunion und Polens (...) unterstellt seien." Grundlage dieser juristischen Interpretation ist der sog. "Wiedervereinigungsvorbehalt", wonach die BRD keine Verträge für ein künftiges einheitliches Deutschland abschließen könne. Und das, obwohl sich die BRD selber als juristische Nachfolgerin des Deutschen Reiches definiert, und obwohl die DDR bereits seit 1949 die Oder-Neiße-Grenze für endgültig anerkannt hat. Das Konstrukt bedeutet (wie Kt. selber an anderer Stelle schrieb) das Gleiche, wie wenn Herr BRD und Frau DDR

heiraten und nach der Hochzeit ihre Schulden los sind, weil es sich nun um ein neues juristisches Subjekt (Ehepaar) handelt. Dieser spitzfindige juristische Trick bildet die Grundlage der Deutschlandpolitik sämtlicher bisheriger Bundesregierungen. Der "Anspruch" auf die 1937er Reichs-Grenzen beschreibt somit den großdoitschen Konsens von sozialliberal bis schwarz/braun. Kein Wunder, daß ein Franz Josef Strauß in Bezug auf die Ostverträge konstatierte: pacta sunt servanda - die Verträge sind geschlossen (und werden nicht gebrochen). Das übrige "Verrats- und Ausverkaufsgezeter der CDU/CSU" (Kt.) um die Ostverträge damals gehörte zum Spiel mit verteilten Rollen einfach dazu. Übrig bleibt somit von den Ostverträgen (die damals viele Illusionen und Hoffnungen weckten) nichts als heiße Luft sowie eine ungeheure Anmaßung: Wenn die BRD auf Gebietsansprüche gegenüber der VR Polen nur für sich selber, nicht aber für ein künftig einheitliches Deutschland "verzichtet", so hat damals die BRD eine Grenze vorübergehend "garantiert", die gar nicht an ihr Territorium stößt. Die BRD hat sich angemaßt, die Grenze zwischen zwei anderen souveränen Staaten (DDR und Polen) befristet zu "garantieren". Niemand widerspricht heute Willy Brandt, wenn er im DDR-Wahlkampf überall herumerzählt, die damalige "Neue Ostpolitik" habe nur dem "Zusammenwachsen des Vaterlandes" gedient. Die Hoffnungen, die Kt. in seinem Artikel rückwirkend in die sozialliberale "Neue Ostpolitik" und vorausblickend in eine künftige SPD/FDP-Koalition setzt, sind (be-)trügerisch.

DDR-Parteien: Konsens für die Garantie der polnischen Westgrenze?

Im Folgenden tut Kt. so, als wäre die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als polnische Grenze wenigstens unter den DDR-Parteien unverbrüchlicher Konsens. Sogar die kryptofaschistische "Deutsche Soziale Union" DSU rüttelt laut Kt. daran nicht. Das ist purer Unsinn. DSU-Vizevorsitzender bezeichnet die DDR nur noch als "Mitteldeutschland" ("DDR kann ich nicht sagen, da fehlt mir jeder Bezug"), folglich muß östlich der polnischen Westgrenze "Deutschland" noch weitergehen. Richtig ist, daß die Infragestellung der polnischen Grenze in der DDR bisher kaum ein Thema war. Früher - unter der SED-Herrschaft - hatte die Nicht-Infragestellung der Grenze zwischen der DDR und Polen als Selbstverständlichkeit gegolten. Dieser Konsens ist dahin, die Haltung zur Oder-Neiße-Grenze wurde allerdings öffentlich kaum thematisiert. Aber erstens orientieren sich die inzwischen bei weitem einflußreichsten politischen Kräfte in der DDR an der CDU/CSU, deren ausdrückliche Nicht-Anerkennung der polnischen Grenze glasklar ist. Und zweitens kann sich eine Polen gegenüber feindliche Haltung in der DDR-Bevölkerung auf eine massenhaft vorhandenen Grundstimmung stützen. Seit zahlreiche Polen und Polinnen nach der wirtschaftlichen "Liberalisierung" in die DDR zum Einkaufen fahren, ist ein massiver aggressiver Antipolonismus stark verbreitet. In zahllosen Läden usw. prangen Aufschriften wie "Nicht für Polen", "Nur für Deutsche" u.ä. Also keine gute Ausgangsbasis für eine Politik der Anerkennung gegenüber Polen.

Die CDU/CSU: in der DDR chancenlos?

Kt.s Optimismus wird noch beflügelt durch den Glauben, die CDU/CSU sei in der DDR völlig chancenlos. Das drohende einheitliche Deutschland wäre also allenfalls ein "sanftes" sozialdemokratisches. Kt.: "Kohl ist in der DDR schlecht verkäuflich, und gesamtdeutsche Wahlen würden für die CDU/CSU schlecht enden." Wie wir ja am 18. März gesehen haben, ist mensch geneigt hinzuzufügen. Der dramatische Erdrutschsieg der "Allianz für Deutschland" wurde von klügeren Köpfen schon Wochen davor zumindest in der Tendenz vorhergesehen. Die Anzeichen waren zu deutlich, daß die Pogromstimmung gegen alles, was nicht ins "Deutschland einig Vaterland" paßt, auf die Sozialdemokraten übergreifen würde. Die CDU-Parolen "PDSPDSED" und "Die SPD ist nur eine Variante der bisher in der DDR herrschenden Gesellschaftsordnung" (CDU-Generalsekretär Rühe, CDU/West) trugen ihren Teil dazu bei. Kt.s realitätsblinder Super-Optimismus hat sich hier offenkundig ganz schön blamiert.

Koalitionswechsel in Aussicht?

Kt.s irriger Optimismus in Bezug auf die angeblich zu erwartenden Mehrheitsverhältnisse in der DDR übertrugen sich auf die "Prognosen" zur innenpolitischen Entwicklung der BRD. "Ein Koalitionswechsel durch konstruktives Mißtrauensvotum noch vor der Bundestagswahl, vielleicht noch vor der Volkskammerwahl oder kurz danach, scheint in Sicht." Wohl selten standen größere Fehlprognosen im AK. Kein Wort schreibt Kt. im Übrigen zur künftigen Entwicklung rund um die polnische Westgrenze, obwohl sich hier bedrohliche Anzeichen häufen. Wie das Organ der polnischen "KP"-Gewerkschaft "Zwiezkowiec" und eine Solidarnosc-Zeitung übereinstimmend berichteten, wurde inzwischen Pommern teilweise durch die früheren deutschen Großdeutschbesitzer simpel aufgekauft. Wie D./Westberlin (der im Übrigen z.Zt. an keine besondere

nationalistische Gefahr "glaubt") schon in AK 314 schrieb, stellte die westdeutsche Wirtschaft u.a. folgende Vorbedingungen für Kredite an Polen: Wiedereinführung deutscher statt polnischer Städtenamen, deutscher Kultur usw. Die (in Wirklichkeit kleine) deutschsprachige Minderheit in Polen wird durch die BRD hofiert und wurde Gegenstand mehrerer Verträge. Das Deutsche Reich hatte auch in den 30er Jahren deutschstämmige Minoritäten in Osteuropa als Brechstange benutzt, um die osteuropäischen Staaten über diesen Hebel aufzuknacken. Über diese und andere aktuelle Tendenzen, die eine (aus taktischen Gründen eventuell zu erwartende) deutsche Anerkennung der polnischen Grenze faktisch unterlaufen würden, schweigt Kt. sich nur aus. Was nicht sein kann, das nicht sein darf. Zumindest in puncto DDR-Wahlen hat sich dieser blinde Optimismus inzwischen gründlich blamiert. Was solch ein Schmarren im Übrigen auf der AK-Titelseite zu suchen hat, frage ich mich noch immer. Dafür bräuchte der AK künftig eine Sonder-Rubrik: "Sumpf".

bernh. (Radolfzell/Bodensee)

48. Filmbesprechung: Fragt uns!

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak317/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:25

"Wir sind die Letzten, wir sind authentisch, fragt uns!" Mit diesen Worten beginnt einer der drei Filme, die ich hier vorstelle. Ihr gemeinsames Thema: Überlebende des Faschismus berichten. Zwei der Filme setzen sich mit der Verfolgung und Vernichtung von Juden auseinander, im dritten kommen österreichische Widerstandskämpferinnen zu Wort.

Vornehmlich erzählte Geschichte, und darum geht es hier, filmisch umzusetzen ist ein schwieriges Unterfangen, sind doch die Möglichkeiten der Filmdramaturgie durch die Beschränkung auf das Zeigen berichtender Personen sehr eingeschränkt. (Marcel Ophüls vierstündige Dokumentation Hotel Terminus zeigt indes, daß es von dieser Regel auch hervorragende Ausnahmen geben kann.)

Richard Kaplan nutzt in The Exiles historisches Dokumentarmaterial zur Veranschaulichung. Zuzana Justman und Dan Weissman verwenden in Terezin Diary Aufnahmen aus dem heutigen Terezin und Teile eines faschistischen Propagandafilms über das Konzentrationslager Theresienstadt. In den Küchengesprächen mit Rebellinnen von der Projektgruppe Frauen im Antifaschistischen Widerstand werden ausnahmslos die ehemaligen Widerstandskämpferinnen gezeigt.

Exil

In The Exiles wird der Weg von in die USA geflohenen Juden nachgezeichnet. Die Exilanten berichten über ihr Zögern, Deutschland zu verlassen und die Schwierigkeit, in die USA zu gelangen. Aber auch in den USA waren sie vor rassistischen Anfeindungen nicht sicher. Viele US-Bürger forderten Einreisebeschränkungen und beschworen die Gefahr einer Europäisierung durch Juden und Kommunisten. Die Exilanten, die in dem Film zu Wort kommen, sind Intellektuelle, die in den USA gewichtige Fürsprecher fanden, ihr Wissen und Können war gefragt. Einer der Exilanten berichtet von seiner Rettung in Marseille durch Varian Fry, der mit US-Dokumenten für eine Reihe von Flüchtlingen nach Marseille gekommen war. (Speziell über diese Rettungsaktion dreht Kaplan zur Zeit einen weiteren Film.) Zwischen die Interviewblöcke hat Kaplan historische Aufnahmen (Reichstagsbrand, Novemberpogrom, u.ä.) geschnitten, mit denen die Einzelschilderungen in die Gesamtsituation eingeordnet werden sollen, durch die Art ihrer Verwendung aber weniger erklärend, als dekorierend wirken.

Hitlers Vorzeige-Getto

Terezin Diary handelt von dem Vorzeige-Getto (s. Anm.) der Nazis, Theresienstadt. Zuzana Justman, Autorin und Co-Produzentin, ist selber Überlebende von Theresienstadt. Im Mittelpunkt des Films steht Helga Kinsky, die als Zwölfjährige im Januar 1943 nach Theresienstadt deportiert worden war, im Oktober 1944 nach Auschwitz kam und überlebte. Anhand ihres Tagebuchs und ihrer Erinnerungen schildert sie das Leben im Getto. Theresienstadt: ein Ort, in der sie in der Nacht ein Klavierkonzert hört und am nächsten Tag einen Transport in den Tod sieht.

Aus ganz Europa brachten die Nazis jüdische Künstler und Intellektuelle nach Theresienstadt, wo sich, teils offiziell erwünscht, teils illegal, ein reges Kulturleben entwickelte. Eine Untersuchungskommission des Internationalen Roten Kreuzes wurde von den Nazis eingeladen, das (hierfür besonders geschmückte) Getto einen Tag lang zu besichtigen. Für den Nazi-Propagandafilm "Der Führer schenkt den Juden eine Stadt" diente das Getto als Kulisse. Szenen aus diesem Film werden in Terezin Diary Schilderungen vom tatsächlichen Leben der Opfer gegenübergestellt.

Helga Kinsky und neun weitere Überlebende berichten auch über die andere Seite des Gettolebens: beengteste Wohnverhältnisse, Hunger, Deportationen. Noch einen Tag vor der Visite der Kommission des Roten Kreuzes waren 7.500 Menschen nach Auschwitz transportiert worden. Nicht einmal jedes zehnte Kind überlebte Theresienstadt. Die Zeitzeugen schildern auch ihren Unglauben gegenüber Berichten von der Ausrottungspolitik der Nazis. Einem aus Auschwitz Geflohenen, der nach Theresienstadt zurückkehrt, um zu warnen, wird kaum Glauben geschenkt. Vor ihrer Ermordung in dem Vernichtungslager Auschwitz hatten die Nazis die Theresienstädter Juden noch vordatierte Briefe an ihre zurückgebliebenen Freunde schreiben lassen. (Auch Ingrid Strobl beschreibt das zögernde Verhalten der Juden in polnischen Gettos, die ebenfalls

einfach nicht glauben konnten, daß sie von den Nazis ausgerottet werden sollten. Dies immer wiederkehrende lähmende Element, die Hoffnung, es werde schon so schlimm nicht kommen, ist von den Nazis anscheinend geschickt einkalkuliert worden.)

Die Interviews und historischen Dokumentaraufnahmen werden umrahmt mit Aufnahmen von einem Treffen der Überlebenden in Prag 1986 und deren Besuch in Terezin.

Frauen im Widerstand

Vier Frauen, seinerzeit aktiv im Widerstand gegen den Nazismus in Österreich, werden in den Küchengesprächen mit Rebellinnen vorgestellt. Während in den beiden anderen Filmen die Interviews auf ihre zentralen Aussagen komprimiert worden sind, haben die Filmemacherinnen hier ganze Gesprächspassagen, einschließlich der Pausen, in denen die Berichtenden nach dem passenden Wort suchen, verwendet. Die relativ langen Gesprächssequenzen werden nur von einigen Standbildern, unterlegt mit Musik, unterbrochen - es sind Pausen, um über das Gehörte und Gesehene nachzusinnen.

Die Frauen berichten von ihrem Alltag im Widerstand: als Partisanin, als Fluchthelferin, im Gestapo-Verhör. Sie sehen sich nicht als Heldinnen - angesichts des Faschismus mußten sie einfach Widerstand leisten. Eine Selbstverständlichkeit, die für gar zu wenige selbstverständlich war.

Alle drei Filme geben kleine Einblicke in die Zeit des deutschen Faschismus. Es sind sehr persönliche Darstellungen, nicht der große historische Wurf. Aber die Zahlen, Fakten und Daten, die üblicherweise verwendet werden, um die Wirklichkeit des Nazismus und des antifaschistischen Widerstands darzustellen, machen das "Unbegreifliche" auch nicht gerade begreiflicher. Erzählte Geschichte bietet stets nur einen sehr kleinen Ausschnitt, aber Geschichte auf diesem Weg erhellt das Geschehene, macht es nachempfindbarer.

Ob The Exiles und Terezin Diary in der BRD über einen Verleih zu haben sind oder im Fernsehen ausgestrahlt werden, ist mir nicht bekannt. Küchengespräche mit Rebellinnen ist hingegen als Video über die örtlichen Medienzentren auszuleihen.

olafo, KB-Frischzelle

Anmerkung:

Theresienstadt, weithin als Getto bezeichnet, war faktisch ein Konzentrations- und Deportationslager. Bei den nach Theresienstadt gebrachten Juden handelte es sich vorwiegend um drei Gruppen: Juden aus dem deutschen Reichsgebiet über 65 Jahre; Kriegsveteranen, die eine Auszeichnung erhalten hatten oder "schwerkriegsbeschädigt" waren; Prominente, deren Verschwinden in einem Vernichtungslager unangenehme Fragen aus dem Ausland hätte nach sich ziehen können. Von den mehr als 140.000 nach Theresienstadt geschickten Juden überlebten knapp 17.000: 33.000 starben in dem "Getto", 88.000 wurden in Vernichtungslager deportiert. (Nach Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Westberlin: Olle & Wolter, 1982, S. 302 ff. Vgl. Encyclopaedia Judaica, Jerusalem 1972, Vol. 15.)

49. VEREINIGTE LINKE

Wir wollen weder Bananen noch Kohl - wir wollen die DDR!

CD-Datei: daten/aksuche/ak317/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:40

Wir werden sie nicht einfach eintüten und abgeben. Wir wollen soziale Rechte verteidigen. Wir kämpfen um unsere Utopien. Das können und wollen wir nicht alleine, wir suchen die Zusammenarbeit mit allen linken und demokratischen Kräften im In- und Ausland. Noch sind wir klein, aber noch nicht bedeutungslos. Wir hoffen auf internationale Solidarität, auf materielle und finanzielle Unterstützung.

Wir brauchen alles, was linker Politik nützt!

z.B. einen funktionierenden Kopierer, günstige Druckangebote, Matrizendruk- ker oder einfach West-Knete.

Sachspenden an: Büro der VL, Friedrichstr. 165, Berlin, 1080, DDR

Konto für DM:

Helga Wolf - Vereinigte Linke, Kto. 353 160 20 80, Berliner Bank (West)

Konto für Mark der DDR:

Berliner Sparkasse, Kto. 6651-35-107

50. Per Stimmzettel zu Freizeit und Wohlstand

DDR-Volkskammerwahl:

CD-Datei: daten/aksuche/ak317/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:41

Der 18. März 1990, ein Tag, der in die Geschichte eingeht? Gut möglich, denn nach dem Verständnis der freien Medien der freien Welt fanden an diesem Tag die ersten freien und geheimen Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik statt. Nach Meinung manch anderer ZeitgenossInnen auch die letzten, da es die Deutsche Demokratische Republik als eigenständigen Staat bald nicht mehr geben wird. Das Wahlergebnis als solches ist hinlänglich bekannt; die konservative "Allianz für Deutschland", mit CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch, erreichte fast die absolute Mehrheit der Mandate und schielt nun eifrig nach Koalitionspartnern. Geplant ist, eine Zwei- Drittel-Mehrheit im Parlament zu organisieren, damit die notwendigen Verfassungsänderungen in Richtung Einheit mit der BRD eingeleitet werden können. Derzeit ziert sich die SPD noch, auf dieses Angebot zur Machtteilhabe einzugehen, da ihr der DDR-Ableger der bayrischen CSU ein Dorn im Auge ist. Apropos SPD der Deutschen Demokratischen Republik: Sind nicht die meisten vor dieser Wahl davon ausgegangen, daß die Sozis das Rennen schon machen werden? Wurde nicht Ibrahim Böhme schon als designierter Nachfolger Modrows gehandelt? Und war nicht der Süden der Deutschen Demokratischen Republik einst das Stammland der Sozialdemokratie überhaupt? Eisenach, Gotha und Erfurt, Geburtsorte der Sozialdemokratie auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik, waren bei den Landtagswahlen 1946 mehrheitlich sozialdemokratisch. Was sollte sich also geändert haben?

Das Ergebnis

Die CDU und mit ihr die "Allianz für Deutschland" ist als triumphale Siegerin aus diesen Wahlen hervorgegangen: CDU: 40,91%, DSU: 6,32%, DA: 0,92%. Dies macht zusammen 48,15% aller abgegebenen Stimmen. Die SPD erhielt 21,84%, die PDS 16,33%, der Bund Freier Demokraten (BFD) 5,28%, das Bündnis 90: 2,90%, die Grünen und der Unabhängige Frauenverband: 1,96%, die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD): 2,19%. Die restlichen Prozente verteilen sich auf die übrigen zur Wahl angetretenen Gruppierungen. So erhielt etwa die Vereinigte Linke 20.180 Stimmen, was 0,18% entspricht und einen Sitz in der Volkskammer ergab. Angesichts der sich abzeichnenden Koalition zwischen der "Allianz" und dem BFD kommt dieses Bündnis auf 53,43% der abgegebenen Stimmen und hätte somit eine satte Mehrheit im Parlament, die aber noch weit von der für Verfassungsänderungen notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit entfernt ist. Von daher setzte schon am Wahlsonntag gen Abend das Werben um die Sozialdemokratie als Koalitionspartner ein.

Enttäuschend an diesem Ergebnis war für viele das Abschneiden der Bürgerbewegung und Gruppen, die maßgeblich an der politischen Entwicklung des letzten Herbstes beteiligt waren. Zu Lasten dieser Gruppierungen ging sicher auch das gute Abschneiden der PDS angesichts der starken Polarisierung im Wahlkampf zwischen dem Modell BRD einerseits und einer positiven Bezugnahme auf den DDR-Staat andererseits.

Die Ausgangslage

"Ein Votum für die Einheit. Die Arbeiterschaft entschied sich für die Allianz" titelte die "Zeit" (23.3.90) ihren Artikel zur Wahlauswertung. So oder so ähnlich lautete einhellig die besondere Schlußfolgerung aus diesem sogenannten demokratischen Akt der Willensbekundung. Was ist an diesem Umstand besonderes, daß er in den Schlagzeilen der Medien erscheint? Zunächst einmal die vor den Wahlen existierenden Erwartungen.

Landauf landab sahen die Prognosen vor der Wahl die DDR-SPD als Gewinnerin der Wahl. Ausschlaggebend dafür war die Erfahrung, daß die SPD jahrelang Wunschpartnerin der SED war, die Vermutung, daß die SPD in den Augen der DDR-Bevölkerung die Verträglichkeit von sozialer Gerechtigkeit und marktwirtschaftlicher Ordnung verkörpert, und das Wissen, daß die Deutsche Demokratische Republik tatsächlich soziale Errungenschaften gegen das Hereinbrechen der Gesetze des freien Marktes zu verteidigen hat. Außerdem waren Sachsen und Thüringen vor 1933 SPD-Hochburgen, womit ein "wissenschaftlicher" Hintergrund für die Entwicklung und Durchführung von Umfragen konstruiert wurde.

Auch die Art und Weise, wie die BRD-Regierungsparteien letztlich in den Wahlkampf eingriffen, war in den Wahlprognosen nicht vorausgesehen worden. Einerseits nahmen die BRD-Medien die Deutsche Demokratische Republik mit Horrormeldungen zur Wirtschaftslage und Denunziationskampagnen gegen BefürworterInnen einer (wenn auch eingeschränkten) DDR-Souveränität und Selbsthilfe unter Beschuß. Andererseits wurde die "Allianz" - sozusagen "Bonn-gesteuert" - als Garant für schnellen Wohlstand und Stabilität aus der Taufe gehoben und Kohls Versprechungen für glaubwürdig gehalten. Nicht zufällig trat dieser vornehmlich im Süden der Deutschen Demokratischen Republik auf. Denn in diesen Wahlbezirken lag der Schlüssel für den Gewinn der Wahl.

Wer, wen, warum?

Aufgrund des DDR-Wahlgesetzes werden die Sitze der Volkskammer proportional zur Einwohnerzahl der Bezirke verteilt: so erhält der Bezirk Schwerin 14 Mandate, der Bezirk Karl-Marx-Stadt dagegen 44. Im Süden der Deutschen Demokratischen Republik leben wesentlich mehr Menschen als im Norden. Der Kampf um die Mehrheit in der Volkskammer wurde also dort entschieden, wo nicht nur die meisten Menschen wohnen, sondern die Probleme der Deutschen Demokratischen Republik besonders konzentriert auftreten. Hier sind die meisten Betriebe der Schwer- und Chemieindustrie, der berüchtigte Uranbergbau und das Braunkohlerevier der DDR. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in dieser Region sind die schlechtesten in der gesamten DDR. Und somit der Druck der Verhältnisse, daß sie sich ändern, mit am größten. Nicht von ungefähr haben sich recht rasch nach der sog. Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik die bekannten Montagsdemos von Manifestationen gegen den SED-Staat zu Proklamationen des Einheitswillens und der unverrückbaren Forderung nach Vereinigung mit der BRD gewandelt. Ebenso naheliegend war hier der günstigste Boden für nationalistische und faschistische Hetze wie für die Wohlstands- und Freizeitspropaganda eines Helmut Kohl. Vor diesem Hintergrund konnte die CDU der Deutschen Demokratischen Republik als der glaubhaftere Statthalter der Kohlschen Versprechungen agieren. Denn der Unterschied zwischen dem Norden und dem Süden sowie zwischen Stadt und Land hat diese Wahl entschieden.

In den Orten und Gemeinden bis 50.000 EinwohnerInnen hat die "Allianz" durchschnittlich über 50% der Stimmen erhalten; die größeren Städte wählten zwar auch mehrheitlich die "Allianz" bzw. die CDU, aber dort konnte die SPD aber auch die PDS ihre jeweils besten Ergebnisse erzielen. Analog zum Nord-Süd- Gefälle haben rund 59% der ArbeiterInnen den konservativen Kräften ihre Stimme gegeben, während die Angestellten dies zu 49% taten. Die Gruppe der Intelligenz, wie es so schön heißt, wählte dagegen zu 26% die PDS, dicht gefolgt von der CDU mit 24% und der SPD mit 23%. In diesem Punkte verquickt sich die soziale Stellung mit dem Wohnort bzw. dessen regionaler Lage. Die ArbeiterInnen und Angestellten sind mehrheitlich in den Ballungsräumen des Südens anzutreffen, wohingegen die Intelligenz in den großen Städten, allen voran in Berlin, ansässig ist.

Das Unterscheidungsmerkmal Alter war bei diesen Wahlen nicht besonders aussagekräftig, da die CDU in allen Altersgruppen die Mehrheitspartei bildet. Es ist lediglich festzustellen, daß die PDS und die SPD bei den WählerInnen unter 40 besser abschnitt als bei den Älteren. Die Grünen und der Unabhängige Frauenverband sind bei den jüngeren WählerInnen gefragter, die Liberalen mit ihrem Bündnis eher bei der Generation der über 40-Jährigen. Insgesamt hat die Trennung nach Altersgruppen keine der BRD vergleichbare Schwerpunktbildung zur Folge.

Der Süden schwarz - der Norden rot

Wie schon gesagt hat die "Allianz" ihren Wahlsieg im Süden der Deutschen Demokratischen Republik errungen. Das Ergebnis der PDS mit 16,33% verdient aber auch eine nähere Betrachtung.

So wählte die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik mehrheitlich SPD und PDS. Die Gysi-Partei erzielte hier mit 29,97% ihr bestes Ergebnis. Die Gründe hierfür liegen sicherlich nicht nur darin, daß in Berlin viele Intellektuelle leben, die dieser Partei nach wie vor verbunden sind, sondern auch alte Menschen und alleinerziehende Frauen - um nur zwei soziale Gruppen zu nennen - , die berechtigte Ängste vor einer Gesellschaft wie der der BRD haben. Aber auch die Wahlbezirke nördlich Berlins zeigen ein für die PDS bemerkenswertes Resultat. Der Wahlkreis Neubrandenburg weist für die PDS 25,80% aus. Ein ähnliches Ergebnis hat auch der Nachbarkreis Rostock aufzuweisen. 23,17% für die Partei des Demokratischen

Sozialismus. Zahlen aus Wahlkreisen, die nicht nur dünn besiedelt, sondern durch ihre agrarische Struktur gekennzeichnet sind. Der LPG-Bauer wählte also die Roten. Bei der konservativen Orientierung der Bauernschaft in der BRD eine interessante Tatsache, aber daraus läßt sich sicherlich nicht ableiten, daß die Bauernschaft in der Deutschen Demokratischen Republik fortschrittlich sei, sondern eher, daß die PDS eine klare Position zu den Besitzansprüchen von BRD-Bürgern bezogen hat. Sie steht eindeutig auf der Seite der LPG'ler.

Manifestation des Willens zur Einheit

Das Ergebnis der Wahlen vom 18. März 1990 in der Deutschen Demokratischen Republik wird sicherlich in die Geschichte eingehen. Zumal es, auch bei vorsichtiger Betrachtung, die letzten Wahlen in dieser Form gewesen sein dürften. Denn die kommende Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird ihrem Wählerauftrag gemäß den Anschluß an die BRD - in welcher Form auch immer - betreiben. Denn allein dafür wurde die "Allianz für Deutschland" von den konservativen Kräften aus der BRD zusammengeschoben.

Sogesehen haben in punkto SPD und CDU nicht diese beiden DDR-Parteien zur Wahl gestanden, sondern die vermeintlichen oder realen Konzepte ihrer Bonner Schwesterparteien zur Deutschlandpolitik. Für die Kommunalwahlen am 6. Mai werden möglicherweise schon andere Kriterien ausschlaggebend sein.

Cl u. as, DDR-AG/Hamburg

51. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak317/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:317:44

Demonstration gegen den §218 in Bonn

Nachdem im letzten Jahr die Memminger Hexenprozesse mit dem Urteil gegen den Frauenarzt Dr. Theissen zu Ende gegangen sind, war klar: darauf mußte es von der Frauenbewegung noch eine Antwort geben. Angesichts fortschreitender Kriminalisierungsversuche gegen einen Frauenarzt in Rheinland-Pfalz und der Klage aus Bayern und Baden-Württemberg gegen die Notlagenindikation und die Krankenkassenfinanzierung vor dem Bundesverfassungsgericht wird öffentlicher Protest um so notwendiger.

Am 16. Juni soll es in Bonn eine große Demonstration und Kulturveranstaltung geben. Getragen und unterstützt wird die Aktion von den §218-Gruppen, Grünen, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, Jusos, SHB, Fraueninitiative 6. Oktober, DFI, DKP, VSP, KB sowie einzelnen Frauen aus der ASF und den Gewerkschaften.

Für sanfte und fetzige Musik sorgen:

"Still lazy after all these years", Featuring Anne Haigis, Medusa, Frauenrock.

Die Demonstration beginnt um 11.00 Uhr in der

Graurheindorferstraße (Autobahn 563, Abfahrt Anschlußstelle Bonn-Auerberg). Die Abschlußveranstaltung findet um 14.00 Uhr auf dem Münsterplatz statt.

Flugblätter und Plakate gibt es bei:

Demo gegen den §218, Rita Werkmeisterin, Schwanallee 43, 3550 Marburg;

Spendenkonto: Rita Werkmeisterin, Stadtsparkasse Marburg, Kt.-Nr. 420 235 31, BLZ 533 500 07

Kongreß für eine BRD ohne Armee (BoA)

Immer mehr Gruppen und Initiativen stellen die Forderung "Für eine BRD ohne Armee" auf. Inzwischen gibt es zwei zentrale Aufrufe, einen aus dem gewaltfreien Spektrum des "Bundes für Soziale Verteidigung" (BSV) und einen vom "Komitee für Grundrechte".

Am Sonntag, den 22. April, sind alle Gruppen und Personen, die die Armee abschaffen wollen, zu einem Vorbereitungstreffen für einen Kongreß für eine BRD ohne Armee eingeladen. Der Kongreß ist für den Herbst dieses Jahres geplant. Das Vorbereitungstreffen findet in Frankfurt im Bürgerhaus Bornheim, im Clubraum 4, von 11 bis 17.00 Uhr statt.

Anmeldungen: Kongreßvorbereitung Herbst 90, "Für eine BRD ohne Armee", Vogelsbergstr. 17, 6000 Frankfurt 1, Tel: 069/431440 oder 4989394

Pfingst-Schulung der MEG

Die "Marx-Engels-Bildungsgesellschaft" (MEG) bietet vom 31.5. (Anreise) bis zum 5.6.90 eine Pfingstschulung mit fünf Kursen an. Themen sind: Einführung in die Grundlagen der marxistischen Philosophie, eine Kapitalschulung (Fortsetzung), über die Marxschen Reproduktionsschemata, Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (1917 bis 1923), Zur Geschichte des Sozialstaats (von den Bismarckschen Sozialversicherungsgesetzen und der Weiterentwicklung nach dem 2. Weltkrieg in der BRD und der DDR).

Anmeldeschluß ist der 15.4.90, Kosten: 130,- DM. Adresse: MEG, Postfach 101717, 4650 Gelsenkirchen, Kt.-Nr.: 871 61-439, Postgiroamt Essen.

Perspektiven revolutionärer Bewegung in Lateinamerika

Am 10.4.1990 um 20.00 Uhr im Stadtteilzentrum Desi in der Brückenstraße führt die Nürnberger KB-Gruppe zu diesem Thema einen Jour fixe durch.

Kriegsführung niedriger Intensität am Beispiel Perus und Boliviens

Diese US-Strategie sei der Schlüssel der Niederlage in Nicaragua gewesen. Auf einer Veranstaltung wollen die Hamburger Peru-Gruppe und Bolivien-Initiative diese Strategie und ihre Folgen für die beiden lateinamerikanischen Länder Peru und Bolivien darstellen.

Die Veranstaltung findet am 5.4.1990 in Hamburg im Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9 um 19 Uhr statt.

Schwarze Texte: Gegenöffentlichkeit und politische Zensur

Eine Ausstellung, die die Themen Wiederaufbaumentalität, Entstehen einer neuen Gegenöffentlichkeit, die ersten Veröffentlichungsverbote, Unterdrückung der Stadtguerilla Diskussion, §88a, §129a, Kampf gegen Zensur und weiteres umfaßt. Begleitet wird die Ausstellung von zwei Veranstaltungen.

17.4.-3.5. Ausstellung "politische Zensur"

20.4., 20.00 Uhr, Zensur im Druckgewerbe, am Beispiel Agit-Druck Westberlin

26.4., 20.00 Uhr, Gegenöffentlichkeit und linke Medien, Vorstellung des ID-Archivs. Ort: Buchladen BiBaBuZe, Aachener Str. 1, 4000 Düsseldorf 1

9.5.-23.5. Ausstellung "politische Zensur"

25.4., 20.00 Uhr, Gegenöffentlichkeit und linke Medien, ID-Archiv

im DRUCKLUFT HAUS, am Förderturm 10, 4200 Oberhausen 1